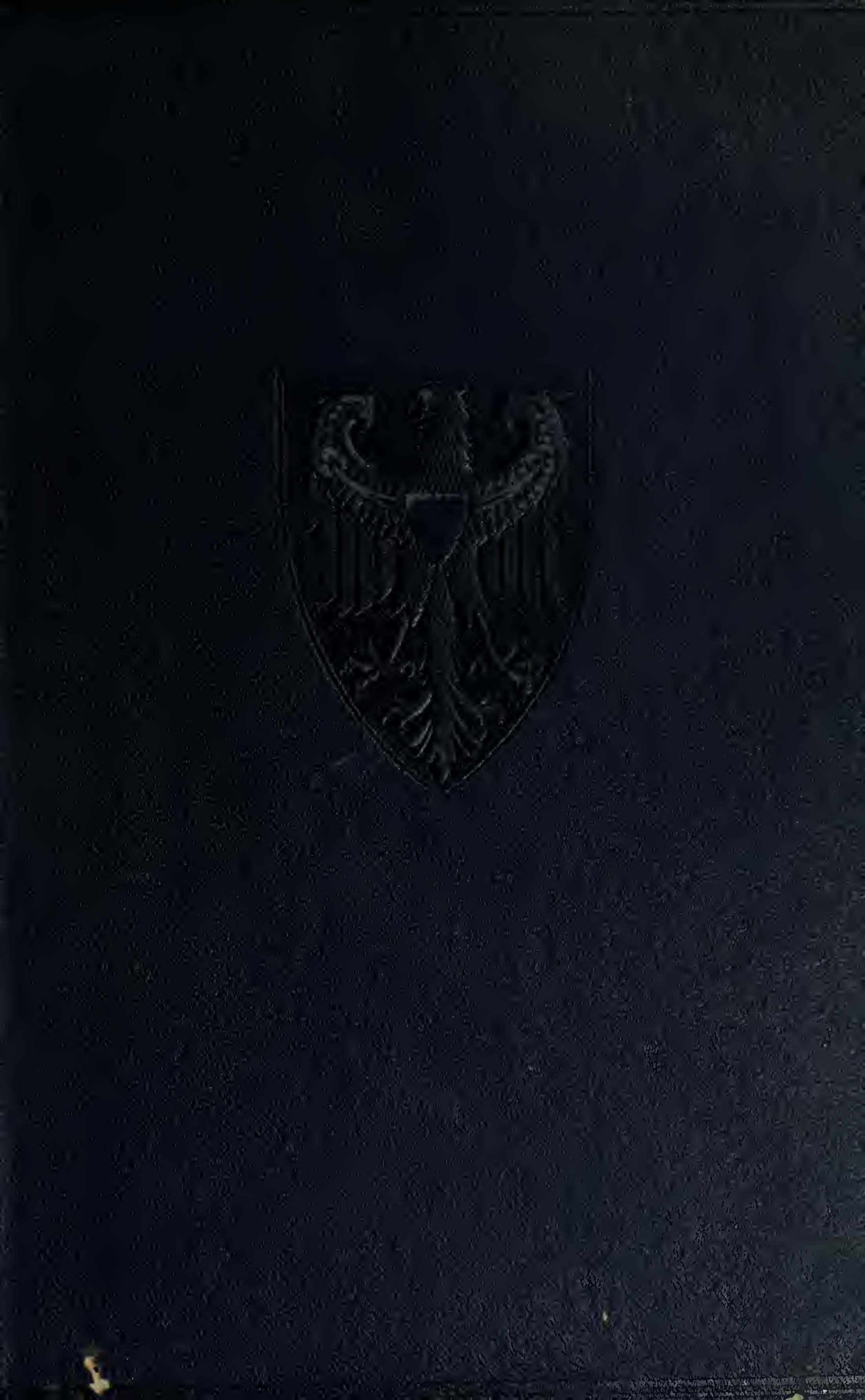



SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868





# Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes



Diese mit dem Reichsadler versehene Sonderausgabe wird ausschließlich für die VERTRIEBSSTELLE FÜR NATIONAL-LITERATUR in Berlin-Schöneberg, Wexstraße 2, hergestellt und wird allein von ihr in ihren eigenen Originaleinbänden vertrieben. Durch den Buchhandel ist diese Ausgabe nicht zu beziehen.

# Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 – 1914

## Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 2

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

3. Band:

# Das Bismarck'sche Bündnissystem

1 9 2 2

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage
1.—13. Tausend

# Inhaltsübersicht des dritten Bandes



Ein Namenverzeichnis für die ersten Bände erscheint im 6. Band; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schluß des gesamten Werkes



Kapitel XIII

# Deutsch – Österreich - Ungarisches Bündnis 1879



Nr. 440

## Der Gesandte im Auswärtigen Amt von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Kissingen

Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, den 8. August 1878

Graf Schuwalow hat sich auf der Durchreise zwei Tage hier aufgehalten. Über seine Eindrücke aus St. Petersburg hat er mir nachstehende Einzelheiten erzählt, mit der Bitte, dieselben als ganz vertrauliche Mitteilungen zu betrachten, nur zur persönlichen Kenntnisnahme Eurer Durchlaucht bestimmt.

Graf Schuwalow fand bei seiner Ankunft in Petersburg den Kaiser niedergeschlagen, verbittert über die Ergebnisse des Kongresses. Zum näheren Verständnis schickte er folgendes voraus: Als er hier, in Gemeinschaft mit seinen Kollegen, die Kongreßarbeit übernommen, habe er dem Fürsten Gortschakow und Herrn von Oubril offen gesagt, er könne sich darauf nur einlassen, wenn die drei Bevollmächtigten untereinander sich fest verpflichteten, nichts während der Zeit des Kongresses nach Petersburg zu schreiben und zu berichten, was nicht jedem von ihnen vorher gezeigt werde. Sobald er wisse, daß über Kongreßfragen hinter seinem Rücken Berichte nach Petersburg gingen, werde er seine Mitwirkung einstellen und Abberufung verlangen. Fürst Gortschakow und Herr von Oubril hätten ausdrücklich diese Bedingung angenommen; seinerseits habe Graf Schuwalow dieselbe in der gewissenhaftesten Weise ausgeführt und nichts geschrieben, was seine Kollegen nicht gekannt hätten. Er habe aber sofort in Petersburg konstatiert, wie wenig die anderen Bevollmächtigten sich an die Abrede gehalten. Nicht in Form von Berichten, aber durch Privatbriefe habe Fürst Gortschakow, unterstützt durch Oubril, fortgesetzt seine individuelle Kritik der Kongreßarbeiten zur Kenntnis des Kaisers gebracht und damit jene Verstimmung hervorgerufen, die ihm nunmehr bei Seiner Majestät entgegengetreten.

Der Kaiser habe im ganzen die Kongreßtätigkeit bezeichnet als „die europäische Koalition gegen Rußland, unter Führung des Fürsten Bismarck". Er habe ferner gesagt: der Gewinn ist allein für Österreich; das war die Absicht der deutschen Politik, und er, Graf Schuwalow, sei von Anfang an die dupe des Fürsten Bismarck gewesen.

Graf Schuwalow war auf diese Stimmung des Kaisers vorbereitet. Er unternahm es nun mit möglichster Ruhe und Objektivität, seiner-

seits dem Kaiser eine zusammenhängende Darstellung der Sachlage zu geben, vom Frieden von St. Stefano an, durch die Verhandlungen in London, bis zum Kongreß. Er wies dann, die Protokolle in der Hand und diese ergänzend durch seine persönlichen Erlebnisse mit Eurer Durchlaucht sowie mit den englischen und österreichischen Kongreßmitgliedern, dem Kaiser nach, in welchem Umfange er für den russischen Standpunkt die Unterstützung Deutschlands gefunden und stellte tatsächlich fest, daß in drei, für die russischen Interessen maßgebenden Punkten: in der Frage der 10-Kilometer-Zone bei der Abgrenzung von Bulgarien, bei der Schwierigkeit wegen des Sandschak von Sofia und wegen der Belassung von Batum an Rußland, es nur durch die persönliche Intervention Eurer Durchlaucht im letzten Momente ermöglicht worden, den österreichischen und englischen Widerstand zu beseitigen. Jede dieser drei Fragen würde für Rußland ein Kriegsfall geworden sein, wenn nicht das Gewicht der deutschen Unterstützung sie zugunsten Rußlands gelöst hätte. Die Details der Verhandlungen darüber ständen freilich nicht in den Protokollen: aber jeder Beteiligte wisse es, und von den betreffenden Stellen selbst werde dem nicht widersprochen, daß sowohl Lord Beaconsfield, wie Graf Andrássy, allein durch die direkte und nachdrückliche Einwirkung Eurer Durchlaucht sich den russischen Forderungen gefügt hätten. Lägen auch nicht diese drei Kardinalpunkte vor, über deren unermeßliche Bedeutung für Rußland kein Zweifel bestehe, so zeigten die Protokolle in jeder einzelnen Sitzung, wie es Eure Durchlaucht verstanden hätten, die Rußland günstigeren Auffassungen zu vertreten, wiederholt allein gegen die Stimmen aller übrigen.

Graf Schuwalow habe diesen Teil seiner Auseinandersetzungen bei Kaiser Alexander damit geschlossen: vielleicht sei er nicht begabt genug, um die Politik Eurer Durchlaucht zu durchschauen, die man dem Kaiser im Lichte eines Verrats an der russischen Freundschaft dargestellt habe. Jedenfalls könne er nicht mehr tun, als seine eigenen tatsächlichen Erfahrungen und die vor aller Welt daliegenden Dokumente zusammenhalten. Aus beiden ergebe sich, daß die von Eurer Durchlaucht geleitete deutsche Politik sich offen als eine Rußland freundliche und eminent nützliche bei dem Kongreß bewiesen habe.

Die Resultate, die Rußland definitiv durch den Berliner Vertrag erworben, habe er sodann ausführlich seinem Kaiserlichen Herrn dargelegt und den Unterschied zwischen den jetzt mit ganz Europa vereinbarten Errungenschaften und dem in St. Stefano einseitig, in einer unmöglich durchzuführenden Isolierung Verlangten, klar gestellt. Als wesentliche Differenz für Rußland erscheine im Berliner Vertrag nur die Beschränkung des Fürstentums Bulgarien: er frage aber, ob sich die Unterhändler von St. Stefano darüber hätten in Zweifel befinden können, daß mit dem von ihnen stipulierten Groß-Bulgarien die Existenz des Sultans in Konstantinopel überhaupt nicht mehr möglich

gewesen wäre? Und da (was auch jetzt der Kaiser wieder bestätigte) es nicht die Absicht der russischen Politik gewesen, der Herrschaft des Sultan in Konstantinopel jetzt ein Ende zu machen, so könne man auch nicht davor zurückschrecken, ihm die Existenzbedingungen zuzugestehen, deren er absolut bedürfe.

Graf Schuwalow hatte die Überzeugung gewonnen, durch seine Darlegungen die Auffassung des Kaisers namentlich über die Rolle Deutschlands auf dem Kongresse erheblich geändert zu haben. Der Zar sei sichtlich erleichtert gewesen nach diesen gegenseitigen Auseinandersetzungen und habe ihn beauftragt, ein Programm für die weitere Behandlung der orientalischen Angelegenheiten und die Haltung Rußlands bei Ausführung der Berliner Vertragsbestimmungen zu entwerfen.

In Anknüpfung hieran bemerkte Graf Schuwalow, es werde einen guten Eindruck bei dem Kaiser machen, wenn von Deutschland in Petersburg ausgesprochen würde: daß wir in allen Fragen, wo es sich um Ausführung der Bestimmungen des Berliner Vertrages handele und diese Ausführung durch den bösen Willen der Pforte hingehalten oder hintertrieben werde, auf Seiten von Rußland ständen und mit Nachdruck seine berechtigten Ansprüche unterstützten.

Ich konnte darauf erwidern, daß wir in diesem Sinne bereits kürzlich in Konstantinopel eingetreten sind und dort, auf Ersuchen des Fürsten Gortschakow, die beschleunigte Übergabe von Batum an Rußland der Pforte empfohlen haben.

Über Fürst Gortschakow sagte Graf Schuwalow: er klammere sich mit greisenhafter Hast an sein Amt, der Kaiser wolle ihn nicht wegschicken, wisse aber nicht, was er machen solle, denn er sehe vollständig ein, daß ihm die Fähigkeiten zur Fortführung der Geschäfte immer mehr fehlten. „C'est une vraie calamité publique, mais je ne vois pas comment cela finira," sagte der Graf. pp.

Graf Schuwalow kam schließlich auf die inneren Zustände Rußlands zu sprechen und äußerte in dieser Richtung unverhohlen seine sehr ernsten Besorgnisse. Rußland stände vor einer schweren inneren Krisis; es bedürfe aller Kräfte, um standzuhalten. Am schlimmsten schienen ihm die Zustände der Presse und der Vereinsagitationen. Es existiere keine legale Preßfreiheit, aber die verderblichsten Dinge würden ungestört gedruckt und verbreitet und planmäßig die Massen aufgehetzt. Graf Schuwalow klagt sehr über den Mangel an Leitung und Übereinstimmung in den Prinzipien, der in dieser Hinsicht bei den Ministern herrsche. Gegen gewisse, für national und volkstümlich geltende Strömungen scheuten dieselben sich anzugehen. Er habe u. a., trotz unausgesetzter Bemühung, es nicht erreichen können, daß in der offiziellen oder offiziösen russischen Presse die flagrantesten Unwahrheiten, die durch zahllose Blätter in ganz Rußland über den Kongreß, über den Friedensvertrag, über die Resultate des Krieges usw. (ab-

gesehen von allen Verunglimpfungen seiner Person), verbreitet worden, eine tatsächliche Berichtigung erhielten. Man lasse lieber das Volk in dem Wahn, daß die Interessen Rußlands durch die Schuld einiger fremden Mächte schwer geschädigt worden seien, und leiste damit der verderblichsten Agitation Vorschub. Den Frieden wolle freilich jeder, der Zustand des Landes verlange ihn dringendst, aber gleichzeitig solle der Effekt des Mißvergnügens, das allein die Fehler[1] der eigenen Politik hervorgerufen haben, abgelenkt werden nach außen.

Graf Schuwalow war in keiner befriedigten Stimmung; er sah auch angegriffen aus und verlangt nach Erholung. Für Eure Durchlaucht trug er mir die wärmsten Empfehlungen auf. Radowitz

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Diese Fehler, u[nd] die Verantwortlichkeit Gortschakows für dieselben, öffentlich zu beleuchten, wird die Aufgabe unsrer Presse sein, wenn die russische sich derselben versagt. Die Verdunkelung jener Fehler ist uns schädlich, u[nd] muß deshalb verhütet werden. Gortsch[akow] ist eine Calamität für Rußland u[nd] für dessen Freunde; der beste Wille der letztern reicht nicht hin, um die Folgen seiner Thorheiten gut zu machen. Was man darüber schreibt, muß aber höflich u[nd] wohlwollend für Rußland, besonders den Kaiser sein. Letztres war befähigt Besseres zu erreichen, wenn seine ausw[ärtige] Politik seit 3 Jahren geschickter geführt wurde; die Fähigkeit Freunde mißtrauisch zu machen, Gegner zu reizen, ohne die Mittel zu deren Bekämpfung zu haben oder bei Freunden zu gewinnen, hat Gortsch[akow] in hohem Grade bewiesen. Bei Frankreich hat er gebettelt, Oest[er]reich ungeschickt u[nd] uns mit Überhebung behandelt. Mit diesen Worten kann das natürlich nicht öffentlich gesagt werden. Sie geben nur das mit Grazie zu variirende Thema in kürzester Fassung.

Nr. 441

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 13. September 1878

Euere Exzellenz

wollen mir erlauben, zu meinem Bericht von gestern über den Grafen Schuwalow noch einige Bemerkungen und Notizen hinzuzufügen, die vielleicht von Interesse sein dürften.

Daß dieser Staatsmann sehr unzufrieden und wenig erbaut von seinem Aufenthalt in St. Petersburg zurückgekehrt ist, wissen Euere Exzellenz bereits. Es ist ihm nur unvollkommen gelungen, seinen Herrn und Gebieter zu überzeugen, daß die Resultate des Berliner Friedens für Rußland besser waren, als man es unter den gegebenen Verhältnissen erwarten konnte. Auch ist es ihm schwer gewesen, den von anderer und feindseliger Seite bearbeiteten Monarchen von dem Gedanken abzubringen, als hätte Deutschland, und namentlich als hätte

der Fürst Bismarck Rußland im Stich gelassen. Er hat, die Akten in der Hand, beweisen können, daß ohne die aufopfernde Unterstützung des Herren Reichskanzlers, Rußland in die größten Verlegenheiten gestürzt worden wäre.

Als der Graf in den Beratungen, die unter Vorsitz des Kaisers über die vom russischen Kabinett künftig zu befolgende Politik stattgehabt, auf das lebhafteste die Pflege des Drei-Kaiser-Bundes befürwortet habe, sei ihm erwidert worden, derselbe habe für Rußland schlechte Früchte getragen. Er habe diese Auffassung bekämpft und beweisen können, daß Rußland trotz seiner Größe und Stärke dieser Bundesgenossen benötigt sei. Überdies seien die Früchte dieses Bundes schon darin zu finden, daß ohne denselben Rußland den letzten Krieg nicht habe führen können, ohne sich mit ganz Europa zu entzweien. Daher dürfe man sich weder von Österreich noch von Deutschland trennen; denn im Fall eines Bruches mit ersterem sei es sehr zweifelhaft, ob Deutschland, wenn es zur Wahl genötigt würde, für Rußland optieren werde. (Dieser Ansicht habe Kaiser Alexander beigepflichtet.) — Die Interessen Deutschlands drängten dieses weit mehr nach Österreich hin als zu Rußland, und von Deutschland, welches Rußlands natürlicher Bundesgenosse sei, sich zu trennen, würde sehr gefährlich sein. pp. H. VII. P. Reuß

## Nr. 442

## Der Legationssekretär Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Kissingen, an den Gesandten im Auswärtigen Amt von Radowitz

Ausfertigung

Kissingen, den 9. August 1879

Euer Hochwohlgeboren geneigten Erlaß Nr. 9 vom 8. d. Mts. habe ich nicht verfehlt beim Herrn Reichskanzler zum Vortrag zu bringen, und erlaube ich mir, wegen der Marginalien Seiner Durchlaucht, mit der Bitte um Rücksendung, hierneben gehorsamst wieder zu überreichen*.

* Die russische Regierung hatte die Erfahrung machen müssen, daß sie in den zur Ausführung des Berliner Vertrags von 1878 niedergesetzten orientalischen Kommissionen durchweg auf den nahezu geschlossenen Widerstand der übrigen Mächte stieß. Wie aus Radowitz' Erlaß Nr. 9 vom 8. August erhellt, hatte auch die deutsche Regierung sich in den meisten Fällen der österreichischen Auffassung angeschlossen. Das gab der russischen Regierung Veranlassung, in einem am 6. August durch den Geschäftsträger von Arapow dem Gesandten von Radowitz übergebenen Aide-Mémoire den Wunsch zu äußern, daß Deutschland die wohlwollende Vermittlerrolle, die es auf dem Berliner Kongreß gespielt habe, auf die weiteren Kommissionsverhandlungen ausdehnen möge. Fürst Bismarck empfahl jedoch in einer Randbemerkung zum Erlaß vom 8. kühle Zurückhaltung.

Im Anschluß an seine Randbemerkungen beauftragte Fürst Bismarck mich, Ew. Hochwohlgeboren folgendes zu schreiben:

„Ich bitte dem russischen Geschäftsträger vorsichtig und vertraulich in dem Sinne zu sprechen, daß wir die Vermittlerrolle im Kongreß sehr gern geführt hätten, indem wir glaubten, Rußland damit einen Dienst zu erweisen und der Freundschaft beider Monarchen einen Ausdruck zu geben; nachdem dies ganz gegen unsere Erwartung mißlungen wäre, und unser Verhalten im Kongreß bei der Regierung, namentlich aber in der öffentlichen Meinung und Presse Rußlands, unerwarteter und bedauerlicher Weise, eine ganz entgegengesetzte Würdigung gefunden hätte, so wäre für uns eine vorsichtige Zurückhaltung geboten. Bei dem Mißlingen unserer Bestrebungen, unser Verhältnis zu Rußland zu konsolidieren, bei der bedrohlichen Sprache, welche die russische Presse, und selbst die der Regierung vertrauten Organe gegen uns führten, müßten wir unsere Beziehung zu anderen Mächten vorsichtiger behandeln als wir es früher, im Vertrauen auf die Sicherheit unserer Beziehungen zu Rußland, getan hätten. Sowohl vor dem Kongreß als während desselben ist mir nicht erinnerlich, daß wir irgendeinen Wunsch, den Rußland formuliert zu unserer Kenntnis gebracht hat, ununterstützt gelassen hätten: die Kongreßprotokolle ergeben, daß Deutschland in jeder Frage mit Rußland gestimmt hat, auch dann, wenn beide in der Minorität blieben. Graf Schuwalow hat zu melden nicht unterlassen, daß die Nachgiebigkeit Englands gegen Rußlands Forderung von Batum, die Zurücknahme des englischen Anspruchs, der Türkei Sicherheitsstreifen nördlich des Balkans zu gewähren, die Ausdehnung der bulgarischen Grenze über Sofia hinaus, n u r durch meine Vermittlung bei Lord Beaconsfield und durch meine Drohung, vom Kongreß zurückzutreten, durchgesetzt sind. Wollte Rußland noch mehr verlangen, auf die Gefahr eines Bruches hin, so hätte es uns dies mitteilen müssen, und wir würden vielleicht auch mehr unterstützt haben: unsererseits Forderungen für Rußland zu machen, die Rußland selbst nicht erhob, wird niemand verlangen. Wohl niemals hat in einem Kongreß eine große Macht ohne eigenes Interesse sich einer anderen so rückhaltlos zur Verfügung gestellt: die Folge davon ist nicht etwa eine freundliche Anerkennung, sondern eine Haltung Rußlands gegen uns gewesen, welche uns zwingt, an die Zukunft zu denken und uns andere Mächte nicht zu Feinden zu machen für Fragen, in welchen ein deutsches Interesse nicht vorliegt. Wir bedauern diese Lage der Dinge — aber dieselbe drängt mir täglich die Frage auf, ob ich meinem Kaiser gegenüber die Verantwortlichkeit für eine Politik tragen kann, bei welcher wir auf jede andere Anlehnung als die russische verzichten und in die Lage kommen, daß unsere vollständige Isolierung für die Zukunft nur von Rußlands Willen abhängt. Bis zum Kongreß habe ich, im festen Vertrauen auf den Kaiser Alexander, diese Eventualität nicht befürchtet; die jetzige Haltung der

russischen Politik aber nötigt mich zu dieser besorglichen Rechnung mit der Zukunft.

Ich bitte Sich in diesem Sinne, ohne Bezugnahme auf mich und ohne einen amtlichen Auftrag erkennen zu lassen, gegen Herrn von Arapow auszusprechen und an Herrn von Schweinitz zu seiner Orientierung zu schreiben, welcher natürlich nicht dementsprechend antworten, sondern sich ausschweigen soll, und nur, wenn er gedrängt wird, vorstehende Erwägungen als diejenigen darlegen soll, von denen er vermutet, daß sie uns bestimmten." Graf Bismarck

Nr. 443

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 273 St. Petersburg, den 8. August 1879

Euerer Durchlaucht habe ich über zwei Unterredungen zu berichten, mit denen mich der Kaiser Alexander gestern und vorgestern beehrt hat; um den Äußerungen Seiner Majestät weder zu viel noch zu wenig Gewicht beizulegen, müssen zuvörderst die äußeren Einflüsse, die innere Stimmung, der Gesundheitszustand, kurz alle Umstände geschildert werden, unter deren Einwirkungen der Monarch sprach; nur so wird es möglich, zu schließen, wie er eventuell handeln wird.

Kaiser Alexander ist jetzt noch mehr wie sonst sein eigener Minister der auswärtigen Angelegenheiten, einen solchen hat er in Wirklichkeit nur selten gehabt, seit der Aufstand in der Herzegowina im Sommer 1875 ausbrach; damals blieb Fürst Gortschakow bis zum Winter in der Schweiz, dann griff er ein in der Zeit von der Andrássyschen Note bis zum Berliner Memorandum, und später wieder von der Reichstadter Begegnung an bis zur Moskauer Rede; dann aber trat teils ohne, teils gegen ihn der General Ignatiew in Wirksamkeit bis San Stefano, Graf Schuwalow bis zum Kongreß, endlich Herr von Giers bis zur jetzt erfolgten Räumung der Halbinsel. Immer in der Nähe des Kaisers war nur General Miljutin: sein Einfluß stieg, namentlich seit dem dritten Plewna, 11. September/30. August 1877.

Die Einwirkung hoher Frauen und jüngerer Glieder des Kaiserhauses verschuldete im Spätsommer 1876 die Sammlungen für Serbien und die Entsendung von Offizieren und Freiwilligen; gegenwärtig ist eine Einwirkung von jener Seite nicht mehr bemerkbar.

Fürst Orlow ist hier, aber wenig tätig; den Fürsten Gortschakow, den er in Baden besuchte, schildert er als kaum zurechnungsfähig; auch Fürst Dondukow-Korsakow ist hier und der Wiener Botschafter Herr von Nowikow, welche beide nicht in Betracht kommen; die

anderen Botschafter, außer Fürst Lobanow, sind beurlaubt, ihre Berichte können also jetzt Seine Majestät nicht irritieren; der Staatssekretär wirkt stets mäßigend; der Kaiser ist also mehr als je frei von fremden Einflüssen, dabei wohler und heiterer als seit Jahren.

Andererseits konnten die Vorgänge im Innern nicht ohne Nachwirkung auf seine Gesamtanschauung bleiben, sie haben ihn abhängiger von der öffentlichen Meinung, besorgter um seine Popularität gemacht, deren durch den Krieg verursachte Abnahme ihm nicht verborgen bleiben kann; hieraus entsteht Gereiztheit gegen das Ausland, welches seiner Ansicht nach Rußland um die Früchte seiner Siege und ihn um den Dank Rußlands gebracht hat.

Dies sind die Umrisse für die zwei Bilder, welche ich Euerer Durchlaucht jetzt zu entwerfen habe, um aus Licht und Schatten das Reale hervortreten zu lassen.

Beim Hinausreiten zum Manöver sagte Seine Majestät zu mir:

„Ich habe einen Brief von Lobanow bekommen; er beklagt sich, daß Ihre Delegierten jedesmal gegen die Unsrigen stimmen. Bei jeder Frage, welche aufgeworfen wird, sagt Ihre Regierung, daß sie kein Interesse an derselben habe, instruiert aber ihre Vertreter, mit Österreich zu votieren, auch wenn sie sachlich vorher unsere Ansicht als berechtigt anzuerkennen schienen; so war es in Ost-Rumelien, und so ist es jetzt wieder an der türkisch-montenegrinischen Grenze wegen Mrkowitz.

Die Österreicher haben ohne große Opfer zwei Provinzen annektiert, und Rußland hat nichts als seinen alten bessarabischen Distrikt zurückbekommen, und Sie nehmen überall die Partei Österreichs gegen uns, auch dann, wenn wir gar nichts für uns fordern. Wenn Sie wollen, daß die Freundschaft, welche 100 Jahre lang uns verbunden hat, fortdauere, dann sollten Sie dies ändern.“ Hier fing der Kaiser an Französisch zu sprechen, wie immer, wenn er in politischen Dingen ernst wird: „Il est tout naturel que le contre-coup se produise ici; vous voyez le langage que tiennent les journaux; cela finira d'une manière très sérieuse. J'en écrirai à l'Empereur, quand je lui répondrai à la bonne lettre qu'Il vient de m'envoyer.“

Der Ton dieser Apostrophe war mild, nichts weniger als drohend, und dies ist wesentlich für die Schätzung der Worte: „cela finira d'une manière très sérieuse“.

Meine Gegenrede war jenen Weisungen entsprechend, welche Euere Durchlaucht mir in dem hochgeneigten Privatbrief vom 24. Januar 1877* (Nr. 88) erteilt haben. Als der Kaiser sich über das Verhalten unserer Delegierten beklagte, bat ich um Anführung bestimmter Fälle; als er speziell die ostrumelische Post- und Telegraphenordnung anführte, erwiderte ich, daß Staatssekretär von Giers mir nur allgemeine Klagen

---

* Siehe Bd. II, Nr. 273.

des Prinzen Zeretelew mitgeteilt, aber nicht erklärt habe, inwiefern der Mehrheitsbeschluß der Kommission gegen die Paragraphen des Statuts verstoße. Als endlich der Kaiser die Möglichkeit des Aufhörens unserer 100jährigen Freundschaft mit dem Namen Euerer Durchlaucht in Verbindung brachte, konnte ich mich nicht enthalten, darauf hinzuweisen, daß der Grundzug der von Euerer Durchlaucht seit 1862 befolgten Politik die Überzeugung von dem beiderseitigen Vorteil jener Freundschaft gewesen sei, bis Fürst Gortschakow die Pflege dieses Verhältnisses erschwert habe.

Als das Gespräch bei diesem Punkte angekommen war, eröffnete die Batterie, neben welcher wir hielten, ihr Feuer und lenkte die Aufmerksamkeit Seiner Majestät auf die in der Ferne sichtbar werdenden Spitzen der jenseitigen Abteilung.

Euere Durchlaucht wollen mir nun gestatten, zu dem Gegenbilde überzugehen, welches den Kaiser Alexander wieder ganz als den Enkel der Königin Louise und als den ritterlichen Freund des preußischen Heeres, ja wie demselben angehörig erscheinen läßt. Es war beim Diner in Krasnoe-Selo; der Thronfolger, Kriegsminister Miljutin, Fürst Dondukow-Korsakow, Graf Loris-Melikow, der französische Botschafter* und viele andere hohe Militärs hatten sich im Garten Seiner Majestät versammelt. Als der Kaiser erschien, kam er gleich auf mich zu und sagte: „Ich konnte Ihnen neulich den Säbel nicht zeigen, welchen mir der Kaiser geschenkt hat; ich werde ihn aber gleich bringen lassen.“ Als ein Diener die Waffe gebracht hatte, zeigte und erklärte Seine Majestät erst mir, dann dem General Chanzy und anderen Herren mit sichtlicher Freude die Schönheiten des Kunstwerks.

Bei Tisch spielte die Musik der Garde-Artillerie, welche am Vormittage inspiziert worden war; der Kaiser, neben dem ich saß, erzählte mir, daß die reitenden Garde-Batterien bei Paraden mit dem Hohenfriedberger Marsch vorbeidefilieren; bald darauf bemerkte ich, daß Seine Majestät den uns gegenübersitzenden Kommandeur mit einem Auftrage wegschickte, und als dann die Musik den altpreußischen Marsch intonierte, sagte der Kaiser, sein Glas erhebend: „Das ist der Marsch, den die Königin-Kürassiere blasen; auf das Wohl Ihrer braven Armee!“

Heute besuchte mich der Staatssekretär von Giers**, um mir im Auftrage Seiner Majestät Näheres über diejenigen Fälle mitzuteilen, welche der Kaiser im Auge hatte, als er sich beklagte, daß die deutschen Delegierten gegen die russischen stimmten.

Vor allem war es die Frage wegen Post und Telegraphie in Ostrumelien; Seine Majestät fürchtet, daß die von der Majorität getroffene Entscheidung Unruhen veranlassen wird. Der Kaiser ist der Meinung, daß unser Delegierter sich der Auffassung des Prinzen Zeretelew zugeneigt habe, dann aber angewiesen worden sei, gegen letzteren zu stimmen.

* General Chanzy.

** Adjunkt des Fürsten Gortschakow im Ministerium des Äußeren.

Ich fragte Herrn von Giers, worauf sich diese Annahme stütze, und ob er diese Sache bereits amtlich durch Herrn Arapow zur Kenntnis meiner Regierung gebracht habe, wie ich ihm dies bereits anheimgestellt hatte; er bejahte letzteres, fügte aber hinzu, daß ihm noch immer weder Bericht noch Protokoll über die betreffende Sitzung vorlägen, sondern nur Telegramme.

Der zweite Gegenstand, welcher Seine Majestät beschäftigt, ist die montenegrinisch-türkische Grenze bei Mrkowitz; der Kaiser glaubt zu wissen, daß die Einigung bereits erreicht war, als die Delegierten von Deutschland und Österreich Weisung erhielten anders zu stimmen.

Ich konnte dem russischen Staatssekretär auf dieses Terrain nicht folgen, sondern nur zusagen, daß ich meiner Regierung berichten würde, welchen Wert Seine Majestät der Mrkowitzer Frage beilege.

Hierauf folgte ein dritter und, wie mir schien, besonders empfindlicher Punkt: das hiesige Kabinett hat sich an das französische gewendet mit dem Ersuchen, einem russischen Vorschlage betreffend die Stelle für den Brückenbau östlich von Silistria zuzustimmen. Die Pariser Regierung hat geantwortet, daß sie erst das Berliner Kabinett um dessen Auffassung befragen wolle; nach einiger Zeit aufs neue angegangen, hat Herr Waddington erwidert, ihm sei keine Antwort aus Berlin zugekommen, und er selbst hat auch keine gegeben.

Ich sagte Herrn von Giers, daß ich von diesen Verhandlungen nichts wisse, aber der Meinung sei, das Interesse meiner Regierung an der Erledigung einzelner Vertragsbestimmungen habe sich vermindert, und zwar in dem Maße wie das Interesse anderer Regierungen an der Ausführung des Artikels 44.

Der russische Staatssekretär resümierte dann die Wünsche des St. Petersburger Kabinetts dahin, daß wir ihm die „Liquidation" auf der Balkanhalbinsel erleichtern möchten.

Hierauf ging der russische Staatssekretär zur Besprechung der Presse über; er sei soeben bei dem Minister des Innern gewesen, um ihm vorzustellen, daß etwas gegen die Ausschreitungen geschehen müsse; Herr Makow habe geantwortet: dies sei gefährlich! worauf er ihm erwidert hat, wenn nichts geschehe, so sei es auch gefährlich.

Ich machte Herrn von Giers aufmerksam, daß die Sprache, welche die russischen Blätter gegen die Deutsche Regierung führen, indirekt gegen die hiesige gerichtet ist; in der Erkenntnis, daß bei uns die Autorität sich stärkt, fürchten sie, daß hier das gleiche geschehen könne.

Wie nötig dies wäre, wollen Euere Durchlaucht geneigtest auch hieraus entnehmen, daß während der Diktatur der Gouverneure die Regierung sich fürchtet, eine Presse zu zügeln, durch welche sie wider Willen in den Krieg getrieben wurde, und daß sie es nicht ungern sieht, wenn der öffentliche Unwille sich von ihr ab gegen das Ausland wendet.

v. Schweinitz.

## Nr. 444

## Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck

Abschrift von Kanzleihand, unsigniert*

Wir haben uns auf die ganze orientalische Frage nur aus Gefälligkeit für Rußland eingelassen, und namentlich auf dem Kongreß nur auf Schuwalows russische Anregung. Da diese Hingebung für uns eine undankbare ist, so tritt unsere frühere Interesselosigkeit für den Orient wieder ein. Drohungen des Kaisers sind das am wenigsten geeignete Mittel, darin etwas zu ändern. Einstweilen wird dies dadurch zu betätigen sein, daß unsere Kommissarien alles ad referendum nehmen, bis alle anderen votiert haben, und dann um Instruktion bitten. Wedell aber muß, nach der Sprache des Kaisers zu Schweinitz notwendig für Österreich stimmen. Im übrigen haben wir von Anfang der orientalischen Krisis an erklärt, daß wir allem zustimmen würden, worüber Rußland und Österreich sich einigen, und in Ermangelung dieser Einigung uns enthalten würden. Letzteres trifft bezüglich der von Rußland angeregten Fragen zu, und die Politik Seiner Majestät verbleibt in der alten Richtung, wie der Kaiser sie stets sanktioniert hat. Nur russische Drohungen in der Presse, oder gar aus dem Munde des Kaisers Alexander können uns nötigen, diese Unparteilichkeit zwischen beiden Nachbarn aufzugeben, aber gewiß nicht zugunsten der drohenden Seite.

## Nr. 445

## Der Legationssekretär Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Kissingen, an den Gesandten im Auswärtigen Amt von Radowitz

Eigenhändiger Privatbrief

Kissingen, den 15. August 1879

Auf Ihr geneigtes Schreiben von gestern beehre ich mich zu erwidern, daß mein Vater wünscht, Sie möchten den letzten Schweinitzschen Bericht** dem Kaiser vorlegen und dabei zugleich Seiner Majestät in vorsichtiger Weise im Sinne seiner Randbemerkungen und Diktate Vortrag halten: Dieser Vortrag würde darauf zu basieren sein, daß wir bei der großen Undankbarkeit Rußlands gegen uns, und bei den Folgen, welche ein Thronwechsel in Rußland für seine ganze Politik voraussichtlich haben würde, unsere Beziehungen zu Österreich und England sehr schonend behandeln müßten: wir könnten uns nach den Erfahrungen seit 1875 unmöglich so weit für Rußland engagieren,

* Die Aufzeichnung findet sich am Schlusse eines Berichts des Gesandten von Radowitz an den Reichskanzler vom 11. August 1879, der den Bericht des Botschafters von Schweinitz vom 8. August (s. Nr. 443) kommentiert.
** Siehe Nr. 443.

daß es nachher nur von seinem Belieben abhängen würde, uns vollständig in Europa zu isolieren, und dem Deutschen Reiche eine so große Abhängigkeit von dem russischen Wohl- oder Übelwollen aufzuerlegen, wie sie nach den ziemlich unverblümten Drohungen des Kaisers Alexander jetzt schon als selbstverständlich vorausgesetzt zu werden schiene. Wenn der russische Kaiser sich von einem so bitteren Feinde Deutschlands, wie Miljutin, ausschließlich beraten ließe, so könnte für uns dabei nichts Gutes herauskommen, und das russischerseits seit längerer Zeit befolgte System, in tadelndem und befehlendem Tone unsere Unterstützung zu verlangen, ohne uns die einzelnen Punkte anzugeben, bei welchen sie beansprucht würde, schiene darauf angelegt, uns zu verstimmen und wäre für uns unannehmbar. Mein Vater läßt Ihnen noch sagen, Sie würden nach Ihrer eigenen Erfahrung selbst am besten beurteilen können, welche Wendungen in seiner Instruktion bei Ihrem Vortrag etwa wegzulassen und welche besonders hervorzuheben sein würden.

In der Hauptsache würde es sich nur darum handeln, den Kaiser zu orientieren und ihm die Situation klarzulegen, damit ihm nicht etwa von anderer Seite die Meinung beigebracht wird, es solle eine plötzliche Wendung unserer Politik eintreten.

Graf Bismarck

Nr. 446

## Kaiser Alexander II. von Rußland an Kaiser Wilhelm I.

Eigenhändiges Handschreiben.

Zarskoe-Selo. Ce 3/15 Août 1879

Cher Oncle et Ami,

Il me tient à coeur de Vous remercier encore par écrit pour Votre bonne lettre, du 27 Juillet, ainsi qu'Auguste, pour l'envoi, de Votre part à tous les deux, de la charmante médaille, en souvenir de Votre noce d'or, à laquelle hélas! les circonstances ne m'ont pas permis d'assister, comme je m'en faisais une fête.

J'ai été heureux d'apprendre que Vous ayez bien suporté toutes les fatigues des cérémonies et j'espère que la cure de Gastein Vous aura donné de nouvelles forces pour affronter celles des revues militaires que Vous avez en perspective.

La mort de mon Aide-de-Camp Général de Reutern, qui avait eu l'honneur d'être attaché ces dernières années à Votre personne et pour lequel Vous avez eu tant de bonté, Vous aura sûrement fait de la peine comme à moi. Je tâcherai de lui trouver un remplaçant qui puisse Vous convenir et ne manquerai pas de demander préalablement Votre consentement dès que j'aurai fait un choix.

Encouragé par l'amitié, que Vous n'avez cessé de me témoigner, permettez-moi de Vous parler en toute franchise d'un sujet délicat et qui ne cesse de me préoccuper. Il s'agit de l'attitude des differents agents diplomatiques allemands en Turquie, qui depuis quelque temps se manifeste malheureusement d'une manière hostile envers la Russie, ce qui est en contradiction complète avec les traditions des rapports d'amitié qui depuis plus d'un siècle avaient guidé la politique de nos deux Gouvernements et qui étaient tout-à-fait d'accord avec leurs intérêts communs. — Cette conviction n'a pas varié en moi et je la conserve en entier, en me flattant q'elle est aussi la Vôtre. — Mais le monde juge d'après les faits. Or comment expliquer cette attitude des agents allemands qui nous devient de plus en plus hostile en Orient, où, d'aprés le dire du P. Bismarck lui-même, l'Allemagne n'a pas d'intérêts à elle à sauvegarder, tandis que nous en avons de fort sérieux. Nous venons de terminer une guerre glorieuse qui n'avait pas de conquêtes en vue, mais uniquement l'amélioration du sort des Chrétiens en Turquie. Nous venons de le prouver en évacuant les provinces que nous avions occupées après la guerre, mais nous tenons à ce que les résultats, obtenus, au prix de notre sang et de notre argent, ne restent pas lettres mortes. Il ne s'agit plus qu'à mettre à exécution ce qui avait été convenu au Congrès de Berlin, mais il faut que cela se fasse consciencieusement. Or les Turcs, soutenus par leurs amis les Anglais et les Autrichiens, qui en attendant occupent de pied ferme deux Provinces turques, envahies par eux en temps de paix, pour ne jamais les rendre à leur Souverain légitime, ne cessent de soulever des difficultés de détails qui sont de la plus grande importance tant pour les Bulgares que pour les braves Monténégrins. — Les Roumains en font autant vis-à-vis de la Bulgarie. — La majorité des commissaires Européens doit les décider. Ceux de France et d'Italie se joignent, presque dans toutes les questions, aux nôtres, tandis que ceux de l'Allemagne semblent avoir reçu le mot d'ordre de soutenir toujours l'opinion des Autrichiens qui nous est systématiquement hostile et cela dans des questions qui n'intéressent l'Allemagne en rien mais qui sont très importantes pour nous.

Pardonnez-moi, mon cher Oncle, la franchise de mon langage basé sur des faits, mais je crois de mon devoir de porter Votre attention sur les tristes conséquences que cela pourrait amener dans nos rapports de bon voisinage en aigrissant nos deux nations l'une contre l'autre, comme la presse des deux pays commence à le faire. — J'y vois le travail de nos ennemis communs, des mêmes qui ne pouvaient digérer l'alliance des trois Empereurs. — Vous Vous souviendrez que nous en avons parlé plus d'une fois avec Vous et combien j'étais heureux de me persuader que nos convictions là dessus étaient les mêmes. Je comprends parfaitement que Vous tenez à conserver Vos bons rapports avec l'Autriche, mais je ne comprends pas l'intérêt de l'Alle-

magne à sacrifier celui de la Russie. — Est-ce digne d'un véritable homme d'Etat de faire entrer dans la balance une brouille personnelle, quand il s'agit de l'intérêt de deux grands Etats faits pour vivre en bonne intelligence et dont l'une a rendu à l'autre, en 1870, un service que d'après Vos propres expressions Vous disiez n'oublier jamais. Je ne me serais pas permis de Vous les rappeler, mais les circonstances deviennent trop grâves pour que je puisse Vous cacher les craintes qui me préoccupent et dont les conséquences pourraient devenir désastreuses pour nos deux Pays. Que Dieu nous en préserve et Vous inspire!

La santé de ma femme nous a donné de sérieuses inquiétudes tout ce dernier temps. Dieu donne que l'air natal puisse lui faire du bien.

Ne m'en voulez pas, mon cher Oncle, pour le contenu de cette lettre et croyez aux sentiments d'invariable attachement et d'affection sincère

de Votre tout dévoué

Neveu et ami

Alexandre

Nr. 447

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an Kaiser Wilhelm I.

Ausfertigung

Gastein, den 24. August 1879

Indem ich Euerer Majestät das Schreiben des Kaisers Alexander ehrfurchtsvoll zurückreiche, kann ich mein Bedauern darüber, daß dasselbe überhaupt geschrieben hat werden können, nicht unterdrücken. Die Worte, mit welchen der Kaiser fortfährt, Euerer Majestät seiner Freundschaft zu versichern, verlieren ihre Bedeutung neben den unverhüllten Drohungen, von denen sie für den Fall begleitet sind, daß Euere Majestät die Rücksicht auf Österreich und England nicht aufgeben, und die eigene Politik der russischen nicht ausschließlich unterordnen wollen. Wenn dieser Brief bekannt würde, so würde die ganze Welt sich auf baldigen Bruch zwischen Deutschland und Rußland gefaßt machen, denn zwischen Monarchen, welche überhaupt in der Lage sind, über Krieg und Frieden zu bestimmen, ist eine solche Sprache der regelmäßige Vorläufer eines Bruchs, wenn letzterer nicht durch Verträge verhindert wird; die zwischen Monarchen übliche Höflichkeit gestattet, auch wenn man den Krieg beabsichtigt, in der Regel, und zwischen geborenen Monarchen eine stärkere Sprache nicht. Wenn Euere Majestät in demselben Tone antworten wollen, so würden wir mit Wahrscheinlichkeit dem Kriege entgegengehen. Euere Majestät haben ein höheres Bewußtsein von Allerhöchst Ihrer Verantwortung gegen Gott, und kennen den Krieg zu gut aus Erfahrung, um dem

Eindruck berechtigter Empfindlichkeit zu folgen, wenn es sich um den Frieden Europas handelt, und Euere Majestät wollen daher, wie ich aus dem Allerhöchsten Handschreiben* ersehe, von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Kaiser appellieren. So sehr dieser allerhöchste Entschluß, meiner ehrfurchtsvollen Überzeugung nach, der taktisch allein richtige ist, so wichtig wird es doch sein, die Möglichkeit nicht aus dem Auge zu verlieren, daß der Kaiser Alexander in den Händen der Ratgeber bleibt, denen er, wie es scheint, verfallen ist, ohne in eigenem politischem Urteil ein Gegengewicht gegen diese verderblichen Einflüsse zu finden. Daß diese Einflüsse in diesem Augenblick noch dem Fürsten Gortschakow zuzuschreiben wären, möchte ich kaum glauben. Derselbe ist abwesend, und bei aller Altersschwäche doch noch zu sehr Politiker von Fach, um solche Briefe gutzuheißen wie der vorliegende. Der Stil ist auch nicht der mir wohlbekannte Gortschakowsche, der in früheren Schreiben des Kaisers unverkennbar war. Der Minister, welcher jetzt den entscheidenden Einfluß auf den Kaiser Alexander übt, ist Miljutin. Dieser ist für den Haß bekannt, den er gegen die Deutschen im Herzen trägt, zunächst gegen die baltischen, aber auch gegen uns. Die Aufstellungen der russischen Kavallerie- und Artilleriemassen gegen unsere ostpreußische Grenze, die jedem Militär den Eindruck einer Vorbereitung zum Kriege gegen Preußen machen, waren schon vor dem türkischen Kriege Miljutins Werk, und er hat sie nach dem Frieden sofort wieder einnehmen lassen. Die Opfer des Krieges haben ihn nicht gehindert, den Friedensetat um 56000, den Kriegsetat um 3- bis 400000 Mann für die mobile Armee zu erhöhen. Miljutin gehörte zu der Partei, welche statt des türkischen Krieges lieber einen österreichischen geführt hätte, und deren Einfluß vor zwei Jahren zu der Anfrage aus Livadia durch General Werder Veranlassung gab, ob Euere Majestät in einem russisch-österreichischen Kriege neutral bleiben würden**. Die Berechnung war damals die, daß, nach Überwindung Österreichs, Deutschland allein der russisch-französischen, durch das geschwächte Österreich vielleicht verstärkten Koalition gegenübergestanden hätte. Wenn dieselben Einflüsse jetzt den Kaiser Alexander drängen, sich in erster Linie an Deutschland zu halten, so hoffen sie, entweder auch Österreich gegen uns zu gewinnen, oder nach der Steigerung des russischen Heeres um 400000 Mann, in Gemeinschaft mit Frankreich, beiden gewachsen zu sein. Es kommt dazu noch die innere Politik Rußlands. Der Kaiser glaubt augenscheinlich seine Stellung im Innern durch kriegerische

* Bei der Übersendung des Schreibens Kaiser Alexanders an Fürst Bismarck d. d. Babelsberg, 18. August 1879, hatte Kaiser Wilhelm geschrieben: „Die Antwort, die ich Sie bitte mir anzugeben, muß, glaube ich einige Fälle berühren, wo m[einer] A[nsicht] nach unser Bevollmächtigter nicht anders konnte, als gegen den russischen zu votieren, sonst aber muß dem Kaiser kein Zweifel an unserer alten Gesinnung gelassen werden."

** Vgl. Bd. II, Nr. 239.

Haltung nach außen zu befestigen, und merkt vielleicht gar nicht, daß seine Gegner im Innern auch den Krieg anstreben. Ich habe manche persönliche Freunde in Rußland, und die Konservativen unter ihnen sind alle der Meinung, daß Miljutin, indirekt oder direkt, an der Spitze aller Unzufriedenen in Rußland, namentlich der Nihilisten, steht. Ob er seine Agitationen, zu welchen er in seinem Kaiser das mächtigste Werkzeug findet, im Interesse eines konstitutionellen Rußland unter dem Großfürsten Konstantin betreibt, oder ob ihm, was wahrscheinlicher ist, die Republik in Rußland als Ziel vorschwebt, oder ob ihn allein der nihilistische Eifer für Zerstörung des Bestehenden treibt, der ja in den russischen Mißbräuchen viel Nahrung finden kann — das ist für unser Interesse an der Sache gleichgültig. Als gewiß darf man annehmen, daß die russische Umsturzpartei im Drei-Kaiser-Bündnis und insbesondere in dem Bündnis des Kaisers Alexander mit Euerer Majestät ein starkes Hindernis ihrer Pläne findet, und daß letztere bei einem Weltbrande bessere Aussichten als im Frieden haben würden; schon wegen der gesteigerten Unzufriedenheit des friedliebenden russischen Volks, die schon bei dem verhältnismäßig geringen Türkenkriege deutlich erkennbar war.

Man kann in diesen wie in allen Fragen der großen Politik keine mathematischen Beweise führen oder verlangen. Man kann die Zukunft und die Entschließungen anderer nur mit mehr oder weniger richtigem instinktiven Vorgefühl ermessen. In diesem Sinne darf ich meine ehrfurchtsvolle Überzeugung dahin aussprechen, daß wir den Kaiser Alexander den Einflüssen seiner Umgebung wahrscheinlich nicht werden entziehen können. In dieser Umgebung findet sich kein einziger Staatsmann von europäischer Tragweite. Herr von Giers hat keinen ministeriellen Einfluß, und die Nerven des Kaisers sind durch die Lebensweise Seiner Majestät aufgerieben, während die Umgebung bemüht ist, die persönliche Sicherheit des Monarchen als bedroht im Frieden und als geschützt im Kriege darzustellen.

Unter diesen Umständen Rußland durch Nachgiebigkeit gewinnen zu wollen, halte ich für vergeblich, auch wenn es nach dem Empfange des vorliegenden Briefes mit Euerer Majestät Würde verträglich wäre. Jede Nachgiebigkeit von unserer Seite wird nur dahin führen, daß Miljutin und seine Freunde beim Kaiser Alexander recht zu behalten scheinen, wenn sie darauf hinweisen, daß der Weg der Drohung der richtige sei, um von uns Konzessionen zu erlangen. Meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens sollte der Feldmarschall Manteuffel* die beiden drohenden Stellen, die der kaiserliche Brief enthält, g a n z i g n o r i e r e n, und im alten freundschaftlichen Tone für die Verständigung zwischen

* Am 22. August hatte Kaiser Wilhelm dem Fürsten Bismarck telegraphisch die Absicht ausgesprochen, den Generalfeldmarschall von Manteuffel zur Begrüßung des Kaisers Alexander nach Warschau zu entsenden, und ihm das Antwortschreiben für den Zaren, wenn möglich, mitzugeben.

Rußland und Österreich unsere guten Dienste in Aussicht stellen, dabei aber durchblicken lassen, daß wir bei unserer Beziehung zu Frankreich, und bei der Ungewißheit, ob das persönliche Freundschaftsverhältnis der Monarchen die jetzige Generation überdauert, uns Österreich und England nicht verfeinden könnten für Fragen, die außerhalb unseres Kreises liegen. Wir könnten dies um so weniger, als der Kaiser Alexander scheinbar unser einziger Freund in Rußland sei, und die öffentliche Meinung in diesem Lande durch die Presse mehr und mehr gegen uns aufgeregt werde. Der Feldmarschall müßte dann suchen, die schlimmsten russischen Artikel, die im Auswärtigen Amte vorliegen, dem Kaiser persönlich unter die Augen zu bringen. Die Vervollständigung seiner Instruktion wird der Feldmarschall in dem Antwortschreiben Euerer Majestät* finden, und eventuell nach Maßgabe dieses meines ehrfurchtsvollen Berichts erhalten können.

Die Art, wie der Kaiser Alexander sein Recht auf Euerer Majestät Dankbarkeit für 1870 geltend macht, ist nicht grade eine delikate, und deshalb wird es nicht zu vermeiden sein, daß Euere Majestät Allerhöchst Ihrerseits, wie es in dem französischen Briefentwurf geschehen ist, die gegenseitige Rechnung einigermaßen richtigstellen. Alles in allem hat Rußland seit fünfzig Jahren mehr Vorteil von dem Bündnis gehabt als Preußen. Aber der Kaiser Alexander hat schon immer weniger Zurückhaltung in der Geltendmachung des Anspruchs auf Dank gehabt als Euere Majestät.

Schon bald nach dem Kriege sagte mir Seine Majestät persönlich in Berlin: „Ihre Regierung ist mir Dank schuldig, und sie könnte ihn mir durch die Abtretung von Nordschleswig betätigen.“ Unter solcher Ausbeutung der Dankbarkeit ist es schwer, sich das Gefühl derselben zu erhalten. Der Kaiser stellt jetzt wiederholt seine Rechnung auf, aber ist dieselbe ganz richtig? Gewiß hat Seine Majestät eine wohlwollende Neutralität für uns beobachtet, ebenso wie Euere Majestät im Türkenkriege. Darüber hinaus haben Euere Majestät im Türkenkriege Österreichs Intervention gegen Rußland gehindert. Ob der Kaiser Alexander 1870 dasselbe getan hat, ob er in der Tat Österreich mit 300 000 Mann für den Fall einer Intervention bedroht hat, darüber haben wir in den Akten keine Beweise[1]. Graf Andrássy bestreitet die Tatsache, er sieht die Haltung der Ungarn und die deutschen Erinnerungen der Deutsch-Österreicher als Ursachen der damaligen Neutralität Österreichs an. Jedenfalls aber lag es 1870 im eigensten Interesse des Kaisers Alexander, zu verhindern, daß, nach Besiegung Deutschlands, Frankreich und Österreich siegreich und verbündet an seinen polnischen Grenzen standen. Wir haben ähnliche Interessen zur Parteinahme im Orient nicht. Ich will damit den Wert der freundschaftlichen Sympathie in keiner Weise schmälern, welche der Kaiser Alexander persönlich für Euerer Majestät Erfolge in Frankreich bekundet hat. Aber

* Siehe die folgende Nr.

unsere Dankbarkeit dafür kann so weit nicht reichen, daß die deutsche Politik für immer der russischen untergeordnet würde, und wir Rußland zuliebe die Zukunft unserer Beziehungen zu Österreich opfern.

Euere Majestät wissen, daß ich bei den vielen Gelegenheiten, die uns nötigten, zwischen Rußland und Österreich zu optieren, überall, wo es angänglich war, die größere Hinneigung zu Rußland befürwortet habe. Es geschah dies, weil ich die russische Anlehnung für die gesichertere von beiden hielt[2]. Mit dem Staate Österreich haben wir mehr Momente der Gemeinsamkeit als mit Rußland. Die deutsche Stammesverwandtschaft, die geschichtlichen Erinnerungen, die deutsche Sprache, das Interesse der Ungaren für uns, tragen dazu bei, ein österreichisches Bündnis in Deutschland populärer, vielleicht auch haltbarer zu machen als ein russisches. Nur die dynastischen Beziehungen und namentlich die persönliche Freundschaft des Kaisers Alexander, lagen günstiger in Rußland und gaben den Ausschlag. Sobald dieser Vorzug der russischen Alliance wenn nicht schwindet, so doch unsicher wird, halte ich es für ein unabweisliches Gebot der Politik Euerer Majestät, unseren Beziehungen zu Österreich eine noch eifrigere Pflege angedeihen zu lassen als bisher. Ich werde darüber des weiteren berichten, nachdem ich Graf Andrássy gesprochen habe, und dann vielleicht Euere Majestät um Erlaubnis bitten, meine Rückreise von hier über Wien antreten zu dürfen[3].

v. Bismarck

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms I.:

[1] Auf diese mündlich wiedergegebene bestimmte Äußerung des K[ai]s[ers] A[lexander] haben wir das 5. u[nd] 6. Armée-Corps nach Frankreich nachrücken lassen, welche gegen Öst[er]reichs Unsicherheit stehen bleiben mußten. Erst nach den Siegen vom 11—18 August sank Öst[er]reich die Hoffnung auf Einrücken in Schlesien. Daher kann ich die Andrassische Argumentirung zur Öst[erreichischen] Neutralität nicht annehmen!

[2] Ich halte sie auch jetzt noch für viel gesicherter, da Öst[er]reich ebensowenig wie Frankreich die Revanche Gelüste aufgegeben hat!

[3] In keinem Fall, weil Rußland dies sofort als eine Rupture mit sich ansehn muß u[nd] mein Brief daher an den Kaiser A[lexander] überflüssig wäre.

Nr. 448

## Kaiser Wilhelm I. an Kaiser Alexander II. von Rußland

Entwurf des Reichskanzlers zu einem Handschreiben. Abschrift von Kanzleihand, mit eigenhändigem Zusatz des Kaisers, unsigniert

Château de Babelsberg, le 28 Août 1879

Cher neveu et ami

J'ai reçu Votre lettre du 3/15 Août et je vous remercie, avant tout, du bon souvenir que Vous y exprimez par rapport à la fête de notre noce d'or à laquelle les circonstances ne Vous ont malheureusement pas permis d'assister, comme cela avait été Votre gracieuse intention.

La mort du Général Reutern m'a causé un véritable chagrin. J'ai beaucoup apprécié ses qualités et la manière dont il a rempli ses fonctions auprès de ma personne. Je Vous serai très reconnaissant de la nomination d'un successeur et je suis sûr d'avance que Votre nouveau choix sera tout aussi excellent que le dernier.

J'ai été heureux, mon cher Neveu, de recueillir de Votre lettre de nouvelles assurances de cette amitié, dont, d'accord avec moi, Vous conservez la tradition séculaire. A côté de ces assurances, qui rencontrent dans mon coeur la réciprocité la plus sympathique, Votre lettre indique des appréhensions, dont je n'ai pu lire l'expression sans en être péniblement ému. La franchise d'ami, à laquelle Vous faites appel, m'impose le devoir de ne pas Vous cacher mes impressions. Vous faites entrevoir, que, si mes instructions pour les commissions européennes ne seraient pas conformes aux Vôtres, nous aurions à nous attendre à des conséquences désastreuses pour nos deux pays et à de tristes conséquences dans nos rapports de bon voisinage. J'avoue, que, pour ma part, j'avais cru, que les traditions d'amitié que nos pères nous ont léguées et auxquelles j'attribue un long avenir pour le salut de nos deux pays, ne sauraient jamais être compromises par des questions de télégraphie et de délimitations en Bulgarie. Sans doute nous avons l'un et l'autre à apprécier en première ligne les devoirs que Dieu nous a imposés envers les nations, à la tête desquelles Sa volonté nous a placés. L'accomplissement de ces devoirs cependant ne nous a jamais empêchés de nous rendre mutuellement des services d'une haute importance. Ni la Russie, ni la Prusse ont eu à se plaindre des résultats politiques de l'amitié qui nous lie depuis que nous vivons. Rappelons-nous les étapes de l'historie contemporaine, auxquelles cette amitié nous a été utile, à l'un et à l'autre. La paix d'Andrinople en 1829, la prise de Varsovie par Vos troupes en 1831, la suppression des désordres en Pologne en 1846, l'attitude de mon frère en 1854, où il a tenu tête aux menaces de la coalition de trois puissances, chacune plus forte que la Prusse d'alors; notre entente cordiale en 1863, restée intacte malgré la pression que la France, l'Angleterre et l'Autriche exercaient sur nous, à une époque où mon action était entravée par l'opposition du parlement prussien, soutenu, en ce temps par l'opinion publique du pays; tous ces moments historiques entrent en ligne de compte. En réciprocité Vous avez observé une neutralité bienveillante pour moi en 1866 et 1870, tandis que de mon côté j'ai pu contribuer en même temps à faire consentir l'Europe à la révision du traité de la Mer Noire* et empêcher, pendant la dernière guerre, que les succès de Vos braves armées ne fussent compromis par l'intervention d'une puissance ou d'une coalition européenne. En dernier lieu le congrès de Berlin m'a fourni l'occasion de faire appuyer par l'Allemagne toutes les propositions, que les plénipo-

* Siehe das Kapitel „Pontus-Konferenz 1871" in Bd. II.

tentiaires Russes aient faites ou soutenues et si Vous en aviez fait avancer d'autres allant plus loin, mon chancelier aurait été prêt et autorisé à s'y joindre. En tenant compte de cette série de services que nous avons pu nous rendre mutuellement, sans faire tort aux intérêts de nos pays à nous, je suis très éloigné de toute idée de changer de politique à mon âge. Aussi le caractère des instructions, que mes agents politiques ont reçues, n'a pas varié depuis le premier début de la question orientale. Conforme aux principes sur lesquels nous étions d'accord avant et pendant la guerre, ma politique a toujours été de maintenir ou d'amener l'entente entre la Russie et l'Autriche, de m'y joindre, dès que cette entente fût acquise, et à veiller à ce que l'Autriche observât loyalement les engagements qu'elle aurait pris vis-à-vis de la Russie. J'ai fait mettre sous mes yeux les instructions et les rapports des commissaires allemands en Orient; nulle part je n'ai rencontré la moindre trace d'une intention hostile à la Russie. Je suis sûr, que les avis contraires, qui pourraient Vous être parvenus, reposent sur des renseignements erronés ou mal intentionnés. J'ai l'impression surtout, que les tendences de mon chancelier Vous aient été réprésentées sous un faux jour; dans les 17 ans, que le Prince Bismarck me sert comme ministre, il a toujours été auprès de moi l'avocat de Vos intérêts, et jamais il ne m'a dit ou écrit une parole, qui ne fût empreinte de son attachement pour Votre personne et pour l'alliance russe; ses sentiments n'ont pas varié jusqu'à ce jour, malgré les attaques et les calomnies auxquelles sa politique se trouve exposée dans la presse russe, même dans les feuilles dites officieuses.

Je n'ai pas besoin, mon cher Neveu, de Vous recommander le maréchal de Manteuffel, Vous le connaissez et si Vous daignez lui parler de notre politique, Vous le trouverez l'interprête loyal et convaincu de mon amitié pour Vous.

Je Vous prie de croire, mon cher Neveu, que dans cette amitié je vois et je verrai toujours un legs sacré, que nos pères d'auguste mémoire[1] nous ont transmis intacte et de l'emploi duquel Dieu nous demandera compte un jour, et qui constitue, dans l'intérêt de toutes les monarchies européennes, une des dernières et des plus fortes garanties des bienfaits de la paix et de l'ordre monarchique, dont l'Europe jouit encore à ce jour.

> Bemerkung über den Gesundheitszustand Ihrer Majestät der Kaiserin Marie und die letzten Nachrichten aus Jugenheim, sowie sonstige persönliche Zusätze Seiner Majestät[2].

Croyez, mon cher Neveu, aux sentiments d'affection sincère et invariable de Votre tout dévoué Oncle et ami.

(signé) Guillaume

---

[1] „d'auguste mémoire" eigenhändiger Zusatz des Kaisers, der sonst den Entwurf, nach einem Schreiben an Bismarck vom 29. August, wörtlich übernahm.

[2] Randbemerkung Kaiser Wilhelms I.: Ist geschehen.

Nr. 449

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Bad Gastein, den 29. August 1879

Geheim. Für Seine Exzellenz.

An Seine Majestät den Kaiser.

Graf Andrássy über Nacht nach Wien zurück*. Sein Rücktritt erfolgt teils wegen wirklichen Bedürfnisses einer Zeit zum Ausruhen, ebensosehr aber im Einverständnis mit seinem Kaiser als politisches Manöver zur Vorbereitung seines künftigen Wiedereintritts, nachdem seine parlamentarischen Gegner von rechts und links ihre Unmöglichkeit eingesehen, und ihre Kämpfe untereinander dem Kaiser die Möglichkeit der Bildung einer konservativ-liberalen Regierungsfraktion ermöglicht haben soll. Er bleibt Vertrauensmann des Kaisers als voraussichtlicher Führer des ungarischen Parlaments. Sein Nachfolger wahrscheinlich Haymerle. Er ist aber bereit, einstweilen zu bleiben, wenn er Aussicht hat, daß Deutschland mit Österreich im Interesse des Friedens ein Defensivbündnis schließt zu gemeinsamer Abwehr jedes Angriffs, den Rußland allein oder im Bunde mit anderen Mächten gegen eine der beiden deutschen Mächte richten könnte. Er würde diese Festlegung der österreichischen Politik in deutscher Richtung noch selbst durchzuführen übernehmen, um seinen Nachfolger zu binden.

Schriftlich werde ich die Gründe ehrfurchtsvoll darlegen, aus denen ich für geboten halte, auf dieses Defensivbündnis einzugehen. Ohne ausdrückliche Mitteilung Graf Andrássys darüber, habe ich den Eindruck gewonnen, daß zwischen Österreich und England und durch England mit Frankreich das westmächtliche Bündnis von 1855 in antirussischer Diplomatie aber ohne Kriegsabsicht in Arbeit, vielleicht gesichert ist. Wir werden moderierend auf die Tendenzen wirken, wenn wir Österreich die gegenseitige Assekuranz geben, welche auch unsere eigene Sicherheit unabweislich zu fordern scheint. v. Bismarck

---

Am Fuß des Schriftstücks Bemerkung Kaiser Wilhelms I.:

21. 8. 79 schrieb ich: les traditions séculaires que nos pères nous ont léguées. W.

---

* Schon am 13. August, unter dem frischen Eindruck des Schweinitzschen Berichts vom 8. August (s. Nr. 443), hatte Bismarck bei Graf Andrássy wegen einer Zusammenkunft sondieren lassen. Der Brief Kaiser Alexanders vom 15. August (s. Nr. 446) und die Meldung von Andrássys beabsichtigtem Rücktritt veranlaßten Bismarck, am 23. August, auf eine Beschleunigung der Zusammenkunft zu dringen. Sie fand am 27. und 28. August in Gastein statt. Vgl. E. v. Wertheimer, Graf Julius Andrássy Bd. III (1913), S. 237 ff.

## Nr. 450

## Kaiser Alexander II. von Rußland an Kaiser Wilhelm I.

Telegramm. Eigenhändiges Konzept; vom Generalfeldmarschall von Manteuffel am 31. August im Original nach Berlin gesandt, nachdem der Inhalt schon am 30. August telegraphisch dem Kaiser übermittelt war

[Warschau, den 30. August 1879]

Le Maréchal de Manteufel m'a remis hier Votre lettre. Je Vous remercie sincèrement pour la franchise de Votre langage, mais j'aurais voulu qu'aucune ombre ne puisse rester entre nous. Rien ne pourrait plus y contribuer qu'une conversation de vive voix entre nous. J'ose donc Vous proposer, si Vous n'avez rien contre, de nous rencontrer dans la journée de Mercredi, 3 Sept., à notre station frontière d'Alexandrovo et d'y rester ensemble jusqu'au lendemain matin. Un revoir avec Vous me rendrait bien heureux et je m'en promets les meilleurs résultats pour cimenter notre ancienne amitié et les bons rapports entre nos deux pays, comme nos Pères, de glorieuse mémoire, nous l'ont légués et comme nous le désirons tous les deux.

Alexandre

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms am Fuß des Schriftstücks:
Annehmend beantwortet. W. 1. 9. 79.

## Nr. 451

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 — Bad Gastein, den 31. August 1879

Nach Alexandrowo, auf russisches Gebiet, kann Seine Majestät sich meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens nach dem Brief des Kaisers Alexander nicht begeben, bevor letzterer nicht in Preußen gewesen ist.

v. Bismarck

## Nr. 452

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Telegramm. Konzept von der Hand des Gesandten von Radowitz

Nr. 27 — Berlin, den 1. September 1879

Auf Vorlage von Ew. pp. Telegramm Nr. 30* hat Seine Majestät erwidert: Kaiser Alexander könne Rußland nicht verlassen, ohne umfangreiche, vorbereitete polizeiliche Sicherheitsmaßregeln, dafür sei es

---

* Siehe Nr. 451.

bei uns zu spät, Seine Majestät könne daher Verantwortung für Vorschlag einer Begegnung in Preußen nicht übernehmen. Auch bei heutigem Vortrag blieb Kaiser fest auf dieser Ansicht. Seine Majestät erklärte aber ausdrücklich, daß er kurzen bei Vorüberreise abgestatteten Besuch nur als persönliche Angelegenheit auffasse, auf keine politische Erörterung, geschweige Zusagen eingehen werde, um so weniger, da Ew. pp. vorbehaltene Darlegung* ihm noch nicht bekannt. Seine Majestät wolle nur soweit mit Kaiser Alexander von Politik reden, um klarzustellen, wie derselbe zu dem unbegreiflichen Brief gekommen, und Anklagen gegen Ew. pp. und Haltung deutscher Politik nachdrücklich zurückweisen; werde E[ure] D[urchlaucht] in jeder Hinsicht vertreten. pp.

Nr. 453

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Bad Gastein, den 1. September 1879

Freiherr von Manteuffel glaubt, Kaiser Alexander werde jetzt zu Bündnis mit uns geneigt sein. Verhandlung darüber scheint heute unmöglich. Sie würde uns nur Österreich entfremden und uns dann mit Rußlands Liebe allein lassen. Unsere volle Isolierung unter Mißtrauen aller, wäre dann in Rußlands Belieben gestellt. Das könnten wir nicht wagen, selbst wenn Kaiser Alexander den Glauben an die Zuverlässigkeit seiner persönlichen Freundschaft noch nicht zerstört hätte. Wir dürfen nicht von dem Wohlwollen und der Ehrlichkeit einer mißgestimmten Macht abhängig werden, die so undankbar ist, daß sie nach den großen Diensten, die wir ihr leisteten, ihr fanatisches Volk gegen uns verhetzt, eine Invasionsarmee an unserer Grenze bereit hält, im Frieden maßlos rüstet, und dann unter Kriegsdrohung Lehnsfolge von uns fordert. Österreich ist sicherer, weil das Volk dafür ist, dabei ungefährlich für uns, bringt England mit und verfällt feindlichen Einflüssen, wenn es den Halt an uns nicht findet. v. Bismarck

Nr. 454

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Bad Gastein, den 2. September 1879

Mit den Wendungen von „Legs sacré“** usw. habe ich keine Ansicht über preußische Politik ausdrücken, sondern nur eine diplomatische

* Siehe Nr. 455.
** Vgl. die Schlußbemerkung Kaiser Wilhelm I. zu Nr. 449.

Form wählen wollen, die den Kaiser Alexander günstig impressioniert. Letzteres halte ich, trotz allem, diplomatisch zweckmäßig, einmal um die russische Tür offenzuhalten, solange wir die österreichische Assekuranz nicht sicher unter Dach haben, dann aber weil ich, auch wenn wir sie unter Dach haben, immer noch für nützlich halten werde, mit dem russischen Kaiser auf so gutem Fuß zu bleiben, als unsere Interessen und unser Ehrgefühl es zulassen.

Bitte diese Erwägung bei Vortrag geltend zu machen, da Seine Majestät von unserer eigenen Stilistik mehr impressioniert ist, als mir nützlich scheint.

v. Bismarck

Nr. 455

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an Kaiser Wilhelm I.

Ausfertigung

Gastein, den 31. August 1879

Euere Majestät wollen Sich huldreichst erinnern, daß ich innerhalb der letzten fünf Jahre in Berichten und Briefen wiederholt die Gefahren hervorgehoben habe, von welchen Deutschland durch Koalitionen anderer Großmächte bedroht sein kann. Die Kriege, welche Euere Majestät seit 1864 zu führen genötigt waren, haben in mehr als einem Lande die Neigung hinterlassen, im Bunde mit anderen Mächten Revanche zu nehmen und den Kristallisationspunkt zu Koalitionen abzugeben, wie deren eine dem Aufstreben Preußens im Siebenjährigen Kriege gegenübergetreten war. In jüngster Zeit war es besonders die Eifersucht des Fürsten Gortschakow auf Deutschlands Erfolge, welche unsere Gegner zunächst diplomatisch zu einigen suchte. Mein russischer Kollege hat, soviel er konnte, seit bald nach dem Frieden, daran gearbeitet, mit unseren Gegnern Anlehnung zu gewinnen, und namentlich mit Frankreich. Er hält die Komödie von 1875, wo er Frankreichs Bedrohung durch Deutschland und seine Rettung durch Rußland, im Bunde mit dem damaligen französischen Botschafter Gontaut-Biron fingierte und diese Fiktion langer Hand vorbereitete, noch heute in der französischen Presse aufrecht*. In der Zeit vor dem türkischen Kriege war er bestrebt, einerseits das Vertrauen des Kaisers Alexander auf Preußen, andererseits unsere Beziehungen zu Österreich zu untergraben, um seiner Koalitionspolitik nach beiden Seiten hin die Wege zu ebnen. In Rußland fand diese antideutsche Politik nur bei dem Kaiser Alexander damals noch Widerstand, da sonst eine deutsche Partei in Rußland nicht mehr existiert. Österreich aber nahm den Versuch, zunächst innerhalb des Drei-Kaiser-Bundes eine russisch-österreichische Intimität herzustellen, mit Mißtrauen auf. Wenn auch für die Anhänger österreichischer Revanchepolitik ein Bündnis mit Rußland

* Vgl. Bd. I, Kapitel VII.

etwas Lockendes haben konnte, da es jederzeit durch Frankreich verstärkt werden konnte, um auf Deutschland diplomatisch und politisch einen übermächtigen Druck zu üben, so kamen diese Bestrebungen doch nicht auf gegen die besonnenere Andrássysche Politik, welche voraussah, daß, nach der Überwindung oder Verfeindung Deutschlands, Österreich-Ungarn zwischen Rußland, Frankreich und Italien seine Unabhängigkeit nicht würde behaupten können.

Der Zustand meiner Gesundheit verbietet mir, die Konjekturen über die gegen uns möglichen oder wahrscheinlichen Koalitionen weiter auszuführen. Es bedarf auch keines Beweises, daß wir, in der Mitte Europas, uns keiner Isolierung aussetzen dürfen. Meiner Überzeugung nach sind wir derselben aber ausgesetzt, wenn wir ihr nicht durch eine Defensivalliance mit Österreich vorbeugen.

Die Sicherheit, welche wir in der Person des Kaisers Alexander früher zu finden glaubten, ist durch den letzten Brief Seiner Majestät* und durch des Kaisers drohende Äußerungen gegen den Botschafter**, auch der Form nach zerstört; sie läßt sich in der Art, wie sie früher bestand, nicht wiederherstellen. So gut wie der Kaiser Alexander dazu gebracht werden kann, wegen bulgarischer Lappalien nicht nur dem amtlichen Botschafter gegenüber, sondern in eigenhändigem Schreiben an Euere Majestät mit Krieg zu drohen, so gut wird er auch, und noch viel leichter, unter Fortsetzung der persönlichen Freundschaftsversicherungen diesen Krieg führen. Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens mußte das Niederschreiben dieser Drohung gegen den nächsten Blutsverwandten und ältesten Freund mehr Überwindung kosten, als der etwaige Befehl, noch mehr russische Regimenter an der preußischen Grenze anzusammeln, als dort bisher schon stehen. Ich muß nach Pflicht und Gewissen Euerer Majestät versichern, daß ich als Euerer Majestät amtlich berufener Rat an die Zuverlässigkeit des Kaisers Alexander für Euere Majestät nicht mehr glaube, und daß ich es als meine unabweisliche Pflicht ansehe, bei Euerer Majestät auf die Herstellung einer gesicherten Anlehnung mit Österreich ehrfurchtsvoll anzutragen. Der Gedanke, daß ein Defensivbündnis mit Österreich als Ersatz der Garantien, welche früher der Deutsche Bund gewährte, den Abschluß der deutschen Politik Euerer Majestät zu bilden haben werde, ist für mich kein neuer. Ich habe schon bei den Friedensverhandlungen in Nikolsburg 1866 der tausendjährigen Gemeinsamkeit der gesamtdeutschen Geschichte gegenüber das Gefühl gehabt, daß für die Verbindung, welche damals zur Reform der deutschen Verfassung zerstört werden mußte, früher oder später ein Ersatz von uns zu beschaffen sein werde. Ich habe diesen Gedanken zurückgehalten, solange in der Person des Kaisers Alexander eine Bürgschaft dafür vorhanden zu sein schien, daß einstweilen auch die dem Herzen Euerer Majestät näher-

* Siehe Nr. 446.
** Vgl. Nr. 443.

stehenden Beziehungen zu Rußland ausreichen würden, um Deutschland gegen die Gefahr europäischer Isolierung zu decken. In diesem Sinne habe ich in den letzten beiden Jahren mit aller Anstrengung und unter großer Schwierigkeit zu verhüten gesucht, daß Euere Majestät in die Lage kämen, zwischen Österreich und Rußland wählen zu sollen, weil ich wußte, wie peinlich Euerer Majestät der Entschluß dazu notwendig sein muß. Wenn ich auch seit Jahren sah, daß der Kaiser Alexander unser einziger Freund in Rußland war, so stand doch zu hoffen, daß Höchstderselbe nach seinen Jahren ebenso lange wie Euere Majestät noch regieren werde, und daß Allerhöchstdenselben das Erlebnis einer Trennung von der russischen Politik erspart sein werde, wenn auch für spätere Zeit Deutschland auf die Sympathie des russischen Thronfolgers sich keine Aussicht machen durfte.

Ich habe vor dem türkischen Kriege im November 1876 bei dem Fürsten Gortschakow den Versuch einer Sondierung gemacht, ob Rußland gegen wirksamere Unterstützung seiner orientalischen Politik durch Euere Majestät bereit sein werde, einen Garantievertrag für Elsaß-Lothringen mit Euerer Majestät abzuschließen. Der Fürst Gortschakow hat diesen meinen Versuch von Hause aus zurückgewiesen*. Wenn mir diese damalige Ablehnung schon bedenklich war, so hat der feindliche Undank, mit welchem Rußland Euerer Majestät freundliche und hilfreiche Neutralität während des Krieges, namentlich aber die wesentlichen und in der Geschichte ganz ungewöhnlichen Dienste aufnahm, welche Euere Majestät Rußland auf dem Kongreß leisteten, mich überzeugt, daß der Kaiser Alexander mit Bewußtsein sein Ohr der Wahrheit verschließt, und daß die öffentliche Verhetzung der russischen Stimmung gegen Deutschland mit dem Wissen Seiner Majestät erfolgte.

Nach den Erscheinungen der letzten Wochen aber halte ich es nicht mehr für möglich, eine Sicherstellung unserer Zukunft aufzuschieben. Ich würde auf eine einmalige Aufwallung noch nicht das Gewicht legen; eine solche ist auch bei dem Kaiser Alexander I. gelegentlich vorgekommen, und das Bündnis doch im ganzen zuverlässig geblieben, wenn auch vorwiegend im russischen Interesse gehandhabt. Heute aber liegt die Tatsache vor, daß der Kaiser Alexander schon seit zwei Jahren, teils selbst, teils durch den Fürsten Gortschakow Forderungen an Euere Majestät hat stellen lassen, die unabhängige Mächte sonst einander nicht zumuten, und in einer Tonart, wie sie zwischen solchen nicht üblich ist. Herr von Bülow wird Euerer Majestät aus unseren Archiven die Beweise dafür liefern können. Seit mehr als einem Jahre hat Seine Majestät sich en parti pris jeder wahren und gerechten Darlegung der Dienste verschlossen, welche Rußland vor und auf dem Kongreß durch Deutschland erwiesen sind. Vielmehr durfte seit dem Kongreß die offiziöse, ja sogar die amtliche russische

* Vgl. Bd. II, Nr. 252 nebst Fußnote **.

Presse („Correspondance russe“, Poggenpohl, ein kaiserlicher Beamter) unter den Augen Seiner Majestät des Kaisers die aufregenden Verleumdungen gegen Deutschland verbreiten, welche wie eine bewußte Anbahnung zum Friedensbruch aussahen. Diese Erscheinungen sind dem Kaiser Alexander nicht unbekannt gewesen; Graf Schuwalow, Minister Walujew, Saburow und andere hohe Beamte und Diplomaten haben Seine Majestät unter Darlegung der bedenklichen Folgen auf diese Dinge aufmerksam gemacht, die Äußerungen des Kaisers gegen Euerer Majestät Botschafter stimmen auch mit denen der Presse, dem sachlichen Inhalte und der Tragweite nach, überein. Wird auf diese Weise wirklich die Verbitterung des unwissenden russischen Volkes gegen Deutschland vorbereitet, so geben die Miljutinschen Aufstellungen an der Grenze den Beweis, daß diese Vorbereitungen wenigstens bei diesem gegenwärtig einflußreichsten Minister ernstlich gemeint sind. Nach russischen Einrichtungen kostet es ein einziges kaiserliches Wort, nur eine Unterschrift, ohne Motive, ohne Verantwortlichkeit, und der Krieg ist da, die Weichselarmee kann sofort bei uns einrücken. Den Glauben, daß der Kaiser Alexander niemals durch dieselben Einflüsse, welche seit Jahr und Tag seine Entschließungen beherrschen, bewogen werden könnte, jene eine Unterschrift zu geben, diesen Glauben kann ich nach dem jüngsten Verhalten Seiner Majestät nicht mehr aufrecht-halten, ohne mit meinem amtlichen Pflichtgefühl in Konflikt zu kommen. Ich halte einen Krieg mit Rußland für das größte Übel, welches uns auf diesem Gebiete widerfahren kann, schon weil er für uns kein Kampfziel hat, als nur die Abwehr eines barbarischen Angriffs. Aber wenn wir uns fragen, wie wir den Eintritt dieses Übels verhüten können, so kann ich das wahrscheinlichste Mittel dazu nicht mehr in der Gesinnung des Kaisers Alexander suchen. Wenn wir die Erregung Seiner Majestät durch eine augenblickliche Nachgiebigkeit gegen die ganz ungerechten Ansprüche, die aufgestellt sind, beschwichtigen wollten, so würden wir damit die Anmaßlichkeit künftiger Ansprüche steigern, und keine andere Bürgschaft für unseren Frieden gewinnen, als die heutige zweifelhafte. Einen glaubwürdigen Beweis für eine wenigstens augenblickliche Sinnesänderung des Kaisers würde ich nur darin finden können, daß Seine Majestät öffentlich anerkennte und anzuerkennen beföhle, daß Deutschland sich während des Krieges und namentlich auf dem Kongresse die vollste Dankbarkeit des Kaisers und aller Russen erworben habe. Aber wenn dies auch geschähe, so würde ich doch das Vertrauen nicht festhalten, daß dem Kaiser die geistige Unabhängigkeit und Energie noch verblieben sei, welche erforderlich wäre, um auf die Dauer den sich gleichbleibenden Einflüssen unserer Feinde Widerstand zu leisten.

Das einzige wirksame Mittel, unseren Frieden sicherzustellen, sehe ich in einem Defensivbündnis zur Wahrung desselben. Es mag vom russischen Standpunkte aus leicht erscheinen, von Warschau aus ent-

weder Preußen oder Österreich anzugreifen, und Polen ist, solange beide deutsche Mächte getrennt sind, eine mächtige Angriffsposition gegen jede von ihnen. Sind sie aber einig und wehren sich gleichzeitig, so wird die Stellung mehr zu einer Sackgasse für Rußland. Meine amtliche Überzeugung geht dahin, daß wir das Bündnis nur zu schließen brauchen, um den Krieg zu verhindern. Rußland wird Frieden halten, wenn es die deutschen Mächte ohne aggressive Tendenz zur Abwehr geeinigt weiß: es wird aber in absehbarer Frist den Frieden brechen, wenn diese Einigung unterbleibt. Wenn Österreich also zu dieser Einigung, ohne daß Deutschland weitere Pflichten übernimmt, bereit ist, so würde ich es mit meinen amtlichen Pflichten und mit meinem Gewissen nicht in Übereinstimmung bringen können, wenn diese Gelenheit, Deutschland und seinen Frieden zu decken, versäumt würde. Für Rußland könnte eine solche Defensivalliance nichts Verletzendes haben, da ihr jede Absicht und jede Möglichkeit zum Angriff fehlt, und da ein ähnliches Assekuranzbündnis zwischen Preußen und Österreich in Gestalt des früheren Deutschen Bundes 50 Jahre lang in völkerrechtlicher Wirksamkeit war, ohne jemals von Rußland als eine Bedrohung oder Verletzung empfunden zu werden. Ähnlich wie damals würde auch künftig Rußland jederzeit der Dritte in diesem Bunde der beiden deutschen Mächte wiederum werden können, wenn es sich nur entschließen kann, ebenso wie zur Zeit des Deutschen Bundes auf seiner Westgrenze Frieden zu halten. Eine aggressive oder bedrohliche Tendenz gegen Rußland würde unser Bündnis niemals haben, und wenn Österreich Rußland angreifen wollte, so würde es das ebensogut, wie zur Zeit des Deutschen Bundes, auf eigene Gefahr und ohne uns tun müssen. Dadurch würde auch Rußland gegenüber jede aggressive Tendenz des neuen westmächtlich-österreichischen Bündnisses, welches in der Bildung begriffen ist, gehemmt werden.

Damit komme ich zu einer anderen Seite der Frage.

Bei der Enthaltung Deutschlands haben die Interessen der Mächte, ohne besonderen Plan und Berechnung, schon jetzt zu derselben Gruppierung Rußland gegenüber geführt, wie 1854. Die beiden Westmächte und Österreich stimmen in allen orientalischen Fragen geschlossen und ohne Ausnahme gegen Rußland, und in meinen Verhandlungen mit Grafen Andrássy habe ich die Überzeugung gewonnen, daß Österreich sowohl wie Frankreich sich England gegenüber durch Versprechungen für diese Haltung gebunden haben, ein Verhältnis, welches bei längerer Dauer mit großer Wahrscheinlichkeit zu engerer Anlehnung zwischen Österreich und Frankreich führen muß. Die Wahl des Botschafters Haymerle zum Nachfolger Andrássys und insbesondere des Unterstaatssekretärs Kállay deuten darauf hin, daß Österreich sich die Annäherung an Frankreich offen halten will; es ist in diesem Sinne sogar von der Kandidatur des Fürsten Metternich als Nachfolger Andrássys die Rede gewesen. Wenn Österreich bei

Deutschland keinen Schutz gegen unberechenbare Entschließungen Rußlands findet, so wird es dem Bedürfnis, bei Frankreich Anlehnung zu suchen, auf die Dauer nicht widerstehen, denn England kann ihm auf dem Kontinente nicht hinreichenden Beistand leisten; es wird also in dem westmächtlichen Bunde Österreich in seiner vorgeschobenen Stellung auf die Länge mehr von Frankreich als von England abhängig werden. Eine österreichisch-französische Intimität birgt aber für Deutschland dieselben Gefahren, wie eine österreichisch-russische; wie die letztere durch Frankreich, so kann die erstere jederzeit durch die launenhaften Entschließungen der russischen Politik zu einer erdrückenden Tripelalliance gegen Deutschland werden. Ein dauerndes Friedensbündnis zwischen Österreich und Deutschland würde allein die Möglichkeit der Herstellung jener bedrohlichen Tripelalliance aus dem 7jährigen Kriege verhindern können. An dieses Bündnis der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche würde England dann sehr gern eine feste Anlehnung nehmen.

Die einstweilen zunächstliegende Gefahr einer russisch-französischen Alliance gegen uns würde damit auch, soweit menschliche Kräfte reichen, beschworen sein. Das jetzige Frankreich würde sich jedenfalls zu einem Kriege gegen uns nur sehr schwer entschließen, wenn es befürchten müßte, England unter seinen Gegnern zu finden. Dennoch aber würde, wenn den französischen Chauvins die günstige Gelegenheit sich böte, daß Deutschland von Rußland angegriffen würde, die französische Regierung vielleicht nicht stark genug sein, die Revanche-Gelüste der Nation im Zaume zu halten, namentlich, solange wir isoliert sind. Sind wir aber mit Österreich verbündet, so glaube ich, daß in erster Linie der russische Angriff überhaupt unterbleibt, und fände er dennoch statt, daß dann England uns mit Österreich zusammen stark genug findet, um sich uns beiden anzuschließen. Dann würde ein russischer Angriffskrieg vielleicht doch nicht auf Teilnahme Frankreichs rechnen können. Als Euere Majestät 1864 im Bunde mit Österreich gegen Dänemark Krieg führten, hat keine europäische Macht es gewagt, die deutschen Verbündeten anzugreifen, obschon jede von ihnen Lust gehabt hätte, das Unternehmen zu hindern. Österreich wird jetzt nicht schwächer sein als damals, und das Deutsche Reich ist mehr als doppelt so stark wie das damalige Preußen; dabei können wir England, damals unser Gegner, als dritten im Bunde voraussehen.

Nachdem ich mir erlaubt habe, Euerer Majestät in Vorstehendem die Eindrücke ehrfurchtsvoll darzulegen, welche ich von der europäischen Situation, nicht seit dem Briefe des Kaisers von Rußland vom 15. August, sondern seit Jahren mit stets wachsender Mächtigkeit der Überzeugung erhalten habe, berichte ich alleruntertänigst über den Hergang meiner Besprechung mit Grafen Andrássy.

Über die Gründe seines Rücktritts habe ich meiner telegraphischen Meldung vom 29. d. Mts. nichts Wesentliches hinzuzufügen. Ich darf an-

nehmen, daß der Kaiser Franz Joseph und Graf Andrássy selbst darauf rechnen, daß letzterer in weniger als Jahr und Tag, und wenn wichtige Ereignisse eintreten, schon sehr bald wieder im Amte sein werde, vorausgesetzt, daß seine Gesundheit sich hinreichend befestigt, wozu er, meines Erachtens, nur einiger Zeit absoluter Ruhe bedürfen wird. Die parlamentarischen Anstrengungen haben seine Nerven sichtlich angegriffen, und er ist gleich mir in der schwierigen Lage gewesen, niemals wirklichen geschäftsfreien Urlaub gehabt zu haben, weil seine amtliche Tätigkeit auch auf dem Lande eine volle Unterbrechung nicht zuläßt.

Über die politische Situation teilte ich ihm zunächst mit, daß wir von Rußland gedrängt würden, in den schwebenden Fragen im Orient nicht mit, sondern gegen Österreich zu stimmen, und daß wir, wenn wir uns dessen weigerten, anscheinend Gefahr liefen, uns pour les beaux yeux de l'Autriche mit Rußland zu brouilliren. Es sei daher für uns, die wir in der Sache gar nicht interessiert wären, vermöge dieser Haltung Rußlands von erhöhter Wichtigkeit geworden, daß eine Verständigung zwischen unseren beiden Nachbarn erfolge.

Der Graf erwiderte mir, es sei dies schwierig, da Rußland ungerechte, dem Berliner Vertrag widersprechende Forderungen aufstellte, und Österreich könne nach der unzuverlässigen und unaufrichtigen Behandlung, die es seit dem Reichstadter Abkommen von Rußland erfahren habe, nicht aus Gefälligkeit für Rußland sein Einverständnis mit England, und durch England auch das mit Frankreich schädigen. Die russische Politik sei Österreich gegenüber dermaßen wankelmütig, anmaßend, ja sogar bedrohlich gewesen, daß in Wien jedes Vertrauen zu derselben geschwunden sei. Man wisse gar nicht, wer die russische Politik im Innern und nach außen hin gegenwärtig leite, der Zufall scheine zu regieren. Es heiße, daß Kaiser Alexander sein eigener auswärtiger Minister sei. Wenn das der Fall sei, würde er es lebhaft bedauern; denn wer auch immer die russische Politik in den letzten Jahren geleitet habe, einen schwächeren Kollegen habe er, Graf Andrássy, niemals gehabt. Rußland entgegenzukommen und dadurch England mißtrauisch zu machen, könne er nach diesen Erlebnissen seinem Kaiser nicht raten, und namentlich müsse Österreich sich die westmächtlichen Sympathien warm zu halten suchen, solange es von uns keine Gewißheit habe, ob Österreich gegen ungerechte russische Zumutungen auf Deutschlands Beistand rechnen könnte.

Ich entgegnete darauf, daß ich zwar nicht glaubte, daß Rußland im Sinne seiner Presse, auch wenn dieselbe eine offiziöse sei, die Drohung wahrmachen werde, an der Spree die Lösung der orientalischen Frage zu suchen; aber allerdings stehe in Rußland die Frage, ob Krieg oder Frieden, immer auf zwei Augen, und die Ratgeber, welchen der Kaiser Alexander gegenwärtig zu folgen scheine, hielte auch ich für leidenschaftlich und beschränkt. Wenn wir auch keine Anstrengung

scheuen würden, um einem für uns so gänzlich grundlosen und zwecklosen Kriege wie dem mit Rußland, aus dem Wege zu gehen, so wäre es mir doch von Interesse, mich zu vergewissern, wie Österreich sich verhalten würde, wenn Rußland Händel mit uns vom Zaune bräche, bloß weil wir uns nicht von ihm als Instrument gegen Österreich benutzen lassen.

Graf Andrássy antwortete darauf wiederholt und mit Lebhaftigkeit, daß im Falle eines unprovozierten Angriffs von Rußland auf Deutschland Österreich-Ungarn unter begeistertem Beifall aller seiner Völkerschaften und mit Aufgebot der vollen Macht der Monarchie Deutschland beistehen werde.

Ich erwiderte darauf, daß ich an seinen und seines Kaisers Gesinnungen in dieser Beziehung nicht zweifelte, schon weil alle Interessen Österreichs und Ungarns gefährdet sein würden, wenn es Rußland, allein oder mit Frankreich, gelänge, Deutschland zu vergewaltigen, oder wenn wir, bei dem Mangel eigener Interessen im Orient, uns die Freundschaft Rußlands dadurch erhielten, daß wir Deutschlands Macht und Einfluß dem Kaiser Alexander einfach zur Verfügung stellten und Österreich im Stiche ließen. Österreichische Staatsmänner würden einsehen, daß es im Interesse der Monarchie liege, dieses zu verhüten; aber in den Parlamenten wären die Staatsmänner selten, und die Parlamente in Wien, wie in Pest, sehr mächtig. Rußland stehe kriegsbereit hart an unseren Grenzen. Wenn nun die Verhältnisse wirklich sich so weit trüben sollten, daß ein Angriff Rußlands auf uns erfolgte, so hätten wir, wie ich fürchtete, in Österreich lebhafte Sympathien, aber keine schnelle militärische Hilfe zu gewärtigen. Die Neigung, zunächst in Neutralität die ersten Erfolge abzuwarten, würde wahrscheinlich vorherrschen, und die österreichische Entschließung von den ersten Ergebnissen abhängen. Es liege eine der Schwächen unserer heutigen Beziehungen, im Vergleich mit der Zeit des Deutschen Bundes, darin, daß ein Angriff auf eine der beiden deutschen Großmächte den vertragsmäßigen Beistand der anderen nicht notwendig und ohne neue Entschließung zur Folge habe. Der alte Deutsche Bund sei eine Art von gegenseitiger Assekuranz-Gesellschaft für den Frieden gewesen; wir könnten zum Deutschen Bunde nicht zurückkehren, aber zu meiner Information als Privatmann erlaubte ich mir die Frage, ob er als Politiker eine analoge Friedensliga zwischen den beiden mitteleuropäischen Kaiserreichen für eine nützliche Institution halte, und ob er glaube, daß sein Kaiser ähnlichen Gedanken zugänglich sei. In diesem Falle würde ich die Frage in geheimer Form an meinen Allergnädigsten Herrn bringen. Käme es jetzt nicht zu einer Abmachung der Art, so glaubte ich doch, daß der Gedanke möglicherweise eine Zukunft im Interesse des europäischen Friedens haben könne, wenn diejenigen Mächte, welche entschlossen wären, ihn nicht ohne Not zu stören, sich zu seiner Aufrechthaltung gegen unberechtigte Angriffe einigten.

Deutschland sei zufrieden mit dem, was es habe, und verlange nichts weiter als Frieden.

Er erwiderte darauf, daß Österreich in derselben Lage sei; nicht nur der Kaiser habe auf jede Neigung, in Deutschland je wieder eine Rolle zu spielen, für immer verzichtet, sondern auch der Erzherzog Albrecht habe ihn in jüngster Zeit wiederholentlich aufgesucht, um ihn zu versichern, daß er durch die Ergebnisse der letzten Jahre zu der Überzeugung gelangt sei, Österreichs Heil beruhe für die Zukunft nur im engsten Anschluß an Deutschland. Er halte Rußland auch im Innern für unsicher und gefährdet, und den europäischen Frieden und die Zukunft der bestehenden Monarchien nicht mehr durch Rußland, sondern nur dann verbürgt, wenn Österreich und Deutschland zusammenhielten. Er glaube auch, daß die Festigkeit des Deutschen Reichs, und namentlich die Zuverlässigkeit von Bayern und Sachsen, für die Reichspolitik durch das Zusammenhalten Deutschlands mit Österreich für alle, auch die schwierigsten Eventualitäten sichergestellt sein werde. Graf Andrássy fügte hinzu, daß nach diesem Glaubensbekenntnisse des Erzherzogs, noch mehr aber nach der Stimmung der Ungarn sowohl wie der Deutschen in Österreich, er die Treue Österreichs für ein deutsches Bündnis mit Sicherheit verbürgen könnte. Er würde eine Abmachung in diesem Sinne bei seinem Kaiser befürworten und glaube einer günstigen Aufnahme sicher zu sein. Das Verhältnis Österreichs zu England mache im gegenwärtigen Augenblicke für Österreich eine Abmachung, welche sich in erster Linie gegen Frankreich richten würde, nicht tunlich, weil eine solche Englands Beifall nicht haben würde. England bedürfe gegenwärtig Frankreichs, solange es nicht wisse, was es von Deutschlands zukünftiger Politik zu erwarten habe. Wenn Frankreich allein uns angriffe, und wir den Rücken gedeckt hätten, so würden wir im Besitze von Metz und Straßburg auch stark genug sein, um uns allein zu wehren. Sollte aber in solchem Falle Rußland den Franzosen gegen uns beistehen wollen, so würde dann Österreich, mit oder ohne England, auch bereit sein, uns mit Einsetzung der ganzen Monarchie gegen Frankreich und Rußland zu helfen und hierzu die vertragsmäßige Verpflichtung zu übernehmen. Durch ein solches Bündnis zwischen Österreich und Deutschland sei dann der europäische Friede, nach dessen Sicherung alle Nationen ein so dringendes Bedürfnis haben, verbürgt. Alle Nationen in Europa verlangten Sicherheit des Friedens, auch die Völker von Rußland und von Frankreich. Auch von der Regierung Frankreichs, wie sie jetzt beschaffen, sei nicht zu erwarten, daß sie, im Gegensatz zu dem Friedensbedürfnis der Mehrheit des französischen Volkes, den Frieden stören würde. Auch in Rußland sei es nur die Regierung, und eigentlich nur eine Clique in der nächsten Umgebung des Kaisers, welche den Frieden bedrohe und ihren Einfluß auf den demselben leider zugänglichen Monarchen benutze, um teils aus revolutionären,

teils aus persönlichen Gründen das müde Europa wiederum kriegerischen Wirren entgegenzudrängen. Es sei daher Pflicht der friedliebenden Regierungen, ihre Länder gegen solche Bestrebungen nach Kräften zu schützen. Ihm scheine diese Aufgabe von solcher Wichtigkeit, daß er, wenn er bei uns Neigung fände, derselben näherzutreten, seinen wohlerwogenen und für eine vorübergehende Erholungszeit auch notwendigen Rücktritt noch verschieben wolle, da ein Nachfolger, dem die Geschäfte neu wären, nicht die Leichtigkeit und Sicherheit der Behandlung haben werde, die eine Verständigung der Art erfordere. Er würde, wenn seine Gesundheit noch schlechter wäre, doch für seine Pflicht halten, sie einzusetzen, wenn dem Frieden Europas ein so wirksamer Dienst erwiesen werden könnte.

Ich habe ihm darauf erwidert, daß ich für jetzt eine Meinung nicht äußern könne, weil ich dazu keine Ermächtigung von Euerer Majestät hätte. Ich würde aber ohne Verzug Euerer Majestät Befehle einholen und ihm persönlich durch expressen Boten Nachricht geben, ob Euere Majestät mich ermächtigen wollten, der Frage näherzutreten. Welches immer Euerer Majestät Befehle sein würden, so würde ich es für meine Pflicht halten, den Besuch, welchen er mir ungeachtet seiner Gesundheit mit einer anstrengenden Reise hier gemacht hätte, in Wien zu erwidern und ihn dort zu verständigen über die Aufnahme, die mein Bericht bei Euerer Majestät gefunden hätte. Er nahm diese Zusage mit Dank entgegen und bemerkte, daß meine Rückreise über Wien um so weniger auffallen könne, als der Unterschied der Reise von Salzburg nach Berlin über München oder Wien nur eine Stunde betrage, und ich schon dreimal die Reise nach Gastein gemacht hätte, ohne Wien zu berühren.

Mit Rücksicht auf die vorgetragene Sachlage, deren Darlegung ich bei meiner körperlichen Erschöpfung zu meinem Bedauern nicht noch weiter ausführen kann, bitte ich Euere Majestät, mich vorläufig im Prinzip huldreichst ermächtigen zu wollen, daß ich bei meiner Durchreise durch Wien, die, wie ich hoffe, in etwa vierzehn Tagen stattfinden wird, mit Graf Andrássy die Grundlagen einer lediglich auf gegenseitigen Schutz gegen unprovozierte Angriffe und gegen bedrohliche Koalitionen berechnete[n] Verabredung einleite.

Ich werde natürlich nichts zusagen, was nicht im Wortlaut Euerer Majestät vorher vorgelegen und Allerhöchstdero Genehmigung erhalten hat. Aber auch selbst wenn Euere Majestät auf eine Verhandlung der Art nicht eingehen wollten, was mich mit tiefem Schmerze und großer Sorge für die Zukunft erfüllen würde, würde ich es immer für notwendig halten, daß ich in Wien mündlich dem Grafen Andrássy die Gründe darlege, welche Euere Majestät abhalten, die Hand anzunehmen, welche Österreich, ohne jede aggressive Tendenz, rein im Interesse seines und unseres Friedens darzubieten scheint. Ich würde dann immer noch imstande sein, zu tun, was in meinen Kräften steht,

um zu verhüten, daß die österreichische Politik nicht unter anderer Leitung als der des Grafen Andrássy mehr als bisher in das Fahrwasser Frankreichs hinübergleite.

Ich kann zum Schluß noch hinzufügen, daß uns beiden die vorläufige Geheimhaltung einer etwaigen Verabredung nützlich schien, daß aber eine solche, wenn sie zustande käme und später bekannt würde, in ganz Deutschland populär sein und Vertrauen in eine friedliche Zukunft erwecken würde. v. Bismarck

Bemerkung Kaiser Wilhelms I. am Kopfe des Schriftstücks:
Den Minister v. Bülow beauftragt, dem Fürsten B[i]sm[arc]k mitzutheilen, daß ich dies Schreiben als non avenu betrachtete, bis ich den Kaiser Alexander übermorgen in Alexandrowo gesprochen haben würde. W. 2. 9. 79.

Nr. 456

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 31 Berlin, den 2. September 1879

Brief und Bericht* empfangen. Letzteren Kaiser vorgelesen, tunlichst einzelne Sätze erläuternd. Seine Majestät folgte mit großer Aufmerksamkeit, offenbar ergriffen durch Ton und Inhalt: zumal Österreichs Verhältnis zu Frankreich, Möglichkeit neuer Gruppen, Erinnerung an Deutschen Bund, Eurer Durchlaucht Haltung gegen Andrássy, sagte und hat es Kronprinzen wiederholt, Denkschrift sei an und für sich vortrefflich. Aber zuvor müsse er selbst sehen und prüfen, ob Dinge schon so weit, wie Kaiser Alexander sich stelle. Es könne ja Augenblick für diese Politik kommen. Solche Allianzen wie vorgeschlagen seien gegen seine Grundsätze. Zusagen werde er nicht machen, über bedrohliche Übermacht an Grenze Erklärung fordern, Eurer Durchlaucht seine Eindrücke vollständig übermitteln. In Wien könnten Durchlaucht ja Besprechung wieder aufnehmen, soweit nichts ohne seine Genehmigung abgemacht werde. Im ganzen ruhiger, befohlen, daß Kronprinz alles erfahre. pp. Bülow

Nr. 457

## Aufzeichnung Kaiser Wilhelms I.

Eigenhändig, undatiert, niedergeschrieben am 4. September 1879 in Alexandrowo

Alexandrowo, den 4. September 1879

Der Kaiser A[lexander] begann die Unterredung mit der Beleuchtung seines Briefes** an mich. Niemand habe um denselben gewußt;

* Siehe Nr. 455.

** Siehe Nr. 446.

er habe ihn Niemand vor seinem Abgange gezeigt, u[nd] nur nach
diesem ihn mündlich mitgetheilt, ohne die Personen zu nennen. Wenn
ich also, wie er aus meiner Antwort ersehen habe, in dem Brief etwas [1]
Verletzendes gefunden hätte, so treffe ihn allein die Schuld u[nd] sehe er
ein, daß ich ihn habe mißverstehen können. Das thue ihm sehr
leid u[nd] wünsche er nun, wo er so ernste Folgen, wie eine Verletzung
meiner Person gehabt habe, ihn ungeschrieben anzusehen. Von
einer Drohung sei er so entfernt wie von irgend Etwas gewesen. [2]
Er habe nur, der Wahrheit gemäß, mich aufmerksam machen wollen,
daß, wenn namentlich die Presse beider Länder so fortführe, sich
gegenseitig zu schrauben, so müsse dadurch mit der Zeit eine Ver-
feindung der Letztern die Folge davon sein, u[nd] das ist Alles, was
vorzubeugen er bezweckt habe, damit das so lange zwischen Preußen
u[nd] Rußland durch alle Conjunkturn hindurch, gute Vernehmen er- [3]
halten bleibe, denn nur hierin sähe er die Erhaltung des Europäischen
Friedens, wie es bisher der Fall gewesen sei. — In den, großentheils [3a]
gegen Rußland abgegebenen Voten bei den Verhandlungen der Euro-
päischen Commissionen im Orient, durch meine Commissare sei eine
feindliche Richtung Deutschlands gegen Rußland zu Tage getreten, die
in Rußland sehr irritirt habe, u[nd] zu dem aufgeregten Preß Erzeugniß
die Veranlassung gegeben habe. Rußland verfolge bei diesen Commis- [4]
sionen den Zweck, den er beim Kriege allein im Auge gehabt habe,
das Loos der Christen zu verbessern u[nd] zu sichern, aber nicht um
Eroberungen zu machen; wenn nun durch die Grenz Regulirungen
diesem Zweck entgegengetreten würde u[nd] immer mehr Christen
unter türkische Oberhoheit zurückkehren sollten, als er wünschen
müsse, so seien danach die Commissaire instruirt worden. Die deut-
schen Voten hätten auch schon in der Türkei nachtheilig gewirkt, [5]
indem man dort eine Mißstimmung zwischen Deutschl[an]d u[nd] Ruß-
l[an]d erblicke u[nd] daher die Türken immer oppiniatre würden u[nd]
die Arbeiten ins unendliche verlängerten. — Der F[ür]st Bismarck, den er [6]
bisher immer als Freund der russ[isch]-Preuß[ischen] Verhältnisse nur
kennen gelernt habe, scheine aber dem F[ür]st[en] Gortschakoff seit
seinem dummen Circular von 1875 aus Berlin — dies nicht vergessen
zu können. Er habe dem Fürst[en] G[ortschakoff] vor diesem Circular
durchaus abgerathen u[nd] ihm die nachtheiligen Folgen (seiner
Eitelkeit en parenthèse) desselben vorgehalten, weil, wenn überhaupt
etwas zu schlichten gewesen wäre, dies nicht der Weg dazu sei.
F[ür]st G[ortschakoff] habe aber seinen Willen durchgesetzt. Auf dies
Nachtragen Bismarcks u[nd] nicht Vergessenwollen, habe dessen irri-
tirte Stimmung gegen F[ür]st G[ortschakoff] angefangen, wie es ihm
scheine, [sich] auf Rußland zu übertragen, u[nd] hierauf habe sich die
Aeußerung im Briefe an mich bezogen, daß er ein solches Verfahren
nicht mit den Eigenschaften eines so éminenten Staatsmanns ver-
einbaren könne. Auf die Instructions Ertheilungen der Commissäre

bei den orientalischen Fragen haben sich diese seine Äußerungen im
7) Briefe an mich nicht bezogen. Übrigens sei F[ür]st G[ortschakoff] ein überlebter Mann, den er fast gar nicht mehr consultire.

ad 1 antwortete ich: daß ich nicht leugnen könne, wie mich sein Brief unangenehm berührt habe, u[nd] namentlich weil ich seine Bemerkungen immer nur auf die quest[ionierten] Voten bezogen hätte, u[nd] dies schiene mir so minime zu sein, daß ich seine Irritation dieserhalb nicht begriffen hätte. Seine Erklärung, daß sich seine Äußerungen auf den ad 7 behandelten Gegenstand bezögen, verstünde ich nun also erst. Ich könne versichern, daß F[ür]st B[ismarc]k nach wie vor das Verhältniß zwischen Preußen-Deutschland u[nd] Rußland ebenso wie bisher ansähe, aber namentlich durch die Preß-Erzeugnisse eine Stimmung in Rußland Platz greifen sähe, die bei der jetzigen Gesetzgebung in Rußland unverständlich sei, um so mehr, da sogar die officiösen Zeitungen zu dieser nachtheiligen Stimmung beitrügen. Ich fügte hinzu, bei uns, gäbe ich zu, sei die Presse zu eben solchen Ausschreitungen übergegangen, aber doch hauptsächlich nur défensif gegen die dortigen Angriffe. Wir seien durch unsere Preß-Gesetzgebung so gebunden, daß wir nur durch Persönliche Aufforderungen gegen die Redacteure der Zeitungen einschreiten könnten, durch das Gesetz aber nicht, wenn nicht ein Belagerungszustand in bestimmten Gegenden verhängt werde.

ad 2 u. 3 Wenn in den quest[ionierten] Worten also keine Drohung enthalten sein sollte, so wäre ich beruhigt, denn die Auslegung, welche der Kaiser diesem passus seines Briefes gäbe, sei vollkommen meine Überzeugung, da ganz neuerlich seine Regierung einen ernsten Verweis gegen die ungehörigen Artikel der Zeitungen habe ergehn lassen, so wäre bei der Macht, die den General Gouverneuren gegeben sei, zu erwarten u[nd] zu wünschen, daß mit Energie gehandelt werden würde. Ich hätte meiner Seits eine Belehrung der Redacteure veranlaßt; mehr erlauben die Gesetze nicht.

ad 3a Unsere Instruktionen an die Commissare questionis seien von Haus aus dieselben geblieben: wenn Rußland u[nd] Oest[er]reich einig seien, immer mit ihnen zu stimmen; wenn Punkte seien, wo dies nicht der Fall wäre, sich den Majoritäten zu unterwerfen, wenn die russ[ische] Ansicht flagrant unhaltbar sei. Das sei der Fall bei Silistria, wo ich ganz dem russ[ischen] Vorschlag beistimme, eine Commission zu ernennen, welche die Brücken Frage zur Stelle inspicire u[nd] ebenso die Etappen Straßenfrage durch Ost Rumelien.

ad 4 Diese Ansicht sei mir ganz neu, da mir nichts der Art bisher vorgelegen habe. Indessen diese kleine Frage von Grenzpunkten sei doch so minime, daß dieserhalb die Christenfrage doch nur unbedeutend tangirt werde. Die Griechische Grenzfrage sei leider durch den Congreß nur wünschend u[nd] nicht fordernd ausgesprochen, u[nd] was ich von Haus aus vorhersah, mais pendant le congrès je n'avais pas voix

au chapitre. Ebenso betrachtete ich die Juden Frage in Rumänien, die ich in der beliebten Ausdehnung für unmöglich hielte u[nd] daher die Annahme der Griechischen* Modifikationen angenommen zu sehen wünschte!

## Nr. 458

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an Kaiser Wilhelm I.

Ausfertigung

Gastein, den 5. September 1879

Euerer Majestät beehre ich mich in der Anlage die Abschrift eines an mich gerichteten Briefes des Grafen Andrássy ehrfurchtsvoll vorzulegen. Ich habe denselben einstweilen mit der Hinweisung darauf beantwortet, daß ich meinerseits natürlich noch nicht im Besitz der Entschließungen Euerer Majestät wäre, und ihn benachrichtigen wollte, sobald ich dazu in den Stand gesetzt sein würde. Meinem alleruntertänigsten Berichte vom 31. v. Mts.** neue Motive für die Allerhöchsten Entschließungen hinzuzufügen, werde ich erst dann in der Lage sein, wenn ich über Euerer Majestät Würdigung meines ehrfurchtsvollen Berichts näher informiert sein werde, als es durch das bisherige Telegramm des Ministers von Bülow*** der Fall ist. Für heute beschränke ich mich darauf, einige Vervollständigungen meiner Berichterstattung nachzuliefern, welche ich bei der Fülle des Stoffs und dem Mangel an Arbeitskraft zurückstellen mußte.

Die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des Grafen Andrássy mußte in mir über die Zukunft unserer Beziehungen zu Österreich Sorgen erwecken, über deren Tragweite ich Euerer Majestät nicht berichten konnte, solange ich selbst über die Motive dieses Rücktritts nicht aufgeklärt war. Meine erste Befürchtung war die, daß Andrássy sich vor den, in der Hauptrichtung und jedenfalls am ansehnlichsten früher durch den Erzherzog Albrecht repräsentierten, militärisch-konservativen Elementen zurückzöge, auf deren Vorhandensein Fürst Gortschakow vor einigen Jahren den Plan gründen konnte, innerhalb des Drei-Kaiser-Bündnisses ein engeres Bündnis Rußlands mit Österreich herzustellen, zum Nachteile des von Frankreich ohnehin bedrohten Deutschen Reiches. Die mir inzwischen bekanntgewordenen Berichte des Generals von Schweinitz über die schon sehr bedenklichen Äußerungen des Kaisers Alexander gegen ihn bestätigten mich in meinen Befürchtungen. Denn es schien mir unglaublich, daß

* Nach einem Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck d. d. Königsberg 9. September 1879 (siehe Nr. 463) muß es statt „Griechischen“ „Rumänischen“ heißen.

** Siehe Nr. 455.

*** Siehe Nr. 456.

Kaiser Alexander die Politik des einzigen Bundesgenossen, den er bisher gehabt hatte, Preußens, durch Drohungen mißtrauisch machen könnte, ohne sich zuvor eines anderen Bundesgenossen versichert zu haben. Daß dieser andere Bundesgenosse Frankreich sein könne, ließ sich nicht annehmen, weil bei der gegenwärtigen französischen Regierung weder das nötige Geheimnis für solche Verhandlungen, noch die Dauer der Verständigung gesichert sein konnte.

Ich hoffte, als ich hier in Gastein eintraf, von dem Grafen Andrássy, auf Grund unserer persönlichen Beziehungen, wenigstens etwas herauszubringen, sei es eine Beruhigung, sei es eine freundschaftliche Warnung vor dem, was uns bedrohen konnte. Bevor ich den Grafen Andrássy gesehen hatte, erhielt ich durch Euerer Majestät Gnade das Schreiben des Kaisers Alexander*, in welchem dieselben Drohungen klarer und verschärfter und nicht mehr bei einer gelegentlichen, vielleicht unbedachten, mündlichen Unterhaltung, sondern in wohlüberlegter und zweimal formulierter schriftlicher Fassung direkt gegen Euere Majestät ausgesprochen waren. Daß die früher so vorsichtige russische Politik sich zu dieser Maßlosigkeit verleiten lassen sollte, ohne einen anderweit gesicherten Rückhalt gewonnen zu haben, konnte weder mir noch irgendeinem politisch geschulten Staatsmann in Europa glaublich erscheinen. Der Hinweis, den der Brief des Kaisers Alexander auf die Übereinstimmung Frankreichs mit Rußland enthielt, machte mir keinen Eindruck, da mir das Gegenteil als wahr bekannt war. Hätte eine wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und Rußland vorgelegen, und der Kaiser mit einer solchen drohen wollen, so wäre eine wahrscheinlichere Fassung gewählt worden. Durch den sonstigen Text des kaiserlichen Briefes konnte ich in meinem Verdachte einer heimlichen russisch-österreichischen Verständigung, in deren Besitz der Kaiser Alexander Euerer Majestät eine Art von Ultimatum stelle, nur bestärkt werden. Meine Ungeduld, durch Graf Andrássy womöglich eine Aufklärung zu gewinnen, mußte sich also steigern.

Für den Fall, daß diese Aufklärung keine beruhigende gewesen wäre, waren wir, meines untertänigsten Dafürhaltens, in der Notwendigkeit, einstweilen Rußland gegenüber bonne mine à mauvais jeu zu machen, und den Forderungen des Kaisers Alexander in den orientalischen Sachen entgegenzukommen, weil das Hauptmotiv, die Schonung unserer österreichischen Beziehungen, uns nicht mehr gehindert haben würde, der russischen Politik am Balkan jede ihr erwünschte Gefälligkeit zu erweisen. In diesem Sinne erschien mir die von Euerer Majestät beschlossene Sendung des Feldmarschalls von Manteuffel als eine Reservedeckung für den Fall, daß Andrássys Rücktritt den Übergang der österreichischen Politik in das russische Lager bedeuten

---

* Siehe Nr. 446.

konnte. Der kurze Termin, welchen Euere Majestät für die Einreichung des Entwurfs der Antwort stellten, nötigte mich, diesem Entwurfe eine Fassung zu geben, welche ihn für den Fall verwendbar machte, daß Österreich die Anlehnung an Deutschland aufgegeben hätte, und also unsere Beziehungen zu Rußland größerer Pflege und Nachgiebigkeit von unsrer Seite bedürfen sollten.

Als mein Briefentwurf schon in Euerer Majestät Händen war, kam Graf Andrássy her, und ich gewann durch seine Haltung sehr bald die Überzeugung, daß Österreichs Beziehungen zu Rußland und zu uns die alten waren, und daß die österreichische Politik, erfüllt von Sorge über die russischen Rüstungen und über die bedrohliche Unruhe in der Politik Rußlands, ihrerseits nach Friedensbürgschaften in Europa suchte, zunächst und in Zweifel darüber, wie weit es auf Deutschland im Fall der Not rechnen könne, bei England. Daß damit nicht nur die Ansichten des Grafen Andrássy ausgedrückt waren, sondern daß auch der Kaiser Franz Joseph in einer engeren Verbindung mit Rußland kein Heil sieht, die mit Deutschland aber festzuhalten bereit ist, geht aus dem anliegenden Schreiben hervor.

Wenn ich nunmehr gewiß zu sein glaube, daß die Besorgnis ungegründet war, welche mich veranlaßte, den Entwurf für Euerer Majestät Antwort an den Kaiser Alexander weicher zu halten, und der berechtigten Verstimmung Euerer Majestät weniger Raum zu geben, als mir politisch richtig erschienen sein würde, wenn ich über die österreichisch-russische Koalitionsbefürchtung schon beruhigt gewesen wäre, so sehe ich darin doch keine Schädigung unserer zukünftigen Politik, vorausgesetzt, daß Euere Majestät auf die von Österreich nunmehr dargebotene gegenseitige Assekuranz einzugehen geruhen. Geschähe dies nicht, so würde ich befürchten, daß die weiche und freundliche Behandlung dieser ersten russischen Drohung in der Zukunft als Versuchung zu einer Wiederholung ähnlicher politischer Mißgriffe wirken könnte, während es ungewiß bleibt, ob wir später auch noch die Rückendeckung durch Österreich nach Belieben haben können, falls wir sie jetzt nicht annehmen und sicherstellen. Ich würde das um so mehr befürchten, als ich nach den mir vorliegenden Nachrichten die Ursachen des diesmaligen russischen Einlenkens mehr in den Beängstigungen des russischen Finanzministers und in dem Mißlingen der jüngsten russischen Versuche in Paris und bei Italien suchen muß, als in dem Wohlwollen für uns. Mit der österreichischen Assekuranz versehen, können wir uns aber erneuten russischen Freundschaftsversicherungen, zu welchen die schonende Haltung der Antwort Euerer Majestät und die Sendung Manteuffels vielleicht geführt haben mögen, ohne Gefahr hingeben und, neben den vertragsmäßig gesicherten Beziehungen zu Österreich, die russische Freundschaft mit aller Sorgfalt und Friedensliebe pflegen. Das Drei-Kaiser-Bündnis im Sinne einer friedlichen und erhaltenden Politik bleibt ein ideales Ziel der

Politik, zu welcher ich Euerer Majestät ehrfurchtsvoll rate; untrennbar von derselben aber ist der Grundsatz, daß keiner der drei befreundeten Monarchen Eroberungen zum Schaden eines der beiden anderen erstrebe oder einen der beiden anderen mit Gewalt bedrohe, um ihn zum Anschluß an seine Separatpolitik zu zwingen. Letzteres ist leider von seiten des Kaisers Alexander geschehen, unterbleibt aber wahrscheinlich für die Zukunft, wenn Seine Majestät sich überzeugt, daß eine solche Politik der Drohung mit Gewalt die beiden anderen Mächte in der Abwehr einig finden würde. Bei der Abwesenheit aller zuverlässigen Bürgschaften für die Zukunft der russischen Politik, bei der Möglichkeit, daß die Politik des Kaisers Alexander auch in Zukunft wiederum von jener Überschätzung der russischen Macht, welche den Brief vom 15. August eingegeben hat, inspiriert werden könnte, oder daß der Kaiser Alexander dem Einfluß revolutionärer Ratgeber ohne eigenes Wissen unterliegt — bei dieser Möglichkeit ist das russische Bündnis für uns gefährlich, wenn wir nicht die Gewißheit haben, daß wir nicht mit Rußland allein darin bleiben. Letzteres wäre gleichbedeutend mit der Abhängigkeit unserer Sicherheit von Rußland, also von einem unberechenbaren Faktor.

Österreich dagegen ist nicht in gleichem Maße unberechenbar. Nach seiner Lage und nach seinen Bestandteilen bedarf Österreich so gut wie Deutschland, wenigstens einer Anlehnung in Europa; Rußland kann zur Not ganz ohne eine solche bestehen, ohne Gefahr zu laufen, daß das Reich sich auflöst. In Österreich-Ungarn haben die Völker und ihre Vertreter mitzureden, und diese Völker sind vor allem des Friedens bedürftig; zu einer kriegerischen Koalition wie die mit Rußland, die ich vor vierzehn Tagen noch befürchtete, kann der Kaiser Franz Joseph nur gelangen im Bruche mit seinen Völkern und mit deren Verfassungen; in Rußland dagegen ist eine kriegerische Politik gegen Deutschland, ohne jeden Schaden für die innere Lage des Reichs, an jedem Tage in Szene zu setzen möglich. Österreich hat, bei einem Treubruch oder einem ruchlosen Angriff auf uns, die Rache Deutschlands, der Fürsten sowohl, wie der gesamten Nation, zu fürchten. Es kann von uns, wenn Deutschland einig bleibt, bei glücklichem Kriege in kurzer Zeit übergelaufen werden; Rußland hat bei seiner geographischen Unzugänglichkeit nach allen diesen Richtungen hin wenig von uns zu fürchten. Österreich bedarf unser, Rußland nicht. Österreich hat in sozialer Beziehung vielleicht von allen großen Mächten die gesundesten Zustände im Innern, und die Herrschaft des Kaiserhauses steht fest bei jeder einzelnen Nationalität. In betreff Rußlands weiß niemand, welche Eruptionen revolutionärer Elemente im Innern des großen Reiches plötzlich eintreten können.

Erneute Freundschaftsversicherungen des Kaisers Alexander werden uns keine bessere Bürgschaft gewähren als die bisherigen, die frischesten, die in dem Briefe vom 15. August enthaltenen, mit ein-

gerechnet; auf demselben Papier wie sie steht die Kriegsdrohung gegen Euere Majestät unter Hinweisung auf Frankreich.

Nichtsdestoweniger werde ich Euere Majestät auch dann, wenn Allerhöchstdieselben ein Defensivbündnis mit Österreich genehmigen, in Zukunft niemals zu etwas anderem raten können, als zur sorgfältigsten Pflege unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland; denn ein Krieg mit Rußland bleibt auch für ein mit Österreich verbündetes Deutschland immer eine schwere Kalamität ohne Zweck für uns, welcher jederzeit nach Möglichkeit vorzubeugen sein würde. Eine Fortsetzung der bisherigen Situation, ohne vertragsmäßig gesicherte Beziehungen zu Österreich, würde ich schon vor dem russischen Briefe vom 15. August für gefährlich gehalten haben; nachdem wir aber durch das jüngste Verhalten Rußlands gewarnt worden sind, würde es sich, meines alleruntertänigsten Dafürhaltens, schwer verantworten lassen, die gegenseitige Sicherung, die Österreich uns bietet, von der Hand zu weisen. v. Bismarck

### Anlage

## Der österreich-ungarische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Graf Andrássy an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

Schönbrunn, den 1. September 1879

Verehrter Fürst!

Ich habe meinem gnädigsten Herrn, der sich von Prag direkt nach Bruck begab, noch von Gastein aus „in nuce“ die Tendenz und das vorläufige Resultat unserer Besprechungen telegraphisch mitgeteilt. Ich hob besonders hervor, daß es sich gegenüber den Rüstungen und der komminatorischen Sprache, die abwechselnd wir und Deutschland zu hören bekommen, um ein Defensivabkommen, eine Gattung Assekuranz zwischen unseren beiden Souveränen, in dem Sinne handle, jeden Angriff auf eines der beiden Reiche mit ganzer Macht gemeinsam abzuweisen, sowie denn der casus foederis auch in dem Falle eintreten soll, wenn eines der beiden Reiche von einer dritten Macht angegriffen und Rußland mit dieser kooperieren würde.

Ich habe auch betont, daß ich diese Kombination mit aller Wärme befürwortete, die Entscheidung S[eine]r Majestät jedoch durchaus nicht präjudiziert habe.

Hierauf erhielt ich bei meiner Ankunft ein aus Prag datiertes Telegramm, in welchem der Kaiser mir erklärt, der Tendenz und den vorläufigen Resultaten unserer Zusammenkunft aus vollster Überzeugung beizustimmen, und mich einladet, ihn in dem Lager von Bruck aufzusuchen. Gestern nun war ich in Bruck, wo ich detaillierten Vortrag zu erstatten Gelegenheit hatte.

Ich fand den Kaiser so durchdrungen von der Nützlichkeit, ja Notwendigkeit einer solchen Abmachung, daß jede weitere Motivierung sich als überflüssig herausstellte. Seine Majestät sieht darin nicht nur keine Abweichung von dem Vorhaben, den Frieden zwischen den drei Reichen zu erhalten, sondern heute die einzig mögliche Art, das Damoklesschwert, welches über unsern Beziehungen fortwährend schwebt, zu beseitigen und den Frieden nicht nur zum Heile der Beiden, sondern auch zum Wohle des Dritten praktisch sicherzustellen.

Daß sich mein Kaiser stets freut und sich jetzt besonders freuen wird, Sie hier zu sehen, ist selbstverständlich. Mittlerweile bin ich ermächtigt, sobald Sie das prinzipielle Einverständnis S[eine]r Majestät des Kaisers Wilhelm konstatieren können, eine Textierung entgegenzunehmen und auch meinerseits eine solche zu versuchen.

Ich würde bis zur Erledigung dieser Sache im Amte bleiben. Mein Nachfolger würde erst nach geschlossener Übereinkunft das Amt übernehmen. Er ist übrigens durch mich eingeweiht und vollkommen einverstanden.

Soviel, was Seine Majestät betrifft. Persönlich und ganz vertraulich noch folgendes: Ich habe nicht aufgehört, die Sache auch für mich von allen Seiten zu überdenken. Meine Überzeugung ist dadurch noch entschiedener geworden.

Ist es jetzt, immediat nach einem Kriege, zu dessen Urheberschaft sich in Rußland heute niemand bekennen will — der das Reich finanziell und militärisch geschwächt hat —, zu einer Zeit, wo die Nihilistenbewegung momentan niedergeschlagen ist, und nichts zu einer Diversion nach außen drängt — möglich, Deutschland mit Frankreich und uns mit einer Erhöhung des Armeestandes zu bedrohen, und zwar wegen Fragen wie Mrkovic und ostrumelische Postdirektion: was ist zu erwarten, wenn die Wunden des Krieges geheilt sein werden, wenn die inneren Schwierigkeiten sich wieder fühlbar machen, und eine Diversion nach außen als das einzige Mittel erscheinen kann, um ihnen auszuweichen?

Ich muß gestehen, solange ich die Fackel nicht ausgelöscht sehe, die Kaiser Alexander halb unbewußt auf dem europäischen Pulverfasse herumschwingt, solange ich den Frieden Europas in den Händen eines Miljutin, eines Jomini, nächstens wohl eines Ignatiew weiß, kann ich keine Beruhigung finden. Ich glaube jeder Staat — wenn auch wir weniger als andere — hat heute genug zu tun, um die Autorität gegen die subversiven Elemente im Innern zu schützen —, wie soll dies aber geschehen, und wer soll es imstande sein, wenn der Staat die Hälfte seiner Kraft und Wachsamkeit immer gegen Gefahren richten muß, die nicht von innen, sondern von außen — nicht von unten, sondern von oben kommen.

Ich hege keinen Zweifel in die persönlichen Absichten des Kaisers Alexander. Ich bin überzeugt, er will heute keinen Krieg. Aber als

Minister eines Nachbarstaates kann ich nicht vergessen, daß er auch nicht den Krieg gewollt hat, der eben zu Ende ist, und daß er von Anfang bis zu Ende [nicht] versucht hat, der Richtung Herr zu werden, die seiner immediaten Umgebung entsprungen war.

Daß diesen Gefahren irgendwie vorgebeugt werde, halte ich für eine europäische Notwendigkeit, und so schwer ich die Ausführung meines schon offenkundigen Rücktrittes jetzt aufschiebe — so wäre es mir als Diener meines Kaisers und meines Landes ein erhebendes Gefühl, mit Ihnen, verehrter Fürst, eine solche Garantie für die Zukunft beider Reiche unterschreiben zu können.

Österreich hat seinerzeit den Fehler begangen, Anerbietungen Deutschlands, welche die beiderseitigen Interessen gesichert hätten, abzulehnen. Es tut mir wohl, konstatieren zu können, daß man bei uns diesmal den gleichen Fehler nicht begehen wird.

In aufrichtiger Freundschaft und wahrer Verehrung

Ihr ergebenster

(gez.) Andrássy

## Nr. 459

## Der Gesandte im Auswärtigen Amt von Radowitz an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Königsberg

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept

Geheim — Berlin, den 7. September 1879

Ew. pp. übersende ich ganz ergebenst in der Anlage einen heute durch Kurier aus Gastein eingegangenen Immediatbericht des Herrn Reichskanzlers*, indem ich mich beehre, den von dem Herrn Staatssekretär mir erteilten Weisungen gemäß, folgendes zu Ihrer persönlichen Direktive hinzuzufügen.

Die Ausführungen in diesem Berichte sind dazu bestimmt, das Ew. pp. bekannte und versiegelt von Ihnen mitgenommene Memoire des Fürsten Bismarck** zu ergänzen und auf die Entschließung Seiner Majestät des Kaisers in betreff der von dem Reichskanzler erbetenen Ermächtigung zu Verhandlungen in Wien weiter einzuwirken. Ew. pp. werden daher, wenn dies nicht schon geschehen sein sollte, gleichzeitig mit der Vorlage des neuen Immediatberichtes, auch die in Ihren Händen befindliche, vorangegangene Darlegung der politischen Anschauung des Fürsten Bismarck Seiner Majestät jetzt wieder zu unterbreiten haben. Es wird dabei Ihrerseits in Ehrfurcht hervorzuheben sein, daß die allerhöchsten Entschließungen dem Reichskanzler jedenfalls

---

* Siehe Nr. 458.
** Siehe Nr. 455.

im Laufe dieser Woche bekannt gegeben werden müßten, da derselbe die Rückreise über Wien nicht länger als etwa noch acht Tage hinausschieben kann und dann in der Lage sein muß, dem Grafen Andrássy auf dessen, dem heutigen Immediatbericht beiliegenden Brief, Bescheid zu geben.

Ew. pp. sind durch die hier empfangenen Informationen und durch das heute Ihnen zugehende Material mit der Sachlage so genau vertraut, daß ich über die Bedeutung der kaiserlichen Äußerungen, welche Sie hierher, respektive an den Reichskanzler zu übermitteln haben werden, nichts weiter hinzuzufügen brauche. Aus allen Andeutungen, die uns der heutige Kurier von Gastein gebracht hat, und aus Telegrammen des Reichskanzlers, welche seitdem eingetroffen sind, ergibt sich so viel mit Bestimmtheit, daß Fürst Bismarck die verantwortliche Leitung der Politik nicht mehr weiter führen wird, falls seine Anträge, wie diese in den beiden Immediatberichten ausgesprochen sind, die Billigung Seiner Majestät nicht finden sollten. Der Reichskanzler hat in seinen Darlegungen die Motive, die ihn zu dem Vorschlage eines engeren Anschlusses an Österreich drängen, so überzeugend entwickelt, dieselben finden in dem Briefe des Grafen Andrássy so vollständigen Widerhall, daß in der Tat über die Notwendigkeit des beantragten Schrittes vom Standpunkte der deutschen Politik ebensowenig ein Zweifel bestehen bleibt, als wie darüber, daß nur auf diesem Wege die Bürgschaft des Friedens und die Sicherung einer festen Grundlage unserer künftigen Beziehungen zu Rußland jetzt noch möglich ist.

Wir geben uns deshalb der bestimmten Hoffnung hin, daß nach Eingang der heutigen Expedition und nach nochmaliger huldreicher Erwägung der jetzt in Frage kommenden Verhältnisse, Seine Majestät Allerhöchstsich mehr geneigt zeigen werden, dem Antrage des Reichskanzlers Folge zu geben, als es laut Ew. pp. Telegramm Nr. 4 von heute bisher der Fall gewesen ist*. Bei der entgegengesetzten Eventualität würden Ew. pp. dem allergnädigsten Herrn pflichtgemäß nicht verschweigen können, daß die Ablehnung der jetzt von dem Reichskanzler vorgeschlagenen Politik gleichbedeutend sei mit dem Verzicht auf die politischen Dienste des Fürsten Bismarck, welcher nach ernster Überlegung, es mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbar finde, auf einer andern als der von ihm in seinem ehrfurchtsvollen Immediatberichte angegebenen Basis, die Verantwortung für die fernere Regelung unserer auswärtigen Beziehungen zu übernehmen.

Ew. pp. oft und in schwierigen Umständen bewährtes Taktgefühl wird Sie die Form und das Maß der ehrerbietigen Darlegungen, zu welchen die Vorlage des heute übersendeten Immediatberichts Ihnen

---

* Das Telegramm Nr. 4 vom 7. September hatte mit den Worten geschlossen: „Leider absolut keine Aussicht auf Annahme der Vorschläge des Reichskanzlers.“

Anlaß bietet, am sichersten treffen lassen. Von hier aus wird in der Berichterstattung an den Herrn Reichskanzler mit der möglichsten Vorsicht verfahren und jedenfalls zunächst abgewartet werden, welche Aufnahme die heutige Expedition an Allerhöchster Stelle gefunden hat. Es darf daher einer nach Tunlichkeit beschleunigten gefälligen Mitteilung wenigstens über die ersten und allgemeinen Eindrücke ganz ergebenst entgegengesehen werden. Radowitz

## Nr. 460

## Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Königsberg, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow

Ausfertigung

Nr. 2 Königsberg, den 7. September 1879
Geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich ganz gehorsamst anzuzeigen, daß ich gestern abend auf meinen Antrag von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige empfangen worden bin und Allerhöchstderselbe dabei in eine nahezu einstündige Besprechung über die Begegnung in Alexandrowo und die politische Situation eingetreten ist.

Ungeachtet der voraufgegangenen körperlichen Anstrengungen waren Seine Majestät von einer Frische und Klarheit des Geistes, zugleich aber auch, neben großer Ruhe, von einer Entschiedenheit, wie solche mir in den letzten Jahren bei Allerhöchstdemselben kaum jemals entgegengetreten ist.

Soll ich meine Eindrücke vorweg kurz resümieren, so gehen dieselben leider dahin, daß die Begegnung in Alexandrowo insofern von ernster Bedeutung gewesen ist, als sie unsern allergnädigsten Herrn in seiner Freundschaft nicht nur für den Kaiser Alexander, sondern auch für Rußland auf das entschiedenste befestigt hat[1]. Ich kann nicht umhin, der bestimmtesten Überzeugung pflichtmäßig Ausdruck zu geben, daß auf die Annahme der Vorschläge des Herrn Reichskanzlers in dem geheimen Berichte vom 31. v. Mts.* absolut nicht zu rechnen ist, vielmehr der Kaiser seine ablehnende Entschließung innerlich bereits getroffen hat. Alle Gegenvorstellungen prallen — wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf — an Seiner Majestät Festigkeit vollständig ab.

Seine Majestät begann damit, mir zu sagen, daß seine in Alexandrowo gemachte Aufzeichnung über die Besprechungen mit dem Kaiser von Rußland** sich bereits in den Händen des Herrn Reichs-

* Siehe Nr. 455.
** Siehe Nr. 457.

kanzlers befände, zugleich geruhte Allerhöchstderselbe mir eine von dem Freiherrn von Manteuffel gefertigte Abschrift dieser Aufzeichnung zur vertraulichen Kenntnisnahme mitzuteilen. Allerdings, fügte der Kaiser hinzu, sei die Aufzeichnung, weil er in Alexandrowo unterbrochen worden, nicht vollständig; er habe sie hier fortsetzen wollen, sei aber in dem Trubel der letzten Tage leider nicht dazu gekommen und hoffe heute (am Sonntage) das Versäumte nachholen zu können. Alsdann werde er auch dem Fürsten Reichskanzler seine Entschließung auf den vorerwähnten Immediatbericht brieflich mitteilen. Ich erlaubte mir einzuwenden, daß es sich bei der großen Wichtigkeit der Sache doch wohl empfehlen möchte, vor der Allerhöchsten Entscheidung jenen Bericht, den ich zur Verfügung Seiner Majestät versiegelt mitgebracht, nochmals zu approfondieren, respektive mir zu gestatten, denselben Seiner Majestät vorzulesen. Der Kaiser erwiderte, daß es dessen nicht bedürfe, da er beim Vortrag Euerer Exzellenz vom 2. d. Mts. sehr aufmerksam zugehört und den Inhalt vollkommen im Kopf habe.

Der Kaiser erzählte mir nunmehr ausführlich alles, was er mit dem Kaiser Alexander besprochen; eine Erzählung, die im wesentlichen mit der Allerhöchsten Aufzeichnung, welche ich erst nachträglich lesen konnte, im Einklang stand. Zur Ergänzung erlaube ich mir nur nachstehendes gehorsamst anzuführen:

1. Der Kaiser Alexander hat wiederholt auf das bestimmteste betont, daß er den Brief ohne irgend jemandes Vorwissen oder Mitwirkung geschrieben habe[2]. Er hat denselben als eine Übereilung bezeichnet, die er auf das lebhafteste bedauere und wörtlich hinzugefügt: „Il faut convenir que j'ai fait une bêtise."

2. Von dem Fürsten Gortschakow hat Kaiser Alexander in nahezu wegwerfender Weise gesprochen und denselben einen „homme mort" genannt[3].

3. Die Äußerungen des Kaisers von Rußland über Österreich sind, dem Kaiser Wilhelm gegenüber, bei weitem milder gewesen, als die gestern einberichteten analogen Äußerungen Seiner Majestät gegen den General von Albedyll. Kaiser Alexander hat bemerkt, daß Österreich ihm allerdings Anlaß zu Klagen gegeben habe, und hat dabei die bekannte Äußerung wegen der ohne einen Tropfen Blut gewonnenen zwei Provinzen wiederholt. Der Kaiser von Österreich habe sehr seinen eigenen Kopf; Graf Andrássy sei ein ausgezeichneter Staatsmann, dessen Rücktritt sehr zu bedauern. Die Fortdauer des Drei-Kaiser-Bundes hat Kaiser Alexander im Prinzip — aber freilich, wie es scheint, mit einem Anflug von Zweifeln über die Ausführbarkeit — als das Wünschenswerteste bezeichnet, weil dieselbe den Frieden Europas verbürgen würde.

4. Die Zumutung zu Abmachungen irgendwelcher Art ist unserm allergnädigsten Herrn von seiten des Kaisers Alexander selbst nicht andeutungsweise entgegengetreten. Seine Majestät bemerkte: Er sei

mit dem festen Vorsatz nach Alexandrowo gegangen, keinerlei Zusagen, sie mögen beschaffen sein wie sie wollten, zu machen. Er sei diesem Vorsatze ganz und voll treu geblieben und „habe dem Fürsten Reichskanzler das Terrain offen gehalten“.

5. Kaiser Alexander ist schließlich auf den Passus in dem allerhöchsten Briefe wegen des „legs sacré de nos pères“ und der „amitié séculaire“ mit großer Wärme zurückgekommen und hat dem Wunsche lebhaften Ausdruck gegeben, daß nach Beseitigung der Mißverständnisse die alte Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland zum beiderseitigen Nutzen unverändert bleiben möge[4].

Am 4. vormittags hat Seine Majestät unser Kaiser die Herren von Giers, Graf Adlerberg* und Miljutin empfangen. Die Unterredungen mit den beiden Erstgenannten scheinen von keiner besonderen Bedeutung gewesen zu sein. Seine Majestät hat von der Preßfehde gesprochen und den Unterschied betont, welcher auf diesem Gebiete zwischen Rußland und uns bestehe. Dort hätte man auf Grund des autokratischen Regiments und des Belagerungszustandes längst einschreiten können und müssen, während in Deutschland die Gesetzgebung Schranken ziehe.

Ferner hat der Kaiser beiden Herren unsere Abstimmungsgrundsätze in den orientalischen Kommissionen auseinandergesetzt, namentlich daß und weshalb dieselben keine feindlichen Tendenzen gegen Rußland verfolgten. Die Herren von Giers und Graf Adlerberg haben ihrem Wunsche auf Fortdauer der gegenseitigen innigen Beziehungen lebhaftesten Ausdruck gegeben.

Bei weitem bedeutungsvoller ist offenbar die Unterredung Seiner Majestät mit dem Kriegsminister Miljutin gewesen. Derselbe hat unter anderm geäußert: es bereite sich im Orient etwas gegen Rußland vor; der Berliner Vertrag möge eine Weile vorhalten, lange — nach seiner Überzeugung — nicht. England habe, außer auf Zypern, auch auf Kleinasien die Hand gelegt, wo z. B. unter der Maske von Konsuln englische Generäle und Beamte installiert wären, um das Terrain für die Zukunft vorzubereiten. Man wolle Rußland dort den Weg verlegen[5]. Auf Ägypten hätten England und Frankreich ihr Auge geworfen; wer von beiden die Palme davontrage, werde die Zukunft lehren. Österreich endlich habe durch die Okkupation zweier Provinzen auf der Balkanhalbinsel festen Fuß gefaßt. Er wisse — hat Miljutin weiter bemerkt —, daß sich eine Tripelalliance zwischen England, Österreich und Frankreich gegen Rußland vorbereite[6]; da sei es denn doch nur natürlich, daß Rußland rüste[7] und sich für alle Eventualitäten vorbereite. (Einschaltend bemerkte Seine Majestät gegen mich: wenn dem so sei, so werde doch Rußland nicht so selbstmörderisch sein, auch noch mit uns anbinden zu wollen[8], an letzteres könne er daher nicht glauben. Fast fürchte er, daß man in Rußland schon „Wind“ von dem Gegenstande der Gasteiner Besprechungen habe.)

* General Graf Adlerberg, Minister des Kaiserlichen Hauses.

General Miljutin hat seine Auseinandersetzungen gleichfalls mit der Versicherung seiner Sympathien für Deutschland und dem Ausdrucke des Wunsches[9] auf Fortdauer der guten Beziehungen zwischen beiden Reichen beschlossen.

Hier erlaubte ich mir ehrfurchtsvoll zu bemerken: mit diesen Versicherungen des notorisch deutschfeindlichen russischen Kriegsministers stände doch in einem gar zu krassen Widerspruche eine Nachricht, welche dem Auswärtigen Amte soeben aus sicherer Quelle zugegangen sei, daß nämlich der Kaiser von Rußland den Befehl gegeben habe, Kowno, Bialystok und einen dritten Platz an unserer Grenze zu befestigen und mit der Ausführung sofort vorzugehen. Der Kaiser, auf den diese Nachricht leider keinen sehr tiefen Eindruck zu machen schien, entgegnete, das sei die Antwort auf Thorn und Königsberg, und knüpfte hieran, von der Sache abweichend, retrospektiv die Erzählung von den politischen Auseinandersetzungen mit Rußland, zu denen die Befestigung des zuletzt gedachten Platzes seinerzeit Veranlassung gegeben habe.

Auf das Punctum saliens nunmehr übergehend, sprachen Seine Majestät sich etwa in folgender Weise aus:

Ich habe dem Fürsten Bismarck durch den Minister Bülow am 2. d. Mts. sagen lassen, daß ich ihm auf seinen Vorschlag wegen Einleitung von Verhandlungen mit Graf Andrássy nicht antworten könne, solange ich nicht mit Kaiser Alexander gesprochen und mir auf Grund dieser Besprechung ein Urteil über seine und Rußlands Stimmung gegen uns gebildet habe*. Letzteres ist inzwischen geschehen. Ich habe die vollste Überzeugung gewonnen, daß Rußland[10] nach wie vor zu uns halten will und ein großes Interesse hat, dies zu tun. Mit dieser Überzeugung im Herzen bin ich Gewissens[11] halber außerstande, auf den Vorschlag des Reichskanzlers einzugehen: Meine Lage ist eine überaus schwierige und peinliche; ich befinde mich in einem schauderhaften Dilemma; aber lieber will ich vom Schauplatz abtreten und die Regierung meinem Sohne übergeben, als daß ich wider meine bessere Überzeugung handle und eine Perfidie[12] gegen Rußland begehe. (Der Kaiser sprach diese Worte sehr bestimmt und ruhig, ohne jeden Anflug von Animosität.) Ich habe, wie schon erwähnt, dem Fürsten das Terrain offen gehalten; will er mit dem Grafen Andrássy in eine Besprechung über gewisse Zukunftseventualitäten eintreten, so mag es sein; aber eine Allianz — nein, da gehe ich nicht mit. Dieselbe würde doch immer ihre Spitze gegen Rußland kehren und wäre in ihren Folgen unberechenbar. Der Fürst hat sich früher selbst dagegen ausgesprochen, daß wir uns durch Allianzen die Hände binden[13], und dies ist noch jetzt meine volle Meinung; auch hat er selbst früher gelegentlich Österreich für unzuverlässig erklärt[14].

---

* Vgl. die Bemerkung Kaiser Wilhelms I. zu Nr. 455, S. 36.

Zu dem oben unterstrichenen Passus darf ich mir ergänzend die Bemerkung gestatten, daß Seine Majestät an einer anderen Stelle des Gesprächs — gewissermaßen im Widerspruch mit jenem Passus — es im Hinblick auf das russische Mißtrauen als unerwünscht bezeichnete, daß der Herr Reichskanzler nach Wien gehen wolle. Dieser anscheinende Widerspruch dürfte durch den beabsichtigten Brief des Kaisers an den Fürsten Bismarck seine Lösung finden. Meinerseits hatte ich den Eindruck, den ich nicht verschweigen will, daß in den unterstrichenen Worten die einzige, freilich nur schwache Konzession Seiner Majestät gegenüber den Vorschlägen des Herrn Reichskanzlers enthalten sei.

Euerer Exzellenz brauche ich nicht erst zu versichern, wie sehr ich — leider ohne jeden Erfolg — mir habe angelegen sein lassen, den Kaiser von seiner Auffassung abzubringen; eventualissime wenigstens auf eine Hinausschiebung der allerhöchsten Entschließung hinzuwirken. Nach Maßgabe der in dem Immediatberichte vom 31. August enthaltenen Darlegungen und des sonstigen, mir bekannten Berliner Aktenmaterials bin ich bestrebt gewesen, die Ansichten Seiner Majestät zu widerlegen und die Zuverlässigkeit der russischen Freundschaftsversicherungen in das rechte Licht zu stellen. Des Ernstes der politischen Situation ist der Kaiser sich offenbar vollkommen bewußt und fühlt, daß wir uns in einer bedeutungsvollen Krisis befinden. Wenn dessenungeachtet Seine Majestät mit einer Festigkeit, wie sie bei ihm selten vorkommt, auf seiner Auffassung beharrt, so kann ich nicht umhin, daraus die Folgerung zu ziehen, daß auch für die Zukunft auf eine Sinnesänderung Allerhöchstdesselben nicht zu rechnen ist. Dieser meiner Überzeugung ehrerbietigen Ausdruck zu geben, habe ich für meine Pflicht gehalten. O. von Bülow

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Manteuffel!

[2] der Brief war ja nur ein Symptom einer seit 2 Jahren in Rußl[an]d stattfindenden Entwicklung.

[3] der wäre noch heut nicht so gefährlich wie Milutin.

[4] u[nd] die Rüstungen? u[nd] die Truppenstellung an unsrer Grenze? Eine Aenderung darin, wäre bessere Bürgschaft als die üblichen Phrasen von Freundschaft, die heut vielleicht aufrichtig, aber wie lange?

[5] Nur ein der europäischen Politik so fremder Minister, wie Mil[jutin] kann sich mit dem Gedanken schmeicheln, daß man ihm das glauben werde.

[6] !!

[7] an unsrer Grenze?

[8] sein nächstes Bedürfniß ist, uns Oest[er]reich zu entfremden.

[9] einstweilig!

[10] einstweilen

[11] ?

[12] !

[13] so lange wir noch unfertig waren

[14] aber weniger als Rußland

Nr. 461

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Königsberg

Ausfertigung

Gastein, den 7. September 1879

Nachdem ich heute, mit einem eigenhändigen Schreiben des Feldmarschalls von Manteuffel, die Aufzeichnungen Euerer Majestät über Alexandrowo* zu erhalten die Ehre gehabt habe, erlaube ich mir meine weiteren Eindrücke bezüglich der politischen Situation alleruntertänigst vorzulegen.

Der kaiserliche Brief vom 15. August** und die Artikel der russischen Presse bilden an sich nicht das Element der Gefahr für uns; sie sind nur ein Symptom der russischen Stimmung, Beweise für die Gefahren, welche uns von dorther drohen; diese Gefahren schwinden dadurch nicht, daß der Kaiser jenen Brief einstweilen der Vergessenheit übergibt, und der russischen Presse Schweigen befohlen hat. Die russischen Heere blieben an unserer Grenze, und der Einfluß unserer Feinde auf den Kaiser Alexander bleibt derselbe. In mündlichen und schriftlichen Vorträgen habe ich seit zwei Jahren Gelegenheiten gehabt, Euere Majestät auf das Schwinden der Sicherheit aufmerksam zu machen, mit welcher wir auf Rußlands Freundschaft zählen dürfen. Ich habe nie mein Bedauern hierüber verhehlt, und diplomatisch alles getan, was ich konnte, um die Erkaltung zu hindern und dem Einflusse der slawischen Revolution auf den Kaiser Alexander mit Vorsicht entgegenzuwirken. Die von Seiner Majestät wiederholt ausgesprochene Meinung, als ob persönliche Abneigung gegen Gortschakow meine Politik beeinflussen könnte, ist, wie Euerer Majestät bekannt, eine falsche. Ich habe gar keine Abneigung gegen meinen russischen Kollegen und Euere Majestät wissen, daß ich bis zum Kongreß jeden Wunsch Rußlands bei Allerhöchstdenselben befürwortet habe. Der ganze Kongreß ist nur auf Rußlands Antrag und im Interesse Rußlands von uns berufen worden. Noch schwer krank, habe ich in Friedrichsruh den dringenden Bitten, die Graf Schuwalow mir im Namen des Kaisers überbrachte, nachgegeben und meiner Gesundheit die Gewalt angetan, den Kongreß zu leiten, der ohne mich an jedem Tage Schiffbruch gelitten hätte. Ich habe dies getan, obschon ich Euerer Majestät wiederholt meine Befürchtung ausgesprochen hatte, daß ein Kongreß uns in die schwierige Lage bringen werde, zwischen unseren Freunden lavieren, vielleicht optieren zu müssen. Ich habe es getan in der Hoffnung, die erkaltende Freundschaft Rußlands neu zu beleben, und habe, in Betätigung der mir bekannten aller-

* Siehe Nr. 457.
** Siehe Nr. 446.

höchsten Intentionen, mit Euerer Majestät Macht und Namen jeden Vorschlag, den Rußland gemacht hat, unterstützt. Glaubte Rußland damals mehr erlangen zu können, so mußte es das aussprechen, und würde ihm Euerer Majestät Votum auch dafür nicht gefehlt haben. Diese Rechnung auf Rußlands Dankbarkeit ist eine unrichtige gewesen; Rußland hätte erwartet, daß Deutschland auch Rußlands Kriege führe, und anderen befreundeten Mächten damit drohe, das würden Euere Majestät, wenn Allerhöchstdieselben damals gesund gewesen wären, mir gewiß selbst untersagt haben. Bis zu dieser Grenze hin aber hat Deutschland für Rußland getan, was es konnte, und den Überrest der Dankesschuld von 1870 mehr als abgetragen. Haben Euere Majestät für diese, in der Geschichte sonst nicht vorgekommene Hingabe der gewaltigen deutschen Macht für die Interessen des Kaisers von Rußland von Seiner Majestät jemals ein Wort des Dankes oder der Anerkennung erhalten? In den amtlichen Beziehungen ist mir der Art nichts bekannt geworden; nichts als gereizte Vorwürfe, barsche Forderungen neuer Leistungen, in einem Tone, der mehr für säumige Vasallen als für mächtige Freunde angebracht war. Ich berufe mich hierüber auf das Zeugnis des Ministers von Bülow und der auswärtigen Beamten.

Wie ist es bei dem früher so feinfühlenden Herzen des Kaisers Alexander erklärlich, daß derselbe Euerer Majestät niemals ein Wort des Dankes für den Kongreß und die Kriegszeit gegönnt hat, während er den Dank Euerer Majestät für 1870 so bereitwillig in sein Schuldbuch schrieb und diplomatisch ausnutzte. Es erklärt sich dies dadurch, daß Seine Majestät schon seit der Zeit der ersten serbischen Wirren (Fadejew), unter abwechselnder Einwirkung männlicher und weiblicher Einflüsse, die russische Politik und die kaiserliche Macht der slawischen Revolution dienstbar gemacht hat, und im Sinne derselben die Diplomatie leitet. Den Berechnungen dieser Revolution entspricht es, die Schuld der eigenen Fehler auf Deutschland zu schieben; man hat damit angefangen schon während des Kongresses, und der Kaiser Alexander hat sich bewegen lassen, dazu die Hand zu bieten; nicht etwa in Unkenntnis der Wahrheit, sondern mit vollem Bewußtsein; ich weiß das von Schuwalow. Mit der unberechenbaren Elementargewalt dieser slawischen Revolution ist für uns keine Verständigung möglich, und es ist nicht denkbar, daß der Kaiser, und vielleicht ebensowenig, daß der Thronfolger sich von diesen Einflüssen wieder hinreichend emanzipieren werde, um dem von seiner Regierung künstlich erzeugten Deutschenhaß seiner Untertanen Trotz zu bieten. Das Bewußtsein der deutschen Abstammung der Dynastie macht ihn schon ängstlich nach der Richtung hin, während der Mut und das Expansionsbedürfnis nach außen durch den Krieg krankhaft gesteigert ist, man könnte sagen, zum slawischen Napoleonismus.

Die augenblicklich anscheinende Umkehr in der russischen Politik

darf uns darüber nicht täuschen, daß dieselben ehrgeizigen slawischen Elemente, denen die Widerstandskraft des Kaisers nicht gewachsen ist, vielleicht schon in Monaten, vielleicht in Jahr und Tag, wieder dieselben Stimmungen erzeugen, welche in den kaiserlichen Einschüchterungsversuchen in der ersten Hälfte dieses Augusts gipfelten. Diese Versuche werden wiederkehren, sobald die Situation in Frankreich oder in Österreich günstiger für sie ist als heut.

Über die Umstände, welche das einstweilige Einlenken der russischen Politik uns gegenüber herbeigeführt haben, glaube ich gegenwärtig durch amtliche und Privatnachrichten vollständig im klaren zu sein.

Herr von Saburow hat dem Kaiser Alexander Bericht über Besprechungen erstattet, welche ich in Kissingen mit ihm gehabt hatte. Er hat hierüber dem Kaiser Alexander mündlich Vortrag gehalten, und Herr von Giers hat dann geäußert: wäre dieser Vortrag nur einige Tage früher erstattet worden, so wäre das „verhängnisvolle" Schreiben vom 15. August unterblieben. Der Vortrag des Herrn von Saburow hat dann, schon bevor Feldmarschall von Manteuffel nach Warschau kam, das erste Symptom der Umkehr in Petersburg veranlaßt, die Verwarnung an die russische Presse und das plötzliche Schweigen derselben, aus welchem zugleich ihre Abhängigkeit von der Regierung hervorgeht. Meine Kissinger Äußerungen an Herrn von Saburow, durch deren Mitteilung er eine so auffällige Wirkung hervorbrachte, hatten in kurzem Resümee folgenden Inhalt:

„Mein Kaiser und König und allerhöchstdessen Untertanen haben für Rußland nur freundliche Gesinnungen und das Bedürfnis, in Frieden und in guter Nachbarschaft zu leben. Wenn aber statt irgendwelcher Dankbarkeit für unsere Hülfe auf dem Kongreß wir seit demselben in Rußland nur Aufhetzungen des Volkes gegen Deutschland, Truppenanhäufungen an unserer Grenze und diplomatische Unfreundlichkeiten erleben, so wollen wir Rußland darüber weiter keine Vorwürfe machen, aber die Rücksicht auf unsere eigene Sicherheit zwingt uns, zu rechter Zeit andere Anlehnungen zu suchen und unsere Freundschaft mit anderen Mächten sorgfältiger als bisher zu kultivieren."

Damit, daß Saburow diese für Rußland unerfreuliche Entwicklung in Petersburg in Aussicht stellte, hat er mehr Eindruck auf die Haltung der russischen Politik gemacht, als Herr von Schweinitz seit Jahr und Tag mit allen hingebenden Freundschaftsversicherungen.

Daß die feindlichen Stimmungen gegen uns so weit gegangen waren, in Frankreich und Italien die russische Bündnisfrage zu sondieren, bestätigt jetzt auch der Feldmarschall von Manteuffel. Ich weiß, daß Fürst Orlow, der Botschafter in Paris, bei seiner jüngsten Ankunft in Petersburg zu melden in der Lage war, daß Frankreich gegenwärtig überhaupt den Frieden brauche, und sich zum Angriff gegen Deutschland nicht stark genug fühle, wenn nicht außer Rußland noch eine dritte Macht mit Frankreich sich verbünde. Die Sondierung in

Italien hat einen Zustand der Schwäche ergeben, welcher verbietet, auf militärische Leistungen Italiens zu rechnen. Mit diesen Tatsachen wird die deutsche Politik rechnen müssen. Der Kaiser Alexander hat, wie auch Feldmarschall Manteuffel in dem abschriftlich ehrfurchtsvoll beigefügten Briefe berichtet, „seine Aversion gegen die französische Republik überwunden“.

Wenn die Erkundigungen über beide Länder und ihre Stimmungen anders ausgefallen wären, so ist es mir nicht sicher, ob die Sendung eines Feldmarschalls und das Erscheinen Euerer Majestät in Alexandrowo hingereicht haben würden, um eine für uns befriedigende Wendung herbeizuführen. Wenn durch eine Katastrophe in Frankreich die dortige Politik eine andere, dem russischen Bündnis günstigere, wird, oder wenn wir mit Österreich entfremdet sein werden, dann werden sich die russischen Drohungen von diesem August auch wiederholen. Gegenwärtig erklärt man dort die deutsche Allianz für die beste; aber ich fürchte nur auf so lange, als sie die einzige ist, die man haben kann. Von Kaiser Nikolaus kann man gewiß nicht sagen, daß er nicht, gleich seinem Herrn Sohne, von aufrichtiger Freundschaft für das verschwägerte preußische Königshaus beseelt gewesen wäre; es hat ihn das aber keinen Augenblick abgehalten, Preußen in Olmütz seiner russischen Politik zu opfern, sobald er sich dazu stark genug fühlte. Ähnlich wird auch die Freundschaft des Kaisers Alexander in Zukunft niemals schwerer wiegen können, als die Interessen der russischen Politik, wenn er die letzteren mit den Gefühlen seines Herzens für Euere Majestät nicht in Übereinstimmung zu bringen vermag. Träte dieser Fall ein, *nachdem* wir uns mit Rußland isoliert hätten, nachdem wir Österreich dadurch, wie im Jahre 1854, nur den näheren Anschluß an die Westmächte übriggelassen hätten, so würden wir dann *nicht* die Sicherheit haben, daß Österreich wiederum, ebenso wie heute, bereit sein würde, uns gegen Rußland beizustehen. Es läßt sich nicht voraussehen, wer alsdann in Österreich Minister sein wird, welche Einflüsse die herrschenden am Hofe sein werden, und wieweit alsdann vielleicht eine Intimität zwischen Österreich und Frankreich sich schon entwickelt haben kann. Jetzt ist Graf Andrássy noch Minister, und bleibt es so lange, bis er einen Defensiv-Vertrag mit uns entweder unterschrieben hat, oder die Hoffnung, daß er zustande kommt, aufgeben muß. Der letztere Fall wird eintreten, wenn ich ihm in Wien keine gesichertere Aussicht auf Euerer Majestät Bereitwilligkeit zum Abschluß geben kann als heute.

Euere Majestät haben zwar die Gnade gehabt, mich zur Fortsetzung der Besprechung mit Graf Andrássy in Wien zu ermächtigen*, ich befürchte aber, daß solche Besprechungen wenig Aussicht auf Erfolg haben, wenn ich nicht erklären kann, daß Euere Majestät, ebenso

---

* Siehe Nr. 456.

wie Kaiser Franz Joseph, im Prinzip das Defensiv-Bündnis wollen. Ich wüßte auch nicht, was ich weiter mit Graf Andrássy nach seinem Briefe vom 1. d. Mts.* noch besprechen könnte, als höchstens die Formulierung des einfachen und kurzen Textes, der eine geschäftliche Bedeutung kaum haben würde, wenn Euere Majestät die Genehmigung des Prinzips inzwischen nicht zu erteilen geruht hätten. Meine Anwesenheit in Wien kann, wenn sie nicht politisch auffallen und beunruhigen soll, nicht viel über zwei Tage dauern. Graf Andrássy wird seinen beschlossenen Rücktritt, wenn ich Wien ohne nähere Zusicherungen verlasse, nicht weiter aufs Unbestimmte verschieben wollen. Eine spätere Verhandlung mit dem mir persönlich wenig bekannten Nachfolger des Grafen Andrássy von Berlin aus zu führen, davon kann ich mir nicht dieselbe Sicherheit des Erfolges versprechen, wie sie heute vorliegt, wo die Zustimmung des Kaisers Franz Joseph vorhanden ist und das vollste persönliche Vertrauen beider Unterhändler zu einander den Abschluß leicht macht.

Wenn diese Verhältnisse nicht so dringlich lägen, so würde ich mir gar nicht erlauben, bei Euerer Majestät inmitten der Manöverreisen eine Entscheidung so dringlich zu erbitten. Aber die Gelegenheit zum Abschluß geht vorüber, wenn sie nicht ergriffen wird, und die Geschichte beweist, daß versäumte Gelegenheiten in der Regel nicht wiederkehren. Hier bietet sich eine Gelegenheit, in einer europäischen Situation, deren Schwierigkeit für Deutschland seit mehreren Jahren im Steigen ist, und im Steigen bleiben wird, den Gefahren, zu welchen diese Schwierigkeiten sich in Zukunft ausbilden werden, eine Assekuranz gegenüberzustellen, die wir so günstig später schwerlich wiederfinden; eine Assekuranz, die nicht nur unseren Frieden mit Rußland, sondern auch den mit Frankreich befestigt, und der gefährlichsten Koalition gegen uns, der von Frankreich, Rußland und Österreich, jeden Boden entzieht.

Wie Euere Majestät aus dem Briefe des Grafen Andrássy vom 1. d. Mts. huldreich ersehen haben, ist auch der österreichischen Politik es nur um Sicherheit gegen russische Angriffe, und durchaus nicht um feindliche Bestrebungen gegen Rußland zu tun. Ein Krieg mit Rußland, auch wenn man sich in demselben mit Erfolg zu wehren vermag, kann an sich niemals für Österreich wünschenswert sein, ebensowenig wie für uns, Österreich hat keine Eroberungen auf Kosten Rußlands zu erstreben, viel eher hat Rußland Begehrlichkeiten auf Kosten Österreichs. Österreich kann sich in den Drei-Kaiser-Bund mit voller Sicherheit einleben, sobald es in demselben gegen die Möglichkeit gedeckt ist, von Rußland angegriffen zu werden, ohne daß es Bundesgenossen hat. Diese Möglichkeit lag nahe 1876 und 77. Die Furcht vor ihrem Eintritt hindert Österreich, sich dem Drei-Kaiser-

---

* Siehe Nr. 458, Anlage.

Verhältnis unbefangen hinzugeben; es bleibt notwendig darauf bedacht, andere Anlehnungen, wie mit England und Frankreich, daneben festzuhalten, um im Falle eines russischen Angriffs dort Hülfe zu finden. Hat es diese Hülfe innerhalb des Drei-Kaiser-Bundes von Deutschland für den Fall zu gewärtigen, daß Rußland diesen Bund bricht, so kann Österreich ohne Hintergedanken sich an dem Kaiserbunde beteiligen und braucht sich der westmächtlichen Politik weniger unterzuordnen. Nicht minder kann Deutschland ohne Sorge und in demselben Maße wie von 1815 bis 1866 seine Freundschaft mit Rußland pflegen, wenn es gegen die Gefahr eines russischen Friedensbruches durch ein österreichisches Defensiv-Bündnis sich gesichert hat. Diese Sicherung könnte nur dann unterbleiben, wenn man überzeugt wäre, daß ein solcher russischer Friedensbruch nicht nur heute, sondern auch übers Jahr und später so unwahrscheinlich wäre, daß unsere Politik mit dieser Eventualität gar nicht zu rechnen brauchte. Dieses ist nun doch in keiner Weise der Fall. Die russische Politik hat, seit das Land die Folgen des Krimkrieges verwunden hat, und seit gleichzeitig die panslawische Umsturzpartei zu Einfluß gelangt ist, einen mehr und mehr bedrohlichen Charakter für den Frieden Europas angenommen. Der Friede Europas ist seit dem Falle Napoleons von niemand als ausschließlich von dem slawophilen Rußland bedroht. Es ist, als ob Rußland, unter der Leitung der slawischen Propaganda die Erbschaft des napoleonischen Cäsarismus und damit die Mission übernommen hätte, die schwarzen Punkte am Horizonte des europäischen Friedens zu bilden. Solange die russische Kampflust, die das Ergebnis des langen Friedens nach dem verunglückten Krimkriege war, ihre Befriedigung in Asien suchte, so lange konnte Europa hoffen, daß die Zeit und der Wechsel der Stimmungen das Übel ohne größeren Schaden vielleicht heilen werde. Vor zwei Jahren aber lag die Gefahr schon nahe, daß Österreich von Rußland angegriffen wurde, wenn das drohende Kriegsgewitter sich nicht nach dem Balkan verzog. Der siegreiche Feldzug, die großen Opfer und die großen Erfolge desselben haben aber die panslawistische Kriegslust Rußlands nicht abgekühlt. Die Hoffnung, welche ich vor zwei Jahren hegte und aussprach, daß Siege und Beförderungen, Georgenkreuze, Tedeum, eroberte Roßschweife das Tatenbedürfnis des russischen Heeres befriedigen würden, ist unerfüllt geblieben. Nur die anspruchsvolle Selbstüberschätzung der Russen hat sich gesteigert, und zwingt Europa, gegen die Gefahren auf der Hut zu bleiben, die der Chauvinismus des slawischen Cäsarentums für unseren Frieden heraufbeschwören kann. Diese Gefahren werden täglich größer durch die tägliche Steigerung der an sich schon ungeheuerlichen Ziffern des russischen Heeres, obschon Rußland von keiner Seite bedroht ist. Seine aggressiven Absichten werden hierdurch und durch die Aufstellung dieses Heeres außer Zweifel gesetzt. Den einzigen sicheren Schutz gegen diese Ge-

fahren sehe ich nicht im Vertrauen auf die unsichere Freundschaft Rußlands, sondern nur in unserer Entschlossenheit, uns zu wehren, und in dem Zusammenschließen der bedrohten Nachbaren Rußlands zu gegenseitiger Verteidigung. Unterlassen wir diese Vorkehrung, so halte ich den Frieden für unsicher und für jederzeit abhängig von der Möglichkeit Rußlands, Bundesgenossen für Angriffskriege zu finden. Diese Unsicherheit des europäischen Friedens wird auch in der Fortdauer des Mangels an Vertrauen und Verkehr in Europa ihren Ausdruck finden. Die Garantie des Friedens aber, die in einem deutsch-österreichischen Defensiv-Bunde liegen würde, gewährte uns nicht nur das Mittel, mit Rußland in Frieden zu bleiben und den Drei-Kaiser-Bund wieder zu beleben, sondern auch, durch Wiederherstellung des Vertrauens zu einer friedlichen Zukunft Europas, für Handel und Verkehr wieder eine Unterlage zu schaffen.

Wenn den kriegerischen Bestrebungen der panslawistischen Revolutionspartei in Rußland durch das Zusammenhalten der beiden deutschen Mächte ein fester Damm entgegengestellt würde, so ließe sich hoffen, daß dadurch in Rußland selbst die konservativen Elemente wieder zu Mut und Einfluß gelangten. In diesem Augenblick sind in Rußland die kriegerischen Tendenzen von revolutionärer und propagandistischer Färbung vorherrschend, und es ist die Gefahr vorhanden, daß dieses große Reich in seiner auswärtigen wie in seiner inneren Politik anarchischen Bewegungen verfällt. Wenn Rußland, um die europäische Isolierung zu vermeiden, sich genötigt sieht, auf seinen slawischen Chauvinismus zu verzichten, so läßt sich hoffen, daß der Schwerpunkt im russischen Reiche sich wieder auf die konservativen und besitzenden Klassen überträgt, welche die Leitung des Staates gegenwärtig verloren haben. Es dürfte dies nicht bloß im Interesse der Nachbarländer, sondern auch im Interesse der kaiserlichen Dynastie in Rußland dringend zu wünschen sein. Alle diejenigen in Rußland, welche etwas zu verlieren haben, würden es mit Dank erkennen, wenn durch die feste Haltung Deutschlands die revolutionäre Slawen-Propaganda zur Umkehr genötigt würde. Deutschland wird aber eine solche feste Haltung nur im Bunde mit Österreich annehmen können.

Schließlich gestatte ich mir, mit Bezugnahme auf die nationalen Empfindungen im gesamten Deutschen Reiche, noch auf die geschichtliche Tatsache ehrfurchtsvoll hinzuweisen, daß „das deutsche Vaterland“ nach tausendjähriger Tradition sich auch an der Donau, in Steiermark und in Tirol noch wiederfindet, in Moskau und Petersburg aber nicht. Diese Tatsache bleibt für die Haltbarkeit und für die Popularität unserer auswärtigen Beziehungen im Parlamente und im Volke von wesentlicher Bedeutung.

Die Erschöpfung meiner Kräfte gestattet mir nicht, weitere Gründe dafür zu Papier zu bringen, daß die Eingehung nicht eines Trutz-, sondern nur eines Schutzbündnisses mit Österreich in der gegenwärtigen

Situation eine unabweislich gebotene Forderung unserer Politik ist. Ich kann deshalb im Gefühle meiner Mitverantwortlichkeit für diese Politik nur meinen alleruntertänigsten Antrag dahin ehrfurchtsvoll wiederholen: daß Euere Majestät mich bis zu meiner Ankunft in Wien huldreichst ermächtigen wollen, dem Grafen Andrássy Allerhöchstdero Zustimmung im Prinzip zu einer Verabredung mitzuteilen, vermöge deren beide Mächte sich gegenseitig versprechen, auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten, in dem Falle aber, daß demungeachtet eine von ihnen von Rußland allein oder im Bunde mit anderen angegriffen werden sollte, diesen Angriff gemeinsam abzuwehren. v. Bismarck

Nr. 462

## Der Gesandte im Auswärtigen Amt von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 41 Berlin, den 9. September 1879

Bülow meldet, daß auch gestriger Vortrag trotz größter Bemühung und Verwendung allen Materials noch nicht Erteilung des Konsenses zu Abmachungen herbeigeführt hat, nur Genehmigung zu Besprechungen mit Graf Andrássy. Kaiser erblicke in fester Abmachung mit Österreich Perfidie gegen Rußland. Auf Drängen von Bülow sei Kaiser heftig geworden, habe Absicht wiederholt, zu abdizieren, wenn Ew. pp. Kabinettsfrage machten. — Kronprinz hat privatim seine vollste Billigung der Ansichten und Vorschläge Ew. pp. ausgesprochen, und hat geraten, allerhöchste Erlaubnis zu Besprechungen mit Graf Andrássy zu benutzen als Faden für Zukunft. Vielleicht sei wirklicher Abschluß einer Allianz noch nicht dringlich, und könnten die Besprechungen einstweilen zu einem Arrangement ohne Unterschrift führen.

Bülow fügt hinzu: wenn diese dilatorische Behandlung mit Graf Andrássy möglich sei, so würde späterer persönlicher Vortrag Ew. pp. bei Seiner Majestät das einzige Mittel sein, um Ziel zu erreichen. Kurier geht heute mittag nach Gastein ab. Radowitz

Nr. 463

## Der Gesandte im Auswärtigen Amt von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 42 Berlin, den 9. September 1879

Seine Majestät der Kaiser hatte gestern dem Geheimen Legationsrat von Bülow folgendes Telegramm zur Übermittlung an Ew. pp. gesandt:

„An Fürst von Bismarck, Gastein

Notorischer Zeitmangel und Ermüdung hinderten mich noch an Vollendung meiner Ihnen vorliegenden Aufzeichnung* (in der es ad 4 heißen muß: rumänisch statt griechisch). Aber aus dieser und Freiherrn von Manteuffels Mitteilung ersehen Sie, daß die Prämissen Ihres zweiten Memoire** noch nicht eingetreten, also auch die Schlußfolgerungen verfrüht sind; ebenso die Besprechungen in Gastein keiner Weiterführung bedürfen. Wollen Sie dennoch den Umweg auf Ihrer Rückreise machen, so kann Vorstehendes nur die Richtschnur der Besprechungen angeben. Wilhelm."

Bülow fügt hinzu: Dies Telegramm sei zunächst von ihm bis nach Vortrag Ew. pp. Immediatberichts vom 5.*** zurückgehalten worden. Kaiser habe nach Vortrag Absendung doch befohlen mit Zusatz: Er genehmige Besprechung mit Graf Andrássy; seine Überzeugung gegen Abschluß definitiven Abkommens sei aber nicht geändert.

Radowitz

Nr. 464

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Gesandten im Auswärtigen Amt von Radowitz

Ausfertigung

Gastein, den 9. September 1879

Ihre Telegramme Nr. 41 † und 42 †† habe ich mit Dank erhalten. Ich kann die Entscheidung, wenn ich sie danach auch leider voraussehe, nicht früher herbeiführen, als bis ich die von Seiner Majestät noch in Aussicht gestellten Mitteilungen gesehen habe. Nicht nur die Möglichkeit einer besseren sachlichen Wendung, schon die Schicklichkeit gebietet, daß ich mich nicht definitiv ausspreche, bevor ich den Inhalt der kaiserlichen Mitteilung kenne. Dem Gedanken Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen, den Faden „ohne Unterschrift" ††† fortzuspinnen, stehen, wie ich fürchte, zwei Hindernisse entgegen: einmal hat sich Andrássy nur für diese Angelegenheit zu bleiben entschlossen, und nicht länger, als bis er durch mich in Wien Gewißheit darüber hat, ob er diese ihm am Herzen liegende Angelegenheit noch ab-

---

* Siehe Nr. 457.
** Siehe Nr. 455.
*** Siehe Nr. 458.
† Siehe Nr. 462.
†† Siehe Nr. 463.
††† Vgl. Nr. 462.

schließen kann oder nicht. Wenn ich Wien verlasse, ohne daß er diese Gewißheit hat, so war seine Absicht, die Geschäfte sofort seinem Nachfolger zu übergeben. Ich sehe nicht ein, wie und durch wen dann die Unterhandlungen wieder aufgenommen werden sollen. Ich fürchte, daß die Gelegenheit dann versäumt sein wird und nicht wiederkehrt.

Das zweite Hindernis liegt in mir und meiner Gesundheit. Letztere nötigte mich schon im Frühjahr 1877, um meinen Abschied zu bitten. Ich habe seitdem die ganze Phase des Türkenkrieges in leidendem Zustande durchgemacht, den Kongreß bis Ende Juli 1878, das Sozialistengesetz im Herbst, und von da ab die aufreibenden Arbeiten der Finanz- und Wirtschaftsreform bis Ende Juli dieses Jahres. Ich hatte vor 4 Wochen in Kissingen die Hoffnung, gesund zu werden; die Geschäfte, die mir nachgeschickt wurden, der kaiserliche Briefwechsel und die Entwicklungen infolge desselben, haben diese Hoffnung zerstört. Ich wäre vielleicht imstande gewesen, dem Kaiser noch zu dienen, wenn ich das Glück hätte, daß in entscheidenden politischen Fragen meine Überzeugungen mit denen Seiner Majestät übereinstimmten. Sobald diese Voraussetzung fehlt, kann ich die dadurch entstehende Friktion in den Geschäften nur mit einer Anstrengung in der Arbeit, und, bei meinem persönlichen Verhältnis zu Seiner Majestät, mit einer Aufregung in den Nerven überwinden, der meine völlig erschöpften Kräfte nicht mehr gewachsen sind. Ich habe die Folgen ähnlicher Friktionen, welche in Nikolsburg und Versailles stattfanden, noch heute in meiner Gesundheit nicht überwunden; heute aber sind meine Kräfte so geschwunden, daß ich an den Versuch, die Geschäfte unter ähnlichen Bedingungen weiterzuführen, gar nicht denken kann. Am 19. d. Mts. werden es 17 Jahre, daß ich ohne Unterbrechung in diesen und ähnlichen Kämpfen stehe. Ich glaube damit meine Dienstpflicht Seiner Majestät und dem Lande gegenüber erfüllt zu haben. Ultra posse nemo obligatur.

Ich bin zu verbraucht, um den Rat Seiner Kaiserlichen Hoheit, wenn ich es auch versuchen wollte, noch zur Ausführung zu bringen. Es werden sich ja wohl jüngere Kräfte dazu bereit finden lassen. Mein amtliches Abschiedsgesuch, also im reichsgesetzlichen Sinne die Erklärung meines Rücktritts aus dem Amte, werde ich, wenn die Situation bis dahin unverändert bleibt, erst in acht bis zehn Tagen einzureichen haben.

Dieses Schreiben ist ebenso wie für Sie, auch für den Minister von Bülow bestimmt, und bitte ich, dem Herrn Geheimrat von Bülow Abschrift davon, mit dem Anheimstellen vertraulicher Mitteilung des Inhalts an Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen zu schicken. An Seine Majestät den Kaiser werde ich seinerzeit unmittelbar schreiben.

v. Bismarck

Nr. 465

## Aufzeichnung Kaiser Wilhelms I.

Fortsetzung von Nr. 457

Eigenhändig, undatiert und unsigniert; am 10. September 1879 von dem Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow dem Gesandten im Auswärtigen Amt von Radowitz zur Übermittelung an den Fürsten Bismarck übersandt

ad 6 u. 7 Ich hätte nie bemerkt, daß Fürst Bismark wegen der Circular Note des F[ür]st[en] Gortschakoff von 1875 aus Berlin, demselben besonders feindlicher gesonnen geworden sein sollte. Ich u[nd] er haben diese Note ganz so beurtheilt, wie der Kaiser selbst; aber auch auf dem Berliner Congreß habe man über den Fürsten G[ortschakoff] dieselbe Ansicht aufgestellt, die der Kaiser eben ausspreche u[nd] begreife ich daher die eigenthümliche Stellung, die derselbe jetzt angewiesen erhalten. Wie wenig Fürst Bism[ar]ck in seinen politischen Auffassungen gegen Rußland sich geändert habe, glaubte ich in meiner Antwort an den Kaiser genugsam hervorgehoben zu haben. Er ist stets mit mir einverstanden gewesen, daß wir, eingedenk der Stellung Rußlands zu uns 1870, zwei Jahre lang 1876 u[nd] 1877 durch unsere Neutralité bienveillante, unsere Dankbarkeit gegen den Kaiser aussprechen wollten und wirklich es vermogt haben, eine Coalition der Westmächte incl[usive] Öst[er]reichs zu hindern. Dies scheine mir den Verdacht des Kaisers zu widerlegen, daß F[ür]st B[i]sm[ar]ck aus Rancune gegen F[ür]st G[ortschakoff] seiner Auffassung einer politisch veränderten Stellung Raum gäbe u[nd] dieserhalb gegen Rußland eingenommen sei, was sich in so minimen Fragen aussprechen solle; bis heute sei F[ür]st B[i]sm[ar]ck in seiner Gesinnung gegen Rußl[an]d derselbe.

Am 4. früh kam der Kaiser nochmals zu mir, u[m] nach dem Déjeuné Abschied von mir zu nehmen. Er hatte ein Télégramm der Kaiserin Marie aus Jugenheim erhalten, die mich grüßen ließe u[nd] sich sehr über unser Alexandowoer Rendez Vous freue, und setzte nur hinzu:

„C'est à elle que j'ai communiqué, la première, ma lettre à Vous, dont le brouillon était par différentes corrections presque illisible. Später habe ich meinen Brief u[nd] Ihre Antwort an Adlerberg, Milutin u[nd] Giers gezeigt; sie kennen genau meine politischen Ansichten gegen Preußen u[nd] Deutschland u[nd] freuen sich, daß durch unsere Zusammenkunft die falschen Auffassungen aufgeklärt sind, denn sie theilen vollkommen meine ebengedachten politischen Ansichten." Dann las mir der Kaiser einen Brief des russ[ischen] Gesandten N. N. in N. N.*, der

* Gemeint ist Saburow; vgl. S. 54.

über eine Unterredung berichtet, die er mit dem F[ür]st Bism[ar]ck in Kissingen über die politische Lage gehabt, u[nd] namentlich über das Zusammengehn von Preußen u[nd] Rußland viel gesprochen u[nd] den Fürsten ganz in der früheren Auffassung des 3 Kaiser Bündnisses gefunden habe. — Der Kaiser wiederholte dann en aperçu unsern Idéen Austausch, freute sich mit Herzlichkeit, daß die Brief-Mißverständnisse aufgeklärt seien u[nd] d[a]ß die alte Freundschaft zwischen beiden Staaten in Verbindung mit Oest[er]reich aufrecht erhalten werden würde. Ueber letzteres fügte er nun erst hinzu: „Allerdings hätte ich Ursach, unzufrieden mit demselben zu sein, denn seine Haltung gegen mich während des Krieges, war louche, wie gewöhnlich. Ohne einen Schuß gethan zu haben, besetzen sie 2 türkische Provinzen; natürlich um sie nie wieder herauszugeben*, also wie die Engländer Cypern nie wieder herausgeben werden, wozu sie während des Congresses einen separat Vertrag schließen, ohne irgend eine Mittheilung an die Congreß Mächte**. Ich fiel ihm in die Rede, sagend: ich glaubte wegen Bosnien u[nd] Herzegowina seien wegen Besetzung dieser Länder Verhandlungen in Reichstadt ge[p]flogen worden? Ja, sagte der Kaiser, unter ganz anderen Voraussetzungen, daß Oest[er]reich in irgend einer Art sich an dem Krieg betheiligen würde. Indessen unser Zusammenhalten à 3 ist u[nd] bleibt die Hauptsache. Natürlich konnte ich dies als meine feste Ueberzeugung nur bejahen.

Am selben Morgen sprach ich nach einander mit Gen[era]l G[ra]f Adlerberg, Minister Giers und Kriegs M[ini]st[er] Milutin. Die beiden Ersteren sprachen sich gleich warm für die alten Verhältnisse aus. Sie hatten Kenntniß von des Kaisers Brief u[nd] meiner Antwort, was ich Ihnen als entrée de conversation sagte u[nd] sie einstimmten in die Freude des Kaisers, daß die Mißverständnisse beseitigt seien, die sie für unmöglich gehalten hätten, genau die Auffassungen des Kaisers kennend, denen er in dem Briefe hätte Ausdruck geben wollen. Ich habe keinen Grund, an der Aufrichtigkeit dieser Gesinnungen zu zweifeln. Dennoch sagte ich Ihnen sehr bestimmt, daß der Grund, [der] zu der Verfeindung zwischen unseren Ländern führen müßte, die Presse sei. Da nun in Rußland ein scharfer Erlaß erschienen sei, der die Presse auf ihr feindseliges Gebahren gegen Deutschland sehr endschieden mißbilligend hinweiset, so wäre eine Besserung derselben zu erwarten, wenn nämlich die Gouverneure, die fast in ganz Rußland den Belagerungszustand proclamiert hätten, wozu ich nur Glück wünschen könnte, von ihrer Macht u[nd] Gewalt Gebrauch machten, jede Zeitung, jedes Pamflet etc., was erschiene, sofort zu saisiren, wenn sie aufrührerische Artikel bräch-

* Das war aber doch mit russischer Zustimmung geschehen; vgl. Bd. II, Kap. XII, Nr. 265—266.

** Gemeint ist die englisch-türkische Konvention vom 4. Juni 1878; vgl. Bd. II, Kap. XII, Nr. 431, Fußnote.

ten. Wenn dies nicht geschähe, dann würden freilich die gefährlichen Folgen eintreten, die der Kaiser, so wie ich vorhersehen, nämlich Zerwürfniß zwischen den Staaten. Mir wären vis à vis der freien Presse die Hände durch die Gesetze u[nd] die réprésentatif Verfassung gebunden, u[nd] daher wären die Artikel unserer Zeitung[en] défensif gegen die russischen aufgetreten. Ich hätte aber befohlen, die Redacteure zu belehren, wenn sie fortführen, falls die russische Presse sich bessere, auch ihrer Seits sich Schranken anzulegen. Die Genannten gaben mir das Alles zu u[nd] hofften auf Besserung. —

Die Unterredung mit dem Gen[era]l Milutin begann mit dem eben geschilderten Gegenstand. Dann ging ich über, ihm Anerkennung zu machen, über die während des Krieges gemachten neuen Organisationen u[nd] ich begriffe nicht, woher das Geld gekommen sei zu bezahlen. Aber daß diese zur Durchführung des Krieges gemachten Anstrengungen u[nd] Geld Opfer plötzlich als Friedens Organisation beibehalten würden, hätte in ganz Europa alarmiert. Er erwiederte: Gerade der Krieg hätte bewiesen, daß die russ[ische] Armée nicht stark genug war, um auch nur die türkische Macht zu besiegen, denn die énorme Stärke der Armée sei von Sibirien bis zur Weichsel verzettelt, folglich müsse ein Kern vorhanden sein, der den Europäischen Verhältnissen gewachsen sei. Die Kosten seien durch die, anderen Ländern unbekannten Resourcen Rußlands zu erschwingen. Wir haben Kriegstheater gegen China, gegen die indischen Grenz Länder, gegen Persien, gegen die Türkei. Wir haben Nachrichten, daß sich eine Coalition zwischen Oestreich, England u[nd] vielleicht Frankreich bildet. Die deutet einen neuen Conflict im Orient an. England organisiert u[nd] bewaffnet Klein Asien; Staats Beamte u[nd] Generale, Officiere en guise de consuls überschwemmen jenes Land, das deutet auf feindliche Absichten gegen unsere Besitzungen im Kaukasus; wir müssen also nach allen Seiten gerüstet sein, ja wir sind noch nicht stark genug. Der orientalische Conflict stehe nahe bevor. — Ich wiedersprach diesem letzten Satz u[nd] behauptete, daß, wenn erst die Berliner Congreß Beschlüsse vollständig durchgeführt wären, so sei so leicht kein neuer Krieg dort zu erwarten; denn vor Allem bedürfe die Türkei Frieden.

W. 9./9. 79

## Nachschrift

Während der Kaiser am 4. bei mir war, wurde ihm ein Télégramm aus London überbracht, wonach England erkläre, daß es zwar keine Comission technique ad hoc für die Prüfung Brückenfrage bei Silistria wolle, wohl aber die serbische Grenz Comission damit beauftragt sehen wolle. Der Kaiser sagte, daß er einverstanden sein könne, u[nd] nur Techniker der Comission zuzutheilen wären.

Nr. 466

## Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Danzig, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Abschrift

Danzig, 10. September 79

Hierbei sende ich Ihnen den Schluß der Aufzeichnungen meiner Unterredungen mit dem Kaiser Alexander*. Mein Brief aus Berlin, der sich mit Ihrem ersten Mémoire ** kreuzte, bewies Ihnen, daß Ihre Auffassungen, die Sie nun in 2 folgenden Mémoires*** wiederholend ausführlicher vorlegten, im Widerspruch stand. Einmal im Prinzip, dann aber auch eine Beantwortung nicht eher erfolgen könne, als bis ich den Kaiser Alexander gesprochen haben würde. Denn Ihre Prémissen in den Memoiren mußten und konnten erst in Wahrheit sich umsetzen bei mir, wenn ich den Kaiser gesprochen haben würde, und wie ich Ihnen durch Minister von Bülow schreiben ließ, Klarheit in der Korrespondenz mit dem Kaiser erlangt wäre. Bis dahin betrachtete ich Ihre Memoiren comme non avenus. Meine Aufzeichnungen haben diese Klarheit für mich erreicht. Der Kaiser bereut, den Brief geschrieben zu haben, da er zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben hat. Denn eine Drohung zu einer Rupture zwischen uns haben die Worte: ce qui doit avoir des suites fâcheuses et dangereuses, durchaus nicht enthalten sollen, sondern nur ein Aufmerksammachen sein sollen, daß, wenn der Presse nicht ein Hemmschuh angelegt wird, eine Verstimmung zwischen unseren Ländern eintreten könnte, die wir, jeder von seiner Seite, nicht wollen, also Maßregeln in dieser Hinsicht getroffen werden müßten. Da dies so richtig wie irgend etwas in der Welt ist, so konnte ich ihm nur vollständig beistimmen, um so mehr, als das Kaiserliche Gouvernement bereits dergleichen Maßregeln ergriffen hat, und ich Ähnliches bei meiner Abreise befohlen hatte. — Wie der Kaiser Alexander die Voten meiner Kommissäre im Orient auffaßt, habe ich ihm widerlegt, wie Sie sehen werden aus den Aufzeichnungen, und verstand er dies vollkommen, wenngleich er von bereits eingetretenen nachteiligen Folgen dieser Voten Nachrichten haben will, was mir ganz neu war, aber des Kaisers Mißstimmung über diese Voten erklärt. — Sie werden ferner lesen, wie ich Sie verteidigt habe gegen des Kaisers passus in seinem Brief. Er räumte vollkommen ein, daß unsere Politik während des orientalischen Krieges von größtem Nutzen für Rußland gewesen sei, also die größte Anerkennung für Sie enthält. Ich konnte ihm versichern, daß Sie b i s h e r stets dieselbe Gesinnung gegen Rußland gehegt hätten wie bisher, was eben 1877 und 78 genugsam bewiese. Bei dieser Gelegenheit sprach der Kaiser seine Überzeugung aus, daß nur unser Zusammen-

* Siehe Nr. 465. Vgl. die Nachschrift des Schreibens.
** Siehe Nr. 447.
*** Siehe Nr. 458 und 461.

halten à 3, wie es seit der Zusammenkunft 1872 in Berlin stattgefunden habe, Europa den Frieden erhalten könne. Da ich dieselbe Überzeugung bisher gleichfalls hatte, so konnte ich ihm nur beistimmen. — Da die 3 Personen: Adlerberg, Giers und Miljutin, ganz in demselben Sinne sich aussprachen, so ist für mich Klarheit in die Gesinnung des Kaisers und seiner nächsten Vertrauenspersonen vorhanden, wie ich das bei diesem Begegnen in Alexandrowo verlangte. Keiner denkt daran, uns mit Krieg zu überziehen zu wollen. Die großen Augmentationen, die für den türkischen Krieg in der russischen Armee als Reserven aufgestellt wurden, sind als permanente Verstärkung auch im Frieden beibehalten worden, weil man sich von einer europäischen Koalition bedroht glaubt, also gerüstet sein müsse, um allein dieser widerstehen zu können.

Wenn somit, für mich, die Prémissen in Ihren Memoiren fortfallen, nämlich daß wir wegen drohender Gefahr von Rußland die bisherige Politik mit demselben aufgeben und eine gegen Rußland gerichtete europäische Koalition defensiver Natur nicht nur suchen, sondern abschließen sollten, — so kann ich zu diesem Projekt in dieser Ausdehnung die Hand nicht bieten.

Bei den Aufklärungen, die der Kaiser Alexander seinem Briefe an mich gegeben hat, und den ich von Haus nicht als eine Drohung ansah, sondern für einen Wunsch, durch Preßeinschränkung das bestehende gute Verhältnis zwischen unsern Staaten erhalten zu sehen — so konnte ich mich nur freuen, in Ihrer miteingesendeten Antwort an den Kaiser die milde Seite in der Schreibart vorwalten zu sehen, mit hinreichend zu verstehenden und verstandenen Drückern und Wahrheiten! Die Worte: une entente séculaire; le legs de nos pères de glorieuse mémoire — waren mir aus der Seele geschrieben und sind dem Kaiser so zu Herzen gegangen, daß er sie mir zweimal wiederholt hat! Ich konnte mir daher Ihre, mit jedem Memoire sich steigernde feindliche Richtung gegen Rußland nicht erklären und jenen zitierten Worten die Auslegung geben zu sehen, daß sie nur eine Phrase sein sollten! Ebenso schwer berührten mich die Worte, daß wir in unserem Verfahren scheinbar eine freundschaftliche Sprache gegen Rußland führen wollten, während wir eine Koalition gegen dasselbe mit Österreich, England und vielleicht mit Frankreich abschlössen! Und ein solcher Abschluß schwebte Ihnen bereits so entschieden vor, daß Sie dem Grafen Andrássy Ihr ganzes Projekt nicht nur vortrugen, sondern auch gestatteten, seinem Kaiser von demselben zu sprechen, der auch sofort auf dasselbe eingeht. Demnach fordern Sie mich auf, bei Ihrer Durchreise durch Wien, Ihnen die Weisung zugehen zu lassen, daselbst ein Defensivbündnis mit Österreich gegen Rußland abzuschließen, woraus die größere Koalition folgen werde!

Setzen Sie sich einen Augenblick an meine Stelle. Ich stehe vor meinem persönlichen Freund, nächsten Verwandten, Bundesgenossen

in guten und bösen Zeiten, um uns über übereilte und sogar mißverstandene Stellen eines Briefes aufzuklären, was zu einem erfreulichen Resultat führt — und nun soll ich gleichzeitig eine feindliche Koalition gegen diesen Souverän schließen, also hinter seinem Rücken anders handeln, als ich sprach?

Die Gefahren, welche Sie in Ihren Memoiren auseinandersetzen, will ich nicht unbedingt verneinen, daß sie dereinst eintreten könnten, namentlich bei einem Thronwechsel in Petersburg. Eine nahe Gefahr kann ich aber durchaus nicht einsehen.

Wie oft haben Sie mich gewarnt vor Verträgen mit anderen Mächten, die die Hände binden, wenn kein bestimmtes Objekt zu denselben vorliegt, sondern nur Konjekturen einer unbestimmten Zukunft dazu benutzt würden. Der nach Olmütz abgeschlossene Vertrag auf drei Jahre mit Österreich brannte meinem Bruder und vor allem Minister Manteuffel in den Händen so, daß sie die drei Jahre mit Sehnsucht ablaufen sahen. Ganz ein ähnlicher Fall liegt jetzt vor. Einer möglichen Eventualität halber mir die Hände binden, ist gegen meine politische Überzeugung und mein Gewissen.

Indessen will und darf ich Sie nicht in Ihren bereits getanen Schritten gegen Andrássy und seinen Herrn désavouieren. Sie mögen also in Wien, wohin zu gehen bereits alle Zeitungen erzählen, die Eventualitäten einer sich bis zum möglichen Bruche mit Rußland steigernden Disharmonie und dann gefahrdrohend, vorstellen, und in Pourparlers über die dann gemeinschaftlich mit Österreich zu treffenden Maßnahmen eintreten. Aber zu irgendeinem Abschluß einer Konvention oder gar Alliance autorisiere ich Sie, meinem Gewissen nach, nicht.

Somit, hoffe ich, begegnen sich unsere Ansichten wieder. Wenn dies, so Gott will, der Fall ist, so kann ich getrost in die Zukunft sehen, die sonst für mich sehr dunkel werden würde, und die freundlicher werdenden Verhältnisse zu Rußland, in Wahrheit fortsetzen sehen.

Ich kann Ihnen nicht sagen, wie schmerzlich mir diese Episode gewesen ist, wo es schien, daß wir uns zum ersten Male seit 17 Jahren, nicht verstanden. Ihrer Antwort auf obige bedingte Autorisation sehe ich mit Ungeduld entgegen und bin überzeugt, daß ein Verständnis zwischen uns eintreten wird! Das wolle Gott!!

Ihr
treu ergebener
(gez.) Wilhelm

Beendet in Stettin, 12. September 1879.

Da Herr von Bülow nach genommener Abschrift meiner Ergänzungen zu den Alexandrowoer Aufzeichnungen das Original sofort an Sie abgehen ließ, so ändern sich danach die Eingangsworte dieses Briefes.

## Nr. 467

### Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Unsigniertes Konzept von der Hand des Legationssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Ganz vertraulich — Gastein, den 12. September 1879
Nur zu Ew. Durchlaucht Kenntnis — [abgegangen am 13. September]

Eure Durchlaucht sind im Besitz der Berichte des Generals von Schweinitz über gewisse bedrohliche Äußerungen des Kaisers Alexander*. Zu Ihrer weiteren Information übersende ich anliegend im engsten Vertrauen Abschrift eines in demselben Sinne unter dem 15. August an unsern allergnädigsten Herrn gerichteten Briefes**. So bedauerlich diese mündlichen und schriftlichen Äußerungen des Zaren auch sind, so würde ich denselben doch keine höhere Bedeutung beimessen, als eine vorübergehende Stimmung eines an Widerspruch nicht gewöhnten Selbstherrschers haben kann, wenn nicht außer diesen Ausbrüchen ernstere Maßregeln in Rußland Zweifel an der Friedensliebe des Zaren erweckten. In erster Linie stehn die ungeheuerlichen Rüstungen, die trotz finanzieller Gêne sofort nach dem Frieden begonnen haben, und die bedrohliche Dislokation der Truppen an unsrer Grenze. Ein weiteres ernstes Symptom bilden die publizistischen Verhetzungen, durch welche die Regierung sich eine friedliche Politik erschwert. Auf diesen Unterlagen gewinnt der drohende Brief vom 15. August doch die Bedeutung eines beachtenswerten Symptoms. Das abschriftlich anliegende Telegramm des Fürsten Hohenlohe*** und andre damit übereinstimmende Nachrichten über Italien und Frankreich sind geeignet, die russischen Freundschaftsversicherungen zu beleuchten, und nötigen, sie mit Vorsicht aufzunehmen.

Mich hat diese Entwickelung nicht überrascht; ich habe im Verlauf der letzten beiden Jahre zwar keine Anstrengung unterlassen, um die guten Beziehungen zu Österreich und Rußland zu pflegen; nachdem aber die jedes Maß unsrer Dankbarkeit übersteigenden Dienste, die wir Rußland im Kriege und auf dem Kongresse erwiesen haben, wirkungslos blieben, habe ich den Augenblick mit Besorgnis kommen sehn, wo wir zu einer Option zwischen beiden genötigt sein würden. Immerhin habe ich nicht geglaubt, daß wir so schnell und durch so ungerechte bedrohliche Forderungen Rußlands dazu gezwungen werden würden. Können wir mit beiden Nachbarreichen die gleiche Freundschaft nicht erhalten, so ist es notwendig, sie mit der Seite, welche uns verbleibt, zu befestigen. Ich sah deshalb der hiesigen Begegnung mit Graf Andrássy, wie Eurer Durchlaucht bekannt, mit einiger Ungeduld entgegen.

---

* Siehe Nr. 443.
** Siehe Nr. 446.
*** Siehe die Fußnote zu Nr. 477, S. 82.

Seine Majestät der Kaiser hatte seinen ersten, von mir gebilligten Gedanken, den Drohbrief vorläufig mit einem aufschiebenden bedauernden Telegramm zu beantworten, leider nach wenig Tagen wieder aufgegeben. Dem Kaiser Alexander waren von Herrn von Giers, der erschrocken über den Brief gewesen ist, Vorhaltungen gemacht, auf welche er den Eindruck desselben durch telegraphische Einladung preußischer Offiziere nach Warschau zu mildern suchte. Dies veranlaßte unseren Herrn zu der Sendung Manteuffels, die mir nach jenem Briefe im Range zu hoch gegriffen war. Als rein militärischen Akt konnte ich sie aber nicht ändern. Zugleich befahl mir der Kaiser sofortige Einsendung eines Antwortentwurfs. Aus der Anlage* wollen Eure Durchlaucht entnehmen, daß ich denselben milde gefaßt habe, um alle Wege offen zu halten, solange mir die Fühlung mit dem Grafen Andrássy fehlte. Daß Herr von Manteuffel in dieser Situation unsern Kaiser zu einer Begegnung und namentlich auf russischem Gebiete veranlaßt hat, kam mir unerwartet und unerwünscht. Meine telegraphische Abmahnung** brachte mir aber nur die Antwort ein, daß der Zar, seiner persönlichen Sicherheit wegen, seine Grenze nicht überschreiten könne***.

Abmachungen sind in Alexandrowo nicht getroffen, aber Aufklärungen auch nicht erlangt. In Warschau sowohl wie in Alexandrowo ist von unsrer Seite eine der Situation nicht entsprechende begütigende Sprache geführt worden. Der Kaiser Alexander hat gebeten, seinen Brief als nicht geschrieben zu betrachten, und Miljutin unserm Herrn gegenüber die russischen Rüstungen und Aufstellungen mit der Behauptung zu rechtfertigen gesucht, daß Rußland von einer österreichisch-englisch-französischen Allianz aggressiv bedroht sei.

Ich habe während dieser Vorgänge mich hier mit Graf Andrássy über die von uns für indiziert gehaltene Politik ausgesprochen. Wir waren dahin einig, nach wie vor beiderseits unsre freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland eifrig zu pflegen und in dieser Richtung auch die durch Manteuffel und in Alexandrowo gewonnenen Anknüpfungen wirken zu lassen und zu benutzen, aber uns gegenseitig zuzusagen, daß wir einander beistehn wollen, wenn Rußland den Frieden gegen einen von uns bricht, resp. wenn es Deutschland oder Österreich allein oder im Bunde mit andern angreift. Graf Andrássy hat hierzu im Prinzip die Einwilligung seines Kaisers schon erlangt, ich von unserm Herrn wenigstens die Ermächtigung, mit Graf Andrássy zu verhandeln, vorbehaltlich der kaiserlichen Entscheidung über das Ergebnis. Dieser Vorbehalt ist ja eigentlich selbstverständlich; bei Seiner Majestät aber drückt sich darin die Besorgnis aus, unsere Verabredung könnte doch etwa eine aggressive Tendenz haben, oder wenigstens,

---

* Siehe Nr. 448.
** Siehe Nr. 451.
*** Siehe Nr. 452.

wenn sie bekannt wird, den kriegslustigen Russen zu sofortigem Angriff herausfordern und so den Frieden, zu dessen Erhaltung sie recht eigentlich bestimmt sein soll, noch früher stören, als er ohne diese deutsch-österreichische assurance mutuelle gestört werden würde. Ich zweifle aber doch nicht an dem schließlichen Einverständnis Seiner Majestät, der den Kronprinzen zugezogen und Seine Kaiserliche Hoheit vollständig mit meiner Meinung übereinstimmend gefunden hat. Nur wird es wichtig sein, die Redaktion, deren Genehmigung demnächst von mir bei Seiner Majestät erbeten werden soll, mit Sorgfalt so zu fassen, daß die gemeinsame Pflege des Friedens mit Rußland und die friedliche, rein defensive Tendenz der Verabredung ins Auge fällt.

Ich habe kein Vertrauen zu den russischen Versicherungen, die mit den Tatsachen des Rüstens und des Suchens nach Bundesgenossen in Widerspruch stehen. Wenn es mir daher nicht gelänge, zu der mit Österreich zu vereinbarenden Assekuranz die allerhöchste Zustimmung zu gewinnen, so würde ich nicht in der Lage bleiben, die Verantwortung für eine Politik weiter zu übernehmen, die ich mit der Sicherheit des Reiches unverträglich halte. Meine Gesundheit würde auch nicht ausreichen, die Friktion in den Geschäften zu überwinden, die aus der prinzipiellen Abweichung meiner Überzeugung von den allerhöchsten Intentionen hervorgehn müßte. Die Hauptgefahr der Lage würde ich dann darin sehn, daß Österreich, wenn es eine sichere Anlehnung bei uns nicht findet, eine solche anderweit suchen würde, sei es bei den Westmächten, sei es in direkter Verständigung mit Rußland ohne uns. In beiden Fällen ist unsre Lage eine solche, für die ich nicht verantwortlich sein will. Mit Ausnahme dieser meiner persönlichen Stellung zur Sache ersuche ich Eure Durchlaucht ergebenst, das Vorstehende als Grundlage vertraulicher Besprechung mit Graf Andrássy zu nehmen. Derselbe wird Eurer Durchlaucht Information in bezug auf die Seiten unsrer Besprechung, die ich der Kürze wegen nicht berühre, selbst vervollständigen können.

Ich denke mir als Inhalt unsrer eventuellen Verabredung etwa folgendes:

„Beide Monarchen, beseelt von dem Bestreben, Europa, und in erster Linie den eignen Völkern den Frieden zu erhalten, versprechen einander wiederholt, an den Abmachungen des Berliner Kongresses festzuhalten, die Ausführung der noch unausgeführten Bestimmungen in versöhnlichem Sinne zu vermitteln und namentlich in allen denjenigen Fragen, in welchen bisher zwischen Rußland und den übrigen Mächten eine Verständigung nicht hat erreicht werden können, dieselbe unter sorgfältiger Schonung ihrer beiderseitigen freundschaftlichen Beziehung zum Kaiser von Rußland im Wege freundlicher Verständigung anzustreben, und Streitfragen, welche auf diesem Wege nicht lösbar sein sollten, lieber zu vertagen, als sie unter Gefährdung des Friedens mit Rußland durch diesseitige Pression zum Austrage zu bringen. Sollte

das gleiche Verfahren von russischer Seite nicht mehr beobachtet werden, so wollen beide Monarchen bemüht sein, auf diplomatischem Wege die friedliche Erledigung der Frage zwischen ihnen und Rußland gemeinsam zu erstreben, und keine von Ihren Majestäten wird aus der weitern Verzögerung der Erledigung eines der bisher noch nicht erledigten Punkte der Berliner Kongreßakte Anlaß nehmen, das russische Reich seinerseits oder in Verbindung mit andern Mächten zu bedrohn oder anzugreifen. Geschähe dies dennoch von einem der hohen kontrahierenden Teile, so soll der andre zum Beistand nicht verpflichtet sein."

„Ihre Majestäten können einander die Besorgnis nicht verhehlen, mit welcher beide von der durch keine Bedrohung des russischen Reiches erklärten unerklärten Vermehrung der russischen Streitkräfte seit dem Frieden, und von der Aufstellung eines unverhältnismäßig großen Teils derselben in bedrohlicher Nähe der Grenze erfüllt sind. Ihre Majestäten können nicht glauben, daß diese Rüstungen gegen das Österreichisch-ungarische oder das Deutsche Reich gerichtet seien, da ihrerseits weder eine Absicht noch ein Grund zu feindlichem Verhalten gegen Rußland vorliegt oder für die Zukunft in Aussicht steht. Da Ihren Majestäten aber dennoch eine andre Bestimmung der Vermehrung und der geographischen Verteilung der russischen Heere nicht erfindlich ist, so glauben Ihre Majestäten durch die ihnen obliegende Sorge für die Sicherheit ihrer Völker verpflichtet zu sein, gegenseitige Zusagen zu gemeinsamer Aufrechterhaltung des Friedens und zu gemeinsamer Abwehr eines Angriffs auf ihre Staaten austauschen zu sollen, indem Ihre Majestäten zugleich einander feierlich versichern, daß sie ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen."

„In diesem Sinne versprechen sich beide Majestäten, wenn einer von ihnen wider Verhoffen von Rußland angegriffen werden sollte, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehn, und demnächst den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen."

„Würde einer der hohen kontrahierenden Teile von einer andern Macht als von Rußland angegriffen werden, so verspricht der andere hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen Verbündeten nicht beizustehn, bleibt aber berechtigt, in Neutralität zu verharren. Wenn aber in solchem Falle die angreifende fremde Macht den Beistand Rußlands fände, so tritt in diesem Falle die obige Zusage des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß."

So ungefähr denke ich mir den Inhalt der Verabredung, ohne an dem von mir aus Mangel an Zeit und Arbeitskraft nicht weiter geprüften und vorbereiteten Wortlaute festzuhalten. Ich hoffe im Gegen-

teil, daß Graf Andrássy und die geschulten Kräfte der Kaiserlichen Kanzlei mir eine bessere Fassung suppeditieren werden, und bin für jede Ergänzung empfänglich.

Eine wesentliche Frage bleibt noch die der eventuellen Dauer des Abkommens. Ein „ewiger“ Vertrag würde sich logisch im Rückblick auf das alte Verhältnis des Deutschen Bundes rechtfertigen lassen, wenn nicht die Spitze des Vertrages ausschließlich gegen eine der europäischen Mächte gerichtet wäre. Auf eine bestimmte Jahresfrist läßt sich die Dauer der Konjunktur auch schwer bemessen. Die Berechtigung zu beliebiger Kündigung mit ein- oder zweijähriger Frist vermindert die beiderseitige Sicherheit, welche gewonnen werden soll, doch wesentlich. Ich möchte Graf Andrássy die Frage unterbreiten, was er dazu meinen würde, wenn eine Kündigung mit ein- oder zweijähriger Frist zwar zugelassen werden würde, aber nur im Wege der Reichsgesetzgebung, also in Deutschland mit Zustimmung des Bundesrates und Reichstages und in Österreich-Ungarn dem analog. Die Hineinziehung der Reichsvertretung und der öffentlichen Meinung der Nation würde beide Reiche davor sichern, daß eine Kündigung etwa das Ergebnis vorübergehender ministerieller Verstimmungen sein könnte.

Nach Zeit und Arbeitskraft muß ich mich auf diese flüchtige Skizze beschränken und sehe mit Interesse Eurer Durchlaucht Mitteilung über Ihre Besprechung mit Graf Andrássy, aber nur mit diesem entgegen. Sollte er nicht anwesend sein, so bitte ich einstweilen, nach allen Richtungen hin das dem Grafen von mir zugesagte Geheimnis zu wahren. Eine Mitteilung nach Berlin ist erst tunlich, wenn ich mich mit Graf Andrássy verständigt habe. Gelänge letzteres wider Erwarten nicht, so wäre die Geheimhaltung umsomehr geboten, damit nicht auch unsre Beziehungen zu Österreich durch unnötiges Bekanntwerden mißlungener Versuche geschädigt werden.

Zu der Zeit, als Herr von Schleinitz auswärtiger Minister war, wahrscheinlich im Sommer 1860, ist in Teplitz zwischen Preußen und Österreich ein Garantievertrag auf drei Jahre geschlossen worden. Eure Durchlaucht haben wohl die Güte, durch Graf Andrássy archivmäßige Ermittelungen über die damaligen Vorgänge nachzusuchen, während ich gleiches in Berlin telegraphisch veranlasse. v. Bismarck

Nr. 468

## Der Gesandte von Radowitz im Auswärtigen Amt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 49 Berlin, den 13. September 1879

Geheimer Legationsrat von Bülow frägt an, ob er äußerstenfalls würde Seiner Majestät suppeditieren können, in Schlußantrag von

Immediatbericht vom 7. als eventuellen Angreifer generell nur eine fremde Macht, oder mehrere, nicht aber nominell Rußland zu bezeichnen? Vortrag wird erst morgen mittag stattfinden.

Radowitz

Nr. 469

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Stettin

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Gastein, den 14. September 1879

Nachtrag zu Telegramm Nr. 1. Meine Absicht war ohnehin, in Wien Graf Andrássy gegenüber den Gedanken einer generellen Defensivallianz gegen jeden Angreifer wieder aufzunehmen. Meine Aussicht auf Annahme desselben ist aber gering Englands wegen. Daß sie geringe ist, bitte ich aber Majestät noch nicht zu sagen, weil ich darin doch irren kann.

v. Bismarck

Nr. 470

## Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Stettin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Stettin, den 14. September 1879
Geheim

Durch heutigen langen Vortrag sind Aussichten auf günstige Lösung entschieden vermehrt. Schlußantrag des letzten Immediatberichts* war Seiner Majestät im ersten Teil sympathisch; den zweiten Teil verwarf er wegen Erwähnung Rußlands. Ich machte nunmehr von der durch Reichskanzler telegraphisch gestatteten Suppeditierung Gebrauch, und zwar mit bestem Erfolg. Große Schwierigkeit bietet aber noch Auffassung Seiner Majestät wegen persönlicher Perfidie gegen Kaiser Alexander. Im Laufe des Gesprächs meinte Kaiser mit Bezug hierauf: Wenn die eventuelle Abrede mit Österreich so wenig antirussisch laute wie nach modifiziertem Schlußantrag, so würde wohl auch kein Bedenken sein, Abrede dem Kaiser Alexander loyal mitzuteilen, damit er sehe, daß wir nichts gegen ihn im Schilde führen, sogar seinen Beitritt wünschen. Hauptsächlich werde es auf Fassung ankommen, und würde Seine Majestät wünschen, vor Wiener Besprechungen den Entwurf, wie Reichskanzler sich solchen denkt, zu sehen. Später zog Kaiser wieder etwas zurück und zeigte namentlich große Abneigung gegen

* Siehe Nr. 461.

das Wort Allianz und gegen einen von ihm selbst zu vollziehenden Vertrag. Im ganzen aber habe ich doch den Eindruck, daß Aussichten auf Erreichung des Zieles günstig, wenn Reichskanzler einen, den Auffassungen Seiner Majestät Rechnung tragenden, Rußland schonenden und zur Mitteilung an Kaiser Alexander geeigneten Vertragsentwurf telegraphisch übermittelt, in welchen vielleicht auch die unserem Kaiser sympathische Beziehung auf vormaligen Deutschen Bund aufzunehmen sein dürfte.

Stelle anheim, Vorstehendes nach Gastein weiter zu geben. Um nicht vorzugreifen und wegen zunächst über Vorstehendes einzuholender Entschließung des Reichskanzlers, habe ich Graf zu Stolberg* bis jetzt noch nicht zum Vortrag angemeldet, in der Annahme, daß es unter obwaltenden Verhältnissen günstiger sein dürfte, seinen Vortrag eventuell bis Mittwoch vorzubehalten. Bülow

Nr. 47

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Bad Gastein, den 15. September 1879.

Nachstehendes Telegramm soeben nach Stettin an von Bülow von hier abgesendet: „Bitte dringend Graf zu Stolberg ohne Verzug zum Vortrag anzumelden. Seiner Majestät einen Entwurf vorzulegen, bevor ich sicher bin, ob das Prinzip, auf dem er beruhen soll, von Seiner Majestät gutgeheißen und in der neuen Wendung von Österreich angenommen wird, wäre verlorene Arbeit, zu der ich zu erschöpft bin. Ich fürchte, daß der Kaiser bei der Fortdauer der Abneigung gegen die Sache selbst die unerschöpfliche Redaktionsfrage benutzen wird, um auszuweichen und Entschließung zu vertagen. Künftige Mitteilung an Kaiser von Rußland habe ich kein Bedenken. Graf Stolbergs Vortrag ist um so dringlicher, weil demnächst doch Beratung des Staatsministeriums über die Sache erforderlich wird, um festzustellen, ob und aus welchen offiziell klar gestellten Gründen ich vom Amt zurücktrete.

Meine Arbeitskraft ist in den letzten drei Wochen hier aufgebraucht. Ich leide an Neuralgie und die Arbeit mit Seiner Majestät wird nur durch jüngere und geschontere Kräfte geleistet werden können.

v. Bismarck

* Schon am 9. September hatte Fürst Bismarck im Hinblick auf seinen möglichen Rücktritt angeordnet, daß sein Stellvertreter, der Vizepräsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg von der ganzen Sachlage in Kenntnis gesetzt werde. Nachdem dies geschehen war, telegraphierte Graf Stolberg am 13. an Bismarck, daß er erbötig sei, an Stelle des inzwischen schwer erkrankten Staatssekretärs von Bülow dem Kaiser mündlich Vortrag ganz im Sinne Bismarcks, dessen Auffassung er völlig teile, zu halten.

## Nr. 472

## Der Vizepräsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 53 Berlin, den 16. September 1879

Ich werde morgen hier Vortrag bei Seiner Majestät haben, glaube auch, daß dies besser ist als in Stettin, wo der Kaiser durch Manöver in letzten Tagen besonders abgespannt war.

Wenn Ew. Durchlaucht damit übereinstimmen, würde ich folgendes zu erlangen versuchen:

Allerhöchste Genehmigung des Schlußantrags im Immediatbericht vom 7. September d. Js.* mit der von Ew. Durchlaucht bereits konzedierten Abänderung am Schluß wegen Erwähnung von Rußland, sowie mit der Maßgabe, daß der Inhalt der in Wien getroffenen Verabredung Allerhöchster Genehmigung unterbreitet und die spätere Mitteilung an Kaiser Alexander vorbehalten wird.

Verlangen Seiner Majestät wegen vorheriger Vorlegung eines Entwurfs zum Wortlaut der Verabredung werde ich als untunlich erklären.

Stolberg

## Nr. 473

## Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Stettin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 Stettin, den 16. September 1879
Geheim

Graf Moltke** vertraulich über gegenwärtige Situation Vortrag gehalten. Derselbe ermächtigt mich, zunächst dem Reichskanzler sein volles Einverständnis damit auszusprechen, daß wir in festere politische Verbindung mit Österreich treten müssen. Auch er traue den Russen nicht, am wenigsten Miljutin. Letzterer habe Truppenkonzentrierungen an unserer Grenze von langer Hand vorbereitet; zahlreiche russische Kavallerie stehe so nahe an Grenze, daß wir bei eventueller Mobilmachung Mühe haben würden, Pferdeaushebung zu bewerkstelligen.

Über militärische Lage äußerte Feldmarschall folgendes: Mit Russen allein würden wir auch ohne Verbündete gut fertig werden. Außerordentlich kompliziert wäre aber unsere Lage, wenn wir Frankreich als

---

* Siehe Nr. 461.

** Am 14. September hatte Fürst Bismarck die Hinzuziehung Graf Moltkes angeregt.

Gegner im Rücken hätten. Wir müßten dann alle Kräfte aufbieten und jedes Mittel ergreifen, namentlich Polen insurgieren, soweit Rücksicht auf Österreich dies gestattet. Beide Eventualitäten sind übrigens im Generalstabe bis ins Detail geplant und ausgearbeitet, sogar die Transporte. Für Eventualität einer russisch-französischen Koalition gegen uns geht unter Voraussetzung allerhöchster Genehmigung der Plan dahin: Nach einer Seite mit möglichst wenig Kräften defensiv aufzutreten, nach der andern Seite mit möglichst großer Macht offensiv, um durch kräftige Schläge Entscheidung rasch herbeizuführen. Auch militärisch wäre natürlich freundschaftliche Haltung von Österreich von großem Vorteil, da es, wenn auch selbst nicht offensiv auftretend, immerhin einen Teil der russischen Armee festhalten würde. Bülow.

Nr. 474

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 Bad Gastein, den 16. September 1879

Seiner Majestät dem Kaiser und König.

Allerhöchsteigenhändige Aufzeichnungen vom 12.* heute erhalten. Gestatten Eure Majestät ehrfurchtsvolle Berichtigung eines Mißverständnisses meiner Vorträge[1]. Ich habe niemals beabsichtigt, Eurer Majestät anzuraten, daß wir mit Österreich, England und Frankreich eine Koalition gegen Rußland abschlössen, der nächste Hauptzweck meiner Bestrebungen ist im Gegenteil, eine solche Koalition zu verhüten, indem wir Österreich eine defensive Anlehnung geben. Tun wir das nicht, so wird Österreich aus Furcht vor Rußlands Angriff bei der westmächtlichen Koalition den Schutz suchen, der ihm fehlt. Wir können später nicht mehr nach unserer Konvenienz eine Einigung mit Österreich finden, falls wir sie brauchen. Eine Koalition gegen Rußland liegt in einem Defensivabkommen mit Österreich ebensowenig, als eine solche in dem früheren deutschen Bundesverhältnis zwischen Preußen und Österreich lag. Ob Österreich, was auch ich vorziehen würde, auf eine allgemeine gegenseitige Defensivzusicherung ohne Nennung von Rußland eingehen will, darüber werde ich Eurer Majestät von Wien aus berichten. Ich habe nichts versprochen und kann nichts versprechen ohne Eurer Majestät Genehmigung. Auf die Berechtigung, das Terrain zu sondieren[2], um zu erfahren, was überhaupt erreichbar ist, kann ich, solange Eure Majestät mich meines Amts nicht enthoben haben, als

---

* Siehe Nr. 465.

Minister nicht verzichten. Sollten Eure Majestät inzwischen dem Auswärtigen Amt weitere Befehle zu geben haben, so bitte ich ehrfurchtsvoll, die mich vertretenden Minister von Bülow und Graf zu Stolberg mit der Ausführung beauftragen zu wollen, da meine Arbeitskraft für jetzt erschöpft ist. Ich verlasse Gastein, sobald meine Kräfte mir zu reisen gestatten.

v. Bismarck

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms I.:

[1] In dem ersten Bericht des Fürsten lauten die Worte, wenn ich mich recht erinnere: „eine défensif Convention mit Öst[er]reich u[nd] England u[nd] durch dieses vielleicht auch mit Frankreich gegen Rußland zu schließen." Bringen Sie mir morgen die 4 Berichts-Memoiren des Fürsten Bismarck mit. Wilhelm 16. 9. 79.

[2] In meinem Schreiben an den Fürsten d. d. Danzig vom 11. Sept[em]b[er] d. J.* habe ich pourparlers (gleichbedeutend mit Sondierung) zugestanden. W.

Nr. 475

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Bad Gastein, den 16. September 1879

Für Graf zu Stolberg.

Telegramm Nr. 53** erhalten und einverstanden für den Fall, daß es mir gelingt, bei Graf Andrássy für die von mir eventuell nicht nur konzedierte, sondern sogar vorgezogene Änderung, die bisher von österreichischer Seite — aus Rücksicht auf England und Frankreich — abgelehnte Zustimmung zu finden. Finde ich sie nicht, so halte ich immer meinen ursprünglichen Schlußantrag im Immediatbericht vom 7.***, der in der praktischen Wirkung dieselbe Tragweite hat, für unabweislich.

v. Bismarck

Nr. 476

## Text des vom Vizepräsidenten des Staatsministeriums Grafen zu Stolberg im Immediatvortrag vom 17. September gestellten Antrages

Abschrift nach einem Entwurf von der Hand des Gesandten von Radowitz.

Berlin, den 16. September 1879

Seine Majestät mögen allergnädigst geruhen[1], den Reichskanzler huldreichst zu ermächtigen, dem Grafen Andrássy in Wien Allerhöchst-

---

* Gemeint ist das kaiserliche Schreiben vom 10./12. September, Nr. 466.
** Siehe Nr. 472.
*** Siehe Nr. 461.

dero Zustimmung im Prinzip zu einer Verabredung mitzuteilen, vermöge deren beide Mächte sich gegenseitig versprechen, auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten; in dem Falle aber, daß eine von ihnen von einer oder mehreren Mächten angegriffen werden sollte, diesen Angriff gemeinsam abzuwehren.

Der Inhalt der in Wien getroffenen Verabredung wird der allerhöchsten Genehmigung zu unterbreiten sein; die demnächstige Mitteilung derselben an Kaiser Alexander ist ausdrücklich vorbehalten.

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms I.:

[1] Einverstanden mit dem Zusatz, den Graf Stolberg mittheilen wird. Wilhelm. 17. 9. 79.

Darunter Bemerkung des Staatsministers Grafen zu Stolberg:

[2] Vorstehend Allerhöchst erwähnter Zusatz soll in ausdrücklicher Betonung dessen bestehen, daß, wenn eine der beiden Mächte einen Angriffskrieg unternimmt, die andere Macht zu einer Hilfe nicht verpflichtet ist.
Berlin, 17. September 1879. Otto G. z. Stolberg.

## Nr. 477

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an Kaiser Wilhelm I

Ausfertigung

Gastein, den 15. September 1879

Euere Majestät haben die Gnade gehabt, mir den Schluß der Allerhöchsten Auffassungen über die Besprechungen von Alexandrowo und Warschau* zugehen zu lassen. Dieselben vervollständigen den Eindruck, daß unsererseits alles geschehen ist, um Mißverständnisse, falls der Kaiser Alexander sich unter dem Eindruck solcher befindet, zu beseitigen und die bedrohlichen Stimmungen zu beschwichtigen, welche aus den Äußerungen Seiner Majestät gegen Euerer Majestät Botschafter** und aus dem Briefe vom 15. August*** ersichtlich waren. Für die Zukunft unseres Landes ist die Frage entscheidend, ob diese Beschwichtigung *definitiv* gelungen, ob die Sinnesänderung, die danach seit dem 15. August im Kaiser Alexander vor sich gegangen sein muß, eine aufrichtige, eine dauernde und eine hinreichend kräftige ist, um für alle Zukunft den Einflüssen zu widerstehen, welche bis zum 15. August nicht nur die Äußerungen, sondern auch die *Maßregeln* des russischen Kabinetts bestimmt haben.

Aus Euerer Majestät Aufzeichnungen und aus den Mitteilungen des Auswärtigen Amts entnahm ich, daß Euere Majestät unter den

---

* Siehe Nr. 465.
** Siehe Nr. 443.
*** Siehe Nr. 446.

mündlichen Äußerungen des Kaisers Alexander das Vertrauen zu der Zukunft der russischen Politik gewonnen haben, welches für uns notwendig ist, um anderweite uns heute noch zu Gebote stehende Deckungen unserer Sicherheit zurückzuweisen. Ich habe zu meiner Betrübnis die Überzeugung gewonnen, daß dieses Vertrauen stärker ist, als meine Argumente gegen die Zuverlässigkeit desselben; aber zu teilen vermag ich es nicht.

Ich habe in einem meiner früheren ehrfurchtsvollen Berichte schon dargelegt, daß ich an eine ehrliche Umkehr der antideutschen russischen Politik, wie sie seit dem Berliner Kongresse vorliegt, nur dann würde glauben können, wenn der Kaiser Alexander amtlich anerkennte und öffentlich anerkennen ließe, daß Rußland Euerer Majestät für die außerordentlichen, vor und auf dem Kongreß erwiesenen Dienste zu rückhaltloser Dankbarkeit verpflichtet ist*. Statt dessen wird nach wie vor der allerhöchsten Zusammenkunft das Schüren und Hetzen in der russischen Regierungspresse gegen die deutsche Politik fortgesetzt. Der „Golos", das Organ des Ministers Miljutin, die „Agence Russe", Eigentum des russischen auswärtigen Ministeriums, fahren unbeirrt fort, dem russischen Volke einzureden, daß Deutschland sein Feind sei. Die bedrohliche Truppenaufstellung an unserer Grenze ist, soweit mir bekannt geworden, zwischen den allerhöchsten Herrschaften überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Sie wird nach wie vor fortbestehen. Über die strategische Bedeutung derselben bitte ich Euere Majestät ehrfurchtsvoll, sich von Allerhöchstdero Generalstabe durch den Feldmarschall Graf Moltke Bericht erstatten lassen zu wollen. Die Motive, welche der Minister Miljutin für die beunruhigende Verstärkung der westlichen Kriegsarmee Rußlands anführt, tragen das Gepräge der Unaufrichtigkeit und sind dadurch geeignet, die Rüstungen selbst in noch verdächtigerem Bilde erscheinen zu lassen. Die Behauptung, daß Rußland durch eine Koalition von Österreich, England und Frankreich selbst bedroht sei, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Kein einziges politisches Symptom in den drei genannten Ländern berechtigt auch nur zu einer Vermutung der Art. Der Minister Miljutin muß mit der europäischen Politik wenig vertraut sein, um eine so unglaubwürdige Erfindung als Behauptung aufzustellen; namentlich wird niemand in Europa daran glauben, daß Österreich in seiner exponierten und schutzbedürftigen Stellung, bei seiner Abhängigkeit von jeder deutschen Flankenbewegung, bei seiner geographischen Entfernung von Frankreich und England, bei seiner inneren Lage und seinem Friedensbedürfnis — daß dieses Österreich sich dazu hergeben werde, die Spitze einer westmächtlichen Angriffskolonne in einem Kriege abzugeben, dessen Gefahren und Verluste es allein zu tragen haben würde, und in welchem es durch ein mäßiges deutsches Beobachtungs-

---

* Siehe S. 29.

heer unterbunden werden könnte. Österreich kann, wenn Rußland auf allen übrigen Grenzen in Kriege ist, und nachdem die französisch-englische Hauptmacht in der Krim steht, einen Druck auf Rußland, namentlich aber auf russische Operationen an der unteren Donau ausüben; aber der Gedanke, ohne zwingende Provokation Rußland im Frieden selbständig anzugreifen und die Kastanien für England aus dem Feuer zu holen, hat schwerlich je in dem Kopf eines österreichischen Ministers eine Statt gefunden. Österreichs klare Aufgabe ist die Defensive, und selbst sein, übrigens nur den von Rußland angenommenen Kongreßbeschlüssen entsprechendes Vordringen in Bosnien ist nur eine durch die panslawistischen Bestrebungen Rußlands in Montenegro und Serbien den Österreichern aufgezwungene Defensive. Österreich ist nicht stark genug, um allein ohne gesicherte Anlehnung in seiner jetzigen Situation zu verbleiben; wenn Euere Majestät bei dem Entschlusse verharren, diese Anlehnung bei Deutschland zu versagen, so muß Österreich über kurz oder lang eine solche entweder bei Frankreich oder bei Rußland suchen. Nach beiden Seiten wird es mit mäßigen Opfern, vielleicht ohne solche, diese Anlehnung finden können, und dieselbe in beiden Fällen durch Annäherung an die dritte Großmacht zu verstärken vermögen. Wir befänden uns dann immer wieder der Gefahr einer russisch-französisch-österreichischen Allianz gegenüber, zwischen der wir auf dem Kontinent isoliert wären. Wenn Euere Majestät eine Defensivallianz mit Österreich ablehnen, und Österreich würde dann in dieser Lage von Rußland angegriffen, so könnte Deutschland dennoch, auch ohne Vertragspflicht, gar nicht umhin, Österreich beizustehen, sobald letzteres Gefahr liefe, zu unterliegen; denn wir können es niemals darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich, neben dem niedergeworfenen und von uns im Stiche gelassenen Österreich allein übrigzubleiben. Wir würden also dann, ohne Gegenseitigkeit, doch so handeln müssen, als ob wir ein Bündnis geschlossen hätten. Setzen wir aber den Fall, daß ohne ein solches Bündnis wir von Rußland zuerst angegriffen werden, wozu Neid und Nationalhaß an sich, dann aber auch die Berechnung führen kann, daß nach Überwindung Deutschlands die russische Politik Osteuropa und den Orient beherrscht; haben wir in solchem Falle das österreichische Bündnis uns nicht schon früher gesichert, so würden wir diesen Mangel schwer empfinden. Wir würden erst unterhandeln, Österreichs Hilfe vielleicht durch schwere Opfer gewinnen müssen; es wäre aber auch möglich, daß das von uns heute verschmähte österreichische Bündnis alsdann von Rußland schon gegen uns gewonnen wäre, vielleicht durch das Versprechen von Schlesien oder einer kaiserlichen Stellung in Süddeutschland mit Mainz und Ulm. Es sind in diesem Jahrhundert schon politische Revirements nicht nur geplant, sondern auch ausgeführt worden, welche ein Jahr vorher viel unwahrscheinlicher aussahen, als das vorstehend angedeutete Zukunftsbild.

Uns gegen solche politische Abenteuer sicherzustellen, bedürfen wir meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens einer sicheren Beziehung zu wenigstens einer der genannten drei Großmächte, und da Frankreich wohl außer Rechnung bleiben muß, entweder mit Österreich oder mit Rußland. Weshalb ich der mit Österreich den Vorzug gebe, das habe ich in früheren alleruntertänigsten Berichten darzulegen gesucht. Ich erlaube mir nur noch hinzuzufügen, daß wir, abgesehen von der größeren Sicherheit eines österreichischen Bündnisses, uns bei Österreich mit einer notwendig friedliebenden, defensiven und konservativen Macht verbinden, bei Rußland aber mit der eroberungssüchtigen und kriegerischen slawischen Revolution.

Ich begreife Euer Majestät Widerstreben gegen eine Entschließung von der Tragweite wie die, welche ich ehrfurchtsvoll unterbreitet habe, aber wie sorgfältig ich auch die Situation nunmehr seit Wochen Tag und Nacht erwägen mag, so kann ich doch, solange Eure Majestät mich meiner amtlichen Stellung nicht zu entheben geruht haben, nach Pflicht und Gewissen nicht anders als von neuem die Genehmigung eines uns sichernden Abschlusses mit Österreich beantragen. Euerer Majestät Annahme, daß ein solcher Abschluß entbehrlich sei, daß wir auch ohne ihn vor Koalitionen sicher seien, hat zur Unterlage, soviel ich weiß, nur die Eindrücke, welche Allerhöchstdieselben an dem Tage der Begegnung in Alexandrowo von den mündlichen Äußerungen des Kaisers Alexander und seiner Umgebung erhalten haben. Diesen mündlichen Versicherungen würde auch ich bei meiner, Euerer Majestät bekannten, langjährigen Vorliebe für die russische Allianz gern Glauben schenken, wenn sie nicht durch die Tatsachen in ihrer Glaubwürdigkeit entkräftet würden. Diese Tatsachen sind die Rüstungen, die Truppenaufstellungen, die Aufregung des Volkes durch die Presse gegen uns, die großen Anleihen, welche gegenwärtig in Amerika vorbereitet werden, und die Bündnissondierungen in Frankreich. Von dem Brief vom 15. August sehe ich dabei einstweilen ab; er war nur ein Symptom der Stimmung. Aber Euerer Majestät liegt die telegraphische Meldung des Botschafters Fürsten Hohenlohe vom 10. d. Mts. ohne Zweifel vor. Sie beweist authentisch durch das Zeugnis des Ministers Waddington die Richtigkeit unserer Nachrichten darüber, daß das russische Kabinett in derselben Stimmung, welche durch die mündlichen und schriftlichen Drohungen des Kaisers Alexander im August ihren Ausdruck fand, das Bündnis mit Frankreich gegen uns gesucht hat*. Mag nun dieser Schritt

* Der Bismarcksche Verdacht, daß Rußland wegen einer Allianz in Frankreich angeklopft habe, hat seinen Ausgangspunkt in Äußerungen des Grafen Andrássy zu dem Botschafter Prinzen Reuß vom 8. September. Dieser berichtete darüber noch am gleichen Tage nach Berlin: „Daß das Petersburger Kabinett in jeder Weise sich Alliierte zu verschaffen suchte, dafür will Graf Andrássy nicht zu verkennende Anzeichen haben. In Paris und Rom würden diese Bemühungen immer bemerkbarer, wenn auch die Symptome noch wenig markiert erschienen.“ Daraufhin wurde der Pariser Botschafter Fürst von Hohenlohe am 10. September dringend

ohne oder mit Ermächtigung des Kaisers Alexander geschehen sein, so beweist er entweder, daß der Kaiser die russische Politik nicht beherrscht oder daß er in Alexandrowo gegen Euere Majestät nicht offen war. Eine dritte Möglichkeit sehe ich nicht. In beiden Fällen aber kann ich den mündlichen Freundschaftsversicherungen Seiner Majestät nicht dasjenige Gewicht beilegen, welches allein mir den Mut geben könnte, der preußischen Monarchie und dem Deutschen Reiche gegenüber als Minister für die Folgen verantwortlich zu sein, welche unser Vertrauen auf Worte eines fremden Monarchen für unser Vaterland haben kann, wenn es sich als unbegründet erweisen sollte. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinigen, eine stärkere Bürgschaft unserer Zukunft abzuweisen, wenn sie angeboten wird. Ich kann aus der Haltung des Kaisers Alexander in Alexandrowo nur so viel entnehmen, daß Rußland jetzt und einstweilen mit uns befreundet bleiben will, bis es Frankreich gegen uns gewinnen oder Österreich uns entfremden kann. Hätte der Kaiser Alexander den Grafen Schuwalow zum Minister gemacht und damit den Berliner Kongreß gutgeheißen, so wäre ich beruhigter; aber auch dann würde eine Defensivassekuranz mit Österreich nicht schaden, sondern nützlich bleiben, indem sie die Lücke unserer Verteidigung von Krakau bis zum Bodensee wieder ebenso deckte, wie sie zur Zeit des Deutschen Bundes gedeckt war.

Wie wenig eine solche Defensivassekuranz bedrohlich für Rußland wäre, geht schon daraus hervor, daß unter den drei befreundeten Mächten je zwei miteinander, also Rußland auch mit Österreich und wir mit Rußland, dasselbe Bündnis schließen könnten, ohne daß die friedliche Verbindung à trois dadurch gelöst würde; sie würde nur um

---

aufgefordert, womöglich genauer festzustellen, wie, in welcher Weise und durch wen jener russische Versuch gemacht worden sei. Das in Bismarcks Immediatbericht vom 15. September angezogene Antworttelegramm Hohenlohes vom 10. September besagte: „Direkte Vorschläge oder Anerbietungen bezüglich einer russisch-französischen Allianz sind hier nicht gemacht worden. Wohl aber Anspielungen in Privatunterredungen zwischen Herrn Waddington und russischen Diplomaten. Auch arbeitet Rußland durch die ihm ergebenen Blätter „France“ und „Estafette“ im Sinne der Allianz, und da Herr Waddington dem Gedanken unzugänglich bleibt, gegen diesen Minister.“ Einen authentischen Beweis dafür, daß das Russische Kabinett das Bündnis mit Frankreich gegen Deutschland gesucht habe, wird man in dem Telegramm Hohenlohes doch nicht erblicken können. Noch weniger wird man mit Hammann (Der mißverstandene Bismarck, Berlin 1921 S. 18) sagen dürfen, daß „Besprechungen zwischen Petersburg und Paris“ Bismarck bestimmt hätten, das Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich-Ungarn ins Werk zu setzen. Sicherlich ist dem Reichskanzler das Telegramm Hohenlohes vom 10., worauf dieser in seinen Denkwürdigkeiten (Bd. II, S. 275) hinweist, „sehr gelegen“ gekommen; aber der Entschluß zu einer Defensivallianz — nicht zu einem Trutzbündnis — mit Österreich-Ungarn stand bei Bismarck schon fest, ehe er von jenen Besprechungen zwischen Petersburg und Paris erfuhr. Vgl. auch Bismarcks Immediatbericht vom 24. September (Nr. 482), durch den bestätigt wird, daß der Reichskanzler erst durch Andrássy auf Rußlands Sondierungen in der Richtung eines französischen Bündnisses gestoßen wurde.

so fester verbürgt, wenn je zwei der drei Kontrahenten sich zusagen, gegen den Dritten, falls er sie bräche, zusammenzuhalten. Leider hat die russische Politik in Österreich seit zwei Jahren den Glauben an ihre Versprechungen verloren, sonst wäre eine solche dreifache Rückversicherung innerhalb des Drei-Kaiser-Bundes vielleicht möglich.

Ich möchte ehrfurchtsvoll anheimstellen, daß Euere Majestät außer mir jeden der Minister oder Botschafter fragen, oder auch diejenigen unter den deutschen Fürsten, auf deren Meinung Euere Majestät Gewicht legen, ob das Mißtrauen, welches mir die russische Politik seit dem Kongreß eingeflößt hat, eine persönliche vorgefaßte Meinung von mir ist, oder ob es von anderen geteilt wird. v. Bismarck

Nr. 478

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Unsigniertes Konzept von der Hand des Legationssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Gastein, den 17. September 1879
[abgegangen am 18. September]

Seit meiner ergebensten Mitteilung vom 12. d. Mts.* hat sich die Zahl der von mir erhaltenen und abgesendeten Schriftstücke über jene Angelegenheit erheblich vermehrt. Die Zugänglichkeit Seiner Majestät des Kaisers für Vorträge, welche politische Entschließungen herbeizuführen bestimmt sind, nimmt naturgemäß mit dem Alter ab, und der Mangel mündlichen Verkehrs, sowie die Langsamkeit des Schriftwechsels erschweren das gegenseitige Verständnis. Das dadurch herbeigeführte Arbeitsmaß hat für den Augenblick meine Kräfte überstiegen, und neuralgische Leiden nötigen mich, meine Abreise bis zum Sonnabend zu verschieben und Nachtfahrten zu vermeiden, so daß ich erst am Sonntag abend in Wien werde eintreffen können.

Als Ergebnis meiner Anstrengungen kann ich wenigstens konstatieren, daß nicht nur Seine Königliche Hoheit der Kronprinz, sondern auch das preußische Staatsministerium, der Feldmarschall Graf Moltke und alle Persönlichkeiten von Bedeutung, auf deren Rat der Kaiser Gewicht legen könnte, mit meinen Bestrebungen rückhaltlos einverstanden sind. Ich hoffe danach, daß die Abneigung Seiner Majestät des Kaisers gegen die zu fassende Entschließung, nachdem sie schon jetzt wesentlich modifiziert ist, schließlich vollständig schwinden wird. Seine Majestät liebt es überhaupt nicht, in politischen Fragen von solcher Tragweite bindende Entschlüsse zu fassen; namentlich aber ist dem Kaiser der Gedanke noch immer nicht eingänglich, daß

---

* Siehe Nr. 467.

eine rein defensive Verabredung nicht eine aggressive Spitze habe, und da diese Spitze ausschließlich gegen Rußland gerichtet erscheint, so bleibt Seine Majestät bisher unter dem Eindruck, mit dem Abschluß einer derartigen „Koalition" gegen Rußland eine „Perfidie" gegen den Kaiser Alexander persönlich zu begehen. Nach Meinung Seiner Majestät müßte unser Abkommen so gefaßt sein, daß es dem Kaiser Alexander amtlich mitgeteilt werden könne, ohne Höchstdenselben zu verletzen oder herauszufordern; das sei aber nicht möglich, so lange Rußland als der einzige Gegner genannt werde, gegen den casus foederis eintrete. Herr von Bülow schreibt mir, daß Aussicht zur Erlangung der Genehmigung des Kaisers vorhanden scheine, wenn das Defensivbündnis generell geschlossen würde, ohne darin Rußland zu nennen. Ursprünglich war dies mein eigner Vorschlag, wie ich ihn dem Grafen Andrássy machte; letzterer fand aber Bedenken im Hinblick auf die Auslegung, daß Österreich-Ungarn uns das Elsaß garantiere, ein Gedanke, der weder populär im Inlande sei, noch Englands Billigung aus Rücksicht auf die französische Freundschaft haben werde. Auf diese Weise kommen wir zu den Grundzügen, die ich Eurer Durchlaucht unter dem 12. d. Mts.* mitteilte. Sollte es nun unmöglich sein, das mehr gemütliche als politische Widerstreben des Kaisers gegen die Nennung Rußlands zu überwinden, so denke ich, wird es uns in Wien doch gelingen, eine Wendung zu finden, welche dem Grafen Andrássy annehmbar ist, und dem Kaiser weniger Widerstreben einflößt. Käme gar nichts zustande, so würde es für mich nicht möglich sein, im Dienste zu bleiben; Graf Stolberg und Minister von Bülow würden in diesem Falle, wie sie schon erklärt haben, gleicherweise zurücktreten. Man kann also dann gar nicht wissen, wie sich die ministerielle Zukunft in Deutschland gestaltet. Eine natürliche konstitutionelle Entwicklung würde sein, daß Herr von Manteuffel, der durch Herbeiführung von Alexandrowo tatsächlich meinen Rücktritt veranlaßt hätte, mein Nachfolger würde. Seine politische Stimmung charakterisiert sich durch die aus Warschau von ihm gemachte Meldung, daß Rußland jetzt den Abschluß eines Bündnisses mit Deutschland zu wünschen scheine. So unpopulär meines Erachtens eine solche russische Wendung unsrer Politik in Deutschland sein würde, so könnte sie doch in kurzer Zeit viel Unheil anrichten; die Möglichkeit aber für mich, unsre Politik weiterzuführen, wenn mein Plan mit Österreich mißlingt, würde mir aber durch die Besorgnis vor einer russischen Wendung immer noch nicht gewährt werden. Ich muß daher suchen, etwas zustande zu bringen, was mir die Möglichkeit gibt, zu bleiben und üble Wendungen zu verhüten.

Ganz besonders sympathisch ist der Kaiser von den Analogien berührt gewesen, die das erstrebte Abkommen mit dem alten Bundesverhältnis zwischen Preußen und Österreich haben würde; auch dieses

---

* Siehe Nr. 467.

gewährte die defensive Allianz beider, ohne Rußland zu bedrohn. Wenn wir uns gegenseitig Beistand versprächen, bei jedem Angriff resp. jeder Bedrohung des alten Bundesgebietes von 1815, so würde das unsern Zweck schon ziemlich decken und könnte Niemand kränken; eine Verteidigung des Elsaß würde Österreich damit nicht notwendig übernehmen, und der Einwand unsres Kaisers würde damit fallen, daß meinem Vorschlage die Basis der Gegenseitigkeit fehle, indem wir mehr von Frankreich, Österreich mehr von Rußland bedroht sei, wir also gegen unsern wahrscheinlicheren Feind nicht gedeckt würden, wir uns auch mit Rußland auch auf anderm Wege, durch Unterstützung seiner asiatischen Politik leicht abfinden könnten.

Ich teile diese allerhöchste Auffassung nicht, aber Eure Durchlaucht kennen die Schwierigkeiten, allerhöchste Meinungen im Wege der Diskussion zu überwinden, wohl aus eigner Erfahrung. Fände Österreich bei der Beschränkung der Bündnisdeckung auf das Gebiet des alten Deutschen Bundes seine galizisch-ungarische Grenze zu sehr exponiert, so ließe sich auch dagegen eine inoffensive Remedur finden, wenn beide Teile sich ihre polnischen Provinzen wiederholt garantierten. Falls Graf Andrássy es vorzöge, könnte man diese Deckung der galizischen Grenze auch so fassen, daß man sagte: „die alten deutschen Bundeslande Österreichs, und die mit denselben gegenwärtig in näherer staatlicher Verbindung stehenden (cisleithanischen) Kronländer“. Das Einfachste bliebe aber immer, wenn Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich einander purement et simplement Beistand gegen jeden Angreifer versprechen, unbeschadet ihrer Berechtigung, auf eigne Hand und ohne Anspruch auf Beistand des andern auch Angriffskriege gegen Dritte zu führen, wenn ihre Interessen es erfordern.

Mir schweben noch andere Ausweichen vor, deren Darlegung meine Kräfte heute übersteigt., Auch die vorstehend erwähnten, wenn ich auch Eurer Durchlaucht anheimstelle, sie mit Graf Andrássy zu besprechen, bilden noch keine Vorschläge, die ich mache. Ich will damit nur anzeigen, daß es ohne Verletzung der allerhöchsten Herzensempfindungen doch noch Auswege gibt, welche ganz oder annähernd zum Ziele führen. Seine Majestät hat vor einigen Tagen schon eine „Redaktion“, in welcher Rußland nicht ausdrücklich erwähnt wäre, von mir verlangt; ich habe sie nicht geliefert, und werde es nicht, teils wegen Unwohlsein, teils wegen der voraussichtlichen Verschleppung durch Meinungsverschiedenheiten über Redaktionsfragen, dann aber auch, weil ich in einer weiteren Besprechung mit Graf Andrássy zu keinem Ergebnis kommen würde, wenn ich durch eine allerhöchst festgestellte Redaktion gebunden wäre. Ohne dieses Hindernis zweifle ich nicht, daß wir eine finden werden, über die wir uns einigen. Teils um unserm Abkommen eine noch friedliebendere Tonart zu geben, teils auch als praktische Vorbereitung und Unterlage künftiger Verständigung empfiehlt es sich vielleicht, in dieses Abkommen schon gleichzeitig gegenseitige Zusiche-

rungen über künftigen Abschluß eines Handelsvertrages und über sonstige Pflege der Verkehrsbeziehungen beider Reiche aufzunehmen.

Eure Durchlaucht bitte ich ergebenst, den Inhalt dieses Schreibens, einschließlich der eventuellen Folgen gänzlichen Mißlingens für meine ministerielle Stellung, vertraulich und zunächst außergeschäftlich mit Graf Andrássy vorbereitend besprechen zu wollen.

## Nr. 479

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Ausfertigung

Nr. 381 Wien, den 18. September 1879

Ganz vertraulich

Euerer Durchlaucht ganz vertraulicher Erlaß vom 12. d. Mts.* ist mir am 14. durch den Königlichen Feldjäger richtig zugegangen.

Da Graf Andrássy am selbigen Tage abgereist war, so habe ich ihm erst heut nachmittag in dem mir vorgeschriebenen Sinne sprechen können und ihm die Skizze der eventuellen Verabredung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vorgelesen. Der Graf hat sich den Text dieser Verabredung fast wörtlich notiert, um imstande zu sein, sein Projekt damit vergleichen und umarbeiten zu können. Ich habe dabei bemerkt, wie Euere Durchlaucht an dem Wortlaut dieser flüchtigen Aufzeichnungen durchaus nicht festhalten wollten, sondern hofften, daß er seinerseits eine bessere Fassung suppeditieren werde.

Graf Andrássy dankt Euerer Durchlaucht für die Mitteilung verbindlichst. Er hat sein Projekt bereits im Kopf, aber noch nicht ganz zu Papier gebracht, sonst würde er es mir gegeben haben, um es Euerer Durchlaucht mit diesem gehorsamsten Bericht nach Salzburg entgegenzusenden.

Im allgemeinen ist der Graf mit der Fassung, die Euere Durchlaucht den bereits in Gastein verabredeten Gedanken gegeben haben, ganz einverstanden. Auch er ist der Ansicht, daß die Abmachung einen durchaus versöhnlichen und inoffensiven Charakter tragen müsse. Aber er glaubt, daß die vorsichtige Weise, mit der Euere Durchlaucht im ersten Alinea die schwebenden, vom Berliner Vertrag noch herrührenden Fragen behandeln wollen, vielleicht etwas zu weit gehen dürfte. Er meint, man könne nicht wissen, welche Hintertüren die Russen noch suchen würden, welche neue Schwierigkeiten erfinden; durch die Fassung, wie Euere Durchlaucht sie vorschlügen, würden vielleicht neue Keime zu Mißverständnissen geschaffen werden. Es würde vielleicht genügen, aus-

---

* Siehe Nr. 467.

zudrücken: daß wir in der Nichterfüllung der noch offenen Bestimmungen der Berliner Kongreßakte keinen casus belli suchen, und alles versuchen würden, um diese Fragen gemeinsam und auf diplomatischem Wege auszutragen.

Als Beispiel, wie erfindungsreich die russische Politik sei, teilte mir der Graf eine, ihm durch Safvet Pascha zugegangene geheime Notiz mit, wonach der russische Botschaftsrat Herr Onon dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten gedroht habe, daß, wenn die Türkei noch weitere Einwanderungen muselmanischer Emigranten nach Ostrumelien zulassen werde, Rußland hierin einen Kriegsfall erblicken würde.

Mit dem zweiten Alinea, betreffend die Entwicklung der durch die russischen Rüstungen hervorgerufenen ernsten Besorgnisse, ist Graf Andrássy ganz einverstanden.

Ebenso mit dem dritten Alinea über den Casus foederis.

Das vierte Alinea rief ebenfalls keine Gegenbemerkungen hervor.

Was nun die Frage der Zeitdauer der Verabredung betrifft, so teilt der Minister Euerer Durchlaucht Ansicht, daß dieselbe nicht auf „ewig" geschlossen werden könne. Er schlägt vor, den Vertrag auf 3 Jahre abzuschließen, mit einer bestimmten Klausel, daß derselbe nach Ablauf dieser Zeit erneuert werden kann.

Wenn auch die Unterschrift beider Kaiser eine gehörige Sicherheit biete, so ist Euerer Durchlaucht Gedanke, daß eine Garantie gegen vorübergehende ministerielle Verstimmungen zu schaffen wäre, dem Grafen wohl einleuchtend. Er will darüber noch nachdenken, welche Form hierfür am besten zu finden sein wird. Aber es schien ihm nicht ratsam, daß diese Garantie im Wege der Reichsgesetzgebung zu suchen sein wird. An und für sich hat er nichts gegen die Richtigkeit dieses Gedankens einzuwenden, er zieht aber aus verschiedenen Gründen vor, daß die Abmachung als eine geheime betrachtet werden müsse, und wünscht dies in einem besonderen Artikel stipuliert zu sehen; und zwar solle das Geheimnis nur mit gegenseitiger Übereinstimmung gelöst werden können.

Der Minister wird Erkundigungen über die Form des Garantievertrags von 1860 archivmäßig einziehen; er bemerkt dabei aber, er möchte eigentlich nichts zum Vorbild nehmen, was in jener unheilvollen Periode zwischen Preußen und Österreich abgeschlossen worden wäre.

Eine andere Frage hatte den Grafen, wie er sagte, gestern auf der Gemsjagd lebhaft beschäftigt. Es werde nicht fehlen, daß russischerseits entweder hier oder in Berlin angefragt werden würde, was hier bei Euerer Durchlaucht Anwesenheit, die an und für sich zu großes Aufsehen erregt, um ihr nicht eine große Bedeutung beilegen zu müssen, abgemacht worden wäre?

Er wäre der Ansicht, daß man natürlich den zweiten Teil der Abmachungen zu verschweigen haben werde, aber auch nicht lügen dürfe.

Man könne ganz gut sagen: treu den früheren Abmachungen, daß alles, was das gute Einvernehmen der drei Kaiser stören könne, gemeinschaftlich erwogen und beglichen werden solle, hätten sich Ihre Majestäten von Österreich und Deutschland darüber verständigt, an diesem Abkommen festzuhalten und ihrerseits alles zu tun, um zu verhindern, daß Ereignisse einträten, welche eine Verstimmung zwischen Rußland und den beiden anderen Kaiserstaaten herbeiführen könnten. Er stelle Euerer Durchlaucht anheim, diese Frage zu überlegen und zweifle nicht, daß Hochdieselben das Richtige finden würden.

Die Zusammenkunft, die Fürst Gortschakow mit Euerer Durchlaucht anstrebe, scheine ihm darauf hinzudeuten, daß dessen Hoffnungen, Frankreich zu gewinnen vorläufig gescheitert sein dürften, und daß sich dieser Staatsmann, der auch von den Freundschaftsversicherungen in Alexandrowo gehört haben würde, beeilen wolle, nicht mit seinem Kaiser in Widerspruch zu kommen. Er werde gewiß wieder viel vom Drei-Kaiser-Bund reden, aber er, Graf Andrássy, habe keine Lust, „weiter von dieser Speise zu kosten". Was die Nachrichten über die Sondierungen Rußlands in Paris betrifft, so stimmen die Nachrichten des hiesigen Kabinetts mit denen, die Fürst Hohenlohe gibt, überein. Herr Waddington wolle nichts von einem russischen Bündnis wissen, welches Frankreich zum Kriege bringen könnte; dieser Minister könne aber freilich ebensogut heut wie morgen zu Fall gebracht werden.

Er findet es übrigens ganz natürlich, daß Euere Durchlaucht einer solchen Begegnung nicht ausweichen wollten.

Hier hat sich der Fürst noch nicht angemeldet.

Die Mitteilungen, die ich dem Minister über die Auffassung unseres allergnädigsten Herrn machte, fand er begreiflich, und sieht er vollkommen ein, daß es allerhöchstdemselben sehr am Herzen liegen müsse, Alles zu vermeiden, was wie eine Bedrohung Rußlands aussehen könne. Er gibt sich aber der bestimmten Hoffnung hin, daß Seine Majestät allerhöchsteine Zustimmung zu dieser durchaus nicht aggressiven Abmachung nicht verweigern werde. Daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz Euerer Durchlaucht Anschauungen teilt, war dem Grafen eine große Beruhigung. Er bemerkte dabei, daß, so wichtig diese beabsichtigte Assekuranz für Österreich-Ungarn auch sei, es für Deutschland doch auch ein ungeheurer Gewinn bliebe, dieses große Nachbarreich, wie er hoffe dauernd, dadurch an sich gebunden zu haben. Daß eine solche Assekuranz eine dringende Notwendigkeit für beide Teile sei, das würde ihm bei näherem Nachdenken immer klarer. Auch zweifle er keinen Augenblick, daß hier eine vollkommene Verständigung erzielt werden würde.

Wenn auch der Kaiser Franz Joseph befohlen habe, daß er, der Graf Andrássy, die Verabredung mit Euerer Durchlaucht abschließen solle, so halte er es doch für nützlich, daß Baron Haymerle an den Verhandlungen teilnähme, vielleicht auch seinen Namen mit unter diese

Abmachung setzen möchte, vielleicht aber nur durch eine besondere Kenntnisnahme schriftlich davon Akt nähme. Er seinerseits würde nur dann erst beruhigt sein Amt in die Hände seines Nachfolgers niederlegen können, wenn er das Reich durch diese Abmachung vor Angriffen geschützt wissen werde.

Die vertrauliche Mitteilung, die ich dem Grafen Andrássy über die Äußerungen des Generals Miljutin in Alexandrowo machte, welcher Rußland als von einer österreichisch-englisch-französischen Allianz bedroht erklärte, erfüllten ihn wegen ihrer unverschämten Lügenhaftigkeit und Dreistigkeit mit Entrüstung. Er seinerseits erzählte mir, daß in Warschau Seine Majestät der Kaiser von Rußland in auffälliger Weise mit den Polen geliebäugelt habe. So habe er den Grafen Zamoisky kommen lassen, ihm die schönsten Sachen über die korrekte Haltung der Polen in der Nihilistensache gesagt und geäußert, er hoffe für alle Fälle auf die Polen rechnen zu können. H. VII. P. Reuß

Nr. 480

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Ausfertigung

Wien, den 19. September 1879

Ganz vertraulich

Euerer Durchlaucht hohen Erlaß vom 17. d. Mts.*, die russischen Verhältnisse betreffend, ist mir durch den Feldjäger richtig zugegangen, und will ich eilen, in Kürze die Eindrücke wiederzugeben, die die Besprechung der in diesem Schriftstück enthaltenen Gedanken auf den Grafen Andrássy gemacht hat.

Der Minister begreift in vollem Maße die Bedenken Seiner Majestät des Kaisers und Königs, er hofft, daß es gelingen werde, eine Form zu finden, um Seiner Majestät die geplante Abmachung annehmbar zu machen, aber er erklärt sehr entschieden, daß er nichts unterzeichnen könne und werde, was nicht mit großer Präzision und Klarheit den eigentlichen Zweck der Abmachung bezeichne. Dies müsse er seines Herrn wegen verlangen. Der Kaiser Franz Joseph müsse genau wissen, was er verspräche, und sich auch klar darüber sein, was ihm von anderer Seite versprochen worden sei. Denn sonst würde Seine Majestät unsicher und dürften überhaupt wohl gar nicht darauf eingehen, seine Unterschrift unter ein Schriftstück zu setzen, welches nicht präzis den Zweck des Abkommens ausspreche. Andernteils aber könne er selbst nichts unterschreiben, wofür er nicht mit seiner vollen Verantwortung einstehen könne, und daher müsse er Präzision wünschen.

* Siehe Nr. 478.

Er könne sich deshalb auch nicht mit der Idee einverstanden erklären, der Sache eine generelle Fassung zu geben oder zu sagen, man wolle sich ganz einfach Beistand gegen jeden Angreifer versprechen etc. etc. Die Erfahrung lehre, daß man über den Begriff „Angreifer", leicht verschiedener Meinung sein könne.

Was die Analogie mit dem alten Bundesverhältnis betrifft, so findet der Minister große Bedenken darin, in irgendeiner Weise daran zu erinnern. Sein Kaiser sei nun einmal ein Habsburger; das Deutsche Reich sei „aus seiner Haut geschnitten", und da dürfte es schmerzliche Rückblicke hervorrufen, wollte man davon reden. Auch die gegenseitige Garantie der polnischen Besitzungen sei schwierig. Er wünsche, daß alles vermieden werde, was den Begriff des Ganzen der beiden Reiche störe. Deutschland und Österreich-Ungarn wollten zusammen zu ihrer Sicherheit paktieren, da dürfe nicht von einzelnen Teilen die Rede sein. Auch stimme das nicht mit der Pragmatischen Sanktion zusammen. Ungarn sei wohl mittelbar durch die galizische Grenze gedeckt, aber von Ungarn selbst sei nicht die Rede.

Die Sache müsse beim rechten Namen genannt werden; nur dann würde es für einen Minister möglich sein, dieselbe eventuell vor dem Parlamente zu vertreten.

Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, könne sich nicht an den Gedanken gewöhnen, eventuell Front gegen allerhöchstseinen Neffen und alten Freund zu machen. Um aber der offenbar bedrohlichen Haltung dieses Freundes gegenüber Sicherheit und Unterstützung zu haben, könne man nicht anders handeln, als sich gegenseitig Beistand versprechen, wenn man von diesem Nachbar angegriffen werde. Wolle man dieses nicht ausdrücklich aussprechen, so sei eben kein Assekuranzvertrag zu erlangen.

Daß dieser Vertrag aber ein ganz inoffensiver sei und keine Drohung gegen Rußland enthalte, das sei sehr gut durch Ton und Fassung zu erlangen. Graf Andrássy hat die Güte gehabt, mir seine anliegende Skizze zur Übersendung an Euere Durchlaucht anzuvertrauen, er bittet aber, diesen Entwurf nur als ein erstes flüchtiges Machwerk anzusehen und behält sich vor, denselben mündlich zu motivieren.

Der Minister hofft, daß Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, in dieser Fassung keine Bedrohung erblicken werde, ist auch bereit, an den Ausdrücken Abänderungen vorzunehmen. Aber Rußland nicht zu nennen, das sei unmöglich. Daß dieses Abkommen nicht in einer feindlichen oder aggressiven Absicht gegen Rußland abgeschlossen worden, das könne jeder der hohen Kontrahenten dreist beschwören. Um aber dem Kaiser Alexander Aufklärung über die hier gepflogenen Unterhandlungen zu geben, sei es vielleicht geboten, neben dem geheimen Abkommen etwas Ostensibles zu machen. Die Idee zu einem Memoire, oder einer Deklaration zwischen Österreich und Deutschland liege ihm auch schon vor, doch sei sie noch nicht fertig.

In diesem Memoire könne davon gesprochen werden, daß Euere Durchlaucht nach Wien gekommen, einerseits um Graf Andrássy vor seinem Abgang noch zu sehen, andererseits um sich mit dem neuen Minister des Äußern zu besprechen. Die Handels- und Zollverhältnisse hätten eine solche Besprechung nötig gemacht, und es könnte erwähnt werden, daß man die ersten Grundlagen zu einem Handelsvertrag dabei gelegt habe. (Ich schalte hier ein, daß diese Andeutung in Euerer Durchlaucht hohem Erlaß den angenehmsten Eindruck auf den Minister hervorbrachte.)

Dabei müsse aber auch erwähnt werden, daß sich die beiden Mächte nochmals darüber geeinigt hätten, an der Berliner Kongreßakte festzuhalten und hieran die Hoffnung geknüpft werden, daß die anderen Vertragsmächte im gleichen Sinne handeln würden. Für eine solche Politik gemeinschaftlich zu wirken, habe man sich gegenseitig verpflichtet und hoffe, daß Rußland getreu an den alten freundschaftlichen Beziehungen haltend, sich dem anschließen werde etc. etc.

Es sei nötig, England ebenfalls Aufklärung in diesem Sinne zu geben. Schon um Englands willen sei es nicht wohl möglich, ein generelles Abkommen abzuschließen, welches Rußland mitgeteilt werden würde. Denn dort würde man in dem „ungenannten" Feinde sofort Frankreich erkennen wollen, und dies könne sehr üble Folgen haben. England zu menagieren, sei aber bei heutiger Sachlage ein ebenso großes Interesse Österreichs wie Deutschlands.

Graf Andrássy hofft, daß Euere Durchlaucht seine Ideen noch besser ausführen möchten, als er dies imstande sei, und wünscht, daß es gelingen möge, Seine Majestät den Kaiser von der Notwendigkeit und von dem großen Gewinne, den dieses beabsichtigte Abkommen für das Deutsche Reich haben wird, zu überzeugen.

H. VII. P. Reuß

Nr. 481

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Wien, an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Metz

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept; unsigniert

Wien, 24. September 1879

Indem ich Ew. Hochwohlgeboren das Ergebnis meiner hies[igen] Besprechungen zu gef. Immediatvortr[ag] übersende, bemerke ich ergebenst, daß ich aus Gründen der Kourtoisie u[nd] des persönl[ichen] Gefühls in dem amtl[ichen] Aktenstück nicht ausgesprochen habe, daß ich im Falle der Ablehnung der öst[er]r[eichischen] Vorschläge durch S[eine] M[ajestät], die Verantwortung für unsre Politik nicht weiter

würde tragen können. Ich bin mir darüber in diesen sorgenvollen Wochen vollständig klar geworden. Auch abgesehn von der Erschöpfung meiner Kräfte, die mich der Ruhe dringend bedürftig macht, bin ich aus Gewissensgründen fest entschlossen, mich von jeder Verantwortung für die durch Ablehnung des öst[er]r[eichischen] Anerbietens bedingte Politik frei zu halten. Es leitet mich bei diesem Entschlusse nicht bloß die Überzeug[un]g von der Unmöglichkeit, die Friktion zu überwinden, welche von der geschäftl[ichen] Arbeit unzertrennlich ist, sobald ich mir die leitenden Grundgedanken der Politik S[einer] M[ajestät] nicht anzueignen vermag, ich habe mit meiner Gesundheit und mit meinen Kräften im Allerh[öchsten] Dienst niemals gegeizt; es leitet mich vielmehr die Überzeugung, daß die Ablehnung des öst[er]r[eichischen] Anerbietens ein so verhängnißvoller politischer Fehler sein würde, daß mir das Gefühl der politischen Mitverantwortlichkeit für denselben nicht erträglich sein würde.

Ich bitte Ew. pp. ergebenst, von dieser Mittheilung nur dann S[einer] M[ajestät] gegenüber Gebrauch zu machen, wenn der Entschluß zur Ablehnung bei Allerh[öchst]demselben feststeht. Ich würde dann, sobald Ew. mich hiervon benachrichtigen, meinen Rücktritt aus dem Amte nach Maßgabe des Reichsbeamtengesetzes officiell erklären, u[nd] kann mir derselbe nach dem erwähnten Gesetze von S[einer] M[ajestät] auch nicht versagt werden.

Es würde mich sehr glücklich machen, wenn ich nicht in die Nothwendigkeit käme, diesen Schritt zu thun, ich bin aber in d[er] Unmöglichkeit, ihn zu unterlassen, wenn die obenerwähnte Eventualität eintritt. Tritt sie nicht ein, so bitte ich, diesen Brief als ungeschrieben zu betrachten.

Nr. 482

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Wien, an Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Metz

Ausfertigung

Wien, den 24. September 1879

Euerer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß ich am 21. abends hier eingetroffen, am Tage darauf von Seiner Majestät dem Kaiser zur Audienz und zur Tafel befohlen worden bin, und im übrigen die mir bleibende Zeit den Besprechungen mit Graf Andrássy und Baron Haymerle gewidmet habe. In Anknüpfung an unsere Gasteiner Unterhaltungen und an die Euerer Majestät bekannte Korrespondenz habe ich dem Grafen Andrássy auf Grund der amtlichen Mitteilung, welche mir Graf Stolberg am 17. d. Mts. über Euerer Majestät Befehle gemacht

hatte*, erklärt, daß ich über ein generelles Defensivbündnis mit gewisser Aussicht auf Euerer Majestät Genehmigung zu unterhandeln ermächtigt sei, vorausgesetzt, daß der Text unsrer eventuellen Verabredung jede offensive und bedrohliche Tendenz, namentlich Rußland gegenüber, ausschließe. Euere Majestät wollen den Verlauf dieser Verhandlung aus dem unter II anliegenden Protokoll** huldreich entnehmen.

Graf Andrássy sowohl wie Seine Majestät der Kaiser stellten meinem Vorschlage folgende Gründe entgegen.

„In keinem der europäischen Länder sei der gegenwärtige Zustand unsicherer und gefährlichen Umwälzungen mehr ausgesetzt als in Frankreich, dort habe man gegenwärtig ein Ministerium, welches Bürgschaften für den inneren und äußeren Frieden des Landes gewähre, solange es am Ruder sei. Schon ein geringer politischer Luftzug könne aber die verschiedenartigen, im ganzen Lande glimmenden Zündstoffe zum Aufflammen bringen und die Existenz dieser friedliebenden, die Anlehnung an England suchenden und verhältnismäßig antirevolutionären Regierung gefährden. Innere Umwälzungen in Frankreich würden an sich im ganzen übrigen Europa das Vertrauen auf eine ruhige Zukunft wieder erschüttern, aber auch unvermeidlich auf die auswärtige Politik Frankreichs zurückwirken. Die gefährlichste Gestaltung für den Frieden Mitteleuropas bleibe immer das Bündnis der französischen Republik mit dem ohnehin von der panslawistischen Revolution unterwühlten Rußland, und dann der Zutritt des in seiner monarchischen Verfassung so wenig gefestigten und der Republik ohnehin entgegenschwankenden Italiens. Daß das französisch-russische Bündnis in kriegerischen Zwecken nicht schon zustande gekommen sei, davon sei durchaus nicht die Abneigung Rußlands die Ursache; man sei durch die französische Regierung davon unterrichtet, daß Rußland über seine Neigung zu dem französischen Bündnis in Paris keinen Zweifel gelassen habe, und die diesseitige Beobachtung der Tätigkeit des Fürsten Orlow in Paris habe eine sehr umfängliche Einwirkung dieses Botschafters auf die französische Presse im Sinne der russischen Allianz zweifellos konstatiert***. Die Verhinderung der Verwirklichung dieser Allianz mit ihren bedrohlichen Folgen für den Frieden des übrigen Europa sei lediglich der verständigen und friedliebenden Weigerung des jetzigen französischen Kabinetts zu danken. Werde letzteres durch irgendwelche Symptome monarchischer Allianzen gegen die französische Republik erschüttert, so treibe man damit Frankreich in die russische Allianz hinein, welcher es bisher widerstrebe. Eine generelle, gegen jeden Angreifer gerichtete Defensivallianz Deutsch-

---

* Vgl. Nr. 476.
** Siehe Nr. 36.
*** Vgl. S. 81 nebst Anm.

lands und Österreichs würde aber, sobald etwas davon bekannt würde, in Europa und namentlich in Frankreich immer als eine solche angesehen werden, deren Spitze sich gegen Frankreich richtet. Die Tatsache, daß der Friede Österreichs, und namentlich, daß der Friede Deutschlands von Rußland gefährdet sei oder gefährdet werden könne[1], sei bisher nur den eingeweihteren Kreisen bekannt und in das öffentliche Bewußtsein noch nicht übergegangen; traditionell gelte immer nur Frankreich als mutmaßlicher Störer des Friedens, und Verabredungen, auch defensiver Natur, machten nach wie vor noch den Eindruck, in erster Linie einen antifranzösischen Charakter zu tragen[2]. Dies sei auch die Meinung des englischen Kabinetts, welches im Interesse des Weltfriedens den höchsten Wert auf die Erhaltung des Ministeriums Waddington lege.

Aus diesen Gründen sei das Kaiserliche Kabinett zwar ganz bereit, gegen ein mit Rußland verbündetes Frankreich sich zum Beistande[3] zu verpflichten; solange das jetzige friedliebende Kabinett aber bestehe, friedliebend bleibe und die russische Allianz ablehne, wolle der Kaiser Franz Joseph sich die Freiheit erhalten, dem befreundeten englischen Kabinett auf jede Frage wahrheitsgemäß antworten zu können, daß Österreich an keiner gegen Frankreich gerichteten Verabredung beteiligt sei, und sich an einer solchen auch so lange nicht beteiligen werde, als Frankreich sich nicht auf feindliche Bündnisse gegen Österreich oder Deutschland einlasse."

Ich habe diese Argumentation, nach ihrem sachlichen Inhalte, nicht zu widerlegen vermocht, weil sie meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens richtig ist, ich habe aber dem Grafen Andrássy und auch Seiner Majestät dem Kaiser nicht verhehlt, daß ich für einen Vertragsentwurf auf einer andern als der allgemeinen Basis Euerer Majestät Ermächtigung nicht hätte, und habe auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß möglicherweise gar kein Vertrag zwischen uns zustande käme, wenn die Form, für welche ich Euerer Majestät Einverständnis im Prinzip jetzt schon konstatieren könnte, hier keine Annahme fände. Der Kaiser sowohl wie Graf Andrássy gaben zu, sehr unerwünschte und unsichere politische Konstellationen zu befürchten, wenn die vertragsmäßige Sicherstellung der deutsch-österreichischen Beziehungen mißlingen sollte; aber sie wollten lieber die Erreichung dieses so dringend wünschenswerten und den Gesinnungen der Völker beider Reiche so sehr entsprechenden Zieles einstweilen noch hinausschieben, als gegenwärtig die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die bestehende günstige Situation der französischen Politik gefährdet, die wachsende Intimität Österreichs mit England erkältet und Frankreich veranlaßt werde, den Werbungen Rußlands um seine Allianz, die es bisher zurückweise, in Zukunft entgegenzukommen.

In bezug auf die Forderung Euerer Majestät, daß jede zu treffende Verabredung einen ausschließlich defensiven Charakter haben müsse,

und daß jede Zustimmung zu aggressiven Unternehmungen absolut ausgeschlossen bleibe, erklärte Seine Majestät der Kaiser sowohl wie Graf Andrássy das unbedingteste Einverständnis. Der Kaiser sagte, er selbst würde sich nie dazu hergeben, einen Angriffskrieg zu führen, und am allerwenigsten einen so unfruchtbaren und gefährlichen wie den gegen Rußland. Auch wenn er in einem solchen siegreich bleiben sollte, so wüßte er gar nicht, welch einen Nutzen ein solcher Sieg für die österreichisch-ungarische Monarchie haben könnte. Namentlich, wenn Österreich sich durch England und Frankreich zum Angriff auf Rußland wollte drängen lassen, so läge doch für jedermann auf der Hand, daß in einem solchen Kriege die Gefahr und die Hauptanstrengung ganz allein Österreich treffen würde, da England und Frankreich für die russischen Streitkräfte unerreichbar wären. Als ich erwähnte, daß der Minister Miljutin die Besorgnis vor einer österreichisch-englisch-französischen Koalition als Motiv der russischen Augmentationen angegeben habe, erwiderte Seine Majestät: „Das glaubt Miljutin doch selbst sicher nicht; für so töricht kann uns niemand halten.“ Graf Andrássy erklärte mir auf dieselbe Mitteilung, jene Angabe Miljutins sei eine „Lüge von ganz außergewöhnlicher Unverschämtheit“.

Aus allen meinen Besprechungen hier habe ich die volle Überzeugung geschöpft, daß Seine Majestät der Kaiser sowohl, wie die deutschen und die ungarischen Minister von keinem dringenderen Wunsche beseelt sind als von dem der Erhaltung des Friedens mit Rußland sowohl, wie nach allen andern Seiten hin, daß nur ein Angriff oder die Furcht[4] vor einem solchen Österreich zum Kriege nötigen würde, und daß Österreich alles tun wird, was man von ihm erwarten kann, um sich einem solchen Angriffe nicht auszusetzen.

Euere Majestät werden diesen Eindruck bestätigt finden aus dem von Graf Andrássy und mir gemeinsam aufgesetzten Memorandum unter I der Anlagen*, in welchem wir unsere Auffassung der politischen Situation zu Papier gebracht haben. Wir haben beabsichtigt, in diesem Memorandum diejenigen Gedanken auszusprechen, welche sich nach unsrer beider Meinung zur Mitteilung an andre Kabinette eignen.

Unter Nr. II** füge ich das Protokoll über den Verlauf meiner Verhandlungen mit dem Grafen Andrássy alleruntertänigst bei. Über den Inhalt desselben haben wir uns bis auf weiteres das Geheimnis versprochen.

Die Anlage III*** enthält den österreichischen Gegenvorschlag hinsichtlich der Zusicherungen, welche beide Reiche in betreff des Beistandes, den sie sich feindlichen Angriffen gegenüber leisten wollen, einander geben würden.

---

* Siehe Nr. 483.
** Siehe Nr. 484.
*** Siehe Nr. 485.

Dieser österreichische Entwurf weicht von Euerer Majestät mir erteilten Instruktion nur in dem einen Punkte ab, daß der Fall eines russischen Angriffs darin ausdrücklich erwähnt wird[5]. Es ist dies eine Frage der Form, durch welche im übrigen nicht gehindert wird, daß dieser österreichische Entwurf die Sicherheit vollständig gewährt, deren Deutschland gegen die Gefahren europäischer Koalitionen bedarf. Die Zwecke, an denen uns gelegen sein muß, und die wir durch den vorgeschlagenen Abschluß erreichen, sind meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens die nachstehenden:

1. Zu verhindern, daß die Tripel-Allianz: „Rußland, Frankreich, Österreich" sich gegen uns bilden könne.

2. Zu verhindern, daß Österreich e n t w e d e r mit Rußland o d e r mit Frankreich ein Bündnis zum Nachteile Deutschlands eingehe[6].

3. Im Falle eines französischen Angriffs auf uns mindestens die wohlwollende Neutralität Österreichs sicherzustellen[7].

4. Bei Eintritt derjenigen Gefahr, welche gegenwärtig die drohendste ist, der Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses, uns der aktiven Hilfe Österreichs sofort bei Ausbruch des Krieges versichert zu wissen[8].

5. Einen Angriff Rußlands o h n e Frankreich auf uns oder auf Österreich mit großer Wahrscheinlichkeit überhaupt zu verhüten, da Rußland eine der beiden deutschen Mächte schwerlich angreifen wird, sobald es sicher ist, sie in diesem Falle beide gegen sich zu haben[9].

Das deutsch-österreichische Bündnis ist in meinen Augen das einzige sichere Mittel, die russische Politik friedfertiger zu stimmen und dem Kaiser Alexander einen Halt gegen die Einwirkungen der kriegerischen und revolutionären Panslawisten und namentlich des Ministers Miljutin und seiner Gesinnungsgenossen zu geben. Ich habe deshalb gegenüber der österreichischen Forderung absoluter Geheimhaltung des Abkommens darauf bestanden, daß dem Vertragsentwurfe des Grafen Andrássy im Artikel IV eine Klausel beigefügt werde*, nach welcher aus Gründen der Loyalität dem Kaiser Alexander, sobald kriegerische Dispositionen der russischen Politik erkennbar würden[10], gesagt werden müsse, daß gegen einen Angriff e i n e r der beiden deutschen Mächte beide zusammenhalten würden.

Ich erlaube mir, noch einige Vorzüge hervorzuheben, welche meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens der anliegende österreichische Vorschlag im Interesse Deutschlands vor einer generellen Allianz gegen jede angreifende Macht haben wird.

1. Der Angriff, welchem Österreich zunächst am meisten ausgesetzt erscheint, ist der Italiens, sobald in diesem Lande die wenig konsolidierte monarchische Gewalt der Herrschaft revolutionärer Elemente

---

* In dem österreichischen Vertragsentwurfe, wie er dem Kaiser durch Fürst von Bismarck vorgelegt worden ist, ist die Bismarcksche Klausel bereits eingefügt.

unterliegen sollte. In diesem Falle würde die Agitation der Italia irredenta gegen Triest und Trient der staatsmännischen Erwägung der Italiener wahrscheinlich über den Kopf wachsen. Nach dem anliegenden Entwurf würde Österreich diesen Streit allein auszufechten haben, demselben aber auch allein gewachsen sein. Wäre Deutschland durch ein generelles Bündnis zur Teilnahme am Kampfe genötigt, so tritt die Gefahr ein, daß der österreichisch-italienische Krieg aus einem lokalen zu einem europäischen würde[11].

2. Nach dem österreichischen Entwurf würden wir zur Mitwirkung auch dann noch nicht verpflichtet sein, wenn Frankreich im Bunde mit Italien oder, was wenig wahrscheinlich, ohne Italien mit Österreich Händel bekäme.

3. Wenn aus den Beziehungen Österreichs zur Türkei in Novibazar oder durch die Albanesen Zerwürfnisse entständen[12], so würden auch diese uns noch nicht berühren. Erst der Krieg mit dem Gegner, dessen Auftreten auch Deutschlands Sicherheit gefährden würde, mit Rußland, würde einen casus foederis herstellen.

4. Die Verschiedenheit der Politik Rußlands und Frankreichs in ihrer Stellung zu Deutschland, welche bisher die Einigung beider Mächte hindert, bleibt nach dem Vorschlage des Grafen Andrássy unverändert, während ein auch gegen Frankreich von Hause aus sich richtendes Abkommen mit Österreich die französische Politik in eine bisher nicht vorhandene Gemeinschaft mit der russischen bringen würde[13].

Ich kann hiernach nicht umhin, nach meinem politischem Urteil das Bündnis in der Gestalt, wie es Graf Andrássy vorschlägt, den deutschen Interessen in höherem Maße entsprechend zu finden, als dies bei einem allgemeinen, gegen jede Macht anwendbaren Bündnisse der Fall sein würde.

Euere Majestät wollen mir huldreichst gestatten, noch mit wenig Worten auf die älteren Verabredungen des Grafen Moltke zurückzukommen. Dieselben sind, wie ich mich hier durch Einsicht der österreichischen Exemplare von neuem überzeugt habe, durch die späteren Wiener Verhandlungen zu Dreien dergestalt modifiziert worden, daß sie eine praktische Tragweite nicht mehr haben*. Aber selbst wenn die erste Petersburger Verabredung der Feldmarschälle in unveränderter Geltung bestände, was rechtlich[14] nicht der Fall ist und was auch offenbar der Kaiser Alexander nicht annimmt, da er in den Krisen der letzten Jahre nie von der Sache gesprochen hat[15], so wäre diese preußisch-russische Verabredung mit der anliegenden deutsch-österreichischen vollkommen verträglich. Euere Majestät würden damit zwischen Österreich und Rußland in eine ähnliche Stellung gebracht sein,

---

* Vgl. Nr. 127.

wie sie der Kaiser Nikolaus zur Zeit von Olmütz zwischen Preußen und Österreich einnahm, indem er sich gegen denjenigen seiner beiden hohen Bundesgenossen erklärte, welcher den andern angreifen würde. Euere Majestät würden dann in der Lage sein, Rußland gegen einen österreichischen, Österreich gegen einen russischen Angriff zu verteidigen. Es liegt diese Situation aber nicht vor, weil in den Verabredungen von 1873 die Petersburger Version durch die spätere Wiener abgeändert wurde[16].

Ich kann aus allen vorstehenden Gründen Euere Majestät nur ehrfurchtsvoll bitten, das österreichische Anerbieten in Gestalt des unter III anliegenden Vertragsentwurfs huldreichst annehmen und genehmigen zu wollen, daß das Auswärtige Amt eine auf Euerer Majestät Botschafter Prinzen Reuß lautende Vollmacht zum Abschluß der allerhöchsten Vollziehung unterbreite.

Meine wiederholten und sorgfältigen Erwägungen der europäischen Situation haben mich mehr und mehr in der Überzeugung befestigt, daß nur durch feste und vertragsmäßige gegenseitige Anlehnung Deutschlands und Österreichs wir uns gegen die Gefahren sicherstellen können[17], welche der Schoß der Zukunft für uns birgt, und welchen ohne eine derartige Fürsorge entgegenzugehen meiner Überzeugung nach ein gewissenhafter auswärtiger Minister, der sich seiner Verantwortlichkeit der Krone und dem Lande gegenüber bewußt ist, schwerlich den Mut wird finden können. v. Bismarck

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms I. am Kopfe des Schriftstücks:
S[iehe] Marginalien zur Antwort auf diesen Bericht. W.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Nein, solange der K[ai]s[er] A[lexander] lebt, u[nd] die 2 Augen eines dynastischen Kaisers sind zuverlässiger als die des jeden Augenblick zu stürzenden, republik[anischen] Ministers!

[2] Darum soll plötzlich die Welt belehrt werden, daß nunmehr jene Spitze gegen Rußland zu kehren sei?? Ein politisches Gebäude also auf chancelante 2 Augen!!

[3] d. h.: neutralité bienveillante nach dem Wortlaut des Vertrags! wenn Frankreich allein Deutschland angreift, leistet Öst[er]reich diesem keine Hülfe.

[4] d. h.: also doch offensif? Widerspruch mit voriger Seite.

[5] das ist ja grade das, was ich nicht wollte.

[6] also trotz der jetzigen Freundschafts Rélationen denkt man doch eine solche Coalition Öst[er]reichs für möglich?

[7] Warum sollen wir Öst[er]reich nur gegen Rußland mit unserer ganzen Macht unterstützen, u[nd] uns gegen einen Angriff Frankreichs mit einer Neutralität Öst[er]reichs begnügen? Was wir für Öst[er]reich gegen Rußland tun, muß Öst[er]reich für uns gegen Frankreich tun.

[8] Der projectierte Vertrag muß Rußland in die Arme Frankreichs treiben, u[nd] dieses wird dem Revanche Gelüste Genüge thun! Denn eine günstigere Chance kann Fr[an]k[rei]ch nicht finden, als Öst[er]reich u[nd] Deutschland zwischen 2 Feuer zu nehmen!!

[9] Darum muß das 3 Kaiser Bündniß aufrecht erhalten u[nd] nicht zerrissen werden durch ein Bündniß à deux!

[10] Wann ist dieser Zeitpunkt zu erkennen?? Wenn der Vertrag dem K[ai]s[er] Alex[ander] einen Halt geben soll, so kann dies ja nichts mehr helfen, wenn die kriegerischen dispositionen schon erkennbar sind, denn dann haben die zu bannenden Elémente ihren Zweck bereits erreicht u[nd] die sogenannte Loyalität kommt zu spät!!

[11] Darum kann Italien ohne Frankreich nie einen Krieg mit Öst[er]reich unternehmen! Dann muß Deutschland aber Öst[er]reich ebenso unterstützen, wie gegen Rußland u[nd] vice versa! d. h. Frankreich gegen Deutschl[an]d.

[12] Unser Beistand kann nur gegen eine der wirklichen Großmächte gerichtet sein, zu denen Italien und die Türkei nicht zu rechnen sind.

[13] Das Bekanntwerden oder Vermuthen unseres projectirten Vertrags muß Frankreich u[nd] Rußland vereinen! wenn Rußland nicht zum Beitritt zum Vertrage eingeladen wird, was in der jetzigen Fassung unmöglich ist.

[14] Keineswegs. Der Unterschied bestehet nur darin, daß wir eine Stärkezahl wie Rußland versprechen und Öst[er]reich keine Zahl nennt.

[15] Weil der Wortlaut der Petersb[ur]g[er] Verabredungen noch nicht vorgelegen hat; denn es heißt „wenn einer der Staaten angegriffen wird, so..." 1876 hat aber Rußland angegriffen. Preußen u[nd] Rußland versprachen sich 200000 Mann, Öst[er]reich nannte die Zahl nicht.

[16] dem Sinne nach nicht.

[17] Nach dem projectirten Vertrag leistet Deutschl[an]d Öst[er]reich Beistand gegen Rußland, Öst[er]reich aber Deutschland gegen Frankreich nicht. Das ist partie inégale!! W.

## Nr. 483

# Memorandum über den zwischen dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck und dem österreich-ungarischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Andrássy vereinbarten Entwurf eines deutsch-österreichischen Übereinkommens*)

Abschrift für Kaiser Wilhelm I.; Anlage I zum Immediatbericht des Fürsten von Bismarck vom 24. September 1879

Wien, den 24. September 1879

Der Kanzler des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarische Minister der auswärtigen Angelegenheiten haben anläßlich ihrer Zusammenkunft in Wien darüber beraten, was ihren hohen Souveränen unter den gegenwärtigen europäischen Verhältnissen zum Besten ihrer Reiche und zur Konsolidierung des europäischen Friedens zu tun obliegen möchte.

Die beiden Regierungen halten fest an dem Gedanken, daß die Erhaltung und Konsolidierung des europäischen Friedens der Hauptzweck ihrer Politik sein muß.

* Die österreichische Fassung des Memorandums ist bereits veröffentlicht bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns Bd. I (Wien u. Leipzig 1920) S. 5f.

Sie sind entschlossen, sich durch ephemere Divergenzen mit andern Mächten hierin nicht beirren zu lassen, und bleiben der Überzeugung, daß auch etwa noch vorhandene Interessenunterschiede den höheren Rücksichten des Weltfriedens untergeordnet werden müssen.

Diesen Zweck glauben die Regierungen am besten zu erreichen, wenn sie einander wiederholt versprechen, an den Abmachungen des Berliner Kongresses getreu festzuhalten.

Um jedoch jeder Komplikation in Ausführung dieses Vertrages vorzubeugen, werden die beiden Kabinette betreffs aller noch nicht ausgeführten Punkte des Berliner Vertrages sich ihre freundschaftlichen Gesinnungen gegen Rußland vor Augen halten. Ohne auf die Selbständigkeit ihres Vorgehens auf diplomatischem Felde zu verzichten, oder Rußland einen solchen Verzicht zuzumuten, werden die beiden Regierungen in jenen Fragen des Berliner Friedens, in welchen bisher eine Verständigung zwischen Rußland und den übrigen Mächten nicht hat erzielt werden können, in versöhnlichem Sinne wirken.

Beide Regierungen begegnen sich in der Anschauung, — und hoffen, daß dieselbe auch von Rußland geteilt wird — daß keine der noch unerledigten Fragen des Berliner Friedens wichtig genug erscheint, um zu einem gewaltsamen Vorgehen oder casus belli zwischen einzelnen Mächten Anlaß zu geben.

Die beiden Regierungen ihrerseits bekunden es als ihren übereinstimmenden Vorsatz, daß keine von beiden aus den über einzelne Punkte des Berliner Vertrages noch schwebenden Divergenzen Anlaß nehmen werde, um das russische Reich ihrerseits, oder in Verbindung mit anderen Mächten, anzugreifen oder zu bedrohen. Beide Kabinette gehen hiebei von der Voraussetzung aus, daß auch die russische Regierung sich von den gleichen Absichten leiten lasse.

In Betätigung ihrer gegenseitigen freundschaftlichen Gesinnungen beabsichtigen die beiden Kabinette ferner, die wohltätigen Folgen ihrer innigen Beziehungen den Völkern der beiden Reiche durch die besondere Pflege ihrer nachbarlichen Verkehrsverhältnisse, sowie durch den Abschluß neuer Handelsverträge zugute kommen zu lassen, indem sie unabhängig davon, ob der jetzt zwischen ihnen bestehende Meistbegünstigungsvertrag verlängert wird oder nicht, schon jetzt Verhandlungen über weitere Tarifs- und Verkehrserleichterungen in Aussicht nehmen.

Sie beabsichtigen in diesem Sinne Bevollmächtigte zeitig genug zusammentreten zu lassen, damit das Ergebnis ihrer Verhandlungen den beiderseitigen Legislativen schon im nächsten Jahre vorgelegt werden könne.

Geschehen zu Wien, am 24. September 1879.

(gez.) v. Bismarck (gez.) Andrássy

Nr. 484

## Protokoll über die Beratung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck und des österreich-ungarischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Andrássy in Wien am 24. September 1879*)

Abschrift für Kaiser Wilhelm I.; Anlage II zum Immediatbericht des Fürsten von Bismarck vom 24. September 1879

Wien, den 24. September 1879

Die Unterzeichneten, Fürst von Bismarck, Kanzler des Deutschen Reiches, und Graf Andrássy, Minister des Kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten von Österreich-Ungarn, sind zu Wien, am 24. September 1879 zu einer Beratung darüber zusammengetreten, was ihrer gewissenhaften Überzeugung nach unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europas ihren hohen Souveränen zur Sicherheit und Ruhe ihrer Völker und zur Erhaltung und Konsolidierung des europäischen Friedens vorzukehren und zu tun obliegen möchte.

Der Kanzler des Deutschen Reiches hat sich bei diesem Anlasse seitens Seiner Majestät des Deutschen Kaisers zu dem Vorschlag einer Verabredung für ermächtigt erklärt, vermöge deren beide Mächte sich gegenseitig versprechen, auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten, in dem Falle aber, daß eine von ihnen von einer oder mehreren Mächten angegriffen werden sollte, diesen Angriff gemeinsam abzuwehren.

Graf Andrássy hat sich mit dem diesem Vorschlage zugrunde liegenden Gedanken einverstanden erklärt, dagegen wider den Abschluß eines Übereinkommens in der vom deutschen Reichskanzler vorgeschlagenen Form und Ausdehnung Bedenken geltend gemacht, über welche hinauszugehen ihm nicht möglich wäre, und die es ihm nicht gestatten würden, seinem allerhöchsten Souverän die Annahme des gemachten Vorschlages in der erwähnten Fassung zu empfehlen.

Nachdem Graf Andrássy seine Bedenken auch infolge des hierüber eingehend gepflogenen Meinungsaustausches nicht überwinden zu können erklärte, hat er seinerseits einen Vorschlag gemacht, welcher den Grundgedanken eines ebenfalls rein defensiven Übereinkommens in anderer Form präzisierte, und für dessen Annahme und getreue Durchführung einzutreten er sich anheischig machte.

Fürst von Bismarck erklärte nach reiflicher Prüfung dieses Vorschlages, daß ihn die Instruktionen, in deren Besitz er sich befinde, zu dermaligem bindenden Abschluß eines Übereinkommens auf dieser Basis nicht ermächtigen, daß er aber bereit sei, auf der vom Grafen Andrássy proponierten Grundlage weiter zu verhandeln, um eine

* Die österreichische Fassung des Protokolls ist bereits veröffentlicht bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns Bd. I (1920), S. 3ff.

Fassung zu finden, welche den Grundgedanken und die praktischen Zwecke seines ursprünglichen Vorschlages in einer für beide Teile annehmbaren Form verwirklichen würde.

Die Unterzeichneten sind hiernach im Verfolge eingehender Unterhandlung in dem beigeschlossenen Entwurfe eines Übereinkommens einig geworden*, welchen sie ihren hohen Souveränen zu unterbreiten und Allerhöchstdenselben ihrer Überzeugung gemäß zur allergnädigsten Gutheißung zu empfehlen übernehmen.

Urkund dessen haben beide ihre Unterschrift diesem Protokolle beigefügt.

Geschehen zu Wien, am 24. September 1879.

(gez.) v. Bismarck (gez.) Andrássy

Jenseitige Worte wurden im Übereinkommen der hohen Kontrahenten gestrichen, um der allerhöchsten Sanktion der beiden Souveräne nicht vorzugreifen. (gez.) v. Bismarck (gez.) Andrássy

Nr. 485

## Entwurf zum deutsch — österreich-ungarischen Bündnisvertrage

Abschrift für Kaiser Wilhelm I.; Anlage III zum Immediatbericht des Fürsten von Bismarck vom 24. September 1879

In Erwägung, daß Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser, König von Preußen und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

In Erwägung, daß beide Monarchen ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche, im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen;

In Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Österreich-Ungarn niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren,

haben Ihre Majestäten
der Kaiser von Deutschland und
der Kaiser von Österreich, König
von Ungarn,

indem Sie Einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung je-

* Hier folgten ursprünglich im Text die Worte: „welchen sie für ihre Person unterschrieben haben und“. Diese Worte wurden aber nachträglich aus dem in der Nachschrift zum Protokoll angeführten Grunde gestrichen.

mals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser Allerhöchst Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII Reuß etc. etc.

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Ungarn Allerhöchst Ihren wirklich Geheimen Rat, Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußern, Feldmarschall-Lieutenant Julius Grafen Andrássy von Csik-Szent-Király und Kraszna-Horka etc. etc.,

welche sich zu Wien am heutigen Tage vereiniget haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

### Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden Hohen Kontrahenten Eines der beiden[1] Reiche von Seite Rußlands[2] angegriffen werden, so sind die Hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

### Artikel II[3].

Würde Eines der Hohen kontrahierenden Teile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiemit der andere hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den hohen Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Rußlands[4], sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte[5], so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulirte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft[6] und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

### Artikel III.

Die Dauer dieses Vertrages wird vorläufig auf fünf Jahre vom Tage der Ratifikation festgesetzt. Ein Jahr vor Ablauf dieses Termines werden die beiden hohen Kontrahenten über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, in Verhandlung treten und über die weitere Dauer, oder eventuelle Abänderung einzelner Modalitäten übereinkommen. Wenn im Verlaufe des

ersten Monats des letzten Vertragsjahres die Einladung zur Eröffnung dieser Verhandlungen von keiner Seite erfolgt ist, so gilt der Vertrag als für die weitere Dauer von drei Jahren erneuert.

### Artikel IV.

Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden[7] hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten[8] Macht nur im Einverständnisse beider[9] Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden.

Beide[10] hohe Kontrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und[11] haben aus diesem Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlaß, — sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß Sie einen Angriff auf Einen von Ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müßten.

### Artikel V.

Dieser Vertrag wird seine Giltigkeit durch die Genehmigung der beiden[12] hohen Souveräne erhalten und nach erfolgter Genehmigung von Allerhöchstdenselben innerhalb vierzehn Tagen ratifizirt werden.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu ...

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms I.:

[1] Drei
[2] [„Rußlands" eingeklammert, dafür:] einer Großmacht
[3] fällt fort
[4] [„Rußlands" eingeklammert, dafür:] einer Macht
[5] hiermit kann doch nur Frankreich gemeint sein!
[6] d. h.: Front nach Osten u[nd] Westen zugleich machen!!!
[7] [„beiden" eingeklammert, dafür:] der drei
[8] [„dritten" eingeklammert, dafür:] vier
[9] [„beider" eingeklammert, dafür:] der drei
[10] [„Beide" eingeklammert, dafür:] Die vier
[11] [von „und haben aus diesem Grunde" bis zum Schluß des Artikels IV eingeklammert, dafür:] so wird dieser Vertrag an Rußland mitgetheilt u[nd] dasselbe zum Beitritt zu demselben aufgefordert, N. B. dies heißt mit andern Worten: Das 3 Kaiser Bündnis wird schriftlich Vertragsmäßig zum Erstenmale festgestellt
[12] [„beiden" eingeklammert, dafür:] drei

Nr. 486

## Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Baden-Baden, den 26. September 1879

Heutiger Vortrag im wesentlichen resultatlos. Abneigung Seiner Majestät gegen Nennung Rußlands in österreichischem Vertragsentwurf entschieden groß; ob unüberwindlich, entzieht sich noch der Beurteilung, da Kaiser schließlich den Bericht Eurer Durchlaucht aus Wien* und die wichtigeren früheren Berichte auf meinen Vorschlag zurückbehielt, um sie noch eingehender zu approfondieren. Aus letzterem Grund habe ich von der ultima ratio Eurer Durchlaucht vertraulichen Erlasses** noch keinen Gebrauch gemacht. Meine Überzeugung geht pflichtgemäß auch heute wieder dahin, daß nur durch Eurer Durchlaucht persönlichen Vortrag günstiges Resultat erreichbar. Bülow

---

Am Rande eigenhändiges Antwortkonzept des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck:
Ich bin nicht reisefähig u[nd] würde meinen schriftlichen Motiven auch mündlich nichts hinzufügen können. Meine Kräfte sind erschöpft. Ich sehe keinen Grund, die Benutzung des vertraulichen Erlasses zu verschieben; ich bedarf der Gewißheit, der Mangel derselben reibt mich auf. v. Bismarck

Nr. 487

## Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums vom 28. September 1879

Abschrift

Gegenwärtig:

Der Präsident des Staatsministeriums Reichskanzler Fürst von Bismarck, der Vizepräsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg-Wernigerode, die Staatsminister: von Kameke, Hofmann, Graf zu Eulenburg, Maybach, Bitter, von Puttkamer, Lucius.

Die Herren Staatsminister Leonhardt und von Bülow wegen Krankheit abwesend.

Als Protokollführer der Kaiserliche Gesandte von Radowitz.

Berlin, den 28. September 1879

Bei der heute in der Dienstwohnung des Reichskanzlers stattgehabten Besprechung des Staatsministeriums machte der Herr Präsident des Staatsministeriums, Reichskanzler Fürst Bismarck, vertrau-

* Siehe Nr. 482.
** Siehe Nr. 482.

liche Mitteilungen über Verhandlungen, welche behufs Abschluß eines Defensivbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geführt worden sind.

Der Herr Reichskanzler erörterte die Gründe, aus denen er die Anbahnung vertragsmäßiger Beziehungen mit Österreich bei der gegenwärtigen politischen Lage in Europa Seiner Majestät dem Kaiser und Könige vorzuschlagen für erforderlich gehalten hat, und referierte über den Verlauf der mit allerhöchster Ermächtigung zwischen ihm und dem österreichisch-ungarischen Minister Grafen Andrássy in Wien gepflogenen Verhandlungen. Das Ergebnis derselben ist von dem Herrn Reichskanzler unter dringender Befürwortung der Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers und Königs vorgelegt worden. Allerhöchstdieselben haben jedoch bisher sich noch nicht bewogen gefunden, die erbetene Zustimmung auszusprechen.

Der Herr Reichskanzler knüpfte hieran die Erklärung, daß er, im Falle seine ehrfurchtsvollen Anträge von Seiner Majestät nicht angenommen werden würden, es nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren könne, die Verantwortlichkeit für Weiterführung der deutschen Politik zu tragen, und demnach von dem, gemäß § 35 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 ihm zustehenden Rechte, sein Amt niederzulegen, Gebrauch machen müßte. Er habe sich verpflichtet gefühlt, dies Seiner Majestät gegenüber auszusprechen, und wünsche, das Staatsministerium von der Sachlage in Kenntnis zu setzen. —

Aus dem Meinungsaustausche, welcher sich dem Vortrage des Herrn Reichskanzlers anschloß, ergab sich, daß sämtliche anwesenden Herren Staatsminister der von dem Fürsten Bismarck entwickelten Politik zustimmten und die Annahme der von demselben allerhöchsten Ortes vorgelegten Anträge im Interesse des Landes und zur Aufrechterhaltung des Friedens für erforderlich hielten.

Es wurde vorgeschlagen, daß der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums sich zu Seiner Majestät dem Kaiser und Könige nach Baden begeben möge, um bei Allerhöchstdemselben die Vorschläge des Herrn Reichskanzler namens des Staatsministeriums zu unterstützen. Im Falle Seine Majestät darauf noch nicht eingehen zu können glaubten, würde der Graf zu Stolberg den Antrag auf Abhaltung eines Ministerkonseils unter Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu stellen haben.

Der Vorschlag fand die Zustimmung sämtlicher anwesenden Herren Staatsminister, und erklärte sich der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums bereit, sofort sich zum Vortrage bei Seiner Majestät in Baden anmelden zu lassen.

Zur Beglaubigung: (gez.) von Radowitz
als Protokollführer

## Nr. 488

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 146 Berlin, den 1. Oktober 1879

Hauptgrund des Widerstrebens S[eine]r Majestät liegt, nach Bericht des Gr[afen] Stolberg, gegenwärtig in der Clausel der Geheimhaltung. Würde Gr[af] Andrássy für unzulässig halten, daß Kaiser Wilhelm durch Schreiben an K[aiser] Alex[ander], wenn nicht Text doch Inhalt mittheilt? Nach Meldung aus Livadia darf ich annehmen, daß das dort weder überraschen noch verstimmen würde. Man vermuthet die Wahrheit u[nd] ist bereit, sich friedlich damit einzurichten. Saburow hat mir das bestätigt, von Livadia kommend, u[nd] sich als autorisirt bezeichnend. v. Bismarck

## Nr. 489

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 34 Berlin, den 3. Oktober 1879

Für Graf Stolberg.

Soeben erhalte ich von Gr[af] Andrássy folgendes Telegramm*:

„Graf Andrássy hält sich zu Abänderung des Vertrages nicht ermächtigt. Der Kaiser in Ungarn und telegraphischer Vortrag nicht möglich.

Er ist überhaupt dagegen, weil, wenn Mittheilung des Inhalts erfolgt, hierdurch Existenz einer Separatabmachung anerkannt wird, und Forderung der Mittheilung des Textes unausbleiblich. Die Folgen der letzteren Mittheilung aber hält er nach wie vor für bedenklich. Auch befürchtet er, daß Veränderung eines Punktes andere Modifikationen nach sich ziehen würde, welche lange Negociationen voraussetzen.

Insistire Seine Majestät auf eine Mittheilung an Rußland, so hält sich Graf Andrássy für ermächtigt einzuwilligen, daß dem Kaiser Alexander Memorandum** mitgetheilt werde, und schlägt vor, die vertrauliche Erläuterung zu geben, daß beide Minister tacite es für abgemacht hielten für den Fall, daß Rußland anderen Ideen

* Das in Bismarcks eigenhändigem Konzept ausgelassene Telegramm des Prinzen Reuß mit den Mitteilungen Andrássys ist nach den Akten ergänzt.
** Siehe Nr. 483.

folgend, als solche im Memorandum ausgesprochen, einen von beiden angreifen würde, dieser Angriff als gegen beide gerichtet betrachtet werden sollte.

Graf Andrássy könnte auch zu einer solchen Mittheilung nur seine Zustimmung geben, wenn vorher der Vertrag unterzeichnet. Eine Mittheilung an Rußland vor der Unterzeichnung könne er nicht verantworten, und würde er dann lieber ganz von dem Geschäft zurücktreten. Bericht morgen durch Feldjäger."

Reuß

Dasselbe erfolgt in Antwort auf eine vor mehrer[en] Tagen schon von mir angestellte Sondirung. Aus dem Schluß, wegen Zurücktreten vom Vertrage, geht für mich hervor, daß Rußland auch dort direct unterhandelt, um uns Öst[er]reich wegzufischen, u[nd] schon annehmbare Anerbietungen gemacht hat. Die Forderung Andrássys, in keine Nebenbedingung u[nd] Mittheilung zu willigen, solange der Vertrag von uns nicht unterzeichnet ist, halte ich, da bei uns die Russenfreundlichkeit stärker ist als das eigne Landesinteresse, für durchaus berechtigt u[nd] schließe mich ihr an. Ich fürchte, daß unser bisheriger Zeitverlust nicht mehr einzubringen sein wird, die Russen werden in Wien schneller sein als wir. Ich wiederhole meine erg[ebene] Bitte, heut Entscheidung fordern, u[nd], wie dieselbe auch falle, hierher zurückkehren zu wollen.

Das „Memorandum" in Andrássys Telegramm bildet Anlage I meines Wiener Immediatberichtes vom 24. Sept[ember].

v. Bismarck

Nr. 490

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Rat im Kaiserlichen Gefolge von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 36 [Berlin, den 3. Oktober 1879]

Für G[ra]f Stolberg.

Ich halte nach den Wiener Nachrichten unsre Situation im höchsten Grade beunruhigend u[nd] die Gefährlichkeit derselben mit jedem Tage weiterer Zögerung steigend. Die Aufopferung der deutschen u[nd] preußischen Interessen zu Gunsten Rußlands wird nothwendig öffentlich bekannt werden u[nd] im Lande verhängnißvoller wirken als Olmütz, weil die Unterordnung unter Rußland nicht wie damals erzwungen, sondern freiwillig ist. In unsrer auswärtigen Stellung aber setzt uns S[eine] M[ajestät] ohne alle Noth der Situation des siebenjährigen Krieges aus. Der Kaiser gefährdet die Zukunft des Landes in einer Weise, die der beste Wille später nicht wieder gut machen kann. Ich

glaube nicht, daß von Argumenten noch eine Wirkung zu hoffen ist, vielleicht aber davon, daß E[uere] Erlaucht S[einer] M[ajestät] dem Kaiser die bestimmte Alternative vorlegen, heute zuzustimmen od[er] morgen keinen Minister mehr zu haben. Unsre hiesigen Kollegen sind mit mir darüber einig, daß jede Verschiebung die Situation verschlimmert. Ich beabsichtige in einer auf übermorgen anberaumten Sitzung, wenn bis dahin des Kaisers Entscheidung nicht sine clausula feststeht, meinen Rücktritt unter Darlegung der Motive definitiv zu machen. Unsre hiesigen Kollegen sind, soviel ich weiß, ohne Ausnahme bereit, sich dem anzuschließen. Wollen Ew. Erlaucht nicht von der Anberaumung der Sitzung Anlaß nehmen Ihren Aufenthalt in Baden und damit die Gefahr weiterer Verschleppung jetzt abzuschließen? Der Kronprinz ist bekanntlich mit uns einverstanden, u[nd] ich stelle anheim, daß Ew. Erlaucht gleich allen übrigen Depeschen auch diese S[einer] K[aiserlichen] H[oheit] im Wortlaut mittheilen.

v. Bismarck

Nr. 491

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 139 Wien, den 3. Oktober 1879

Antwort auf Telegramm Nr. 147 und 148.

Graf Andrássy hält an seiner Auffassung fest, ist aber im allgemeinen mit Graf Stolbergs Vorschlag* einverstanden, vorausgesetzt, daß Seine Majestät allerhöchsteine Erlaubnis zur sofortigen Unterzeichnung gebe.

Er gibt nochmals zu denken, ob nicht vorzuziehen, nicht von Vertrag, sondern von Unterzeichnung eines Memorandums zu sprechen, und dasselbe mit den von ihm gestern vorgeschlagenen Erläuterungen nach Livadia mitzuteilen. Ist von einem Vertrag die Rede, so wird Rußland dessen Mitteilung verlangen. Das russische Kabinett könne sich dem Memorandum, aber nicht dem Vertrage anschließen[1]. Ein Bekanntwerden des letzteren in Paris deutschen Interessen gefährlich.

Feldjäger nimmt heute Brief des Grafen Andrássy an Euere Durchlaucht mit.

Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Richtig.

* Der Vorschlag Graf Stolbergs, dem Botschafter Prinzen Reuß durch Telegramm Nr. 148 vom 3. Oktober mitgeteilt, ging dahin, daß Kaiser Wilhelm dem Zaren schreiben möge, er stehe im Begriff, „mit Österreich Verträge abzuschließen, wonach die Pflege guter Beziehungen zu Rußland versprochen und gegenseitige Hilfe nur für Angriffsfälle vereinbart würde“.

## Nr. 492

## Text des von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums Grafen zu Stolberg im Immediatvortrag vom 3. Oktober 1879 gestellten Antrages

Abschrift für Kaiser Wilhelm I.

Seine Majestät mögen allergnädigst zum Abschluß des mit Österreich im Entwurf verabredeten Vertrages die Genehmigung mit der Maßgabe erteilen, daß das in Wien gemeinsam aufgesetzte Memorandum dem Kaiser Alexander mitgeteilt, und in Petersburg die vertrauliche Erläuterung im folgenden Sinne gegeben wird: der engere Anschluß Deutschlands und Österreichs erfolge, um ähnlich wie in dem früheren Deutschen Bunde durch festes Zusammenhalten für die Sicherung des europäischen Friedens und für das Wohl der eigenen Reiche gemeinsam friedlich zu wirken[1]. Dabei soll vertraulich hinzugefügt werden, beide Minister hielten tacite es für abgemacht, daß, falls Rußland andere Ideen verfolge, als solche im Memorandum ausgesprochen, oder einen von beiden angreifen würde, dieser Angriff als gegen beide gerichtet betrachtet werden sollte.

---

Bemerkung des Grafen Stolberg am Kopf des Schriftstücks: Seiner Majestät vorgelegt und mit Abänderung des Wortes „Maßgabe“ in „Bedingung“ allerhöchst genehmigt. gez. Stolberg. 3./10. 1879

[1] Randbemerkung Kaiser Wilhelms I.: Hier fehlt mein eigenhändiger Zusatz*: Dieser Satz muß ausführlicher u[nd] einleuchtender behandelt werden. W. Ist geschehen**. W. 16./10. 79.

## Nr. 493

## Der Vizepräsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 Baden-Baden, den 3. Oktober 1879

Seine Majestät der Kaiser haben soeben, abends elf Uhr, durch Randvermerk schriftlichen Abschluß des Vertrages unter der Bedingung genehmigt, daß die durch Telegramm Nr. 34*** mitgeteilte Erklärung in St. Petersburg abgegeben, und dieser Erklärung eine weitere, auf den früheren Deutschen Bund bezügliche, dem Eingang des Vertragsentwurfs entsprechende Erläuterung zugefügt wird†.

Ich reise in dieser Nacht nach Berlin ab. Graf Stolberg

---

* Der Inhalt des eigenhändigen Zusatzes, der sich in den Akten nicht findet, erhellt aus Nr. 493.

** Vgl. die Fußnote † zu Nr. 493.

*** Siehe Nr. 489.

† Eine solche weitere Erläuterung findet sich in der Tat in dem Entwurf eines Erlasses an den deutschen Geschäftsträger in Petersburg, von dem nach ursprünglicher Absicht der russischen Regierung eine Abschrift überlassen werden sollte.

Nr. 494

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 141 Wien, den 4. Oktober 1879
Geheim

Graf Andrássy ganz mit dem von Seiner Majestät beabsichtigten Zusatz einverstanden.

Sehr erfreut über erteilte Kaiserliche Genehmigung zur Unterzeichnung des Vertrags, bittet er, mir, vorbehaltlich der schriftlichen, eine telegraphische Vollmacht zum Unterzeichnen zu erteilen und auch Ratifikationsfrist anzugeben.

Er wünscht den Vertrag noch als Minister zu unterzeichnen.

Reuß

Nr. 495

## Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Baden-Baden, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändig, unsigniert

Baden Baden. 2. 10. 79.

Aus Ihrem Schreiben vom 24. v. M.*, aus dem beigefügten Memorandum**, den Protocollen Ihrer in Wien gepflogenen Verhandlungen*** u[nd] dem daraus entstandenen Vertrags Project†, habe ich leider sehen müssen, daß meine Ansichten über das Letztere von keiner Seite accep-

---

Von einer solchen amtlichen Mitteilung des Erlasses ist indessen, wie aus Nr. 508 und weiterhin aus einem Schreiben des Grafen Stolberg an den Kronprinzen vom 5. November hervorgeht, mit Bewilligung des Kaisers Abstand genommen worden. — Wie furchtbar schwer dem Kaiser der Entschluß zur Genehmigung des Vertrages angekommen ist, erhellt aus einem Schreiben, das er am 3. Oktober an den wegen Krankheit beurlaubten Staatsminister von Bülow richtete. Es heißt darin u. a.: „Seit vier Wochen kämpfe ich gegen eine Stipulierung in Wien, die meinem Ehrgefühl u[nd] meiner Pflicht widerstrebt, u[nd] welchen Kampf ich nur unter der Bedingung endlich nach Erschöpfung aller Gegenvorstellung gestern Nacht nachgegeben habe, daß Rußland die Motive zu dem Schritt im Memorandum mitgetheilt würden. Meine ganze moralische Kraft ist gebrochen! Ich weiß nicht, was aus mir werden soll! Denn der Kaiser A[lexander] muß mich für Wortbrüchig halten, nachdem ich ihm schrieb u[nd] sagte auf Dictat des F[ür]st[en] B[ismar]ck — „de maintenir le leg centenaire de nos pères". Vgl. über das Ringen zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler auch die ausführlichen Mitteilungen aus den Akten bei E. v. Wertheimer, Graf Julius Andrássy Bd. III (1913), S. 225 ff.

* Siehe Nr. 482.
** Siehe Nr. 483.
*** Siehe Nr. 484.
† Siehe Nr. 485.

tirt worden sind. Da ich diese Ansichten Ihnen in meinem Schreiben aus Danzig-Stettin vom 10. und 12. v. M.* so klar, als es mir möglich war, darlegte, können Sie selbst sich sagen, worin dieselben von dem erlangten Résultate abweichen, so daß ich sie nicht zu wiederhohlen brauche. Doch lege ich Ihr Schreiben vom 24. v. M. wieder bei, um sich aus meinen Randbemerkungen (leider nur in Bleistift) ein Bild zu machen, welchen Eindruck mir dasselbe machte!

Deutschland u[nd] Öst[er]reich wollen dasselbe Ziel erreichen: Sicherung gegen unmotivirte Angriffe äußerer Feinde; Mit spécieller Nennung Rußlands als diesen Feind, weiche ich indessen von dem Vorschlage ab, so wie von der sofortigen Ratificirung eines Vertrags.

Nachdem ich dem Kaiser Alexander nach Beseitigung von Mißverständnissen, von Neuem die Freundschaftshand gereicht habe, soll ich gegen ihn, wenn auch défensiv eine Alliance schließen, in welcher er allein als der muthmaßliche Feind hingestellt wird, u[nd] von dieser Absicht soll ihm ein Geheimniß gemacht werden. Diese Illoyalität kann ich nicht begehen.

Es wird zur Milderung dieses Gedankens ausgesprochen, daß le cas échéant, Rußland Mittheilung von dieser Alliance gemacht werde, wenn Anzeichen zu einem Kriege desselben gegen uns wahrnehmbar werden. Dieser ganz unsichere Ausdruck ist so dehnbar, daß er endweder zu spät kommt, oder nur noch stärker reizt.

Es wird ferner ausgeführt, bei der inneren Gährung, in welcher Rußland sich befindet, die Kenntniß von der in Rede stehenden Alliance demselben Haltung u[nd] Fassung geben werde, Herr jener Gährung zu werden. Dazu gehört aber doch, daß man demselben Kenntniß officiel von dieser edlen Absicht gebe. Nun kann man demselben aber doch nicht Kenntniß officiel geben, daß man dasselbe für den alleinigen Feind hält. Darum muß der Vertrag, um ihn Rußland mittheilen zu können, seine Nennung aus demselben fortfallen, u[nd] der Feind nur génerel hingestellt werden, aber beiläufig erwähnt, daß man jene edle Absicht bei Aufstellung desselben mit im Auge gehabt habe. Das ist es, worauf ich antrage.

Gegen eine sofortige Ratificirung jenes Vertrags bin ich, weil der Gegenstand eines AngriffsKrieges auf Deutschland u[nd] Öst[er]reich gar noch nicht vorhanden ist, und allbekannt ist, daß bindende Verträge ohne dringende Veranlassung ein zweischneidiges Schwert sind! Öst[er]reich stellt für die sofortige Ratificirung den Gesichtspunkt auf, daß die momentan bestehende günstige Situation der französischen Politik gefährdet werden könne u[nd] die Intimität zwischen Öst[er]reich u[nd] England erkalten könne. Es ist mir unfaßlich, wie man so große politische Combinationen abhängig machen kann von den zwei Augen eines Ministers der französischen Republik, der im Begriff stehet, gestürzt zu

* Siehe Nr. 466.

werden! Die Englische-Öst[er]reichische Intimität muß doch auf sehr schwachen Füßen stehen, wenn sie von dem Zeitpunkt der Ratificirung eines Vertrags abhängig ist! Bei der Öst[er]reich[ischen] Rücksichtnahme auf die Susceptibilité Frankreichs u[nd] Befürchtung einer Erkaltung mit England muß Milutins Ansicht über die Möglichkeit einer triple Alliance doch nicht ganz aus der Luft gegriffen sein.

Nun ist ein Umstand eingetreten, der einen Ausweg aus dem Dilemma zeigen kann, in welchem ich mich mit meinem Gewissen u[nd] meiner Ehrlichkeit gegen Rußland befinde, bei Aufstellung der Öst[er]-reichischen Einwürfe gegen meine Ansichten.

Sie haben mir auf meine thélégraphische Anfrage auf demselben Wege geantwortet, noch gestern, was Ihnen pp. Saburoff im Auftrag des Kaisers ausgesprochen hat*. Sie folgern aus diesen Mittheilungen, daß Rußland bereits Wind von unseren Öst[er]reichischen Verhandlungen bekommen hat (wie ganz natürlich) u[nd] wollen aus der défensiven Haltung, die Saburoff versichert hat, welche Rußland hinfort einnehmen will, schließen, daß diese Versicherung wohl eine Folgerung jenes Windes sei.

Da wäre die Möglichkeit gegeben, meine auf der 3. Seite angegebene Art der Mittheilung unsers Vorhabens mit Öst[er]reich sofort zur Ausführung zu bringen u[nd] Rußland durch nicht nur Weglassung seiner Nennung in dem Vertrage diesen générell zu stellen u[nd] Rußland zum Beitritt aufzufordern.

Sie selbst haben dem pp. Saburoff gesagt, daß Sie die Erhaltung des Drei Kaiser Bündnisses durchaus wünschen; in dem Memorandum, Protocoll u[nd] Vertrag kommt derselbe Gedanke vor, — was ist also einfacher als durch den Vertrag das 3 Kaiser Bündniß, was nur ein mündliches bisher war u[nd] höchstens durch die Petersburg—Wiener-Abkommen von 1873 etwas Schriftliches aufzuweisen hatte — nunmehr in einem wirklichen schriftlichen Vertrag zu befestigen.

---

* Ende September war der russische Gesandte von Saburow in besonderer Mission beim Reichskanzler Fürsten von Bismarck in Berlin erschienen, um ihm die Frage vorzulegen, ob dessen Gesinnungen für Rußland noch immer die gleichen seien wie 1877. Seinerseits versicherte Saburow, daß die russische Politik in Zukunft nur eine defensive auf der Basis des Berliner Kongresses sein werde. Bismarck antwortete Saburow, daß er, falls er berufen bliebe, Kaiser Wilhelm Rat zu erteilen, dies jederzeit in demselben Sinne tun würde wie vor dem Kongresse und während desselben, daß er aber außerstande sei, zu einer Politik mitzuwirken, durch welche Österreich gefährdet würde. Dem Kaiser Wilhelm gegenüber, der sich telegraphisch am 1. Oktober bei Bismarck nach dem Verlauf der Unterredung mit Saburow erkundigte, äußerte sich der Kanzler in einem Telegramm vom gleichen Tage sehr skeptisch über Saburows Eröffnungen, in denen er nur einen Versuch sah, den Abschluß mit Österreich zu hintertreiben. Vgl. auch die eigene Erzählung Saburows bei J. Y. Simpson, Russo-German Relations and the Sabouroff Memoirs. The Nineteenth Century Vol. LXXXII, S. 1116f.

Sie selbst haben ferner dem pp. Saburoff gesagt, daß Sie aber außer Stande sein würden, zu einer Politik mitzuwirken, durch welche Öst[er]reich gefährdet würde. Das ist eben so richtig als wichtig, daß Rußland dadurch die erste officielle Mittheilung erhält, wovon es bereits Wind hat. Hierauf baue ich weiter, indem durch unsere Bothschaft in Petersburg dem Minister Giers von Ihrer Unterredung mit Saburoff Mittheilung gemacht wird, mit der Frage, ob dessen Versicherung, daß Rußland hierfür nur eine défensive Politik auf Basis des Berliner Vertrags treiben werde, — eine authentische gewesen sei u[nd] darunter eine Défensive gegen Deutschland u[nd] Öst[er]reich gemeint sei. Wird hierauf eine befriedigende Antwort ertheilt u[nd] diese sofort an Öst[er]reich mitgetheilt, so stehet nichts mehr im Wege, daß wir u[nd] Öst[er]reich dem Kaiser Alexander im obigen Modus (pag. 3) Mittheilung des projectirten Vertrages machen u[nd] denselben zum Beitritt aufzufordern.

Hiernach wäre der § 1 zu modificiren, § 2 fiele ganz fort. § 4 fiele fort, oder würde nach meiner Randbemerkung* anders gefaßt werden, wenn für gut gehalten befunden würde, die Aufforderung zum Beitritt Rußlands nur durch die Vorlage des Vertrags erst einzuladen wäre, weil der ganze Vertrag als nur bisher zwischen Deutschland u[nd] Öst[er]reich beschlossen, vorgelegt würde.

Den Wegfall des § 2 halte ich für nöthig, weil er nur gegen Rußland gerichtet ist. Dann aber auch, weil in Ihrem Schreiben vom 24. v. M. speciel ausgesprochen ist, daß bei einem Angriff Frankreichs auf Deutschland, Öst[er]reich von einer Unterstützung des letztern dispensirt wird u[nd] nur zu einer wohlwollenden Neutralität sich verpflichten soll. Damit ist also ausgesprochen, daß wir Öst[er]reich zwar gegen Rußland mit unserer ganzen Macht unterstützen sollen (§ 1), Öst[er]reich sich aber dispensirt ein Gleiches seinerseits zu thun, wenn Frankreich uns angreift. Nun ist aber dieser letztere Fall doch unzweifelhaft viel möglicher, ja wahrscheinlicher als bisher ein russischer Angriff, denn die Revanche schlummert nur, ist aber nie aufgegeben u[nd] wird bei darbiethender Gelegenheit sich sofort zeigen.

In Betreffs unserer, Deutschlands, Stellung in einem Kriege mit Frankreich, weiche ich von der Ansicht des F[eld] M[arschalls] Gr[a]f Moltke dahin ab, daß er unsere Streitkräfte für hinreichend hält, um uns einen Krieg ohne Alliirte bestehen lassen zu können, was ich nicht annehmen kann. Frankreich ist der gesamten deutschen Macht um mindestens 100000 M. überlegen u[nd] darunter 160 Geschütze mehr

---

* Der Kaiser hat hier wohl die Randbemerkungen im Auge, die er zu dem ihm mit Bismarcks Immediatbericht vom 24. September vorgelegten Vertragsentwurf (siehe Nr. 485) gemacht hatte. Der Wortlaut des Vertrags sollte danach so gefaßt werden, daß der Vertrag selbst an Rußland mitgeteilt und dieses zum Beitritt aufgefordert werden könne.

als wir im freien Felde haben. Dabei würden wir eine ganz andere Armée finden, als 1870, denn die Fortschritte in derselben sind unläugbar. Dazu kommt die fast hermetisch verschlossene Grenze jenseits u[nd] in den Vogesen, da von der Schweizer Grenze bis zur Belgischen eine zusammenhängende Linie von Festungen u[nd] Forts fortificirt sich vorfindet, die wenn sie selbst durchbrochen wird, jeden Nachschub zur Deutschen Armée unmöglich macht u[nd] außerdem den strategischen Aufmarsch unserer Armée unglaublich beengt. Auf diesem beengten Terrain sollen wir, nach F[eld]M[arschall] Moltke die Schlacht schlagen. Wenn wir siegen, so können wir die geschlagene feindliche Armée nicht wie 1870 verfolgen, denn jener Festungs Gürtel sperrt uns jede Verfolgung u[nd] an deren Stelle tritt sofort die Belagerung jenes Gürtels. Ehe wir nicht einige dieser Gürtel Plätze genommen haben, können Monate vergehen; diese reichen hin die feindliche geschlagene Armée in Ruhe hinter diesem Gürtel zu ravitailliren und uns, wenn wir mit Risquirung unserer Communication mit unserm Hinterlande, den Gürtel durchbrechen wollen — wohlgerüstet entgegenzutreten. — Wird die deutsche Armée aber in dieser 1. Schlacht geschlagen, —! dann ist das linke Rhein Ufer sofort verlohren u[nd] wir müssen über den Rhein zurück.

Aus diesem Grunde darf Öst[er]reich nicht neutral in einem solchen Kriege bleiben, sondern ebenso uns mit seiner ganzen Macht tractatenmäßig unterstützen, wie es der Vertrag gegen Rußland verheißt.

## Nr. 496

## Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Baden-Baden, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändig

Baden. 4. 10. 79

Den inliegenden Brief an Sie* hatte ich noch nicht beendigt, als gestern Ihr langes Télégramm** einlief, so daß ich die letzte $^3/_4$ Seite noch nachträglich erst schreiben konnte. Der aus diesem Brief einleuchtende Standpunkt meinerseits ist durch den Beschluß meines b e d i n g t e n Anerkennens des Vertrags von Wien nicht erschüttert. Aber ich stelle Ihnen nochmals eine Frage, was wollen wir antworten, wenn der Kaiser A[lexander] auf das mitzutheilende Memorandum fragt, was habt Ihr denn in Folge dieses Memorandums beschlossen zu thun, doch wahrscheinlich ein Abkommen abgeschlossen; ehe ich das nicht kenne, vermag ich keinen Beschluß zu fassen, zeigt mir also dies Ab-

---

* Siehe Nr. 495.

** Gemeint ist augenscheinlich das Telegramm für Graf Stolberg vom 3. Oktober; siehe Nr. 490.

kommen? Da das Abkommen aber, so wie es lautet, nicht an Rußland gezeigt werden kann, so müssen wir die Mittheilung verweigern. Welch' einen Eindruck muß dieser Refus auf den Kais[er] A[lexander] machen?? Gewiß den allernachtheiligsten!

Der § 2 des Vertrags ist in seiner Fassung so unglaublich für mich, daß ich die Einlage nun noch durch den Antrag résumiren wollte, daß die Neutralität Öst[er]reichs, wenn wir von Frankreich angegriffen würden, gestrichen würde, u[nd] dieselbe Verpflichtung von Öst[er]reich verlangt wird, uns beizustehn mit seiner ganzen Macht, wie wir im § 1 — Öst[er]reich beim Angriff Rußlands versprechen. Sonst ist keine Parthie égale! Legen Sie dies Andrassi nochmals ans Herz!! W.

Nr. 497

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 42 B[erlin] 5/10.

Ich hatte auf heute eine Sitzung des Staatsministeriums berufen, um demselben die Niederlegung meines Amtes auf Grund des § 35 d[es] R[eichs]B[eamten]G[esetzes] amtlich anzuzeigen, indem es in meiner Absicht lag, meinen Antrag auf Pensionirung gestern an S[eine] M[ajestät] abgehn zu lassen, Nachdem ich durch G[ra]f Stolberg amtlich benachrichtigt worden war, daß S[eine] M[ajestät] den öst[er]reichischen Vertrags Entwurf genehmigt habe, habe ich gestern anstatt meines Pensions Gesuches eine Bitte um Urlaub an S[eine] M[ajestät] gerichtet u[nd] heute dem St[aats] M[iniste]rium mitgetheilt, daß die Gewissensbedenken, welche mich zur Niederlegung meines Amtes zwangen, gehoben seien. Nach Lesung des durch Graf Goltz überbrachten Allerhöchsten Schreibens* bin ich hierüber wieder zweifelhaft geworden. Die Genehmig[un]g u[nd] Vollziehung der Vollmacht für Pr[inz] Reuß kann allein entscheiden, ob meine Zweifel begründet sind. Sollten Sie es sein, so wäre ich leider gezwungen, meinen gestern zurückgehalten[en] PensionirungsAntrag morgen abgehn zu lassen. Sämmtliche Staatsminister haben heute beschlossen, im Fall meines Rücktrittes in corpore ihre Demission zu geben. Sollte S[eine] M[ajestät] die Ertheilung der Vollmacht verweigern, oder unter Bezug auf Beantwortung des durch G[ra]f Goltz überbrachten Schreibens hinausschieben, so bitte ich den Inhalt des Vorstehenden in meinem amtliche[n] Auftrage S[einer] M[ajestät] mitzutheilen; der Wortlaut ist nach seiner telegraphischen

* Siehe Nr. 496.

Kürze formell nicht geeignet. Erfolgt dagegen die telegraphische u[nd] schriftliche Bevollmächtigung des Prinzen Reuß ohne Anstand u[nd] Aufschub, so bitte ich dieses Telegramm als nicht geschrieben anzusehn.

v. Bismarck

Nr. 498

## Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Baden-Baden, den 5. Oktober 1879

Vollmacht für Prinz Reuß soeben von Seiner Majestät vollzogen. Ich sende dieselbe heute abend nach Wien durch Kanzleidiener Lindemann, welcher morgen 10 Uhr abends daselbst eintrifft. Stelle anheim, von vorstehendem Prinz Reuß telegraphisch zu benachrichtigen.

Die Ratifikationsfrist ist von Seiner Majestät auf vierzehn Tage festgesetzt worden. Kürzere Frist war ohne Gefährdung der ganzen Sache nicht zu erreichen.

von Bülow

Nr. 499

## Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 Baden-Baden, den 6. Oktober 1879

Für Graf zu Stolberg.

Bei gestriger Vollziehung der Vollmacht, welche nicht ganz glatt zu erreichen war, äußerte Seine Majestät: Er habe vorgestern an Fürst von Bismarck geschrieben* und als Bedenken namentlich die Ungleichheit im Vertragsentwurf betont, wonach im Falle eines französischen Angriffs Österreich uns nicht beizustehen habe. Er hoffe, daß Reichskanzler noch einen bezüglichen Änderungsversuch in Wien machen werde und habe in dieser Hoffnung die Vollmacht vollzogen. Nach Wortlaut derselben sei er zwar zur demnächstigen Ratifizierung verpflichtet, indessen würde die Sache für ihn doch zur Existenzfrage werden, d. h. zu seiner Abdikation führen, wenn die Bedenken, welche er gewissenshalber geäußert, unbeachtet verhallten.

Meines Erachtens dürfte eine beruhigende Antwort auf Brief des Kaisers an Reichskanzler respektive äußerliches Eingehen auf aller-

---

* Siehe Nr. 496.

höchsten Wunsch noch die meiste Aussicht auf Lösung der Schwierigkeit bieten.

Aufregung Seiner Majestät, bedenklich an sich, noch immer eine hochgradige, Schlaf- und Allgemeinbefinden beeinträchtigende. pp.

von Bülow

## Nr. 500

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Teilweise eigenhändiges Konzept

Nr. 45 — Berlin, den 6. Oktober 1879

Für des K[aisers] Maj[estät].

Außer Stande, meinen Kräften nach, den Gesammtinhalt des Allerh[öchsten] durch Gr[af] Goltz überbrachten Schreibens*, welches die Gesammtheit meiner Berichte seit Ende August betrifft, schriftlich zu beantworten, beehre ich mich, auf den letzten vom 4. datierten Theil desselben telegr[aphisch] zu berichten:

Ein Bündniß, nach welchem Öst[er]reich uns gegen einen Angriff von Frankreich allein** schon beizustehen hätte, ist von Österreich weder angeboten noch zu erlangen, sondern wiederholt abgelehnt. Hieraus einen Grund zu entnehmen, das Anerbieten Österreichs abzulehnen, nach welchem es uns beistehen will, wenn Frankreich uns im Bunde mit Rußland angreift, wird sich aber vor dem Lande und dem Deutschen Reiche weder durch mich, noch durch einen andern Minister verantworten lassen.

Auf den älteren Teil des allerhöchsten Schreibens wage ich nur noch an das Wort Illoyalität anzuknüpfen. Eine solche kann einmal da nicht vorliegen, wo Ew. Majestät nach dem Beispiele Ihres erhabenen Vorfahren den Frieden Ihres Volkes durch ein Defensivbündnis schützen; aber auch dem Kaiser von Rußland gegenüber liegt eine Illoyalität sicherlich nicht vor, wenn Ew. Majestät nach wie vor entschlossen sind, Allerhöchst Ihrerseits Frieden und Freundschaft mit Rußland ebenso wie mit Österreich fortzusetzen wie bisher, sich aber für den Fall, daß der Kaiser Alexander oder sein Nachfolger uns diesen Frieden nicht zu halten vermag, wenigstens die Freundschaft Österreichs sichern, und wenn Ew. Majestät durch die verabredete von Österreich angenommene Mitteilung des Memorandums und des von Ew. Majestät befohlenen Zusatzes den Kaiser Alexander von der Sachlage benachrichtigen.

v. Bismarck

---

* Siehe Nr. 496.

** Bis hierher eigenhändiges Konzept des Fürsten Bismarck.

## Nr. 501

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Konzept

Nr. 47 Berlin, den 7. Oktober 1879

Prinz Reuß meldet telegraphisch, daß die Unterschrift des Vertrages durch ihn und Graf Andrássy in Gegenwart Haymerle heut morgen stattgefunden hat*. v. Bismarck

## Nr. 502

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Konzept von der Hand des Gesandten von Radowitz, unsigniert.

Nr. 48 Berlin, den 7. Oktober 1879

Ich habe die Frage in betreff Frankreichs in meinen Immediatberichten aus Gastein und aus Wien so ausführlich behandelt und in meinem gestrigen Telegramme** die Essenz davon dergestalt resümiert, daß ich nur bitten kann, die betreffenden Stellen Seiner Majestät wiederholt zum Vortrag zu bringen. Auch wenn der Vertrag nicht der kaiserlichen Ermächtigung vom 3. entsprechend heute morgen in Wien unterzeichnet wäre, würde ich doch dem Grafen Andrássy Änderungsvorschläge nicht mitteilen können, ohne damit zu erklären, daß Seine Majestät die am 3. erteilte Genehmigung als hinfällig ansehen. Eine solche Erklärung könnte ohne diesseitigen Ministerwechsel völkerrechtlich kaum gegeben werden. Es ist nicht wahrscheinlich und gegen alle völkerrechtliche Gebräuche, daß der Kaiser Alexander, wenn wir ihm nach Abschluß des Vertrages das Wiener Memorandum mit dem von Seiner Majestät befohlenen Zusatze mitteilen, sich berechtigt glauben könnte, an uns die Frage zu richten, ob wir nicht sonst noch etwas abgeschlossen hätten. Erfolgte eine in den diplomatischen Annalen so beispielslose Frage dennoch, so würde sich über die zu erteilende Antwort erst urteilen lassen, wenn man den Text der Frage kennt.

Ich begebe mich übermorgen, den 9., nach Varzin und bitte Seiner Majestät melden zu wollen, daß ich in bezug auf den Wiener Vertrag von dem mir nach § 3 des Stellvertretungsgesetzes vom 17. August 1878 vorbehaltenen Rechte der amtlichen Zuständigkeit des Reichs-

* Da die Vertragsausfertigung vom 7. Oktober wörtlich mit dem unter Nr. 485 abgedruckten Entwurf übereinstimmt, so erscheint ein erneuter Abdruck nach der ratifizierten Ausfertigung nicht nötig. Die österreichische Fassung des Vertrages ist veröffentlicht bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, Bd. I, (1920), S. 6ff.

** Siehe Nr. 500.

kanzlers Gebrauch mache und, solange Seine Majestät mich in dieser amtlichen Stellung beläßt, auf die Mitwirkung an der Beendigung der österreichischen Vertragsangelegenheit nicht verzichten kann.

Ew. wollen Seiner Majestät meinen ehrfurchtsvollen Dank für die gnädige Teilnahme an meinem Gesundheitszustande aussprechen, welche in dem Telegramm 43 vom 6. ihren Ausdruck findet; aber auch Gelegenheit nehmen, die wenigen politischen Sätze, die mein Urlaubsgesuch in seinem zweiten Teile enthält, und die Seiner Majestät wohl nicht bekannt geworden sind, vorzutragen.

Nr. 503

## Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 Baden-Baden, den 8. Oktober 1879

Telegramm Nr. 48 des Reichskanzlers* erhalten und Inhalt bei Vortrag befehlsmäßig verwertet.

Vollziehung der Ratifikation durch Seine Majestät würde meines Erachtens wesentlich erleichtert werden, wenn dem Kaiser, welcher auf wiederholt geäußerten Gedanken eines Briefes an Kaiser Alexander unfehlbar zurückkommen wird, bei Vorlegung der Urkunde zugleich der Entwurf eines solchen, später abzusendenden vorgelegt werden könnte, der den allerhöchsten Empfindungen Rechnung trüge.

Ob dies überhaupt angänglich, entzieht sich freilich meiner Beurteilung.

Kaiser, welcher nach Kenntnisnahme von Telegramm Nr. 47** eine fast schlaflose Nacht gehabt, ist heute nervös abgespannt.

von Bülow

Nr. 504

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Eigenhändiges Konzept, unsigniert

Nr. 50 Berlin, den 8. Oktober 1879

Antwort auf Telegramm Nr. 46***.

Der Entwurf wird mit Öst[er]reich verständigt werden müssen, da bisher beiderseits angenommen, daß die Mittheilung des Memorandums an Rußland, auf amtlichen diplomatischen Wege, eine gemeinschaftliche

---

* Siehe Nr. 502.
** Siehe Nr. 501.
*** Siehe Nr. 503.

sein werde. Die Mittheilung an Rußland kann erst nach der Ratification erfolgen. Die Versagung der Ratification des S[eine]r Maj[estät] vor der Genehmigung des Abschlusses bekannten Textes würde in neuerer Zeit ohne Präcedenzfall u[nd] ein diplomatischer Bruch mit Öst[er]reich, auch nur unter Wechsel des diesseitigen Ministeriums möglich sein. Möglich aber ist sie völkerrechtlich u[nd] daraus folgt, daß eine Mittheilung an dritte Regierungen vor d[er] Ratifikation unmöglich ist, weil bis dahin ein vollendet abgeschlossener Vertrag noch nicht existirt. Die Mittheilung von einem zwar unterzeichneten, aber durch Verweigerung der Ratifikation vielleicht noch wieder zu vernichtenden Vertrage an eine dritte Macht ist völkerrechtlich nicht thunlich u[nd] könnte zu schweren Verwicklungen Anlaß geben. Solange d[er] Vertrag nicht juristisch perfekt ist, liegt auch kein Anlaß zu einer Mittheilung vor. Die von S[einer] M[ajestät] unter Bedingung eines allseitig angenommenen Zusat[es] genehmigte Mittheilung des Wiener Memorandums wird sofort nach der Ratifikation erfolgen können, u[nd] wenn S[eine] M[ajestät] keine gemeinschaftliche, sondern je von Deutschland u[nd] Österreich eine gesonderte Mittheilung an Rußland befiehlt, so wird das von hier aus, wie ich glaube, mit Erfolg in Wien befürwortet werden können, sobald nur nicht der Text des Vertrages, dessen Geheimhaltung wir zugesagt haben, Gegenstand der Mittheilung ist. Für Ew. pp. persönlich bemerke ich in herzlicher Theilnahme an der schlaflosen Nacht S[einer] M[ajestät], daß der Minister v. Bülow und ich schon seit Wochen keine andre als schlaflose Nächte kennen.

Nr. 505

## Der Generalfeldmarschall Graf von Moltke, z. Z. in Freiburg, an Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Baden-Baden

Immediateingabe. Eigenhändige Ausfertigung

Freiburg i. B., den 10. Oktober 1879

Im Auftrage des Fürsten Reichskanzlers ist mir der Auszug aus einem allerhöchsten Handschreiben Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät vom 2. d. Mts., betreffend die militärische Stärke Frankreichs*, mitgeteilt und eröffnet worden, daß Allerhöchstdieselben meine Begutachtung dieses Gegenstands befehlen.

Euere Majestät haben in zutreffendster Weise die Schwierigkeiten hervorgehoben, welche bei einem abermaligen Krieg gegen Frankreich uns entgegentreten werden.

Frankreich hat seine Heeresstärke verdoppelt, Paris neu befestigt und seine Grenze mit einem Gürtel von Forts umgeben, welcher das Eindringen — ähnlich wie 1870 — in hohem Grad erschwert.

---

* Siehe Nr. 495.

Dennoch zweifle ich nicht, daß wir einen Angriff Frankreichs abzuwehren imstande sind. Vermöchten wir das nicht aus eignen Kräften, so könnte ein deutsches Reich auf die Dauer überhaupt nicht bestehn[1]*.

Selbst wenn wir an der Landesgrenze eine erste Schlacht verlören, bietet uns der Rhein eine Verteidigungslinie, wie sie stärker in Europa nicht vorkommt, und vorwärts derselben bleiben wir in Besitz von Metz und Straßburg[2]. Wollen die Franzosen Lothringen und Elsaß wiedergewinnen, so müssen sie beide Plätze erobern, keiner derselben kann mit weniger als 120000 Mann belagert werden. Auf eignem Gebiet werden wir die numerische Überlegenheit haben.

Eine sehr große Gefahr aber erblicke ich darin, daß zwei unsrer Nachbarn sich zu gemeinsamen Angriff auf Deutschland vereinigen können, und gegen diese Gefahr bedürfen wir allerdings das Bündnis mit einer andern Macht[3].

Gewiß wird unsre Diplomatie stets bemüht sein, das gute Verhältnis zu Rußland aufrechtzuerhalten, welches wir Ew. Majestät persönlichen Einfluß verdanken, denn bei einem Krieg gegen Osten ist absolut nichts zu gewinnen, und das Eindringen in diese öden und endlosen Länderstrecken ist wohl ebenso schwierig[4] wie das in Frankreich. Aber fast so wenig wie als Feind möchte ich Rußland als aktiven Verbündeten wünschen. Gegen eine westliche Macht erscheint die russische Hülfe auf dem Kampfplatz, wenn dort die Hauptentscheidungen schon gefallen sind, erscheint dann mit frischen und überwältigenden Kräften, und wird dadurch Herr der Situation, was in frühern Kriegen nicht immer zum Vorteil des Bundesgenossen ausgefallen ist.

Von den übrigen kontinentalen Mächten kann nur noch Österreich in Betracht treten, mit einer Armee von 800000 Mann ein nicht zu unterschätzender Alliierter.

Aber nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten würde das Bündnis mit Österreich gegen einen östlichen Feind einen sehr viel höhern Wert haben, als gegen einen westlichen.

Der Krieg mit Rußland berührt den Kaiserstaat unmittelbar in seinen Lebensinteressen, er nötigt ihn zu einer äußersten Kraftanstrengung, deren Wirkung für uns gleich anfangs hervortritt. — Anders gegen Frankreich, wo Österreich nicht sogleich unmittelbar selbst bedroht, Deutschland auf der ganzen Front dem ersten Angriff ausgesetzt ist. Wollten wir Österreich auch nur zur Verteidigung des obern Rheins aufrufen, so würden wir ihm eine Wirksamkeit im Reich übertragen, deren Ausschluß der Siegespreis des Feldzugs von 1866 war[5].

Ich glaube in einem Bündnis mit Österreich, wenn es auch nur gegen die Eventualität eines möglichen Kriegs mit Rußland gerichtet

* Die Unterstreichung rührt vom Kaiser her.

ist, eine sehr wertvolle Garantie für die Zukunft erblicken zu dürfen[6]. Dasselbe entlastet uns eintretendenfalls von der einen Hälfte der Streitmacht des Gegners im Osten, wo wir eine eigentliche Verteidigungslinie überhaupt nicht haben, und unsre Grenze, im Gegensatz zu der im Westen, nur durch die Offensive zu schützen vermögen[7].

Mir scheint, indem Deutschland und Österreich sich gegenseitige Hülfe innerhalb eines bestimmt begrenzten Falls zusagen, gewährt eins dem andern volles Äquivalent, und keines von beiden dürfte berechtigt sein, aus diesem Abkommen weitere Forderungen abzuleiten. Ob es angänglich ist, sich der immerhin wünschenswerten Hülfe Österreichs auch gegen Frankreich allein zu versichern, liegt außer meiner Beurteilung, aber wenn, wie es scheint, dies nicht gelingt, so glaube ich doch, daß wegen eines nicht erreichbaren Vorteils der sehr positive erreichbare nicht aufgegeben werden sollte[8].

Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät mögen allergnädigst verzeihen, wenn mein Gutachten zu weit abgeschweift haben sollte, in letzter Instanz läßt sich das militärische Gebiet vom politischen nicht mehr trennen. Über beiden stehend, wollen Ew. Majestät die von mir entwickelte Anschauung einer huldreichen Beurteilung unterziehen.

Gr. Moltke
Feldmarschall

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms I.:

1 Einen Angriffskrieg wird Deutschland gegen Frankreich wohl nie provociren. Aber 1870, obgleich wir den Krieg nicht provocirten, begannen wir ihn dennoch offensiv, also Angriffsweise unserer Seits. Die unterstrichene Stelle ist sehr ernster Natur! Frankreich ist uns an Menschen-, also auch Trupp[en]-zahl weit überlegen!!
In welchem Zustande kommt eine geschlagene Armée über die wenigen Übergänge über den Rhein zurück!!!

2 Wenn der Rhein gewiß eine sehr starke Défensive biethet, so ist die neuere Kriegsgeschichte doch voll von Beweisen, wie Flüsse kein Hemmschuh für Operationen sind. 1809 Aspern u[nd] Wagram. 1813 sind die Alliirten nur über den Rhein ohne Schwertschlag gegangen, weil die französische Armée mit ihrem Ravitaillement nach Leipzig, noch nicht bereit war, uns den Übergang streitig zu machen. 1870 hat Metz u[nd] Straßburg unsere Operationen nicht aufgehalten, warum sollten die Franzosen es künftig nicht auch thun?
Wir müssen nach einer verlohrnen Schlacht zwischen Rhein u[nd] Vogesen 2 Arméen zur Vertheidigung der Festungen Metz, Straßburg, Maynz, Coblenz, Cöln, Wesel, von je 100000 M[ann] in dieselben werfen. Bei der numérischen Übermacht der Französisch[en] Armée über die Deutsche, compensiren sich die Stärken obiger Angriffs- und Vertheidigungs Massen nicht zu Gunsten der Deutschen Macht. Daher ist uns die Allianz mit Öst[er]reich nöthig! —

3 Sehr richtig.

4 richtig 1812.

5 Das hängt von einer umsichtigen u[nd] énergischen Diplomatie ab!

6 Gewiß.

7 Wenn aber Rußland u[nd] Frankreich Alliirte sind??

8 Was wir Öst[er]reich gegen Rußland versprechen könnten, müßte uns Öst[er]reich gegen Frankreich versprechen, sonst ist es partie inégale! W. 22./10. 79.

Nr. 506

## Der Vizepräsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Konzept von der Hand des Gesandten von Radowitz

Nr. 2 Berlin, den 17. Oktober 1879

Ew. beehre ich mich ganz ergebenst mitzuteilen, daß die allerhöchst vollzogene Ratifikationsurkunde des Vertrages vom 7. Oktober d. Js. aus Baden eingegangen ist und morgen von hier durch Kurier nach Wien abgesandt werden wird.

Gleichzeitig haben Seine Majestät den Wortlaut des Entwurfes für die Mitteilung nach Petersburg unverändert genehmigt und sich damit einverstanden erklärt, daß unsrerseits in Wien vorgeschlagen werde, nicht in identischer, sondern nur dem Sinne nach gleichlautender Weise in Petersburg sich zu äußern. Nach den bisher hier bekannten Andeutungen aus Wien entspricht dieser Modus auch den Wünschen des Baron Haymerle. Wir bringen demnach unsere Mitteilung zur dortigen Kenntnis und erwarten das gleiche von österreichischer Seite; nach erfolgtem Ratifikationsaustausch werden die Erlasse an die respektiven Vertreter in Petersburg abgehen.

Nach einem Privatbrief des Prinzen Reuß wünscht Baron Haymerle zu wissen, was wir an England mitteilen werden. In dieser Beziehung würde ich sehr dankbar sein, die Ansicht Ew. pp. zu erfahren.

O. G. z. Stolberg

Nr. 507

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Vizepräsidenten des Staatsministeriums Grafen zu Stolberg

Ausfertigung

Varzin, den 18. Oktober 1879

Eurer Erlaucht gefälliges Schreiben vom gestrigen Tage habe ich mit ergebenstem Dank erhalten.

Ich möchte empfehlen, Seiner Majestät vorzustellen, die schriftliche Mitteilung an Rußland sei allerdings auf allerhöchsten Befehl in Aussicht genommen und müsse erfolgen, wenn Seine Majestät dabei beharre. Ich hätte den sich aus derselben ergebenden Nachteil für geringer gehalten, als den der Verwerfung des österreichischen Vertrages. Für nützlich könnte ich aber die Mitteilung immer nicht halten und stellte deshalb allerhöchster Erwägung nochmals anheim, ob nicht wenigstens die *schriftliche* Mitteilung nach Petersburg auf das Memo-

randum beschränkt werden dürfe*. Aus dem amtlichen und schriftlichen Dokument über unsere Absicht, Österreich beizustehen, werde Miljutin und die revolutionäre Partei publizistisches Kapital schlagen.

Beharrt der Kaiser darauf, daß eine Mitteilung gemacht werden soll, so ist mir die persönliche durch einen Brief Seiner Majestät lieber als eine in amtlicher Form; in der Instruktion würde nur der Ausdruck „und Abschrift zurücklassen" zu beseitigen sein, und General von Schweinitz den Inhalt der Mitteilung lediglich als Richtschnur seiner Äußerungen zu benutzen und bloß das Memorandum schriftlich zu übergeben haben.

Dies ist mein Vorschlag. Das allerhöchste Handschreiben wäre mir also lieber als eine geschäftliche amtliche Mitteilung. Wenn Seine Majestät nicht gewillt ist, meine Bedenken in Erwägung zu ziehen, so bin ich genötigt mich zu unterwerfen, da Seine Majestät sich die Bedingung gestellt hat. Ich möchte nur nochmals hervorheben, daß ich, wenn ich freie Hand hätte, schriftlich nur das Memorandum mitteilen würde, und von Weiterem nachteilige Wirkung befürchte. Nach England möchte ich vorschlagen, mit Rücksicht auf die dortigen Tischreden** nur das Memorandum mitzuteilen.

v. Bismarck

## Nr. 508

## Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 Baden-Baden, den 21. Oktober 1879

Auf Vortrag von Telegramm Nr. 69 bemerkte der Kaiser, daß er gerade gestern dem Reichskanzler den Entwurf eines an Kaiser Alexander zu richtenden Briefes zur Begutachtung übersandt habe.

In der Sache selbst sind Seine Majestät damit einverstanden, daß die schriftliche amtliche Mitteilung in Petersburg auf das Memorandum beschränkt bleibe; jedoch nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß an die Stelle der Begleitungsdepesche das allerhöchste Schreiben tritt.

Der Gedanke, den Inhalt der Begleitdepesche durch Geschäftsträger mündlich wiedergeben zu lassen, ist Seiner Majestät nach wie vor unsympathisch, teils weil mündliche Äußerungen leicht der Ver-

---

* Das ist in der Tat schließlich geschehen. Vgl. Nr. 508.

** Anspielung auf die von dem englischen Minister des Auswärtigen Lord Salisbury am 17. Oktober in Manchester gehaltene Rede, in der er die Nachricht von dem Abschluß einer Defensivallianz zwischen Deutschland und Österreich als „good tidings of great joy" begrüßte.

drehung unterliegen, teils weil es verletzend wirken könnte, durch einen Geschäftsträger unter andern auf Kriegs-Eventualität hinweisen zu lassen. Letztere Eventualität sei überdies bereits in dem allerhöchsten Entwurf andeutungsweise berührt. von Bülow

Nr. 509

## Kaiser Wilhelm I. an Kaiser Alexander II. von Rußland

Handschreiben. Unsigniertes Konzept

Berlin, le 4 novembre 1879

Mon cher neveu et ami,

L'amitié de cœur, qui nous unit depuis de si longues années, et qui nous a dicté une politique basée sur ces sentiments, me fait un devoir de Vous écrire dans le moment où je Vous transmets un mémorandum, comme résultat des communications verbales entre le Prince Bismarck et le Comte Andrássy à Gastein et à Vienne. Ce dernier s'était rendu à Gastein pour donner des explications sur les motifs de sa démission des affaires, auxquelles il avait présidé d'une manière si distinguée, qui lui avait valu la confiance de l'Europe entière. Les pourparlers des deux chanceliers se sont dirigés nommément sur les rélations entre l'Allemagne et l'Autriche à la suite des évènements depuis l'année 1848. Le sort des armes a décidé, que dorénavant la Prusse serait placée à la tête de l'Allemagne unie. La confédération Allemande étant dissoute, l'Autriche cessait d'être liée par des traités avec l'Allemagne reconstituée; mais l'alliance entre la Prusse, l'Autriche et les Etats Allemands subsiste dans l'opinion publique de l'Allemagne, qui tend à la remplacer par l'union morale des deux Empires, dans l'esprit pacifique desquels on voit un gage du maintien de la paix de l'Europe. — Je ne parle pas de la sagesse, avex laquelle Vous avez si puissamment contribué au maintien de cette paix malgré les guerres partielles, dont l'Europe était le théâtre les dernières 20 années. — La démission du Comte Andrássy, qui par sa personne avait maintenu la marche susdite, pouvait avoir des suites graves quelque fût son successeur, parceque la confiance n'est point un acte d'héritage. Les deux chanceliers tombèrent donc d'accord de couvrir par une nouvelle entente de l'Allemagne et de l'Autriche le vide laissé par l'abolition de la confédération Germanique, qui avait pendant un demi-siècle représenté l'alliance de la Prusse, de l'Autriche et des souverains Allemands. Cette entente est formulée dans le memorandum ci-annexé.

J'aime à me dire, que les principes conçus dans cette pièce importante seront appréciés par Vous, et que Vous voudrez y adhérer comme

raffermissement de l'entente des trois Empereurs, qui depuis l'année 1873 a rendu des services si signalés à l'Europe. J'ai remarqué non sans satisfaction, qu'après notre entrevue à Alexandrowo la presse dans nos pays s'est calmée; j'ai pourtant rencontré dans un journal de Moscou un article, qui parle ouvertement de la guerre panslaviste contre l'Allemagne comme fait arrêté, sans que le gouverneur-général n'ait saisi ce journal, dont il était en plein droit avec les pouvoirs qu'il possède. Je crains le parti nihiliste, qui de concert avec le panslavisme tient un langage hostile contre les pays voisins, afin de profiter de tout mauvais conflit pour ses plans subversifs. Si ces plans révolutionaires pouvaient aboutir par leur pression à entraîner ou à compromettre le gouvernement dans ses rélations politiques, il rencontrerait, je ne puis Vous le cacher, mon cher neveu, une solidarité de résistance dans les pays voisins. Le langage menaçant joint à l'augmentation si frappant de Votre armée après les succès d'une guerre glorieuse, qui semblait devoir assurer la paix, tient l'Europe en suspens, tandis qu'une ferme expression de Votre volonté pacifique pourrait calmer les inquiétudes et ramener les esprits dans la bonne voie.

Voici, mon cher neveu, ce qui me tenait à cœur de Vous dire avec la franchise et la confiance, que Vous me connaissez; mais je dois y ajouter encore un regret tout personnel au sujet de la coïncidence fâcheuse de notre entrevue si amicale avec les démarches, qui ont été hâtées par la démission imprévue du Comte Andrássy et par les circonstances en question.

Vous savez, que j'ai eu la grande satisfaction de revoir l'Impératrice et de pouvoir lui exprimer verbalement mes vœux fervents pour sa santé, que j'ai trouvée meilleure, grâce à Dieu, que je ne m'y attendais.

## Nr. 510

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 448 Wien, den 6. November 1879

Ganz vertraulich

Als ich mich heut bei Baron Haymerle verabschiedete, machte mir derselbe Mitteilungen aus einem Privatbrief des Grafen Károlyi*, der von der Aufnahme handelte, welche seine Eröffnungen über die Wiener Besprechungen bei Lord Salisbury gefunden haben.

Der englische Minister des Äußern hat dem Botschafter seine

* Der österreich-ungarische Botschafter in London.

vollkommenste Befriedigung über den Inhalt dieser Eröffnungen ausgesprochen, welche große Wichtigkeit für die bisher befolgte englische Politik habe[n]. Seine Frage, ob kein geschriebenes Engagement zwischen beiden Regierungen bestände, hat Graf Károlyi ausweichend beantwortet, indem er gesagt hat, das englische Kabinett könne versichert sein, daß es beiden Regierungen sehr ernst mit ihrem Einverständnis sei, und daß für den nicht zu hoffenden Fall eines Angriffes Rußlands auf eine derselben, der Ernst dieses Einverständnisses sich zeigen werde.

Marquis Salisbury hat versprochen, das Geheimnis zu bewahren, aber gefragt, ob nicht auch anderen Mächten eine gleiche Eröffnung durch Österreich-Ungarn gemacht worden sei? Als der Botschafter dies verneinte, hat der Staatssekretär geäußert, er zweifle nicht daran, daß Rußland die Sache ebenfalls kenne.

Baron Haymerle sprach mir hierauf von dem jüngst erschienenen Artikel der „Agence Russe“, welche bekanntlich das Einverständnis Rußlands mit den Grundsätzen Deutschlands und Österreich-Ungarns in Aussicht stellt. Er ist der Ansicht, daß dieser Gedanke russischerseits hingeworfen worden ist, um England einen Wink zu geben, daß es für Rußland leicht sei, sich wiederum mit uns und Österreich zu verständigen.

Lord Salisbury, so äußerte der Minister, sei sehr mißtrauisch. Es dürfte sich daher vielleicht empfehlen, England noch ausgiebiger von den Absichten[1] der beiden Verbündeten zu überzeugen, um sich eventuell seiner Kooperation noch mehr zu versichern.

Baron Haymerle will keine Vorschläge machen, er findet, daß vor allen Dingen abgewartet werden müsse, welchen Eindruck die Mitteilung des Memorandums an den Kaiser Alexander auf das russische Kabinett machen werde. Aber es dürfte vielleicht zu bedenken sein, ob nicht Englands eventuelles Mißtrauen gegen eine Wiederkehr unserer gemeinschaftlichen Unterstützung der russischen Politik im Orient dadurch bekämpft werden müsse, daß wir dem Kabinett von St. James in etwas deutlicherer Weise unsere Unterstützung seiner Politik im Orient in Aussicht stellten[2]. Ein ähnlicher Gedanke sei schon in Gastein zwischen Euerer Durchlaucht und dem Grafen Andrássy besprochen worden, hätte aber damals noch keine bestimmte Form gefunden.

Der Minister hat dabei auch die Folgen eines eventuellen Sturzes des jetzigen französischen Kabinetts im Auge, welches nach seinen Nachrichten wieder sehr ernstlich bedroht sei. Falle Herr Waddington, so müsse man gewärtig sein, irgendein Kabinett an dessen Stelle treten zu sehen, welches wie die Herren Freycinet, Fournier oder irgendwelche andere dieser Richtung, den französischen Staat wieder auf die Bahn von Abenteuern führen könnte. England fürchte eine solche Even-

tualität, die uns nur sehr unerwünscht sein könne, nicht[3]; daher sein Wunsch, die Sachen so vorzubereiten, daß die englisch-französische Intimität nicht zu innig werde. Könnte das englische Kabinett darauf rechnen, im Orient die Unterstützung[4] Deutschlands und Österreich-Ungarns zu finden, so würde diese den englischen Ministern lieber sein, als die unsichere französische Hülfe, deren sie sich aber immerhin versichern könnten[5]. pp.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Ich habe kein Bedenken, im Gegentheil. Oest[er]r[eich] verlangte das Geheimniss.
[2] welche ist das? wir haben keinen Beruf, u[ns] deshalb Händel mit Rußland zuzuziehn.
[3] wir auch nicht.
[4] für was? unser Verhältniss mit Oest[er]reich ist ein defensives u[nd] wir dürfen uns für aggresive englische Zwecke nicht vorspannen lassen; selbst wenn Oest[er]reich seine Armee nicht reducirte, ist ein Krieg mit Rußland immer nicht eine Sache, die man pour les beaux yeux Englands führt.
[5] die soll er nur nicht fahren lassen.

## Nr. 511

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an das Auswärtige Amt

Unsigniertes Diktat des Reichskanzlers. Niederschrift des Legationssekretärs Grafen von Bismarck

Varzin, den 10. November 1879

Den Wiener Bericht vom 6. d. Mts.* remittiere ich anbei mit einigen ergebensten Bemerkungen.

Die Frage Lord Salisburys, ob kein geschriebenes Engagement bestände, ist eine Taktlosigkeit, wie sie der auch bei den vornehmsten Engländern oft so auffällige Mangel an guter Erziehung allein erklärlich macht. Ich bemerke dies rein akademisch, da nicht von unserer, sondern von österreichischer Seite das Geheimnis überhaupt verlangt worden ist; mein erster Vorschlag an Graf Andrássy ging auf ein Abkommen publici juris, welches den beiderseitigen Parlamenten amtlich mitzuteilen wäre: ich würde deshalb meinerseits auch kein Bedenken haben, wenn das Wiener Kabinett in seinen vertraulichen Mitteilungen — wenigstens an Lord Beaconsfield — so weit ginge, wie es ihm den österreichischen Interessen entsprechend scheint.

Die Öffentlichkeit hätte meiner Ansicht nach den Vorteil, daß

---

* Siehe Nr. 510.

die beiderseitigen Bevölkerungen, namentlich in Österreich-Ungarn, sich mehr von der Nützlichkeit des Vertragsverhältnisses durchdringen, sich in das Vertrauen zu demselben einleben und dadurch beiden Regierungen vorkommendenfalls das Eintreten für einander leichter machen würden, als es sein würde, wenn dies Verhältnis den großen Massen erst in dem Augenblick klar wird, wo casus foederis vorliegt; es gilt letzteres namentlich für Österreich und Ungarn, wo ich auf beide dortigen Parlamente als dauernde Anhänger des Vertrages rechne. Ich kann aber in dieser Beziehung Seiner Majestät dem Kaiser nicht vorgreifen und fürchte, daß bei allerhöchstdemselben meine Auffassung keinen Anklang findet.

Wenn ich, das allerhöchste Einverständnis vorausgesetzt, kein Bedenken dagegen habe, England vollständiger zu informieren, so ist dies eine Frage, die gar keine Verwandtschaft mit der von Baron Haymerle gestellten hat, „ob wir England in deutlicherer Weise unsere Unterstützung seiner Politik im Orient versprechen sollen". Es ist ein Irrtum, daß ein ähnlicher Gedanke in Gastein zwischen Graf Andrássy und mir besprochen sei. Wir haben ausschließlich die defensive Sicherstellung des Friedens und der Unabhängigkeit beider Reiche gegen russische Angriffe im Sinne gehabt, aber durchaus nicht die Unterstützung irgendwelcher Politik im Orient. Unsere Sympathie für die englische Politik daselbst wird natürlich in dem Maße wachsen, in welchem sich letztere als friedliebend, die russische aber als gefährlich für den Frieden Europas erweiset; aber die Übertragung dieser Sympathie auf unser defensives Bündnis würde das letztere in die Gefahr bringen, sich in eine aggressive Koalition zugunsten der Politik des Herrn Layard und anderer Heißsporne zu verwandeln. Auch wenn wir mit Österreich im Bunde sind, und dabei gewiß wären, daß die Stärke des österreichischen Heeres nicht in noch weiterer Ausdehnung parlamentarischen Rücksichten geopfert wird, so bleibt doch ein russischer Krieg an sich, und besonders mit Frankreich im Hintergrunde, für beide Deutsche Mächte immer eine Eventualität, welche sie zu verhüten allen Grund haben, soweit nicht Rußland die eigenen Interessen eines der beiden Reiche verletzt. Wir würden die Deutschlands für verletzt ansehen, wenn Österreich von Rußland angegriffen würde, und deshalb waren wir vollständig berechtigt, für diesen Fall den Frieden Deutschlands aufs Spiel zu setzen. Für die Unterstützung der englischen Politik im Orient aber liegt bei allen etwaigen Sympathien für dieselbe die gleiche Berechtigung nicht vor. Als Rußland uns bedrohte, für den Fall, daß wir fortfahren würden, die russische Politik nicht in allen Punkten zu unterstützen, habe ich das Kabinett von St. James vertraulich sondieren lassen, ob wir auf sofortige materielle Unterstützung Englands rechnen könnten, wenn wir uns durch unsere antirussische Haltung in Fragen, die für Deutschland objektiv kein Interesse hätten, einen russischen Krieg zuziehen

sollten. Die Antwort war nicht so unumwunden zusichernd, daß ich daraufhin etwas hätte wagen mögen, wenn die Gefahr nähergerückt wäre; die englischen Äußerungen hatten mehr die Natur einer Versicherung, daß Frankreich uns in solchem Falle nicht angreifen werde, und ich habe darauf entgegnet, daß auch ohne den Zutritt Frankreichs ein russischer Krieg für uns, wenn auch mit Gottes Hülfe keine lebensgefährliche, so doch immer eine sehr unerwünschte Eventualität sein würde, welche Deutschland für andere als eigene Interessen nicht auf sich nehmen könne.

Für die Unterstützung der englischen Politik im Orient, bevor wir dieselbe kennen, einen Blankowechsel auszustellen, würde ich für sehr unvorsichtig halten; an dem coup de tête, den man in diesen Tagen Herrn Layard zuschrieb*, muß doch etwas Wahres gewesen sein, und wir haben keine Sicherheit, daß solche leidenschaftlichen Politiker von London aus immer im Zaum gehalten werden. Ich bin überzeugt, daß Österreich den Frieden so gut wünscht wie wir, und daß es deshalb grade so wie wir Anlaß hat, englische Kriegsgelüste ebensowenig zu ermutigen wie russische. Ich würde es schon nicht für nützlich halten, wenn wir England ermutigen wollten, seine jetzige Fühlung mit Frankreich aufzugeben; es liegt in ihr das beste Mittel, die französische Politik in ruhigem Fahrwasser zu erhalten, während jede erkennbare Abwendung Englands von Frankreich zum Sturze des Ministeriums Waddington wesentlich beitragen würde. Das letztere steht außerdem nach meinen Nachrichten gegenwärtig fester als seit längerer Zeit, und gewinnt Anhänger durch seine mutigere Haltung in der inneren Politik. Baron Haymerle wird sich erinnern, daß der Wunsch, die englisch-französische Freundschaft und das Ministerium Waddington zu erhalten, eines der Hauptargumente des Grafen Andrássy bildete, welches derselbe meinen Vorschlägen entgegenstellte, beide Reiche durch ein einfaches Defensivbündnis gegen jedermann zu verbinden. Ich habe große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, um dieses Argument allerhöchstenorts annehmbar zu machen, und kann meinerseits die Hoffnung, das Ministerium Waddington zu erhalten, so leicht nicht aufgeben. Wir haben meiner Ansicht nach nicht zu fürchten, daß die französisch-englische Intimität zu innig werde: Sie könnte erheblich inniger werden, als sie ist, und würde für den Frieden Europas, wie ich glaube, keine andere Folge haben, als die, daß beide Westmächte einander an gewagten Unternehmungen hinderten und sich gegenseitig in friedlichen Bahnen erhielten. Daß für England das

* Der englische Botschafter in Konstantinopel Sir Henry Layard hatte Ende Oktober der Pforte mit einem aggressiven Vorgehen der englischen Flotte gedroht, falls nicht der Unterdrückung der Christen in den asiatischen Provinzen Einhalt getan und England an der Durchführung der Reformen in ihnen beteiligt werde.

Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn wertvoller und sicherer ist wie das mit Frankreich, glaube ich gern, und es kann ja Konstellationen geben, in denen es sich verwirklicht im Sinne des Friedens und der Erhaltung; in diesem Sinne aber wird es auch nützlich sein, solange wie möglich Frankreich vor dem Gefühl zu bewahren, daß es sich in Europa entweder isoliert oder auf das russische Bündnis angewiesen findet.

Ich würde es für einen politischen Fehler halten, wenn Österreich der englischen Politik im Orient Unterstützung zusagen wollte, bevor die Ziele derselben klar formuliert sind, und England zugleich die österreichischen Interessen Italien gegenüber mehr als bisher zu den seinigen macht.

Es wird nicht erforderlich sein, im vorstehendem Sinne vor der Rückkehr des Prinzen Reuß uns in Wien auszusprechen. Ich habe nur das Bedürfnis für den Prinzen und für seine Aussprache Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber, — und für einen etwaigen Fall der Anregung der Frage von englischer Seite, meine Auffassung darzulegen. Die weitere Erläuterung kann ich mündlicher Besprechung vorbehalten.

Nr. 512

## Kaiser Alexander II. von Rußland an Kaiser Wilhelm I

Eigenhändiges Handschreiben. Ausfertigung

Livadia, ce 2/14 Novembre 1879

Mon cher Oncle et ami,

Je ne saurais assez Vous remercier pour Votre lettre, du 4 Novembre*, qui vient de me parvenir. En y joignant le texte du mémorandum, signé à Vienne, Vous m'avez donné une nouvelle preuve de Votre cordiale franchise et avez pressenti le besoin de mon cœur d'écarter de nos rapports jusqu'au moindre semblant du doute.

Il est certain que le voyage du Pr. de Bismarck, à Vienne, suivi de la conclusion de l'acte précité, semblait en quelque sorte servir de conterpoids à notre entrevue d'Alexandrowo et ne pouvait que produire une impression pénible, de nature à dérouter l'opinion publique. — Ma confiance personnelle ne s'en est point émue et je suis heureux de constater aujourd'hui que cette transaction politique ne contient absolument rien de contraire à mes vœux. Elle tend à consolider la puissance de la Grande Allemagne à la réunion de laquelle j'ai applaudi et elle cherche à liquider pacifiquement les stipulations du traité de Berlin, dont la fidèle exécution n'a jamais cessé d'être la base de ma politique.

---

* Siehe Nr. 509.

J'adhère donc pleinement aux principes conçus dans le mémorandum que Vous avez bien voulu me communiquer et en m'associant ainsi à l'accord établi entre l'Allemagne et l'Autriche, j'aime à y voir le retour à cette parfaite entente des trois Empereurs qui, comme Vous l'observez avec tant de justesse, a rendu les plus grands services à l'Europe.

Vous n'ignorez pas d'ailleurs, mon cher Oncle, combien j'étais prêt à aller au devant de cette entente et mes efforts d'y arriver par une entière communauté de vues entre nous doivent Vous être connus. Afin de faciliter les rapports qui en découlent, en destinant mon Ambassadeur actuel à Berlin à d'autres fonctions, je me suis décidé à le remplacer par M. de Sabourow dont les récentes entrevues avec le P. de Bismarck* ont défini la tâche. Si ce choix Vous agrée, Vous voudrez bien me le dire et j'espère que Sabourow saura se rendre digne de toute la confiance que je tiens tant à voir présider aux relations entre nos deux Etats.

A cet égard, je ne puis Vous cacher, mon cher Oncle, combien je regrette que Vous ayez pu attribuer le caractère d'une menace à la série de mesures militaires nécessitée par la transformation de mon Armée. — Je croyais que mes explications verbales et celles que mon Ministre de la Guerre, C$^{te}$ Milutine, a eu l'honneur de Vous soumettre, à Alexandrowo, en avaient suffisamment relevé le sens pacifique pour éclaircir définitivement cette question.

Je ne regrette pas moins de Vous voir admettre que les tendances panslavistes et autres qui se font jour dans la publicité puissent exercer une pression sur mon Gouvernement. — L'opinion dévoyée de quelque écrivain, fut-il même le représentant d'un cercle plus ou moins étendu d'adeptes, n'acquière jamais en Russie la signification d'un programme politique. — Aussi s'il arrive qu'un écart de la presse échappe au contrôle de mon Gouvernement, c'est précisement par ce que la conscience de sa force lui en fait atténuer la portée.

Quant aux menées subversives du parti nihiliste, Vous savez que je n'ai pas hésité à recourir aux moyens les plus énergiques pour les combattre, dès que les circonstances en ont démontrée la nécessité. — Ces mesures ne sont pas restées sans résultats. Vous y voyez la preuve que ma ferme volonté ne tolérera jamais la moindre tentative de nature à compromettre l'ordre et la paix. — Il me reste à espérer, mon cher Oncle, que cette assurance venant de ma part pourra dissiper Vos doutes. —

J'ai été fort aise d'apprendre que la nomination de mon Aide-de-Camp, Colonel P. Dolgourouky, comme attaché militaire auprès de Votre personne, Vous convient; en le recommandant à Votre bienveillance j'espère qu'il saura la mériter.

---

* Vgl. Nr. 461 und Nr. 495, S. 113, Fußnote.

Je tiens à Vous exprimer tous mes remerciments pour l'accueil plein de bonté que Vous avez fait à mes fils.

L'Impératrice a été bien contente de Vous revoir un instant à son passage par Oos. Sa santé laisse malheureusement encore beaucoup à désirer.

Croyez, mon cher Oncle, aux sentiments d'invariable attachement et d'affection sincère

de Votre tout dévoué

Neveu et Ami

Alexandre

Nr. 513

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 63 Berlin, den 29. Januar 1880
Vertraulich

Die Unterhaltung mit dem Freiherrn von Haymerle, auf welche sich Ew. pp. Bericht vom 15. v. Mts. — Nr. 526 — bezieht, hat wieder auf die beiden Fragen geführt, welche der Herr Minister am 6. November angeregt hatte: ob noch eine eingehendere Mitteilung über die Tendenz der Wiener Abmachung nach London zu richten, und ob der englischen Regierung die Unterstützung Deutschlands und Österreich-Ungarns für ihre Politik im Orient deutlicher in Aussicht zu stellen sei. Diese beiden Fragen sind, wie schon in meinem Diktat vom 10. November* bemerkt ist, für uns nicht konnex. Ew. pp. erinnern Sich, daß es in dem Entwurf des Schreibens an den Grafen Károlyi, auf Grund dessen dieser sich gegen Lord Salisbury auszusprechen hatte, hieß: es sei schon in Gastein als ausdrückliche Voraussetzung der Entente bezeichnet worden, daß beide Regierungen bestrebt sein würden, sich für ihr Programm der Zustimmung und Unterstützung Englands zu versichern.

Herr von Haymerle hat zwar auf meine tatsächliche Einwendung bereitwillig das Wort „Unterstützung" gestrichen; aber der Gedanke, welcher ihm das Wort eingegeben hatte, in der Verständigung mit England weiterzugehen, als wir in Gastein und Wien beabsichtigt haben, ist ihm nicht fremd geworden; nur daß jetzt die Unterstützung unseres Programmes durch England mehr die Bedeutung einer Unterstützung der englischen Politik durch Deutschland und Österreich annimmt.

England wird im Falle eines Konflikts niemals um seine Existenz zu kämpfen haben, so groß auch die Interessen sein mögen, die es ver-

---

* Siehe Nr. 511.

teidigt, und die Gewinne, die es bei einem glücklichen Ausgange macht. Wir hoffen und wünschen mit Rußland im Frieden zu bleiben, gelingt das aber nicht, weil Rußland uns oder Österreich angreift, so entsteht mit Rußland allein oder mit Rußland im Bunde mit Frankreich und Italien ein Kampf von sehr viel ernsterer Tragweite, in welchem, auch im Falle unseres Sieges, es an jedem begehrenswerten Preise fehlt. Wir erhöhen unseren Militäretat und freuen uns, daß Österreich den seinigen wenigstens nicht vermindert. Zu gewinnen aber haben wir bei einem russischen Konflikte nichts, müssen ihn also zu vermeiden trachten und unsererseits nicht ohne Zwang eine Bahn betreten, an deren Ende der Bruch mit Rußland liegt. Im Sinne dieser Politik wäre es nicht nützlich, uns in Konstantinopel mehr englisch als russisch auszusprechen; das Umgekehrte zu tun, verbietet uns das Bedürfnis der Pflege unserer Beziehungen zu England, gesteigert durch den Umstand, daß die österreichischen und die englischen Interessen einander naheliegen; wir werden uns also in Konstantinopel unparteilich auszusprechen haben. Insofern ist es für uns nicht ratsam, dem Kabinett von St. James', wie Herr von Haymerle am 6. November gesagt hat, in etwas deutlicherer Weise unsere Unterstützung seiner Politik im Orient in Aussicht zu stellen oder, wie es in Ew. pp. Bericht vom 15. v. Mts. heißt, durch die Haltung unserer beiderseitigen Vertreter zu zeigen, daß wir dort mehr mit den englischen als mit den russischen Interessen sympathisierten, also prinzipiell als Attitude und ohne tatsächlichen Anlaß eine antirussische Haltung einnehmen. Es läge vielleicht auch im österreichischen Interesse, auf eine demonstrative Sympathiebezeigung zu verzichten und sich darauf zu beschränken, mit England zu gehen, so oft es sachliche Gründe dazu hat und England um eine Kopflänge vorauszulassen, da man nicht sicher ist, ob England folgt, wenn Österreich vorausgeht.

Es wird zunächst keine Veranlassung sein, an das Gespräch, über welches Ew. pp. unter dem 15. v. Mts. berichtet haben, wieder anzuknüpfen, und wir werden abwarten können, wann Herr von Haymerle den Augenblick gekommen glaubt, eine eingehendere Mitteilung in London zu machen. Sollte er diesen Punkt wieder zur Sprache bringen, so wollen Ew. pp. ihm gefälligst sagen, ich hätte durchaus kein Bedenken, würde aber für amtliche Äußerungen von *unserer* Seite die Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers nachzusuchen haben.

Ich will nicht unbemerkt lassen, daß ich den Eindruck habe, als ob Herr von Haymerle in betreff Italiens sich einer sanguinischen Täuschung hingebe, vielleicht verleitet durch die vielen und guten persönlichen Beziehungen, welche er seinem früheren Aufenthalt in jenem Lande verdankt. Für mich steht es außer Zweifel, daß ein Bruch mit Rußland für Österreich zugleich ein Bruch mit Italien sein würde, welches die Gelegenheit benutzen würde zu einem Versuche, österreichische Gebiete an sich zu bringen. Wie die englische Regierung sich in dieser

Beziehung benehmen würde, ob sie Italien wirksam im Zaum halten könnte, läßt sich bei dem Übergewicht, welches in England die innere Politik leicht über die auswärtige gewinnt, nicht mit Sicherheit, namentlich nicht für eine längere Zeit voraussehen. Nach unseren Londoner Nachrichten haben die Russen im vergangenen Sommer nicht bloß in Frankreich, sondern auch in Italien Fühlung genommen, um zu ermitteln, ob sie auf Unterstützung im Falle eines Krieges zu rechnen hätten, und ist die italienische Antwort erst dann eine ausweichende geworden, als man in Frankreich auf eingezogene Erkundigung keine Ermutigung und von England eine drohende Abmahnung erfahren hatte.

v. Bismarck

Kapitel XIV

# Drei-Kaiser-Bündnis 1881



Nr. 514

## Der Gesandte im Auswärtigen Amt von Radowitz an den Legationssekretär Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Kissingen

Konzept

Nr. 14
Ganz vertraulich

Berlin, den 15. August 1879

pp. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit meinem mir persönlich genau befreundeten bisherigen Athenienser Kollegen, Herrn von Saburow*, der sich auf der Durchreise hier 2 Tage aufgehalten hat, wiederholt unsere gegenseitigen Beziehungen zur Sprache zu bringen.

Durch die Unterredungen, die Herr von Saburow in Kissingen mit dem Herrn Reichskanzler gehabt hatte (für welche er ganz besonders dankbar gewesen ist), und durch seine seitdem erfolgte Begegnung sowohl mit Fürst Gortschakow als mit Graf Schuwalow war er über die Sachlage genau unterrichtet. Auch hatte er hier auf der russischen Botschaft die hierher mitgeteilten diplomatischen Korrespondenzen über die orientalischen Angelegenheiten durchgesehen. Die Eindrücke, welche Herr von Saburow aus dieser verschiedenen Informationsquelle gewonnen hat, fallen deswegen jetzt mehr ins Gewicht, weil seine Ernennung zum Botschafter in Konstantinopel feststeht, und er direkt von hier nach Petersburg reist, um sich bei dem Kaiser zu melden.

Herr von Saburow hat mir zunächst unumwunden gesagt, er sei erstaunt und erschrocken über die Isolierung, in der sich die russische Politik, speziell auf orientalischem Gebiete, gegenwärtig befinde, und die er als die Konsequenz der mangelhaften, oder besser gesagt, seit Jahr und Tag überhaupt nicht vorhandenen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betrachte. Er habe sich persönlich davon überzeugt, in welcher Verfassung Fürst Gortschakow sei. Aber er existiere doch, sei nominell immer der Leiter der Politik und denke nicht daran, sich freiwillig zurückzuziehen; solange dieser Zustand fortdauere, sei

* Der bisherige russische Gesandte in Athen von Saburow, der im Frühsommer 1879 zum Botschafter in Konstantinopel designiert war, diese Stellung aber nicht antrat. hatte vor seiner Durchreise durch Berlin wiederholte Besprechungen mit Bismarck gehabt, wurde auch Ende September 1879 mit einer Mission zum deutschen Reichskanzler betraut. Vgl. Bd. II, Kap. XIII, S. 54, 79. Am 4. Januar 1880 wurde er dann zum Botschafter in Berlin ernannt. Aus seinen Memoiren sind in den letzten Jahren wiederholt Auszüge veröffentlicht worden. Für die Vorbereitung des Drei-Kaiser-Bündnisses vgl. vor allem J. I. Simpson, Russo-German Relations and Sabouroff Memoirs in The Nineteenth Century LXXXII and LXXXIII, 1917, 1918.

an eine Änderung in dem décousu nicht zu denken, und es trete die für die Förderung der Geschäfte nichts weniger als günstige Lage ein, daß Kaiser Alexander persönlich sich um die Details bekümmere, etwas darin suche, „sein eigener Minister“ zu sein, und doch unmöglich die in jetziger Zeit mehr als je dazu erforderlichen geschäftlichen Voraussetzungen erfüllen könne. Diesen Punkt habe ihm namentlich auch Graf Schuwalow als den bedenklichsten in der gegenwärtigen Situation bezeichnet.

Über die Beziehungen zu Deutschland habe er, nach den Unterredungen mit dem Herrn Reichskanzler in Kissingen, mit Graf Schuwalow gesprochen und von demselben die volle Bestätigung alles dessen vernommen, was Fürst Bismarck ihm über die Haltung der deutschen Politik vor dem Kongreß und während desselben gesagt hatte. Graf Schuwalow sei aber, ebenso wie er selbst, der Meinung, daß alle Explikationen über dieses Thema jetzt zu nichts führen würden, solange Gortschakow vorhanden sei. Der Zeitpunkt werde bestimmt und hoffentlich bald kommen, an dem die Wahrheit über die Dienste, die Rußland Deutschland verdanke, auch in Rußland sich allgemein Bahn brechen, und wo ein offenes, gegenseitiges Aussprechen zwischen Petersburg und Berlin den Erfolg haben werde, die alte Intimität wiederherzustellen. Dazu bedürfe es aber erst auf russischer Seite eines doppelten Personenwechsels in der Leitung der auswärtigen Politik und in der Botschaft in Berlin. Vorher sei wenig zu hoffen.

Ich sagte Herrn von Saburow: er müsse zugeben, daß dies ein Verhältnis sei, welches uns mindestens eine Vorsicht und Zurückhaltung Rußland gegenüber auferlege, die wir früher nicht gekannt hätten. Deutschland könne doch unmöglich seine eigenen politischen Interessen so unberechenbaren individuellen Rücksichten unterordnen, wie die jetzt in Rußland maßgebenden. Die Freundschaft, welche die beiden Regierungen verbinde, und die Gemeinsamkeit der Interessen seien ja gewiß stark genug, um Trübungen aus persönlichen Motiven zu überwinden; aber auch für solche Proben gäbe es eine Grenze, und mir schiene, diese sei nun bald erreicht. Ich frug ihn, ob er wisse, wie systematisch seit Jahr und Tag dem russischen Volke die Anschauung beigebracht worden, daß allein Deutschland daran Schuld sei, wenn die slawischen Hoffnungen und Träume durch den Krieg nicht erfüllt wären, und ob er glaube, daß die Folge dieser langen Hetzarbeit mit einem Schlage verschwinden könnte, auch wenn Gortschakow nicht mehr die Parole dazu erteile?

In diesem Punkte erkannte Herr von Saburow ebenfalls die Hauptgefahr, und er sagte: er könne es nur beklagen, daß die Regierung auf die Presse nicht mehr Einfluß geübt habe. Es sei aber noch nicht zu spät dazu, und mit gutem Willen sei viel zu machen. pp.

Radowitz

Nr. 515

## Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck über Unterredungen mit dem russischen Botschafter von Saburow

Unsigniert

Berlin, den 3. Februar 1880

Meine Unterredungen mit Herrn von Saburow am 31. Januar und 1. Februar cr. haben sich auf die Verhältnisse zwischen Deutschland und Rußland und auf die Frage der wechselseitigen Beziehungen unter den drei Kaiserstaaten bezogen.

Über unsere Stellung zu Rußland habe ich mich mit vollständiger Offenheit geäußert und alle die Gründe erörtert, aus denen wir zu dem Eindrucke gelangt sind, daß in Rußland das Bestreben zur Aufrechterhaltung der alten Freundschaft unter den beiden Ländern nicht mehr wie früher vorhanden gewesen sei, sowie die Konsequenzen, die sich für die deutsche Politik notwendigerweise aus dieser Erkenntnis ergeben hätten. Dabei habe ich u. a. die russischen Anbandelungen des vorigen Sommers gegen uns in Frankreich durch Obrutschew* und in Italien ausdrücklich hervorgehoben, ohne einer Einrede des Herrn von Saburow zu begegnen. Die Frage der russischen Truppenaufstellungen an unserer polnischen Grenze ist gleichfalls eingehend von mir berührt worden.

Andererseits habe ich nachdrücklich unsern Wunsch betont, mit Rußland in Frieden und Freundschaft weiterzuleben, und wiederholt, daß es für Deutschland bei russisch-deutschem Kriege einen Kampfpreis überhaupt nicht gäbe. Wir seien Rußland gegenüber lediglich auf die Defensive angewiesen.

Bei der Besprechung der Wechselbeziehungen zwischen Rußland, Österreich und Deutschland, mit denen sich die Auslassungen des Botschafters am meisten beschäftigten, ist Herr von Saburow von dem Gedanken ausgegangen, daß nach der zwischen Deutschland und Österreich bestehenden Übereinstimmung auch die russische Politik sich jetzt darauf angewiesen sähe, ihrerseits über alle die russischen Interessen im Orient betreffenden Fragen in erster Linie die Verständigung mit Österreich-Ungarn zu suchen.

Herr von Saburow zeigte dabei zunächst die Tendenz, daß eine derartige Verständigung möglichst durch Vermittlung der deutschen Regierung herbeizuführen sein würde. Ich habe dies nur für solche Fragen als tunlich zugegeben, in denen das deutsche Interesse vorwiege, — dergleichen lägen aber im Orient nicht vor. Bei allen anderen orientalischen Fragen, wo das russische und österreichische Interesse größer sei als unseres, würde die Herbeiführung des Einverständnisses den

* General Obrutschew, seit 1878 Generaladjutant, 1881 Chef des Russischen Generalstabs. Vgl. Nr. 477, S. 81, Fußnote.

direkten Verhandlungen unter beiden Beteiligten zufallen, Deutschland jedoch dann, wie auch früher, an der Politik festhalten, daß es gern dem Ergebnisse der russisch-österreichischen Entente sich anschlösse.

Dieser Ansicht hat Herr von Saburow ebenso zugestimmt, wie dem, was ich über das engere Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich und die Notwendigkeit der ungeschwächten Fortexistenz der österreichisch-ungarischen Monarchie gesagt habe. Auch vom russischen Standpunkte erkannte Herr von Saburow dieselbe als ein europäisches Bedürfnis an.

Über die Herbeiführung einer engeren entente à trois auf Basis des Berliner Vertrags und der Kongreßbestimmungen sprach sich Herr von Saburow anfänglich in einer Weise aus, die in Verbindung mit seinen früheren Mitteilungen im Herbste* die Voraussetzung erwecken mußte, daß er bereits ermächtigt sei, bestimmte Verhandlungen in dieser Richtung zu eröffnen. Sein Grundgedanke, dem ich meinerseits beigestimmt habe, war: Der Berliner Vertrag und die Kongreßbestimmungen bilden die Unterlage für die gegenseitigen Beziehungen unter den drei Mächten. Keine derselben willigt in eine Änderung des darauf beruhenden status quo, ohne daß die anderen damit einverstanden sind. Deutschland unterstützt also nur die zwischen Rußland und Österreich zu vereinbarende Modifikation des Kongreßwerkes.

Nachdem der Botschafter mit dem Ausdrucke seiner Befriedigung meine Bereitwilligkeit konstatiert hatte, ihm in diesem Gedankengang zu folgen, gab er demselben keine weitere Entwicklung, sondern hob dann wieder mehr den Wert hervor, den für Rußland zunächst die entente à deux mit uns habe. — Er bezeichnete als Hindernis für die Verständigung in dem weiteren Rahmen die Fortdauer der Amtstätigkeit des Fürsten Gortschakow, der wenig geneigt sein würde, diese Kombination zu fördern. Daß aber demnächst eine Änderung in der Stellung des Fürsten Gortschakow aus eigener oder aus der Initiative des Kaisers Alexander zu erwarten sei, nahm er nicht an.

Ich habe auch für die Fühlung zu zwei mich insoweit zustimmend geäußert, als von uns nichts verlangt werden würde, was eine Teilnahme an Abmachungen gegen Österreich oder ohne dessen Wissen in sich schlösse.

Die schon früher von Herrn von Saburow besonders betonte Neutralität Deutschlands, wenn Rußland wegen orientalischer Differenzen in Krieg mit England allein verwickelt werden würde, habe ich als fast selbstverständlich in unserer europäischen Stellung begründet bezeichnet. Auf die weitere Bemerkung des Botschafters, daß die Anregung zu Abmachungen mit Wien jetzt noch nicht angezeigt scheine, habe ich erwidert, es würde sich allerdings empfehlen, dem neuen Minister Haymerle gegenüber, der vielleicht noch einigermaßen ombrageux

---

* Vgl. Nr. 495, Seite 113, Fußnote.

sein werde, russische Annäherungsversuche nicht vorschnell ins Werk zu setzen.

Herr von Saburow wollte darauf ziemlich unvermittelt am Schlusse unserer Unterredung das Ergebnis dahin resümieren: daß auch ich es jetzt für pas encore opportun hielte, dem Gedanken der entente à trois weitere Entwicklung zu geben, und er in diesem Sinne einstweilen, bei seiner bevorstehenden Rückkehr nach Rußland mit Herrn von Giers sich vertraulich besprechen könnte. Dem habe ich bestimmt widersprochen und ihm gesagt, nicht ich, sondern er habe die Opportunitätsbedenken geltend gemacht; meinerseits sei ich ganz bereit, auf weitere Unterredung über die von ihm angeregten Punkte einzugehen. —

In Hinsicht auf bestimmte Abmachungen mit Rußland hat mir Graf Schuwalow bei seiner letzten Anwesenheit in Varzin* Folgendes gesagt: er könne nicht raten, sich auf irgendein Abkommen à trois oder à deux mit Rußland vertragsmäßig einzulassen. Ein solches würde immer die pierre d'achoppement bilden für die gegenseitigen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, die sich, wie es früher der Fall gewesen, auch ohne Vertrag naturgemäß entwickeln müßten. Es gäbe keine mögliche Form eines Vertrages, die so präzise wäre, daß sie nicht unsern Gegnern in Rußland als Vorwand zu der Behauptung dienen könnte, wir hätten unsere Verpflichtungen nicht gehalten.

## Nr. 516

### Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck

Unsigniertes Diktat. Niederschrift des Vortragenden Rats Bucher

Sekret — Berlin, den 6. Februar 1880

In der Unterredung, welche ich gestern mit dem russischen Botschafter von Saburow hatte, gab derselbe eine lebhafte Besorgnis zu erkennen, daß die Engländer einmal Konstantinopel plötzlich besetzen resp. wegnehmen könnten. Die Tatsache, daß der englische Botschafter wiederholt mit Berufung der Flotte dahin gedroht habe, wie mit einer Maßregel, die jeden Tag in seiner Hand läge, müsse notwendig die Aufmerksamkeit Rußlands auf diese Frage richten. Rußland könne den Schlüssel der Dardanellen ohne Besorgnis in der Hand einer unabhängigen Pforteregierung sehen, aber nicht in der einer europäischen Macht. Die Meerengen wären kein offnes Meer, sondern bildeten türkisches Gebiet, und in ein solches könnten die Streitkräfte europäischer Mächte nicht nach Belieben einrücken, sei es zu Lande oder zu Wasser. Wenn fremde Flotten ohne Zustimmung der Türkei nach Belieben in die Dardanellen einfahren könnten, so liege darin eine Un-

* Graf Schuwalow hatte vom 13. bis 14. Dezember 1879 in Varzin geweilt.

sicherheit für die Küsten des Schwarzen Meeres. Rußland sei friedensbedürftig, aber auch sicherheitsbedürftig, und seine Sicherheit sei durch die drohende Stellung der englischen Flotte, namentlich wenn der Botschafter sich berechtigt glaube, dieselbe ohne andere Ermächtigung als die seiner eignen Regierung nach Konstantinopel zu berufen, gefährdet. Es würde daher im Sinne einer friedlichen Politik liegen, Rußland Garantien zu geben gegen den Einbruch fremder Flotten in das Schwarze Meer. Ausdrückliche Vorschläge hat Herr von Saburow nicht gemacht, und die ganze Unterredung war streng vertraulich, so daß ich mich zu Mitteilungen darüber noch nicht berufen fühle, und diese Aufzeichnung nur als Notiz zu den Akten zu nehmen ist.

Außerdem trat die Sorge vor Koalitionen kontinentaler Mächte gegen Rußland lebhaft in den Vordergrund. Die Frage eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Rußland und Deutschland wurde für einen Augenblick ausdrücklich gestellt, aber fallen gelassen, sobald ich erklärte, daß wir gegen und ohne Österreich dergleichen nicht abschließen würden, daß ich mich viel in früheren Jahren mit solchen Gedanken getragen, daß aber die Vorgänge des letzten Sommers* mir das Maß von Vertrauen, welches zu solchen Abmachungen nötig sei, nicht mehr gelassen hätten. Ich machte sondierungsweise einen Gegenvorschlag. Wenn Rußland Koalitionen fürchte, was Deutschland nach seiner geographischen Lage viel näher liege, so würden solche einen gefährlichen Charakter immer nur durch die Beteiligung Frankreichs oder Deutschlands erhalten können. Von Deutschland würde nicht die Rede sein; wenn Rußland aber ein Defensivbündnis gegen Frankreich wolle, welches bei jedem Angriff Frankreichs auf einen von uns beiden in Kraft trete, so wolle ich das bei Seiner Majestät befürworten; damit wären dann beide Mächte gegen eine Koalition, welche Frankreich einschlösse, durch eine Allianz gedeckt. Herr von Saburow wich einer direkten Antwort hierauf aus durch Übergang auf das Thema der Tripelallianz mit uns und Österreich und nahm in Aussicht, mir auf diesem Gebiete seine Ansichten in schriftlicher Skizze zu weiterer Besprechung mitzuteilen. Eine solche Skizze hat er heute vorgelegt**.

## Nr. 517

## Russisches Aide-Mémoire

Vom russischen Botschafter in Berlin von Saburow am 5. Februar 1880 dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck übergeben

### Notice

En 1833, nous avions secouru la Turquie contre l'armée victorieuse de Mehemet-Ali. — Le prix de ce service a été le traité d'Unkiar-

---

* Vgl. Kap. XIII.
** Siehe Nr. 518.

Skelessi, en vertu duquel la Turquie s'engageait à fermer les Dardanelles à des escadres ennemies qui voudraient pénétrer dans la Mer Noire. —

Cette stipulation, négociée à notre profit exclusif, a été modifiée à notre détriment par le traité de Londres de 1841, en vertu duquel le principe de la fermeture, jusque-là appliqué à l'entrée, fut également étendu à la sortie de la Mer Noire. — Nous nous fermions ainsi le débouché de nos vaisseaux de guerre dans la Méditerranée. —

Plus tard, en 1856, le Traité de Paris consacrait le même principe, en admettant toutefois l'entrée de bâtiments légers destinés à servir de stationnaires aux bouches du Danube et aux Ambassades à Constantinople. —

Enfin le traité de Londres de 1871 admit pour la première fois le principe de l'entrée d'escadres entières dans les détroits, si le Sultan le jugeait nécessaire. — Malgré les artifices de rédaction dont cette clause était entourée, elle renversait complètement contre nous le principe de la fermeture qui, dans l'origine, avait été destiné à nous servir au contraire de bouclier. —

Finalement, au Congrès de Berlin, une dernière sécurité nous a été enlevée par la déclaration du Plénipotentiaire de la Grande Bretagne, consignée dans le protocole No. 18. — L'Angleterre y a déclaré: „que ses obligations, concernant la clôture des détroits, se bornent à un engagement envers le Sultan de respecter à cet égard les déterminations indépendantes de Sa Majesté".

Il découle de cette déclaration deux conséquences fort graves:

D'abord, l'Angleterre récuse le caractère mutuellement obligatoire du traité de 1841 qui liait toutes les Grandes Puissances entre Elles. — Elle ne se reconnaît engagée qu'envers la Turquie.

En second lieu, Elle ne respectera pas davantage la volonté du Sultan, si celui-ci lui fermait l'entrée des détroits à notre demande; car alors, aux termes de la déclaration anglaise, les déterminations du Sultan ne seraient plus indépendantes. —

En d'autres termes, l'Angleterre se réserve désormais d'entrer dans les détroits quand bon lui semblera!

Aucune Puissance n'a protesté contre cette nouvelle interprétation qui rend le principe de la fermeture complètement illusoire et substitue le droit du plus fort à celui des traités. — La Russie seule a fait une contre-déclaration, en vertu de laquelle Elle maintient le caractère mutuellement obligatoire des stipulations de 1841, 1856 et 1871. —

Ainsi, de 1833 à 1878, les arrangements successifs au sujet des détroits ont fini par réduire à zéro les garanties que le principe de la fermeture nous avait assurées lors du traité d'Unkiar-Skelessi. —

Nr. 518

## Der russische Botschafter in Berlin von Saburow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

Vendredi, 6 Février 1880

Voici, mon Prince, un premier essai*. — Je ne suis pas très content de la rédaction du 3$^{me}$ article, et je compte naturellement sur Votre haute expérience pour m'aider à la remanier de manière à ce qu'elle réponde à Vos vues. —

J'attendrai Vos ordres pour venir en recauser. —

Sabouroff

Anlage

Points sur lesquels il serait possible de tomber d'accord

Objets à atteindre:

pour la Russie: assurer sa sécurité dans la Mer Noire, — sécurité fortement ébranlée par la nouvelle interprétation que l'Angeleterre cherche à donner aux Traités qui règlent la fermeture des Détroits.

pour l'Autriche: pour le présent, assurer sa nouvelle position acquise en Orient; — pour l'avenir, avoir la certitude que tout changement dans le statu quo de la Turquie d'Europe ne pourra s'accomplir que d'accord avec Elle.

pour l'Allemagne: asseoir sur des bases durables un système Européen favorable à sa sécurité et au maintien de la paix générale.

Enfin

pour les trois Puissances:

se garantir mutuellement contre les dangers des coalitions.

---

Projet de stipulations résumant les principes ci-dessus énoncés:

I.

Les trois Cours reconnaissent le caractère Européen et mutuellement obligatoire du principe de la fermeture des Détroits, tel qu'il découle des Traités existants. Elles veilleront en commun à ce que la Turquie ne fasse point d'exception à cette règle en faveur des intérêts particuliers d'une Puissance quelconque. En cas d'infraction, ou pour la prévenir si une pareille infraction était à prévoir, les trois Cours se reservent de convenir ultérieurement des mesures à prendre pour ramener la Turquie à la fidèle exécution de ses devoirs de neutralité en sa qualité de gardienne des Détroits. — (Ou bien: En cas

* Siehe die Anlage.

d'infraction, les Puissances signataires reconnaissent à la partie lésée le droit de considérer la Turquie comme s'étant placée en état de guerre vis-à-vis d'Elle).

II.

La Russie, se conformant à l'Allemange, déclare sa ferme résolution de respecter les intérêts qui découlent de la nouvelle position assurée à l'Autriche par le Traité de Berlin dans les territoires de la Turquie occupés par Elle. Les trois Cours se promettent que si, par suite d'évènements que nul ne peut prévoir, il survenait de nouvelles modifications dans le statu quo territorial de la Turquie d'Europe, ces modifications ne pourront s'accomplir qu'en vertu d'un commun accord entre Elles.

III.

Les trois Cours se promettent une neutralité bienveillante pour le cas où l'une d'Elles se trouverait en guerre; et Elles s'engagent à veiller à la localisation du conflit. Pour le cas spécial d'une guerre dans laquelle l'Allemagne serait engagée, et que cette dernière obtienne de l'un de ses deux alliés un concours plus positif, la valeur obligatoire du présent article n'en sera pas diminuée pour l'autre. —

## Nr. 519

## Aufzeichnung des interimistischen Leiters des Auswärtigen Amtes Botschafters Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 4. August 1880

pp. Herr von Saburow teilte mir mit, er habe von Herrn von Giers Antwort auf den geheimen Bericht erhalten, den er seinerzeit über seine Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler erstattet hat. Danach sei der Kaiser von Rußland mit dem von Herrn von Saburow ausgesprochenen und vom Herrn Reichskanzler gebilligten Gedanken einverstanden. Dieser Gedanke ist folgender:

Für den Fall, daß England in der Orientalischen Frage weiter vorgehen sollte, als dies den Interessen der Mächte entspreche, insbesondere, wenn die englische Flotte Anstalten mache, die Meerenge der Dardanellen zu passieren, würden sich Deutschland, Österreich und Rußland verständigen, um dieses Vorhaben durch eine gemeinschaftliche Erklärung zu hindern. Als ich Herrn von Saburow auf den Widerspruch aufmerksam machte, der zwischen seiner heutigen Auffassung und der vom 30. v. Mts. bestehe, wo er mir gesagt hatte, wenn England in der Orientalischen Frage vorgehe, so müsse Rußland, sofern die montenegrinische Grenzfrage nicht gelöst sei, ebenfalls in die Aktion eintreten, antwortete Herr von Saburow, diese Aktion werde

eben nur dann eintreten, wenn die montenegrinische Grenzfrage nicht gelöst sei. Diese werde aber jetzt geregelt werden, so daß dann nur die question des Détroits als die wichtigste für Rußland übrigbleibe. Saburow behauptete im Lauf des Gesprächs, Lord Odo* habe ihm als Verständigung zwischen Rußland und England vorgeschlagen, Rußland solle die Meerenge öffnen lassen, wogegen England Österreich verhindern werde, Saloniki in Besitz zu nehmen!

C. F. v. Hohenlohe

Nr. 520

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Wien, den 18. Dezember 1880

Baron Haymerle hat mich in zwei Unterhaltungen, die ich seit meiner Rückkehr mit ihm hatte, mit Fragen nach dem augenblicklichen Stande der geheimen Verhandlungen mit Rußland förmlich bestürmt, und schien es ihm schwer, sich darin zu finden, daß ich ihm nicht schon konkrete Vorschläge oder Mitteilungen mitbringen sollte. Es war ihm namentlich darum zu tun, zu wissen, ob russischerseits nicht neue Vorschläge nach Berlin gelangt seien[1].

Ich habe, mich an Euerer Durchlaucht Instruktionen haltend, gesagt, die Verhandlungen seien auf Wunsch des Wiener Kabinettes quasi sistiert worden, um letzterem Zeit zu lassen, mit den Delegationen beider Reichshälften fertig zu werden. Wenn auch der Faden dieser Verhandlungen nicht ganz hätte fallen gelassen werden können, so sei doch nichts geschehen, was weitere russische Äußerungen hätte provozieren können. Euere Durchlaucht wollten sich der Sache nun wieder zuwenden, wünschten aber auch zu wissen, welcher Ansicht er, der Minister sei, nunmehr, da die damals gefürchtete Delegationskampagne so glücklich für die Regierung beschlossen worden, und letztere durch keinerlei Fragen nach ihrem Verhältnis mit Rußland geängstigt worden sei.

Der Minister war nicht befriedigt durch meine Antwort, noch weniger schien er dies aber durch meine Frage zu sein. Seine Antwort ließ sich ungefähr in Nachfolgendem zusammenfassen:

Österreich-Ungarns Interesse läge ohne Zweifel darin, in einem guten Verhältnis zu dem großen Nachbarreich zu stehen. Um dieses Verhältnis zu befestigen, habe ihn Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph ermächtigt, in die Verhandlungen einzutreten, von welchen Euere Durch-

* Lord Odo Russell.

laucht ihm zuerst in Friedrichsruh* gesprochen hätten. Dieses sei auch heute noch die Absicht des hiesigen Kabinetts, und wolle dasselbe von Herzen gern in eine offene, ehrliche Besprechung eingehen. Das Vertrauen in die ehrlichen Absichten Rußlands sei aber kein großes, und eine große Vorsicht werde geboten sein, um nicht les dupes russischer Pläne zu werden.

Bisher, und zwar seitdem die Verhandlungen im Gange wären, habe aber Rußland keine Beweise des Entgegenkommens oder des Wunsches gegeben, ein besseres Verhältnis anzubahnen. Die Briefe des Herrn von Giers, die Freundschaftsversicherungen Saburows und Oubrils hätten für ihn, Baron Haymerle, wenig Gewicht, und Euere Durchlaucht würden dies gewiß auch zugeben, solange in fast allen Angelegenheiten auf der Balkanhalbinsel, wo ein österreichisches Interesse bestünde, oder auch nur, wo eine Bestimmung des Berliner Vertrages dem österreichischen Interesse günstig sei, in allen diesen Angelegenheiten die russischen amtlichen Organe stets sich auf der Seite befänden, wo Österreich nicht sei. Er wolle nur die bulgarische Eisenbahnfrage, die Donauschiffahrtsfrage, den serbischen Handelsvertrag nennen. Überall stieße Österreich auf den offenen oder versteckten Widerstand Rußlands[2]. Daß in der montenegrinischen Angelegenheit Rußland nicht abgeneigt gewesen wäre, Montenegro auf Kosten Österreichs zu entschädigen, dafür könne er zwar keine Beweise beibringen, aber Euere Durchlaucht würden diese Intrigen wahrscheinlich durch die Berichte des Grafen Hatzfeldt noch genauer kennen[3] als er selber. Daß der russische Einfluß durch viele Österreich nicht zugängliche Mittel auf der Balkanhalbinsel stärker sei als der österreichische, sei zu bedauern, aber nicht abzuändern. Rußland sollte denselben aber nicht ausschließlich dazu benutzen, Österreich Schwierigkeiten zu bereiten. Wolle Rußland freie Hand in dem nordöstlichen Teil dieser Halbinsel haben, so solle es Österreich freie Hand auf der südwestlichen lassen, und außerdem, wenn eine Neugestaltung der Länder am Balkan sich vollziehen werde, nicht von vornherein verhindern[4]**, daß für Österreich durch diese neuen Länderschöpfungen Feinde heranwüchsen[5]. In ein solches Verständnis einzu-

---

* Am 4. und 5. September 1880 hatte der österreich-ungarische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Baron Haymerle zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh geweilt. Über die zwischen beiden Staatsmännern gepflogenen Erörterungen liegt ein umfangreiches Diktat Bismarcks vom 8. September vor, das indessen erkennen läßt, daß jene Erörterungen „in Ermangelung der uns fehlenden praktischen Unterlagen keinen sehr präzisen Charakter haben konnten". Nach einem Begleitschreiben des Legationsrats Grafen zu Rantzau, dd. Friedrichsruh, den 9. September, waren die Äußerungen Haymerles so unbestimmt und unentschieden gewesen, „daß es dem Fürsten Bismarck schwer gewesen ist, den führenden Gedanken zu erfassen".

** Mutmaßlich verschrieben für „erstreben".

willigen, das würde kein österreichischer Minister vor sich und seinem Lande vertreten können.

Eine Vorbedingung, sich in Abmachungen mit Rußland einzulassen, die die künftige Gestaltung der Dinge auf der Balkanhalbinsel zum Objektiv haben sollten, sei daher die, daß die amtliche Tätigkeit der russischen Vertreter in Bukarest, Galatz, Sofia, Belgrad usw. den amtlichen Versicherungen des russischen Kabinetts entspräche. Würde hierin keine Remedur geschafft, so würde das nötige Vertrauen fehlen [6].

Der Minister setzte hinzu, er verkenne gewiß nicht die hohe Wichtigkeit einer anzustrebenden Garantie, daß man sich gegenseitig nicht angreifen wolle, wie solches ihm von Euerer Durchlaucht im letzten September als eines der Ziele unserer Verhandlungen bezeichnet worden, aber ohne die vorgängigen nötigen Beweise der Freundschaft würde eine solche Garantie nicht viel Wert haben [7]. Er fragte hierbei nach den Eindrücken, welche Euere Durchlaucht über die Dispositionen in Rußland hätten, und ob Sie Vertrauen in eine solche Garantie setzten? [8] Ich erwiderte, nach allen Informationen, die Euere Durchlaucht gesammelt hätten, wäre die Strömung in den maßgebenden russischen Kreisen eine friedliche, und der Kaiser Alexander in besserer Stimmung, als man dies hätte noch unlängst erwarten können. Daß wir wünschten, die Petersburger Politik in eine konservativere Richtung zu bringen und sie darin festzuhalten, wisse er. Jene Stimmung müsse daher benützt werden, und sei nicht außer acht zu lassen, daß, wie man höre, auch der Thronfolger nunmehr in die Ideen seines Vaters einginge. Die Früchte unserer Annäherung zu Österreich seien unverkennbar; die Russen hätten viel Wasser in ihren Wein gegossen [9], und wenn wir auch noch nicht viel anderes wüßten, als das, was auch ihm von den Eröffnungen des Herrn von Saburow an Fürst Hohenlohe* und des Herrn von Giers bekannt sei, so sei doch der Glaube berechtigt, daß das Petersburger Kabinett der Vernunft Gehör geben werde. Von den Panslawisten sei dies allerdings weniger zu erwarten; aber diese hätten doch nicht allein Sitz und Stimme im Rat des Kaisers.

Ich hätte dieses Gespräch am liebsten ganz vermieden, dies war aber, wie leicht vorauszusehen, nicht möglich. Euere Durchlaucht werden aus den vorstehenden Äußerungen des österreichischen Ministers aufs neue ersehen, wie sehr er sich fürchtet, sich irgendwie Rußland gegenüber zu binden, weil er überzeugt ist, betrogen [10] zu werden. Das Vertrauen, welches er in unsere bundesfreundliche Politik setzt, ist allein imstande, ihn darüber zu beruhigen, daß ein eventuelles Abkommen mit Rußland, welchem Euere Durchlaucht zustimmen sollten, nichts enthalten wird, was gegen das Interesse Österreichs gehen

---

* Siehe Nr. 519.

könnte. Darin, daß er sich hierin nicht irre, habe ich ihn auf das entschiedenste bestärken zu müssen geglaubt.

Ganz unrecht kann man dem Baron Haymerle nicht geben, wenn er sich über die Haltung der russischen Organe in den Balkanstaaten beklagt und darin ein Entgegenkommen gegen eine Macht, mit der man paktieren will, nicht zu erblicken vermag.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Noch nicht
[2] nicht auch vice versa?
[3] nein
[4] erstreben?
[5] ?
[6] die Rivalität wird doch immer bleiben, dagegen hilft ein Vertrag nicht; nur gegen controllirbare Handlungen
[7] dann hätte sie nur Werth wenn sie anfängt überflüssig zu werden.
[8] doch mehr als ohne.
[9] gewiß
[10] ohne noch leichter wie mit

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:
Ein Theil der russ[ischen] Macht, Kaiser u[nd] Thr[onfolger], wollen pactiren, der unbotmäßige Theil will nicht.

## Nr. 521

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Unsigniertes Konzept von der Hand des Legationsrats Grafen Herbert von Bismarck

Friedrichsruh, den 22. Dezember 1880

Ew. Durchlaucht gefälliges Schreiben vom 18 cr.* habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bin einigermaßen überrascht von der Dringlichkeit, mit welcher Baron Haymerle russische Vorschläge erwartet, nachdem ich auf seinen Wunsch mich jeder Förderung solcher enthalten habe und damit glaubte fortfahren zu sollen, bis ich von meinem Herrn Kollegen weitere Mitteilung erhielte. Mir ist diese Ungeduld nicht unerwünscht, aber ich bin nicht berechtigt, die mir bisher allein bekannten persönlichen Ansichten des Herrn von Saburow, deren Geheimhaltung ich habe zusagen müssen, ohne dessen Erlaubnis weiterzugeben und kann diese Erlaubnis so lange nicht beanspruchen, als er nicht die Sanktion seines Kaisers für seine Ansichten erhalten hat. Wie Ew. bekannt ist, geht er zu diesem Behuf nach Petersburg und erwartet dann, vor amtlicher Mitteilung dessen, was der Kaiser Alexander etwa billigen wird, zunächst durch mich einige Wahrschein-

* Siehe Nr. 520.

lichkeit darüber zu erhalten, daß russische Vorschläge bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph überhaupt ein geneigtes Ohr finden werden. Diese Sondierung hat ihre Schwierigkeiten, — und doch glaube ich, wird sie in irgendeiner Weise vorgenommen werden müssen; denn wenn der Kaiser Alexander so entgegenkommende Vorschläge macht, wie Herr von Saburow hofft, und diese begegneten in Wien einer einfachen Ablehnung auf Grund des nach Ew. Schreiben in gleicher Stärke wie früher vorhandenen Mißtrauens, so würden die Beziehungen unserer beiden Nachbarreiche schlechter werden wie bisher, und ich müßte mit meiner diplomatischen Kampagne und ihren Ergebnissen sehr unzufrieden sein.

Mir scheint, daß Baron Haymerle an die Wirkung eines Abkommens mit Rußland zu hohe Anforderungen stellt, wenn er von einem solchen erwartet, daß die in der Natur der Dinge liegenden Rivalitäten beider Mächte auf der Balkanhalbinsel damit sofort gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Liebe Platz machen sollen. Diese Gefühle bestanden auch von 1815 bis 48 zwischen beiden Nachbarn nicht, und doch gelang es ihnen, die Wohltat des Friedens miteinander über 30 Jahr lang zu erhalten. Allerdings ist die russische Macht nicht mehr so einheitlich, wie sie damals war: ein Vertrag mit dem Kaiser und selbst mit dem Thronfolger dazu, bindet heutzutage nur einen Teil der russischen Macht; ein anderer bleibt unbotmäßig und treibt Politik auf eigene Hand. Daß man durch einen solchen Dualismus bei Abschlüssen „betrogen" werden kann, wie Baron Haymerle sagt, ist nicht zu leugnen; aber o h n e Vertrag mit dem Kaiser wird das noch leichter möglich sein. Ein Vertrag mit Rußland hat immer seinen Wert als Schutz gegen Schädigung, und die Garantien gegen eine solche, welche Österreich in unserem Bündnis bereits besitzt, würden durch Hinzutritt eines Abkommens beider mit Rußland weder geschwächt noch gelockert. Wenn Baron Haymerle der Meinung ist, daß ohne „vorgängige Beweise der Freundschaft" eine russische „Garantie" nicht viel Wert habe, so klingt das, als ob er die Garantie erst dann haben will, wenn er sie wegen der Freundschaft nicht mehr braucht, und wenn er mich fragt, ob ich Vertrauen zu Rußlands Dispositionen hätte, so antworte ich darauf: „Mit Vertrag doch immer noch mehr als ohne." Ein solcher Vertrag, eine solche Garantie, könne aber nur äußerlich erkennbare Staatsaktionen zum Gegenstand haben. Gegen unkontrollierbare diplomatische Einwirkungen und Intrigen kann ein Vertrag keine Bürgschaft herstellen. Der Kampf der diplomatischen Rivalität hat auch zwischen den besten Freunden und Bundesgenossen nicht immer abgeschafft werden können: zwischen Österreich-Ungarn und Rußland aber liegt augenblicklich die Interessenfrage nicht so, daß wir Freundschaft und Liebe gegenseitig erwarten können, sondern wir wenigstens sind froh, wenn es nur gelingt, in F r i e d e n mit einem Nachbar zu leben, mit dem der Krieg nicht nur ein Übel wie alle

Kriege ist, sondern auch ohne jeden wünschenswerten Kampfpreis im Fall des Sieges.

Ich weiß nicht, ob ich überhaupt in die Lage kommen werde, artikulierte russische Vorschläge in Wien befürworten zu können; aber für den erwünschten Fall, daß es soweit käme, bitte ich Ew., mit Vorsicht und Wohlwollen das Mißtrauen meines österreichischen Herrn Kollegen nach Kräften zu mildern und ihm das Sprichwort vorzuhalten: que le mieux est l'ennemi du bien. Wenn Baron Haymerle „überall" auf offnen und versteckten Widerstand Rußlands stößt, so möchte ich vermuten, daß die russischen Staatsmänner auf der Balkanhalbinsel vice versa den analogen Eindruck von der österreichischen Politik haben. Die Unmöglichkeit, das Ringen um Einfluß auf diesem gemischten Gebiete ganz abzustellen, sollte uns nicht abhalten, die Garantien des Friedens zu erstreben, welche uns erreichbar sind.

Ich würde schon jetzt Ew. bitten, offen mit Baron Haymerle zu sprechen — nicht über russische Vorschläge, solange ich zum Schweigen über dieselben verpflichtet bin, sondern in der Form, daß ich eigene diesseitige machte — wenn ich nicht fürchtete, daß die Fühlfäden der Presse dort auch in Verhandlungen eindringen, zu deren Gelingen Geheimhaltung unentbehrlich ist. Diese Besorgnis macht mich vorsichtiger, als ich sonst verfahren würde. —

## Nr. 522

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Ausfertigung

Wien, den 25. Dezember 1880

Euerer Durchlaucht

hochgeneigte Zuschrift vom 22. d. Mts.*, die Verhandlungen mit Rußland betreffend, habe ich mit gehorsamstem Dank heut zu erhalten die Ehre gehabt.

Seitdem ich über meine erste Unterredung mit Baron Haymerle vom 18. d. Mts. berichtet habe, ist dieser Minister nochmals, und zwar gestern, wieder auf diesen Gegenstand zurück- und mit seinen Gedanken mehr herausgekommen, ohne daß ich dazu Veranlassung gegeben hätte.

Er las mir nämlich eine Aufzeichnung vor, die er über unser erstes Gespräch gemacht hatte, und gestattete mir, Notizen zu machen, die weiter unten folgen werden. Er wollte diese Aufzeichnung ganz geheim halten und nur dem Grafen Kálnoky** Kenntnis davon geben, der mor-

---

* Siehe Nr. 521.

** Seit Juli 1879 österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.

gen wieder auf seinen Posten zurückgeht. Der Minister motivierte diese Mitteilung an mich dadurch, daß er sagte, es läge ihm viel daran, daß Euere Durchlaucht ganz genau über seine Gedanken informiert wären. Diskutiert habe ich seine Äußerungen nicht; dieselben sind genauer präzisiert als seine damaligen mündlichen Auslassungen, über die ich schon berichtete, und immerhin nützlich für die Beurteilung der heutigen Absichten des Wiener Kabinetts. Daß es darin wieder an Restriktionen nicht fehlt, wird Euere Durchlaucht nicht überraschen.

Mir scheint, daß das Ängstliche, ich möchte sagen Gequälte, in den Auffassungen des Baron Haymerle wohl weichen dürfte, wenn er einmal erst wissen wird, daß das projektierte Abkommen den Frieden Europas zu sichern imstande ist, welchen Österreich-Ungarn ebensosehr braucht als wir; dies ist die Zauberformel, die ich nicht aussprechen darf, und die der ganzen Sache ein anderes Ansehen gibt. Er müßte, so sollte ich glauben, dann einsehen, „que le mieux est l'ennemi du bien", und daß die Balkanfrage nicht die vornehmste sei, durch die Österreich bekümmert werden kann.

Der Minister sagt nun in seinen Aufzeichnungen, nachdem er in korrekter Wiedergabe meine Äußerungen angeführt, er erkenne den ganzen Wert, den es für den Frieden Europas hätte, wenn es gelänge, die Möglichkeit eines Interessenkonfliktes zwischen Österreich, Deutschland und Rußland auf Jahre hinaus auszuschließen. Er ist bereit, hierzu in den Grenzen, welche seine Äußerungen in Friedrichsruhe bezeichnen, mitzuwirken. Wenn er auch, wie ich ihm zu verstehen gegeben, dabei kein großes Empressement gezeigt habe, so könne doch kein Zweifel an seinem guten Willen, zu einem Einverständnis zu kommen, vorhanden sein.

In der Beurteilung der friedlichen Absichten Rußlands möchte er zwei Seiten der dortigen Politik unterscheiden, die e r s t e r e, die europäische Politik im allgemeinen, wobei es sich darum handele, ob Rußland in einem gegebenen Moment es mit Frankreich halten werde oder nicht, die z w e i t e, die russische Orientpolitik. Die erste ließe sich genau kontrollieren, bei der zweiten gäbe es eine Feindseligkeit, die ohne kriegerische Absichten doch Komplikationen hervorrufen könne, die dann zum Kriege führten. Hier müßte sich, wenn vertrauensvolle Beziehungen erreicht werden sollen, eine Umkehr[1] betätigen zu einer wirklich beruhigenden, konservativen Politik.

Wenn nun Österreich unter Voraussetzung einer solchen Umkehr bereit ist, in einen Meinungsaustausch mit Rußland einzutreten, so glaubt der Minister, daß die Erörterung sich nicht auf die ganze Orientfrage, auf eine Regelung derselben für die ganze Zukunft, auf Spekulationen für einen Zusammenbruch der Türkei und eventuelle Teilungspläne zu erstrecken habe. In diesem Falle würden sich die Gegensätze so schroff zeigen, daß die Anbahnung eines guten Verhältnisses daran scheitern könnte. Die Verhandlung müßte daher auf die Frage be-

schränkt werden, wie sie in den Schreiben von Saburow und Giers gestellt war. Das heißt, Rußland wolle die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien nicht beschleunigen; wenn sich diese Vereinigung aber durch die Macht der Tatsachen von selbst vollziehen sollte, würde Österreich-Ungarn sich dem nicht entgegenstellen. Rußland biete hierfür die Zusicherung, daß die Bewegung sich nicht auf Mazedonien erstrecken werde, sowie seine Zustimmung zur definitiven Annexion Bosniens, der Herzegowina, auch eventuell Novibasars.

Auf dieser Basis wäre er nun bereit, unter gewissen Bedingungen in Pourparlers einzutreten. Bestimmte Äußerungen über Details und Bedingungen könne er in der Unterhaltung nicht formulieren, wolle zur Orientierung nur Folgendes bemerken:

Das Verlangen de ne pas s'y opposer schließe jede mehr als negative Leistung aus, d. h. keine positive Förderung der Bulgarischen Union und Ausübung einer Pression auf die Pforte. Höchstens könne Österreich-Ungarn nur entschieden von der Besetzung des Balkans abraten; diesem aus dem Berliner Vertrag fließenden Recht entgegenzutreten, sei unmöglich.

Der Minister könne keine Garantie darin erblicken, wenn eine Regierung, deren Erklärungen von der „Macht der Tatsachen" abhängen, verspricht, daß die Bewegung sich nicht auf Mazedonien erstrecken solle. Österreich müsse daher von vornherein erklären, daß in dem Moment, wo die Bewegung, wie immer auch, nach Mazedonien hinübergriffe, das Einverständnis als hinfällig zu betrachten sein werde.

Zur Annexion Bosniens hätte man bereits die Zustimmung Rußlands, jedoch konveniere der Zeitpunkt noch nicht, dieselbe auszusprechen. Da aber die russische Regierung einen gewissen Zweifel in die Verbindlichkeit dieser ihrer Zusage geäußert, so lege man hier Wert darauf, daß dieselbe bekräftigt werde.

Nach diesen vorläufigen Andeutungen kommt der Minister auf die Vorbedingung zu sprechen, die er im beiderseitigen Interesse als Voraussetzung einer Verständigung betrachte. Wenn Österreich-Ungarn ein Einverständnis pflegen solle, so müsse dies in voller Aufrichtigkeit geschehen und in der Überzeugung, daß damit die Sache des Friedens und das konservative Interesse gefördert werde. Fürst Bismarck würde der erste sein, es naiv zu finden, wollte Österreich an seinen Grenzen ein Staatengebilde schaffen, welches der Monarchie feindselig gegenüberstünde. Die Länder, um die es sich handelt, stehen unter dem entschiedenen Einflusse Rußlands. Die russischen Agenten dort scheinen aber nur nach der Richtschnur zu handeln, nämlich gegen alles aufzutreten, was Österreich will. Diesem Kampfe begegne Österreich überall, wo seine Rechte und Interessen in Frage sind, auch wenn sie mit den russischen nicht kollidieren; in Serbien, Rumänien, Bulgarien und neuerdings auch in der Donaufrage, selbst da, wo offizielle russische Zusagen die Hülfe Rußlands versprachen.

Österreich könne die Haltung der russischen Regierung nur nach dem Vorgehen ihrer Organe beurteilen.

Die Vorbedingung[2] sei also die, daß die Haltung der russischen Agenten dem zwischen den Kabinetten anzubahnenden Verhältnis entspreche. Jedenfalls sei es vorzuziehen, wenn das Petersburger Kabinett, wenn es glaubt, Divergenzen mit Österreich zu haben, sich direkt mit diesem auseinandersetze, anstatt im Wege des Gezänkes unter den betreffenden Agenten.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Schwerlich, aber Ruhe
[2] oder Consequenz?

Nr. 523

## Der russische Botschafter in Berlin von Saburow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

Personnelle — Berlin, mardi le 14 janvier [1881]

Un courrier m'a apporté ce matin les premières impressions de Pétersbourg qui m'ont fait extrêmement plaisir. — La lettre de Mr. de Giers me fait l'air d'un véritable: Allelouia. —

J'en ai fait une copie pourque Votre Altesse puisse la garder chez Elle, si Elle le désire. A cette date, on n'avait pas encore reçu à Pétersbourg mes dernières lettres au sujet du changement dans l'ordre de bataille et du transfert du Grand-Duc de l'avant-garde à la réserve.

Quant aux lettres d'Oubril que Vous trouverez sous ce pli, et qui sont dans l'original, je Vous prie, mon Prince, de vouloir bien me les restituer, car je dois les renvoyer à Pétersbourg.

Je ne comprends pas qu'Oubril ait été réservé vis-à-vis de Reuss, car ce n'était certainement pas dans ses instructions. Il lui avait été même recommandé de s'entendre avec Reuss sur les nuances du langage à tenir à Haymerlé.

Sabouroff

Anlage

Der Gehilfe des russischen Ministers des Äußern von Giers an den russischen Botschafter in Berlin von Saburow

Abschrift von der Hand Saburows

Très secrète — St. Pétersbourg, le 2/14 janvier 1881

Votre expédition du 29 Décembre a été lue par l'Empereur avec un vif intérêt. Sa Majesté en a été très satisfaite. Je Vous ai transmis

par le télégraphe l'approbation que notre auguste Maître a donnée aux modifications convenues entre Mr. le Prince Bismarck et Vous. L'esprit dans lequel elles sont conçues ainsi que les annotations du Chancelier sur les lettres du Prince de Reuss, sont aux yeux de l'Empereur un témoignage irrécusable des dispositions que Son Altesse apporte dans la poursuite de notre but commun, c. à d. la reconstitution de l'entente des trois Cours Impériales sur des bases solides, à l'abri de toute réticence et de tout malentendu.

Vous connaissez trop les sentimens de notre auguste Maître pour que j'aie besoin de Vous assurer combien Sa Majesté se félicite de ce résultat ainsi que de l'accueil empressé qu'il a rencontré de la part de l'Empereur Guillaume. Notre auguste Maître se plaisait à y compter. L'intime union des deux augustes Souverains est la base même de cette entente si précieuse pour les deux Empires et pour la paix du monde. Elle est le meilleur gage de la loyauté et de sa solidité. Mais la ferme adhésion du Prince de Bismarck y ajoute une garantie essentielle, et l'Empereur aime à reconnaître la part que Vous y avez eue.

Il reste à attendre le consentiment de l'Autriche. A cet égard, Sa Majesté a quelques doutes. Toutefois, l'ascendant du Prince de Bismarck à Vienne est si puissant, qu'il peut réussir à triompher des scrupules de Mr. de Haymerlé. Aussi notre auguste Maître a-t-il approuvé, ainsi que je Vous l'ai mandé, le mode de procéder suggéré par le Prince de Bismarck. Il est à la fois prudent et pratique. Sa Majesté compte sur les dispositions personnelles de l'Empereur François-Joseph. Il était essentiel qu'elles ne puissent pas être circonvenues d'avance. L'influence personnelle du Grand-Duc de Saxe-Weimar sera précieuse sous ce rapport. — L'Empereur approuve donc Votre intention de préparer le pro-memoria dont Vous parlez, pour le lui remettre quand il viendra à Berlin. Sa Majesté trouve également très pratiques les raisons qui déterminent le Prince de Bismarck à recourir à l'intermédiaire du Prince de Reuss dans cette négociation délicate. L'Empereur le connaît et a pleine confiance dans son tact et son dévouement à la cause commune aux trois Cours Impériales.

L'affaire nous paraît donc placée sur le meilleur terrain et sous les auspices les plus favorables.

Quoi qu'il en advienne, il restera toujours de ces pourparlers un germe qui rapprochera les trois Cours et écartera une bonne partie des préventions et des défiances qui nous séparent de l'Autriche bien plus que les véritables intérêts.

Ne laissez pas ignorer au Prince de Bismarck l'excellente impression produite sur l'Empereur par ses annotations sur la correspondance du Prince Reuss, et dont il Vous a fait la confidence. Elles attestent qu'il nous connaît bien, apprécie avec équité nos intérêts légitimes et rend justice à nos intentions.

Ce sont là les conditions d'une sincère et loyale entente. Le Prince peut compter de notre part sur une entière réciprocité.

Je vous envoie ci-près pour Votre information, avec prière de me les restituer, des lettres de Mr. d'Oubril rendant compte de ses premiers entretiens avec Mr. de Haymerlé. Il a dû être, vraisemblablement, très réservé, et son interlocuteur n'a sans doute pas été très satisfait de cette réserve. Il est évident qu'à Vienne on goûte peu ces ententes préalables entre nous et l'Allemagne. Nous croyons donc, comme le Prince de Bismarck, qu'il est temps d'entamer la négociation à Vienne, et nous comptons sur son habilité pratique et son ascendant personnel pour la mener à bonne fin.

Je crois Vous avoir rendu compte du sens des annotations de Sa Majesté l'Empereur sur Vos lettres, et Vous avoir ainsi mis au courant de toutes les impressions de Sa Majesté.

(signé) Giers

## Nr. 524

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Reinkonzept nach Diktat, unsigniert

Nr. I Berlin, den 17. Januar 1881
Geheim

Bei meinem letzten Schreiben an Euere pp. war ich noch nicht imstande, die Frage des Baron Haymerle in betreff des Standes der russischen Annäherung zu beantworten, weil die Vorschläge des Herrn von Saburow, die ich nach Wien hätte übermitteln können, nur dann einen Wert hatten, wenn ihnen die Zustimmung des Kaisers Alexander gesichert war. Es war dies in bezug auf einige in Friedrichsruh von mir vorgeschlagene Amendements zu den russischen Propositionen noch ungewiß, und erst die Reise des Herrn von Saburow nach St. Petersburg und seine mündlichen Vorträge bei dem Kaiser Alexander haben darüber Klarheit geben können. Die Form, welche die russischen Vorschläge unter der Einwirkung meiner Verhandlungen mit dem russischen Botschafter erhalten haben, wollen Euere pp. aus dem anliegenden Entwurf des Abkommens* entnehmen. Herr von Saburow sagt mir, daß auch der Großfürst-Thronfolger von seinem Herrn Vater zu den geheimen Beratungen zugezogen worden sei und sich in Gegenwart Saburows unumwunden für Sicherstellung des Friedens ausgesprochen habe.

Daß durch das fragliche Abkommen, wenn es von den drei Kaisern angenommen wird, eine starke Bürgschaft für den Frieden mehr geschaffen wird, als bisher existiert, ist nicht zweifelhaft. So groß auch

* Siehe Anlage II.

das Mißtrauen Baron Haymerles gegen Rußland sein mag, so wird mein österreichischer Herr Kollege doch nicht bestreiten, daß ohne vertragsmäßige Versprechungen das Mißtrauen in die russische Politik immer noch berechtigter bleibt als nach einer kaiserlichen Zusage, Frieden halten zu wollen.

Wenn die russische Politik gegenwärtig bedenkliche Absichten hätte, so würde sie vermeiden, sich die Verwirklichung derselben durch die Herstellung der Barriere zu erschweren, welche durch ein kaiserliches, zwei benachbarten Monarchen gegebenes Wort neu errichtet werden soll. Suchte Rußland gegenwärtig Krieg oder Verwirrung, so würde es die Dinge in statu quo lassen und unsere Annäherungsversuche in freundlicher Form dilatorisch behandelt haben. Daß dies in keiner Weise der Fall gewesen, daß Rußland im Gegenteil die Initiative ergriffen hat, um das Wort des Kaisers für friedliche Politik zu verpfänden, darin sehe ich einen Beweis des Sieges der friedliebenden und konservativen Elemente der russischen Politik über die chauvinistischen; ein Eindruck, der dadurch bestätigt wird, daß auch der General Miljutin gegenwärtig Frieden und Ersparnis predigt, wenn es ihm auch technisch schwer sein wird, das Prinzip der Sparsamkeit plötzlich und schon in diesem teuern Jahr praktisch zur Anwendung zu bringen, nachdem er bisher die entgegengesetzte Strömung so eifrig gefördert hat.

Wie Euerer pp. bekannt ist, hat die Gewißheit, daß Deutschland wie Österreich-Ungarn von Rußland isoliert nicht angegriffen werden können, bei uns die Überzeugung nicht vermindert, daß ein Krieg mit Rußland, auch wenn er siegreich geführt würde, für keinen der beiden Bundesgenossen ein erwünschtes Ereignis sein würde, weil es immerhin ein gefährlicher Krieg und ein Krieg bleibt, der für uns kein annehmbares Kampfziel hat. Es bleibt deshalb nach wie vor unsere Aufgabe, dahin zu wirken, daß die Wahrscheinlichkeit eines solchen Krieges vermindert und kein Mittel zurückgewiesen werde, welches diesem Zwecke dienen kann. Ein Abkommen auf der Basis der Anlage wäre ein wesentliches Hülfsmittel zu diesem Zweck, und ich sehe kein Bedenken von gleichem Gewichte, welches uns abhalten könnte, es in Anwendung zu bringen. Seine Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, teilt diese meine Ansicht vollständig und hat in dem anliegenden eigenhändigen Schreiben* an den Kaiser Franz Joseph derselben in dem gleichen Gedankengange, wie er hier entwickelt ist, Ausdruck gegeben. Seine Majestät hat mir das Schreiben, soweit es fertig war, gestern vorgelesen; der sachliche Inhalt desselben deckt sich, wenn auch in kürzerer Form, mit dem dieser Instruktion, und hoffe ich, Euerer pp. auch von dem Text selbst, soweit der Kaiser Konzept behalten hat, Abschrift schicken zu können. Das Original bitte ich Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph übergeben zu wollen.

---

* Siehe Anlage I.

Was den Inhalt des anliegenden Entwurfes betrifft, so wollen Euere pp. dem Baron Haymerle gegenüber die Gründe, die seine Annahme auch durch Österreich wünschenswert erscheinen lassen, in folgendem geltend machen.

Der Artikel I gewährt für Deutschland die Sicherheit gegen Beteiligung Rußlands an französischen, und für Österreich-Ungarn gegen Ermutigung italienischer oder italienisch-französischer Unternehmungen durch Rußland. Die italienische Regierung, insbesondere wenn die republikanische Partei französische Anlehnung findet, ist vielleicht nicht immer imstande, gesetzlose Unternehmungen zu hindern, wenn solche von russischer Seite Ermutigungen fänden, und in Frankreich haben wir bei der zweideutigen Haltung Gambettas keine Sicherheit für die Fortdauer der jetzigen friedlichen Politik uns gegenüber. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß Österreich von Italien oder Deutschland von Frankreich werde angegriffen werden, wenn nicht Aussicht auf russische Beteiligung gegen den Angegriffenen vorher zur Wahrscheinlichkeit geworden ist. Der Artikel I würde die Quelle für solche russischen Ermutigungen abschneiden. Für Rußland selbst hat dieser Artikel nur den Westmächten und der Türkei gegenüber Bedeutung. Er würde den russischen Chauvinisten den Vorwand benehmen, die nationale Stimmung durch das Gespenst einer europäischen Koalition gegen Rußland aufzuregen, und wenn Rußland Händel mit der Türkei suchte, so würde das 3. Alinea des Artikels II, noch mehr aber die von mir vorgeschlagene alternative Fassung des Artikels I Anwendung finden, nach welcher das ganze Abkommen auf einen türkischen Krieg nur in dem Falle Anwendung findet, daß alle drei Mächte sich vorher über das Resultat eines solchen Türkenkrieges verständigt haben. Mißlänge diese Verständigung, so fände auch das ganze Abkommen auf einen solchen Türkenkrieg keine Anwendung.

Der Artikel II wiederholt zunächst das russische Anerkenntnis des österreich-ungarischen Besitzstandes in der Türkei und deutet in seinem Schlußsatze den Weg an, wie dieses Anerkenntnis unter die Punkte aufzunehmen sei, über welche „une entente a déjà été établie en principe“; unter diese Punkte würde namentlich Novibasar gehören. Das 2. Alinea des Artikels II hat den Zweck, die Kämpfe der lokalen Agenten auf der Halbinsel durch den Einfluß der Regierungen abzustellen. Das 3. Alinea macht Veränderungen im status quo auch in Bulgarien und Rumelien, da beide zur europäischen Türkei gehören, von dem Einverständnis aller 3 Mächte abhängig. Das 4. Alinea des Artikels II bildet die abgeschwächte Wiederholung des in dem 3. Alinea Artikels I (alternative Fassung) ausgedrückten Prinzips. Diese Wiederholung ist die Folge der späteren Einfügung des Satzes in die jüngere (alternative) Redaktion von Artikel I; sie beizubehalten, scheint mir unschädlich, wenn auch nicht notwendig.

Der Artikel III enthält meiner Ansicht nach nur die Wiederholung

eines auch ohne neues Abkommen feststehenden völkerrechtlichen Satzes; da indessen Rußland auf das ausdrückliche Bekenntnis zu dem bestehenden Rechte Wert legt, so haben wir meines Erachtens keinen Grund, uns dessen zu weigern.

Ich würde mich freuen, wenn es Euerer pp. gelänge, bei Baron Haymerle und Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph den vorstehenden Gesichtspunkten, die unsere Politik leiten, Eingang zu verschaffen, um auch dieses diplomatische Mittel zur Sicherung des Friedens in demselben Sinne mit uns Hand in Hand nutzbar zu machen, wie wir es vor einem Jahr mit unsern militärischen Mitteln eventuell in defensivem Sinne in Aussicht genommen haben. Der jetzige Vorschlag eines Abkommens zu Dreien geht nicht so weit, wie unser mit Österreich bestehendes Abkommen, es würde zu keiner aktiven Leistung verpflichten; es nimmt eine kriegerische Leistung für keinen Fall in Anspruch, sondern nur gegenseitige kaiserliche Versprechungen, Frieden untereinander halten und auf Beteiligung an kriegerischen Koalitionen gegeneinander verzichten zu wollen.

Ich habe durch Herrn von Saburow die amtliche Zusicherung erhalten, daß man in St. Petersburg an den anliegenden Text sich binden wolle, wenn derselbe in Wien eine entgegenkommende Aufnahme fände. Unter letzterer verstehe ich nicht notwendig die einfache Annahme des Vorgeschlagenen, obschon ich über diese sehr erfreut sein würde, sondern nur die Bereitwilligkeit, auf der gegebenen Basis über gegenseitigen Austausch von Friedensbürgschaften verhandeln zu wollen. Für Amendierungen, welche dieser Tendenz nicht widersprechen, würde ich die weitere Vermittlung gern übernehmen.

Euere pp. wollen hiernach dem Baron Haymerle die Eröffnungen machen, zu welchen Sie vorstehend ermächtigt sind, und mir über die Aufnahme gefälligst Bericht erstatten.

### Anlage I

## Kaiser Wilhelm I. an Kaiser Franz Joseph von Österreich

Konzept. Anfang und Schluß von der Hand des Kaisers*

Als wir uns zum Erstenmale nach unseren Abmachungen vom Herbst 1879 wiedersahen, sagte ich Dir, daß durch diese Abmachungen die Principien des sogenannten 3 Kaiser Bündnisses, nicht altérirt werden sollten, u[nd] daß Rußland in irgend einer Art wieder mit uns Beiden näher gestellt werden müsse. Denn daß ein gewisses Mißtrauen über unsere Abmachungen, so weit sie in die Öffentlichkeit getreten waren, bestehet, ist nicht zu leugnen. Der Zeitpunkt zu dieser Annäherung

* In dem Konzept des Briefes waren die Worte: „ich, mein, mir, mich, wir, uns" mit großen Anfangsbuchstaben geschrieben. Kaiser Wilhelm I. aber hat die großgeschriebenen Anfangsbuchstaben gestrichen und durch kleine ersetzt.

scheint mir jetzt gekommen zu sein. Durch jene Abmachungen* vom Herbst 1879 haben wir uns gegenseitig gegen die Gefahren eines russischen Krieges nach Möglichkeit gesichert, und hat infolgedessen, wie es scheint, die Kriegspartei in Rußland an Einfluß und Ansehen verloren, so daß die Wahrscheinlichkeit, den Frieden durch Rußland gestört zu sehen, sich in erfreulicher Weise vermindert hat. Ich meine aber, daß wir deshalb nicht darauf verzichten sollten, sie auch weiter zu vermindern, soviel wir können; denn Du wirst mit mir gleicher Meinung darüber sein, daß ein Krieg mit Rußland, und selbst ein siegreicher, immer ein Übel bleibt, welches ein jeder von uns, so lange es möglich ist, gern verhüten wird. Unsere Länder haben keine Bedürfnisse und Wünsche, deren Erfüllung durch einen Krieg mit Rußland gewonnen werden könnte, und der Friede ist für unsere Staaten jederzeit eine Wohltat, zu deren Erhaltung wir beiderseits tun, was wir können. In diesem Sinne bin ich seit Abschluß unseres Vertrages vom Oktober 1879 darauf bedacht gewesen, dem Eintritt der Gefahr, gegen welche wir uns gegenseitig Beistand zugesagt haben, durch vorsichtige und freundliche Behandlung unseres russischen Nachbarn vorzubeugen. Seit der Fürst Gortschakow den Geschäften ferner getreten ist, hat mein Kanzler in der Person des jetzigen russischen Botschafters von Saburow ein Organ gefunden, um durch Vermittlung, teils des Herrn von Giers, teils des Kaisers Alexander selbst Auskunft darüber zu erhalten, welche Bürgschaften Rußland zur Erhaltung des Friedens geben oder verlangen möchte. Nachdem Fürst Bismarck mit Baron Haymerle schon im letzten Herbst in Friedrichsruh zu einem allgemeinen Gedankenaustausch hierüber gelangt ist und bei Deinem Minister die Bereitwilligkeit gefunden hat, in dem mit den Interessen Deiner Staaten verträglichen Maße diesem Streben entgegenzukommen, hat er unter meiner Zustimmung mit Herrn von Saburow einen Entwurf vereinbart, den dieser während des Weihnachtsfestes persönlich in St. Petersburg befürwortet hat. Der Kaiser Alexander und in gleicher Weise der Großfürst-Thronfolger haben sich bereit erklärt, auf ein Abkommen der Art einzugehen, wenn mein desfallsiger Vorschlag bei Dir eine günstige Aufnahme finden wird. Ich habe deshalb den Prinzen Reuß ermächtigt, mit Deiner Regierung durch Baron Haymerle über diesen Vorschlag in Unterhandlung zu treten, und würde mich freuen, wenn der Gedanke, der darin Ausdruck findet, bei Dir eine freundliche und entgegenkommende Aufnahme fände. Ich sehe in einem Abkommen der Art einmal wertvolle materielle Zusagen, dann aber auch ein großes moralisches Gewicht in der Wagschale des europäischen Friedens und der monarchischen Politik gegenüber den Bewegungen, welche den Westen Europas erschüttert haben und noch erschüttern können, und infolge deren das republikanische Prinzip auch über die Grenzen Frankreichs hinaus Erfolge haben kann. Das mora-

* Bis hierher von der Hand des Kaisers.

lische Gewicht der drei großen Monarchien, soweit sie zusammenhalten, ist hinreichend, um ihnen selbst, und vielleicht auch dem übrigen Europa, Sicherheit gegen die Gefahren der Anarchie zu geben. In diesem Sinne würde ich Wert schon darauf legen, daß überhaupt irgendein Abkommen zwischen den drei Reichen zustande käme und der Welt den Eindruck machte, daß die monarchische Solidarität durch die Verschiedenheit politischer Interessen nicht aufgehoben wird. Wir haben im Innern unserer Staaten große Aufgaben zu erfüllen, für welche wir des Friedens bedürfen, und das Deutsche Reich ist seinem ganzen Charakter nach eine defensive Macht, zufrieden mit ihrem Bestande und nur der Befestigung und Verbesserung seiner inneren Einrichtungen bedürftig. Die politische Auffassung, welche sich hieraus für mich ergibt, ist, wie ich zu meiner Freude weiß, auch die Deinige, und ich darf daher hoffen, daß die Mitteilung, welche ich Dir von dem Ergebnisse des Gedankenaustausches mit Rußland in der Anlage machen kann, bei Dir eine wohlwollende Aufnahme finden werde.

*Möge dieser neue Beweis meiner Freundschaft u[nd] meines wahren Vertrauens dieselben Gesinnungen bei Dir [und] Erwiderung finden ppp.

Berlin $\frac{16.1.}{81.}$ W.

Anlage II

## Entwurf zum Drei-Kaiser-Bündnis**

I.

Les trois Cours de Russie, d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie se promettent que si un différend ou un grief venait à surgir entre deux d'entre Elles, ce différend serait déféré à la médiation de la troisième, pour être ensuite aplani par un accord à trois.

Dans le cas où l'une d'Elles se trouverait forcée d'être en guerre avec une quatrième Puissance, les deux autres maintiendront à son égard une neutralité bienveillante et veilleront à la localisation du conflit.

Pour le cas spécial où l'une d'Elles obtiendrait de l'un de ses deux Alliés un concours plus positif, la valeur obligatoire du présent article restera dans toute sa vigueur pour la troisième.

II.

La Russie, d'accord avec l'Allemagne, déclare sa ferme résolution de respecter les intérêts qui découlent de la nouvelle position assurée à l'Autriche par le Traité de Berlin et définie en dernier lieu par sa convention avec la Turquie au sujet de l'occupation de certaines parties du territoire Ottoman.

* Von hier ab wieder von der Hand des Kaisers.
** Siehe die endgültige Fassung in Nr. 532.

Les trois Cours, désireuses d'éviter tout désaccord entre Elles, s'engagent à tenir compte de leurs intérêts respectifs dans la Péninsule des Balcans. Elles se promettent, de plus, que de nouvelles modifications dans le statu quo territorial de la Turquie d'Europe ne pourront s'accomplir qu'un vertu d'un commun accord entre Elles.

Si l'une des Puissances se croyait forcée de faire la guerre à la Turquie, Elles se concerterait préalablement avec les deux autres sur les résultats éventuels de cette guerre.

Afin de faciliter l'accord prévu par le présent article, accord dont il est impossible de prévoir d'avance toutes les modalités, les trois Cours constateront dès à présent, dans des communications confidentielles entre Elles, les points sur lesquels une entente a déjà été établie en principe.

III.

Les trois Cours reconnaissent le caractère européen et mutuellement obligatoire du principe de la fermeture des Détroits du Bosphore et des Dardanelles, fondé sur le Droit des Gens et confirmé par les Traités.

Elles veilleront en commun à ce que la Turquie ne fasse pas d'exception à cette règle en faveur des intérêts particuliers d'un Gouvernement quelconque, en prêtant à des opérations guerrières d'une Puissance belligérante la partie de son Empire que forment les Détroits.

En cas d'infraction, ou pour la prévenir si une pareille infraction était à prévoir, les trois Cours avertiront la Turquie qu'Elles la considèreraient, le cas échéant, comme s'étant mise en état de guerre vis-à-vis de la Partie lésée, et comme s'étant privée dès lors des bénéfices de sécurité, assurés par le Traité de Berlin à son statu quo territorial.

Autre variante pour l'article I.

I.

Les trois Cours d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie et de Russie se promettent que si un différend ou un grief venait à surgir entre deux d'entre Elles, ce différend serait déféré à la médiation de la troisième pour être ensuite aplani par un accord à trois.

Dans le cas où l'une d'Elles se trouverait forcée d'être en guerre avec une quatrième Grande Puissance, les deux autres maintiendront à son égard une neutralité bienveillante et veilleront à la localisation du conflit.

Cette stipulation s'appliquera également à une guerre entre l'une des trois Puissances et la Turquie, mais seulement dans le cas, où un accord préalable aura été établi entre les trois Cours sur les résultats de cette guerre.

Pour le cas spécial où l'une d'Elles obtiendrait de l'un de ses deux alliés un concours plus positif, la valeur obligatoire du présent article restera dans toute sa vigueur pour la troisième.

Nr. 525

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 8 Berlin, den 1. Februar 1881

Expedition vom 29. u[nd] 30. erhalten. Inhalt des Kaiserlichen Schreibens kenne ich noch nicht.

Bitte einstweilen zu sagen, daß unser Vertrag von 79 unter allen Umständen intact u[nd] maßgebend bleibt. Ich halte deshalb den neuen öst[er]r[eichischen] Entwurf in allen Punkten für unbedenklich, bis auf das letzte alinea, die „Kriegsmacht" betreffend. Darin würde eine Erweiterung der Tragweite unsres bestehenden Bündnisses liegen, für die ich der Genehmigung S[eine]r M[ajestät] bedürfen würde. Ich bin bereit die rumänische Frage u[nd] die andren Ausstellungen in die Verhandlung zu Drei aufzunehmen; in der ersteren liegt in der That eine Lücke. Vielleicht könnte man jedes Einrücken beider Nachbarmächte von der Übereinstimmung der Drei abhängig machen. Ich müßte nur vorher wissen wie das in Pet[e]r[s]burg u[nd] in Wien aufgenommen wird.

Unser Bündniß von 79 beruht nicht bloß auf dem Buchstaben des Textes, sondern auf der politischen Überzeugung, daß wir einander nicht im Stich lassen können. Ich erinnre daran, daß ich es ursprünglich „für immer" u[nd] beiderseits nur durch „Reichsgesetz" kündbar u[nd] die amtliche Verlautbarung vorgeschlagen habe. Die Abminderung war Gr[a]f Andrassy's u[nd] die Geheimhaltung sein u[nd] unsres Kaisers Wille.

Den Text des Immediatberichts von B[ar]on Haymerle erkenne ich auch heut als richtig. Weitres schriftlich, nach Immediat-Vortrag.

v. Bismarck

Nr. 526

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Petersburg, den 15. März 1881

Geheim

Bei dem letzten Vortrag am 12. wurde in Gegenwart des Thronfolgers festgestellt, in welchem Sinn Herr von Giers an Herrn von

Saburow schreiben soll; Reinschrift sollte am 13. nachmittags Alexander II. vorgelegt werden*.

Heute befiehlt Alexander III. jenem Briefe hinzuzufügen, daß er dessen Inhalt und die Sache, auf welche er sich bezieht, nicht nur als Vermächtnis, sondern als Ausdruck eigener Überzeugung bestätige.

Ein Schreiben des Kaisers an unsern allergnädigsten Herrn wird demnächst abgehen. Schweinitz

Nr. 527

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 82 Wien, den 15. März 1881
Vertraulich

Der erste Eindruck, den die Nachricht der Ermordung des Kaisers Alexander II. auf jedermann hier hervorgebracht, war begreiflicherweise ein niederschmetternder.

Bald darauf folgte die Reflexion und die Spekulation. Ich verbrachte einen Teil des vorgestrigen Abends bei Baron Haymerle, und das Gespräch drehte sich namentlich darum, welchen Einfluß der Regierungswechsel auf die äußere Politik haben würde.

Der Minister ist in dieser Hinsicht nicht pessimistisch gestimmt und sagt, das sei auch des Kaisers Ansicht. Er macht es sich durchaus klar, daß die Intimität der persönlichen Beziehungen zwischen dem russischen Kaiser und den Monarchen Deutschlands und Österreichs, wie sie zu Lebzeiten Alexanders II. bestand, aufhören werde. Vielleicht beklagt er dies garnicht einmal, da dem Wiener Kabinett die intimen und persönlichen Beziehungen zwischen unserem allerhöchsten Hofe und dem von St. Petersburg nicht immer passen wollten. Daß Österreich trotzdem manches Benefiz aus dieser Freundschaft gezogen, erkennt der Minister gern an. Aber er sagt, daß er ein System, wo der Souverän alles selbst tue und namentlich sein eigener Minister des Äußern sein wolle, unmöglich mit Bedauern verschwinden sehen könne. Dieser Umstand habe bei dem unleugbar besten Willen des dahingeschiedenen Kaisers zuviel Verwirrung in die Geschäfte gebracht und viel dazu beigetragen, den Zweiseelencharakter der russischen Politik zu schaffen, unter dem die österreichischen Interessen auf der Balkanhalbinsel notwendig hätten leiden müssen. Man könne ja allerdings noch nicht wissen, was nun kommen werde; alles ließe aber darauf schließen, daß der neue Kaiser dem persönlichen Regiment

* Am 13. März 1881 war Alexander II. das Opfer eines Bombenattentates geworden. Alexander III. bestieg den Thron.

weniger zuneige als sein Vater. Bei seiner Anwesenheit hier im Herbst 1879 habe der Minister die Ehre gehabt, eine halbe Stunde mit dem Thronfolger zu sprechen. Alles, was er ihm gesagt habe, sei verständig gewesen. Dies und der durchaus honette Charakter desselben seien doch eine große Garantie für die Zukunft.

Aber mit welchen Männern werde der junge Kaiser sich umgeben? Zu befürchten sei der Einfluß Miljutins und vielleicht Lobanows. Daß Alexander III. eine expansive Politik treiben werde, nimmt der Minister nicht an. Seine slawischen Neigungen, anstatt nach außen zu zu operieren, würden sich auf Rußland konzentrieren; überhaupt sei zu erwarten, daß der neue Zar Rußland eher wie das Zentrum der Welt, als wie einen Bestandteil Europas betrachten und sich mehr und mehr von letzterem abschließen werde. pp. H. VII. P. Reuß

Nr. 528

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Wien, den 2. Mai 1881

Geheim

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, auf den Erlaß Nr. V vom 25. v. Mts., die geheimen Verhandlungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland betreffend, Nachfolgendes ganz gehorsamst zu erwidern.

Baron Haymerle hat über die Eröffnungen, die ich zu machen beauftragt war, Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph Vortrag gehalten und mir auf allerhöchsten Befehl heut erklärt,

Seine Majestät hätten, von dem Wunsche geleitet, daß die zur Gewinnung von Friedensbürgschaften begonnenen Unterhandlungen zum endlichen glücklichen Abschluß kommen möchten, ihn autorisiert, mir zu erklären, die Kaiserliche und Königliche Regierung wolle ihre bisher geäußerten Bedenken des wichtigen zu erstrebenden Zieles wegen im großen und ganzen fallen lassen und die letzten russischen Vorschläge, wie sie in der dritten Kolonne der mir übersendeten Synopsis enthalten und von Euerer Durchlaucht zur Annahme empfohlen worden sind, annehmen. Eine alleinige Ausnahme hiervon mache das erste Alinea des Artikels II; hier müsse der Kaiser, sein allergnädigster Herr, darauf bestehen, daß des Verhältnisses Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks von Novibasar in einer Weise Erwähnung geschehe, welche keinen weiteren Zweifel zulassen könne[1].

Der Herr Minister bittet Euere Durchlaucht daher, die in dem anliegenden Vertragsentwurfe enthaltene Fassung dieses Alinea* bei der Kaiserlich russischen Regierung zu empfehlen und dessen Annahme durchzusetzen[2]. Dieser Entwurf enthält die anfängliche russische Redaktion, sowie alle von Rußland angenommenen Abänderungen; er ist daher, bis auf die Abänderung, die Österreich in Artikel II vorschlägt, als die von Rußland akzeptierte Fassung des geheimen Vertrages zu betrachten.

Rußland verlange die Aufnahme der von dort vorgeschlagenen Redaktion des Artikels III, weil es hierin einen der Hauptgründe zu finden glaubt, welcher ihm den Abschluß des Vertrages zu Drei wünschenswert erscheinen lasse. Österreich hat von vornherein seine Zustimmung zur erneuten Anerkennung des Prinzips der Schließung der Meerengen ausgesprochen und will gern seine Hand dazu bieten, um die Defensivstellung Rußlands am Schwarzen Meere zu befestigen; das Kaiserliche und Königliche Kabinett erhob nur Einwendungen gegen die russischen Vorschläge über die Fassung dieses Artikels, weil zu befürchten war, daß daraus später Verwicklungen erwachsen könnten, die mit den österreichischen Interessen nicht vereinbar sind. Um jedoch einen Beweis des aufrichtigen Friedenswunsches zu geben, und im Vertrauen auf die friedliche Politik des Kabinetts Seiner Majestät des Kaisers von Rußland sollen nun diese Einwände aufgegeben werden. Der Artikel III wird nach der russischen Fassung angenommen mit einem Zusatz** im 1. Alinea, in welchem Bezug auf die Erklärung des Grafen Schuwalow im Berliner Kongreß*** genommen wird, wie dies von Rußland vorgeschlagen wurde. Diese letztere Redaktion überläßt der Minister ganz Euerer Durchlaucht Ermessen.

---

* Die von der österreichischen Regierung vorgeschlagene Fassung lautete:

„La Russie d'accord avec l'Allemagne déclare sa ferme resolution de respecter les intérêts qui découlent de la nouvelle position assurée à l'Autriche-Hongrie par le traité de Berlin. L'Autriche-Hongrie se réserve de faire, si la défense de ses intérêts l'exigeait, des changements dans la situation politique de la Bosnie, de l'Herzégovine et essentiellement du Sandjak de Novibazar."

** Vergleiche Artikel III, Alinea 1 im Entwurf (Nr. 524; Anlage II) und in der endgültigen Fassung (Nr. 532). Der österreichische Zusatz lautet: „et résumé par la Déclaration du second Plénipotentiaire de Russie à la séance du 12 Juillet du Congrès de Berlin (protocole 19)".

*** Die auf Verlangen des Grafen Schuwalow in das Protokoll der Sitzung vom 12. Juni 1878 aufgenommene Erklärung stellt sich dar als Erwiderung auf die Erklärung Lord Salisburys über die Meerengen in der vorhergehenden Sitzung vom 11. Juli. Lord Salisburys Erklärung hatte gelautet: „Considérant que le Traité de Berlin changera une partie importante des arrangements sanctionnés par le Traité de Paris de 1856, et que l'interprétation de l'article 2 du Traité de Londres qui dépend du Traité de Paris peut ainsi être sujet à des contestations. Je déclare de la part de l'Angleterre que les obligations de Sa Majesté Britannique concernant

Baron Haymerle glaubt, daß gegenüber dem weiten Entgegenkommen, welches er sowohl mit bezug auf diesen Artikel, als auf andere österreichischerseits ausgesprochene und nunmehr aufgegebene Wünsche zeige, es nicht zuviel verlangt sei, wenn er nun im Artikel II nur allein das verlange, worüber nach österreichischer Auffassung[3] bereits kein Zweifel mehr bestünde. Auch habe das russische Kabinett noch zu Lebzeiten des hochseligen Kaisers Alexander bereits Zusagen darüber gemacht, und sei dies eine der Grundlagen der in Friedrichsruh begonnenen Verhandlungen gewesen. Die Redaktion des 1. Alinea des Artikel II sei daher nichts Neues, keine Konzession, die das St. Petersburger Kabinett noch zu machen habe, sondern nur die Formulierung dessen, was bereits zugestanden sei. Daß dieser Gedanke in dieser oder in einer ähnlichen Form ausgesprochen werde, darauf müsse der Minister bestehen, weil es der unabänderliche Wille seines kaiserlichen Herren sei.

Als selbstverständlich sieht der Minister an, daß, wenn er das Alinea 4 des Artikels II nach russischer Fassung tale quale annimmt, die communications confidentielles des points sur lesquels une entente a déjà été établie en principe nicht hinter den Zugeständnissen zurückbleiben könnten, welche bereits durch Herrn von Saburow und Herrn von Giers in deren mehrerwähnten Mitteilungen gemacht worden wären.

Der Artikel VI wird von Baron Haymerle ebenfalls angenommen.

Was das préambule betrifft, so wiederholt der Herr Minister die Bitte, daß in demselben deutlich ausgesprochen werde, daß durch den abzuschließenden Vertrag neue Friedensgarantien[4] gegeben werden sollen.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Richtig [2] ja [3] auch nach unsrer [4] ja

---

la clôture des Détroits se bornent à un engagement envers le Sultan de respecter à cet égard les déterminations indépendantes de Sa Majesté, conformes à l'esprit des Traités existants.“

Die Gegenerklärung des Grafen Schuwalow (Protokoll 19) lautete: „Les Plénipotentiaires de Russie, sans pouvoir se rendre exactement compte de la proposition de M. le Second Plénipotentiaire de la Grande Bretagne concernant la clôture des détroits, se bornent à demander de leur côté l'insertion au Protocole de l'observation: qu'à leur avis, le principe de la clôture des Détroits est un principe européen, et que les stipulations conclues à cet égard en 1841, 1856 et 1871, confirmées actuellement par le Traité de Berlin, sont obligatoires de la part de toutes les Puissances, conformément à l'esprit et à la lettre des Traités existants, non seulement vis-à-vis du Sultan, mais encore vis-à-vis de toutes les Puissances signataires de ces transactions.“

## Nr. 529

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. XV                                                                 Wien, den 2. Mai 1881
Geheim

Zu meinem ostensiblen Bericht Nr. XIV* von heut beehre ich mich, Euerer Durchlaucht noch einige Erläuterungen ganz gehorsamst vorzutragen.

Ich will Hochdieselben nicht mit der Darstellung der Kämpfe ermüden, welche es mich in den letzten Tagen gekostet hat, um den Baron Haymerle zu den Konzessionen zu bringen, über welche ich heut anderweitig berichte, und deren Ausdehnung, ich leugne es nicht, mir überraschend war. Es hat die Überzeugung der ganzen Schwere der Verantwortung dazu gehört, durch seine Schuld das Friedenswerk zu kompromittieren, um den allzu vorsichtigen Mann dazu zu bestimmen, seine Bedenken zu opfern und nur das eine große Ziel im Auge zu behalten, zu welchem wir zu gelangen wünschen. Um zu diesem Resultate zu kommen, bedurfte es der vollen Wucht des Einflusses, den Euere Durchlaucht auf den Geist des Ministers sowohl wie auf den seines Kaisers ausüben, und des unbegrenzten Vertrauens in die guten und ehrlichen Absichten des deutschen Bundesgenossen.

Der Minister bemerkte am Schlusse unserer Unterredung, er hoffe, Euere Durchlaucht würden nun nicht mehr glauben, daß das balkanische Interesse bei ihm das große europäische Reichsinteresse überwiege. Nur weil dies nicht so sei, habe er, wenn auch mit zagendem Herzen, manches wichtige österreichische Interesse hingegeben, welches zu wahren wohl seine Pflicht gewesen wäre.

Was nun den Artikel II betrifft, so läßt der Minister Euere Durchlaucht auf das dringendste bitten, Sie möchten den vom Kaiser verlangten Zusatz des 1. Alinea Artikel II beim russischen Kabinett mit derselben Energie durchsetzen, wie Sie den Artikel III und den ganzen übrigen Vertrag hier durchgesetzt hätten. Ohne diesen Zusatz oder eine andere Fassung des in demselben ausgedrückten Gedankens würde er den Kaiser nicht zur Unterzeichnung des Vertrages bringen.

Was dieses Alinea 1 betrifft, so sprach sich der Minister darüber folgendermaßen aus:

Die Annexion Bosniens und der Herzegowina sei sowohl im Vertragstexte als bei Aufzählung der Punkte „sur lesquels une entente a déjà été établie" vollkommen übergangen.

Diese entente lag eigentlich schon in der convention additionnelle

* Siehe Nr. 528.

vom Jahre 1877* und in der Berliner Deklaration**; sie war aufgenommen in den Eröffnungen, welche Herr von Saburow dem Fürsten Hohenlohe machte, und welche die Grundlage der Friedrichsruher Besprechungen bildeten.

In Friedrichsruh hat Baron Haymerle für die prinzipielle Zustimmung zur Sperrung der Meerengen und zur eventuellen Union Bulgariens und Ostrumeliens (qui ne devait pas être accélérée, mais se produira par la force des choses, et ne pas s'étendre au delà des frontières actuelles des deux territoires) außer der Aufrechthaltung der früheren Zusagen bezüglich Bosniens, Herzegowina und Novibasars noch andere Gegenwünsche formuliert (Serbien, Rumänien etc.). Wenn er diese fallen ließ, der Meerengenparagraph aber in einer über Bekennung des Prinzips weit hinausgehenden Weise formuliert wurde, so konnte es hier allerhöchsten Orts nur Verwunderung erregen, daß die einzige Gegenforderung Österreich-Ungarns, die Transformation der Okkupation Bosniens, Herzegowina und eventuell Novibasars, nun gänzlich ausgeschieden wurde.

Baron Haymerle glaubte sich berechtigt anzunehmen, daß diese Sache zwischen Rußland und Österreich-Ungarn in zustimmendem Sinne bereits entschieden sei; da aber darüber ein Zweifel vorzuwalten scheint, so sei eine Klarstellung, daß die Mächte hiermit einverstanden sind, oder wenigstens keine Einwendung dagegen erheben wollen, notwendig, und könne um so weniger Schwierigkeiten begegnen, als Baron Haymerle in allen übrigen Punkten die russische Textierung vollständig angenommen hat.

Der Minister setzte noch hinzu, es habe den Kaiser nicht angenehm berührt, daß in den Entente-Punkten, von denen die zwei ersten ausschließlich russische Wünsche betreffen, Bosnien ganz weggelassen worden[1]; es sei dies ein Zurückziehen, während Österreich doch über das Versprechen so vielfach hinausginge, und rechtfertige dieses Verhalten Rußlands die hiesige Vorsicht.

Mit Beziehung hierauf kam der Minister auf die Erläuterung zurück, die ich ihm in Euerer Durchlaucht Auftrag (confer geheimer Erlaß Nr. I vom 17. Januar cr.***) gegeben habe, und wo es heißt:

> „... wenn Rußland Händel mit der Türkei suchen wollte, so würde das 3. Alinea des Artikel II, noch mehr aber die von mir vorgeschlagene alternative Fassung des Artikel I Anwendung finden, nach welcher das ganze Abkommen auf einen *türkischen* Krieg *nur in dem Falle* Anwendung findet, daß alle drei Mächte sich *vorher* über das Resultat eines solchen Türkenkrieges ver-

* Der sogen. Pester Vertrag vom 15. Januar 1877. Siehe Bd. II, Kap. X, Nr. 266.
** Das Berliner Memorandum vom 13. Mai 1876. Siehe Bd. II, Kap. X, Nr. 228, Fußnote.
*** Siehe Nr. 524.

ständigt haben. Mißlänge diese Verständigung, so fände auch das ganze Abkommen auf einen solchen Türkenkrieg keine Anwendung."

Diese Erläuterung hält der Minister auch heut noch für maßgebend, und habe ich keinen Grund gehabt, dies zu bestreiten.

Wenn es mir erlaubt ist, meine persönliche Ansicht auszusprechen, so dürfte gegen die Annahme des österreichischen Vorschlages von seiten Rußlands kein stichhaltender Grund aufzuführen sein[2]. Refüsiert Rußland dies, so würde hier dann das Mißtrauen in die russischen Absichten, welches durch die schwebenden Verhandlungen nicht gerade beseitigt worden ist, zu einer tieferen Verstimmung anwachsen. Das hiesige Kabinett würde darin das Bestreben Rußlands erblicken, bereits erworbene Rechte ihm wieder zu verkümmern.

Nimmt dagegen das Petersburger Kabinett die österreichischen Vorschläge an, so kann der Vertrag in kürzester Zeit unterzeichnet werden, was dem Kaiser Franz Joseph sehr erwünscht wäre; denn am liebsten hätte er das ganze Geschäft noch vor der Vermählung seines Sohnes erledigt gesehen. Dieser Wunsch hat ebenfalls viel dazu beigetragen, daß man hiesigerseits von der Diskussion um Worte und Ausdrücke ganz und gar absehen will.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Ich habe auf Bosnien schließlich gerechnet
[2] einv[erstanden]

Nr. 530

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Unsigniertes Konzept nach Diktat

Geheim | Berlin, den 17. Mai 1881

Die amtliche Eröffnung, welche mir Graf Széchényi vorlas und wahrscheinlich mir auszuhändigen beauftragt war, unter dem ersichtlichen Eindruck, den sie mir machte, aber nicht aushändigte*, kann ich Ew. pp. im Vertrauen nur als ein ziemlich grobes und taktloses Aktenstück bezeichnen, welches mir wörtlich „Gesinnungswechsel", verblümt Wortbruch und illoyale procédés vorwirft. Es zeigt, daß die heutige Wiener Diplomatie auf dem Wege ist, die Formen der Parlamente und der Presse auf ihre Aktenstücke zu übertragen. Es ist das vielleicht nicht Absicht, verrät aber bedauerliche Gleichgültigkeit gegen die Bedeutung, welche die Urbanität des Tones in den amtlichen Aktenstücken zwischen befreundeten Kabinetten für deren Beziehungen erfahrungsmäßig hat. Wenn Baron Haymerle an die leitenden Minister der kleinen Donau-

---

* Sie bezog sich auf die damals zwischen Deutschland und Österreich schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen.

staaten in ähnlicher Tonart schreibt wie an mich, so kann ich mich allerdings nicht wundern, wenn jene Regierungen trotz ihres guten Willens und ihres Bedürfnisses nach der Protektion Österreichs durch die Tonart, in der mit ihnen verkehrt wird, immer wieder empfindlich gemacht und entfremdet werden. Wir, und namentlich ich persönlich, lassen uns durch dergleichen Mangel an Form und Höflichkeit in den Wegen nicht irre machen, die wir für die richtigen erkannt haben. Jene Staatsmänner der kleinen Balkanstaaten haben aber nach Stellung und Herkunft mehr Eitelkeit, mehr Empfindlichkeit und weniger Selbstgefühl als der Minister einer europäischen Macht, welcher die Absicht der Nichtachtung niemals voraussetzt. — Bereits in der Korrespondenz über die Verhandlungen mit Rußland habe ich mich wiederholt verletzt gefühlt durch die Neigung des Baron Haymerle, jedes Zugeständnis oder jede Ablehnung mit einer unverbindlichen oder spitzen Äußerung zu begleiten, die den Vorwurf involvierte, daß wir im Dienste der österreichischen Politik nicht hinreichenden Eifer zeigen. Es ist wünschenswert, daß dergleichen Geschmacklosigkeiten aus unsern Verhandlungen herausbleiben; sie tun uns gegenüber zwar nicht viel Schaden, sie erschweren mir nur das Geschäft und machen unnötige Arbeit, wie die vorliegende. Aber wenn derselbe Mangel an Stil und Schule auch nach anderer Seite hin fühlbar wird, so kann er dort, wo übler Wille herrscht, sehr wirksam ausgebeutet werden. —

Ich bin leider nicht berechtigt, und Ew. pp. sind es auch nicht, den Baron Haymerle, der vielleicht keine Ahnung von der Ungewöhnlichkeit seiner diplomatischen Stilistik hat, auf dieselbe aufmerksam zu machen, aber ich bin fest entschlossen, künftig nicht ohne Rüge den Ausdruck solcher diplomatischen Gewohnheiten zu akzeptieren, wie sie vielleicht im Verkehr mit orientalischen Völkern erwachsen können, auf europäischem Boden aber weder angebracht noch üblich sind. Ich erlaube mir, Ew. pp. von diesem meinem Eindruck au fait zu setzen, damit Sie auch Ihrerseits, wenn Baron Haymerle Ihnen wieder „Vorwürfe" über unsere Politik macht und uns wegen Mangel an Eifer für Österreich tadelt, ihm zu verstehen geben, daß zu einer derartigen Kritik unseres geschäftlichen und persönlichen Verhaltens nur Seine Majestät der Kaiser ein Recht hat.

## Nr. 531

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I.

Ausfertigung

Berlin, den 15. Juni 1881

Eurer Majestät hat Graf Limburg-Stirum* am 7. d. Mts. vor Allerhöchstdero Abreise über die geheimen Vertragsverhandlungen zwischen den drei Kaiserhöfen alleruntertänigsten Vortrag gehalten.

* Interimistischer Leiter des Auswärtigen Amts seit September 1880.

Damals bestanden, abgesehen von einzelnen Bedenken redaktioneller Bedeutung, zwei wesentlichere Differenzpunkte zwischen St. Petersburg und Wien. Eurer Majestät kann ich jetzt ehrfurchtsvoll melden, daß vollständiges Einverständnis nunmehr erzielt ist, und daß der Unterzeichnung des Vertrages hierselbst nichts mehr im Wege steht.

In Wien verlangte man die russische Zustimmung dazu, daß der Sandschak von Novibasar ebenso nach Belieben von Österreich annektiert werden dürfe, wie Bosnien und Herzegowina. Der Kaiser Alexander III., der gegen die eventuelle Annexion von Bosnien und Herzegowina nichts einwendet, will aber für Novibasar den Österreichern nicht mehr zugestehen, als was durch seinen Herrn Vater in dem Eurer Majestät bekannten geheimen Abkommen vom 13. Juli 1878 zwischen den russischen und österreichischen Kongreßbevollmächtigten Österreich wörtlich eingeräumt worden war, nämlich das Recht, den Sandschak von Novibasar zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen, weil er generell Bedenken hat, über die von dem verewigten Kaiser gemachten Zugeständnisse hinauszugehen.

Der zweite Differenzpunkt betraf die Eventualität der Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien. Daß diese, wenn die Macht der Tatsachen darauf hindränge, erfolgen dürfe, hatte man in Wien dem russischen Kabinett zugestanden, aber dabei das Versprechen verlangt, man werde die Vereinigung nicht zu beschleunigen suchen, vielmehr sie hinausschieben. Diese meines Erachtens praktisch bedeutungslose Verheißung zu geben, weigerte sich das russische Kabinett; es wiederholte, daß es nicht die Absicht habe, die Vereinigung bald herbeizuführen, aber man wolle sich nicht vertragsmäßig binden. Dabei blieb man in St. Petersburg stehen, bot aber dafür eine bindende Fassung des für Österreich sehr wertvollen Versprechens, die Ausdehnung der bulgarischen Agitation auf die übrigen Provinzen der Türkei, namentlich Mazedonien, hindern zu wollen.

Ich habe, nachdem ich mich durch Rücksprachen mit Herrn Saburow von der äußersten Grenze der in Petersburg erreichbaren Zugeständnisse überzeugt hatte, dem Baron Haymerle die definitive Annahme dessen, worüber Einverständnis zu erzielen war, durch Eurer Majestät Botschafter empfehlen lassen, und es ist dem Prinzen Reuß gelungen, die vielen kleinlichen Bedenken des österreichischen Ministers durch den Hinweis darauf zu beschwichtigen, daß eine fernere Verschleppung des Vertragsabschlusses das schon erwachte Mißtrauen des Kaiser Alexander gegen Österreich steigern und den revolutionären friedensfeindlichen Bestrebungen in Petersburg den Erfolg erleichtern müsse.

Ich bedarf nun, um mit den hiesigen bevollmächtigten Botschaftern Ihrer Majestäten des Kaisers von Österreich-Ungarn und Rußland den Vertrag, dessen schließlichen Entwurf ich Eurer Majestät ehrfurchts-

voll zu überreichen mir gestatte, unterzeichnen zu können, einer allerhöchsten formellen Ermächtigung. Eure Majestät wage ich daher um huldreiche Vollziehung der anliegenden Vollmacht und um allergnädigste direkte Rücksendung derselben zu bitten.

In dieser Beziehung darf ich ehrfurchtsvoll melden, daß Graf Széchényi bereits im Besitz seiner Vollmacht ist, und daß Herr Saburow die seinige morgen erwartet, so daß die Unterzeichnung des Vertrages am Sonnabend stattfinden könnte, wenn ich bis dahin im Besitz der allerhöchsten Vollmacht bin.

Eurer Majestät habe ich gewagt, diesen alleruntertänigsten Bericht zur allerhöchsten eigenhändigen Eröffnung zugehen zu lassen, weil ich auf Verlangen des russischen Kabinetts, dem das österreichische sich in dringlicher Weise angeschlossen hat, das Versprechen gegeben hatte, keine Kanzleien und nur die zur Bewältigung der Arbeiten unentbehrlichen höheren Beamten in das Geheimnis zu ziehen. Dementsprechend kennt der Gesandte von Bülow die Verhandlungen bisher nicht, ebensowenig weiß irgendein Subalternbeamter von denselben.

Nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten ist das Zustandekommen dieses Vertrages, welcher, obschon gerade Österreich das stärkste Interesse an der Erhaltung des Friedens hat, doch durch die wenig geschickte und noch weniger staatsmännische Behandlung der Sache durch Baron Haymerle fast gescheitert wäre, ein sehr erfreulicher Zuwachs zu den Bürgschaften des allgemeinen Friedens. Für Eurer Majestät Politik ist es immer eine besonders wichtige Aufgabe, den Frieden zwischen den beiden uns benachbarten und befreundeten großen Monarchien zu erhalten. Jeder Bruch zwischen ihnen würde uns in die schwierige Lage bringen, die Feindschaft des einen direkt auf uns zu nehmen oder es mit beiden zu verderben, und würde außerdem die Festigkeit des monarchischen Prinzips in Europa dem revolutionären gegenüber wesentlich erschüttern.

Da der Kaiser Alexander für einen Monarchen gilt, auf dessen Wort sicher gebaut werden kann, so dürfen wir den Frieden unserer beiden Nachbarn auf Jahre hinaus als gesichert ansehen. Außerdem aber wird für Deutschland die Gefahr einer französisch-russischen Koalition vollständig beseitigt und dadurch das friedliche Verhalten Frankreichs gegen uns so gut wie verbürgt; ebenso wird den Versuchen der deutschfeindlichen Kriegspartei in Rußland, Einfluß auf die Entschließungen des jungen Kaisers zu gewinnen, durch das gegebene Wort des letzteren der Boden entzogen.

Ich zweifle nicht, daß nach Ablauf der drei Jahre, für welche der Vertrag zunächst gelten soll, für alle drei Kaiserhöfe, jedenfalls aber für Deutschland und Rußland eine weitere Verlängerung dieses Abkommens zu erreichen sein wird. Eurer Majestät kann ich daher die

Genehmigung des zwischen den beiden anderen Kaiserhöfen hergestellten Übereinkommens aus voller Überzeugung ehrfurchtsvoll empfehlen.

v. Bismarck

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms I. am Kopf des Schriftstücks:

Mit dem Innhalt dieser Dépèche vollkommen einverstanden, habe ich die bezeichnete Vollmacht heute unterzeichnet.

Ems den 16. Juni 1881. Wilhelm.

Nr. 532

## Text des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1881

Ausfertigung

Les Cours d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie et de Russie, animées d'un égal désir de consolider la paix générale par une entente destinée à assurer la position défensive de Leurs Etats respectifs, sont tombées d'accord sur certaines questions qui touchent plus spécialement à Leurs intérêts réciproques.

Dans ce but les trois Cours ont nommé:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse

le Sieur Othon, Prince de Bismarck, Son Président du Conseil des Ministres de Prusse, Chancelier de l'Empire,

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie,

le Sieur Eméric Comte Széchényi, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies

le Sieur Pierre de Sabouroff, Conseiller Privé, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

Lesquels munis de pleins pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Dans le cas où l'une des Hautes Parties Contractantes se trouverait en guerre avec une quatrième Grande Puissance, les deux autres maintiendront à son égard une neutralité bienveillante et voueront leurs soins à la localisation du conflit.

Cette stipulation s'appliquera également à une guerre entre l'une des trois Puissances et la Turquie, mais seulement dans le cas où

---

* Die österreichische Fassung des Drei-Kaiser-Bündnisses vom 18. Juni 1881 nebst dem Zusatzprotokoll vom gleichen Tage ist schon veröffentlicht in A. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Bd. I (1920), S. 11 ff.

un accord préalable aura été établi entre les trois Cours sur les résultats de cette guerre.

Pour le cas spécial où l'une d'Elles obtiendrait de l'un de Ses deux alliés un concours plus positif, la valeur obligatoire du présent article restera dans toute sa vigueur pour la troisième.

Article II.

La Russie, d'accord avec l'Allemagne, déclare Sa ferme résolution de respecter les intérêts qui découlent de la nouvelle position assurée à l'Autriche-Hongrie par le Traité de Berlin.

Les trois Cours, désireuses d'éviter tout désaccord entre Elles, s'engagent à tenir compte de Leurs intérêts respectifs dans la Péninsule des Balcans. Elles se promettent de plus que de nouvelles modifications dans le statu quo territorial de la Turquie d'Europe ne pourront s'accomplir qu'en vertu d'un commun accord entre Elles.

Afin de faciliter l'accord prévu par le présent article, accord dont il est impossible de prévoir d'avance toutes les modalités, les trois Cours constatent dès à présent dans le protocole annexé à ce traité les points sur lesquels une entente a déjà été établie en principe.

Article III.

Les trois Cours reconnaissent le caractère européen et mutuellement obligatoire du principe de la fermeture des détroits du Bosphore et des Dardanelles, fondé sur le droit des gens, confirmé par les traités et résumé par la Déclaration du second Plénipotentiaire de Russie à la séance du 12 Juillet du Congrès de Berlin (protocole 19).

Elles veilleront en commun à ce que la Turquie ne fasse pas d'exception à cette règle en faveur des intérêts d'un Gouvernement quelconque, en prêtant à des opérations guerrières d'une Puissance belligérante la partie de Son Empire que forment les détroits.

En cas d'infraction, ou pour la prévenir si une pareille infraction était à prévoir, les trois Cours avertiront la Turquie qu'Elles la considéreraient, le cas échéant, comme s'étant mise en état de guerre vis-à-vis de la partie lésée, et comme s'étant privée dès lors des bénéfices de sécurité, assurés par le Traité de Berlin à son statu quo territorial.

Article IV.

Le présent Traité sera en vigueur pendant l'espace de trois ans à dater du jour de l'échange des ratifications.

Article V.

Les Hautes Parties Contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent Traité aussi bien que du protocole y annexé.

Article VI.

Les conventions secrètes conclues entre l'Allemagne et la Russie et entre l'Autriche-Hongrie et la Russie en 1873 sont remplacées par le présent Traité.

Article VII.

Les ratifications du présent Traité et du protocole y annexé seront échangées à Berlin dans l'espace de quinze jours où plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le dix-huitième jour du mois de Juin mil huit cent quatre-vingt et un.

(L.S.) v. Bismarck
(L.S.) Széchényi
(L.S.) Sabouroff

## Zusatz-Protokoll zum Drei-Kaiser-Bündnis

Ausfertigung

Les soussignés Plénipotentiaires de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi des Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie,

et

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies,

ayant constaté conformément à l'article II du Traité secret conclu aujourd'hui les points touchant les intérêts des trois Cours d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie et de Russie dans la Péninsule des Balcans sur lesquels une entente a déjà été établie entre Elles sont convenus du protocole suivant:

1. Bosnie et Herzégowine.

L'Autriche-Hongrie se réserve de s'annexer ces deux provinces au moment qu'Elle jugera opportun.

2. Sandjak de Novibazar.

La déclaration échangée entre les Plénipotentiaires Austro-Hongrois et les Plénipotentiaires Russes au Congrès de Berlin en date du $\frac{13}{1}$ Juillet 1878 reste en vigueur.

3. Roumélie Orientale.

Les trois Puissances sont d'accord pour envisager l'éventualité d'une occupation soit de la Roumélie Orientale soit des Balcans comme pleine de périls pour la paix générale. Le cas échéant Elles emploieront leurs efforts pour détourner la Porte d'une pareille entreprise, bien entendu que la Bulgarie et la Roumélie Orientale devront de leur

côté s'abstenir de provoquer la Porte par des attaques partant de leurs territoires contre les autres provinces de l'Empire Ottoman.

4. Bulgarie.

Les trois Puissances ne s'opposeront pas à la réunion éventuelle de la Bulgarie et de la Roumélie Orientale dans les limites territoriales qui leur sont assignées par le Traité de Berlin, si cette question venait à surgir par la force des choses. Elles sont d'accord pour détourner les Bulgares de toute agression contre les provinces voisines, nommément la Macédoine et pour leur déclarer qu'en pareil cas ils agiraient à leurs risques et périls.

5. Attitude des agents en Orient.

Afin d'éviter des froissements d'intérêts dans les questions locales qui peuvent surgir, les trois Cours muniront leurs représentants et agents en Orient d'une instruction générale pour leur prescrire de s'efforcer à aplanir leurs divergences par des explications amicales entre eux dans chaque cas spécial et pour les cas où ils n'y parviendraient pas, d'en référer à leurs Gouvernements.

6. Le présent protocole fait partie intégrante du traité secret signé en ce jour à Berlin et aura même force et valeur.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Berlin, le 18 Juin 1881.

(L. S.) v. Bismarck
(L. S.) Széchényi
(L. S.) Sabouroff.



Kapitel XV

# Erster Dreibundvertrag 1882



Nr. 533

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck*

Ausfertigung

Nr. 491 Wien, den 17. Oktober 1880

Vertraulich

Baron Haymerle drückte mir gelegentlich eines Besuches, den ich ihm heute machte, seine Freude aus, Herrn von Keudell, der sich hier nur kurz aufgehalten hat, wiedergesehen zu haben.

Er sagte mir, er habe mit ihm eingehend die italienischen Verhältnisse und auch die Möglichkeit besprochen, mit Italien auf einen Fuß zu kommen, der ein dauernd friedliches Nebeneinanderleben erlauben könnte. Wenn auch Graf Robilant** auf das entschiedenste hier in Abrede gestellt hätte, daß Graf Maffei sich des Journalisten Gronert Goercke*** bedient hätte, um hier und in Berlin den Wunsch einer An-

---

* Vgl. zu dem Folgenden die sich auf dem österreichischen Aktenmaterial aufbauenden Mitteilungen bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, Bd. I (1920), S. 128 ff.

** Italienischer Botschafter in Wien.

*** Über die „Mission" des Journalisten Gronert Goercke, hinsichtlich deren im Wiener Archive nach Pribram (Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, Bd. I, S. 133, Anm. 8) keine Aufzeichnungen vorliegen, geben die Akten des Auswärtigen Amts volle Aufklärung. Durch Vermittlung des Botschafters in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß übersandte Gronert Goercke dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck mit Anschreiben vom 3. September 1880 einen Bericht über Unterredungen, die er am 26./28. August in der Villa des italienischen Ministerpräsidenten Cairoli in Belgirate am Lago Maggiore mit dem Generalsekretär Grafen Maffei gehabt hatte. In diesen Unterredungen hätte Graf Maffei nach Gronert Goercke unter heftigen Ausfällen gegen Frankreichs italienfeindliches Auftreten, besonders in Tunis, die Absicht einer deutsch- und österreichfreundlichen Politik Italiens bekundet. Beiläufig hätte Graf Maffei dabei auch der Trentino-Frage gedacht, „mais nous ferons certainement pas pour cela la guerre". Gronert Goercke will darauf geantwortet haben, daß er für eine friedliche Lösung dieser Frage durch Abtretung „des bischen Trentino an den Verbündeten Italien" in Form einer Grenzregulierung eintreten werde. In seinem Begleitschreiben an den Fürsten von Bismarck faßt Gronert Goercke seine Eindrücke in Belgirate dahin zusammen, daß Cairoli und Maffei „der erstere endlich, der letztere mehr wie je" den Anschluß Italiens an den Zwei-Kaiser-Akkord wünschten, sich aber scheuten, die Initiative dazu zu ergreifen.

Fürst von Bismarck las das Exposé Gronert Goerckes am 4. September 1880 dem eben in Friedrichsruh befindlichen österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren Baron von Haymerle vor und ließ es dann durch den Botschafter Prinzen Reuß eigens in Wien mitteilen, mit dem Bemerken jedoch, daß es nicht unser

näherung durchblicken zu lassen, so wäre es doch wohl nicht ganz unwahrscheinlich, daß damals, als die italienische Regierung durch das Vorgehen Frankreichs in Tunis empfindlich berührt worden, dieser Wunsch wirklich bestanden, vielleicht auch noch zu bemerken wäre.

Der Minister hat dem Herrn von Keudell daher gesagt, er habe dem Grafen Wimpffen* vor dessen Rückkehr nach Rom ungefähr in folgendem Sinne gesprochen: Österreich-Ungarn würde sich stets freuen, wenn sich andere Nachbarstaaten der durchaus friedlichen Richtung anschließen wollten, welche Deutschland und Österreich zu befolgen entschlossen seien. Es würde hier, wie auch zweifelsohne in Berlin angenehm sein, mit einiger Bestimmtheit darauf rechnen zu können, daß sich Italien nicht im Lager unserer Feinde befände, und daß bei eventuellen Komplikationen Österreich nicht zu befürchten habe, von Italien aus angegriffen zu werden.

Die italienische Regierung zu einer solchen Politik aufzufordern oder von ihr bindende Versprechungen zu verlangen, halte er noch nicht an der Zeit. Indessen sei es nützlich, Tendenzen, die sich dort für eine solche Haltung zeigen möchten, zu pflegen, keinenfalls aber zurückzuweisen. Der Augenblick könnte vielleicht kommen, wo diese Tendenzen dort greifbarer[1] zutage treten würden, dann würde es nützlich sein, ein Neutralitätsversprechen zu erlangen[2]. Mehr brauche Österreich nicht. Denn zu einem förmlichen Bündnis mit Italien fehlte es an den geeigneten Gegenleistungen, die man von hier aus für eine eventuelle kriegerische Kooperation bieten könnte. Von einem voreiligen Anerbieten, Italien durch Savoyen und Nizza zu entschädigen, oder von einem Versprechen, ihm im Mittelmeer seine Stellung zu garantieren,

---

Beruf sei, die auf das Verhältnis zu Österreich bezüglichen Wünsche Italiens bei dem Wiener Kabinett anzubringen; wir müßten es vielmehr diesem selbst überlassen, wie es sich dazu stellen wolle. Baron von Haymerle war naturgemäß befremdet, wie Prinz Reuß am 14. September nach Berlin berichtete, daß Italien seine Annäherungsversuche mit Prätensionen auf das Trentino einleite; auch fand er, daß, wenn die italienischen Minister Mitteilungen über Änderungen der italienischen Politik machen wollten, sie dazu besser ihre amtlichen Organe benutzen könnten als unbekannte Journalisten.

Mitte September präsentierte sich Gronert Goercke auch im Auswärtigen Amt in Berlin mit der Behauptung, vom Grafen Maffei beauftragt zu sein, der leitenden Stelle im Auswärtigen Amt Kenntnis davon zu geben, was in Belgirate zwischen ihm und Graf Maffei besprochen worden sei. Gronert Goercke wurde indessen mit dem Bedeuten abgewiesen: wenn solche Dinge einen Wert haben sollten, müßten sie amtlich behandelt werden.

Der österreichische Minister Baron Haymerle brachte die Affäre Gronert Goercke gegenüber dem italienischen Botschafter in Wien Grafen Robilant zur Sprache. Dieser wurde durch den italienischen Ministerpräsidenten Cairoli angewiesen, Gronert Goercke völlig zu desavouieren; dieser habe keinerlei Aufträge seitens der italienischen Regierung gehabt. Auch Gronert Goercke selbst sah sich veranlaßt, in der italienischen Presse zu erklären, daß er mit keinerlei Mission von der italienischen Regierung betraut gewesen sei.

* Österreich-ungarischer Botschafter in Rom.

könne selbstverständlich nicht die Rede sein. Daran könne man erst denken in dem Fall einer allgemeinen europäischen Konflagration.

Baron Haymerle erinnerte daran, daß Eure Durchlaucht in Friedrichsruhe den Gedanken hingeworfen hätten, wie nützlich es für den Frieden sein könnte, wenn sich möglichst viele Großmächte zusagen wollten, sich nicht anzugreifen[3].

Graf Wimpffen hat keine bestimmte Instruktion, in dem vorstehenden Sinne zu sprechen, wohl aber, wie gesagt, friedliche Tendenzen zu pflegen[4].

Baron Haymerle kennt zu gut den leicht erregbaren und ebenso leicht wechselnden Charakter[5] seiner transalpinischen Nachbarn, als daß er daran denken sollte, vorschnell dortigen plötzlichen Strömungen besonderen Wert beizulegen, und glaubt, daß er auch in dieser Hinsicht der Übereinstimmung mit Eurer Durchlaucht sicher ist[6].

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Aber nicht dauernd

[2] Italien darf man nicht nachlaufen, wenn man etwas von ihm will; Versprechen giebt außerdem keine Bürgschaft, wenn Italien kein Interesse am Halten hat.

[3] ? einer so gewagten Aeußerung erinnre ich mich nicht

[4] was soll er denn sonst? Händel suchen?

[5] u[nd] den kindlichen Egoismus!

[6] in dieser gewiß

Nr. 534

## Der Botschafter in Rom von Keudell an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 152 Rom, den 2. November 1880

Geheim

Aus einer vertraulichen Unterredung mit Baron Haymerle, den ich am 16. v. Mts. in Wien besuchte, gewann ich die Überzeugung, daß ihm der Abschluß eines Neutralitätsvertrages mit Italien erwünscht sein würde[1]. Er sagte unter anderem, eine gegenseitige Verpflichtung der beiden Nachbarreiche, sich nicht anzugreifen, würde für die Erhaltung des Weltfriedens wertvoll[2] sein; von österreichisch-ungarischer Seite könnte noch die Zusage tunlichster Berücksichtigung der[3] italienischen Interessen im Mittelmeer[4] hinzugefügt werden. Die Initiative zu einem solchen Abkommen müsse aber von Italien ausgehen, da dessen Bereitwilligkeit dazu einstweilen nicht für wahrscheinlich zu halten sei.

Allerdings beschäftigt man sich augenblicklich hier nicht mit dem Gedanken aufrichtigen[5] Anschlusses an Österreich-Ungarn; man begreift anscheinend noch nicht, daß diese Politik notwendig wäre, um

eine wachsende Verstimmung der politischen Welt auch in Deutschland gegen Italien zu verhindern[6].

Graf Maffei erzählte mir gestern etwas verschämt, aber offenherzig den Inhalt seiner vor zwei Monaten an den Zeitungskorrespondenten Gronert Goercke gemachten Mitteilungen in betreff des italienischen Wunsches einer Anlehnung an Deutschland und Österreich-Ungarn. Er habe geglaubt, dem Gronert einige Diskretion zutrauen zu dürfen, da derselbe vor kurzem wegen verschiedener geleisteter Dienste dekoriert[5] worden, nachdem die Auskunft des Grafen Launay* über ihn günstig gelautet hätte. Von einer objektiven Darstellung des bei dem ehemals als Feind Österreichs bekannten Herrn Cairoli hervorgetretenen Wunsches, zu einem intimen Anschluß an Deutschland und Österreich zu gelangen, habe er, Maffei, sich eine günstige Wirkung versprochen. Baron Haymerle habe jedoch mit Bezug auf jene Mitteilungen dem Grafen Robilant gesagt, ein Bündnis, dessen Spitze gegen Frankreich gerichtet wäre, schiene ihm nicht opportun[7]. Graf Robilant habe nichts erwidern können, da er von der Sache keine Kenntnis hatte.

In die Notwendigkeit versetzt, auf diese vertrauliche Erzählung etwas zu erwidern, deutete ich an, daß das Schreiben Gronerts schon veraltet gewesen, als ich nach Berlin gekommen; die freundschaftlichen Aufforderungen einiger Wiener Zeitungen zu einem engeren Anschlusse Italiens wären ja von der ganzen italienischen Presse abgelehnt oder mit gewissen Reserven beantwortet worden. Es würde jetzt den Ministern vermutlich recht angenehm sein, im Parlamente sagen zu können, daß Italien in der auswärtigen Politik völlig freie Hand behalten habe.

Graf Maffei gab dies zu und äußerte sich über den Fortbestand des Kabinetts ziemlich besorgt, sprach aber die Absicht aus, wenn er die Geschäfte in der Hand behalte, auf die Bündnisfrage zurückzukommen.

Der König hat den Gegenstand mir gegenüber nicht mit einem Worte berührt; ebensowenig der Ministerpräsident Cairoli, den ich vor acht Tagen in Monza und gestern hier gesprochen habe. Von seinen Äußerungen ist erwähnenswert, daß er, meiner Ansicht zustimmend, für einen leitenden Grundsatz der italienischen Politik[8] erklärte, zu möglichst langer Erhaltung des türkischen Reiches beizutragen[9].

Auf solcher Grundlage ließe sich wohl ein vertraulicheres Verhältnis zwischen Italien und Österreich-Ungarn anbahnen. Zuvörderst aber müßte in den Lenkern der italienischen Politik die Einsicht reifen, daß das Interesse der Erhaltung des italienischen Staates gebietet, die Trentinowünsche ruhen zu lassen. Bis vor wenigen Jahren durfte Italien im Falle auswärtiger Schwierigkeiten mit Wahrscheinlichkeit auf Deutschlands Unterstützung zählen; seit aber italienische Begehrlichkeit nach österreichischem Gebiet so oft und so deutlich hervor-

---

* Italienischer Botschafter in Berlin.

getreten, hat man sich in Deutschland wider Willen mit dem Gedanken vertraut machen müssen, Italien dereinst unter den Feinden zu finden. Je länger diese Vorstellung sich einwurzelt, desto mehr schwindet das politische Interesse an der Erhaltung des italienischen Staates, sowie die Möglichkeit irgendeines Opfers für diesen Zweck.

Hervorragende Organe der deutschen Presse haben sich in den letzten Wochen bereits in ähnlichem Sinne geäußert; es ist anzunehmen, daß sie auch fernerhin versuchen werden, durch derartige Betrachtungen hier den Boden für eine fruchtbringende Saat zu lockern.

v. Keudell

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Oest[er]r[eich] hält ihn, It[alien] nicht!
2 nicht die Spur! nur für Italien
3 sehr weit reichenden!
4 um Frankreich zu beunruhigen?
5 !
6 nicht mehr nöthig!
7 u[nd] doch ital[ienische] „Mittelmeer-Intressen"?
8 ?
9 u[nd] doch hängt It[alien] sich an Rußland! u[nd] ist zu jeder Heeresfolge bereit das alles sind m[eines] E[rachtens] wechselnde Lügen, nach Bedarf.

## Nr. 535

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Gesandter z. D. Graf zu Limburg-Stirum an den Geschäftsträger in Wien Grafen von Berchem

Konzept

Nr. 868 — Berlin, den 8. November 1880
Vertraulich — [abgegangen am 16. November]

Der Freiherr von Haymerle hat laut Berichts vom 17. v. Mts. — Nr. 491* — dem Kaiserlichen Botschafter eine Mitteilung darüber gemacht, wie er sich in einer Privatunterhaltung, zu welcher die Durchreise des Herrn von Keudell Gelegenheit gegeben hatte, über die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien ausgesprochen hat. Dieselbe Unterredung hat Herr von Keudell zum Gegenstande eines Berichts gemacht, von welchem Abschrift beiliegt**. Wie Ew. pp. bemerken werden, tragen die Äußerungen des Herrn von Haymerle in diesen beiden Relationen eine verschiedene Färbung. Herr von Keudell hat aus denselben die Überzeugung gewonnen, daß dem österreichischen Minister der Abschluß eines Neutralitätsvertrages erwünscht sein würde, und zwar ohne Beschränkung dieses Wunsches durch Zeit

---

* Siehe Nr. 533.
** Siehe Nr. 534.

und Umstände. Dem Prinzen Reuß hat er nur gesagt, er habe sich gegen Herrn von Keudell in dem Sinne ausgesprochen: er würde sich stets freuen, wenn sich Nachbarstaaten der friedlichen Richtung Deutschlands und Österreichs anschlössen; es würde in Wien und Berlin angenehm sein, darauf rechnen zu können, daß bei eventuellen Komplikationen Österreich nicht von Italien aus angegriffen werde; einstweilen würde es genügen, entsprechende Tendenzen in Italien zu pflegen und erst, wenn dergleichen greifbarer zutage träten, würde es nützlich sein, ein Neutralitätsversprechen zu erlangen.

Der Herr Reichskanzler, der sich mündlich gegen Herrn von Keudell über den von diesem angeregten Gedanken eines Neutralitätsvertrages in Friedrichsruh ausgesprochen hatte, hat sich zu den beiden eingangs erwähnten Berichten in Randbemerkungen geäußert, deren Tendenz ich, seinem Auftrage gemäß, in Nachstehendem wiederzugeben mich beehre:

Sich der italienischen Regierung zu nähern, ist nicht zweckmäßig, weil sie dadurch in übertriebenen Vorstellungen von ihrem internationalen Gewicht, zu dem der italienische Charakter ohnehin geneigt ist, bestärkt würde. Ein Versprechen dieser Regierung gibt dem anderen Teile keine Bürgschaft, wenn Italien kein Interesse hat, dasselbe zu halten; auch in Form eines Vertrages gekleidet, würde dasselbe keine Sicherheit der Erfüllung gewähren; es wäre für die Erhaltung des Weltfriedens absolut wertlos. Auch die in dem Bericht des Herrn von Keudell angedeutete Zusage einer Gegenleistung würde daran nichts ändern und nach einer anderen Seite hin der Erhaltung des Weltfriedens vielleicht wenig förderlich werden. Die italienischen Interessen im Mittelmeere reichen, wie sich in Tunis und Ägypten gezeigt, sehr weit, und die revolutionäre, mazzinistische Partei, welche drängend hinter jedem liberalen Ministerium steht, hat nicht vergessen, auf welchen Küsten und Inseln einst die Flaggen Venedigs, Genuas und Savoyens geweht haben. Eine Begünstigung dieser Interessen würde Frankreich beunruhigen, gegen welches doch der italienisch-österreichische Vertrag nicht seine Spitze kehren soll. Mit den bezeichneten Interessen Italiens ist ferner schwer verträglich die Behauptung Cairolis, es sei ein leitender Grundsatz der italienischen Politik, zur möglichst langen Erhaltung des türkischen Reiches beizutragen. Die Glaubwürdigkeit dieser Behauptung des Herrn Ministerpräsidenten verliert allerdings sehr durch die Tatsache, daß Italien sich an Rußland hängt und zu jeder Heeresfolge gegen die Türkei, von welcher Seite immer das Aufgebot erfolgt, bereit ist. Die italienischen Politiker sprechen nicht nach ihrer Überzeugung, sondern nach den wechselnden Bedürfnissen des Augenblicks; und daß sie sich nicht aufrichtig mit dem Gedanken eines zuverlässigen Anschlusses an Österreich-Ungarn tragen, braucht kaum gesagt zu werden. Dergleichen Tendenzen mögen einmal greifbarer werden, aber nie dauernd hervortreten, und die durch das Verhalten

Italiens erzeugte Verstimmung im deutschen Volke zu beseitigen, würde daher schwer sein, ist auch nicht mehr nötig. Herr von Haymerle ist daher der Übereinstimmung des Herrn Reichskanzlers sicher, wenn er bei dem erregbaren Temperament und dem kindlichen Egoismus der Italiener auf die Strömungen der öffentlichen Meinung wenig gibt.

Ich habe endlich zu erwähnen, daß der Fürst Bismarck sich der von ihm als gewagt bezeichneten Äußerung, es könne nützlich für den Frieden sein, wenn sich möglichst viele Großmächte zusagen wollten, einander nicht anzugreifen, nicht erinnert.

Es ist nicht der Zweck dieses Erlasses, Ew. pp. gerade jetzt zu einer Besprechung des Gegenstandes mit Herrn von Haymerle zu veranlassen; Ew. pp. wollen nur den Inhalt benutzen, sobald die Beziehungen zu Italien einmal wieder zur Sprache kommen, und wird es nicht nötig sein, dabei des Berichts des Herrn von Keudell vom 2. d. Mts. zu erwähnen.

Limburg-Stirum

Nr. 536

## Der Botschafter in Rom von Keudell an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 28 — Rom, den 13. Mai 1881

Geheim

Graf Maffei sagte mir im Laufe einer langen vertraulichen Unterhaltung, er hege seit dem Herbste vorigen Jahres die Überzeugung, daß das beste Mittel, Italiens Stellung Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber zu verbessern, darin gefunden werden könne, einen Neutralitätsvertrag zwischen Italien und dem benachbarten Kaiserstaat anzuregen. Schon ein Vertrag, welcher nichts enthielte, als das gegenseitige Versprechen, sich binnen einer gewissen Zeit nicht den Krieg erklären zu wollen, würde Italien[1] vor dem Verdachte schützen, auf einen etwaigen Konflikt der österreichischen mit den russischen Interessen zu spekulieren, um Trentinowünsche zur Geltung zu bringen. Ein solcher offenbar segenbringender Vertrag scheine der Zustimmung des Parlaments nicht zu bedürfen[2]. Herr Cairoli habe sich diesen Ansichten zugeneigt, Herr Depretis* aber, der doch auch befragt werden mußte, habe mehrfach entschieden abgelehnt, weil er die Politik der „freien Hand" nicht aufgeben wollte. Infolgedessen habe er, Maffei, nichts ausrichten können, und so sei der geeignete Zeitpunkt ungenutzt vorübergegangen. Jetzt würde man, solange die tunisische Verwickelung daure, einen derartigen Vorschlag schicklicherweise nicht machen

* Italienischer Minister des Inneren.

können; er halte aber die Tage des Ministeriums für gezählt* und fürchte daher, nicht mehr in die Lage zu kommen, seine vorbezeichneten guten Absichten hier zur Geltung zu bringen.

v. Keudell

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Welches?
[2] wer kann ihn unter Umständen halten? Auch das jetzige Parlament nicht.

Nr. 537

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Gesandter z. D. Graf zu Limburg-Stirum an den Botschafter in Rom von Keudell

Konzept

Nr. 141 Berlin, den 19. Mai 1881
[abgegangen am 30. Mai]

Über die Andeutungen in betreff eines Neutralitätsvertrages zwischen Italien und Österreich-Ungarn, welche der Graf Maffei Ew. pp. nach dem gefälligen Bericht vom 13. d. Mts. Nr. 28** gemacht hat, hat der Herr Reichskanzler sich folgendermaßen geäußert:

Die Ansichten eines italienischen Ministeriums bieten keine Bürgschaft für das Verhalten seiner Nachfolger. Wenn Österreich auf einen solchen Vertrag eingehen wolle, so würden wir ihm nicht abraten; aber eine Anregung oder Vermittelung in Wien nicht übernehmen. Wir würden von einem solchen Schritt Schaden und keinen ausgleichenden Nutzen haben; Schaden, weil die Franzosen dadurch gegen Österreich, und wenn sie unsere Vermittelung in der Sache erführen, was bei den häufigen Ministerwechseln in Rom und dem Mangel an Diskretion in Wien wahrscheinlich sei, direkt gegen uns würden gereizt werden; keinen kompensierenden Nutzen, weil die Sicherheit dafür fehle, daß ein solcher Vertrag unter Umständen, wo er in Wirksamkeit treten sollte, von dem alsdann am Ruder befindlichen Machthaber würde gehalten werden können. Die italienischen Ministerien seien zu schwach, um selbst eine vertragsmäßig zugesagte Politik durchführen zu können, wenn die öffentliche Meinung im Lande gegen dieselbe mit Erfolg angefacht wird, wie das gegen Österreich, gegen uns oder für Frankreich nicht schwer ist. Die Dinge lägen in dieser Beziehung nicht wesentlich anders, als zu den Zeiten, wo Garibaldi 1870 den Franzosen Zuzug zuführte; sie würden viel nachteiliger noch sich gestalten, wenn

---

* In der Tat reichte das Kabinett Cairoli nach dem Abschluß des sogen. Bardo-Vertrages zwischen Frankreich und dem Bey von Tunis (12. Mai) seine Entlassung ein; an seine Stelle trat nach längerer Krisis das Kabinett Depretis mit Mancini als Außenminister. Unter ihm verschlechterte sich infolge des schroffen französischen Vorgehens in Tunis das italienisch-französische Verhältnis immer mehr.
** Siehe Nr. 536.

die republikanischen Freunde Gambettas in Italien zu größerer Macht gelangten. Ich weiß nicht, wie stark die Sicherheit gegen solche Eventualität ist. Ew. pp. wüßten, eine wie wohl organisierte Maschinerie zur Aufregung der öffentlichen Meinung dort vorhanden ist in den zahlreichen mit den französischen in Verbindung stehenden Logen, in den mazzinistisch-republikanischen Vereinen und in den Irredentavereinen, welche letztere die Regierung im Falle einer europäischen Komplikation nicht so leicht würde im Zaume halten können wie in den letzten Jahren. Auch die Zustimmung des Parlamentes zu einem Neutralitätsvertrage mit Österreich, wenn sie überhaupt zu erlangen ist, würde kaum eine größere Bürgschaft geben, da die Volksvertretung denselben populären Strömungen noch direkter unterliegt wie die Exekutive. Der Herr Reichskanzler hat früher an die Möglichkeit geglaubt, daß Italien ein sicherer und wertvoller Bundesgenosse für uns werden könne, ist aber seit Jahren zweifelhaft geworden. Man könne nicht einmal volle Zuversicht in den Bestand der Monarchie haben, und eine italienische Republik würde mit der französischen gehen, auch wenn Garibaldi den Regierungsantritt seines genuesischen Landsmanns Gambetta nicht erleben sollte.

Ew. pp. wollen das Vorstehende nur als zu Ihrer persönlichen Orientierung bestimmt betrachten und ohne Anführung dieser Erwägungen etwaige auf einen Neutralitätsvertrag, sei es mit Österreich, sei es mit uns, gerichtete Andeutungen ausweichend und schonend beantworten. Limburg-Stirum

Nr. 538

## Der Botschafter in Rom von Keudell an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 136 Rom, den 16. Dezember 1881
Geheim

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in den nächsten Wochen der italienische Botschafter in Wien zu sondieren versuchen wird, welche Aufnahme dort ein etwaiger italienischer Vorschlag wegen eines gegenseitigen Territorialgarantievertrages auf einige Jahre finden könnte; und voraussichtlich würde dann von österreichischer Seite Euerer Durchlaucht Ansicht erbeten werden. Für diesen Fall gestatte ich mir vorzutragen, was über hiesige bezügliche Vorgänge Baron Blanc* im engsten Vertrauen mitgeteilt hat.

Vor der Wiener Reise** hatte sich das Ministerium mit dem Ge-

* Generalsekretär im italienischen Ministerium des Äußern.
** Gemeint ist die Reise König Humberts von Italien nach Wien Ende Oktober 1881.

danken vertraut gemacht, einen Garantievertrag vorzuschlagen, falls die Haltung der österreichisch-ungarischen Staatsmänner dazu ermutigen sollte. Es kam aber Geschäftliches nicht zur Sprache, weil Herr von Kállay* vorweg erklärte, seinem künftigen Herrn Chef** in nichts vorgreifen zu können.

Seitdem ist man durch die in der ungarischen Delegation gefallenen Äußerungen desselben und des Grafen Andrássy stutzig geworden; und man hegt jetzt auch Zweifel darüber, ob Euerer Durchlaucht ein engerer Anschluß Italiens an Österreich-Ungarn erwünscht sein würde. Vor mehreren Tagen wurde mir eine bezügliche Anfrage nahegelegt, welche ich jedoch, eingedenk der Instruktion in dem hohen Erlasse vom 19. Mai d. Js., Nr. 141***, aus Opportunitätsrücksichten freundlich ablehnte.

Die Minister wollen nun mit einem Vertragsvorschlage einstweilen nicht hervortreten, um sich nicht einer Ablehnung auszusetzen. Baron Blanc aber hat den Grafen Robilant heute in einem Privatbriefe ersucht, womöglich den hiesigen Ministern zum Entschlusse zu verhelfen durch eine Meldung über günstige Dispositionen in Wien. Ob Graf Robilant auf diese Anregung sich avancieren wird, ist freilich nicht gewiß, aber dennoch habe ich geglaubt, die vorstehende Meldung, so wenig sie auch willkommen sein mag, nicht zurückhalten zu dürfen.

Es wäre vielleicht ratsamer, daß Italien sich zunächst ganz auf eigene Füße stellte, und in der sichern Voraussetzung, von niemand angegriffen zu werden, den Moment abwartete, wo man nicht nur von Westen, sondern auch von Osten her seine Freundschaft suchen würde. Aber unverkennbar empfindet man im Lande ein starkes Anlehnungsbedürfnis, und nicht am wenigsten treibt die Sorge wegen möglicher Erfolge der Annäherungsversuche Gambettas†, über welche ich heute gesondert berichte, viele aufrichtige Royalisten zu dem Wunsche, das Verhältnis des Landes zu Österreich möglichst bald für einige Jahre wenigstens unwiderruflich festzulegen und dadurch eine heilsame Rückwirkung auf die innere Politik herbeizuführen.

Von diesem Gesichtspunkte aus, glaube ich gehorsamst befürworten zu dürfen, für den Fall, daß die Kaiserlich österreich-ungarische Regierung auf einen Vertrag der bezeichneten Art einzugehen wünscht, derselben hochgeneigtest nicht davon abzuraten. Diese Behandlung der Sache hatten Euere Durchlaucht nach Inhalt des erwähnten Erlasses vom 19. Mai d. Js. rücksichtlich eines etwa beabsichtigten Neutralitätsvertrages in Aussicht genommen.

v. Keudell

---

* Sektionschef im österreich-ungarischen Ministerium des Äußern.
** Baron Haymerle † 10. Oktober 1881.
*** Siehe Nr. 537.
† Seit Mitte November stand Gambetta an der Spitze des französischen Kabinetts.

## Nr. 539

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Botschafter Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 577 Berlin, den 21. Dezember 1881

Zu dem mit Erlaß Nr. 576 mitgeteilten Bericht aus Rom vom 16. d. Mts.* hat der Reichskanzler beim Vortrag bemerkt, daß Garantieverträge im allgemeinen viel Gutes hätten; indessen schiene ihm die Sache mit Italien anders zu liegen. Nach der ganzen dortigen Situation, den häufigen Ministerwechseln etc. liege die Befürchtung nahe, daß ein solcher Vertrag kein zweiseitiger, sondern nur ein einseitiger sein würde. Es erschiene sehr fraglich, ob Italien unter allen vielleicht kommenden Ministerien im gegebenen Falle seine Vertragspflicht zu erfüllen geneigt oder auch nur imstande sein würde. Namentlich könne er sich nicht als wahrscheinlich denken, daß Italien bei etwa eintretenden Komplikationen sich zu wirklicher Aktion gegen Frankreich aufraffen würde.

Euerer pp. stelle ich anheim, sich im Sinne des Vorstehenden, sowie nach Maßgabe des Erlasses vom 19. Mai d. Js.** in vorsichtiger und ganz vertraulicher Weise auszusprechen, vorausgesetzt, daß Ihnen durch österreichische Anregung eintretendenfalls ein Anlaß dazu gegeben wird.

P. Hatzfeldt

## Nr. 540

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 379 Wien, den 23. Dezember 1881
Ganz vertraulich

Euerer Durchlaucht hohe Erlasse Nr. 576 und 577*** vom 20. und 21. d. Mts., die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien betreffend, habe ich nebst Anlagen zu erhalten die Ehre gehabt.

Graf Kálnoky† ergriff heute die Initiative, um mir von einem Berichte des k. u. k. Botschafters in Rom zu sprechen, welchem durch

* Siehe Nr. 538.
** Siehe Nr. 537.
*** Siehe Nr. 539.
† Seit November 1881 als Nachfolger Haymerles österreich-ungarischer Minister des Äußern, Vorsitzender des gemeinsamen Ministerrats.

Baron Blanc die gleichen Eröffnungen gemacht worden sind, wie dem Herrn von Keudell. Der italienische Unterstaatssekretär hat indessen dem Grafen von Wimpffen gegenüber besonders geltend gemacht, daß der Schritt, Italien an Österreich durch eine Abmachung zu binden, auch in der Absicht gewagt werden sollte, etwas für die Erhaltung und Rettung des sehr bedrohten Königtums zu tun, und wenn derselbe scheitern sollte, er, Baron Blanc, zurücktreten müsse. Ob ein Garantie- oder Neutralitätsvertrag gemeint sei, darüber hat der Botschafter nichts Näheres geschrieben.

Der Herr Minister des Äußern sagte mir, bis jetzt sei durch Graf Robilant keinerlei Andeutung in dieser Richtung gemacht worden; derselbe habe sich in seinen Gesprächen darauf beschränkt, den großen Wunsch seiner Regierung kundzugeben, eine den österreichischen Interessen an der unteren Donau günstige Haltung einzunehmen.

Es sei ihm, dem Minister, nun von größter Wichtigkeit, bevor die italienische Anregung hier erfolge, Euerer Durchlaucht Ansichten kennen zu lernen. Wie er mir schon neulich gesagt, wünsche er das Königtum überall und in erster Linie auch in Italien zu unterstützen. Denn es könne für die übrigen Monarchien nicht gleichgültig sein, allmählich einen Thron nach dem andern stürzen und eine Gruppe von Republiken lateinischer Rasse entstehen zu sehen, denen vielleicht eine Gruppe von slawischen Republiken folgen dürfte. Daß in dieser Hinsicht das Interesse für Italien das nächstliegende sei, wäre begreiflich. Es käme hierbei noch ein anderer Faktor in Betracht, das sei der Papst. Denn es sei unzweifelhaft, daß mit dem Sturz der italienischen Monarchie auch die Existenz des päpstlichen Stuhles in Rom in Frage gestellt werden würde, und den unabsehbaren Verwickelungen, die hieraus für Österreich entstehen könnten, möchte er gern vorbeugen.

Aus diesem Grunde frage er sich, ob man es verantworten könne, eine Proposition zurückzuweisen, durch welche vielleicht das königliche Ansehen, wie Baron Blanc dies behaupte, gerettet werden könnte.

Auf der andern Seite wisse er nicht recht, was er mit einem Garantievertrag machen sollte. Frankreich würde wohl kaum eine italienische Provinz abreißen, und Österreich-Ungarn dächte nicht daran, den Italienern ein Dorf zu nehmen. Italien sei also gar nicht bedroht. Ob aber Italien die Gegenleistung übernehmen könnte, das sei wohl sehr fraglich. Der Herr Minister erging sich hierauf in ganz analogen Betrachtungen, wie Euere Durchlaucht solche in dem Erlaß vom 19. Mai d. Js.* dem Herrn von Keudell haben auseinandersetzen lassen, und wie ich sie neuerdings in dem hohen Erlaß vom 21. d. Mts.** habe lesen können. Er glaubt nicht, daß Italien unter allen vielleicht kommenden Ministerien imstande sein wird, seine Vertragspflicht zu erfüllen, und

---

* Siehe Nr. 537.
** Siehe Nr. 539.

hat das größte Mißtrauen in die jetzigen Machthaber, aber auch in die Energie Seiner Majestät des Königs, der nicht in der Lage sein dürfte, sich aus den Banden der jetzt herrschenden zur Republik treibenden Richtung zu befreien. Außerdem wollte dem Grafen Kálnoky die intime Form nicht recht gefallen, welche der italienische Unterstaatssekretär wählen zu müssen geglaubt hat, um seine gewiß sehr loyale Absicht in Fluß zu bringen.

Ich glaubte meine Befugnis nicht zu überschreiten, wenn ich dem Minister sagte, daß die Kaiserliche Regierung ebenfalls, und zwar ganz neuerdings, von den Absichten des Baron Blanc ganz vertraulich in Kenntnis gesetzt worden sei. Ich versprach ihm, Euere Durchlaucht von seinem Wunsche in Kenntnis zu setzen, äußerte aber, daß mir aus früheren Auslassungen die Ideen bekannt seien, welche Hochdieselben über Allianzverträge mit Italien hegten. Ich führte diese Ideen nach Maßgabe der beiden früher erwähnten hohen Erlasse aus und fand dabei, wie schon bemerkt, das volle Einverständnis des Ministers. Indessen wäre es ihm doch lieb, zu hören, ob Euere Durchlaucht der Ansicht wären, daß man die italienischen Anträge kühl abweisen, oder aber unter Vorbehalt reiflicher Prüfung derselben sie auf die lange Bank schieben sollte.

Ich resümiere die Ansichten des Grafen Kálnoky dahin, daß er gern etwas für das Königtum tun möchte, daß er wenig Vertrauen in Verträge mit Italien setze, daß er aber vor allen Dingen seinem Kaiser nichts vorschlagen möchte, ohne die Kaiserliche Regierung vorher zu Rate gezogen zu haben. (gez.) Reuß

Nr. 541

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 596 Berlin, den 31. Dezember 1881
Geheim [abgegangen am 3. Januar 1882]

Wie Ew. pp. aus der Meldung von Keudell vom 20. Dezember ersehen haben, trägt der Graf Robilant Bedenken, die von Herrn Blanc gewünschte Sondierung in betreff eines Garantie- oder eines Neutralitätsvertrages zwischen Italien und Österreich-Ungarn vorzunehmen. Gleichwohl gehe ich gern und mit Dank auf den Vorschlag des Grafen Kálnoky — Bericht vom 23. Dezember Nr. 379* — ein, unsere Gedanken weiter darüber auszutauschen, wie ein derartiger Antrag, wenn er doch an uns herantreten sollte, zu behandeln sein würde. Ich tue das um so lieber, als seit den vertraulichen Mitteilungen des Baron

* Siehe Nr. 540.

Blanc an den Grafen Wimpffen und Herrn von Keudell etwas vorgegangen ist, was vielleicht im Quirinal das Bedürfnis einer Anlehnung steigert und zu einem bestimmten Vorschlage reifen läßt, zugleich aber auch auf eine der Fragen, die unsererseits zu erwägen sein würden, eine neue Beleuchtung wirft. Ich meine die Weihnachtsansprache des Papstes an die Kardinäle, in welcher er, im Gegensatz gegen seine bisherige Zurückhaltung, den gegenwärtigen Zustand für absolut unverträglich mit der Freiheit und Würde des Heiligen Stuhles erklärt und unter Berufung auf seinen Krönungseid die weltliche Herrschaft reklamiert.

Diese Erinnerung daran, daß eine Garantierung des Besitzstandes von Italien auch den ehemaligen Kirchenstaat decken würde, berührt eine der Rückwirkungen, welche die Übernahme einer Garantie auf unsere Beziehungen zu dritten Mächten haben würde. Die Garantie würde gegen die neuerlich kundgegebenen Ansprüche des Papstes gerichtet erscheinen. Für jede Macht, die eine erhebliche Zahl katholischer Untertanen hat, ist eine Parteinahme in dem Streit zwischen dem Papst und dem italienischen Staate immer nicht ohne Bedenken. Letztere würden schwinden, wenn es der italienischen Regierung gelänge, sich mit dem Papste über Herstellung eines Zustandes zu verständigen, der ihm die Möglichkeit gewährte, unabhängig und würdig in Rom zu existieren.

Mit dieser Bedingung, deren Berechtigung die Italiener würden anerkennen müssen, wäre zugleich der Weg gewiesen, ihre etwanigen Vorschläge wegen eines Garantievertrages in einer nicht ablehnenden, freundlichen Weise aufzunehmen und die Überleitung derselben auf erreichbare Ziele anzubahnen. Sollte die italienische Regierung eine solche Verständigung mit dem Papste versuchen, deren außerordentliche Schwierigkeit, um nicht zu sagen Hoffnungslosigkeit, nicht zu verkennen ist, so dürfte der erst neuerdings im „Diritto“ wieder zur Schau getragene Stolz sie abhalten, die helfende Einwirkung eines Dritten in Anspruch zu nehmen. Wenn das aber doch geschähe, so würde ich das Ansinnen ablehnen, ebenso wie ich es mit Anregungen gleicher Art getan habe, die aus dem Kreise friedlich gesinnter Prälaten ganz neuerdings an mich herangetreten sind. Selbst wenn eine solche Vermittelung gelänge, so würde doch der Vermittler sich den Undank beider durch ihn versöhnten Parteien gleichmäßig zuziehn.

Wie ich aus Ew. pp. gefälligem Bericht vom 23. Dezember zu ersehen mich gefreut habe, begegne ich mich mit dem Grafen Kálnoky in dem Urteil über die angeborene und durch die Persönlichkeit des gegenwärtigen Trägers gesteigerte Schwäche des italienischen Königtums und über die Gefahr einer republikanischen Entwickelung. Nur in einem Punkte möchte ich, wenn wir uns überhaupt auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen einlassen wollen, einen Zweifel aussprechen, nämlich gegen die Ansicht des Grafen, daß mit dem Sturze der italienischen

Monarchie auch die Existenz des päpstlichen Stuhles in Rom notwendig würde in Frage gestellt werden. Ich halte das allerdings für sehr wahrscheinlich, möchte aber doch daran erinnern, daß Louis Napoleon, der als ehemaliger Carbonaro mit allem unterirdischen Treiben in Italien Fühlung gehalten hatte, einmal den Gedanken lancierte, den Papst zum Ehrenpräsidenten eines italienischen Föderativstaates zu machen. Er stieß allerdings damit in dem unitarischen Republikaner Mazzini auf einen unermüdlichen und starken Gegner, dessen Jünger heute noch in allen republikanischen Kundgebungen voranstehen. Aber es liegen doch viele Zeugnisse darüber vor, daß auch die unkirchlichen Italiener mit einem gewissen patriotischen Stolze das Papsttum mit seiner Gewalt über alle Katholiken der Erde als eine italienische Institution betrachten. Auch wäre es denkbar, daß die französische Republik als lateinische Vormacht eine Schwesterrepublik auf der Halbinsel lieber in der loseren Form einer Föderation sehen würde. Ich halte es daher für möglich, daß der Päpstliche Stuhl sich auch mit einer republikanischen Gestaltung Italiens würde einzurichten wissen, vielleicht sogar leichter als mit der monarchischen.

Wenn die Persönlichkeit des jetzigen Papstes eine derartige Entwickelung unwahrscheinlich macht, so kann eine künftige Papstwahl doch leicht auf einen Prälaten von der Energie und politisch liberalen Richtung fallen, die Pio IX. 1847 zeigte.

Eine Föderation italienischer Republiken mit dem Papste an ihrer Spitze sieht wie eine Unmöglichkeit aus, ist aber keine für einen Papst von jesuitischer Richtung. Jede Form der Republik würde aber das republikanische Italien mit der Schwesterrepublik Frankreich in enge und dauernde Verbindung bringen.

Angesichts solcher Möglichkeiten bin ich nur um so mehr mit dem Grafen Kálnoky dahin einverstanden, daß die Kräftigung des italienischen Königtums, ebenso wie seine Aussöhnung mit dem Papste, im monarchischen Interesse liegt. In welcher Weise jene Ziele angestrebt werden können, darüber werden wir meines Erachtens Vorschläge von italienischer Seite abzuwarten haben. Wie Ew. pp. bekannt, hat man sich dort früher mit dem Gedanken eines Neutralitätsvertrages getragen. Mag man darauf zurückkommen, oder mag man Verhandlungen über ein Garantiebündnis anregen, so würde es meines Erachtens nicht ratsam sein, solche Annäherungsversuche durch Zurückweisung zu entmutigen. Andrerseits würde ein Bündnis oder eine Garantie die Gefahren für den Frieden, dessen Erhaltung wir erstreben, wesentlich vermehren. Solange die drei Kaisermächte einig sind, werden indes diese Gefahren wohl ohne wirkliche Störung des Friedens zu überwinden sein. Solange unsre Beziehungen zu Rußland gesichert sind, könnten wir auch Italien Deckung gewähren, ohne für seine Händel den Degen ziehen zu müssen.

Ich verkenne nicht die Gründe, welche dafür sprechen, Italien auch über jenen Zeitpunkt hinaus an dem Eingehen auf dann vielleicht möglich werdende Kombinationen zu verhindern, glaube aber bei der Unberechenbarkeit der Zukunft und bei dem geringen Verlaß auf eine jede, besonders eine dauernde Vertragserfüllung von italienischer Seite, daß es ratsamer sein wird, für die später möglichen Chancen sich Italien gegenüber die Hand freizuhalten, falls es nicht rechtzeitig gelingt, uns der russischen Politik für längere Zeit zu versichern.

Wenn Graf Kálnoky, ungeachtet dessen, was Herr von Keudell unter dem 20. Dezember und wahrscheinlich auch der Graf Wimpffen gemeldet hat, Ihnen einen Anlaß dazu geben sollte, so bitte ich, die Frage nach Anleitung des Vorstehenden mit ihm besprechen zu wollen, und resümiere meine Auffassung in folgendem:

Obwohl eine jede Abmachung mit Italien, wie auch die Fassung sein möge, im Wesen immer ein einseitiges Geschäft zum Vorteil Italiens sein wird, um so einseitiger, als der unruhige und anspruchsvolle Charakter der italienischen Politik Italiens Freunde leicht in Händel verwickeln kann, so würde ich doch dazu raten, das, was der König von Italien zur Kräftigung seiner Stellung wünscht, nicht einfach abzulehnen, es aber zunächst mit dem Wunsche nach Herstellung eines dem Papste annehmbaren modus vivendi zu beantworten und eventuell, wenn es zu meritorischen Verhandlungen kommen sollte, die Übernahme österreichisch-deutscher Verpflichtungen von der Dauer unsrer heutigen Beziehung zu Rußland abhängig zu machen.

v. Bismarck

Nr. 542

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 12 Wien, den 7. Januar 1882
Geheim

Euerer Durchlaucht geheimen hohen Erlaß Nr. 596 vom 31. Dezember v. Js.*, die seitens der italienischen Regierung beabsichtigten Eröffnungen und die sich daran knüpfenden Reflexionen betreffend, habe ich durch königlichen Feldjäger am 4. d. Mts. zu erhalten die Ehre gehabt.

Derselbe hat sich mit meinem Bericht über diesen Gegenstand gekreuzt, und wenn auch Graf Kálnoky, wie bereits gemeldet, der

* Siehe Nr. 541.

Ansicht ist, daß nach den neuesten Meldungen aus Rom die italienische Regierung weit hinter den anfänglichen Absichten des Baron Blanc zurückbleibe und weder eine Gegenleistung, noch selbst eine Antwort auf ihre in Aussicht gestellten Eröffnungen erwartet, so fragte er mich doch, ob Euere Durchlaucht auf seine Bitte eingegangen wären, in einen Gedankenaustausch mit ihm darüber einzutreten, wie derartige Anträge zu behandeln sein würden.

Ich erwiderte, daß Euere Durchlaucht auf diesen seinen Vorschlag mit der größten Bereitwilligkeit eingegangen seien und mir erfreut über die Übereinstimmung der Ansichten mit ihm geschrieben hätten. Ich besprach hierauf die Frage mit ihm nach Anleitung des obengenannten hohen Erlasses.

Graf Kálnoky bat mich, Euerer Durchlaucht seinen verbindlichsten Dank für dies Eingehen auf seine Wünsche auszusprechen. Die Ansichten, die ich ihm entwickelte, waren ihm von höchstem Interesse, und es frappierte ihn der Gedanke, die Antwort auf eventuelle italienische Eröffnungen mit der Papstfrage zu verbinden. Dieser Gedanke war ihm vollkommen neu, wenn er auch schon seine Aufmerksamkeit darauf gerichtet hatte, daß bei dem etwaigen Verlangen Italiens, einen Garantievertrag abzuschließen, die Garantierung der früheren päpstlichen Domäne hierbei Schwierigkeiten hervorrufen müßte.

Wenn es möglich wäre, daß die italienische Regierung einen annehmbaren modus vivendi mit dem Papste herstellen könnte, so scheint auch ihm diese Lösung selbstverständlich die beste zu sein. Aber der Minister sieht die Möglichkeit noch nicht vor sich, daß Italien dem Papste einen modus vivendi anbieten könnte, womit die Kurie sich zufriedengestellt erklären würde.

Vielleicht würde man einen Ausweg finden können, der ganz, vom objektiven Standpunkt aus betrachtet, akzeptabel für Beide sein möchte; so sei z. B. die Idee aufgetaucht, Rom als die Hauptstadt Italiens zu behalten, so wie Moskau die Hauptstadt, das Heiligtum Rußlands sei. Weder Hof noch Regierung würden dort residieren, aber zu feierlichen Gelegenheiten, Krönungen, großen Festen etc. würde der König dort im guten Einvernehmen mit dem Papste Hof halten. Der Papst brauche somit nicht an demselben Ort, unter einem anderen Souverän zu residieren; die Stadt würde seine freie Residenz sein, aber das Munizipium, die Administration übernehmen etc. etc. In dieser oder ähnlicher Weise könnte dem Anstand, den der Papst verlangen darf, Rechnung getragen werden, ohne daß das italienische Nationalgefühl verletzt würde.

Aber, fuhr der Minister fort, kann man darauf rechnen, daß eine Regierung, welche seit 10 Jahren einen solchen Lärm um die Großtat gemacht hat, Italien unifiziert und Rom zum Symbol dieser Einheit erhoben zu haben, könnte man es dieser Regierung zumuten, pater

peccavi zu sagen und sich wieder nach Florenz oder wohin immer zurückzuziehen? Man dürfe nicht vergessen, daß auch dynastische Gründe den König Viktor Emanuel gezwungen hätten, die Hauptstadt nach Rom zu verlegen, daß die politischen, und zwar auch die monarchischen Verbindungen in Sardinien das Aufgeben von Turin dem Könige nur hätten vergeben wollen, wenn er Rom zu seiner Residenz machte.

Daß es ganz unmöglich wäre, daß ein Dritter seine helfende Hand zu einer Verständigung zwischen Papst und Regierung anböte, darin ist der Minister ganz mit Euerer Durchlaucht einverstanden. Aber die Form ist ihm noch nicht recht erfindlich, wie Euere Durchlaucht dies am Schluß der geheimen Depesche resümierend aussprechen, in welcher der italienischen Regierung auf ihre Eröffnungen mit dem Wunsch geantwortet werden könnte, zunächst ein annehmbares modus vivendi mit dem Papst herzustellen. Es würde sich diese Form ja vielleicht finden, und der Gedanke sich in der allervorsichtigsten Weise andeuten lassen, aber selbst dann würde die italienische Regierung hierin eine Einmischung in ihre inneren Verhältnisse erblicken können oder wollen. Seiner Ansicht nach würde daher eine solche Erwiderung der italienischen Eröffnung von der anderen Seite als eine Ablehnung aufgenommen werden.

Es sei indessen noch ein anderer Grund, welcher es grade Österreich, als einer katholischen Macht, schwierig mache, die Papstfrage mit hineinzuziehen.

Daß es für alle Mächte, die katholische Untertanen hätten, von der höchsten Wichtigkeit wäre, diese Frage geregelt zu sehen, müsse ein jeder Politiker, welcher Konfession er auch angehöre, anerkennen. Ebenso sicher sei aber, daß der Versuch dieser Regelung die weitesten Konsequenzen, ja vielleicht die gefährlichsten Verwicklungen im Gefolge haben könnte. Aus diesem Grunde habe Österreich seit dem Einmarsch der Italiener in Rom das ganze Verhältnis Italiens zum Papste, wenn er so sagen dürfte, mit einer wohlwollenden Neutralität behandelt. Wolle das Wiener Kabinett der Regelung desselben nähertreten, so wäre dies nicht möglich, ohne dabei mit dem Vatikan Fühlung zu nehmen[1]. Dies zu tun sei aber bedenklich. Man würde dort die Hoffnungen sofort zu hoch spannen, die Verwendung Österreichs für die Wiederherstellung der weltlichen Macht an die große Glocke schlagen, und jede Aussicht auf ein Arrangement würde im Keime erstickt sein.

Ferner, was könnte die italienische Regierung bieten? Höchstens, daß das Garantiegesetz unter eine Garantie der Mächte gestellt würde. Und dieses Gesetz wird nach der feierlichen Erklärung des Papstes noch am zweiten Weihnachtsfeiertage ja gerade als ein unhaltbarer Zustand angesehen. Nun würde sich ja die Kurie gewiß mit der Herstellung eines sehr geringen Teils ihrer früheren weltlichen Macht be-

gnügen. Aber so bescheiden diese Anforderungen auch sein möchten, so könne man, wenn man gerecht sein wolle, der italienischen Regierung nicht zumuten, selbst darauf freiwillig einzugehen. Würde der König Rom als Residenz aufgeben, so würde er ohne Zweifel fortgejagt werden.

Noch einen anderen Grund gäbe es, der eine Anregung der Papstfrage bedenklich mache. Frankreich, welches den Italienern niemals die Besetzung Roms ohne sein Zutun vergeben habe, befinde sich seit dem Gouvernement des 4. September auf demselben Boden dieser Frage gegenüber wie Österreich, auf dem Boden einer wohlwollenden Neutralität. Es würde schwerlich möglich sein, ein Arrangement zwischen Papst und italienischer Regierung zu machen mit Übergehung von Frankreich; und wenn ich ihm hierauf auch vielleicht erwidern könnte, daß die radikale französische Regierung dem Papste nicht viel Gutes gönnen würde, so glaube er doch, daß Gambetta gerade bei seinen diktatorischen Velleitäten gezwungen sein werde, mit dem Klerus zu paktieren, der in Frankreich viel stärker als beispielsweise in Österreich sei.

Daß sich der Papst gegebenenfalls auch mit einer Republik einrichten könnte, und zwar besser mit einer föderativen, als mit der Italia una, gab mir der Minister wohl zu. Nur käme es auf die Form dieser Republik an. Eine sehr radikale republikanische Regierung könnte sich leicht versucht fühlen, den ganzen Vatikan auszukehren.

Dem Grafen Kálnoky leuchtet es ferner ein, wenn Euere Durchlaucht das Zustandekommen eines Abkommens mit Italien von der Dauer unserer heutigen Beziehung zu Rußland abhängig machen wollen. Auch damit ist er einverstanden, daß, solange diese Beziehungen gesichert sind, wir auch ohne besondere Gefahr für uns Italien Deckung gewähren könnten. Er verhehlte mir dabei indessen nicht seine große Besorgnis darüber, ob es möglich sein würde, uns der russischen Politik für längere Zeit zu versichern. Er zeigte dabei ein großes Mißtrauen, welches er nicht in die jetzige russische Regierung, sondern, wie er dies Euerer Durchlaucht seinerzeit mündlich ausgesprochen hat, in die Stabilität der dortigen Zustände setzt.

Aus allen diesen Gründen neigt Graf Kálnoky offenbar dahin, für die später möglichen Chancen sich Italien gegenüber die Hände freizuhalten.

Im Vorstehenden habe ich mir erlaubt, Euerer Durchlaucht die Gedanken des Grafen Kálnoky wiederzugeben, welche er mir bei meinem ersten Gespräch über die Sache, wie bei einem Besuch, den er mir heute machte, auseinandergesetzt hat. Er behält sich noch ein eingehenderes Studium der Frage vor, welche durch Euerer Durchlaucht anregende Behandlung einen ganz neuen und weiten Horizont bekommen, und deren weitere wechselseitige Erörterung und ganz vertrauliche Besprechung gewiß viel dazu beitragen würde, die Sache zu klären. Auch

muß er die Sache noch eingehender mit dem Kaiser besprechen, der sich lebhaft dafür interessiert.

Hierzu sei um so mehr Zeit vorhanden, als es dem Minister unzweifelhaft ist, daß die verkündigten italienischen Eröffnungen sehr platonischer Natur sein werden. Das Schweigen des Grafen Robilant, der längst im Besitze der durch Baron Blanc signalisierten Depeschen sein muß, läßt ihn darauf schließen, daß dieser Botschafter mit einer sich aus dem Mißtrauen gegen seine Minister erklärenden Vorsicht, und vielleicht auch in nicht unrichtiger Beurteilung der hiesigen Stimmungen Anstand nimmt, die Instruktionen in der Form, wie er sie empfangen hat, auszuführen.

Im übrigen bleibt der Minister bei dem Vorsatz, daß, wenn die betreffenden Eröffnungen in der zuletzt von Rom aus gemeldeten Form gemacht werden sollten, er seine aufrichtige Befriedigung über den Wunsch Italiens aussprechen wird, sich der Politik Österreich-Ungarns anzuschließen[2]. H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] ?
[2] gewiß

## Nr. 543

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

**Ausfertigung**

Nr. 31 Wien, den 19. Januar 1882
Geheim

Graf Kálnoky hat die Güte gehabt, mir über die Unterredung, die er gestern mit dem italienischen Botschafter gehabt, Folgendes mitzuteilen.

Letzterer hat damit angefangen, sich gewissermaßen zu entschuldigen, daß so viel Zeit vergangen, seitdem Baron Blanc die ersten Andeutungen über bevorstehende Eröffnungen gemacht. Diese Entschuldigungen haben den Minister aber nur in seiner anfänglichen Ansicht bestärkt, daß Graf Robilant sich, bevor er sich aussprach, ganz bestimmt des Einverständnisses der italienischen Minister habe versichern wollen.

Der Botschafter hat hierauf erklärt, Seine Majestät der König, in diesem Wunsch von der Königin lebhaft unterstützt, habe den Entschluß gefaßt, sich der Politik Österreich-Ungarns und Deutschlands eng anzuschließen. Beide Reiche verfolgten eine Politik des Friedens, und es sei dem Könige Humbert darum zu tun, durch seinen Beitritt zu derselben den Frieden Europas zu befestigen, aber auch die Interessen seines Thrones zu stärken.

Um nun aber die Dauer eines intimeren Verhältnisses zwischen den drei Mächten auch vor den Wechselfällen zu schützen, welche bei

parlamentarischen Regierungen oft unausbleiblich wären, schiene es dem Könige nützlich, diesem so glücklich angebahnten Verhältnis auch festere Formen zu geben.

Der Botschafter hat ferner darauf hingewiesen, wie die Gefahren, welche der italienischen Monarchie von Frankreich aus drohen könnten, nicht zu unterschätzen seien; wie von dort aus Anstrengungen gemacht würden, die republikanischen Regierungsformen auch auf Italien auszudehnen; daß es den nordischen Kaiserreichen nicht gleichgültig sein könnte, die lateinischen Rassen nach und nach dieser Regierungsform verfallen zu sehen, und eine Stärkung der jetzt regierenden Dynastie auch in ihrem Interesse liegen müsse.

Von Garantie- oder Neutralitätsverträgen hat der Botschafter nicht gesprochen, im Gegenteil sorgfältig vermieden, diese Worte in den Mund zu nehmen.

Graf Kálnoky hat diese Eröffnungen auf das freundlichste entgegengenommen und gesagt, dieselben seien als ein erneuter Ausdruck derjenigen Politik zu betrachten, welche König Humbert durch seine Reise nach Wien inauguriert habe. Die k. u. k. Regierung habe schon damals ihre Freude über dieses Faktum zu erkennen gegeben, und der Empfang, welchen die italienischen Majestäten bei allen Kreisen der Bevölkerung Wiens gefunden, hätte Höchstdenselben beweisen müssen, welch' hohen Wert man hier allgemein auf diese Annäherung zwischen beiden Höfen gelegt habe.

Dieser neue Schritt, der in amtlicher Weise von Seiten Italiens hier unternommen werde, könne daher hier nur sehr angenehm berühren, weil sich die Hoffnung daran knüpfe, daß die italienische Politik sich dem aufrichtigen Bestreben Deutschlands und Österreichs anschließen würde, um in allen auftauchenden Fragen ihre Bemühungen für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu vereinigen.

Was nun aber die Frage betreffe, diesem Streben eventuell durch eine Abmachung festere Formen zu geben, so sähe er, der Minister, hierzu eigentlich keine rechte Veranlassung. Die Zeiten, wo befreundete Staaten auf längere oder kürzere Zeitdauer hinaus Allianzverträge abschlossen, seien vorüber, und man schlösse heutzutage nur solche Abkommen ab, wenn man einen bestimmten Zweck im Auge habe, sich für bedroht halte oder dergleichen. Das sei glücklicherweise nicht der Fall. Österreich-Ungarn lebe mit allen seinen Nachbarn im besten Einverständnis, und auch Italien schiene ihm an keiner seiner Grenzen bedroht zu sein. Außerdem sei es immer keine ganz unbedenkliche Sache, mit einer parlamentarischen Regierung, wo die Minister rasch wechseln könnten, geheime Verträge abzuschließen.

Aber noch ein anderer Grund ließe ihn wünschen, der Frage eines Vertragsabschlusses mit Italien jetzt noch nicht näherzutreten. Die intimen Beziehungen, in welchen Österreich zum Deutschen Reiche stünde, und welche einen so glücklichen Einfluß auf die Erhaltung des

europäischen Friedens ausgeübt hätten, legten ihm bei diesen Besprechungen den Wunsch nahe, zuvörderst von der Aufnahme unterrichtet zu werden, welche die gleichzeitig in Berlin zu machenden italienischen Eröffnungen bei dem Kaiserlich Deutschen Kabinett gefunden haben würden.

Ein fernerer Punkt, der noch der Erwägung bedürfte, sei das Verhältnis zu Rußland. Österreich habe sich der Politik Kaiser Alexanders III. nur zu loben, und die Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten seien die allerbesten. Bei den bedenklichen inneren Zuständen jenes Reiches müsse man indessen, bevor man sich mit anderen Kabinetten auf bindende Abmachungen einlasse, immer bedenken, daß dieses Verhältnis durch irgendeine Umwälzung einmal gestört werden könnte.

Ich erlaube mir hier einzuschalten, daß der Minister wohl durch diese Andeutung auf die Abmachungen hat anspielen wollen, welche höchstwahrscheinlich zwischen Italien und Rußland bestehen und einen weder für Deutschland noch für Österreich freundschaftlichen Charakter haben dürften.

Graf Kálnoky hat sich am Schlusse seiner Unterhaltung dahin resümiert, daß ihn die italienischen Eröffnungen sehr erfreuten, daß die k. u. k. Regierung gern alles tun würde, was ihr möglich sei, um das Königtum auch in Italien zu stützen, „mais comme rien ne pressait, on en causera."

Graf Robilant hat sich mit dieser Aufnahme seiner Mitteilung sehr befriedigt gezeigt und ebenfalls beteuert, seine Regierung wolle durchaus nicht zu Abmachungen drängen.

Der Minister hat diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wollen, ohne dem Botschafter in ganz privater Weise über die italienischen Minister und über das geringe Vertrauen zu sprechen, welches dieselben hier sowohl wie anderwärts einflößten. Er hat daran erinnert, daß die Beziehungen mit der Regierung des Königs Viktor Emanuel sehr gut waren bis zur Zeit, wo die Partei des Herrn Depretis ihre Irredenta-Agitationen zu betreiben anfing. Da sei es wohl erlaubt, einige Zweifel in die Aufrichtigkeit der Minister zu setzen. Graf Robilant hat zwar versichert, daß sowohl Herr Mancini, wie Herr Depretis dem Willen des Königs beigestimmt hätten und zu hoffen sei, daß sie es ehrlich meinten; er ist aber persönlich zu sehr von der Unzuverlässigkeit dieser Republikaner überzeugt, um nicht selbst Bedenken zu haben. Die Möglichkeit eines Umschwunges hat er dabei nicht ausschließen wollen.

Jedenfalls schien es dem Minister, als seien ihm diese seine Bemerkungen nicht unerwünscht und nützlich, um für die gute Sache richtigen Orts verwertet zu werden.

Von der Papstfrage ist zwischen beiden Staatsmännern mit keinem Worte die Rede gewesen. H. VII. P. Reuß

## Nr. 544

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Botschafter Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 60 Berlin, den 29. Januar 1882
[abgegangen am 2. Februar]

Über die so lange vorher angekündigte Eröffnung des Grafen Robilant (Bericht vom 19. d. Mts., Nr. 31)* hat schon ein so reichlicher Meinungsaustausch stattgefunden, daß Ew. pp. über die Auffassung des Herrn Reichskanzlers vollständig orientiert sind. Gemäß der in dem Erlaß vom 31. v. Mts. Nr. 596** ausgesprochenen Ansicht, an welcher er festhält, bezeichnete Fürst Bismarck beim Vortrag über den gefälligen Bericht vom 19. d. Mts. als ratsam, das, was die Italiener jetzt ohne Anspruch auf eine Gegenleistung bieten, anzunehmen und soviel wie möglich zu verwerten.

Über Abmachungen zwischen Italien und Rußland, auf welche der Graf Kálnoky angespielt hat, ist übrigens dem Herrn Reichskanzler Sicheres nicht bekannt; er glaubt aber vermuten zu dürfen, daß jedenfalls nichts Schriftliches formuliert, sondern, wenn überhaupt, nur mündlich eine Annäherung für einen besonderen Fall verabredet war.

Graf Launay hat sich hier bisher nicht über den Anschluß Italiens an die deutsch-österreichische Politik geäußert. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß er eine ihm demnächst in Aussicht gestellte Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler abwarten will, in der Hoffnung, daß ihm dies Gelegenheit bieten wird, die Wünsche seiner Regierung noch wirksamer zu vertreten und derselben über die Aufnahme, die sie hier gefunden, entscheidende Äußerungen melden zu können. Sollte er eine Eröffnung machen, so wird sie im allgemeinen freundlich aufgenommen, und ihm jedenfalls dabei wiederholt werden, daß wir uns über alles freuten, was die guten Beziehungen zwischen Italien und Österreich stärkte und befestigte. Von seiner etwanigen Äußerung und unserer Entgegnung werde ich Ew. pp. in Kenntnis zu setzen nicht unterlassen.

P. Hatzfeldt

## Nr. 545

## Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck über eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Berlin Grafen de Launay

Abschrift

Berlin, den 31. Januar 1882

Der italienische Botschafter hat mir heute erklärt, daß es der Wunsch seiner Regierung sei, sich der deutsch-österreichischen Politik

---

* Siehe Nr. 543.
** Siehe Nr. 541.

anzuschließen und fügte hinzu, daß zwischen dem König von Italien und seinen Ministern in diesem Punkte die vollste Einigkeit bestehe.

Ich erwiderte dem Grafen Launay, daß wir uns über die Annäherung der italienischen Regierung aufrichtig freuten. Unsere Politik sei, wie er wisse, vor allem auf die Erhaltung des Friedens gerichtet, und in diesem Bestreben seien wir mit Rußland und Österreich einig und verbunden. Namentlich in Österreich werde das Friedensbedürfnis von Kaiser und Volk gleichmäßig empfunden und betätigt, und daraus erkläre es sich von selbst, daß zwischen uns eine Art von politischer Ehe bestehe, die uns die Pflicht auferlege, in einer so wichtigen Frage, wie er sie anrege, den Entschließungen der befreundeten österreichischen Regierung nicht vorzugreifen.

Als Graf Launay einwandte, daß er gerade von uns eine Entscheidung über den Antrag seiner Regierung erwartet habe, die sonst vom einen zum andern geschickt würde, wies ich ihn darauf hin, daß die Dinge zwischen Deutschland und Italien anders und einfacher lägen, als dies zwischen Italien und Österreich der Fall sei. Unsere Grenzen berührten sich nirgends, und ebensowenig begegneten sich an anderen Punkten die Interessen der beiden Nationen. Ganz anders liege die Sache mit Österreich. Auf der Balkanhalbinsel, im Adriatischen Meere hätten beide Teile konkurrierende Interessen, die zu Schwierigkeiten führen könnten. Ich wisse auch nicht, ob die Bestrebungen der Italia irredenta definitiv und für immer erloschen seien, da sie noch vor kurzem der Befestigung guter Beziehungen zu Österreich im Wege gestanden hätten.

Graf Launay versicherte mit Lebhaftigkeit, daß von der Italia irredenta keine Rede mehr sei, und daß in Italien in allen maßgebenden Kreisen der Wunsch vorherrsche, alles aus dem Wege zu räumen, was die guten Beziehungen zum Nachbarlande beeinträchtigen könnte.

Der Vertreter Italiens ging nun einen Schritt weiter, indem er die Frage aufwarf, ob die von seiner Regierung angestrebte Verständigung mit den beiden Kaiserhöfen über eine gemeinsame Politik nicht schriftlich formuliert werden könnte. Ich betonte die Schwierigkeiten, welche eine vertragsmäßige Festlegung der beiderseits bestehenden freundlichen Gesinnungen haben würde. Schon eine allen Wünschen entsprechende Redaktion werde nicht leicht zu finden sein; ich würde mich nicht getrauen, eine solche, wie Graf Launay unterstellte, zu entwerfen. Schon prinzipiell sei die Tragweite solcher Abreden schwer zu begrenzen, und sie könnten deshalb jeden der Beteiligten weiter führen, als er es beabsichtigt habe und dem eigenen Lande gegenüber verantworten könne. In welche Lage würde Italien selbst kommen, wenn etwa Deutschland, in dem Bewußtsein, die noch durch die italienische Armee vermehrte Macht der beiden Kaiserhöfe hinter sich zu haben, bei irgendeiner bis jetzt nicht absehbaren Veranlassung einen Krieg mit Frankreich ohne Notwendigkeit herbeiführte? So unwahrscheinlich dies ge-

rade sei, so lasse sich doch die Versuchung nicht leugnen, in die eine schriftlich abgeschlossene Allianz mit der dadurch gegebenen militärischen Deckung jeden Beteiligten führen könnte, zu eigenen Zwecken, und ohne bedroht zu sein, über die Kräfte seiner Alliierten zu verfügen. Wer könne dafür stehen, daß die Politik Italiens, unter parlamentarischem Druck, früher oder später an der Nordküste von Afrika oder anderswo in Verwickelungen gerate, die vielleicht im Interesse des Friedens vermieden worden wären, wenn das Kabinett nicht auf die Hilfe der deutschen Macht zählen könnte? Ähnliche Fälle seien für Österreich und Rußland auf der Balkanhalbinsel oder anderwärts nicht ausgeschlossen.

Graf Launay verkannte nicht, daß die Formulierung einer Allianz, wie Italien sie wünsche, große Schwierigkeiten biete, wandte aber ein, er habe gehofft, „que je suggérerais une rédaction acceptable pour toutes les parties."

Ich erwiderte ihm, daß ich beim besten Willen nur die Schwierigkeiten bezeichnen könne, die der Verwirklichung eines solchen Gedankens entgegenständen und in der Natur der Sache begründet wären.

Bei der Erörterung der Vorteile, welche eine förmliche Allianz den Beteiligten bieten könnte, hatte ich auch darauf hingewiesen, daß nicht alle Länder eine gleiche Garantie für die strikte Ausführung ihrer Verpflichtungen zu bieten vermöchten, namentlich die Staaten nicht, in denen das Parlament schwerer ins Gewicht falle, als die Dynastie. Als Beispiel führte ich England an, mit welchem schon deshalb keine dauernde Allianz zu schließen sei, weil die innere Politik dort der auswärtigen vorgeht, und die Parteien, welche in der Regierung des Landes wechseln, die Verpflichtung der Vorgänger nicht notwendig anerkennen, die Monarchie aber selbst nicht stark genug sei, um ihre auswärtige Politik gegen die gerade herrschende Partei aufrecht zu erhalten, wie dies der jüngste Ministerwechsel in England gezeigt habe. Bei uns, wie in Österreich liege die Sache anders. In diesen beiden Staaten, obwohl sie auch parlamentarische Institutionen hätten, bestehe eine hinreichend starke Monarchie, um unter allen Umständen ihr vertragsmäßig gegebenes Wort einlösen zu können. Sollte wirklich der Fall eintreten, daß hier ein Parlament sich der Ausführung eines internationalen Vertrages widersetzen wollte, so würde unzweifelhaft die Kammer den Kürzeren ziehen und der Monarch recht behalten, der sich auf seine von der Nation anerkannten und getragenen Rechte und auf eine treue Armee verlassen könne. Mit solchen Verbündeten liege jede Gefahr eines durch innere Notwendigkeit bedingten Wechsels der Politik fern. Es sei nicht sicher, ob die Zustände Italiens, die dem Auslande das Schauspiel fortgesetzt nach links gleitenden Wechsels der Ministerien böten, dem Könige eine gleiche Sicherheit des Handelns gewährten. Graf Launay versicherte hierauf, daß in diesem Augenblick alle Parteien über die Notwendigkeit des Anschlusses an die drei Kaiserhöfe einig seien, und wollte jeden Zweifel darüber ausschließen, daß der König

sich auf die Armee vollständig verlassen könne. Dieser Versicherung gegenüber erlaubte ich mir die Andeutung, daß ein Monarch, der Zivilkleidung trage, nicht alles tue, was von ihm abhänge, um den Zusammenhang mit seiner Armee zu sichern.

Im allgemeinen habe ich die Eröffnungen des italienischen Botschafters bereitwillig und freundlich aufgenommen, ohne ihn zu entmutigen, aber auch ohne ihm eine entscheidende Antwort über das zu geben, was ich bei Seiner Majestät dem Kaiser befürworten könne. Ich habe wiederholt die Vorbedingung gestellt, daß Italien sich zunächst mit Österreich über dessen und Italiens eigene Interessen verständigen müsse. Ich habe mich dahin resümiert, daß wir alles, was Italien für Österreich tun werde, als uns erwiesen betrachten würden, und daß der Schlüssel der Tür, die zu uns führe, für Italien in Wien zu finden sei.

Mein Eindruck ist schließlich, daß Graf Launay, obwohl ich mich in der Form zahlreicher und begründeter Bedenken gegen den Antrag eines förmlichen Bündnisses aussprechen mußte, von unserer Unterredung nicht unbefriedigt war und in diesem Sinne nach Rom berichtet hat.

v. Bismarck

---

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms I.:

Ich kann mich mit den Antworten des F[ür]st[en] Bismarck an den Gr[a]f[en] Launay nur ganz einverstanden erklären, da ich für frühzeitige Alliancen nie geneigt war, dagegen für die ad hoc geschlossenen voll eintrete, wenn die Würfel geworfen sind. Dies war 1866 unser Fall mit Italien. Wir wollen nie vergessen, welchen Vortheil uns damals diese Alliance brachte, u[nd] wenn die kriegerischen Erfolge der Italienischen Armée mehr ein Couche waren, so zogen doch 130 000 Mann der Öst[er]reich[ischen] Armée nach Italien u[nd] fehlten uns in Böhmen, glücklicher Weise, gegenüber.

Diese Erinnerungen dürfen wir in unserer Politik gegen Italien nie außer Augen lassen u[nd] dasselbe uns zum Freunde erhalten, denn 130 000 Mann mehr Öst[er]reicher bei Königgrätz gegenüber, hätten leicht anderes Resultat ergeben können. B[erlin] 11. 2. 82. Wilhelm.

Nr. 546

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 98 — Berlin, den 14. Februar 1882
[abgegangen am 15. Februar]

Ew. pp. gefälliger Bericht vom 10. d. Mts. Nr. 59 ist eingegangen. Am Tage vorher hatte mir der Graf Launay im Auftrage seiner Regierung mündlich mitgeteilt, daß letztere, dem Rate des Herrn Reichskanzlers folgend, sich nunmehr mit ihren Wünschen wegen eines engeren Anschlusses an die österreichisch-deutsche Politik nach Wien gewandt und den Grafen Robilant mit detaillierter Instruktion versehen habe.

Es wird also zunächst darauf ankommen, wie diese mit Kenntnis der Unterredung des Grafen Launay mit dem Fürsten Bismarck vom 31. v. Mts. redigierten, als detailliert bezeichneten Instruktionen sich von denjenigen unterscheiden, auf Grund deren der Graf Robilant den Gegenstand am 18. v. Mts. bei dem Grafen Kálnoky angeregt hat. Indem der Herr Reichskanzler die Behandlung der dort zu erwartenden Eröffnungen dem Herrn Minister ganz anheimstellt, will er doch mit der Bemerkung nicht zurückhalten, daß es wohl nützlich sein würde, wenn die Italiener mit einer formulierten Vorlage herauskämen, und daher ratsam, sie dazu zu veranlassen. Mit einem solchen Texte, aus dem bestimmt zu ersehen sei, was sie wollten, werde sich das Für und Wider der Möglichkeit eines Anschlusses der italienischen Politik an die österreichisch-deutsche vielleicht am besten diskutieren, und doch nötigenfalls eine Verzögerung ebenso gut erreichen lassen, wie durch die Hinweisung auf eine Betätigung der Tendenz der italienischen Regierung in einzelnen konkreten Fällen.

Im Auftrage
Busch

Nr. 547

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 83 — Wien, den 21. Februar 1882
Vertraulich

Graf Kálnoky hat mir über die Unterredung, die er am 19. d. Mts. mit Graf Robilant gehabt hat, nachfolgendes mitzuteilen die Güte gehabt und mich ersucht, Euere Durchlaucht zu bitten, ihm Hochdero Bemerkungen über den Weg, den er eingeschlagen, auch ferner nicht vorzuenthalten. Er würde jeden Wink mit großer Dankbarkeit aufnehmen.

Der Minister hat zuvörderst rekapituliert, was bisher geschehen sei. Er hat nach dem Vorbilde Euerer Durchlaucht nochmals die Schwierigkeiten betont, welche sich dem Abschluß eines förmlichen Abkommens entgegenstellten und endlich den Schluß gezogen, daß er nunmehr, da die italienischen Eröffnungen sowohl in Berlin als auch hier ein freundliches Entgegenkommen gefunden hätten, erwarten könnte, von Seiten des italienischen Kabinettes Vorschläge darüber zu erhalten, auf welcher Basis das dort gewünschte nähere Verhältnis zwischen den beiden Kaisermächten und Italien etwa zu formulieren sein würde.

Die Kaiserlich deutsche Regierung habe geglaubt, daß, da zwischen Österreich-Ungarn und Italien, schon wegen der geographischen Lage, viel mehr Berührungs-, eventuell auch viel mehr Streitpunkte sich befänden, als zwischen Deutschland und Italien, es in erster Linie angezeigt erscheine, eine Verständigung zwischen diesen Nachbarstaaten

herzustellen. Auch sei ihm gesagt worden, Graf Robilant sei, nach den Besprechungen zwischen Euerer Durchlaucht und Graf Launay mit detaillierten Instruktionen versehen worden.

Graf Robilant hat dies, beiläufig gesagt, in Abrede gestellt und gesagt (was sehr unwahrscheinlich ist), ihm sei nur das Telegramm des Grafen Launay über dessen Unterredung mit Euerer Durchlaucht bekanntgegeben worden.

Der Minister, in seiner Entwickelung fortfahrend, hat bemerkt, daß, wenn er also auch zunächst berechtigt sei, eine detailliertere Angabe der italienischen Wünsche zu erwarten, er doch gern bereit sei, in akademischer Weise die noch unbekannte Form mit dem Botschafter gemeinschaftlich zu suchen und zu besprechen.

Baron Blanc, in seinen ersten vertraulichen Besprechungen mit Graf Wimpffen, habe die Worte „Garantie-“ oder „Neutralitätsvertrag“ fallen lassen.

Was die erstere Form betreffe, so scheine sie ihm, dem Minister, nicht recht anwendbar; gewissermaßen durch die Geographie schon von vornherein ausgeschlossen. Denn wie wollte Italien ein Gebiet garantieren, welches durch die Ostsee, den Rhein und den Balkan begrenzt sei? Wenn das Deutsche Reich beispielsweise bei Memel angegriffen würde, so würde Italien sich außerstande befinden, ihrem Alliierten beizuspringen, und umgekehrt würde bei der großen Ausdehnung des italienischen Königreiches ein Schutz desselben durch deutsche Truppen fast ausgeschlossen bleiben. Ebensowenig wie er, der Minister, sich getrauen würde, die aus einem solchen Vertrag eventuell entspringenden Konsequenzen vor den Parlamenten mit Erfolg zu verfechten, ebensowenig würde dies ein italienischer Minister des Auswärtigen imstande sein. Von einem Garantievertrag müsse daher von vornherein Abstand genommen werden.

Graf Kálnoky, dem es darum zu tun war, von vornhinein schon der römischen Frage wegen, die Hoffnung auf einen Garantievertrag abzuschneiden, hat durch die sich hieran knüpfende Diskussion mit dem Botschafter sich überzeugen können, daß dessen Regierung hauptsächlich darauf hinaus will, ohne daß dies ausgesprochen worden wäre, eine Garantie des Besitzes von Rom zu erlangen. Graf Robilant hat die ihm angeführten Argumente zu bestreiten gesucht, sich aber doch, wenn auch mit offenbarem Widerstreben, überzeugen müssen, daß auf einen Garantievertrag nicht zu rechnen ist.

Die Besprechung hat sich nunmehr der Form eines Neutralitätsvertrages zugewendet, dessen Zustandekommen Graf Kálnoky nicht als unmöglich hingestellt hat. Er hat auf den praktischen Wert hingewiesen, welchen beispielsweise ein solcher Vertrag für Italien haben könnte, wenn es bei einem Angriff Frankreichs seinen Rücken frei haben würde etc. Solche Verträge abzuschließen sei jedenfalls nützlich für alle Teilnehmer, und ließe sich hierüber reden.

Graf Robilant hat hierauf bemerkt, man könne sich ja aber auch für andere bestimmte Fälle binden und gegenseitig verpflichten. So läge z. B. jetzt die ägyptische Frage vor, in welcher Italien sehr interessiert sei.

Graf Kálnoky hat dies nicht zurückgewiesen, aber dem Botschafter gesagt, er möge, unter Mitteilung des heute akademisch Besprochenen, den Herrn Mancini auffordern, auch seinerseits zu reden und Vorschläge zu machen.

Als einen von Euerer Durchlaucht kommenden Wunsch hat Graf Robilant noch die Ansicht ausgesprochen, das eventuelle Übereinkommen solle nicht zu allgemeiner Natur sein und nicht für zu lange Dauer abgeschlossen werden, was übrigens eine Verlängerung nicht ausschlösse.

Von den drei Kaisermächten hat Graf Robilant nicht gesprochen.

Wie der k. u. k. Botschafter in Rom heute meldet, scheint der telegraphische Bericht des Grafen Robilant über diese Unterredung besonders hervorgehoben zu haben, daß man hier keinen Garantievertrag haben wolle. Wenigstens hat sich Baron Blanc gegen den Grafen Wimpffen in diesem Sinne ausgesprochen und sein Bedauern darüber nicht verhehlt. Hierdurch ist Graf Kálnoky noch mehr in seiner Überzeugung bestärkt worden, daß es dem italienischen Kabinett hauptsächlich um einen Garantievertrag zu tun ist; er glaubt aber nicht, daß deshalb die Verhandlungen ganz ins Stocken geraten dürften.

H. VII. P. Reuß

Nr. 548

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 139 Berlin, den 28. Februar 1882
[abgegangen am 3. März]

In Beantwortung des gefälligen Berichts vom 21. d. Mts. Nr. 83* ersuche ich Ew. ganz ergebenst, dem Grafen Kálnoky den Dank des Herrn Reichskanzlers für die Ihnen gemachte Mitteilung aussprechen zu wollen.

Was eine Garantie für Rom betrifft, auf welche die italienische Regierung hinaus zu wollen scheint, so ist Ew. die diesseitige Auffassung aus dem Erlaß vom 31. Dezember v. Js.** bekannt. Nach der Auseinandersetzung, welche der Graf Kálnoky dem Grafen Robilant über Territorialgarantien überhaupt gegeben hat, wird man vielleicht

---

* Siehe Nr. 547.
* Siehe Nr. 541.

diesen Gedanken nicht weiter verfolgen, sondern sich überzeugen, daß der Versuch, ihn zum konkreten Ausdruck zu bringen, einem stärkeren Widerstreben und schließlich einer Ablehnung begegnen würde. Sollten die Italiener aber doch ihre Wünsche in dieser Beziehung zu verstehen geben wollen, so würde der Herr Reichskanzler es für das beste halten, auch ferner und solange wie möglich de faire la sourde oreille in allem, was den Papst berührt.

Auf der anderen Seite bezweifelt der Fürst Bismarck, ob sich der Minister Mancini in der ihm nahe gelegten Formulierung eines Vorschlages auf einen Neutralitätsvertrag beschränken wird. Er glaubt, daß ein solcher dem Bedürfnis der italienischen Regierung nicht genügen würde, und er hat die Ansicht, daß es auch im Interesse der deutschen Mächte liege, italienische Hoffnungen auf weiteres Entgegenkommen nicht zu entmutigen. Was die Italiener durch den Anschluß an unsere Friedenspolitik auf dem Gebiete der eigentlich auswärtigen, von den Beziehungen zum Papste absehenden Politik hauptsächlich zu erreichen suchen, ist doch die Verminderung der Gefahr, die ihnen von Frankreich kommen kann. Ein Neutralitätsvertrag würde ihnen nur die Gewißheit verschaffen, daß sie eintretendenfalls ihren Strauß mit Frankreich allein auszufechten hätten; und darin würden sie um so weniger eine Beruhigung finden, als sie sich ohnehin Österreich und Deutschland nicht leicht auf Seiten Frankreichs denken werden. Behalten sie aber völlig freie Hand, so bleiben sie der Versuchung ausgesetzt, in eine aktive Bundesgenossenschaft mit Frankreich zu treten und sich dort für den Preis der Garantierung Roms anzubieten. Um dem vorzubeugen, um die italienische Politik in der gegenwärtigen Richtung festzuhalten, und um das italienische Königtum vor den Gefahren zu behüten, die ihm aus einer vertragsmäßigen Verbindung und aus wechselseitigen Leistungen der radikalen Elemente Frankreichs und Italiens erwachsen müßten, dürfte doch zu erwägen sein, ob die deutschen Mächte nicht gut tun würden, Italien ihren Beistand gegen einen unprovozierten Angriff von Seiten Frankreichs in Aussicht zu stellen. Die Rücksicht auf das Selbstgefühl der Italiener sowohl, als unser eignes Interesse würde es mit sich bringen, daß das in der Form der Gegenseitigkeit geschähe, daß Italien uns ebenso seinen Beistand gegen einen Angriff Frankreichs zuzusagen hätte. Bei der militärischen Schwäche Italiens, bei seiner beschränkten Fähigkeit, außerhalb der Grenzen zu agieren, sind freilich die Machtverhältnisse und die von beiden Seiten zu erwartenden Leistungen sehr ungleich; immerhin aber würde es ein nicht zu unterschätzender Vorteil sein, daß im Falle eines von Frankreich im Bunde mit Rußland unternommenen Krieges Italien, wenn auch nur nominell und ohne erhebliche Leistung, auf unserer Seite stände. Es würden dadurch unsere anderenfalls in und an den Alpen aufzustellenden Truppen frei werden. Der Herr Reichskanzler würde also dazu raten, die akademische Besprechung,

und, wenn sich aus ihr Verhandlungen entwickeln sollten, auch diese in der bezeichneten Richtung zu leiten, d. h. auf eine Zusage gegenseitigen Beistandes gegen einen unprovozierten Angriff von Seiten Frankreichs, gleichviel, woher der Grund oder Vorwand dazu genommen sein möge.

Daß der Graf Robilant es als einen Wunsch des Fürsten Bismarck bezeichnet, dem eventuellen Übereinkommen nicht eine zu allgemeine Natur und nicht eine zu lange Dauer zu geben, muß auf einem Mißverständnis beruhen oder ein Vorgeben sein. Am Schlusse des Erlasses vom 31. Dezember v. Js.* ist zwar der Gedanke ausgesprochen, die Übernahme österreichisch-deutscher Verpflichtungen von der Dauer unserer heutigen Beziehungen zu Rußland abhängig zu machen; in der einzigen Unterredung aber, welche der Herr Reichskanzler mit dem Grafen Launay über diesen Gegenstand gehabt hat, hat er keinen der bezeichneten beiden Wünsche zu erkennen gegeben, wie die Ew. durch den Erlaß vom 5. d. Mts. Nr. 77 mitgeteilte Aufzeichnung** beweist. Auch ersucht Seine Durchlaucht Ew. an dem angeführten Satze des Erlasses vom 31. Dezember nicht unbedingt festhalten zu wollen, weil das, was seit dem Datum desselben vorgegangen ist, trotz des unverminderten Vertrauens in die Gesinnungen Seiner Majestät des Kaisers Alexander, leider auf Zweifel darüber führen muß, wie das Ringen der in Rußland einander bekämpfenden Kräfte ablaufen wird***.

Ew. wollen sich gefälligst nach Anleitung dieses Erlasses gegen den Grafen Kálnoky aussprechen.

Im Auftrage
Busch

## Nr. 549

## Der Botschafter in Rom von Keudell an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 19 — Rom, den 26. Februar 1882

Vertraulich

Die Erwägung der Frage, was den italienischen Wünschen gegenüber gewährt werden kann, ist insofern eine akademische, als ihre Beantwortung zunächst von der Entschließung der Kaiserlich österreichisch-ungarischen Regierung abhängen dürfte. Da indes, falls ein neuer, nicht a limine abzuweisender italienischer Antrag in Wien gestellt werden sollte, Euerer Durchlaucht Urteil erbeten werden würde,

---

* Siehe Nr. 541.

** Siehe Nr. 545.

*** Anspielung auf den von slawischer Seite geschürten Aufstand in Bosnien und Dalmatien, sowie auf die bekannte Rede des russischen Generals Skobolew vom 24. Januar, in der unverhüllt dem panslawistischen Haß gegen Österreich-Ungarn und Deutschland Ausdruck gegeben war.

glaube ich mit meiner unmaßgeblichen Ansicht über die Grenze, bis zu welcher Italien entgegenzukommen nützlich wäre, nicht zurückhalten zu dürfen.

Ich stelle mir vor, daß mündliche Zusagen dessen, was sich eigentlich von selbst versteht, fixiert in einem kurzen, nicht zu unterschreibenden Promemoria, genügen würden, um die italienische Regierung in ihrer jetzigen Bahn festzuhalten und einen gewissen Einfluß auf die auswärtige, vielleicht auch auf einige Sphären der inneren Politik des Landes zu gewinnen.

Man wird hier voraussichtlich wünschen:

1. Die bereits im Oktober in Wien abgegebene Erklärung — bei allen auftauchenden wichtigen Fragen der auswärtigen Politik eine Verständigung mit Wien suchen zu wollen — zu wiederholen und eine entsprechende Gegenerklärung zu erhalten;

2. zu versprechen und ein Versprechen darüber zu erhalten, daß, wenn eine Großmacht den Frieden bedrohen sollte, man bereit sein würde, über die Mittel zu gemeinsamer Abwehr des Feindes in Verhandlung zu treten.

Beides versteht sich von selbst, solange Italien nicht eine feindliche Stellung markiert; aus der Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über ein Defensivbündnis im Falle der Gefahr folgt aber noch nicht, daß es zum Abschluß desselben kommen müsse. Dennoch scheint mir, daß ausdrückliche Erklärungen der Geneigtheit zum Entgegenkommen in der angedeuteten Weise einen großen Wert haben und der italienischen Regierung die Beschämung ersparen würden, mit ihren allerdings verfrühten und indiskreten Vorschlägen gänzlich abgewiesen worden zu sein.

Ohne die hiesigen Minister gesprochen zu haben, kann ich allerdings nicht gerade verbürgen, daß das bezeichnete Maß des Entgegenkommens sie befriedigen würde, aber ich halte dies für sehr wahrscheinlich. Ich glaube, daß der Moment günstig ist, um, ohne Übernahme bindender Verpflichtungen, durch lediglich formelle Freundlichkeit einen wesentlichen Einfluß auf die Politik dieses Landes zu gewinnen. Gelingt es, die Monarchie hier mehr und mehr zu stützen, so ist für die Zukunft auf eine befreundete Macht zu rechnen, während die Republik eine geborne Feindin Österreichs und Deutschlands sein würde. Der Umstand, daß gegenwärtig die Linke am Ruder ist, würde meines unmaßgeblichen Erachtens einem Austausch von Erklärungen der angedeuteten Art einen höheren praktischen Wert geben, als wenn Herr Sella* in der Lage wäre, in dieser Weise seine von jeher vertretene Politik zur Geltung zu bringen. v. Keudell

---

* Quintino Sella, bekannter italienischer Staatsmann, seit 1873 Führer der Rechts-Oppositionellen.

## Nr. 550

### Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 105 — Wien, den 5. März 1882

Vertraulich

Euerer Durchlaucht hohe Erlasse Nr. 139 vom 28. v. Mts.* und Nr. 148 vom 2. d. Mts.**, die Verhandlungen der beiden Kaiserhöfe mit Italien betreffend, sind mir gestern durch Königlichen Feldjäger richtig zugegangen.

Ich habe diese Mitteilungen zum Gegenstand einer längeren Besprechung mit dem Grafen Kálnoky gemacht, und bat mich derselbe, Euerer Durchlaucht bestens für diesen fortgesetzten Gedankenaustausch zu danken, welcher ihm die weitere Behandlung dieser schwierigen Sache sehr erleichtere.

Im allgemeinen teilt der österreichisch-ungarische Minister Euerer Durchlaucht Anschauungen über eine eventuelle bindende Abmachung mit Italien. Daß die Leistungsfähigkeit dieses Bundesgenossen nur eine untergeordnete sein dürfte, steht auch ihm außer Zweifel; der Nutzen, Italien für alle Fälle auf unserer Seite zu haben, ist dem Grafen andererseits aber zu einleuchtend, um diese Seite der Sache nicht sehr eingehend zu erwägen. Seine Besprechungen mit Graf Robilant, wenn sie sich in letzter Hand auch nur um den Abschluß eines Neutralitätsvertrages drehten, haben, wie er meint, den Weg durchaus nicht verschlossen, um zu einem Ziele zu führen, welches er im Auge behielte, und welches in dem hohen Erlaß Nr. 139 so klar und präzis bezeichnet ist.

Was die Ansicht des Kaiserlichen Botschafters in Rom betrifft, Italien werde sich mit einem Promemoria begnügen, welches nicht einmal zu unterschreiben sein würde, und worin dem italienischen Kabinett Dinge versprochen werden sollten, die sich eigentlich von selbst verstehen, so hat der Minister aus seinen Gesprächen mit dem Grafen Robilant und aus den Berichten des Grafen Wimpffen den Eindruck gewonnen, daß sich Italien hiermit nicht befriedigt erklären würde, sondern mehr verlangen werde.

Wenn das dortige Kabinett darauf verzichtet, den nach der Ansicht des Grafen Kálnoky eigentlichen Zweck seiner Eröffnungen und Annäherungsversuche, die Garantie seiner römischen Besitzungen zu erreichen, so würde dasselbe zum wenigsten fordern, Sicherheit vor französischen Angriffen zu haben, und eine präzise Formulierung dieser Sicherheit wünschen. Das ganze, wenn auch sehr vorsichtige Auftreten des Grafen Robilant habe es deutlich durchblicken lassen, daß

---

* Siehe Nr. 548.

** Siehe Nr. 549.

dieser Unterhändler etwas Bestimmtes haben will, was imstande sein dürfte, die Monarchie zu stützen.

Wie gesagt, der Minister ist nicht dagegen, sich Euerer Durchlaucht Gedanken anzueignen und nach einer Formel zu suchen, um denselben zu verarbeiten. Die beiden Punkte, die Herr von Keudell vorschlägt, könnten ja, wie er meinte, vielleicht auch in einer weitergehenden Abmachung mit aufgenommen werden. Er pflichtet übrigens dem Herrn von Keudell darin vollkommen bei, daß, obgleich ihm die jetzigen Minister wenig Vertrauen einflößen, ein Abkommen mit Ministern von der Linken einen höheren praktischen Wert haben werde, als wenn man mit einem Ministerium von [der] Rechten abschließen würde.

Graf Kálnoky will nun vorerst Seiner Majestät Vortrag über meine Mitteilung halten und glaubt an dieser höchsten Stelle Verständnis zu finden. Sodann will er die von ihm verlangten Vorschläge des italienischen Kabinetts abwarten und hiernach beurteilen, wie er die Idee einer Defensivallianz gegen französischen Angriff zu verwerten haben wird.

Der Minister wird mich von dem weiteren Verlauf der Angelegenheit auf dem laufenden erhalten. Daß das, was seit dem Anfange dieses Jahres in Rußland vorgeht, in ihm den Gedanken immer weniger unsympathisch macht, Italien an die Politik der beiden verbündeten Kaiserhöfe zu binden und diesen Nachbar mindestens unschädlich zu machen, ist unverkennbar. Er sagte mir noch heute, wenn man auch in dem guten Verhältnis zu Rußland glücklich über den bosnischen Inzidenzfall hinauskommen werde, so könne man doch nur mit Besorgnis auf den inneren Kampf sehen, den sich die Geister in Rußland lieferten, und dessen Ausgang leider sehr ungewiß sei.

H. VII. P. Reuß

## Nr. 551

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Rom von Keudell

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 93 Berlin, den 9. März 1882
Vertraulich [abgegangen am 16. März]

Ew. gefälliger Bericht vom 26. v. Mts. Nr. 19* ist dem Prinzen Reuß mitgeteilt worden zur Benutzung bei seinen Besprechungen mit dem Grafen Kálnoky. Sein in Abschrift anliegender Bericht vom 5. d. Mts.** über seine letzte Unterredung mit dem Herrn Minister berührt außer dem von Ew. gemachten Vorschlage auch andere Punkte des Gedankenaustausches, den wir mit Italien über die Annäherung Italiens unterhalten. Zur Vervollständigung Ihrer Information darüber und mit

* Siehe Nr. 549.
** Siehe Nr. 550.

Bezug auf das Telegramm vom 22. v. Mts. Nr. 7 beehre ich mich hinzuzufügen, daß wir die in letzterem erwähnte Garantie für das Territorium des ehemaligen Kirchenstaates überhaupt und für Rom insbesondere den Italienern zu bieten, aus Rücksicht auf die katholischen Staatsangehörigen nicht imstande sein würden und Österreich-Ungarn noch weniger. Dagegen ist der Herr Reichskanzler dem Gedanken nähergetreten, den Italienern Beistand gegen einen unprovozierten Angriff Frankreichs unter noch zu erwägenden Modalitäten zuzusagen. Sollte es dazu kommen und nach dieser Seite hin, von der dem Königreich Italien allein eine wirkliche Gefahr droht, Vorkehrung getroffen sein, so würde die Römische Frage zu einer innern zusammenschrumpfen und für Italien kein Bedürfnis sein, sie in internationale Abmachungen hineinzuziehen.

Der Herr Reichskanzler bittet, daß Ew. in Ihren Unterhaltungen mit dortigen Staatsmännern den Annäherungsversuch Italiens und die Chancen seines Gelingens nicht berühren wollen; er bemerkte ausdrücklich, diese Mitteilung habe nur den Zweck, Sie zu orientieren und zu verhüten, daß Ew. in den allgemeinen Versicherungen des Wohlwollens, mit denen Sie Anregungen des Themas von der anderen Seite beantworten würden, sich etwa mit der hiesigen Auffassung in Widerspruch setzten.

Im Auftrage
Busch

## Nr. 552

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 112 — Wien, den 10. März 1882
Vertraulich

Mit Beziehung auf den hohen Erlaß Nr. 148 vom 2. d. Mts., die Verhandlungen mit Italien betreffend, hatte ich bereits die Ehre, Euerer Durchlaucht zu melden, daß Graf Kálnoky mir die Ansicht aussprach, die von dem Kaiserlichen Botschafter in Rom vorgeschlagenen beiden Erklärungen* würden wohl von der italienischen Regierung selbst als nicht genügend betrachtet werden.

Der Minister hatte die Güte, mir heute ein vertrauliches Schreiben des Grafen Wimpffen vorzulegen, welches in noch entschiedenerer Weise, als Herr von Keudell dies getan, meldet, daß es in der Tat die Absicht des italienischen Kabinetts sei, hier und in Berlin Anträge zu stellen, wonach diese Erklärungen als einzige Forderung hingestellt werden würden. Die Instruktionen an die beiden Botschafter lägen bereit, und warte Baron Blanc nur noch die Zustimmung des Herrn

---

* Vgl. Nr. 549.

Depretis und die Wiederherstellung des erkrankten Ministers des Äußern ab, um sie abgehen zu lassen.

Graf Kálnoky ist verwundert darüber, daß sich die dortige Regierung, nach dem großen Anlauf, den sie genommen hatte, mit so wenig begnügen will. Ja, er findet, daß dieses Wenige auch für uns beide, namentlich aber für Österreich, ebenfalls zu wenig sei.

Ein Abkommen, ein Vertrag mit Italien, habe für Österreich nur allein Wert, wenn dieses Königreich wirklich gebunden werde und Sicherheit gewähre, daß die österreichische Armee bei anderweiten Konflikten die Alpen nicht zu decken brauche. Das, was in jenen beiden Erklärungen enthalten sei, habe das italienische Kabinett bereits hier und in Berlin durch ihre Botschafter feierlich genug aussprechen lassen. Wenn Italien, wie es bereits mündlich ausgesprochen, sich der Friedenspolitik der beiden Kaisermächte anschließen wolle, so verstände es sich gewissermaßen von selbst, daß „für den Fall, daß eine andere Großmacht den Frieden bedrohen sollte, man gemeinsam nach Mitteln suchen würde, diese Friedensstörung abzuwehren“.

Italien habe aber, und zwar mit ziemlich klaren Worten, schon mehr angeboten, habe gesagt, es wolle sich durch ein Abkommen binden, ohne dasselbe bis jetzt genauer formuliert zu haben.

Der Minister hält es daher nicht für gut, die Italiener wieder herauszulassen, sondern er möchte auf der Basis dieser ersten Eröffnungen doch darauf bestehen, daß etwas Bindendes abgeschlossen würde, wenn es auch nur auf kurze Zeit sei. Er wird daher Graf Robilants zu erwartende Eröffnungen vorerst ad referendum nehmen und dann, nach vorgängiger Besprechung mit uns, dieselben ungefähr in diesem Sinne beantworten.

Wir kamen in dieser unserer Besprechung wieder auf die in dem hohen Erlaß Nr. 139 vom 28. Februar cr.* enthaltene Idee eines Defensivbündnisses „für den Fall eines unprovozierten Angriffs von Seiten Frankreichs“ zurück, über welche Graf Kálnoky seitdem dem Kaiser, seinem Herrn, Vortrag gehalten hatte. Er hatte mir damals, am 5. d. Mts., gesagt, er teile im allgemeinen Euerer Durchlaucht Anschauungen. Daß dies auch heute noch, und zwar mit Genehmigung seines Kaisers der Fall ist, bestätigte mir der Minister. Nur machte er darauf aufmerksam, daß sich jene Idee zu sehr und einzig und allein in einem Bündnis gegen F r a n k r e i c h zuspitze. Er möchte diese Defensivallianz etwas mehr verallgemeinert ausgesprochen haben.

Graf Kálnoky erinnerte mich hierbei an die Besprechungen vom Jahre 1879 in Gastein und Wien, wo schon Graf Andrássy Euerer Durchlaucht gegenüber die Ansicht vertreten habe, ein österreichisch-ungarischer Minister des Äußern könne es nicht auf sich nehmen, eine Allianz abzuschließen, deren Spitze einzig und allein gegen Frankreich

* Siehe Nr. 548.

gerichtet wäre*. Die Nation, und namentlich Ungarn, würde die Gefahr, die der Monarchie von Frankreich her drohe, nicht verstehen. Das Gefühl, daß die einzige drohende Gefahr im Osten zu suchen sei, habe sich nun einmal in beiden Reichshälften festgesetzt. Die Bevölkerung der Monarchie würde es dagegen immer für gerechtfertigt halten, daß, wenn sie gegen diese Gefahr durch einen guten Verbündeten geschützt würde, sie auch die Verpflichtung habe, letzteren im Kampf mit dessen bedenklichstem Feinde zu unterstützen.

Einseitig gegen Frankreich defensiv Front zu machen, würde aber bei einer Tripelallianz, Italien mit einbegriffen, hier noch viel weniger verstanden werden; Italien könne täglich von Frankreich bedroht werden, Österreich-Ungarn habe aber von dort nichts zu fürchten[1]. Würde daher ein Defensivvertrag nur gegen Frankreich zugespitzt sein, so würde Österreich, und zwar zunächst zur See[2], in die Aktion treten müssen, Italien aber wohl für Deutschland, aber höchstwahrscheinlicherweise niemals für Österreich die Waffen zu ergreifen haben.

Graf Kálnoky bat mich, auf meine Einwendungen antwortend, ihn ja nicht mißzuverstehen. Es sei ihm unzweifelhaft, daß in einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland Österreich-Ungarn an unserer Seite fechten werde; aber dieser Krieg mit Frankreich sei ihm viel unwahrscheinlicher, als ein Krieg mit dem zwar verbündeten, aber leider doch ganz unberechenbaren Rußland. Durch ein Heranziehen Italiens an uns beide würde übrigens die von Westen drohende Gefahr seiner Ansicht nach immer geringer. Und aus diesen Gründen scheine es ihm erwünscht, die Zusage gegenseitigen Beistandes nicht bloß für den Fall eines unprovozierten Angriffes von Seiten Frankreichs zu geben, sondern dieselbe, auch ohne Rußland beim Namen zu nennen, zu verallgemeinern[3]. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] ?
[2] ?
[3] gut. factisch ist es für It[alien] doch nur Fr[an]kr[ei]ch

Nr. 553

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Eigenhändiges Konzept

Nr. 179 Berlin, den 16. März 1882

Zu Ew. pp. gefälligem Bericht Nr. 112 vom 10. d. Mts.** hat der Herr Reichskanzler bemerkt, daß es durchaus nicht in seiner Absicht gelegen habe, für das Abkommen mit Italien eine Formulierung vor-

* Vgl. Kap. XIII, Nr. 455, S. 34 und Nr. 482, S. 93 f.
** Siehe Nr. 552.

zuschlagen, die ihre Spitze ausschließlich und allein gegen Frankreich wende. Er habe nur hervorheben wollen, daß tatsächlich Italien in erster Linie von Frankreich bedroht werde, daß deshalb ein bloßer Neutralitätsvertrag oder eine Vereinbarung, die keine Sicherheit gegen einen französischen Angriff biete, dem Bedürfnis Italiens nicht genügen würde. Der Herr Reichskanzler bittet daher Ew. pp., dem Grafen Kálnoky zu sagen, daß er seinerseits keine Bedenken gegen eine allgemein gehaltene Formulierung der Vereinbarung haben würde, zumal nach der augenblicklichen Lage Rußland auf dem abschüssigen Wege zum Kriege Frankreich voraus zu sein scheine.

Was die Bemerkung des Grafen Kálnoky anbelangt, Österreich habe von Frankreich nichts zu fürchten, so glaubt der Herr Reichskanzler, daß dieselbe mit der Geschichte doch schwer in Einklang zu bringen sei. Wenn Österreich mit Rußland in Krieg gerate und Deutschland mit hineingezogen werde, so läge die Gefahr, daß Frankreich sich gegen Deutschland **und** Österreich wende, doch nicht so fern.

Busch

Nr. 554

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 128 Wien, den 18. März 1882
Vertraulich

Euerer Durchlaucht hohen Erlaß Nr. 179 vom 16. d. Mts.* die Verhandlungen mit Italien betreffend, habe ich gestern durch königlichen Feldjäger zu erhalten die Ehre gehabt.

Graf Kálnoky hatte mich heut bitten lassen, ihn zu besuchen, um mir über denselben Gegenstand zu sprechen.

Graf Wimpffen telegraphiert nämlich, daß die italienischen Minister nunmehr über die gleichmäßig an die Botschafter in Berlin und Wien zu richtenden Instruktionen schlüssig geworden seien, und daß dieselben in den nächsten Tagen in deren Hände gelangen würden. Herr Mancini habe dem österreichischen Botschafter keine Details über diese Instruktionen geben wollen, weil es schwierig sei, durch eine telegraphische Analyse das Wiener Kabinett über deren Inhalt zu informieren.

Graf Kálnoky wird nun die Eröffnungen des Grafen Robilant ad referendum nehmen, jedenfalls aber von vornherein eine bloß platonische, in einem nicht unterzeichneten Protokoll niedergelegte Erklärung, wie solche durch Graf Wimpffen und durch Herrn von Keudell in Aussicht gestellt wurde, als nicht genügend ablehnen.

---

* Siehe Nr. 553.

Der Minister sagte mir, je länger er über die Sache nachdenke, desto mehr erscheine es ihm nötig, Italien durch ein förmlicheres Abkommen zu binden, und glaubt er sich in dieser Auffassung auch in Übereinstimmung mit Euerer Durchlaucht zu befinden. Er war erfreut, von mir zu hören, daß Euere Durchlaucht bezüglich der eine Defensive enthaltenden Bestimmung keine Bedenken gegen eine allgemein gehaltene Formulierung der Vereinbarung mit Italien hätten. Er selbst hätte sich auch schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, ein Defensivbündnis mit Italien abzuschließen, in welchem nur von einem unprovozierten Angriff von Seiten Frankreichs die Rede wäre. Denn es sei ihm ganz klar, daß, wenn überhaupt der Friede gestört werden würde, ob durch Frankreich oder durch Rußland, Österreich-Ungarn bei dem daraus entbrennenden Kriege beteiligt sein würde. Es sei für ihn daher ziemlich gleichgültig, ob der Vertrag mit Italien nur gegen Frankreich gerichtet erschiene. Aber der Kaiser, sein Herr, höchstwelcher weit davon entfernt wäre, irgendwelche Sympathie für Frankreich zu hegen, stünde noch auf dem Boden, auf welchem er bei den Gasteiner und Wiener Verhandlungen von 1879 gestanden hätte. Die Gründe dieses Standpunktes seien Euerer Durchlaucht gewiß noch erinnerlich. Deshalb habe er, der Minister, darum gebeten, den eventuellen Defensivvertrag allgemein zu fassen, er hoffe aber, Seine Majestät allmählich dazu zu bringen, seiner, des Ministers, Ansicht beizupflichten.

Er habe sich nun einen Entwurf gemacht*, über dessen Inhalt er dem Kaiser wohl schon gesprochen, den er ihm aber noch nicht vorgelegt habe. In diesem Entwurf habe er, nachdem man sich zugesichert, sich gegenseitig nicht zu bekriegen, zunächst die Zusage gegenseitigen Beistandes gegen einen unprovozierten Angriff von Seiten Frankreichs aufgenommen. Sodann würde ein Artikel folgen, in welchem gesagt würde, daß, wenn eine oder zwei der Vertragsmächte mit einer oder mehreren außerhalb dieses Vertrages stehenden Mächten in Krieg geraten sollten, die andere oder die anderen beiden sich zum Beistand verpflichteten.

Durch diesen Artikel hofft der Minister die Skrupel seines Kaisers besiegen zu können, andererseits aber der Unterstützung Italiens für den Fall eines Krieges zwischen Österreich und Rußland sich zu versichern.

Da Graf Kálnoky immer gleichmäßig den Verdacht hegt, daß Italien irgendein Abkommen mit Rußland hat, so erwartet er hierbei Opposition von Seiten des italienischen Kabinetts. Jedenfalls würde man hieran prüfen können, ob etwas derartiges bestehe oder nicht.

Außerdem sind in dem questionierten Entwurf gewisse Zugeständ-

---

* Siehe denselben bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Bd. I, S. 146f.

nisse vorgesehen, welche Italien für seine Stellung gegenüber der ägyptischen und anderer mehr untergeordneter Fragen zu haben wünscht, und deren Formulierung man von dort aus abwarten müsse.

Ich erlaube mir zu wiederholen, daß Graf Kálnoky mit diesem Entwurf den Italienern gegenüber nicht etwa gleich hervortreten wird; er hat denselben nur für sich aufgesetzt, um sich eine Grenze vorzuzeichnen, bis zu welcher er gehen wird, und sprach er mir darüber, damit ich Euere Durchlaucht von seinen Ideen in Kenntnis setzen könnte. H. VII. P. Reuß

## Nr. 555

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 197 Berlin, den 24. März 1882

Ew. pp. gefälligen Bericht vom 18. d. Mts. Nr. 128* hat der Herr Reichskanzler bei Seiner Majestät zum Vortrag gebracht. Allerhöchstdieselben haben sich damit einverstanden erklärt, daß wir unsererseits den Wünschen Italiens so weit entgegenkommen, als Österreich seinerseits zu gehen für nützlich hält, und daß wir namentlich dem Bedürfnis der Italiener nach einer Defensivallianz zu entsprechen suchen. Der Herr Reichskanzler bittet Ew. pp., dem Grafen Kálnoky hiervon Mitteilung machen zu wollen.

Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß nach einer gestern eingegangenen Meldung des Herrn von Keudell die neue Instruktion an den Grafen Robilant am 18. expediert worden sein soll; dieselbe gewähre dem Botschafter zu weiterer Annäherung Italiens ausgedehnte Vollmacht. Wenn Herr von Keudell dieser Meldung hinzufügt, daß der Gedanke an einen förmlichen Vertrag ausgeschlossen sei, so stimmt dies, wie ich zu Ew. pp. vertraulicher Information ganz ergebenst bemerke, nicht mit den Äußerungen des Grafen von Launay, welcher dem Herrn Reichskanzler gestern das Gegenteil versicherte. Busch

## Nr. 556

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 135 Wien, den 24. März 1882
Vertraulich

Graf Robilant hat nunmehr dem Minister des Äußern die längst in Aussicht gestellten Eröffnungen gemacht und die eingetretene Verzögerung dabei zu entschuldigen versucht.

---

* Siehe Nr. 554.

Graf Kálnoky hat sich überzeugen können, daß die Vorschläge des italienischen Kabinetts sich im wesentlichen mit seinen eigenen Euerer Durchlaucht von mir schon gemeldeten Ideen begegnen, und daß die italienischen Minister nicht davor zurückschrecken sich zu binden. Er schreibt diese Haltung der kräftigen Einwirkung des Grafen Robilant zu, welcher dringend wünscht, in dieser Richtung abzuschließen. Der Minister hat mir über den Inhalt seiner Unterredung mit meinem italienischen Kollegen Nachstehendes mitgeteilt:

Nach der Instruktion, welche dem italienischen Botschafter zugegangen ist, wird im Eingang des Abkommens die konservative friedliche Tendenz des Bündnisses betont und das monarchische Interesse hervorgehoben, welches eine Verständigung unter den drei Mächten erheische. Es wird das Versprechen gegeben, sich gegenseitig nicht zu bekriegen und kein Bündnis gegen eine der vertragschließenden Mächte einzugehen [1].

Der italienische Vertreter hat angedeutet, daß in die Einleitung auch eine gegenseitige Anerkennung des Besitzstandes aufgenommen werden möchte. Graf Kálnoky ist jedoch hierauf nicht eingegangen, und ist dieser Punkt demnach fallen gelassen worden [2].

Der italienische Vorschlag entwickelt hierauf nachstehende vier Artikel:

In Artikel I wird gegenseitige Unterstützung in allgemeinen politischen Fragen [3] vorgesehen [4].

Artikel II enthält die Zusage gegenseitigen Beistandes gegen einen unprovozierten Angriff von Seiten Frankreichs [5].

Artikel III. Italien verpflichtet sich für den Fall, daß Österreich oder Deutschland von Rußland angegriffen würden, zu wohlwollender bewaffneter Neutralität. Wird Frankreich durch Rußland in diesen Krieg hineingezogen, so tritt der casus foederis ein [6].

Artikel IV stipuliert eine wohlwollende Neutralität in jedem Falle, wo eine der vertragschließenden Mächte auch anderweitig in einen Krieg verwickelt werden sollte [7].

Italien wünscht, daß das Abkommen von den drei Mächten unterzeichnet werde. Zunächst hofft das römische Kabinett das Einverständnis mit Österreich herzustellen [8], wobei die Aufrechterhaltung der ständigen Fühlung [9] mit Deutschland während der Unterhandlungen als selbstverständlich angenommen wird.

Graf Kálnoky möchte für den Artikel III eine Fassung finden, wodurch Italien verpflichtet würde zu aktivem Vorgehen auch für den Fall, daß bei einem Kriege, in welchen Deutschland oder Österreich mit Rußland verwickelt würden, Frankreich durch eine provozierende Haltung Deutschland oder Österreich zwingen sollte, dasselbe anzugreifen [10]. Auch fragt sich der Minister, ob Rußland direkt im Vertrage zu nennen sein wird, oder ob man nicht etwa vorziehen

sollte, eine umschreibende Form[11] zu wählen, wie er es anfangs sich gedacht hatte.

Der Minister hat die italienische Eröffnung ad referendum genommen.

Nachdem er durch den Grafen Robilant gebeten worden ist, die Redaktion der Abmachung zu übernehmen, hat er sich hierzu bereit erklärt und ist bereits damit beschäftigt. Er wird seinen Entwurf Euerer Durchlaucht demnächst vorlegen und würde zu hohem Danke verpflichtet sein, Euerer Durchlaucht Gutachten hierüber zu erlangen.

Der Minister ist der Meinung, daß dem Vertrage, welcher als geheim bezeichnet wird, eine etwa 5jährige Dauer zu geben sei[12].

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
1 Gut
2 gut
3 geht in der Allgemeinheit zu weit
4 I nach Maßgabe der eignen Interessen. Kann uns für alle ital[ienischen] Ansprüche in Egypten engagiren
5 II. gut
6 III gut
7 gut
8 Oest[er]reichs Einv[erständnis] ist Vorbedingung für das unsre
9 ja.
10 wäre zu fein gespitzt, um casus foed[eris] nachweisen zu können; ist Italien ehrlich u[nd] Herr seiner Entschlüsse so wird es von selbst interessirt sein, den Sieg Frankreichs zu hindern; unser Bedürfniß geht kaum weiter als wohlwollende Neutralität; Italiens Macht vielleicht auch nicht. Ersparung öst[er]r[eichischer] Streitkräfte ist mehr Zweck als Gewinnung italienischer
11 ja wäre anständiger, rebus sic stant[ibus].
12 gut.

## Nr. 557

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 232 — Berlin, den 3. April 1882
[abgegangen am 4. April]

Ew. gefällige Berichte vom 24., 28. und 31. v. Mts. Nr. 135*, 138, 146, welche dem Herrn Reichskanzler vorgelegen haben, beehre ich mich nach seiner Bestimmung in Nachstehendem ganz ergebenst zu beantworten.

Mit der ersten Erwägung im Eingange des Vertrages** ist der

---

* Siehe Nr. 556.
** Vgl. die Bestimmungen des italienischen Vertragsentwurfs in Nr. 556.

Herr Reichskanzler einverstanden, verwirft dagegen wie der Graf Kálnoky die Anerkennung des Besitzstandes.

Gegen Artikel I findet er zu erinnern, daß derselbe in der Allgemeinheit zu weit gehe, uns für alle italienischen Ansprüche in Ägypten engagieren würde, und schlägt daher vor einzuschalten: nach Maßgabe der eigenen Interessen.

Artikel II hat seine Zustimmung, desgl. Artikel III, wie derselbe vorliegt und Artikel IV. Die von dem Grafen Kálnoky gesuchte andere Fassung des Artikel III würde, fürchtet er, immer zu fein zugespitzt sein, als daß man daraus einen casus foederis nachweisen könnte. Sei Italien ehrlich und Herr seiner Entschlüsse, so werde es von selbst interessiert sein, den Sieg Frankreichs zu hindern; unser Bedürfnis gehe kaum über eine wohlwollende Neutralität hinaus, vielleicht reiche auch die Leistungsfähigkeit Italiens nicht weiter. Als unseren Zweck betrachte er mehr die Ersparung österreichischer, als die Gewinnung italienischer Streitkräfte.

Was die sachliche Beziehung des Vertrages auf Rußland betrifft, so würde der Herr Reichskanzler eine umschreibende Form vorziehen anstatt der namentlichen Erwähnung; er findet die erstere, rebus sic stantibus, anständiger.

Mit der Geheimhaltung des Vertrages und einer etwa fünfjährigen Dauer desselben ist er einverstanden und wiederholt, daß Österreichs Einverständnis die Vorbedingung für das unserige ist.

Ew. wollen sich gefälligst demgemäß gegen den Grafen Kálnoky äußern. Busch

Nr. 558

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 154 Wien, den 7. April 1882

Vertraulich

Euerer Durchlaucht hoher Erlaß Nr. 232 vom 3. d. Mts.*, die Verhandlungen mit Italien betreffend, ist mir richtig zugegangen.

Graf Kálnoky, dem ich heut Euerer Durchlaucht Bemerkungen zu den von Graf Robilant hier gemachten Vorschlägen für den Abschluß eines Defensivvertrages, sowie zu seinen eigenen Reflexionen darüber mitgeteilt habe, bat mich, Hochdenselben für diese Meinungsäußerung seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Im allgemeinen herrsche hiernach bereits eine prinzipielle Übereinstimmung zwischen den drei kontrahierenden Kabinetten, und wolle er sich nunmehr unverzüglich mit der Redaktion des Vertragsentwurfes in französischer Sprache be-

* Siehe Nr. 557.

schäftigen, um dieselbe womöglich anfangs der künftigen Woche fertig zu haben und mit mir nochmals besprechen zu können.

Was den Artikel I betrifft, so teilt der Minister Euerer Durchlaucht Ansicht, daß in demselben vorgesehen werden müsse, den italienischen Aspirationen nicht ein zu großes Feld zu lassen, und wird er voraussichtlich die von Euerer Durchlaucht vorgeschlagene Einschaltung darin aufnehmen.

Der Artikel II enthielt nach italienischer Fassung, wie ich mich zu melden beehrt habe, die Zusage gegenseitigen Beistandes gegen einen unprovozierten Angriff von Seiten Frankreichs.

Wie Euere Durchlaucht sich hochgeneigtest aus meiner früheren Berichterstattung* erinnern wollen, hatte mir Graf Kálnoky gleich anfangs gesagt, es würde schwer sein, den Kaiser von Österreich zu einer solchen allgemein gehaltenen Fassung zu bewegen, weil Seine Majestät immer noch an denselben Bedenken festhielten, die bereits im Jahre 1879 vom Grafen Andrássy mit großer Entschiedenheit Euerer Durchlaucht gegenüber vertreten worden wären. Der Kaiser Franz Joseph bliebe dabei, daß ein Angriff Frankreichs auf Österreich nicht zu erwarten sei, daß daher eine solche Eventualität nicht in den Vertrag aufgenommen werden solle. Er möchte nicht, daß dies ausgesprochen würde.

Der Minister, dem es bis jetzt noch nicht gelungen zu sein scheint, seinen Souverän durch die Beweisführung umzustimmen, daß der für nicht möglich gehaltene Fall notwendigerweise eintreten müsse, sobald als Deutschland oder Italien mit Frankreich in Krieg verwickelt werden würde, hat die Hoffnung indessen noch nicht aufgegeben, eine Sinnesänderung herbeizuführen. Er hat indessen eine Fassung vorgeschlagen, die seinem Kaiser genehm ist:

> „Sollte Italien aus was immer für einem Grunde unprovoziert angegriffen werden, so tritt für die beiden anderen vertragschließenden Teile die Verpflichtung ein, dem angegriffenen Teile mit allen Kräften Hülfe zu leisten[1]. Dieselben Verpflichtungen erwachsen für Italien im Fall eines unprovozierten Angriffs Frankreichs auf Deutschland[2].“

Graf Kálnoky, dem die Abneigung seines Kaisers selbst nicht recht verständlich ist, in diesem Artikel auch Österreich als eventuell angegriffen zu bezeichnen, also die Gegenleistung von Seiten Italiens auch für Österreich zu stipulieren, hofft, wie schon gesagt, noch die italienischerseits vorgeschlagene und von Euerer Durchlaucht sanktionierte[3] Fassung dieses Artikels durchzubringen. Sollte ihm aber dies nicht gelingen, so ist er der Ansicht, daß dies im Grunde für die Sache selbst, die wir im Auge hätten, keinen Unterschied machte.

Was den Artikel III[4] betrifft, den der Minister gern noch bindender

* Vgl. Nr. 554, S. 221.

für Italien gemacht hätte, so läßt er indessen Euerer Durchlaucht Bemerkungen gelten. Er hätte wohl gern Italien genötigt, wenn auch nur mit einer kleinen Macht uns Heeresfolge zu leisten, wenn er auch gewiß nicht verkennt, daß die Hauptunterstützung, die wir von diesem Königreich erwarten können, nur in seiner Neutralität liegt.

Rußland in diesem Artikel nicht zu nennen, war schon anfangs seine Absicht, und wird er eine Form finden, wodurch dies ausgeschlossen wird.

Graf Kálnoky sieht in dem Schlußsatz[5] dieses hohen Erlasses, welchen ich ihm mitgeteilt habe, ein neues Zeichen der freundschaftlichen Gesinnungen der Kaiserlichen Regierung für Österreich-Ungarn. Er wird nun eilen, mit der Sache fertig zu werden, um die italienische Regierung nicht zu lange warten zu lassen, und, da das Einverständnis zwischen Berlin und Wien als so gut wie erzielt betrachtet werden kann, mit dem Grafen Robilant gleichzeitig den Vertragsentwurf besprechen. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Würde m[eo] v[oto] genügen

[2] „auf Oest[e]r[reich]" nicht?

[3] ?

[4] hier nicht vorliegend

[5] ?

Nr. 559

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 159 Wien, den 13. April 1882

Vertraulich

Graf Kálnoky hat gestern eine Konferenz mit dem italienischen Botschafter gehabt, um demselben seinen Vertragsentwurf vorzulegen.

Ich beehre mich, Euerer Durchlaucht dieses erste österreichische Projekt abschriftlich anliegend ganz gehorsamst zu überreichen und habe nebenstehend mit roter Tinte diejenigen Abänderungen verzeichnet*, über welche die beiden Unterhändler in dieser Konferenz sich geeinigt haben.

Graf Robilant hat hiernach fast den ganzen österreichischen Entwurf gebilligt: er hat indessen nochmals versucht, in die „Einleitung" eine Phrase hineinzubringen, welche die Anerkennung des heutigen Besitzstandes des Königreichs Italien implizierte. Obgleich der Botschafter diesen Punkt als einen solchen bezeichnete, auf den seine Regierung den größten Wert legte, so hat Graf Kálnoky doch entschieden abgelehnt hierauf einzugehen, und dem Botschafter aufs neue mit Gründen der Geographie bewiesen, daß eine solche Anerkennung,

* Sie sind in dem in der Anlage folgenden Abdruck S. 231, oben, mittels Anmerkungen wiedergegeben.

die doch nur eine simulierte Garantie sein würde, weder für den einen, noch für den anderen vertragschließenden Teil im Bereich der Ausführungsmöglichkeit liege.

Graf Robilant scheint diesen Gründen auch Anerkennung gezollt zu haben, hat sich aber vorbehalten müssen, darüber nach Rom zu berichten.

Zu dem Artikel I hat der Botschafter einen Zusatz gewünscht, welcher stipuliert, daß die vertragschließenden Mächte sich versprechen, in einen Ideenaustausch über auftauchende politische und wirtschaftliche Fragen einzutreten. Der Zusage gegenseitiger Unterstützung in diesen Fragen hat Graf Kálnoky auf Euerer Durchlaucht Wunsch die Worte hinzugesetzt: „dans la limite de leurs propres intérêts."

Der Artikel II ist von dem italienischen Botschafter unbeanstandet geblieben.

Ebensowenig hat er Einwendungen gegen den Artikel III erhoben, sich aber ausgebeten, so wie überhaupt den ganzen Vertragsentwurf, auch diesen Artikel ad referendum zu nehmen.

Der Artikel IV ist im Eingange dahin abgeändert worden, daß gesagt worden ist: Dans le cas où l'une des parties contractantes sans provocation directe, se verrait forcée de faire la guerre à une puissance non signataire etc. etc., und hat dieser Artikel am Schluß, auf den Wunsch Italiens, eine bedeutende Modifikation erfahren, die sich Graf Kálnoky hat gern gefallen lassen, und von der er auch annehmen zu können glaubt, daß Euere Durchlaucht damit einverstanden sein werden.

Graf Robilant hat nämlich geäußert, Italien wolle überhaupt weiter gehen, als sich bloß zur Neutralität zu verpflichten. Ein einfacher Neutralitätsvertrag sei in Rom nicht beliebt worden, das wisse man ja hier. Er hat daher vorgeschlagen, am Schluß dieses Artikels hinzuzufügen, nachdem die Zusicherung der wohlwollenden Neutralität ausgesprochen worden: sauf à intervenir avec les armes en faveur de son allié, si Elles le jugeaient à propos.

Graf Kálnoky ist der Ansicht, daß man durch die Abänderung am Anfang des Artikels IV und durch diesen Zusatz dem Gedanken sich genähert habe, den er mir neulich ausgesprochen hat, nämlich Italien soviel als möglich zu binden. Es ist ihm dies sehr recht, wenn er auch Euerer Durchlaucht vollkommen beipflichtet (conf. Erlaß Nr. 232 vom 3. d. Mts.*), daß, wenn Italien ehrlich sei, es von selbst interessiert sein werde, den Sieg Frankreichs zu hindern. Aber er traut den Italienern nicht und möchte sie für alle Fälle festmachen; da sie es selbst zu wünschen scheinen, so würde er dafür sein, hierauf einzugehen.

---

* Siehe Nr. 557.

Gegen die nun folgenden Artikel hat der italienische Botschafter keinerlei Widerspruch erhoben. Es erübrigt mir nur noch, zu dem Artikel V ganz gehorsamst zu bemerken, daß Graf Kálnoky es für nützlich hält, die Italiener auch in dieser Hinsicht zu binden; daß sie hierdurch im Fall einer Bedrohung des Friedens des einen oder des anderen Alliierten genötigt sind, sich rechtzeitig mit dem anderen über die zu ergreifenden militärischen Maßregeln zu verabreden.

Graf Kálnoky hat den Botschafter am Schluß der gestrigen Besprechung nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der ganze Vertrag einen durchaus defensiven Charakter an sich trage und hauptsächlich in der Hoffnung geschlossen würde, daß infolge dieser neuen Gruppierung der Mächte und des Anschlusses Italiens an die Friedensliga Deutschlands und Österreich-Ungarns ein europäischer Krieg überhaupt unmöglich werden würde. Nur in diesem Sinne habe der Kaiser von Österreich zugegeben, durch den Artikel II sehr bedeutende Opfer ohne direkte Gegenleistung Italiens auf sich zu nehmen.

Der Minister hat ferner der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß Herr Mancini, der ein alter Advokat sei, nicht etwa an dem zwischen ihnen vereinbarten Texte noch spitzfindige Abänderungen machen werde, auf die man sich hier nicht einlassen könne.

Er hat endlich hervorgehoben, daß, wenn er auch mit dem Berliner Kabinett im Prinzip ganz einig sei, der Text des Projektes Euerer Durchlaucht noch nicht vorgelegen habe und er deshalb nicht gutstehen könne, ob nicht deutscherseits noch Abänderungen beliebt werden würden.

Graf Robilant hat versprochen, eine Rückäußerung seiner Regierung zu urgieren, und hofft der Minister, daß, wenn Euere Durchlaucht ihm gleichfalls bald Ihre Ansicht zu erkennen geben wollten, wir hier in kürzester Zeit zur Unterzeichnung des Vertrages würden schreiten können, worauf er besonders Italiens wegen Wert legt.

Für diesen Fall darf ich Euere Durchlaucht ganz gehorsamst bitten, mich mit den nötigen allerhöchsten Vollmachten versehen zu wollen.

H. VII. P. Reuß

**Anlage**

Projet Autrichien.

Leurs Majestés[1] l'Empereur d'Autriche-Hongrie, l'Empereur d'Allemagne,[2] le Roi d'Italie, animés du désir d'augmenter les garanties de la paix générale, de fortifier le principe monarchique et d'assurer par cela-même le maintien intact de l'ordre social et politique dans Leurs Etats respectifs, sont tombés d'accord de conclure un traité qui, par sa nature essentiellement conservatrice et défensive, ne pour-

suit que le but de Les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer le repos de Leurs Etats et de l'Europe.

A cet effet . . .

Art. I.

Les parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ni engagement dirigé [3] contre l'un de Leurs Etats.

Les parties contractantes se promettent en outre leur appui mutuel dans la limite de leurs propres intérêts, pour les questions politiques et économiques qui pourraient se présenter [4].

Art. II.

Dans le cas où l'Italie, sans provocation de sa part, serait attaquée par la France pour quelque motif que ce soit, les deux autres parties contractantes sont tenues à prêter à la partie attaquée secours et assistance avec toutes leurs forces. Cette même obligation incombe à l'Italie dans le cas d'une aggression non provoquée de la France contre l'Allemagne.

Art. III.

Si une ou deux des parties contractantes sont engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs grandes puissances non signataires du présent traité, le casus foederis se présente simultanément pour toutes les parties contractantes.

Art. IV.

Dans le cas où l'une des parties contractantes, sans être provoquée serait engagée dans une guerre avec [5] une puissance non signataire du présent traité, les deux autres s'obligent à observer une neutralité bienveillante à l'égard de celle des parties contractantes qui se trouve en guerre [6].

Art. V.

Si la paix de l'une des parties contractantes venait à être menacée dans les circonstances prévues par les articles précédents, les parties contractantes se concerteront en temps utile sur les mesures militaires à prendre en vue d'une coopération éventuelle.

Art. VI.

Les parties contractantes se promettent mutuellement le secret du contenu et de l'existence [7] du présent traité.

Art. VII.

Le présent traité restera en vigueur durant l'espace de cinq ans à partir du jour de l'échange des ratifications.

Art. VIII.

Les ratifications seront échangées à . . . dans l'espace de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi . . .

---

Abänderungen auf Grund der Verhandlung zwischen Graf Kálnoky und Graf Robilant:

[1] „Leurs Majestés" fehlt.

[2] Statt des Kommas „et" hinzugefügt.

[3] Statt „dirigé": „dirigés"

[4] Statt „se promettent" usw.: „s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter et se promettent en outre Leur appui mutuel, dans la limite de Leurs propres intérêts."

[5] Statt „sans être provoquée serait engagée dans une guerre avec": „sans provocation directe, se verrait forcée de faire la guerre à".

[6] Hier ein Zusatz hinzugefügt: „sauf à intervenir avec les armes en faveur de Leur allié si Elles le jugeaient à propos."

[7] Statt „du contenu et de l'existence": „sur le contenu et sur l'existence".

Nr. 560

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Botschafter Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 29 — Berlin, den 17. April 1882

Antwort auf Bericht Nr. 159*. Ich werde gemäß Bestimmung des Fürsten Bismarck die Genehmigung der Anlage des Berichts bei Seiner Majestät befürworten und Ew. benachrichtigen, sobald dieselbe erfolgt ist.

P. Hatzfeldt

Nr. 561

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 172 — Wien, den 28. April 1882

Vertraulich

Graf Robilant hat erst gestern eine Besprechung mit Graf Kálnoky gehabt, um ihm die Anschauungen seiner Regierung über den hier besprochenen Vertragsentwurf mitzuteilen.

Graf Kálnoky kann sich diesen Zeitaufwand, den die italienischen Minister gebraucht haben, um sich schlüssig zu machen, nur dadurch erklären, daß mittlerweile eine Diskussion zwischen diesen Ministern

---

* Siehe Nr. 559.

und dem Botschafter stattgefunden hat, welcher letzterer die hiesigen Vereinbarungen vertreten haben dürfte.

Graf Robilant hat damit angefangen zu erklären, seine Regierung sei mit dem österreichischen Entwurf im allgemeinen einverstanden, habe nur einige Amendements vorzuschlagen, welche bezweckten, den Defensivcharakter des Vertrages noch deutlicher hervorzuheben.

In der Anlage beehre ich mich den Entwurf mit den italienischen Amendements (welche mit roter Tinte geschrieben sind) ganz gehorsamst einzureichen, wie Graf Kálnoky ihn mir heute übergeben hat.

Im préambule ist am Schluß eingefügt: „la sécurité" de Leurs Etats; eine Abänderung, die hiesigerseits akzeptiert wird.

Artikel I bleibt unverändert.

Im Artikel II ist italienischerseits dort, wo von „provocation" die Rede ist, das Wort „directe" und „directement" eingeschaltet worden, um, wie der Botschafter erläutert, den Defensivcharakter des Vertrages zu präzisieren.

Graf Kálnoky hat nichts hiergegen einzuwenden, um so weniger, als Euere Durchlaucht gleich anfangs die Formel des unprovozierten Angriffs vorgeschlagen hätten. Es lasse sich ja überhaupt in der Theorie darüber streiten, was Provokation sei; in der Praxis ändere dies wenig, und da sei es dann ziemlich gleichgültig, ob man das Wort „directe" hineinsetze oder nicht.

Der Artikel III ist von den Italienern bedeutender amendiert worden, und hat Graf Kálnoky diese Abänderungen nur ad referendum genommen, weil er darüber Euerer Durchlaucht Ansicht kennen möchte, bevor er sich ausspricht. Es wird nämlich zu seinem Entwurf anfangs dieses Artikels hinzugesetzt: Si une ou deux des Hautes Parties contractantes sans provocation directe de Leur part viennent à être attaquées et à se trouver par ce fait engagées dans une guerre etc.

Graf Kálnoky zieht seine ursprüngliche Redaktion vor, würde aber auch diese Form annehmen, wenn Euere Durchlaucht kein Bedenken dagegen fänden; nur möchte er die Worte „attaquées et à se trouver par ce fait" — weggestrichen haben[1]. Er hat dies dem Grafen Robilant erklärt und gesagt, er fände, daß das Wort „engagées" vollkommen das ausdrückte, was man sagen wollte. Die Feststellung, wer angegriffen habe, sei überhaupt immer eine Unmöglichkeit[2].

Der Artikel IV ist von den Italienern in einer Weise verändert worden, die den Sinn desselben einigermaßen umwirft. Hier war ursprünglich gemeint, daß, wenn eine der unterzeichnenden Mächte in einen Krieg mit einer anderen Macht — keiner Großmacht — verwickelt werden sollte, die anderen eine wohlwollende Neutralität beobachten würden. Das italienische Amendement sagt nun „venait à être attaquée par une Grande Puissance". — Graf Kálnoky hatte bei seinem Entwurf die Pforte oder irgendeinen Balkanstaat im Auge gehabt. Der Ausdruck

Grande Puissance würde daher seinen Gedanken abändern. Auch sei es nicht wahrscheinlich, daß Österreich-Ungarn oder daß Italien von diesen Staaten angegriffen werden würde, oder andererseits, daß Deutschland von den skandinavischen Mächten oder Holland und Belgien einem Angriff ausgesetzt sein werde. Wogegen der andere Fall, daß man mit diesen Staaten in einen Krieg ohne Provokation verwickelt werden könnte, denkbar sei. Er würde daher seine ursprüngliche Redaktion vorziehen[3].

Dagegen findet er kein Bedenken gegen die italienische Fassung des Schlusses dieses Artikels, wo es heißt „en se réservant chacune la faculté de prendre part à la guerre, si Elles le jugeraient à propos". Die letzten Worte „pour faire cause commune avec Leur allié" hält er dagegen für überflüssig.

Beim Artikel V ist italienischerseits ein Zusatz gemacht worden, den Graf Kálnoky ad referendum genommen hat, weil er, ohne Euerer Durchlaucht Ansicht zu kennen, sich nicht aussprechen konnte[4].

Graf Robilant hat nämlich geltend gemacht, dem ganzen Vertrag fehle ein gewisses Ziel, ein Endpunkt, welcher einzutreten habe, wenn es zum Kriege kommen sollte. Man müsse doch wissen, wie ein solcher Krieg zu endigen haben würde, und sei es daher wünschenswert zu stipulieren, daß der Frieden nur mit der Übereinstimmung aller Alliierten geschlossen werden könnte. Es heißt daher: „Elles s'engagent dès à présent dans tous les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni paix, ni armistice, ni aucune espèce de Traité que d'un commun accord entr'Elles."

Der Minister findet, und hat er dies dem italienischen Botschafter auch ausgesprochen, daß eine solche Klausel unter loyalen Verbündeten ganz überflüssig sei. Er hat indessen kein Bedenken, dieselbe aufzunehmen, mit Ausnahme der Worte: „ni aucune[5] espèce de Traité." Er ist der Ansicht, daß dies zu bestimmen doch wohl etwas zu weit ginge und leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte.

Die letzten Artikel sind geblieben, wie sie vorgeschlagen waren.

Nach Beendigung der Besprechung des Entwurfes hat Graf Robilant einen Privatbrief des Ministers Mancini vorgelesen, von dem ich einen Auszug Euerer Durchlaucht anliegend einzureichen mich beehre.

In diesem Briefe spiegelt sich die Besorgnis des italienischen Kabinettes wieder, der Artikel III des Vertrages könnte auch als auf England sich beziehend zu betrachten sein. Das italienische Kabinett, welches sich nun sehr davor fürchtet, genötigt zu sein, eventuell England den Krieg zu erklären und Italien dessen Schlägen auszusetzen, möchte nun irgend etwas festsetzen, was Italien gegen eine solche Eventualität schützen könnte.

Herr Mancini schlägt daher die Unterzeichnung eines geheimen Protokolls zwischen den drei verbündeten Mächten vor, wodurch dieselben England die Tür offen ließen, entweder allen Punkten der Allianz

zu Dreien, oder doch dem der gegenseitigen Neutralität beizutreten*. Hierdurch würde die Annahme eines Konfliktes mit dieser Macht ausgeschlossen bleiben.

Außerdem müsse diese Reserve für einen möglichen Beitritt Englands so gefaßt sein, daß nur mit Übereinstimmung aller drei Mächte der Augenblick, sowie die Modalitäten der Eröffnung der Verhandlungen mit dem englischen Kabinett festgestellt werden dürfte[6].

Graf Robilant hat diesen Wunsch seiner Regierung als einen sehr dringenden bezeichnet, der indessen ganz außerhalb des Vertragsabschlusses liege und letzteren nicht präjudiziere.

Der Minister sprach sich nun in einer Weise mir gegenüber aus, die keinen Zweifel darüber übrigließ, daß er von einem solchen Plan nichts wissen wolle. Bei der heutigen Komposition des englischen Kabinetts würde man den größten Indiskretionen ausgesetzt sein. Herr Dilke[7]** würde, wenn ihm dies passen sollte, nichts Eiligeres zu tun haben, als seinen Freunden in Frankreich Kenntnis von der Existenz eines Defensivvertrages zu geben, welcher seine Spitze gegen Frankreich gerichtet habe.

Er hat dem italienischen Botschafter gesagt, der Artikel III sei überhaupt niemals gegen England gerichtet gewesen; alle Kombinationen, die dies vermuten lassen könnten, seien höchst unwahrscheinlich. Es würde schwierig sein und den Zweck, den wir verfolgt hätten, einigermaßen verwirren, wenn man nun mit England in Unterhandlungen zum Beitritt eintreten wollte[8]; er würde dies nicht für opportun halten, wisse auch gar nicht, welches die Ansichten des Kaiserlich Deutschen Kabinetts seien. Wenn man wolle, so habe er für seine Person nichts dagegen, dem italienischen Kabinett eine Ministerialerklärung zu geben, durch welche ausdrücklich ausgesprochen werde, daß die Spitze unseres Vertrages nicht gegen England gerichtet sei. Aber ein Protokoll zu diesem Ende zu unterzeichnen, scheine ihm überflüssig[9].

Graf Kálnoky zweifelt nun nicht, sich in diesen seinen Ansichten mit Euerer Durchlaucht im Einverständnis zu finden. Nicht gegen England sei sein Mißtrauen gerichtet, sondern gegen die englischen Minister[10]. Er bittet indessen, Euere Durchlaucht möchten ihn von Hochdero Ansichten auch über diesen Punkt in Kenntnis setzen, damit er seine Sprache den Italienern gegenüber hiernach regeln könnte.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Einverst[anden]

[2] richtig; die Hauptsache bleibt aber immer doch nur, daß Italien dem Angreifer oder Feind nicht beisteht.

[3] ja, aber nicht condit[io] sine qua non

* Siehe Anlage 2.

** Sir Charles Dilke, Unterstaatssekretär im Foreign Office.

[4] irrelevant
[5] (abstention d'armes 1866)?
[6] scheint unbedenklich der Sache nach, die Einwendung des Gr[afen] K[álnoky] aber begründet
[7] u[nd] Chamberlain!*
[8] richtig
[9] einverst[anden]
[10] gegen D[ilke] u[nd] Ch[amberlain] u[nd] Gl[adstone] mit Recht.

## Anlage I**

L'Empereur d'Autriche-Hongrie, l'Empereur d'Allemagne et le Roi d'Italie animés du désir d'augmenter les garanties de la paix générale, de fortifier le principe monarchique et d'assurer, par cela même, le maintien intact de l'ordre social et politique dans Leurs Etats respectifs, sont tombés d'accord de conclure un Traité qui, par sa nature essentiellement conservatrice et défensive, ne poursuit que le but de Les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer la sécurité de Leurs Etats et le repos de l'Europe.

A cet effet ...

### Art. I.

Les Hautes Parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de Leurs Etats.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter et se promettent, en outre, Leur appui mutuel dans la limite de Leurs propres intérêts.

### Art. II.

Dans le cas où l'Italie, sans provocation directe de sa part, serait attaquée par la France, pour quelque motif que ce soit, les deux autres Parties contractantes sont tenues à prêter à la Partie attaquée secours et assistance avec toutes Leurs forces. Cette même obligation incombe à l'Italie dans le cas d'une aggression non directement provoquée de la France contre l'Allemagne.

### Art. III.

Si une ou deux des Hautes Parties contractantes sans provocation directe de Leur part, viennent à être attaquées et à se trouver par ce fait engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs Grandes-Puissances non signataires du présent Traité, le „casus foederis" se présente simultanément pour toutes les Hautes Parties contractantes.

---

* Handelsminister Joseph Chamberlain.

** Die in der Vorlage mit roter Tinte geschriebenen italienischen Amendements (vgl. S. 232) sind hier durch Sperrdruck kenntlich gemacht.

Art. IV.

Dans le cas où l'une des Hautes Parties contractantes sans provocation directe de sa part, venait à être attaquée par une Grande[1] Puissance non signataire du présent Traité, les deux autres s'obligent à observer une neutralité bienveillante à l'égard de celle des Hautes Parties contractantes qui se trouve en guerre, en se réservant chacune la faculte de prendre part à la guerre, si Elles le jugeaient à propos pour faire cause commune avec Leur allié.

Art. V.

Si la paix de l'une des Hautes Parties contractantes venait à être menacée dans les circonstances prévues par les Articles précédents, les Hautes Parties contractantes se concerteront, en temps utile, sur les mesures militaires à prendre en vue d'une coopération éventuelle.

Elles s'engagent dès à présent dans tous les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni paix, ni armistice, ni aucune espèce de Traité[2] que d'un commun accord entr'Elles.

Art. VI.

Les Hautes Parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent Traité.

Art. VII.

Le présent Traité restera en vigueur durant l'espace de cinq ans à partir du jour de l'échange des ratifications.

Art. VIII.

(Ratifications.)

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Nicht nöthig, aber auch nicht schädlich; wenn Rum[änien] Oest[e]r[reich] angriffe, wird Italien doch Rum[änien] nicht beistehn können. Es müßte dann wieder, laut Vertrag, gegen sich selbst, als „Gr[ande] puiss[ance] agressive" eintreten.

[2] überfl[üssig], aber m[eo] v[oto] nicht bedenklich.

### Anlage 2

Aide-mémoire.

Secret.

Il serait désirable que, par un protocole séparé et secret signé en même temps que le traité, on laisse la porte ouverte à l'Angleterre à accéder sinon à tous les accords de l'alliance à trois, au moins à celui qui fixe la neutralité mutuelle; moyennant quoi l'hypothèse d'un conflit avec cette Puissance resterait exclue des vues des trois Puissances[1].

Cette réserve d'une possible accession de la part de l'Angleterre devrait être conçue de manière à bien faire comprendre que non seulement l'accord éventuel avec le Cabinet de Londres, mais aussi que l'ouverture même de négociations dans ce but seraient explicitement subordonnés tant pour le moment comme pour les modalités de l'accession au préalable consentement mutuel des trois Puissances contractantes.

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Die Idee England den Krieg zu erklären, ist wohl jedem der Contrahenten fremd; denn keiner könnte ihn mit Erfolg führen; erklärt ihn England, so ist keine Wahl

Nr. 562

## Aufzeichnung des Hilfsarbeiters in der Reichskanzlei Grafen Wilhelm von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 1. Mai 1882

Seine Durchlaucht hat seine bereits schon früher ausgesprochene Ansicht wiederholt, daß man Italien gegenüber auf die Wahl der Ausdrücke in dem Vertrage ein so großes Gewicht nicht zu legen brauche. Es komme im wesentlichen darauf an, sich einer wohlwollenden Neutralität Italiens zu versichern; an ein eventuelles aktives Eingreifen desselben glaube er nicht stark. Fände es doch statt, so wäre es erfreulich, aber wir würden auch ohne dem fertig werden. — Die Wendung „aucune espèce de traité" im Artikel V wünschten die Italiener wahrscheinlich mit Rücksicht auf unser Verhalten 1866. Auch damals hätten wir in dem italienischen Bündnis die Verpflichtung übernommen, ohne Italien keinen Waffenstillstand abzuschließen. Die Unaufrichtigkeit, welche Italien damals uns gegenüber bei dem Bündnisse beobachtet, hätte einen Ausweg aus dieser Verpflichtung notwendig gemacht, ohne daß der Vertrag formell verletzt wurde. Die beiderseitigen, österreichischen und preußischen Militärs hätten deshalb miteinander verabredet, drei Ruhetage zu halten und nicht zu schießen, solange der Gegner es nicht täte. — Der Reichskanzler hat im übrigen seine Ansichten in margine bemerkt, und bittet, dem Prinzen Reuß nach diesem und Vorstehendem zu antworten. Gleichzeitig würde es erforderlich sein, Seiner Majestät über den ganzen Stand der Sache Vortrag zu halten, allerhöchstseine Genehmigung zum Abschluß einzuholen und auch ihm gegenüber darauf hinzuweisen, wie es im wesentlichen auf Neutralität ankäme, und die Wahl der einzelnen Ausdrücke nicht von so entscheidendem Gewichte wäre.

Gf. W. Bismarck

Seine Durchlaucht teilt vollkommen die Ansicht, daß es unmöglich sei, der Diskretion des jetzigen englischen Kabinetts zu vertrauen, noch mehr wegen Chamberlain, als wegen Dilke.

Gf. W. Bismarck

Nr. 563

## Aufzeichnung des Hilfsarbeiters in der Reichskanzlei Grafen Wilhelm von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 1. Mai 1882

Seine Durchlaucht zieht es vor, wie er schon neulich bemerkt, daß der Vertrag à trois in einem Akte in Wien vollzogen werde. Die Frage, wer zu unterzeichnen habe, könne er als eine geschäftliche nicht ansehn. Wenn er auch dem Grafen Launay das Vergnügen des Unterzeichnens gönne, so müsse dessen persönliche Ambition vor dem geschäftlichen Erfordernis zurücktreten. Österreich sei das Pivot der Vereinbarungen; unter seiner Führung, auf sein Betreiben seien sie zustande gekommen. Es sei danach natürlich, daß die Sache in Wien ihren Abschluß finde.

Gf. W. Bismarck

Nr. 564

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Botschafter Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 299 Berlin, den 4. Mai 1882
[abgegangen am 5. Mai]

In Verfolg meiner ganz ergebensten Mitteilung vom 2. d. Mts. Nr. 290* beehre ich mich die Auffassung des Herrn Reichskanzlers bezüglich der italienischen Amendements zu dem Wiener Vertragsentwurf in Nachstehendem vollständig wiederzugeben.

Wie schon vorläufig bemerkt, brauche man Italien gegenüber auf die Wahl der Ausdrücke in dem Vertrage ein so großes Gewicht nicht zu legen. Es komme im wesentlichen darauf an, sich einer wohlwollenden Neutralität Italiens zu versichern; an ein eventuelles aktives Eingreifen desselben habe er keinen starken Glauben. Fände es doch statt, so würde das erfreulich sein, aber wir würden auch ohne ein solches fertig werden.

---

* Inhaltlich identisch mit Nr. 563.

Zu der Einschaltung im Eingange und zu den Artikeln I und II hat der Herr Reichskanzler keine Bemerkungen gemacht, ist also mit der Ansicht des Grafen Kálnoky einverstanden.

Auch in betreff der zu Artikel III vorgeschlagenen Veränderungen tritt er dem Grafen Kálnoky dahin bei, daß dessen ursprüngliche Redaktion vorzuziehen, eventuell aber auch gegen die Fassung des italienischen Ministeriums nichts einzuwenden sei, vorausgesetzt, daß die Worte „attaquées et à se trouver par ce fait" gestrichen würden. Die Hauptsache bleibe aber doch immer nur, daß Italien dem Angreifer oder Feinde nicht beistehe.

Die vorgeschlagenen Einschaltungen in Artikel IV findet der Herr Reichskanzler nicht nötig, aber auch nicht schädlich. Wenn z. B. Rumänien Österreich angriffe, so würde Italien doch dem Angreifer nicht beistehen können; denn es müßte ja wieder laut des Vertrages gegen sich selbst als „grande puissance aggressive" eintreten müssen. Auch er werde die ursprüngliche Redaktion vorziehen, aber die Beibehaltung derselben nicht zu einer conditio sine qua non machen.

Den zu Artikel V beantragten Zusatz hält Seine Durchlaucht für überflüssig, aber nicht bedenklich und bemerkt, die Wendung „aucune espèce de Traité" wünschten die Italiener wahrscheinlich mit Rücksicht auf unser Verhalten im Jahre 1866. Auch damals hätten wir in dem Bündnis mit ihnen die Verpflichtung übernommen, ohne sie keinen Waffenstillstand abzuschließen. Die Unaufrichtigkeit, welche sie damals uns gegenüber beobachtet, hätte es notwendig gemacht, einen Ausweg aus dieser Verpflichtung ohne formelle Verletzung des Vertrages zu suchen. Die österreichischen und die preußischen Befehlshaber hätten deshalb verabredet, drei Ruhetage zu halten und nicht zu schießen, solange der Gegner es nicht täte.

Gegen eine Verabredung der drei Paziszenten, durch welche England der Beitritt in vollem oder beschränkterem Umfange offen gehalten würde, findet der Herr Reichskanzler der Sache nach kein Bedenken, teilt aber die Bedenken, welche der Graf Kálnoky gegen die Unterzeichnung eines solchen Instrumentes erhoben hat, und würde sich, wie dieser, nur zu einer Ministerialerklärung an das italienische Kabinett verstehen, daß die Spitze des Vertrages nicht gegen England gerichtet sei. Die Idee, England den Krieg zu erklären, sei wohl jedem der Kontrahenten fremd, denn keiner könne ihn mit Erfolg führen; erkläre England ihn, so sei keine Wahl. Das Mißtrauen gegen die englischen Minister findet er vollkommen begründet, und zwar nicht bloß gegen Sir Charles Dilke mit seinen französischen Freundschaften, sondern auch gegen Gladstone, der, so unberechenbar er auch sonst ist, in seiner Wahlrede am 17. März 1880* in Edinburg eine Ab-

* Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1880, S. 348.

neigung gegen Österreich geäußert hat, die unbezwinglich zu sein scheint, und ganz besonders mit Bezug auf Chamberlain pp.

Schließlich bemerke ich ganz ergebenst, daß Seine Majestät der Kaiser sich auf meinen Vortrag mit der Auffassung des Herrn Reichskanzlers einverstanden zu erklären und die Ausstellung einer Vollmacht zum Abschluß des Vertrages für Ew. zu genehmigen geruht hat, die ich mit der nächsten Kurierexpedition Ew. zu übersenden mich beehren werde.

P. Hatzfeldt

Nr. 565

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 178 — Wien, den 4. Mai 1882

Vertraulich

Ich habe heute Gelegenheit gefunden, mich im Sinne des hohen Erlasses Nr. 290 vom 2. d. Mts.*, die Unterzeichnung des Vertrages zu dreien betreffend, gegen den Grafen Kálnoky auszusprechen, der Euerer Durchlaucht Ansicht durchaus teilt, und auch von Anfang an gefunden hat, das Natürlichste sei, die Sache würde hier in Wien ihren Abschluß finden.

Auf sein Befragen, ob Euere Durchlaucht sich bereits über die italienischen Amendements und seine eigenen Ausstellungen darüber ausgesprochen hätten, verneinte ich dies, stellte eine demnächstige Mitteilung in Aussicht und bemerkte nur, daß Euere Durchlaucht wohl nicht dafür sein dürften, die Ausdrücke des Vertrages Italien gegenüber zu ängstlich abzuwiegen.

Der Minister erwiderte mir, er habe dies auch nicht im Sinne gehabt; er habe nur einige der Amendements ad referendum genommen, weil er, ohne Euerer Durchlaucht Ansicht zu kennen, nicht hätte zustimmen können. Er möchte nur im Artikel III seine ursprüngliche Redaktion aufrechterhalten, weil das italienische Amendement, wie Graf Robilant selbst nunmehr eingesteht, den Sinn verändere[1].

Auch im Artikel V möchte er am Schluß die Worte „ni aucune espèce de traité" weggelassen sehen[2].

Der Minister ist der Ansicht, daß es nützlich sein und alle Weiterungen der italienischen Minister abschneiden würde, wenn er dem Grafen Robilant sagen könnte, sobald er die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung erhalten haben wird, der zwischen uns vereinbarte Text sei nun der endgültige und von der italienischen Regierung anzunehmende[3].

---

* Vgl. Nr. 563.

Er kommt hierbei dem Wunsch des italienischen Botschafters entgegen, welcher sich vor endlosem Hin- und Herschreiben und eventuellen Indiskretionen fürchtet und den Abschluß dadurch beschleunigen möchte, daß er seiner Regierung erklärt, die nun fertiggestellte Redaktion werde von dem deutschen und österreichischen Kabinette nicht mehr abgeändert werden. Er ist überzeugt, daß dies den Abschluß sofort herbeiführen wird.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Gut

[2] gut

[3] nur kein Druck auf Italien! Kein „à prendre ou à laisser!“

## Nr. 566

## Aufzeichnung des Hilfsarbeiters in der Reichskanzlei Grafen Wilhelm von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 8. Mai 1882

Der Reichskanzler nimmt an, daß Prinz Reuß inzwischen in Besitz der Instruktion vom 1. d. Mts.* gelangt sein wird und erklärt wiederholt, daß er mit allem, was Graf Kálnoky sachlich zu Artikel III und V gesagt, einverstanden und geneigt ist, Österreich wie bisher die Priorität zu lassen. Nur ist Seine Durchlaucht im Hinblick auf die rumänischen Vorgänge etwas zweifelhaft, ob nicht Österreich ohne Not unverbindliche Formen wählen wird. Wenn man den Italienern die Wien—Berliner Abmachungen als Diktat à prendre où à laisser hingeben wollte und damit nicht reüssierte, sondern Italien zurückschreckte, so würde dessen Hinneigung zu Frankreich viel stärker sein als früher, und es alsdann besser gewesen sein, daß man überhaupt Verhandlungen gar nicht eingeleitet hätte**.

Gf. W. Bismarck

## Nr. 567

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 187 — Wien, den 12. Mai 1882

Vertraulich

Ich bin wegen der Abwesenheit des österreichisch-ungarischen Herrn Ministers des Äußern erst am 10. d. Mts. imstande gewesen, den

---

* Vgl. Nr. 562 und 563.

** Prinz Reuß wurde im Sinne der Bismarckschen Direktiven durch Erlaß Nr. 305 vom 9. Mai beschieden.

Inhalt des hohen Erlasses Nr. 299 vom 4. d. Mts.*, den Vertrag mit Italien betreffend, mit demselben zu besprechen und habe auch gestern noch Gelegenheit gefunden, die in dem weiteren hohen Erlaß Nr. 305 vom 9. d. Mts. enthaltenen Direktiven zu verwerten.

Der Minister war über Euerer Durchlaucht Zustimmung zu seinen Auffassungen sehr erfreut. Auch er ist bereit, Italien gegenüber kein zu großes Gewicht auf die Wahl der Ausdrücke in dem Vertrage zu legen. Es ist ihm ebenfalls hauptsächlich darum zu tun, daß Italien Neutralität bewahre und dem Angreifer nicht beistehe. Er möchte sich nur davor schützen, daß Italien Österreich-Ungarn nicht in irgendeine Komplikation hineinziehen könne, welcher letzteres fernzubleiben wünsche.

In diesem Sinne hat Graf Kálnoky gestern seine Besprechung mit Graf Robilant gehabt.

Er hat ihm auf seinen Wunsch folgendes zugestanden: Im Artikel III wurden nur die Worte „par ce fait" gestrichen; derselbe lautet daher auf Wunsch Italiens wie folgt:

„Si une ou deux des Hautes Parties contractantes sans provocation directe de Leur part viennent à être attaquées et à se trouver engagées dans une guerre etc."

Ferner hat Graf Kálnoky in dem Zusatz des Artikels V auf besonderes Drängen des Botschafters nur die Worte „aucune espèce" gestrichen. Dieser Zusatz heißt daher nun: „Elles s'engagent dès à présent dans tous les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni paix, ni armistice, ni traité que d'un commun accord entr'Elles."

Beim Artikel IV, über den man eigentlich schon so gut wie einig war, kam Graf Robilant mit einer neuen Redaktion heraus, welche im Grunde ganz dasselbe besagt, wie diejenige, die Euerer Durchlaucht vorgelegen hat. Die Worte sind umgesetzt und lauten vielleicht nicht ganz so einfach, wie in der früheren Redaktion.

Was dem Grafen Kálnoky dabei aufgefallen ist, war die Interpretation Italiens des Wortes „grande" vor „Puissance", welche sich im Laufe des Gesprächs ergab, und aus der hervorging, daß das italienische Kabinett die Türkei nicht mit zu den Grandes Puissances rechnet. Durch das Epitheton „grande" hat also Italien express vermeiden wollen, daß der im Artikel IV vorgesehene Fall sich auch auf die Türkei bezöge.

Nun findet Graf Kálnoky, daß diese Unterscheidung hier eigentlich ganz gleichgültig sei, da man sich durch den Artikel I des Vertrages bereits Neutralität für alle Fälle versprochen habe. Er hat deshalb auch zu dieser Fassung seine Zustimmung gegeben, vorbehaltlich, daß Euere Durchlaucht nichts gegen dies Novum einzuwenden

---

* Siehe Nr. 564.

haben würden; dabei hat er aber dem Botschafter nicht verhehlt, daß ihm dieses fortwährende Ändern am Text von Seiten der italienischen Minister nicht erwünscht wäre, weil dadurch wieder neue Vorträge bei unseren allerhöchsten Monarchen nötig würden und es Allerhöchstdenselben doch auffallen könnte, daß man in Rom so versatil sei. Er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß nunmehr, nachdem wir uns den italienischen Wünschen bis auf ganz geringe Nüancen willfährig gezeigt, dieser Wortlaut, wie er heute zwischen ihm und Graf Robilant vereinbart worden, die Sanktion des italienischen Kabinetts tel quel erhalten werde.

Graf Robilant hat dies zusagen zu können geglaubt, und beehre ich mich diesen Text* anliegend Euerer Durchlaucht ganz gehorsamst mit der Bitte zu überreichen, mich hochgeneigtest mit einer Meinungsäußerung versehen zu wollen.

Graf Kálnoky geht heute abend wieder nach Ofen, wird aber am Montag abend wieder hier sein. Bis dahin kann Graf Robilant, welcher telegraphisch nach Rom berichten will, mit Weisungen versehen sein, und wenn, wie er annimmt, die Zustimmung erfolgt, so steht dann der Unterzeichnung nichts mehr im Wege.

Graf Kálnoky wird das für uns bestimmte Exemplar ebenfalls in seiner Kanzlei anfertigen lassen.

Der besprochene Zwischenfall war dem Herrn Minister um deshalb interessant, weil er zu erraten glaubt, was die Italiener mit dieser im Vertrag nicht ausgesprochenen, aber doch zum Ausdruck gekommenen Reserve, die Türkei betreffend, eigentlich wollen; sie möchten, so denkt er sich, den Fall vorsehen, wo Österreich mit der Pforte in Krieg kommen und etwa sich auf der Balkanhalbinsel weiter ausbreiten sollte. Für diesen Fall wollten sie ihre freundschaftliche Haltung, respektive ihre Kooperation sich vielleicht bezahlen lassen. Ist dies wirklich die Idee der italienischen Minister, so haben sie in ungeschickter Weise ihr Spiel aufgedeckt, ohne irgendwelchen Vorteil durch die Einschiebung ihres Wortes „grande“ zu erreichen.

H. VII. P. Reuß

Nr. 568

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Wien, den 15. Mai 1882

Graf Robilant teilt mir mit, daß seine Regierung den durch Bericht Nr. 187 vom 12. d. Mts.** eingereichten Entwurf definitiv angenommen hat. Am 18. d. Mts. wird er im Besitz seiner Vollmacht sein. Reuß

---

* Er ist identisch mit dem nachherigen Vertragstexte; siehe Nr. 571.
** Siehe Nr. 567.

## Nr. 569

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher.

Nr. 44 Berlin, den 18. Mai 1882

Zur Vermeidung jedes Zweifels bemerke ich, daß der Reichskanzler mit dem Texte, welcher dem Bericht Nr. 187* beiliegt, einverstanden ist.

Busch

## Nr. 570

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 196 Wien, den 20. Mai 1882

Vertraulich

Euerer Durchlaucht beehre ich mich ganz gehorsamst zu melden, daß heut um 2 Uhr nachmittags der Defensivvertrag zwischen Deutschland, Österreich und Italien vom österreichisch-ungarischen Herrn Minister des Äußern, Grafen Kálnoky, dem italienischen Botschafter, Grafen Robilant und mir unterzeichnet worden ist, nachdem derselbe kollationiert worden, und die betreffenden Vollmachten von den Bevollmächtigten geprüft und als ausreichend befunden worden waren.

Das für die Kaiserliche Regierung bestimmte Exemplar habe ich die Ehre, anliegend** ganz gehorsamst zu überreichen, indem ich anheimstelle, mich hochgeneigtest innerhalb der festgestellten Zeit von drei Wochen mit der Allerhöchst vollzogenen Ratifikation dieses Vertrages versehen zu wollen. Der italienische Botschafter hat in Aussicht gestellt, seine Ratifikation in zirka acht Tagen zur Auswechselung bereit zu haben.

Ferner beehre ich mich anliegend*** den Entwurf einer Ministerialerklärung vorzulegen, über welche wir uns geeinigt haben, und welche den italienischerseits ausgesprochenen Gedanken wiedergibt, daß die Stipulationen des am heutigen Tage unterzeichneten geheimen Vertrages nicht als gegen England gerichtet betrachtet werden sollen.

Graf Kálnoky hat vorgeschlagen, daß diese Ministerialerklärungen am Tage der Auswechselung der Ratifikationen des Vertrages gleichzeitig hier zwischen uns ausgewechselt werden sollen.

H. VII. P. Reuß

---

* Siehe Nr. 567.
** Identisch mit Nr. 571.
*** Siehe die Anlage.

**Anlage**

Déclaration ministérielle

Le Gouvernement Impérial et Royal déclare que les stipulations du Traité secret conclu le 20 Mai 1882 entre l'Autriche-Hongrie, l'Allemagne et l'Italie ne pourront — comme il a été préalablement convenu — en aucun cas être envisagées comme étant dirigées contre l'Angleterre.

En foi de quoi la présente déclaration ministérielle, qui devra également rester secrète, a été dressée pour être échangée contre des déclarations identiques du Gouvernement Impérial d'Allemagne et du Gouvernement Royal d'Italie.

Nr. 571

## Text des Dreibundvertrages vom 20. Mai 1882

Ausfertigung

Leurs Majestés
l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,
l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie et
le Roi d'Italie,
animées du désir d'augmenter les garanties de la paix générale, de fortifier le principe monarchique et d'assurer par cela-même le maintien intact de l'ordre social et politique dans Leurs Etats respectifs, sont tombées d'accord de conclure un Traité qui, par sa nature essentiellement conservatrice et défensive, ne poursuit que le but de Les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer la sécurité de Leurs Etats et le repos de l'Europe.

A cet effet Leurs Majestés ont nommé, savoir

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse

le Prince Henri VII de Reuss, Aide-de-Camp Général, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique,

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie

le Comte Gustave Kálnoky, Général, Son Ministre de la Maison Impériale et des affaires étrangères;

Sa Majesté le Roi d'Italie

le Comte Charles Félix Nicolis de Robilant, Lieutenant-Général, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique;

lesquels, munis de pleins pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les Hautes Parties Contractantes se promettent mutuellement paix et amitié, et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de Leurs Etats.

Elles s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter, et se promettent en outre Leur appui mutuel dans la limite de Leurs propres intérêts.

Article II.

Dans le cas où l'Italie, sans provocation directe de sa part, serait attaquée par la France pour quelque motif que ce soit, les deux autres Parties Contractantes seront tenues à prêter à la Partie attaquée secours et assistance avec toutes Leurs forces.

Cette même obligation incombera à l'Italie dans le cas d'une agression non directement provoquée de la France contre l'Allemagne.

Article III.

Si une ou deux des Hautes Parties Contractantes, sans provocation directe de Leur part, venaient à être attaquées et à se trouver engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs Grandes Puissances non-signataires du présent Traité, le „casus foederis" se présentera simultanément pour toutes les Hautes Parties Contractantes.

Article IV.

Dans le cas où une Grande Puissance non-signataire du présent Traité menacerait la sécurité des Etats de l'une des Hautes Parties Contractantes et la Partie menacée se verrait par là forcée de lui faire la guerre, les deux autres s'obligent à observer à l'égard de Leur Allié une neutralité bienveillante. Chacune se réserve dans ce cas la faculté de prendre part à la guerre, si Elle le jugeait à-propos, pour faire cause commune avec Son Allié.

Article V.

Si la paix de l'une des Hautes Parties Contractantes venait à être menacée dans les circonstances prévues par les articles précédents, les Hautes Parties Contractantes se concerteront en temps utile sur les mesures militaires à prendre en vue d'une coopération éventuelle.

Elles s'engagent dès-à-présent, dans tous les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni armistice, ni paix, ni traité que d'un commun accord entr'Elles.

Article VI.

Les Hautes Parties Contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent Traité.

### Article VII.

Le présent Traité restera en vigueur durant l'espace de cinq ans à partir du jour de l'échange des ratifications.

### Article VIII.

Les ratifications du présent Traité seront échangées à Vienne dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Vienne, le vingtième jour du mois de Mai de l'an mil huit cent quatre-vingt deux.

(L. S.) H. VII. P. Reuß
(L. S.) Kálnoky
(L. S.) C. Robilant

## Nr. 572

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an das Auswärtige Amt

Reinschrift von der Hand des Hilfsarbeiters in der Reichskanzlei Grafen Wilhelm von Bismarck

Friedrichsruh, den 22. Mai 1882

In der Anlage remittiere ich die beiden italienischen Aktenstücke*, mit denen ich einverstanden bin, und bitte die weiter erforderlichen Urkunden herstellen und mir vorlegen zu lassen. Ich kann dabei nicht umhin, die Bemerkung zu den Akten zu bringen, daß die diesseitige Diplomatie für die Redaktion der Aktenstücke nach Form und Inhalt keine Verantwortung trägt. Es kam für uns lediglich darauf an, dem uns verbündeten Österreich für den Kriegsfall die Sorge der Deckung seiner italienischen Grenze nach Möglichkeit abzunehmen. Jede Redaktion, welche dieses Ziel deckte, konnte uns genügen, und ich habe mich gehütet, die zu überwindenden Schwierigkeiten durch schärfere Ansprüche an die Präzision der Fassung zu vermehren.

v. Bismarck

* Gemeint sind der Vertrag und die Zusatzerklärung. Die deutsche Zusatzerklärung, deren Wortlaut bei Pribram a. a. O. Bd. I, S. 28 mitgeteilt wird, trägt das Datum des 28. Mai.



Kapitel XVI

# Verlängerung des Deutsch – Oesterreich-Ungarischen Bündnisses 1883



## Nr. 573

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 814 Berlin, den 30. Dezember 1882

pp. Ich teile die Ansicht, welcher Ew. am Ende des Berichtes Nr. 488* Ausdruck geben, daß das Bündnis zur Erhaltung des Friedens eine Notwendigkeit geworden sei. Jedenfalls bin ich bereit, der Verlängerung desselben das Wort zu reden, im Vertrauen gesagt allerdings in der Hoffnung, daß Österreich-Ungarn die Rücksicht auf übergroße Sparsamkeit in den Militärausgaben der Rücksicht auf die gemeinsame Sicherheit in Zukunft ebenso unterordnet, wie wir es tun. Wenn Ew. gelegentlich die Ziffern vergleichen, auf welche die militärischen Ausgaben der europäischen Mächte nach dem Gothaer Hofkalender sich belaufen, so werden Sie schon daraus entnehmen, daß der Wunsch einer Verstärkung der österreichischen Wehrkraft für den Bundesgenossen Österreich-Ungarns ein berechtigter ist. pp.

v. Bismarck

## Nr. 574

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. I Berlin, den 10. Februar 1883
Geheim

pp. Ein natürlicher Gedankengang läßt mich hieran** die Mitteilung knüpfen, daß Herr von Saburow vor einigen Tagen mündlich

* Am 13. Dezember 1882 hatte die „Kölnische Zeitung" Enthüllungen über das Deutsch-Österreichische Bündnis von 1879, nach einer Vermutung des Fürsten von Bismarck aus Wiener Quelle, gebracht, die zu lebhaften Erörterungen, vor allem in der österreich-ungarischen Presse führten. Auch im ungarischen Abgeordnetenhause wurde eine Interpellation über Inhalt, Tendenz und Zeitdauer des Bündnisses eingebracht, die indessen von Seiten des Ministerpräsidenten von Tisza am 20. Dezember ausweichende Beantwortung fand. Wie der deutsche Botschafter Prinz Reuß in einem Berichte vom 24. Dezember (Nr. 488) erwähnte, begrüßte der Minister Graf Kálnoky die fortdauernden Presseerörterungen über den Wert des Bündnisses insofern, als dabei in der ganzen österreich-ungarischen Monarchie die Überzeugung zu schärfstem Ausdruck gekommen war, daß das Deutsch-Österreichische Bündnis zur Erhaltung des Friedens eine Notwendigkeit geworden sei.

** Der erste Teil des Erlasses behandelt die Frage einer Verlegung des Schwerpunkts der österreich-ungarischen Defensivaufstellung in die kürzeste Linie zwischen Wien und der russischen Grenze, also nach Galizien.

die Verlängerung des geheimen Vertrages der drei Kaiserhöfe vom Juni 1881 angeregt hat*. Ich habe ihm geantwortet, ich bezweifle nicht, daß eine solche den Intentionen Seiner Majestät entspräche. Der Herr Reichskanzler, welcher dieselbe Ansicht hegt, glaubt, daß wir dieser Anregung nicht anders als mit zweifelfreier Zustimmung antworten können, wenn wir nicht die friedliebende Stimmung der russischen Regierung, welche in der Giersschen Politik ihren Ausdruck findet, gefährden wollen. Er hofft, sich in dieser Auffassung mit dem Grafen Kálnoky zu begegnen, und sieht zugleich in der russischen Anregung das Bedürfnis indiziert, zuvor die direkten Beziehungen zwischen uns und Österreich-Ungarn zu erneuern. Er ersucht Ew. pp., den Grafen Kálnoky in dieser Beziehung vertraulich zu sondieren.

P. Hatzfeldt

Nr. 575

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. I
Geheim

Wien, den 13. Februar 1883

pp. Was den am Schluß des vorerwähnten hohen Erlasses** erwähnten Punkt betrifft, nämlich, daß Euere Durchlaucht in der russischen Anregung das Bedürfnis indiziert sehen, zuvor die direkten Beziehungen zwischen uns und Österreich-Ungarn zu erneuern, so habe ich den Grafen Kálnoky in dieser Beziehung vertraulich sondiert.

Der Minister äußerte sich dahin, wie er hoffe, Euere Durchlaucht würden nicht daran zweifeln, welchen Wert Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph auf die Verlängerung unseres Bündnisses legte. Aus dem Geiste des Vertrages von 1879 sei ja schon klar zu ersehen, daß beide Kontrahenten eine längere Dauer dieser Beziehungen als wünschenswert angesehen hätten. Es sei darin außerdem schon ausgesprochen, daß eine Verlängerung des Vertrages eintreten werde, wenn ein Jahr vor Ablauf desselben von keiner von beiden Parteien zu einer Verhandlung über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, eingeladen worden wäre.

Der Geist, in welchem unser Vertrag geschlossen worden, sei der nämliche geblieben wie damals. Er, der Minister, würde daher gern denjenigen Vorschlägen entgegensehen, welche Euere Durchlaucht ihm in dieser Beziehung zu machen für gut halten würden.

H. VII. P. Reuß

---

* Vgl. Kap. XVIII, Nr. 599.
** Gemeint ist der Erlaß vom 10. Februar 1883, Nr. 574.

## Nr. 576

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. II Wien, den 14. Februar 1883
Geheim

In Ergänzung meines geheimen Berichts Nr. 1 vom 13. d. Mts.* melde ich heute ganz gehorsamst, daß Graf Kálnoky gestern dem Kaiser von Österreich Vortrag über die darin behandelten Gegenstände gehalten hat.

Seine Majestät ratifiziert die von mir gemeldeten Ansichten seines Ministers durchaus und hat demselben befohlen, mir zu sagen, er habe den Fortbestand unserer direkten Beziehungen zwar als selbstverständlich angesehen[1], freue sich indessen sehr der durch Euere Durchlaucht erfolgten Anregung einer Erneuerung derselben und halte den jetzigen Zeitpunkt aus den unsererseits angegebenen Gründen für opportun. Der Kaiser Franz Joseph werde daher die weiteren Vorschläge, welche die Regierung Seiner Majestät des Kaisers seiner Regierung in dieser Beziehung machen werde, mit Befriedigung entgegennehmen.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Ja, dann hätte man nur nicht über die zu kurze Dauer klagen sollen!

## Nr. 577

## Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Hatzfeldt

Eigenhändig

Berlin, den 18. Februar 1883

Seine Majestät hat genehmigt, daß der Vertrag mit Österreich auf fünf Jahre verlängert werde.

Als Wunsch sprach der Kaiser aus, daß — wenn möglich — bei den Verhandlungen der Versuch gemacht werde, diesmal die Zusicherung Österreichs zur aktiven Hilfe auch für den Fall zu erhalten, daß wir von Frankreich angegriffen würden.

P. Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 575.

## Nr. 578

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. II                                                        Berlin, den 21. Februar 1883
Geheim                                                       [abgegangen am 22. Februar]

Aus Ew. geheimen Berichten Nr. I vom 13. und Nr. II vom 14. d. Mts.* habe ich mit Befriedigung ersehen, welche Aufnahme meine Anregung zu neuen Verhandlungen über unsere direkten Beziehungen mit Österreich-Ungarn dort gefunden hat. Wenn auch unmittelbar durch die Sondierung Saburows wegen Verhandlungen mit Rußland veranlaßt, entsprach jene Anregung zugleich einem Gedanken, den ich bei Einleitung der Verhandlung über unser Bündnis mit Österreich hegte, aber im Laufe derselben aufzugeben mich bewogen fand. Ew. erinnern sich aus wiederholten Mitteilungen, namentlich aus meinem Ihnen durch Herrn von Radowitz übergebenen Diktat vom 10. November 1879**, daß ich das Bündnis am liebsten zu einem Akte publici juris gemacht hätte, der, unter Mitwirkung der Vertretungskörper beider Reiche zustande gebracht, nicht ohne deren Zustimmung wieder aufgehoben werden könnte. Ich versagte es mir indessen, die Genehmigung dazu bei Seiner Majestät dem Kaiser zu beantragen. Der Vorschlag einer solchen Einrichtung, für die in der neueren Geschichte kein Analogon zu finden sein dürfte, hätte ein zu breites Feld der Diskussion mit Seiner Majestät eröffnet, auf welchem ich weitergreifenden Wünschen zu begegnen fürchten mußte. Eingedenk der Mahnung le mieux est l'ennemi du bien, beschränkte ich mich auf das wahrscheinlich Erreichbare und in der Tat Erreichte.

Ich schlage also vor mit allerhöchster Ermächtigung, den am 21. Oktober 1879 ratifizierten Bündnisvertrag einfach auf weitere fünf Jahre vom 21. Oktober 1884 an gerechnet, zu verlängern. Die Künrigungsfrist könnte man, wenn das in Wien gewünscht wird, auch auf zwei Jahre, statt auf ein Jahr, bestimmen, wie in den Militärkonventionen mit Rußland vom Jahre 1873*** geschehen ist. Übrigens betrachte ich es, ebenso wie Graf Kálnoky, als sich von selbst verstehend, daß eine Kündigung des Bündnisses nicht zu erwarten ist, da dasselbe nicht nur in den Sympathien der beiden Reiche und ihrer Dynastien, sondern auch in den Interessen wurzelt.

Als einen Wunsch, nicht als Bedingung, hat Seine Majestät der Kaiser beim Vortrage den Gedanken angeregt, das Bündnis bei seiner Erneuerung nicht auf den Fall eines russischen Angriffs zu beschränken,

* Siehe Nr. 575 und Nr. 576.
** Siehe Nr. 511.
*** Siehe Bd. I, Kap. V.

sondern generell für jeden Angriff auf eine der beiden Mächte zu schließen. Ew. werden bei der Besprechung diese allerhöchste Absicht zur Kenntnis des Grafen Kálnoky zu bringen haben. Stoßen Sie aber auf Schwierigkeiten, so bitte ich nicht zu insistieren, da die jetzt geltende Verabredung tatsächlich genügt.

v. Bismarck

Nr. 579

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. III — Wien, den 27. Februar 1883
Geheim

Euerer Durchlaucht geheimen Erlaß Nr. II vom 21. d. Mts.*, die Erneuerung des geheimen Vertrages mit Österreich-Ungarn betreffend, habe ich durch königlichen Feldjäger am 23. d. Mts. zu erhalten die Ehre gehabt.

Graf Kálnoky, mit dem ich die Angelegenheit sofort besprochen habe, freut sich des Einverständnisses mit Euerer Durchlaucht darüber, daß eine Kündigung des Bündnisses nicht zu erwarten wäre, da dasselbe nicht nur in den Sympathien der beiden Reiche und ihrer Dynastien, sondern auch in deren Interessen wurzele.

Er versprach mir, sofort die Vorschläge Euerer Durchlaucht zur Kenntnis seines Kaisers zu bringen und stellte mir eine demnächstige Antwort in Aussicht.

Diese Antwort hat mir der Minister nun heute gegeben. Der Kaiser nehme mit Freuden den Vorschlag an, das Bündnis auf weitere fünf Jahre, vom 21. Oktober 1884 an gerechnet, zu verlängern. Seine Majestät seien auch damit einverstanden, daß die Kündigungsfrist auf zwei Jahre, statt auf ein Jahr, bestimmt werde, weil der Vertrag dadurch nur an Festigkeit gewönne. Die im alten Vertrag Artikel III enthaltene Klausel, welche lautet: „Wenn im Verlaufe des ersten Monates des letzten (oder hier vorletzten) Vertragsjahres die Einladung zur Eröffnung dieser Verhandlungen von keiner Seite erfolgt ist, so gilt der Vertrag als für die weitere Dauer von drei Jahren erneuert“ — wünschen Seine Majestät der Kaiser von Österreich aufrechtzuerhalten.

Was den von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige angeregten Gedanken betrifft, das Bündnis bei seiner Erneuerung nicht auf den Fall eines russischen Angriffs zu beschränken, sondern generell für jeden Angriff auf eine der beiden Mächte zu schließen, so hat der Kaiser Franz Joseph hiergegen noch immer dieselben Bedenken, welche Euerer

* Vgl. Nr. 578.

Durchlaucht aus den damaligen Verhandlungen mit dem Grafen Andrássy erinnerlich sein werden. Es sei, so sagte mir der Minister, seinem Monarchen peinlich, erklären zu müssen, daß er sich einem von Seiner Majestät ausgesprochenen Wunsche nicht so willfährig zeigen könnte, wie er dies gewünscht hätte, und hofften Höchstdieselben, daß unser allergnädigster Herr hierin nicht einen Mangel an aufrichtiger Bundestreue sehen würden. Aber er könne nicht mehr versprechen, als ihm zu halten möglich sei. Österreich-Ungarns Streitkräfte reichten nicht aus, um nach beiden Seiten hin Front machen zu können. Im Fall eines Angriffs Frankreichs auf Deutschland werde der österreichischen Armee unsere und Österreichs Deckung nach Osten hin zufallen. Diese Deckung beschränke sich nicht auf Rußland allein, sondern erstrecke sich bis zum Adriatischen Meere, weil man auch gegen Rumänen und Südslawen auf seiner Hut sein müßte.

Ein fernerer Grund[1], so bemerkte der Minister, liege in dem Euerer Durchlaucht ebenfalls bekannten Widerstand, den man bei Ungarn finden würde. Er habe vor einiger Zeit einmal mit Herrn von Tisza akademisch hierüber gesprochen, und von diesem die entschiedene Äußerung gehört, daß Ungarn für diesen Fall den Bündnisvertrag nicht gutheißen würde. Der Gedanke, daß Österreich-Ungarn von Frankreich bedroht werden könnte, wolle nun einmal keinem Ungarn in den Kopf. Übrigens, setzte Graf Kálnoky hinzu, wären wir ja auch durch den Vertrag mit Italien in einer Weise engagiert, daß jene, unserem allerhöchsten Herrn so fühlbare Lücke im 1879er Vertrag dadurch so gut wie ausgefüllt sei, und glaube er, daß die jetzt geltende Verabredung tatsächlich genüge.

Was nun die Form der beabsichtigten Vertragserneuerung betrifft, so stellt der Minister Euerer Durchlaucht ganz anheim, darüber zu beschließen. Möge es nun ein Zusatzartikel, ein ganz neuer Vertrag oder ein Protokoll sein, was wir vorschlagen würden, es sei ihm alles recht.

Wir haben bei dieser Gelegenheit wieder den alten Wunsch Euerer Durchlaucht besprochen, das Bündnis zu einem Akte publici juris zu machen. Graf Kálnoky äußerte, daß ihm alles, was dasselbe bindender machen könnte, nur erwünscht sein würde; daß er daher gar nicht dagegen sein würde, wenn er sich nur klarmachen könnte, wie man das anfangen sollte. Die Schwierigkeiten, die man hier bei den Parlamenten begegnen würde, wären nicht vorauszusehen. Nicht, daß er eine Ablehnung von seiten der Parlamente befürchtete, aber die Diskussion dürfte sich auf ein zu weites Gebiet verirren. Denn nach der hiesigen Verfassung müsse der Minister des Äußern die Vertretung derartiger Angelegenheiten den Ministerpräsidenten der beiden Reichshälften überlassen. Das schwäche die Situation der Regierung. Graf Kálnoky stimmt daher Euerer Durchlaucht bei, daß man sich mit dem Erreichbaren und Erreichten sehr gut zufrieden geben könnte. Er ist indessen der Ansicht, daß ein solcher Gedanke sich vielleicht in einiger Zeit

ganz leicht und wie von selbst ausführen lassen werde. Wir könnten jetzt von einer fast vierjährigen Erfahrung sprechen und hätten gesehen, wie fest sich die Bündnisidee mit Deutschland in die österreichisch-ungarische Monarchie hineingesetzt habe. Wie er hoffe, werde dieses Gefühl nur immer stärker werden, und ein Bündnisakt publici juris würde dann nur noch etwas fast Selbstverständliches sein.

Der Minister wird mit Interesse Eurer Durchlaucht weitere Eröffnungen entgegennehmen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Es wird wohl andere Gründe geben aus der Beustschen Zeit.

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:
Der Wortlaut des vorgeschlagenen Protokolls wird der Genehmigung S[eine]r M[ajestät] bedürfen, bevor wir ihn in Wien amtlich anbieten.

Schlußbemerkung des Grafen von Hatzfeldt:
Seine Majestät der Kaiser hat sich beim Vortrage mit dem Wortlaut des Protokolls einverstanden erklärt.

## Nr. 580

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. III — Berlin, den 6. März 1883
Geheim — [abgegangen am 8. März]

Ew. benachrichtige ich ergebenst, daß Seine Majestät der Kaiser sich mit der Verlängerung des am 21. Oktober 1879 ratifizierten Vertrages unter den in Ihrem gefälligen Bericht vom 27. v. Mts. Nr. III* angegebenen Modalitäten ohne eine Ausdehnung des casus foederis einverstanden erklärt hat. Unter den von dem Herrn Grafen Kálnoky bezeichneten Formen des Geschäftes dürfte sich die eines Protokolls als die einfachere empfehlen. Ich füge den Entwurf eines solchen probeweis bei**. Jede andere der üblichen Formen wäre hier aber nicht minder genehm, und auch die Wahl des Ortes der Unterzeichnung stellen wir ganz anheim.

Ew. ersuche ich ergebenst, die Sache demnach weiter betreiben zu wollen.

v. Bismarck

* Siehe Nr. 579.

** Der Entwurf deckt sich mit dem nachher aufgenommenen Protokoll. Siehe dessen Text in Nr. 582.

Nr. 581

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 Wien, den 11. März 1883
Geheim

Antwort auf Erlaß Nr. III vom 6. d. Mts.*.

Graf Kálnoky eröffnet mir, daß Seine Majestät der Kaiser von Österreich sich mit der Fassung des Protokolls einverstanden erklärt und ihn zur Unterzeichnung ermächtigt hat.

Reuß

Nr. 582

## Protokoll vom 22. März 1883 über die Verlängerung des Deutsch-österreich-ungarischen Bündnisvertrages**

Ausfertigung

Protokoll.

Die Unterzeichneten, Prinz Heinrich VII. Reuß, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter Seiner Majestät des deutschen Kaisers, und Graf Kálnoky de Körös-Patak, Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußern Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät, sind auf Grund allerhöchster Ermächtigung am heutigen Tage in Wien zu einer Beratung über Verlängerung des daselbst am 7. Oktober 1879 unterzeichneten, am 21. desselben Monats ratifizierten geheimen Vertrages zwischen Ihren Majestäten dem deutschen Kaiser, Könige von Preußen, und dem Kaiser von Österreich, Könige von Ungarn, zusammengetreten und haben in Vollmacht Ihrer Majestäten folgendes verabredet:

1. Der oben bezeichnete Vertrag wird auf fünf Jahre, vom 21. Oktober 1884 an gerechnet, also bis zum 21. Oktober 1889, verlängert.

2. Der Artikel III wird außerdem dahin modifiziert, daß nicht ein Jahr, sondern zwei Jahre vor dem 21. Oktober 1889 die beiden hohen Kontrahenten über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, in Verhandlung treten, und daß, wenn im Verlaufe des ersten Monates des vorletzten Vertragsjahres die Einladung zur Eröffnung dieser Verhandlungen von keiner

---

* Vgl. Nr. 580.

** Die österreichische Fassung des Protokolls ist veröffentlicht bei A. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, Bd. I, S. 28f.

Seite erfolgt ist, der Vertrag als für die weitere Dauer von drei Jahren erneuert gilt.

3. Dieses Protokoll wird den beiden hohen Souveränen zur Ratifikation unterbreitet und empfohlen werden, und soll der Austausch der Ratifikationsurkunden* binnen drei Wochen hier stattfinden.

Zu Urkund dessen ist dieses Protokoll in zwei Exemplaren aufgenommen, unterzeichnet und besiegelt worden.

Geschehen zu Wien am zwei und zwanzigsten März im Jahre des Heils Eintausendachthundertdreiundachtzig.

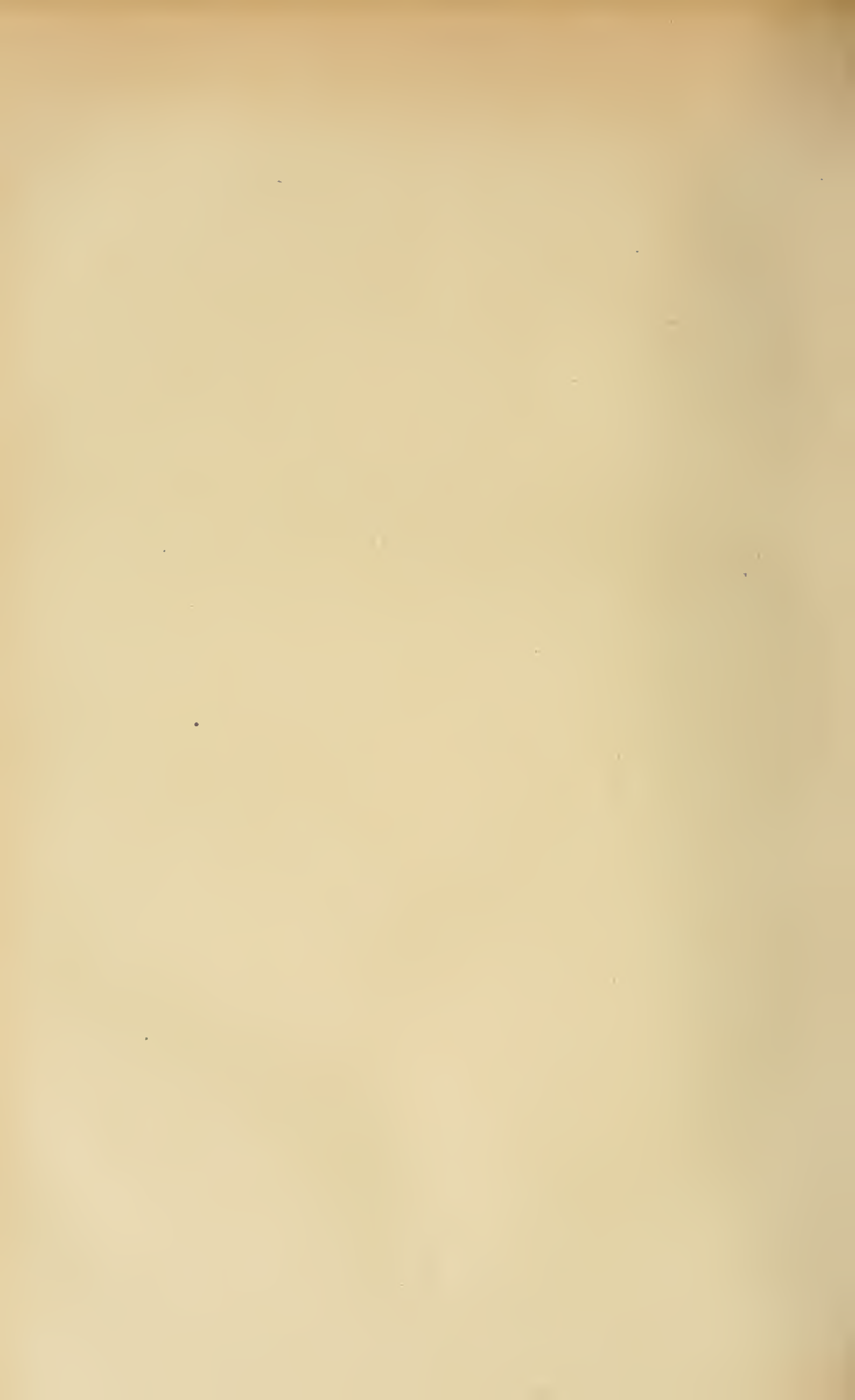
H. VII. P. Reuß (L. S.) — Kálnoky (L. S.)

* Über den Austausch der Ratifikationen s. Pribram a. a. O. Bd. I, S. 28.



Kapitel XVII

# Vertrag mit Rumänien
# 1883



## Nr. 583

### Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Kissingen, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Unsigniertes Konzept nach Diktat des Reichskanzlers

Nr. 1 Kissingen, 19. August 1883

Meine Gesundheit ist so weit gebessert, daß dieselbe kein Hindernis mehr für die auch meinerseits persönlich wie politisch gleich dringend gewünschte Besprechung mit Graf Kálnoky sein würde. Es entscheidet sich aber erst gegen Ende dieser Woche, ob ich noch Gastein gebrauchen soll oder nicht, wo dann die Begegnung dort für Kálnoky natürlich bequemer wäre, als hier. Sobald es feststeht, werde ich telegraphisch Nachricht geben.

Schon jetzt möchte ich mit Rücksicht auf den Besuch des Königs von Rumänien die Frage vertraulich anregen, ob es nützlich und möglich erscheint, unsere Friedensliga mit Italien auch nach Osten hin zu erweitern, und dadurch die Politik von Rumänien, eventuell auch Serbiens und der Pforte, in feste Bahnen zu leiten. Außer Rußland und Frankreich ist in ganz Europa kein Staat, der heutigen Tages nicht für Erhaltung des Friedens interessiert wäre. Die Frage, ob es möglich ist, einer solchen Situation Bürgschaften längerer Dauer zu geben, verdient jedenfalls Prüfung. Den festen Punkt jeder derartigen Kristallisation würde immer unser dauerndes Bündnis zu Zweien bilden.

## Nr. 584

### Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 20 Wien, den 21. August 1883

Ganz vertraulich

Den Inhalt Euerer Durchlaucht Telegramms Nr. 1 vom 19. d. Mts.* habe ich erst gestern abend mit Graf Kálnoky besprechen können.

Die Frage, ob es nützlich und möglich erscheint, unsere Friedensliga mit Italien auch nach Osten hin zu erweitern und dadurch die Politik von Rumänien, eventuell auch Serbiens und der Pforte, in feste

* Siehe Nr. 583.

Bahnen zu leiten, hat den Minister auch schon beschäftigt. Er griff daher diesen Gedanken sehr lebhaft auf und bat mich, Euerer Durchlaucht zu sagen, daß er die Nützlichkeit einer solchen Politik vollkommen einsähe.

Serbiens sei man hier bereits so gut wie sicher (insofern man überhaupt von einer Sicherheit in allem, was die Balkanstaaten betreffe, sprechen könne). Das Einfügen Rumäniens in diese Kette würde eine sehr fühlbare Lücke ausfüllen und die Friedensliga wesentlich verstärken.

Von Bulgarien könne nicht die Rede sein, solange dieses Fürstentum vollständig in den Händen Rußlands sei. Würden beide Bulgarien sich einmal vereinigen, so glaube er, daß der russische Einfluß auf diesen neuen Staat rasch geschwächt werden würde. Aus diesem Grunde sei er auch prinzipiell nicht gegen das Vollziehen dieser Vereinigung[1].

Was nun endlich die Pforte betreffe, so sei deren Teilnahme unstreitig nützlich, wenn es auch nicht ganz leicht sein würde, bei dem bestehenden Mißtrauen des Sultans irgend etwas der Art mit ihm fest zu machen. Außerdem sei augenblicklich Rußland in Jildis Kiosk in der Mode. Indessen würde schließlich die Türkei wohl zu haben sein.

Griechenland dagegen, welches Euere Durchlaucht in Ihre Kombination nicht mit aufnehmen, sei, wie Hochdieselben wüßten, jeden Augenblick zu haben[2].

Die Möglichkeit, Rumänien in den Bund hineinzuziehen, hält der Minister nicht für ausgeschlossen, und dürften allerdings die Besuche, die dessen König jetzt an den Höfen von Berlin und Wien macht, einen guten Anlaß geben, der Frage näher zu treten.

Graf Kálnoky hat ebenso wie seine Vorgänger und mit der Genehmigung seines Kaisers an dem Gedanken einer näheren politischen Beziehung zu Rumänien immer festgehalten. Wenn er auch genötigt[3] war, der dortigen Regierung gegenüber öfters eine scharfe und entschiedene Sprache zu führen, so hat er ihr gegenüber doch immer dabei betont, daß er jeden Augenblick, und wenn er dort nur das geringste Entgegenkommen[4] finden würde, bereit wäre, in ein intimeres Verhältnis zu diesem Königreich zu treten, welches bei etwaigen von außenher drohenden Stürmen doch schließlich immer darauf angewiesen wäre, sich an Österreich-Ungarn anzulehnen.

Ganz abgesehen von dem lebhaften Widerstand aber, welchen die rumänische Regierung den österreichischen Interessen in der Donaufrage entgegensetze, habe dieselbe auch niemals einen Schritt[5] getan, der den Wunsch einer Annäherung hätte erkennen lassen. Ganz im Gegenteil sei bei rein politischen Anlässen, wie bei der Thronrede des Königs im Jahre 1881 und jüngst noch bei dem Fest zu Jassy, dort eine Haltung eingenommen worden, die Österreich-Ungarn verletzen mußte. Aber ungeachtet dieser Verhältnisse sei er, Graf Kálnoky,

auch heute bereit, sich dem von Euerer Durchlaucht angeregten Gedanken anzuschließen. Er zweifle nicht, daß Hochdieselben eine Form finden[6] würden, um das Hineinziehen Rumäniens zu ermöglichen. Dies könne ja auch sehr gut geschehen[7], selbst wenn Rumänien den Londoner Vertrag nicht annähme. Wie gesagt, er würde gern seine Hand dazu bieten.

Ob es möglich sei, Bürgschaften für eine solche Situation zu erlangen, sei allerdings fraglich. Bürgschaft heiße hier Verläßlichkeit, und diese Eigenschaft ginge den Rumänen leider sehr ab[8]. Der König sei zu schwach, wenn er auch gewiß den ehrlichsten Willen haben werde, sein Wort zu halten. Sein Minister des Äußern* sei wohldenkend, habe aber keinen Einfluß auf das Volk; Herr Bratianu** allein könne sich dessen rühmen. Diesen Staatsmann müsse man daher für die Sache gewinnen, denn er allein könne vielleicht einige Bürgschaft für die Befestigung des angestrebten Verhältnisses bieten.

Daß unser dauerndes Bündnis zu Zweien den festen Punkt einer derartigen Kristallisation bilden müßte, ist auch des Grafen Kálnoky innerste Überzeugung. Er wird mit großem Interesse etwaigen Notizen entgegensehen, die wir ihm über dasjenige, was in Berlin mit dem König Karl besprochen worden, geben könnten[9].

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Ich auch nicht
[2] ruß[ische] Königin, französ[ische] Sympathien u[nd] bestechliche Indiscretion.
[3] ?
[4] der Ton u[nd] die Behandlung war mitunter geringschätziger als der Inhalt.
[5] darauf kommt es nicht an, die Frage ist, ob man sie braucht, mit oder ohne Schritt.
[6] was ist da zu finden? die Form ist gegeben.
[7] ja
[8] leider
[9] die werde ich schwerlich selbst haben

Nr. 585

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Diktat. Konzept nach Niederschrift des Legationsrats Grafen Herbert von Bismarck

Nr. 182 Gastein, den 8. September 1883

Ich habe mit Bratianu zwei lange Unterredungen*** gehabt, die mich in meiner Genesung allerdings etwas zurückgebracht und mir eine

---

* Demeter Sturdza.
** Joan Bratianu, seit 1876 mit kurzer Unterbrechung (April bis Juni 1881) rumänischer Ministerpräsident.
*** Bratianu war am 7. September in Gastein vom Fürsten Bismarck empfangen worden.

vorsichtige Schonung meiner Kräfte einstweilen noch nahegelegt haben. Als Resümee der wenig geschäftsmäßig und mehr deklamatorisch geführten Besprechung kann ich nur seine wiederholte Versicherung wiedergeben, daß er unbedingt mit uns und also, soweit wie wir es tun, mit Österreich gehen werde. Er bekräftigte diese Versicherung mit der Erzählung, daß er auch im letzten Kriege, soweit der russische Zwang es möglich gemacht, stets die österreichischen Interessen vertreten und Fühlung mit Graf Andrássy gehalten habe. Seine Abneigung gegen und seine Besorgnis vor Rußland kam fast stärker, als mir natürlich und glaubwürdig schien, zum Ausdruck, und nicht ohne chauvinistische Beimischung im Hinblick auf die Nützlichkeit einer Dnjestr-Grenze. Er klagte über Agenten in russischem Solde, welche die österreichischen Rumänen beunruhigten und die österreichischen Behörden absichtlich in den Irrtum brächten, daß sie rumänische Agenten wären, um Österreich gegen Rumänien mißtrauisch zu stimmen. Als ich ihm die unpassende Äußerung eines rumänischen Staatsmannes über die irredenten Rumänen vorhielt, bedauerte er sie zwar, meinte aber doch, daß jene Äußerung mehr gegen Rußland als gegen Österreich gerichtet gewesen sei, da jener Herrscher der Rumänen, den sie „den Großen“ nennen, über Siebenbürgen niemals geherrscht habe, wohl aber über Beßarabien bis zum Dnjepr, und freilich auch über die österreichische Bukowina, — aber nur über die. Rußland habe aber über diesen Vorfall keine Art Beschwerde geführt, und sei überhaupt nicht nur sehr höflich, sondern mache sich auch durch den ungerechten Mammon viele Freunde in Rumänien wie in Konstantinopel. Von österreichischer Seite behauptete Bratianu, in den Formen wiederholt mit einer Härte behandelt zu sein, die für einen kleinen Staat seitens eines mächtigen Nachbarn doppelt empfindlich wäre. Ich bin außerstande, die vielen Rückblicke auf die Vergangenheit, an denen er dies erläuterte, wiederzugeben. — Den Aufschub der Donaufrage akzeptierte er und war bereit, ohne Lösung derselben die politische Zukunft zu verhandeln. Ich hatte den Eindruck, daß er unter eventuellen politischen Abmachungen sich eher ein Schutz- und Trutzbündnis mit Gewinnanteil dächte, als eine rein defensive Friedensassekuranz: ich sagte ihm deshalb, daß für Österreich sowohl wie für uns ein russischer Krieg, und selbst ein siegreicher, immer eine Eventualität bleiben müsse, die wir nach Möglichkeit zu vermeiden hätten, und die wir durch Erweiterung unserer Friedensliga nicht herbeiführen, sondern verhindern wollten. Österreich sei unseres Bündnisses sicher und habe daneben die Wahl, einem Bruch mit Rußland entweder durch Verständigung mit letzterm vorzubeugen, oder sich durch Abschluß möglichst ausgedehnter Defensivbündnisse gegen russische Angriffe stark zu machen. Meine Erwähnung einer Verständigung mit Rußland veranlaßte einen Ausbruch der rumänischen Besorgnis, das Opfer solcher Verständigung werden zu können. Ich

beruhigte ihn darüber mit der Versicherung, daß die Erhaltung des nichtslawischen Rumänentums im Interesse Österreichs und die des hohenzollernschen Königs in dem unsrigen liege. Wir würden bereit sein, jedes Abkommen, welches Rumänien mit Österreich träfe, um seine Zukunft sicherzustellen, auch unsrerseits gutzuheißen, ohne daß wir deshalb auf die Aussicht verzichteten, auch mit Rußland dauernd in Frieden zu bleiben: ich könne daher Bratianus Plan nur billigen, zunächst seine Kur in Aix zu beendigen und auf seiner Rückreise in Wien mit Graf Kálnoky Verständigung über die Garantien zu suchen, die Österreich-Ungarn und Rumänien sich gegenseitig für die Zukunft zu geben vermöchten. Würden sie einig, so würde ich bei Seiner Majestät die Akzession zu der Verabredung, die beide getroffen, beantragen; würden sie nicht einig, so würde ich gern den Versuch machen, die Einigung durch unsere Vermittlung herbeizuführen. Dies ist das praktische Ergebnis unserer Besprechung, getragen von den in mannigfachen Formen wiederholten Versicherungen Bratianus, wie er von der Notwendigkeit überzeugt sei, daß Rumänien nur in der Anlehnung an Österreich resp. Deutschland seine Unabhängigkeit für die Zukunft sichern könne, und daß letztere nur von Rußland gefährdet sei: eine Gefahr, die durch die russischen Übergriffe in Bulgarien besonders grell beleuchtet werde, da Rumänien danach bestimmt scheine, eine Enklave zwischen Rußland und seinen bulgarischen Provinzen zu werden.

Nach Bratianus Worten könnte also unsere defensive Friedensliga über die Kräfte Rumäniens im Falle eines russischen Angriffs verfügen, und mit diesem Lande ein noch wirksameres Bündnis wie mit Italien abschließen. Was mir nicht gefällt, ist, daß Bratianu zunächst von Aix nach Paris geht, wie er angab, um seinen Sohn dort erziehen zu lassen. Schon daß er dies tut, ist charakteristisch. In Wien wird man vielleicht genauer wissen, ob und inwieweit Bratianu in Abhängigkeit von Rosetti, dem Kammerpräsidenten, steht, dessen französische Sympathien und dessen Intimität mit den rötesten Parteien in Frankreich außer Zweifel stehen. Auch Bratianus eigene Vergangenheit muß ihm viele französische Beziehungen hinterlassen haben.

Ich glaube nicht, daß wir wohltun würden, uns einem Abschluß mit Rumänien, wenn wir ihn in annehmbarer Gestalt haben können, zu versagen. Wir würden damit des Königs Karl, solange er regiert, gewiß sein, aber ungewiß, ob die Elemente der französischen Umsturzpartei in jenem Lande nicht schließlich stärker sind als der König. Für die Schwäche der Stellung des letzteren braucht man nur das eine Symptom ins Auge zu fassen, daß König Karl hat genötigt werden können, den Hauptmann Candiano, der mit seiner Kompagnie für die Republik Pronunziamento und Meuterei gemacht hat, unter seine Adjutanten aufzunehmen, und daß Bratianu auf dem wichtigen Posten von Konstan-

tinopel einen Gesandten* nicht loswerden kann, der durch seine Frau mit Cusa und Karageorgewitsch Verbindung unterhält.

Das beste, was wir tun können, wird hiernach immerhin sein, daß wir Rumänien zwar aufnehmen, aber uns dadurch nicht abhalten lassen, wenn es irgend möglich ist, mit Rußland uns im Sinne der jüngsten Saburowschen Anregungen** zu verständigen, und wenn diese Verständigung mißlingt, den Russen das bulgarische Tor offen halten, damit sie zunächst diejenigen Kräfte auf sich ziehen, deren Bündnis im Fall des Bedarfs wir auf diesem Wege vielleicht sicherer gewinnen als wie durch ein unterschriebenes Papier.

Ich nehme für das Weitere auf mein zweites heutiges Schreiben Bezug.

v. Bismarck

Nr. 586

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. II — Gastein, den 15. September 1883

Geheim

Auf Euerer Durchlaucht gefälligen Bericht Nr. IV vom 12. d. Mts., die Unterredung mit Herrn Bratianu*** betreffend, bemerke ich ergebenst, daß wir die näheren Verhandlungen mit dem rumänischen Minister abwarten müssen, welche erst ergeben werden, was die Rumänen erstreben. Daß dabei Begehrlichkeiten zutage treten werden, ist um so wahrscheinlicher, als Bratianu, bevor er von den rumänischen Luftschlössern sprach, bezüglich Italiens die Behauptung aufstellte, daß dessen Bündnis mit uns nicht von Dauer sein werde, wenn wir den Italienern, für den Fall eines siegreichen Krieges, nicht Vergrößerungen in Aussicht stellten. Ich nannte darauf frageweise Nizza und Korsika, was Bratianus Veranschlagung des italienischen Ehrgeizes nicht zu decken schien: Auf meine Frage, ob er weiteres im Sinn habe, nannte er etwas zögernd Savoyen, dachte aber vielleicht an Trient.

Jedenfalls wird man in der Fassung eines etwaigen Abkommens die Vorsicht anwenden müssen, die defensive Erhaltung des Friedens als Bündniszweck auf das stärkste zu akzentuieren und die gegenseitige Zusage der kontrahierenden Mächte aufzunehmen, daß sie sich jeder Provokation, welche den Frieden stören könnte, gegen jede andere Macht enthalten werden, und sich nicht zur Erreichung von Vorteilen,

---

* P. Mavrojeni.

** Vgl. Kap. XVIII, Nr. 606.

*** Reuß hatte das Bismarcksche Diktat vom 8. September (Nr. 585), ausführlich mit Kálnoky besprochen, worüber er am 12. berichtete.

sondern behufs Erhaltung des Friedens verbinden. Zu wünschen wäre, daß wir über die russischen Absichten ins klare kämen, bevor wir mit Rumänien etwas abschließen; denn ein Abkommen mit Rußland ist zur Erhaltung des Friedens doch noch wichtiger wie mit Rumänien, und letzteres wird, wenn es feststeht, so wie ich die Rumänen beurteile, nicht verschwiegen bleiben, dann aber nach Rußland hin hemmend und verstimmend wirken.

Eine Fortsetzung des russischen Vertrages, entweder pure oder unter Zusätzen, wie sie für Österreich annehmbar sind, halte ich selbst dann für das Nützlichere, wenn es nur für dieselbe kurze Zeit wie bisher den Friedenszustand sicherstellte: Man gewinnt dadurch immer die Chance, abzuwarten, ob nicht in der russischen inneren Politik Änderungen stattfinden, welche auf die äußere dieses Reiches mäßigend einwirken. Es bedarf dazu keiner großen Umwälzung in Rußland, sondern nur größerer finanzieller Kalamitäten als der bisherigen, partieller agrarischer Unruhen oder des Einlenkens in die Bahn parlamentarischer Institutionen: Letzteres ist auch ohne neuen Regierungswechsel nicht ausgeschlossen, würde aber wahrscheinlich den Russen im Inneren hinreichende Beschäftigung gewähren und die Fortsetzung der bisherigen Verschwendung für Militärausgaben sehr erschweren.

v. Bismarck

Nr. 587

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 253 — Wien, den 26. September 1883
Geheim

Graf Kálnoky, den ich heute sofort nach meiner Rückkehr von Salzburg aufgesucht habe, teilte mir mit, daß seine Verhandlungen mit Herrn Bratianu zu einem günstigen Resultat geführt hätten.

Der rumänische Ministerpräsident habe nach den ersten allgemeinen Pourparlers ihn gebeten, ihm einen Vertragsentwurf vorzulegen. Graf Kálnoky hat dies getan, und nach zwei Besprechungen sind beide Minister über denjenigen Text eines geheimen, rein defensiven Freundschaftsvertrages einig geworden, welchen ich anliegend Eurer Durchlaucht zu unterbreiten mir erlaube.

Dieser Vertrag bezeichnet in seinem Eingang den defensiven Charakter der Vereinbarung. Herr Bratianu hat gewünscht, um doch dem Faktum Rechnung zu tragen, daß sich Rumänien der Friedensliga der beiden deutschen Großmächte anschlösse, nach den Worten paix générale einzuschalten: conformément au but poursuivi par l'alliance

austro-hongroise et allemande — einen Wunsch, welchem Graf Kálnoky gern zugestimmt hat.

Der Artikel I, welcher festsetzt, daß keine der vertragsschließenden Mächte sich in eine andere, gegen eine derselben gerichtete Allianz einlassen werde, und sich gegenseitige Unterstützung in den Grenzen ihrer Interessen zusagen, hat dem rumänischen Minister etwas mager erscheinen wollen. Er hat sich indessen schließlich damit begnügt, nicht ohne zu versuchen, durch den Kanal des Herrn von Carp* die Idee vorzubringen, ob nicht der Besitz der Donaumündungen als Gewinnanteil in Aussicht gestellt werden könnte.

Graf Kálnoky hat erwidert, er könne darüber gar keine Äußerung tun: der vorliegende Vertrag sei ein rein defensiver; sollte der Krieg eines Tages gegen unseren Willen doch eintreten, so könne man auch davon sprechen, welches die eventuellen Früchte eines siegreichen Krieges sein würden; früher nicht. Bratianu selbst hat von der Dnjestrgrenze gesprochen, sich aber beschieden, und da ihm Eure Durchlaucht in Gastein auch nur immer von der Friedensliga gesprochen haben, und ihm auch schon dort die Aussicht auf Feststellung eines Gewinnes abgeschnitten worden war, so hat dieser Minister das Projekt des Grafen Kálnoky angenommen.

Als Artikel II hatte der österreichische Entwurf folgende Fassung:

„Le Gouvernement Roumain ne tolérera point de menées politiques ou autres qui, prenant son territoire pour point de départ, se dirigeraient contre la Monarchie Austro-Hongroise.

Le Gouvernement d'Autriche-Hongrie assure la même obligation à l'égard de la Roumanie."

Herr Bratianu hat gebeten, diesen Artikel ganz zu streichen. Es läge darin ein Mangel an gegenseitigem Vertrauen, dem man doch besser keinen Ausdruck im neuen Vertrage geben möchte.

Graf Kálnoky hat sich diesem Wunsch gefügt, und ist der ganze Artikel gestrichen worden.

Im Artikel III war am Schlusse gesagt: „les questions militaires notamment celle de l'unité des opérations et du commandement supérieur ... seront réglées par une convention militaire."

Der rumänische Ministerpräsident hat gebeten, daß die Worte „du commandement supérieur" gestrichen werden möchten, weil es seinen König verletzen könnte, daß es überhaupt in Frage kommen könnte, daß er selbst seine Armee kommandierte.

Auch hiermit hat man sich österreichischerseits einverstanden erklärt.

Was die im Artikel VI bestimmte Geheimhaltung des Vertrages betrifft, so hat Herr Bratianu dem Grafen Kálnoky, wenn auch erst

---

* Rumänischer Gesandter in Wien.

nach einiger Überlegung, versichert, daß er selbst den rumänischen Kammern gegenüber das strengste Geheimnis bewahren werde.

Graf Kálnoky hat ihn in dieser Absicht bestärkt, findet übrigens, daß es kein Unglück wäre, wenn dieser Vertrag, der rein defensiver Natur ist, durch eine Indiskretion bekannt würde, weil die Existenz desselben und die dadurch erfolgte Ausdehnung der Friedensliga einen großen Eindruck auf den ganzen Orient machen würde.

Graf Kálnoky bittet nunmehr Eure Durchlaucht, diesen wenn auch noch nicht paraphierten, so doch von beiden Ministern als für Österreich und Rumänien endgültig festgestellten Text hochgeneigtest prüfen und Seiner Majestät zur allerhöchsten Genehmigung vorlegen zu wollen. Sollten Hochdieselben irgendwelche Abänderung daran vorzunehmen wünschen, so würde dieselbe von beiden Teilen zweifelsohne anerkannt werden.

Einer hochgeneigten Mitteilung hierüber darf ich ganz gehorsamst entgegensehen. Beide Minister überlassen es Eurer Durchlaucht Entscheidung, ob dieser Vertrag zu Dreien abgeschlossen werden solle — und in diesem Falle müßten im préambule die nötigen Abänderungen gemacht werden, — oder ob derselbe zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien zu zeichnen sein werde, und Deutschland demselben nur beitreten würde. Herr Bratianu gab mir zu verstehen, daß es für Rumänien eine große Ehre sein werde, wenn der Vertrag zu Dreien unterzeichnet werden könnte.

Herr Bratianu geht morgen nach Bukarest zurück und wird dort Eurer Durchlaucht Entschließungen abwarten, die Hochdieselben mir hochgeneigtest zugehen lassen wollen.

Herr Bratianu war nach einer Besprechung mit Graf Kálnoky bei mir und belobte sich außerordentlich der offenen und herzlichen Aufnahme, die er bei Graf Kálnoky gefunden hätte. Auch dieser Minister gab seinem rumänischen Kollegen das Zeugnis, sehr kulant gewesen zu sein, und ist dieses Geschäft zur beiderseitigen Befriedigung sehr rasch beendet worden.

H. VII. P. Reuß

Anlage

## Projet approuvé par Mr. Bratiano

L'Autriche-Hongrie
[et] la Roumanie

animées d'un égal désir de maintenir la paix générale, conformément au but poursuivi par l'alliance austro-hongroise et allemande, d'assurer l'ordre politique et de garantir contre toutes les éventualités la parfaite amitié qui les lie, ont résolu de conclure à cette fin un traité

qui par sa nature essentiellement conservatrice et défensive ne poursuit que le but de les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer la sécurité et la paix de leurs Etats.

A cet effet......

1.

Les hautes Parties contractantes se promettent paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs Etats. Elles s'engagent à suivre une politique amicale et à se prêter un appui mutuel dans la limite de leurs intérêts.

2.

Si la Roumanie, sans provocation aucune de sa part, venait à être attaquée par la Russie, l'Autriche-Hongrie est tenue à lui porter en temps utile secours et assistance contre l'agresseur. Si l'Autriche-Hongrie était attaquée dans les mêmes circonstances par la Russie, le casus foederis se présentera aussitôt pour la Roumanie.

3.

Si une des hautes Parties contractantes se trouvait menacée d'une agression par la Russie, ou aussitôt qu'Elles le jugeront opportun en considération de la situation politique, les Gouvernements respectifs se mettront d'accord sur les mesures à prendre en vue d'une coopération de leurs armées. Ces questions militaires, notamment celle de l'unité des opérations et du passage des territoires respectifs, seront réglées par une convention militaire.

4.

Si contrairement à leur désir et espoir les hautes Parties contractantes étaient forcées à une guerre commune dans les circonstances prévues par les articles précédents, elles s'engagent à ne négocier ni conclure séparément la paix.

5.

Le présent traité restera en vigueur pour la durée de cinq ans à partir de jour de l'échange des ratifications. Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé, ou si la revision n'en est pas demandée par aucune des hautes Parties contractantes, il sera considéré comme prolongé pour la durée de trois autres années.

6.

Les hautes Parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenue du présent traité.

7.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

Nr. 588

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Unsigniertes Konzept von der Hand des Legationsrats Grafen Herbert von Bismarck

Berlin, den 28. September 1883

Im Begriff nach Friedrichsruh zu fahren, erhalte ich Euer Durchlaucht Geheimen Bericht Nr. 253*. Der Verkehr mit dem Kaiser ist sowohl nach der Seite der Geheimhaltung wie auch nach der etwaiger Fassungsbedenken Seiner Majestät augenblicklich schwierig, solange der Kaiser in Baden bleibt, da, wenn allerhöchstderselbe Schwierigkeiten machte, dieselben nur durch mein oder durch Graf Hatzfeldts persönliches Einwirken beseitigt werden könnten. Nach meinen persönlichen Auffassungen wäre keine Änderung erforderlich. Dem Kaiser würde die Sache erleichtert werden, wenn in den Artikeln 2 und 3 die Worte „par la Russie“, welche dreimal vorkommen, gestrichen würden. Es würde vielleicht genügen, wenn die Worte „par la Russie“ nur da, wo sie in Artikel 2 zum ersten Male vorkommen, wegfielen, so daß Rumänien gegen jeden Angriff Unterstützung Österreich-Ungarns zugesagt würde, Rumänien die seinige aber nur für den russischen Angriff auf Österreich verspricht. Am besten wäre es freilich, wenn Rußland gar nicht speziell genannt würde, um in dem auch von Graf Kálnoky möglich gehaltenen Fall rumänischer Indiskretion den Hetzern in Rußland nicht neuen Stoff zu liefern.

Ferner wäre es vielleicht besser, im préambule die Worte la sécurité auszulassen und nur la paix stehen zu lassen. La sécurité ist ein sehr dehnbarer Gedanke, der unter Umständen auch einen Aggressivkrieg rechtfertigt. Der ähnlichen Erwägung unterliegen die Worte Artikel 3 „ou aussitôt qu'elles le jugeront opportun en considération de la situation politique“.

Ich halte es für genügend, wenn der Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien gezeichnet wird, er hat für uns vermöge des zwischen uns und Österreich-Ungarn bestehenden Bündnisses die gleiche Bedeutung mit oder ohne unsere Unterschrift, sobald wir nur Österreich die Gewißheit geben, daß unser casus foederis durch einen von Österreich aufgenommenen Angriff auf Rumänien ebenso in Kraft tritt, wie bei direktem Angriff auf Österreich.

Wenn Graf Kálnoky die obigen Modifikationen des Textes für untunlich hält, so werden ich und Graf Hatzfeldt auch über den vorliegenden Text die Sondierung des Kaisers vornehmen, doch bin ich nur der allerhöchsten Zustimmung für den prinzipiellen Gedanken des

---

* Siehe Nr. 587.

Bündnisses, nicht für einen bestimmten Text bisher vergewissert, und bin auf Schwierigkeiten gefaßt, einmal wegen der Stellung Rußlands, und zweitens wegen der durch die angeführten Textstellen einem rumänischen Chauvinismus unter Umständen gewährten Latitude. Es ist für Rumänien immer eine starke Versuchung, wenn sich die juristische Möglichkeit bietet, für rumänische Revindikationsgelüste bis zum Dnjestr oder sonst die Mitwirkung von zirka zwei Millionen deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen herbeizuführen.

Nr. 589

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 Geheim — Wien, den 30. September 1883

Erlaß vom 28. wegen Rumänien* werde erst morgen mit Graf Kálnoky besprechen.

Mittlerweile zeigt mir rumänischer Gesandter an: „Que Sa Majesté approuve le projet convenu entre le Comte Kálnoky et M. Bratianu, à condition[1] toutefois qu'il se fera à trois."

Reuß

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Ist S[eine] M[ajestät] informirt u[nd] einverstanden? soll es à 3 gemacht werden so würde ich im Text die Aenderungen verlangen die ich im Erlaß an Wien[er] B[otschaft] empfohlen.

Nr. 590

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 258 Geheim — Wien, den 1. Oktober 1883

Den Inhalt Eurer Durchlaucht hohen Erlasses vom 28. v. Mts., die Vertragsverhandlungen mit Rumänien betreffend**, habe ich heute mit dem Grafen Kálnoky besprechen können.

Derselbe würdigt vollkommen die Gründe, welche es Eurer Durchlaucht wünschenswert erscheinen lassen, einige redaktionelle Abänderungen in dem zwischen ihm und dem rumänischen Ministerpräsidenten

---

* Siehe Nr. 588.

** Das.

vereinbarten Vertragsentwurf vorzunehmen. Er hat auch keine Einwendungen gegen diese Abänderungen selbst zu machen. Rußland gar nicht zu nennen, erscheint ihm indessen nicht für tunlich, wenn er auch mit Eurer Durchlaucht Vorschlag einverstanden ist, im Artikel 2 die Worte „par la Russie“, da, wo sie zum ersten Male vorkommen, wegzulassen. Denn es sei wohl selbstverständlich, daß Rumänien nur von Rußland angegriffen werden könnte, Österreich-Ungarn aber könne noch von anderen Seiten Angriffen ausgesetzt sein, auf welche sich der casus foederis nicht beziehen würde.

Auch ist der Minister damit einverstanden, im préambule die Worte „la sécurité“ auszulassen, ebenso im Artikel 3 die Worte: „ou aussitôt qu'Elles le jugeront opportun en considération de la situation politique.“

Die Konsequenzen, die sich nach Eurer Durchlaucht Ansicht aus diesen Worten für den Chauvinismus Rumäniens ziehen ließen, sind dem Grafen Kálnoky vollkommen einleuchtend. Er zweifelt auch nicht, daß die gewünschten Abänderungen des Textes von seiten Rumäniens angenommen werden werden, namentlich wenn dem Herrn Bratianu angedeutet wird, daß mit diesen Abänderungen, die ja gar nichts am Sinne und an der Tragweite des Vertrages abändern, die Annahme desselben seitens Seiner Majestät des Kaisers, unseres allergnädigsten Herrn, erleichtert werden würde. pp.

Was den zweiten Teil Eurer Durchlaucht hohen Erlasses betrifft, wonach Hochdieselben es für genügend halten, wenn der Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien gezeichnet wird, so erklärte mir der Minister, daß für ihn dies auch genügend wäre, sobald wir nur Österreich die Gewißheit geben, daß unser casus foederis durch einen von Österreich aufgenommenen Angriff auf Rumänien ebenso in Kraft tritt, wie bei direktem Angriff auf Österreich.

Anders läge die Sache für Rumänien, dem man von unserem Bündnisverhältnis nichts sagen dürfe. Rumänien würde mehr verlangen, und wenn auch Rumänien vielleicht dahin gebracht werden könnte, von dem Wunsch abzusehen, daß der Vertrag zu Dreien unterzeichnet würde, so würde es doch darauf bestehen, daß wir wenigtens unseren Beitritt erklärten.

Er, der Minister, mache sich durchaus keine Illusionen über die freundschaftlichen Gefühle Rumäniens gegen Österreich-Ungarn. Dieses neue Königreich sähe wohl die Notwendigkeit ein, mit Österreich zu gehen; eine Garantie seiner Existenz finde es aber nur in dem Umstande, daß Deutschland nicht nur hinter der glücklich erreichten Verständigung stünde, sondern dieselbe durch seine Unterschrift deckte. Der hohenzollernsche König werde Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm sein Versprechen halten; ob er mit derselben Energie an dem hierher verpfändeten Wort halten werde, sei eine andere Frage.

Ein Beweis hierfür läge schon in der Erklärung, die ihm, gleichzeitig wie mir, der rumänische Gesandte vorgestern abgegeben, wo-

nach der König den Vertrag billigte „à condition toutefois qu'il se fera à trois, c'est à dire, l'Allemagne, l'Autriche et la Roumanie".

Sollten nun Eure Durchlaucht, wie dies früher in Aussicht genommen war, es nicht mehr für nötig halten, daß die Kaiserliche Regierung dem Vertrage beitritt, so würde dies das ganze Gelingen desselben in Frage stellen. Herr Bratianu würde in dieser Weigerung ein Zurückziehen Deutschlands erblicken, da er aus Gastein mit dem bestimmten Eindruck hierher gekommen ist, daß Deutschland demjenigen beitreten werde, was hier zwischen ihm und dem Grafen Kálnoky abgemacht worden. Seine in dieser Hinsicht hier gemachten Äußerungen stimmen auch vollkommen mit den Worten überein, die Eure Durchlaucht (nach dem Diktat vom 8. September cr.) gesprochen haben. Würden Eure Durchlaucht daher nunmehr davon absehen, bei Seiner Majestät die Akzession zu der Verabredung, die Graf Kálnoky und Bratianu getroffen, zu beantragen, so würde des letzteren Mißtrauen geweckt werden und dies möglicherweise ein Scheitern des ganzen Werkes zur Folge haben.

Daß ein solcher Ausgang der unter Eurer Durchlaucht Auspizien so glücklich begonnenen Verhandlungen in jeder Weise für das österreichische Kabinett unerwünscht sein würde, brauche ich nicht erst auszuführen.

Graf Kálnoky wird nun abwarten, was Eure Durchlaucht wegen des Modus, die Abänderungen im Text zu verhandeln, bestimmen werden, und bittet Hochdieselben, die Konsiderationen in Betracht zu ziehen, die er mir wegen unseres Beitritts zum Vertrage zu bedenken gegeben hat.

Daß Seine Majestät der Kaiser von Österreich das Zustandekommen des Vertrages dringend wünschen, dasselbe aber von dem Beitritt Deutschlands abhängig hält, hat er mir heute, als ich die Ehre hatte, ihn bei dem Empfang Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm zu sprechen, noch ausdrücklich gesagt.

H. VII. P. Reuß

## Nr. 591

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 498 Berlin, den 5. Oktober 1883

Ew. pp. Bericht Nr. 258* hat dem Herrn Reichskanzler vorgelegen. Seine Durchlaucht ist noch nicht in der Lage, sich zur Sache zu äußern, da die von ihm erwartete Meldung über die Auffassung, welche der Vertragsentwurf bei Seiner Majestät gefunden hat, ihm noch nicht zu-

---

* Siehe Nr. 590.

gegangen ist. Immerhin würde es dem Herrn Reichskanzler erwünscht sein, die Gründe zu kennen, aus denen Graf Kálnoky es für untunlich hält, die Erwähnung Rußlands in dem Vertragsentwurf zu unterdrücken. Nach seiner Ansicht bildet diese Erwähnung eine unnötige Kundgebung von Feindseligkeit. Die praktische Wirkung des Bündnisses laufe auf dasselbe hinaus, wenn die Nennung Rußlands unterbleibe, denn Rumänien könne von niemand als von Rußland einen Angriff befürchten. Schließlich hat Fürst Bismarck seine Ansicht wiederholt, daß das Bündnis zu Zweien ebenso wirksam sei als zu Dreien, daß aber, wenn es zu Dreien abgeschlossen werden sollte, jedenfalls die diesseits gehegten Bedenken betreffend die Fassung Berücksichtigung finden müßten.

Busch

Nr. 592

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 74 Berlin, 7. Oktober 1883

Wie der Herr Reichskanzler von vornherein befürchtet, hat Seine Majestät Anstoß genommen, der österreichisch-rumänischen Abmachung beizutreten, wenn Rußland erwähnt wird*. Herr von Bülow telegraphiert darüber:

„Bei wiederholtem Vortrag sprach Seine Majestät sich noch bestimmter als gestern dahin aus, daß Erwähnung Rußlands in dem rumänisch-österreichischen Vertragsentwurf unbedingt wegzubleiben haben werde. Jedenfalls würde der Kaiser sich zu einem Abschluß zu Dreien nur unter dieser Voraussetzung bereit finden lassen. Allerhöchstderselbe gibt übrigens einem Bündnis zu Zweien, als ebenso wirksam, nach wie vor den Vorzug.“

Busch

Nr. 593

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 504 Berlin, den 8. Oktober 1883

In Verfolg des gestrigen Erlasses Nr. 503 beehre ich [mich], Ew. noch folgende, vom Herrn Reichskanzler nachträglich hervorgehobene Gesichtspunkte mitzuteilen:

* Dieselbe Haltung hatte bekanntlich Kaiser Wilhelm I. gegenüber der Erwähnung Rußlands im Deutsch—Österreich-Ungarischen Bündnisvertrage von 1879 eingenommen. Vgl. Kap. XIII.

Den österreichischerseits erwarteten Einwand Rumäniens, daß letzteres bei Nichterwähnung Rußlands in höherem Maße als Österreich durch das Abkommen verpflichtet werde, könnte man dadurch beseitigen, daß der Eintritt des casus foederis ausdrücklich nur für den Fall vorgesehen würde, wo Österreich-Ungarn an der Ostgrenze angegriffen sei, resp. stipuliert würde, daß der casus foederis nicht eintrete, wenn Österreich auf seiner Westgrenze angegriffen würde.

Den Fall, daß Österreich-Ungarn in kriegerische Verwickelungen mit Italien allein geriete, betrachtet Fürst Bismarck als höchst unwahrscheinlich, immerhin aber nicht als ganz unmöglich, und da früher Österreich wiederholt mit Frankreich im Kriege gewesen sei, lasse sich auch die Behauptung nicht aufstellen, daß es mit dieser Macht fortan in ewigem Frieden leben werde. Eine scheinbare Berechtigung würde mithin dem eventuellen rumänischen Einspruch gegen die Nichterwähnung Rußlands nicht abzustreiten sein.

Andrerseits ist aber auch Rumänien seinerseits noch andern als russischen Angriffen ausgesetzt: z. B. könnte die Türkei gegebenenfalls Bulgarien leicht überrennen, bevor die Russen imstande wären einzugreifen, besonders dann, wenn Rußland durch äußere Gegner oder innere Schwierigkeiten in Anspruch genommen wäre. Rumänien wäre dann bedroht.

Ferner könnte jede Seemacht, welcher der Sultan, etwa im Hinblick auf Gegendienste, die Dardanellen öffnet, Rumänien angreifen und mit Kanonenbooten sogar bis Braila gelangen.

Hiernach würden sich also die Vorteile und Nachteile der Nichterwähnung Rußlands für beide Kontrahenten ungefähr aufwiegen. Sollte diese Auffassung jedoch den Rumänen nicht einleuchten, so könnte ein Scheitern der Verhandlungen durch obiges Auskunftsmittel vermieden werden.

Der Herr Reichskanzler kann sich an den Verhandlungen nicht weiter, als bisher geschehen, beteiligen, zumal, da ihm der Versuch, den Kaiser umzustimmen, doch nicht gelingen würde.

Unser Beitritt ist also nur zu erlangen, wenn der Name Rußland in dem Vertrage nicht vorkommt.

Busch

Nr. 594

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 Wien, den 10. Oktober 1883

pp. Graf Kálnoky ist darauf eingegangen, die Erwähnung des Namens von Rußland überall wegzulassen und den österreichischen Gesandten, der morgen nach Bukarest abreist, zu beauftragen, even-

tuelle rumänische Einwendungen durch die im Erlaß Nr. 504* enthaltenen Gründe zu beseitigen; auch Euerer Durchlaucht andere Abänderungswünsche soll er vertreten und erklären, daß unser Beitritt nur unter diesen Bedingungen zu erlangen sei.

Reuß

Nr. 595

## Der Gesandte in Bukarest Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 65 — Bukarest, den 13. Oktober 1883

Sowohl der Ministerpräsident als der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche ich seit meiner Rückkunft nach Bukarest wiederholt zu sprechen Gelegenheit hatte, äußerten mir gegenüber ihre lebhafte Genugtuung über das Zustandekommen der von Euerer Durchlaucht und Grafen Kálnoky angebahnten engeren politischen Verständigung.

Dieselbe sei für Rumänien von unschätzbarem Wert; einerseits werde dadurch seine Selbständigkeit nach außenhin befestigt — den gefährlichen Versuchen der Einflußnahme Rußlands in Rumänien könne kein besserer Riegel vorgeschoben werden —, andererseits werde damit die Stellung der jetzigen Regierung dem aufreibenden inneren Parteitreiben gegenüber zweifellos erstarken, indem jeder rumänische Patriot in der Verständigung mit den friedliebenden europäischen Zentralmächten eine Bürgschaft des Friedens und der Ruhe für Rumänien selbst erblicken müsse, deren das Land zu seiner staatlichen und ökonomischen Entwickelung dringend bedürfe.

Vertraulich teilte mir Herr Sturdza mit, daß die Bestrebungen Rußlands[1], inneren Zwist in Rumänien zu stiften und die Regierung in betreff der von ihr beabsichtigten Anlehnung an Deutschland und Österreich im Lande zu verdächtigen, in letzter Zeit sich in fast unerträglicher Weise äußerten.

Russische Emissäre durchzögen das Land, allenthalben zur Störung der bestehenden Ordnung aufreizend. Neue, russischen Zwecken dienende Journale würden gegründet, andere bereits bestehende mit großen Kosten angekauft. Die oppositionellen Häupter erhielten in diesem Augenblick so erhebliche pekuniäre Subventionen von Rußland wie nie bisher. Die Tätigkeit des östlichen Nachbars mache vollkommen den Eindruck, als gebe er sich einer letzten verzweifelten Anstrengung hin, Rumänien aus der neu betretenen Bahn der gesunden

---

* Siehe Nr. 593.

Friedenspolitik und der inneren Konsolidierung zu reißen und auf das Gebiet der politischen Parteileidenschaften und ungeordneter Aspirationen zurückzuschleudern.

Der hiesige österreichisch-ungarische Gesandte, Baron Mayr, wird heut abend mit dem Text der in Aussicht genommenen Vereinbarungen hier zurückerwartet, worauf sich Herr Sturdza sehr bald behufs formeller Befestigung derselben nach Wien begeben dürfte.

Saurma

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Resp[ondeatur]: das beste Mittel gegen dergl[eichen] Umtriebe sei ihre Veröffentlichung in der Presse.

Nr. 596

## Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Busch für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Reinschrift

Berlin, den 22. Oktober 1883

Nachdem der rumänische Gesandte hier schon heute angezeigt hatte, daß seine Regierung sämtliche durch den Grafen Kálnoky nach Bukarest übermittelten Abänderungsvorschläge Euerer Durchlaucht zu dem österreichisch-rumänischen Vertrage angenommen habe, sendet jetzt Graf Berchem* den (hier beigeschlossenen) modifizierten Text des Vertrages** ein. Es finden sich darin in der Tat alle von Euerer Durchlaucht gemachten Ausstellungen berücksichtigt.

Die Abweichungen der ersten Redaktion von der jetzigen sind am Rande des Textes in roter Tinte kenntlich gemacht.

Graf Kálnoky wünscht nunmehr darüber unterrichtet zu werden, ob diesseits der Vertrag mit unterzeichnet werden oder eine bloße Beitrittserklärung vorgezogen wird.

Für den Fall, daß Euere Durchlaucht sich für diesen letzten Weg entscheiden sollten, füge ich den Entwurf einer in den üblichen Formen gehaltenen Akzessionsakte zur Prüfung hier bei.

Graf Berchem würde nach den Präzedenzien wohl einer allerhöchsten Vollmacht bedürfen.

Die prinzipielle Zustimmung zur diesseitigen Akzession hat Seine Majestät bereits erteilt, es würde sich also noch darum handeln, die allerhöchsten Befehle über die formelle Behandlung einzuholen.

Busch

---

* Deutscher Geschäftsträger in Wien.

** Der modifizierte Text stimmt mit der endgültigen Fassung des Vertrages (vgl. Nr. 598) überein.

Nr. 597

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Ausfertigung

Nr. 36 Berlin, den 25. Oktober 1883

Eurer Durchlaucht melde ich gehorsamst, daß Seine Majestät der Kaiser sich nach gehaltenem Vortrag für den Beitritt zu dem österreichisch-rumänischen Vertrage in der Form einer Akzessionsakte entschieden, letztere in der von Eurer Durchlaucht festgestellten Fassung genehmigt und die hier beigeschlossene Vollmacht für Graf Berchem vollzogen hat. Ich stelle gehorsamst anheim, mir die Vollmacht nach Gegenzeichnung behufs Übermittelung an Graf Berchem wieder zugehen zu lassen.

Busch

Nr. 598

## Akzessionserklärung Deutschlands zum Österreichisch-Rumänischen Vertrage vom 30. Oktober 1883*

Ausfertigung

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, et Sa Majesté le Roi de Roumanie ayant conclu le traité d'amitié et d'alliance suivant:

Article 1.

Les hautes Parties contractantes se promettent paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs Etats. Elles s'engagent à suivre une politique amicale et à se prêter un appui mutuel dans la limite de leurs intérêts.

Article 2.

Si la Roumanie, sans provocation aucune de sa part, venait à être attaquée, l'Autriche-Hongrie est tenue à lui porter en temps utile secours et assistance contre l'agresseur. Si l'Autriche-Hongrie était attaquée dans les mêmes circonstances dans une partie de ses Etats limitrophe à la Roumanie, le casus foederis se présentera aussitôt pour cette dernière.

Article 3.

Si une des hautes Parties contractantes se trouvait menacée d'une agression dans les conditions susmentionnées les Gouvernements respectifs se mettront d'accord sur les mesures à prendre en vue d'une coopération de leurs armées. Ces questions militaires, notamment celle

---

* Die österreichische Ausfertigung ist bereits veröffentlicht bei A. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, Bd. I (1920), S. 32f.

de l'unité des opérations et du passage des territoires respectifs seront réglées par une convention militaire.

Article 4.

Si contrairement à leur désir et espoir les hautes Parties contractantes étaient forcées à une guerre commune dans les circonstances prévues par les articles précédents, elles s'engagent à ne négocier ni conclure séparément la paix.

Article 5.

Le présent traité restera en vigueur pour la durée de cinq ans à partir du jour de l'échange des ratifications. Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé, où si la revision n'en est pas demandée par aucune des hautes Parties contractantes, il sera considéré comme prolongé pour la durée de trois autres années.

Article 6.

Les hautes Parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent traité.

Article 7.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines où plus tôt si faire se peut, ont invité Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, à accéder aux dispositions du susdit traité.

En conséquence Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, a muni de Ses pleins pouvoirs à cet effet Son Représentant à Vienne, le Conseiller de Légation Comte Max de Berchem pour adhérer formellement aux stipulations contenues dans le traité susmentionné. En vertu de cet acte d'accession Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, prend au nom de l'Empire d'Allemagne envers Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, et le Roi de Roumanie, et en même temps Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, et le Roi de Roumanie prennent envers Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, les mêmes engagements auxquels les hautes Parties contractantes se sont mutuellement obligées par les stipulations du dit traité inséré ci-dessus.

Le présent acte d'accession sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte d'accession et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Vienne, le trentième jour du mois d'octobre de l'an mil huit cent quatre-vingt-trois.

Berchem (L. S.)
Kálnoky (L. S.)
D. Stourdza (L. S.)

Kapitel XVIII

# Drei-Kaiser-Bündnis
1884



## Nr. 599

### Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. I*
Geheim

Berlin, den 6. Februar 1883

Herr von Saburow hat vor einigen Tagen vertraulich den Gedanken einer Verlängerung des geheimen Vertrages zwischen den drei Kaisermächten angeregt. Der Botschafter sagte, daß die bevorstehende Krönung in Moskau** eine passende Gelegenheit dafür bieten werde; die russischen Vertreter auf den wichtigsten Posten des Auslandes würden voraussichtlich zu diesem Zeitpunkte dort zusammentreffen, und es würde wohl ein Programm für die auswärtige Politik Rußlands aufgestellt werden. Herr von Saburow deutete dabei an, und ich bitte dies als nur für Euerer pp. persönliche Information bestimmt betrachten zu wollen, daß die Tendenz gegenwärtig dahin gehe, „l'ambition de la Russie" im Orient zu befriedigen; nach seiner Ansicht würde eine derartige Ableitung bei etwa eintretenden Krisen nur günstige Folgen haben.

Ob die Anregung des russischen Botschafters durch einen amtlichen Auftrag veranlaßt ist oder seiner persönlichen Initiative entspringt, ließ sich aus seinen Worten nicht erkennen; die letztere Möglichkeit erscheint nicht ausgeschlossen für den Fall, daß Herr von Saburow den Wunsch hat, sich für seine eigene Direktive über unsere Auffassung zu vergewissern.

Der Herr Reichskanzler kann indessen die Frage einer Verlängerung des geheimen Vertrages erst dann bei Seiner Majestät dem Kaiser zum Vortrag bringen, wenn eine amtliche Anfrage der russischen Regierung vorliegt. Fürst Bismarck bittet demgemäß Euere pp., vertraulich und in geeigneter Weise zu ermitteln, ob Herr von Saburow im Auftrage seiner Regierung oder aus eigener Initiative gesprochen hat. Euere pp. wollen dabei gefälligst Herrn von Giers*** sagen, daß der Herr Reichs-

* Wie aus dem Schlusse des Schriftstücks zu ersehen ist, sind die auf das Drei-Kaiser-Bündnis bezüglichen Stücke des Schriftwechsels mit den Botschaftern in Petersburg und Wien auf Anordnung des Fürsten von Bismarck besonders numeriert und mit römischen Ziffern bezeichnet worden.

** Die Krönung in Moskau fand am 27. Mai 1883 statt.

*** Herr von Giers war seit April 1882 als Nachfolger des Fürsten Gortschakow Minister des Äußern.

kanzler eine Verlängerung des Vertrages für sehr nützlich halte; er rechne auch auf die Zustimmung Seiner Majestät und glaube, daß Österreich ebenfalls damit einverstanden sein werde. Herrn von Saburow gegenüber werde ich mich in gleichem Sinne äußern.

Ich bitte Euere pp., die Korrespondenz über diese Frage ebenso wie die dem Abschluß des Vertrages vorhergehende strengstens sekretieren und Ihre Berichte mit einer besonderen Numerierung und der äußern Bezeichnung „eigenhändig" versehen zu wollen.

P. Hatzfeldt

Nr. 600

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 24
Geheim

St. Petersburg, den 5. Februar 1883

Da man bei den Mitteilungen, welche Herr von Saburow in Berlin macht, nicht immer ganz genau wissen kann, wieviel davon seiner Regierung und wieviel seiner eigenen Berechnung zukommt, so glaube ich ganz gehorsamst melden zu müssen, daß der geheime Auftrag, dessen er sich unlängst Eurer Durchlaucht gegenüber zu entledigen die Ehre hatte, ihm direkt und dringlich von Seiner Majestät dem Kaiser Alexander erteilt worden war. Sein hierauf bezüglicher für den Kaiser bestimmter, russisch geschriebener Bericht ist hier eingegangen und mir von Herrn von Giers vorgelesen worden; ich halte denselben aus inneren Gründen für wahrheitstreu; jedenfalls ist er korrekt, insoweit er die Auffassung des Botschafters wiedergibt, welche hervorhebt, daß es nicht die engen Beziehungen zu Deutschland sind, deren Bekanntwerden einen ungünstigen Eindruck in Rußland machen würde, wohl aber der zugehörige, eine andere Macht betreffende Teil der geheimen Abmachungen.

Der Minister des Äußeren begleitete seine Mitteilung mit folgenden Worten:

„dem Kaiser liegt allerdings sehr viel an der Geheimhaltung parce que le caractère du nouveau règne n'est pas encore suffisamment affermi."

Man darf also aus jenem Wunsche des Monarchen nicht auf die Absicht schließen, die Sache selbst auf die ihr zugewiesene kurze Dauer zu beschränken.

v. Schweinitz

Nr. 601

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. II St. Petersburg, den 9. März 1883
Geheim

Herr von Giers erzählte mir in streng vertraulicher Weise, daß er Briefe vom russischen Botschafter in Berlin erhalten hat, in welchen dieser den Gedanken, das Abkommen vom 18. Juni 1881 zu verlängern, aufs neue anregt; Herr von Saburow sagt darin, daß die von ihm vorgenommene Sondierung ein günstiges Ergebnis geliefert hat, und daß er es hiernach für ratsam halte, sich auf längere Dauer und über weitere Eventualitäten zu verständigen; diese letzteren konjekturierend in Erwägung ziehen, ist aber grade dasjenige, was Herr von Giers nicht will. Im Auslande[1], so räsonniert der Minister, würde man die von hier aus angedeuteten Möglichkeiten[2] für geheime[3] Wünsche Rußlands halten, hierdurch würde Mißtrauen erregt, vielleicht gar ein Ereignis, welches man hinauszuschieben wünscht, beschleunigt werden[4]. Aber nicht nur im Auslande, sondern auch hier, und zwar bei seinem eigenen Souverän, will der Minister die Besprechung jener weitreichenden Eventualitäten vermeiden, und ich glaube, daß dies weise ist.

Da nun Herr von Saburow wiederholt ein Terrain betritt, auf welches ihm Herr von Giers für jetzt nicht folgen will, so könnte der Schein erweckt werden, als ob der Minister minder lebhaft als der Botschafter die Verlängerung des segensreichen Abkommens wünsche. Diese Erwägung mag es gewesen sein, welche Herrn von Giers bewog, ein streng vertrauliches Gespräch mit mir herbeizuführen, in welchem er unter anderem folgendes sagte: „Sie wissen, daß für die definitive Annektierung Bosniens und der Herzegowina die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien zugestanden ist; wenn, was ich nicht hoffe, die Annexion bald ausgesprochen werden sollte, so würde ich lieber zum Schein dagegen protestieren, als jetzt jene Konsequenz ziehen; denn obwohl die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens weder bei Ihnen noch bei Österreich Widerspruch finden würde, so könnte sie uns doch weiter führen, als gegenwärtig, wo wir zu Haus so viel zu tun haben, wünschenswert ist.“ Ich fragte Herrn von Giers beiläufig, ob er Gründe habe, zu vermuten, daß man sich in Wien mit der Absicht trage, die Annexion bald zu vollziehen; der Minister verneinte dies und sagte, außer Zeitungsgerüchten läge nichts vor; was Herr von Kállay*, den er für einen sehr guten Kopf halte, beabsichtige, wisse er nicht.

„Wir haben“, so schloß er, auf die Frage der Prolongation zurück-

* Seit 1882 österreich-ungarischer Reichsfinanzminister.

kommend, „noch fünfviertel Jahr vor uns, und deshalb möchte ich nicht schon jetzt zur Besprechung von Fragen schreiten, welche noch nicht vorliegen.“ v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Wo [2] welche? [3] welche? [4] unklar

Nr. 602

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. III St. Petersburg, den 30. März 1883
Geheim

Auf die Rückfrage*, welche der hohe, geheime Erlaß Nr. II vom 14. d. Mts. mir gestellt, beehre ich mich Nachstehendes ganz gehorsamst zu erwidern:

Als Herr von Giers mir sagte, er wünsche nicht, daß Herr von Saburow in Besprechungen eintrete, welche „Möglichkeiten“ zum Gegenstande hätten, war sein Gedankengang meines Erachtens folgender:

„Saburow würde nicht ungern seine Ideen über den Verfall der Türkei, ein weiteres Vorrücken der Österreicher, vielleicht gar über die Zukunft Konstantinopels zutage fördern; diese seine Ideen müßte ich dann zur Kenntnis des Kaisers bringen; Nelidow** würde dann davon hören; ich wünsche nicht, daß diese beiden strebsamen Diplomaten sich den Rang abzulaufen suchen, um den Kaiser für Projekte zu gewinnen, an die er jetzt nicht denkt. Auch bei der größten Vorsicht sind Indiskretionen möglich; wenn zwei ehrgeizige Botschafter über die Eventualität der Auflösung des Osmanenreiches sprechen und schreiben dürfen, so könnte einerseits im Auslande; nämlich in Berlin, Wien, Konstantinopel andererseits im Inlande, nämlich im Kabinett, bei Pobedonoszew*** und anderen etwas davon verlauten; dort könnte man glauben, wir wünschten dasjenige zu beschleunigen, was ich hinausschieben will, und hier, ich verhindere dasjenige, was andere bei uns wünschen.“

Der Herr Minister vermied es, Dinge und Personen bei Namen zu nennen, aber so wie ich es hier darzustellen mich beehre, hat er meiner Ansicht nach gedacht.

Ich sagte ihm: „Sie haben ganz Recht; let sleeping dogs lie.“

v. Schweinitz

* Die Rückfrage des Erlasses Nr. II vom 14. März bezog sich auf die nach Schweinitz' Bericht vom 9. März durch Giers angedeuteten „Möglichkeiten“.
** Interimistischer russischer Botschafter in Konstantinopel.
*** Seit 1880 Generalprokurator des Heiligen Synods, einflußreicher Berater seines früheren Zöglings Alexander III.

Nr. 603

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 107 Wien, den 29. April 1883
Geheim

Gelegentlich hat mich Graf Kálnoky gefragt, ob man russischerseits in Berlin auf den Gedanken zurückgekommen sei, unser Abkommen von 1881 zu erneuern.

Ich verneinte dies, und sprach mir der Minister die Vermutung aus, daß jene Anregung, von der ich ihm im Auftrage Eurer Durchlaucht seinerzeit Kenntnis gegeben habe, vielleicht nur auf die Initiative des Herrn von Saburow zurückzuführen sein dürfte, welcher es liebte, auf eigene Hand große Politik zu machen. Ich entgegnete, daß ich dieser Vermutung nicht beipflichten könnte, sondern daß ich wohl glaubte, wie der Kaiser Alexander dem Gedanken einer solchen Erneuerung sich zuneige; daß Eure Durchlaucht, wie er wisse, diese Dispositionen als ein gutes Symptom betrachtet hätten, aber nunmehr ruhig abwarteten, bis man russischerseits darauf zurückkomme und mit bestimmteren Propositionen hervortreten werde.

Ich erzählte darauf dem Minister dasjenige, was mir Herr von Saburow vor kurzem über seine Ideen bezüglich einer Ausdehnung des alten Abkommens gesagt hat, welches der Behandlung der orientalischen Frage näherzutreten haben würde. Daß es doch gut wäre, sich beizeiten zu verständigen, um nicht durch die Tatsachen überrascht zu werden. Daß man gewiß sehr leicht eine Demarkationslinie zwischen dem Interessengebiet Rußlands und Österreichs ziehen könne. Daß außerdem das Einverständnis zwischen den drei Kaiserhöfen in Rußland sehr populär werden und der Friede gesichert werden würde, wenn die russische Nation von einem Abkommen zwischen denselben hören würde, welches alle russischen Lieblingsträume zu realisieren verspräche.

Graf Kálnoky bemerkte, diese Ideen des Herrn von Saburow seien ihm nicht ganz neu; sie gehörten sicher nur ihm an und nicht dem russischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Letzterer würde sich wohl hüten, mit derartigen halsbrecherischen Plänen hervorzutreten, wenn er die Verlängerung unserer Abmachung amtlich proponieren würde. Wie er mir schon in diesem Winter gesagt, würde der Kaiser, sein Herr, mit Freuden in eine Verlängerung des Abkommens willigen. Ob er indessen einwilligen werde, daran viel zu ändern, das sei ihm zweifelhaft. Man könne ja sehen und abwarten, womit die Russen vortreten würden. Aber er glaube nicht, daß bei Abänderungsversuchen viel herauskommen werde. Namentlich scheine ihm die zu ziehende Interessenlinie ein bedenkliches Ding zu sein. Er glaube, daß ihm

Ungarn, geführt von Herrn von Tisza*, in seiner Politik, selbst in der dort unpopulären eines Einverständnisses mit Rußland folgen würde, aber nicht bis zu jener Interessenlinie, welche schließlich doch nur Rußland alle Vorteile bieten und die Türkei vollends lahmlegen würde.

Dem Wiener Kabinett ist russischerseits bis jetzt noch keinerlei Andeutung über den Wunsch einer Vertragserneuerung gemacht worden.

H. VII. P. Reuß

Nr. 604

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 155
Geheim

Wien, den 28. Juni 1883

Graf Kálnoky hat mir vertrauliche Mitteilungen über die Gespräche gemacht, die er mit dem russischen Botschafter nach dessen Rückkehr von Moskau gehabt hat, und mich gebeten, Eurer Durchlaucht darüber zu berichten.

Fürst Lobanow** habe in erster Linie für die freundschaftliche Beteiligung des Wiener Hofes an der Krönungsfeier im Namen seines Kaisers gedankt. Dieser öffentliche Beweis der zwischen beiden Monarchien bestehenden guten Beziehungen habe Seine Majestät sehr erfreut. Das russische Kabinett fahre fort, das freundschaftlichste Verhältnis zu seinen beiden Nachbarstaaten als die Richtschnur seiner Politik zu betrachten, und der Kaiser Alexander habe mit Befriedigung wahrgenommen, daß dieses Bestreben hierseits anerkannt und erwidert werde.

Wenn nun auch diese guten Beziehungen zwischen den Monarchen und deren Regierungen nichts zu wünschen übrig ließen, so wolle der Botschafter doch nicht verhehlen, daß es einen Punkt gebe, der dem russischen Hofe bedauerlich erscheine, und zwar aus zweierlei Gründen. Die auffallende Tätigkeit des österreichischen Generalstabes an der russischen Grenze, die Förderung der dort liegenden österreichischen Festungsbauten, das Bereisen der russischen Distrikte durch österreichische Offiziere etc. etc. ließe auf ein Mißtrauen schließen, welches dem Kaiser Alexander schmerzlich sei. Es sähe so aus, als erwarte Österreich einen Krieg mit Rußland. Dies Benehmen Österreichs wirke beunruhigend auf die öffentliche Meinung. Die Panslawisten benutzten dies, um gegen Österreich-Ungarn zu hetzen und um die öffentliche

* Koloman Tisza, ungarischer Ministerpräsident.
** Fürst Lobanow-Rostowski, seit Oktober 1882 russischer Botschafter in Wien.

Meinung irrezuleiten, und dies sei der andere Grund, der das Petersburger Kabinett wünschen ließe, diese österreichische militärische Tätigkeit eingestellt zu sehen.

Graf Kálnoky hat dem Botschafter geantwortet, er wolle die Tätigkeit des österreichischen Generalstabes nicht in Abrede stellen. Es sei in jedem Lande die Pflicht der Armeeleitung, für die Sicherheit der Grenzen zu sorgen und in Friedenszeiten darüber zu wachen, daß nichts in dieser Richtung verabsäumt werde. Er zweifle nicht, daß der russische Generalstab ebenso dächte und ebenso handelte, und würde er daran gewiß nichts auszusetzen haben.

Daß man übrigens hiesigerseits einigen Grund gehabt habe, auf seiner Hut zu sein, als die Kriegstrompete eines Skobelew Europa beunruhigte, und in Rußland nicht den Dämpfer fand, der dieselbe vollkommen tonlos gemacht haben würde, darüber könne man sich doch in Petersburg unmöglich wundern.

Fürst Lobanow hat hierauf nichts Wesentliches geantwortet. Dagegen hat er, in seinem Panegyrikum der vortrefflichen Verhältnisse zwischen den drei Kaiserreichen fortfahrend, geäußert, er habe den formellen Auftrag, hier zu sondieren, ob das Wiener Kabinett geneigt sein würde, die im künftigen Jahre ablaufenden geheimen Abmachungen zu erneuern.

Graf Kálnoky hat dem Botschafter hierauf geantwortet, wie er vielleicht wisse, sei diese Frage im letzten Winter schon einmal und zwar durch den Kanal des Herrn von Saburow über Berlin an das hiesige Kabinett herangetreten. Er, der Minister, habe mir damals auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers, seines Herrn, gesagt, daß eine Erneuerung unseres Abkommens auch höchstdessen Intentionen ganz entspräche. Dasselbe gälte auch heute noch. Er würde daher mit Vergnügen weiteren Eröffnungen entgegensehen und schlüge schon jetzt vor, daß die betreffenden Verhandlungen wieder in Berlin geführt werden möchten.

Fürst Lobanow hat kein Wort von Erweiterungen jenes Abkommens fallen lassen, wie dies Herr von Saburow seinerzeit in Berlin getan hat. Er hat, vielleicht im Hinblick hierauf, die Äußerung hingeworfen, sein Berliner Kollege habe damals vielleicht ein wenig auf seine eigene Hand Politik gemacht, nunmehr werde derselbe auch gleich ihm mit der amtlichen Anfrage beauftragt werden.

Graf Kálnoky, ganz im Einverständnis mit den Ansichten, welche Eure Durchlaucht mir über diesen Gegenstand im vorigen Winter ausgesprochen haben, sieht in diesem russischen Anerbieten ein gutes Symptom, welches er nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt, und hat deshalb die Eröffnungen des russischen Botschafters sehr entgegenkommend aufgenommen.

H. VII. P. Reuß

## Nr. 605

## Aufzeichnungen des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Busch

Reinschrift

Berlin, den 25. August 1883

Der russische Botschafter suchte mich heute auf und machte mir nach den ihm eigenen, verlegenen Umschweifen folgende Mitteilung:

Die Frage der Verlängerung des geheimen Vertrages vom 18. Juni 1881 liege ihm persönlich sehr am Herzen. Er habe keinerlei Auftrag, dieselbe jetzt hier zur Sprache zu bringen, aber er halte es für nützlich, aus eigener Initiative dem Herrn Reichskanzler vertraulich von der Auffassung Kenntnis zu geben, die über die Frage in Petersburg herrsche.

Bei seinem letzten Aufenthalt in Rußland habe Kaiser Alexander sowohl mit ihm als mit anderen einflußreichen Persönlichkeiten eingehend die Eventualität einer Verlängerung des geheimen Vertrages besprochen. Er, Saburow, habe aus diesen Erörterungen den Eindruck gewonnen, daß Herr von Giers allein für die Verlängerung des Vertrages unter allen Umständen, also eventuell auch in seiner jetzigen Fassung, eintrete. Die Mehrzahl der übrigen maßgebenden Stimmen aber wünsche eine Modifikation des Abkommens in einem für Rußland günstigeren Sinne. Der Kaiser teile diesen Wunsch. Seine Majestät hätten hervorgehoben, daß der Vertrag, wenn er in seiner jetzigen Form in Rußland bekannt werden[1] sollte, dort nicht populär sein würde, und hätte namentlich auf drei Punkte hingewiesen, welche die unveränderte Erneuerung des Vertrages für ihn bedenklich machten:

1. seien die wesentlichen Stipulationen des Vertrages toter Buchstabe geblieben, so namentlich diejenige betreffend die Vereinigung der beiden bulgarischen Staatswesen[2].

2. werde durch den Vertrag die Aktionsfreiheit Rußlands der Türkei gegenüber mehr beschränkt als diejenige Deutschlands und Österreichs Frankreich gegenüber. Während ersteres bezüglich eines Vorgehens gegen die Türkei an eine vorhergehende Verständigung mit Österreich und Deutschland gebunden sei, hätten letztere Frankreich gegenüber freie Hand[3].

3. sei man in Rußland über die Ausdehnung des Einvernehmens, welches zwischen Deutschland und Österreich, sowie zwischen diesen beiden Mächten und Italien bestehe, nicht hinlänglich unterrichtet, und das in dem Vertrage vorgesehene Zusammengehen der drei Kaiserhöfe[4] habe sich tatsächlich nicht in dem Maße verwirklicht, wie es bei dem Abschlusse der Vereinbarung erwartet worden sei.

Er, Saburow, wolle nicht auf eine Kritik dieser Punkte eingehen, er halte es aber für nützlich, von dem Vorhandensein dieser Bedenken auf seiten des Kaisers Alexander hier Kenntnis zu geben. Positive Vor-

schläge zur Modifikation des Vertrages zu machen, sei er nicht in der Lage, doch schwebe ihm der Gedanke vor, ob man nicht auf die Reichstädter Abmachungen zurückgreifen könne, welche die Keime zu einer weitergehenden Verständigung der drei Kaiserreiche bezüglich der orientalischen Frage enthielten. Er sei persönlich so sehr durchdrungen von der Nützlichkeit, ja Notwendigkeit der Erneuerung des Vertrages; seine ganze Stellung, selbst seine spätere Karriere hänge so sehr von der Aufrechthaltung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ab, daß er es für seine Pflicht halte, auch ohne Auftrag die Anregung zur Einleitung von Verhandlungen wegen Verlängerung des Vertrages zu geben. Finde diese Anregung hier Entgegenkommen, so werde er in Petersburg um bestimmte Instruktionen bitten.

---

Bezüglich der Reichstädter Stipulationen, die ich aus Anlaß der Andeutungen des Botschafters wieder eingesehen habe, bemerke ich, daß der größte Teil derselben das Verhalten Österreichs und Rußlands während des damals unmittelbar bevorstehenden russisch-türkischen Krieges im Auge hatte und also transitorischer Natur war. Dagegen findet sich im Artikel 3 der Nachtragskonvention* folgende allgemeine Stipulation, auf die Herr Saburow wohl hinzielt:

„Sa Majesté l'Empereur d'Autriche etc. et Roi de Hongrie et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies sont tombés d'accord en principe dans l'entrevue qui a eu lieu entre Elles à Reichstadt, sur les points suivants:

en cas d'un remaniement ou d'une dissolution de l'Empire Ottoman, l'établissement d'un grand état compact slave ou autre est exclu; en revanche la Bulgarie, l'Albanie et le reste de la Roumélie pourraient être constituées en Etats indépendants; la Thessalie, une partie de l'Epire et l'île de Crète pourraient être annexées à la Grèce; Constantinople avec une banlieue, dont la circonscription reste à déterminer, pourrait devenir ville libre. Leurs dites Majestés constatent n'avoir rien à changer à ces vues[5] et déclarent de nouveau vouloir les maintenir comme bases de leur action politique ultérieure."

Busch

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Wodurch?

[2] wir hindern sie nicht, Oest[er]r[eich] auch nicht.

[3] wir beabsichtigen gar nicht „vorzugehn", ich wüßte auch nicht wohin. Unsre Absichten sind nur defensive

[4] sie sind nicht „gegangen", weder einzeln noch zusammen.

[5] für **uns** liegt nichts Unmögliches in denselben; aber Verabredungen über Beerbung der Türkey sind kaum zeitgemäß.

---

* Siehe Bd. II, Kap. X, Nr. 266, S. 115.

Nr. 606

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Unsigniertes eigenhändiges Konzept

Geheim Gastein, den 8. September 1883

Indem ich Ew. zu Ihrer Information in der Anlage eine Mittheilung von Saburoff* übersende, bitte ich Sie dem Gr[a]f[e]n Kalnoky bei sich bietender Gelegenheit meine Ansicht über die von uns Rußland gegenüber zu beobachtende Haltung in nachstehend bezeichneter Richtung zu entwickeln u[nd] mir mitzutheilen, was er dazu meint.

In erster Linie scheint mir unsre Aufgabe, womöglich das bestehende Abkommen mit Rußland zu verlängern u[nd] dessen Action zu mäßigen oder zu localisiren. Soweit das jetzt oder für irgend welche Zukunft nicht gelingt, scheint es mir richtiger, wenn nicht **wir** die ersten sind, welche Rußland entgegentreten, sondern wenn wir den russischen Bestrebungen soweit freie Fahrt lassen, daß dieselben zunächst auf andre noch näher oder ebenso nahe interessirte Gegner stoßen, auf deren active Mitwirkung wir vielleicht nicht sicher rechnen können, wenn **wir** freiwillig die Repression der russischen Bestrebungen auf uns nehmen. In letztrem Falle würde vielleicht die Pforte, Rumänien u[nd] in 2ter Linie England geneigt sein, abzuwarten, ob wir nicht die Geschäfte besorgen u[nd] die Kriege führen, welche zu besorgen u[nd] zu führen jene anderen Staaten ein gleiches, vielleicht ein näheres Interesse haben. Russische Übergriffe in Bulgarien sind zunächst Angriffe auf die Pforte u[nd] wenn wir aus Mangel an Geduld u[nd] Nervenruhe türkischer sind als die Pforte, so wird diese sich das wahrscheinlich gefallen lassen ohne eigene Anstrengungen zu machen. Rußlands Vordringen auf resp. bis Constantinopel ist natürlich für die Türkei, dann aber auch für Rumänien u[nd] nicht minder für England vielleicht noch bedenklicher als für die öst[er]r[eich-]ungarischen Interessen; ein solches russisches Vordringen **muß** also nothwendigerweise an irgend einem Punkte auf den Widerstand der genannten Mächte stoßen, die dann unseres Beistandes bedürftig sind, statt daß wir mit zweifelhaftem Erfolg um den ihrigen werben, wenn wir die ersten sind, die der Katze die Schelle anhängen. Außerdem wird G[ra]f Kalnoky mit mir gewiß die Ansicht theilen, daß Oest[er]r[eich-]Ungarn einen viel stärkeren Druck auf Rußland üben kann, **nachdem** letzteres eine Stellung eingenommen hat, deren Hals unter dem Druck der siebenbürgischen Position zu liegen kommt, als vorher. Oest[er]r[eich-]Ungarn war zur Zeit von Plewna am allermeisten in der Lage einen Druck auf die russischen Entschließungen zu üben, u[nd] im Jahre 1854 reichten militärisch-politische

* Vgl. Nr. 605.

Demonstrationen Oest[er]reichs ohne Handlung aus, um Rußl[an]d zur Räumung der Donaufürstenthümer zu bewegen. Das gegenseitige Gewichtsverhältniß liegt aber ganz anders, so lange Rußland noch die Wahl hat, ob es in Bulgarien oder in Galizien Krieg führen will. Ich halte es deshalb politisch nicht für richtig, wenn wir, d. h. zunächst Oest[er]reich, die Rolle des europäischen Polizisten in der Beaufsichtigung resp. Festhaltung Rußlands übernehmen. Die Schäden, welche die öst[er]r[eich-]ungar[ischen] Interessen außerhalb des rayons von Bosnien-Serbien erleiden können, sind gewiß groß genug, um sie dauernd nicht zu acceptiren, aber sie treffen doch in erster Linie die Pforte, Rumänien u[nd] England. Letzteres kann, trotz Gladstone, doch nimmer zugeben, daß Constantinopel und der Verschluß des Bosporus in russische Hände fällt, u[nd] Kleinasien eine russische Enclave zwischen Armenien u[nd] der Dardanellenposition, letztere aber die Ausfallstation auf den egyptisch-indischen Seeweg würde. England kann dies um so weniger, als es allein die Russen aus einer solchen Position weder delogiren, noch sich ein Aequivalent für diese Position sichern könnte. Letzteres aber würde Oest[er]reich schon an u[nd] für sich können, noch mehr aber im dauernden Bunde mit Deutschl[an]d. Letzteres würde ohne territoriale Bedürfnisse u[nd] Begehrlichkeiten zu haben, jeder Art von Verständigung Oest[er]reichs mit Rußl[an]d als wohlwollender Nachbar beiwohnen können. Wenn es möglich ist, eine solche zu erlangen, u[nd] namentlich wenn es ohne Conspiration gegen den Sultan möglich ist, so halte ich die Verständigung zu 3en doch immer noch für das gefahrloseste u[nd] nützlichste Ergebniß, welches wir u[nd] Oest[er]r[eich] aus der Situation ableiten können. Gelingt das nicht, so geht mein politisches Votum dahin, daß man Rußland scheinbar ohne Controlle u[nd] auf seine Verantwortung seinen Weg gehen lassen soll, bis andere Mächte darüber beunruhigt u[nd] unseres Beistandes bedürftig werden.

Nr. 607

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 150
Geheim

St. Petersburg, den 11. September 1883

Herr von Giers hat heute durch die Post einen acht Seiten langen Brief vom Prinzen Alexander von Hessen erhalten, welcher ihn in Aufregung versetzte und dazu bestimmte, mir mit rückhaltloser Offenheit über die Dinge in Sofia zu sprechen.

„Ich bin schuld daran,“ sagte der Minister, „daß der Neffe der

seligen Kaiserin Fürst von Bulgarien* ist; die edle Frau hat mir die bittersten Vorwürfe darüber gemacht, weil sie ihn sehr lieb hatte und nichts Gutes davon für ihn erwartete; der Vater des Prinzen, der damals in Livadia war, hatte mir den Vorschlag gemacht, und ich glaubte, es sei eine zweckmäßige Lösung. Der verewigte Kaiser war sehr dafür; nur einer sprach dagegen und warnte mich; dies war Graf Adlerberg; ‚ich kenne diese Leute,' sagte er, ‚und Sie werden es bereuen'". pp.

„Der Kaiser", so fuhr Herr von Giers sich erwärmend fort, „ist von mancher irrigen Anschauung zurückgekommen; er ist jetzt ganz fest in der Überzeugung, daß aufrichtige Freundschaft mit Deutschland der Angelpunkt seiner Politik sein muß; und sehen Sie," sagte der Minister, indem er die Moskausche Zeitung, die vor ihm lag, in die Hand nahm, „wie Katkow** darüber schreibt, wie er jeden Gedanken an eine Allianz mit Frankreich von sich weist usw."

Dieser Moment schien mir geeignet, um Herrn von Giers etwa folgendes zu sagen: „Bei uns besteht kein Mißtrauen gegen Ihren erlauchten Souverän oder gegen Sie; aber alle Beweise von guten Gesinnungen und die schönsten Artikel des Herrn Katkow nutzen nichts, solange Ihre Kavallerie und reitende Artillerie an unserer Grenze drohend aufmarschiert ist; tout est là; ändern Sie dies, und das diplomatische Gesamtbild wird sich ändern. Der verewigte Kaiser sagte mir einmal nach einem Diner im Winterpalais, als ich über diesen Gegenstand sprach: ‚il faut être fou pour croire que je ferai la guerre à l'Allemagne et j'espère que je n'entendrai plus parler de cela', seitdem habe ich nicht mehr von dieser Truppenaufstellung gesprochen, aber Sie sehen, was seitdem geschehen ist."

Herr von Giers, welcher nicht prätendiert, von militärischen Dingen etwas zu verstehen, erwiderte, daß man hier diese Aufstellung nur als eine unabweisbare Sicherheitsmaßregel ansehe; General Miljutin, von dem sie ausging, wolle entschieden die Freundschaft mit Deutschland; der General gehöre zu den wenigen in die Abmachungen vom Juni 1881 Eingeweihten und habe ihm, Herrn von Giers, erst ganz vor kurzem Glück dazu gewünscht, daß es ihm gelungen sei, die Beziehungen zu Deutschland mehr und mehr zu befestigen; aus Moskau werde ihm berichtet, daß er, Giers, dort in hohem Grade populär geworden sei, weil er sich gut mit uns zu stellen wisse; niemand wünsche einen Krieg mit uns, aber allgemein sei die Besorgnis, daß wir angreifen würden; Graf Woronzow-Daschkow*** habe ihm neulich

---

* Prinz Alexander von Battenberg, Sohn des Prinzen Alexander von Hessen und einer polnischen Gräfin Hauke, war am 29. April 1879 mit Zustimmung des Zaren von der bulgarischen Nationalversammlung zum Fürsten gewählt worden.

** Herausgeber der „Moskauer Zeitung".

*** Minister des Kaiserlichen Hauses.

die Überzeugung ausgesprochen, daß wir, um Österreich im Orient vorwärtszudrängen, Rußland zum Kriege nötigen würden.

Ich sagte, dies seien Einbildungen; wirklich, tatsächlich, unbestreitbar sei aber eines[1], nämlich fünf Kavalleriedivisionen mit soundsoviel bespannten Geschützen und Munitionswagen, verstärkter Mannschaftsstand bei soundsoviel Bataillonen, eine kaukasische Division von 16 Bataillonen mit 36 Kanonen nach Westen vorgeschoben. „Sprechen Sie", so sagte ich, „mit irgendeinem Ihrer intelligenten Generale, außer Obrutschew, z. B. mit Kuropatkin, und er wird eingestehen, daß Ihre Aufstellung eine Drohung ist."

Herr von Giers erinnerte sich, daß Fürst Imeretinski, vorteilhaft bekannt als Stabschef Totlebens, ihm einmal in diesem Sinne gesprochen habe.

Der Minister war augenscheinlich tief impressioniert; „der Kaiser sieht die Sache nicht so an," sagte er, „sondern glaubt nur für unsere bedrohte Sicherheit zu sorgen; ich werde ganz gewiß mit ihm darüber sprechen."

Ich ermunterte ihn, dies zu tun, vorsichtig, damit man nicht sagen könne, er sei zu nachgiebig, aber mit Benutzung des Augenblicks, in welchem man die Kavallerie um 50 Prozent vermehrt. Hiervon wußte der Minister des Äußern kein Wort. „Sagen Sie, daß jetzt, wo man die Regimenter von vier auf sechs Schwadronen bringt, der Moment gekommen sei, um die Zahl der an der Grenze aufgestellten Divisionen zu vermindern[2]."

Herr von Giers schien entschlossen, dies zu tun; „Vous aurez bien mérité de Votre patrie", sagte ich, „wenn Sie dies durchsetzen."

v. Schweinitz

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms I.:
[2] Dasselbe habe ich an F[ü]rst Dolgoruki bei seiner Sendung von Coppenhagen nach Merseburg gesagt; ebenso an Giers 1884 hier u[nd] F[ü]rst Orloff hier, doch sprach ich nicht blos von der Cavalrie sondern von der Vermindrung, nach u[nd] nach, der Truppen Masse an den Grenzen, — nur so könne der Kriegs-Besorgniß in Europa, nicht blos in Preuß[en]-Deutschland u[nd] Öst[er]reich Einhalt auf die Dauer geschafft werden. W. 10./4. 84.
Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Zu wiederholen

Nr. 608

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Ausfertigung

Nr. III — Wien, den 12. September 1883
Geheim

Graf Kálnoky ist gestern abend lange bei mir gewesen, um den Inhalt Eurer Durchlaucht geheimen Erlasses d. d. Gastein, den

8. d. Mts.*, die Rußland gegenüber einzuschlagende Politik betreffend, zu besprechen.

Er bezeichnete diese Besprechung als eine provisorische, da es ihm, in diesen durch den Besuch des Königs von Spanien, die vielen Manöver etc. sehr unruhigen Tagen nicht möglich gewesen sei, seinem Kaiser einen eingehenden Vortrag zu halten.

Der Minister ist mit Eurer Durchlaucht ganz einverstanden, daß es in erster Linie unsere Aufgabe sei, womöglich das bestehende Abkommen mit Rußland zu verlängern und dessen Aktion zu mäßigen oder zu lokalisieren. Daß es ferner, sollte dies jetzt oder später nicht gelingen, nicht unsere Aufgabe sei, Rußland entgegenzutreten, sondern es anderen, näher interessierten Gegnern zu überlassen, den russischen Bestrebungen, denen wir freie Fahrt zu lassen hätten, entgegenzutreten.

Diese Fundamentalideen über unsere gemeinschaftliche Politik Rußland gegenüber seien schon in Salzburg** eingehend besprochen worden; Graf Kálnoky habe sie seinem Kaiser vorgetragen, und dieser sie gebilligt. Auch ihm sei es darum zu tun, sich wieder zu Dreien mit Rußland zu verständigen, auch er halte dies für das nützlichste und gefahrloseste Ergebnis, welches wir aus der Situation ziehen könnten.

Ob aber eine solche Verständigung möglich, namentlich auf Grundlage der neuesten Eröffnungen des Herrn von Saburow[1], darüber sich auszusprechen sei er heut noch nicht in der Lage und bäte Eure Durchlaucht, ihm einige Zeit zum Studium dieser Frage zu lassen.

Schon die Tendenz des geheimen Vertrags mit Rußland von 1881 entspreche nicht mehr der heutigen Sachlage. Derselbe habe eine nicht undeutliche Spitze gegen die Türkei; heute dagegen wären wir beide darüber einig, uns mit Rußland zu verständigen, wenn dies ohne Konspiration gegen den Sultan möglich ist.

Nun wolle aber Herr von Saburow gar auf die Abmachungen von Reichstadt zurückgreifen, welche den Zusammenbruch der Türkei eskomptiert hätten. Das würde sich mit unseren heutigen Ansichten, die auf die Konservierung dieses Reiches, ja auf dessen eventuelle Mitwirkung bei einem uns von Rußland aufgedrungenen Kriege spekulierten, nicht vereinigen lassen.

Euere Durchlaucht hätten nun jene Eröffnungen des russischen Botschafters in einer denselben nicht decouragierenden Weise vorläufig beantworten lassen, aber, wie er, Graf Kálnoky, in Salzburg zu verstehen geglaubt, besonders in der Absicht, um den Fuchs aus dem Bau zu locken. Er zweifele auch nicht, daß die Russen sehr bald mit ihren Anträgen auf Erneuerung der Abmachung von 1881 herauskommen würden, weil ihnen die Ausdehnung unserer Friedensliga anfinge unheim-

---

* Siehe Nr. 606.

** Die Zusammenkunft zwischen Fürst Bismarck und Graf Kálnoky in Salzburg hatte am 31. August 1883 stattgefunden.

lich zu werden; letzteres könne er aus Nachrichten entnehmen, die ihm aus Konstantinopel über das Verhalten des Herrn von Nelidow zugingen. Man werde daher bald klarer sehen und beurteilen können, ob Saburow aus seinem eigenen Sack gegriffen, oder ob er die Ansichten seines Kabinetts ausgekramt habe. Er seinerseits habe den Eindruck, als wenn dieser Diplomat den Mund etwas voll genommen haben dürfte, entweder in der Hoffnung, bei recht hoher Forderung wenigstens die Hälfte zu gewinnen, oder aber in der Absicht, aus unserer Aufnahme seiner Wünsche etwas über die Tragweite unseres und des italienischen Bündnisses zu erfahren. Denn die Unsicherheit über das, was mit Italien abgemacht worden, mache das Petersburger Kabinett offenbar sehr ängstlich, und könne sich dasselbe nicht darüber trösten, einen Faktor verloren zu haben, auf welchen zu rechnen es früher gewohnt gewesen sei.

Graf Kálnoky ist also, um mich zu resümieren, noch nicht zu einer festen Ansicht darüber gekommen, wie eine Verständigung zwischen Österreich und Rußland auf Grundlage der neuesten Eröffnungen des Herrn von Saburow (die er mir in allgemeinen Zügen schilderte) möglich sein dürfte, erklärt sich aber im übrigen mit den von Euerer Durchlaucht im obengenannten hohen Erlaß vom 8. d. Mts. ausgesprochenen Grundsätzen einverstanden und hat mich gebeten, Hochdemselben für diese, wie er sich ausdrückte, in konkrete Form gebrachte Resümierung der Salzburger Besprechungen seinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Die sind bisher nur persönliche, ob ernst zu nehmen, muß sich zeigen

Nr. 609

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Unsignierte Abschrift

Nr. I — Gastein, den 15. September 1883
Geheim

Eurer Durchlaucht Bericht vom 12.* habe ich erhalten.

Die neuesten Eröffnungen Saburows** sind vorderhand doch nur persönlich, er hat sie als solche charakterisiert und nach seiner eignen Behauptung ohne Auftrag gemacht, und die Bezugnahme auf Reichstadt nur als seine eignen amtlich nicht autorisierten Vermutungen bezeich-

---

* Siehe Nr. 608.
** Vgl. Nr. 605.

net. Nun ist es ja möglich, daß, ebenso wie Fürst Lobanow bei der eventuellen Zusammenkunft der Kaiser ohne Auftrag war, obschon er das Gegenteil zu verstehen gab, Saburow hier zum Rekognoszieren Auftrag hatte, ihn aber ableugnet; jedenfalls aber sind wir noch nicht in der Möglichkeit, uns über bestimmte Unterlagen zu entschließen, solange die russischen Wünsche nicht amtlich formuliert vorliegen, und, wenn dies der Fall sein wird, und wir finden, daß sie zu weit gehen, so werden die Unterhandlungen immer noch die Möglichkeit bieten, sie zu reduzieren. Daß auch wir auf keine Konspiration gegen den Sultan eingehen wollen, solange die Pforte sich freundlich und friedlich verhält, habe ich schon früher angedeutet: ob Rußland eine solche jetzt beabsichtigt, darüber würden wir erst durch russische amtliche Eröffnungen Auskunft erhalten können; diese nicht vorzeitig abzuschneiden oder zu entmutigen, empfiehlt sich daher für unsre Orientierung. Wenn wir fänden, daß Rußland mit dem Plan umgeht, den Zusammenbruch der Türkei als Bündniszweck hinzustellen, so bleibt uns immer noch übrig, unsre Mitwirkung dazu zu versagen, nötigenfalls auch unannehmbaren Plänen hindernd in den Weg zu treten, nur nicht zu früh. Daß Rußland zu einer Politik der Art infolge unsrer Ablehnung andre Bundesgenossen finden sollte, ist nicht wahrscheinlich, und selbst wenn es Frankreich dafür gewinnen könnte, so würde damit England um so sicherer auf die andre Seite gedrängt. Das Wahrscheinlichste ist, daß Rußland entweder von Hause aus oder doch, wenn es bei uns keinen Anklang für seine möglichen Pläne findet, sich damit begnügt, einfach das bisherige Verhältnis zu prolongieren und damit unsern Wünschen entgegenkommt. Ich möchte glauben, daß Rußland diese friedliche Linie und das Ministerium Giers so lange festhalten werde, bis es Aussicht auf Bundesgenossen hat. Diese Aussicht könnte sich bieten, wenn in Frankreich eine monarchische Restauration stattfindet, oder die Gemüter dort so erregt werden, daß Rußland, wenn es seinerseits losschlägt, voraussieht, Frankreich werde nicht stillsitzen.

Eine Forderung hat eigentlich Saburow noch gar nicht gestellt, weder eine hohe, noch eine geringe; er hat nur sondiert, und nach der Art, wie er geantwortet, sind wir in der Lage, Rußlands amtliche Eröffnungen abzuwarten, oder doch, wenn wir selbst eine Initiative nehmen wollen, das Saburowsche Privatgespräch vollständig zu ignorieren und als non avenu zu betrachten. Den Bericht des Herrn Unterstaatssekretär vom 25.*, welcher auch für mich bisher die einzige Quelle für Saburows Eröffnungen ist, werden Eure Durchlaucht, wie ich annehme, inzwischen von Berlin abschriftlich erhalten haben. Derselbe hat, so wie die ganze Saburowsche Episode, bis heute keine geschäftliche Bedeutung, muß aber sekretiert behandelt werden wegen der Bezugnahme auf den Bündnisvertrag.

---

* Siehe Nr. 605.

Nr. 610

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. VI Wien, den 18. September 1883
Geheim

Graf Kálnoky hat mich gebeten, in Erwiderung des hohen geheimen Erlasses Nr. I d. d. Gastein, den 15. d. Mts.*, dessen Inhalt ich mit ihm besprochen habe, Euerer Durchlaucht zu sagen, wie er mit Dank diesen Ideenaustausch dahin resümieren könne, daß ein vollkommenes Einverständnis über die Behandlung der Vertragserneuerungsfrage mit Rußland zwischen unseren beiden Kabinetten zu konstatieren sei.

Der Kaiser Franz Joseph, höchstwelchem er mittlerweile ausführlichen Vortrag habe halten können, ratifiziere dieses Einverständnis. Es sei Seiner Majestät vor allem darum zu tun, den Frieden zu erhalten, und glaube er, daß eine Erneuerung unseres Vertragsverhältnisses, auch wenn dasselbe nur für beschränkte Zeitdauer erfolgen würde, den Frieden am besten, wenigstens auf diese Zeitdauer garantieren würde.

Auch Graf Kálnoky ist mit dieser kurzen Verlängerung einverstanden. Er ist mit Euerer Durchlaucht der Ansicht, daß man dadurch immer die Chance gewinnt, abzuwarten, ob nicht in Rußland selbst Änderungen eintreten werden, welche auf die äußere Politik mäßigend einwirken. Außerdem taxiert er den russischen Kriegseifer ziemlich niedrig und rechnet, nach seiner Kenntnis des russischen Temperaments, daß dieser Eifer bis zum Ablauf unseres Vertragsverhältnisses bedeutend abgekühlt sein werde.

Es trat hierbei der entschiedene Wunsch des Ministers aufs neue hervor, den Vertrag tel quel zu erneuern. Er sagte, er habe die Frage in den letzten Tagen nochmals eingehend studiert und sei in seiner Überzeugung immer mehr bestärkt worden, daß für Österreich-Ungarn eine größere Ausdehnung jenes Vertrags nicht vorteilhaft sein werde. Dies treffe in höherem Grade zu, wenn man der Anregung des Herrn von Saburow[1] folgen und auf Reichstadt zurückgreifen wollte. Jene Abmachungen wären vor dem türkischen Krieg getroffen worden, und würden auf die heutigen Verhältnisse in keiner Weise mehr passen.

Übrigens erkenne er ja an, daß Saburows Anregungen rein persönlicher Natur gewesen und für ihn den Russen gegenüber noch weniger existierten als für uns. Er sei darin mit Eurer Durchlaucht ebenfalls ganz einverstanden, abzuwarten, was amtlich von dort kommen würde,

---

* Siehe Nr. 609.

aber auch darin, daß dem russischen Botschafter nicht ablehnend geantwortet worden ist, und daß wir nicht zu früh unannehmbaren Propositionen hindernd in den Weg treten. Er seinerseits wird nichts tun, bis die Russen in amtlicher Weise mit ihren Wünschen herauskommen.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Der möchte ich noch nicht so viel Gewicht beilegen.

Nr. 611

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an Kaiser Wilhelm I.

Unsigniertes Reinkonzept nach Diktat

Friedrichsruh, den 16. November 1883

Euerer Majestät berichte ich ehrfurchtsvoll über die Besprechung, welche ich vorgestern hier mit dem russischen Minister Giers gehabt habe*. Die Sprache desselben ließ während des ganzen Verlaufes seines Besuches keinen Zweifel darüber, daß Rußland gegenwärtig die Erhaltung des Friedens für unbestimmte Zeit wünscht, und das Mißtrauen, dessen Gegenstand die russische Politik ist, zu zerstreuen sucht. Herr von Giers hob zuerst hervor, daß er von Seiner Majestät dem Kaiser Alexander den Befehl habe, zu diesem Behufe Euerer Majestät Audienz zu erbitten und mich zu persönlicher Besprechung aufzusuchen. Er sprach zunächst von den russischen Eisenbahn- und Festungsbauten, worauf ich ihm erwiderte, daß dieselben keinen Grund zu Mißtrauen geben könnten, und von uns als rein defensive Vorkehrungen seit Jahren ebenfalls vorgenommen worden wären. Beunruhigender wäre für uns die Truppenanhäufung auf der Grenze, gegen die wir aber nicht reklamieren, sondern nur einige Garnisonverstärkungen auch unsererseits auf schwachen Punkten unserer Grenze vornehmen würden. Mein russischer Kollege bestritt jede aggressive Tendenz der Truppenzusammenziehungen mit dem Bemerken, daß diese nur für solange, als die russische Grenzbefestigung so gut wie gar nicht existierte, einen Ersatz für die mangelnden Fortifikationen bildeten und überflüssig würden, wenn die Grenzbefestigungen vollendet wären. Auf meine Frage, ob man denn wirklich glaube, daß Deutschland auf den Gedanken eines Angriffskrieges gegen Rußland kommen könne, war die Erwiderung, daß man dies nicht befürchte, solange Euere Majestät regierten, daß aber bei etwaigem Thronwechsel dieselbe Sicherheit der Überzeugung nicht mehr haltbar sei, und der englische Einfluß möglicherweise an unserm Hofe prävalieren könne. Ich sagte Herrn von

---

* Herr von Giers kam am 13. November nach Berlin, hatte hier eine Audienz beim Kaiser, besprach sich mit dem Staatssekretär Grafen Hatzfeldt und besuchte am 14. Fürst Bismarck in Friedrichsruh.

Giers dagegen, daß Preußen und Deutschland zu große Mächte seien, um von anderen Einflüssen als dem eignen Staatsinteresse geleitet werden zu können, und daß selbst persönliche Vorliebe und Abneigung des Monarchen darin nichts änderten; daß Deutschlands Interesse aber immer einen Krieg mit Rußland als eine Kalamität erscheinen ließe, die auch im Falle eines Sieges keine Entschädigung für die Leiden des Krieges böte, und daß die Ruchlosigkeit, zwei große Nationen in unnötige Kriege aus Gefälligkeit gegen eine dritte zu verwickeln, auf dem Throne Preußens unmöglich wäre. Ich erwähnte dabei absichtlich, daß selbst ein siegreicher Krieg gegen Rußland für uns die Gefahr neuer Verwirrungen auf polnischem Gebiete nach sich ziehen würde; eine Begünstigung der polnischen Nationalbestrebungen sei für uns ein großes Unglück, aber doch noch das kleinere im Vergleich mit der Besiegung Deutschlands durch Rußland. Wir waren darüber einig, daß die direkten Verhältnisse Deutschlands zu Rußland eine Kriegsgefahr nicht in sich trügen, wohl aber diejenigen Rußlands zu Österreich. Wir aber könnten Österreich in solchem Falle nicht im Stich lassen, weil wir, wenn wir es täten, auch Österreich, so gut wie es mit Frankreich der Fall ist, zum geborenen Feinde haben würden, und es dann täglich von Rußland abhinge, uns unter den Druck der sogenannten Kaunitzschen Koalition, Rußland-Österreich-Frankreich, zu bringen, der wir nicht gewachsen wären. Wir könnten Österreich nicht fallen lassen, wohl aber würden wir stets nach allen Kräften dahin wirken, zwischen Österreich und Rußland den Frieden zu wahren und zu befestigen. Dies sei gegenwärtig die Aufgabe, die Euere Majestät unserer Diplomatie gestellt hätten, und wir würden bereitwillig unsern Einfluß in Wien zu ihrer Lösung verwenden. Herr von Giers sprach demnächst von den Bündnissen zur Befestigung des Friedens, die wir sonst geschlossen hätten oder schließen wollten, namentlich in betreff Italiens. Ich sagte ihm, daß unser Bündnis mit Italien mehr auf die innere als auf die auswärtige Politik Einfluß üben solle. Wir rechneten wenig auf aktive italienische Hülfe in einem französischen Kriege, aber unser Bündnis mit Italien diene zur Befestigung der Monarchie daselbst gegen die von Frankreich ausgehende republikanische Propaganda; ebenso hielten wir es den Interessen aller europäischen Monarchen entsprechend, das Königtum in Spanien gegen die republikanische Invasion zu kräftigen, ohne daß wir von Spanien oder Italien in unsern Kriegen militärische Hülfe von Bedeutung erwarteten. Ich hätte mit dem Grafen Kálnoky schon in Salzburg* meine Überzeugung dahin ausgetauscht, daß unser wirksamster Bundesgenosse für Erhaltung des Friedens Rußland selbst sein werde, und daß wir uns bemühen sollten, ebensosehr zur Erhaltung des Friedens als zur Konsolidierung der in Europa noch bestehenden monarchischen Einrichtungen das intime Einverständnis der drei Kaiser als der mächtigsten europäischen Monarchen

* Siehe S. 298, Fußnote**.

herzustellen und damit den Fortschritten der Demokratie und den Drohungen der Anarchie einen Damm entgegenzustellen. Euere Majestät wären an Kriegsmacht stark genug, um auch ohne festes Bündnis durch die Welt zu kommen, aber die Erhaltung der monarchischen Institutionen, da, wo sie noch beständen, wäre nur durch das Zusammenstehen der Monarchen zu ermöglichen, deren Interessen durch die Umsturzparteien aller Gattungen viel mehr bedroht wären, als durch ihre im Vergleich damit unbedeutenden Rivalitäten über Einfluß, Prestige und Vergrößerungen. Ich war im Begriff, hieran die Frage zu knüpfen, ob Rußland bereit sei, den mit Euerer Majestät und Österreich bis zum nächsten 18. Juni noch bestehenden Bündnisvertrag zu erneuern, als mich Herr von Giers mit der Frage unterbrach, ob wir dazu bereit seien. Ich erwiderte, daß mir Euerer Majestät Intentionen hinreichend bekannt wären, um, wenn nötig, noch heute die allerhöchste Zustimmung einholen zu können. Diese Erklärung schien meinen russischen Kollegen so wesentlich zu befriedigen, daß ich in ihrer Einholung den Hauptgrund seines Besuches hier vermute. In Erinnerung an eine Eröffnung des Botschafters Saburow von vor einigen Monaten, fragte ich, ob Rußland bereit sei, den Vertrag ohne Zusätze und Veränderungen zu verlängern; Herr von Giers bejahte dies und gab nur dem Wunsche des Kaisers Alexander Ausdruck, daß eine Stelle des Vertrages* als überflüssig gestrichen werden möge; wenn wir aber Bedenken dagegen hätten, so könne er auch so bleiben. Ich habe den Text des Vertrages nicht hier, halte aber nach meinen Erinnerungen die Streichung für unwesentlich. So viel ich Herrn von Giers verstand, nimmt der Kaiser Alexander den Fall als möglich an, daß wir und Österreich, und jetzt sogar Italien als Dritter mit Frankreich im Kriege sein könnten ohne Beteiligung Rußlands, und daß Rußland in dem Falle isoliert und ohne Einwirkung auf den Friedensschluß beiseite bleiben würde. „C'est plutôt une question de convenance que d'intérêt politique", sagte er; die eigentliche Meinung wird mir nur verständlich sein, wenn ich das Aktenstück wieder in Händen habe; von großer Bedeutung kann die vom Kaiser Alexander gewünschte Änderung nicht sein, da Herr von Giers die Bereitwilligkeit, auch ohne dieselbe den Vertrag zu verlängern, schließlich nochmals aussprach.

Ich erlaube mir, Euerer Majestät näher zu berichten, sobald ich die Konvention vom 18. Juni 1881 von Berlin erhalten haben werde. Jedenfalls beweist die Bereitwilligkeit, den Vertrag zu verlängern, und die Initiative, die Herr von Giers dafür ergriff, die Aufrichtigkeit der Absicht, für jetzt Frieden zu halten, da es im andern Falle leicht gewesen wäre, unauffällige Gründe zur Verzögerung resp. Unterlassung des neuen Abschlusses zu finden. Alle von Saburow angedeuteten angeblichen Wünsche Rußlands in bezug auf Verabredungen nach Analogie von Reichstadt und Abmachungen über das Schicksal türkischer Provinzen

---

* Vgl. die folgende Nr.

bei etwaigem Zusammenfallen des türkischen Reiches verwies Herr von Giers in das Gebiet der unpraktischen Fabeln. Er war über den Zeitpunkt seiner Rückkehr noch nicht sicher, wünschte aber, daß die Vollziehung unserer neuen Konvention bis dahin, daß er selbst die Geschäfte wieder in den Händen habe, ausgesetzt bleibe; er nahm die Zeit von Mitte Dezember bis Mitte Januar dafür in Aussicht.

Ich erlaube mir ehrfurchtsvoll hinzuzufügen, daß der Gesamteindruck, den ich von meinem Besuche behalten habe, ein günstiger und im Sinne der friedlichen Intentionen Rußlands sehr beruhigender war, und daß Herr von Giers seiner Sache und seiner geschäftlichen Zukunft mehr als früher selbst sicher zu sein schien.

Nr. 612

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Abschrift

Nr. VII
Geheim

Friedrichsruh, den 19. November 1883
[abgegangen am 20. November]

Im Anschlusse an die Übersendung einer Abschrift meines geheimen Berichtes an Seine Majestät den Kaiser vom 16. d. Mts.* bemerke ich zu Ew. Durchlaucht Benutzung bei Besprechungen mit dem Grafen Kálnoky noch Nachstehendes:

Nach derjenigen Sicherheit, mit welcher Herr von Giers unter Bezugnahme auf unmittelbare Befehle seines Kaisers sich aussprach, teile ich die in Ihrem chiffrierten Telegramm vom 18. d. Mts. Nr. 1 ausgedrückte Besorgnis des Grafen Kálnoky nicht, daß die guten Dispositionen des russischen Ministers bis dahin durchkreuzt werden könnten. Ich glaube vielmehr, daß wir nicht mit ministeriellen, sondern mit Intentionen des Kaisers selbst zu tun haben, und daß die Auffassung dieses Herrn sehr raschen Schwenkungen nicht unterliegt, derselbe vielmehr in einer langsamen, aber stetigen Bewegung in unser gemeinsames Fahrwasser begriffen ist. Ich schreibe hierbei der Abneigung des Kaisers gegen Entschließungen von großer Tragweite und dem monarchischen Instinkte, welcher ihm sagt, daß die Kriegshetzer keine Stützen seines Thrones sind, einen wesentlichen Anteil zu. Aus diesem Grunde habe ich Herrn von Giers gegenüber die Bedeutung unseres Bündnisses als Bollwerk gegen revolutionäre Gefahren besonders akzentuiert.

Nachdem ich den Text unserer geheimen Verabredung vom 18. Juni 1881 ** vor Augen habe, bin ich nicht zweifelhaft, daß sich der in meinem

---

* Siehe Nr. 611.
** Siehe Kap. XIV, Nr. 532.

geheimen Immediatbericht erwähnte Wunsch des Kaisers Alexander auf das letzte Alinea des Artikels I bezieht, welches mit den Worten beginnt: „Pour le cas spécial" usw. Herr von Giers machte geltend, daß dieser cas spécial durch die Bestimmung des ersten Alineas von Artikel I unter allen Umständen vollkommen gedeckt bleibe, da, auch wenn zwei der Kontrahenten gegen dritte Mächte in Krieg gerieten, der Fall „où l'une des Parties contractantes se trouverait en guerre" jederzeit noch vorliegt. Den Gedanken, daß im Falle, wo zwei der drei Kaisermächte gemeinsam Krieg führten, es der dritten unbenommen bleiben sollte, auch gegen ihre beiden Bundesgenossen Partei zu ergreifen, halte ich für unmöglich, und im Hinblick auf die ganze Tendenz der Konvention für ein Absurdum. Sonst könnte man ihn leicht eliminieren durch einen Zusatz hinter die Schlußworte des Alinea 3 Artikel I pour la troisième: „à moins qu'elle ne préfère se joindre à l'action des deux autres". Ich halte aber die Streichung des ganzen letzten Absatzes für unbedenklich, um so mehr, als Rußland nicht soviel Gewicht auf dieselbe legt, um davon die Prolongation abhängig zu machen. Das Wichtigste ist immer, daß ein Vertrag dieser Tendenz überhaupt zwischen den drei Mächten existiert. Er bildet immer einen Kitt zwischen ihnen und ermangelt niemals einer mildernden Rückwirkung auf ihre etwaigen Friktionen. Den Wortlaut so zu verklausulieren, daß böser Wille gar keine Fuge darin fände, in welcher sich unehrliche Vorwände zum Vertragsbruch anbringen ließen, ist sprachlich nicht ausführbar.

Mit erheblicher Bitterkeit sprach sich Herr von Giers in der Ew. Durchlaucht bereits anderweit bekannten Richtung gegen den Fürsten von Bulgarien aus. Jeden Versuch der Fusion mit Ostrumelien bezeichnete er als verfrüht und als bedenklich wegen der Unabsehbarkeit der Folgen.

Zu Ew. Durchlaucht persönlicher Kenntnisnahme erwähne ich noch, daß Herr von Giers keine Gelegenheit unbenutzt ließ, um seinem Vertrauen und dem persönlichen Wohlwollen des Kaisers Alexander für den Grafen Kálnoky Ausdruck zu geben, daß er aber den Eindruck, welchen die Verhandlungen in den Delegationen bei den Russen gemacht hätten, als einen ungünstigen und aufregenden schilderte. Er meinte, daß solche Urteile über die innere Lage Rußlands und über die Motive, welche seinen Kaiser zu einer friedliebenden Politik bestimmen könnten und müßten, wenn sie von den höchsten Organen eines befreundeten Landes an amtlicher Stelle ausgesprochen würden, doch notwendig böses Blut machen müßten. Ich kann Herrn von Giers darin nicht ganz Unrecht geben; es lag in jenen Äußerungen die Andeutung, daß Rußland teils durch innere Schwäche und Unsicherheit, teils aus Furcht vor der Stärke unseres Bündnisses mehr, wie aus Liebe zum Frieden, den letzteren erhalten werde. Ich bitte Ew. Durchlaucht, dieser meiner Ansicht dem Grafen Kálnoky gegenüber keinen Aus-

druck zu geben, da ich sonst demselben Fehler verfallen würde, welchen Herr von Giers dem Grafen vorwirft, dem der unberechtigten Kritik einer befreundeten Regierung. Daß Herr von Giers darüber geklagt hat, daß diese Vorgänge ihm seine Friedenspolitik in Rußland erschwerten, können Ew. Durchlaucht aber gelegentlich in schonender Weise andeuten, jedoch mit dem Zusatze, daß Herr von Giers selbst sich dadurch nicht beirrt fühlt, sondern die Schwierigkeiten der parlamentarischen Behandlung der auswärtigen Politik eines großen Landes vollkommen würdigt.

Ich habe im ganzen den beruhigenden Eindruck, daß, wenn der Kaiser Alexander irgendeinem feindlichen Zukunftsgedanken Raum gäbe, er sich dessen Ausführung nicht durch die Unterschrift eines Abkommens von der Art unsers geheimen Vertrages erschweren würde, welches doch immer ohne einen mehr oder weniger zweifellosen Vertragsbruch nicht aus der Welt geschafft werden könnte. Daß Herr von Giers die Verhandlungen in der Hand behalten will, hat seinen berechtigten Grund darin, daß er fürchtet, andere Leute würden dieselben während seiner Abwesenheit mit weniger Liebe zur Sache bearbeiten.

v. Bismarck

## Nr. 613

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. IX  
Geheim

Wien, den 20. Dezember 1883

Fürst Lobanow hat dem Grafen Kálnoky mitgeteilt, er habe mit Herrn von Giers von der bevorstehenden Erneuerung unseres Vertrages vom 18. Juni 1881 gesprochen; da dieser Minister indessen diese Verhandlungen nach seiner Rückkehr nach St. Petersburg selbst leiten wolle, so habe er ihm keine Aufträge erteilt.

Es handle sich, so hat der Botschafter geäußert, nur darum, den alten Vertrag mit geringen Modifikationen zu erneuern. Als solche hat er die Euerer Durchlaucht bekannte Streichung des 3. Alineas des Artikel I* angegeben und diesen Wunsch in derselben Weise motiviert, wie dies der russische Minister Euerer Durchlaucht gegenüber getan hat.

Graf Kálnoky hat sich nicht auf eine Diskussion dieses ihm heute noch unverständlichen russischen Wunsches eingelassen, sondern nur gesagt, er werde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn er die Ver-

* Siehe den Text des Vertrages vom 18. Juni 1881. Nr. 532. Vgl. Nr. 611 und 612.

sicherung erhielte, daß durch die Streichung dieses Alinea nichts an dem Sinne des ersten Alinea desselben Artikels verändert würde.

Wenn nun auch Fürst Lobanow die entschiedenste Zusicherung gegeben hat, daß sich dies von selbst verstände, so scheint mir Graf Kálnoky doch nicht abgeneigt, wenn erst die Verhandlungen beginnen werden, eine förmliche Erklärung in diesem Sinne von Rußland zu verlangen.

Als ein ferneres Desiderium des russischen Kabinetts hat der Botschafter eine Abänderung über die Dauer des Vertrags genannt. Herr von Giers fände, man solle letzteren auf sechs Jahre abschließen. Drei Jahre wären zu kurz, um ein wirklich dauerndes Verhältnis anzubahnen, und zu schnell vorüber, um eine Sicherheit, wie sie von allen Kontrahenten angestrebt würde, herzustellen.

Graf Kálnoky ist nicht[1] abgeneigt, auf diesen Wunsch einzugehen, wenn anders Euere Durchlaucht hiermit einverstanden sein sollten. Er hält die russischerseits vorgebrachten Motive für nicht unbegründet und würde schon vor drei Jahren gewünscht haben, daß man die Vertragsdauer auf längere Zeit bemessen hätte[2].

Der Minister bat mich, Euerer Durchlaucht von diesen Mitteilungen des russischen Botschafters Kenntnis zu geben. H. VII. P. Reuß

---

Bemerkung des Staatssekretärs Grafen von Hatzfeldt am Kopf des Schriftstücks:
Giers will auf 6 Jahr verlängern

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Ich auch nicht; bei S[eine]r M[ajestät] zu befürworten.

[2] wir auch, aber Oest[er]r[eich] wollte nicht.

## Nr. 614

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. X — Wien, den 28. Dezember 1883
Geheim

Den Auftrag, welchen Euere Durchlaucht mir mündlich in Friedrichsruh hochgeneigtest erteilt haben, habe ich nach meiner Rückkehr hierher sofort ausgeführt und den Grafen Kálnoky in Euerer Durchlaucht Namen gebeten,

1. zu prüfen, ob nicht aus dem Text der verschiedenen Verträge, welche wir gemeinsam mit Rußland, Italien und Rumänien abgeschlossen haben, es sich ergeben könnte, daß Verpflichtungen aus dem einen mit denen aus dem anderen in Widerspruch geraten könnten,

2. ihn zu fragen, ob und was wir dem Petersburger Kabinett mit Zustimmung Italiens über den italienischen Vertrag etwa mitteilen könnten.

Graf Kálnoky, der sich die Beantwortung dieser Fragen bis nach einem gründlichen Studium jener Verträge und erfolgtem Vortrag bei seinem Kaiser vorbehalten hatte, war heute in der Lage, mir nachstehende Auskunft zu erteilen:

Mit Beziehung auf den ersten Punkt glaubt er, daß, was den rumänischen Vertrag betrifft, sich keine Kollision zeigen werde, weil, wie Euere Durchlaucht ebenfalls schon bemerkt haben, der Kontrahent keine Großmacht ist.

Auch im italienischen Vertrag will der österreichisch-ungarische Herr Minister keine Schwierigkeit entdecken, da der casus foederis eines Angriffs zweier Großmächte auf Italien, von denen die eine Rußland sein könnte, uns nicht außerstande sehen würde, unsere Vertragspflichten gegen Rußland und Italien zu erfüllen; der italienische Vertrag ebenso wie der russische verpflichte uns nur zur neutralité bienveillante, so weit nicht Frankreich beteiligt ist.

Auf den zweiten Punkt antwortete mir Graf Kálnoky, daß er nicht dafür sein würde, den Russen über unseren italienischen Vertrag mehr mitzuteilen, als was Euere Durchlaucht dem russischen Minister des Auswärtigen über den konservativen allgemeinen Sinn desselben bereits mündlich gesagt haben; und zwar aus folgenden Gründen:

Eine derartige Mitteilung würde zur Folge haben, oder würde nur so geschehen können, daß man bei der Erneuerung unseres Vertrages mit Rußland Italien mit in denselben hineinzöge, also aus einer Tripel- eine Quadrupelallianz machen würde. Wir würden hierdurch aber die ganze Basis, die unserem Vertragssystem zugrunde liegt, verrücken.

Dieses System habe jetzt zur Basis, Rußlands sich wenigstens zeitweis zu versichern, andererseits sich aber für einen, immerhin nicht durchaus unwahrscheinlichen Angriff Rußlands auf die beiden verbündeten Zentralmächte sicherzustellen. Letztere, durch den italienischen Vertrag erreichte Sicherung aufzugeben[1], würde er für gewagt halten. Denn, wenn auch die augenblicklichen Dispositionen Rußlands durchaus friedliche wären, und wenn man auch keinen Zweifel in die ehrlichen Absichten des Kaisers Alexander setzen könnte und wollte, so wären die Verhältnisse in Rußland doch nicht der Art, daß wir uns mit vollkommener Seelenruhe dem Vertrauen in die Zukunft[2] hingeben könnten. Wo sei da eine Garantie für die Zukunft, wenn, wie es im vorigen Sommer der Fall gewesen, sich die Beziehungen zu Rußland ohne jede ernste Veranlassung so zugespitzt hätten, daß man einen Konflikt fast vor Augen gesehen hätte? Eine feste Hand fehle leider dort ebensosehr wie das Interesse an den Geschäften. Der Kaiser wisse ja nicht einmal, daß die Kavallerie in Polen vermehrt

worden sei. Und andererseits treibe dieses Reich doch höchstwahrscheinlich inneren Umwälzungen entgegen, durch welche die heute maßgebenden Personen und die ehrlich gemeinten friedlichen Gesinnungen über Nacht hinweggespült werden könnten[3].

Unter solchen Verhältnissen nur auf diese eine Karte zu setzen und das ganze System auf die sichere Freundschaft Rußlands zu bauen, sei nicht möglich. Deshalb würde es besser sein, die Verträge so zu lassen wie sie sind[4]. Unser Vertrag mit Rußland sei gut, weil er uns bei dem augenblicklichen guten Willen der dortigen Regierung für einige Zeit Ruhe schaffe, und er, der Minister, teile Euerer Durchlaucht Ansicht, daß es hier heiße: Zeit gewonnen, alles gewonnen[5].

Zweitens scheint es dem Minister nicht geraten, den italienischen Staatsmännern, die doch eigentlich nur Dilettanten sind, zuzumuten, sich in ein neues Vertragsverhältnis hineinzudenken[6]. Sie würden gewiß nichts dagegen haben, wenn wir an Rußland den italienischen Vertrag mitteilten[7], im Gegenteil ihre Eitelkeit würde dadurch nur noch mehr geschmeichelt werden, aber vor lauter Glück über ihre Zuziehung zu einer Quadrupelallianz würden sie platzen und eventuell Torheiten begehen.

Vorstehendes sei, setzte der Minister hinzu, auch die Auffassung seines Kaisers. pp.

H. VII. P. Reuß

---

Bemerkung des Staatssekretärs Grafen von Hatzfeldt am Kopf des Schriftstücks: Seine Majestät auf Vortrag ganz einverstanden. 7./1. 84. P. H.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck auf einer auszugsweisen Abschrift des Berichtes:

[1] Ist nicht die Absicht
[2] gewiß nicht
[3] gewiß möglich
[4] auch meine Meinung
[5] das würde auch so bleiben, wenn der neue Vertrag à 4 statt à 3 geschlossen würde; so gut wie unser Vertrag à 2 mit Oest[er]reich unberührt durch den à 3 mit Rußl[an]d fortbestehn kann, so gut könnte auch der à 3 mit Italien unberührt durch einen à 4 mit Rußland fortlaufend bestehn
[6] das würde ihnen nicht schwer werden; sie müssen nur von dem alten nichts wissen u[nd] Rußland den Text des unsrigen mit Italien nicht kennen.
[7] das wäre nicht meine Absicht, u[nd] ihre Eitelkeit würde noch mehr geschmeichelt durch einen Quadrupel-Vertrag. Das einzige Bedenkliche wäre nur, daß sie möglicher Weise Geschmack an der Beziehung zu Rußland gewinnen, u[nd] im Verhältniß à 4 eine Brücke zu späterem pas de deux finden könnte[n]. Dieser Gefahr gegenüber steht der Vortheil der Vereinfachung der Combination durch Existenz eines unter allen 4 eingestandenen Vertrages. Ich glaube allerdings nicht, daß Rußland darauf eingehn würde, weil dem am meisten an der Geheimhaltung liegt, die durch Italien gefährdet sein würde.
Ich möchte immer Gr[a]f K[álnoky]'s Meinung über die Frage hören.

Nr. 615

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. I
Geheim

Wien, den 21. Januar 1884

In den Unterredungen, die Herr von Giers hier mit Seiner Majestät dem Kaiser von Osterreich und dem Grafen Kálnoky gehabt*, hat sich derselbe in befriedigender Weise und ganz in demselben Sinne geäußert, wie er dies Seiner Majestät dem Kaiser und König, unserem allergnädigsten Herrn, und Euerer Durchlaucht gegenüber getan hat; die entschiedensten Versicherungen, daß der Kaiser Alexander nur den Frieden wolle, daß er den größten Wert auf die guten Beziehungen zu den benachbarten beiden Kaiserreichen lege, und daß er deshalb auch die Erneuerung unseres geheimen Vertrages von 1881 dringend wünsche.

In der Audienz beim Kaiser hat höchstderselbe von den russischen militärischen Maßregeln gesprochen, die bis zum vergangenen Herbst russischerseits an unseren und den Grenzen Österreichs getroffen worden sind, und gesagt, daß es ihm unfaßlich gewesen wäre, wie man in Rußland habe glauben können, er werde es angreifen. Er sei sich keiner Handlung bewußt, die zu einer solchen Annahme hätte Veranlassung geben können. Wenn man in Rußland Festungen und Eisenbahnen baue, so könne niemand etwas dagegen haben. In Österreich geschehe ein gleiches. Anders verhalte es sich aber mit den großen Truppenanhäufungen in Polen, die um so weniger motiviert gewesen, als österreichischerseits nicht ein Soldat über den Friedensetat hinaus nach Galizien geschickt worden sei. Er hoffe, daß sich der Kaiser Alexander nunmehr von seinen friedfertigen Intentionen überzeugt haben werde, so wie er selbst das größte Vertrauen in die friedliebenden und freundschaftlichen Absichten dieses Monarchen setzte.

Herr von Giers hat nicht versucht, jene Maßregeln abzuleugnen, sondern hat nur mit denjenigen Argumenten geantwortet, mit denen er dieselben seinerzeit Euerer Durchlaucht gegenüber motiviert hat, und versichert, das seien nunmehr überstandene Dinge, und denke niemand mehr daran, noch fernere militärische Vorbereitungen zu machen. Übrigens habe der Kriegsminister Wannowsky in Berlin die Ehre gehabt, Seiner Majestät dem Kaiser persönlich solche beruhigende Versicherungen zu geben.

Was den Kaiser Franz Joseph einigermaßen frappiert hat, war das Bestreben des russischen Ministers, den General Obrutschew in Schutz zu nehmen und dessen kriegerische Pläne in Abrede zu stellen.

* Giers weilte vom 19. bis 21. Januar in Wien.

Auf eine Besprechung der bulgarischen Verhältnisse ist der Minister nicht eingegangen; aber hatten Seine Majestät, wie mir Graf Kálnoky versichert, im großen und ganzen einen sehr befriedigenden Eindruck von seinem Gespräch mit demselben.

Graf Kálnoky teilt diesen Eindruck; nur war ihm eine gewisse Nervosität aufgefallen, die sich bei eingehender Besprechung der Vertragserneuerung bei dem russischen Staatsmann gezeigt hat. Als er von dem ihm seitens des Fürsten Lobanow mitgeteilten Wunsch des Herrn von Giers gesprochen hat, diesen Vertrag auf sechs Jahre zu verlängern, hat Herr von Giers nicht recht darauf eingehen wollen und hingeworfen, dies sei seine eigene Idee gewesen, von der er nicht einmal wisse, ob sein Kaiser sie billigen werde. Höchstderselbe habe früher beim Abschluß des ersten Vertrags mehr Sympathie für eine kürzere Vertragsdauer gezeigt, weil er der Ansicht gewesen, daß man sich erst in dies Verhältnis einleben müsse, bevor man es verlängere; jedenfalls müsse er vorerst die Befehle seines Kaiserlichen Herrn einholen, bevor er sich aussprechen könne. Übrigens sei die Regelung dieses und anderer Details ja Sache der eigentlichen Verhandlungen, zu denen wir ja noch mehrere Monate Zeit hätten, und die doch noch nicht sofort beginnen könnten.

Auch bei Besprechung einiger anderer Punkte hat der russische Minister Unschlüssigkeit und Unsicherheit gezeigt, so daß Fürst Lobanow, welcher bei dieser Unterredung zugegen war und Graf Kálnokys Erstaunen bemerkt hat, sich veranlaßt sah, letzterem nachher folgende Aufschlüsse über diese sonderbare Stimmung zu geben.

Herr von Giers habe hier Nachrichten aus Petersburg erhalten, welche ihn persönlich sehr beunruhigten. Herr von Saburow setze nämlich alle Hebel in Bewegung, um das Vertrauen, welches der Kaiser Alexander in ihn setzte, zu untergraben. Der Kaiser habe ihn in einer 1½stündigen Audienz angehört, und es sei sicher, daß Herr von Saburow bei ihm für eine der Politik des Herrn von Giers entgegengesetzte Richtung plädiere. Letzterer, so habe der Botschafter hinzugesetzt, sei durch diese Nachrichten ganz niedergedrückt; man müsse alles tun, um seinen Mut aufzurichten, aber auch, um das Übel in St. Petersburg zu bekämpfen. Der Botschafter scheint nicht übel Lust zu haben, den Minister dorthin zu begleiten oder doch wenigstens ihm bald zu folgen, weil er ihm[1] dort nützlich sein zu können glaubt, und ihm nicht genug Energie zuzutrauen scheint, den Sturm allein zu bekämpfen.

Graf Kálnoky hat den Plan gebilligt.

Bei dieser Gelegenheit hat Fürst Lobanow den Gedanken angeregt, der dem Grafen Kálnoky sehr einleuchtet, ob es nicht ratsam sein würde, die bevorstehenden Verhandlungen nach Petersburg zu verlegen[2]. Saburow habe sich, wie Fürst Lobanow glaubt, nur

aus dem Grunde ausbedungen, einige Monate länger in Berlin zu bleiben, um jene Unterhandlungen selbst zu führen, dies sei namentlich nach den neuesten Erfahrungen und auch nach den Eröffnungen desselben vom letzten Sommer sehr bedenklich[3]. Mir gegenüber sprach Fürst Lobanow ebenfalls die Ansicht aus, daß dieser Botschafter sicher Schwierigkeiten in eine gute Sache bringen würde, die eigentlich schon so gut wie abgemacht sei. Wenn daher Euere Durchlaucht nicht ein besonderes Gewicht darauf legten[4], diese Verhandlungen persönlich in der Hand zu behalten, würde Graf Kálnoky empfehlen, dieselben Herrn von Giers zu überlassen.

Noch ein anderer Grund ließe ihn, den Grafen Kálnoky, wünschen, Herrn von Saburow von diesen Verhandlungen fernzuhalten.

Wie Euere Durchlaucht wüßten, habe er, Graf Kálnoky, nie recht begreifen können, was Herr von Giers mit der Streichung des 3. Alinea des Artikel I* eigentlich bezwecke.

In seiner gestrigen Unterredung, wo er demselben in dieser Richtung allerhand naive Fragen getan, hätte es sich allmählich gezeigt, daß Saburow seine Regierung darauf aufmerksam gemacht habe, wie das Fortbestehen dieses Alinea der russischen Politik bedenkliche Fesseln anlegte. Dieser Botschafter habe in seiner Berichterstattung als Fundamentalartikel stets die Behauptung aufgestellt, Euere Durchlaucht warteten nur auf einen möglichst günstigen Moment, um Frankreich den Krieg zu erklären[5]. Dieser Moment würde kommen, wenn sich die Dinge in Frankreich der Wiederherstellung der Monarchie zuneigen sollten. Eine solche könne die deutsche Politik nicht vertragen[6], und würde man deshalb dann gegen Frankreich losschlagen[7]. In einem solchen Krieg, an dem Österreich-Ungarn teilnehmen müßte, würde sich aber für Rußland Gelegenheit bieten, seine Stellung in Europa wieder zu befestigen, indem es beim Friedensschluß sein Wort mit in die Wagschale werfe. Das 3. Alinea verhindere dies, deshalb müsse dasselbe fallen.

Der Kaiser Alexander sei nicht unempfänglich für dieses Raisonnement gewesen, und daher habe Herr von Giers die Streichung jenes Alinea als eine „question de convenance pour l'Empereur" bezeichnet[8].

Übrigens hat der russische Minister auch hier wieder versichert, wenn auch dieses Alinea des Artikel I gestrichen würde, so bliebe die Bedeutung des ersten Alinea ungeschwächt bestehen.

Graf Kálnoky hat sich vorläufig hiermit zufrieden gegeben und hat im Hinblick auf die augenblicklichen Präokkupationen des Ministers nicht weiter insistieren wollen, um so weniger, als dieser auf die eigentlichen Verhandlungen verwiesen hat, die bestimmt wären, alle diese Punkte zu regeln. Er ist aber in dem Gefühl bestärkt worden, welches er mir gleich anfangs ausgesprochen hatte, daß sich

* Siehe Nr. 613. Vgl. Nr. 611 und Nr. 612.

die Russen von einer Fessel losmachen wollen, die ihnen dereinst vielleicht drückend erscheinen könnte. H. VII. P. Reuß

Bemerkung des Staatssekretärs Grafen von Hatzfeldt am Kopf einer Abschrift des Berichts:

Seiner M[ajestät] vorgetragen und Allerhöchstderselbe mit Seiner Durchlaucht einverstanden. 23./1. P. H.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Oder sich?
[2] kein Bedenken; wenn die Russen darin eine Satisfaction finden, so sollten wir sie ihnen gönnen, wenn nur die Sache geschieht.
[3] ja
[4] nein Pet[e]rsb[ur]g[er] B[otschaft] tel[egraphieren]
[5] Unsinn
[6] doch
[7] lächerlich
[8] gleichgültig

## Nr. 616

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. I — Berlin, den 26. Januar 1884
Geheim — [abgegangen am 28. Januar]

Ew. beehre ich mich, einen geheimen Bericht des Prinzen Reuß vom 21. d. Mts.* hiermit in Abschrift zu übersenden.

Über die darin angeregte Frage, an welchem Orte die Verhandlungen über Verlängerung des geheimen Vertrages am zweckmäßigsten zu führen wären, kennen Ew. die Ansicht des Herrn Reichskanzlers schon aus seinem Telegramm aus Friedrichsruh vom 24. d. Mts. Wenn die Russen in der Verlegung der Verhandlungen nach Petersburg eine Satisfaktion finden, so können wir ihnen dieselbe gönnen.

Zu der Erwähnung, daß der Fürst Lobanow nicht üble Lust zu haben scheine, dem Minister von Giers bald nach Petersburg zu folgen, weil er ihm dort nützlich sein zu können glaube, äußert der Reichskanzler, wie schon in dem Erlaß vom 19. Nov. v. Js.** die Vermutung, daß der russische Botschafter dort vielleicht andere, nämlich eigne Zwecke zu verfolgen hätte.

Über das dritte Alinea des Artikel I des geheimen Vertrages wiederholt der Fürst Bismarck die früher geäußerte Ansicht, daß die Streichung des Alinea gleichgültig sei. (Vergl. Erlaß vom 19. November v. J. Nr. VII). Der Hintergedanke, den wir nach der Insinuation des Herrn von Saburow bei diesem Alinea haben sollten, existiere nicht

* Siehe Nr. 615.
** Siehe Nr. 612.

und würde absurd sein. Er, der Herr Reichskanzler, sei von verschiedenen Seiten, sowohl von dynastischer als von amtlicher und geschäftlicher, sondiert worden, wie wir uns zu einer Restauration der Orléans verhalten würden. Er habe darauf erwidert,

> wir hätten weder für noch wider die Restauration einen Wunsch und würden uns überhaupt über die innere Entwicklung Frankreichs niemals aussprechen, noch weniger uns in dieselbe mischen. Wenn es dem französischen Volke beliebte, sich irgendeine Monarchie zu wählen, so würden wir abwarten, ob dieselbe mit uns Krieg anfangen würde; unsererseits würden wir nur fechten, wenn wir angegriffen würden*.

Von einigen Seiten sei diese seine Antwort als Zustimmung aufgefaßt worden, aber mit Unrecht, es habe nur der Ausdruck der absoluten Enthaltsamkeit darin gelegen. Der Gedanke, daß wir wegen der innern Gestaltung Frankreichs Krieg führen sollten, sei ein unrichtiger, und solange er Minister sei, ein unmöglicher. Wir würden unter einer Restauration den Frieden für uns weniger gesichert halten, aber diese Ansicht würde auf unser Tun ohne Einfluß sein; unter keinen Umständen würden wir uns in die innern Angelegenheiten Frankreichs einmischen.

Der Herr Reichskanzler wünscht, daß Ew. sich im Sinne des Vorstehenden gelegentlich vertraulich zu Herrn von Giers aussprechen wollen.

P. Hatzfeldt

## Nr. 617

## Der Legationsrat Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Petersburg,** an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

St. Petersburg, den 27. Januar 1884

Gestern nahm mich Schweinitz mit zu Giers, welcher überfloß vor angenehmen Erinnerungen an seinen Friedrichsruher Aufenthalt***: er bat mich, Dir das mit seinen besten Empfehlungen zu sagen. Ich ließ die beiden Exzellenzen nach wenigen Minuten zu einer Unterredung allein, deren Analyse von mir eben mundiert ist und zugleich mit diesen Zeilen abgeht.

Heute besuchte mich Giers liebenswürdigerweise selbst, sprach zuerst wieder, wie gestern, von seinem Besuch bei Dir, und wie dankbar er für die Offenheit sei, mit der Du zu ihm gesprochen. Er be-

---

* Siehe Kap. XX, Nr. 676.

** Graf Herbert von Bismarck war im Januar 1884 mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte des ersten Sekretärs bei der Botschaft in Petersburg beauftragt worden.

*** Vgl. S. 302, Fußnote.

rührte dann das Botschafterrevirement, und sagte, er habe es mit dem Kaiser noch nicht nach allen Seiten festgesetzt: Personenfragen seien stets die unangenehmsten und schwierigsten. Was mit Saburow wird, steht also noch nicht fest. Giers hat die Absicht, Mohrenheim nach Paris zu bringen, weil dieser, wie er sagt, nach London nicht passe. Ob das gelingt, wird von der Kaiserin abhängen, hinter die sich Mohrenheim gesteckt hat: er will, wie die meisten, die einmal in London Fuß gefaßt haben, nicht von dort fort. Ich denke mir, Giers wird Saburow nicht gern ganz fallen lassen wollen, denn letzterer schwenkt dann sicher zur Ignatiewschen Seite hinüber, und kann unbequem werden, wenn er den Inhalt des geheimen Vertrages — der, wie jede Abmachung mit Österreich, bei den Panslawisten höchst unpopulär sein würde — transpirieren läßt. Giers sagte über Saburow: „Wir sind ihm zu großem Danke für seine erste Tätigkeit in Berlin verpflichtet; er hat die Sache wieder ins Geleise gebracht. Jetzt geht alles aber von selbst, und da kann so ein unruhiger Geist, dem Stillesitzen unmöglich ist, nur Unheil anrichten". Giers war in rosigster Laune; er muß seines Herrn also sicher sein. Seit er voller Minister ist, liegt ihm mehr an seiner Stellung, wie früher, wo er sie gern für eine Botschaft umgetauscht hätte. Jetzt will er sich aber nicht verdrängen lassen.

Als Giers gegangen war, besuchte mich sein Neffe prince Kantacuzen, der mein Kollege in London war, und den Giers von dort nach Montreux hat kommen lassen, um ihn dann hierher mitzunehmen. Dieser hat wahrscheinlich in Wien von den Saburowschen Intrigen gehört, über die wir telegraphisch vom Auswärtigen Amt informiert wurden. Er sprach mit großer Bitterkeit von Saburow, den er für den schlimmsten Intriganten gegen seinen Onkel Giers, und aus diesem Grunde für indirekt gefährlich für unsere bonne entente erklärte. Außerdem löge er rücksichtslos. Im Herbst 1879 sei er von Kissingen, wo er Dich gesehen*, nach Livadia gekommen, und habe Alexander II. gesagt, Du habest erklärt, Saburow wäre der einzige, der als russischer Botschafter persona grata in Berlin sein würde: daraufhin sei er ernannt.

An sich fände ich hieran soviel nicht; die Mitteilung spiegelt nur den Haß der Giersschen Familie — oder besser das Mißtrauen — gegen Saburow wider. Kantacuzen sprach sich noch viel enthusiastischer für unser Zusammengehen aus, als sein reservierter Onkel Giers: er schob die ganzen Mißverständnisse und Verstimmungen, die zwischen uns so überflüssiger und unberechtigter — (von Rußland zu sprechen) — Weise aufgetaucht wären, auf drei Gründe: auf den Leichtsinn (légèreté) — um nicht mehr zu sagen — seines Großonkels Gortschakow, auf das in den letzten Jahren immer stärker hervortretende Cäsarengefühl Alexanders II. und auf Miljutin. Letzteren erklärt er einfach für einen

* Vgl. Kap. XIII, Nr. 461, S. 54.

Verräter an seinem Herrn, der ihm seinerseits, unglücklicherweise von Miljutins geschickter Art verblendet, vollständig getraut hätte; Miloutine „voulait la guerre pour renverser le trône“. Ich konnte nur beistimmen, und meinen Wunsch ausdrücken, daß alle Russen so klar sehen möchten. —

Ich habe noch wiederholt unseren Dolgoruki* gesehen und immer mehr die Überzeugung gewonnen, daß er ein höchst nützliches Element und zuverlässig ist. Er hat beim Kaiser eine viel größere Stellung als ich glaubte, was allein schon daraus hervorgeht, daß er genau über alle Secreta orientiert ist — über manches vielleicht besser noch wie Giers. Dabei sprechen zwei Sachen für ihn: er ist ältester Sohn eines der reichsten Besitzer in Rußland, hat also zu verlieren, und hat einen gesunden Ehrgeiz. Nützlich nenne ich ihn, weil er einer der wenigen ist, die eine entente à trois verfechten und zur Basis der Politik nehmen wollen. Mit uns allein, à deux, würden sich jetzt hier die meisten — wenn nicht alle — bereitwilligst auf die weitgehendsten Abmachungen einlassen, aber eben unter Preisgabe oder auf Kosten Österreichs. Lignitz** erzählte mir, er habe kürzlich mit Offizieren von der Chevalier Garde und anderen Regimentern, die er seit lange kennte, gekneipt, und dabei hätten diese gesagt, Prag und Konstantinopel müßten die Ziele der russischen Politik sein. Wenn solchen erhitzten Wahnsinnsausbrüchen, welche jahrelange panslawistische Agitationen in unklaren Köpfen zeitigen können, auch nicht viel Gewicht beizulegen sein mag, so lassen sie doch den Wunsch rege werden, Berater um den Kaiser zu sehen, die ihn bewegen, derartige Ideen im Keim zu reprimieren und sein Heil mehr und mehr in der entente à trois zu suchen. — Giers sagte mir heute, „diese panslawistischen Revolutionäre sind unsere Feinde so gut, wie Ihre: Wir wollen aber gegen die Revolution stehen, und deshalb engste Anlehnung an die stärkste Monarchie der Welt, an Deutschland, suchen. Wir können nur mit Monarchien rechnen; es wäre Selbstmord für uns, sich mit einer Bande wie Grévy, Clémenceau, Floquet et toutes ces canailles einzulassen“.

Dolgoruki sagte mir, sein nächstes Ziel sei jetzt, eine Zusammenkunft zwischen den Kaisern Alexander und Franz Joseph zustande zu bringen: er hält dies für um so leichter ausführbar, als er behauptete zu wissen, daß die Österreicher nicht darauf beständen, daß diese Begegnung — wie es sich nach dem Regierungsalter der Souveräne eigentlich gehörte — auf österreichischem Gebiete stattfände. Dies würde die Sache für den Kaiser Alexander schwieriger gemacht haben. „Die Anregung“ — sagte Dolgoruki — „muß durch den Botschafter erfolgen, für Giers ist es schwieriger; allerdings weiß ich nicht, ob Wolkenstein*** es richtig einfädeln würde; vielleicht spricht mein Kaiser

* Fürst Dolgoruki, russischer Militärbevollmächtigter in Berlin.
** Oberstleutnant von Lignitz, deutscher Militärattaché in Petersburg.
*** Graf Wolkenstein, österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.

mit Schweinitz oder mit Ihnen davon; das Beste wäre dann, wenn Ihr Kronprinz, als Erwiderung des Danziger Besuchs*, sich im Namen des Kaisers Wilhelm, dem man keine Reise mehr zumuten kann, an der Zusammenkunft beteiligte, das würde einen gewaltigen Eindruck machen." Dolgoruki reist in acht Tagen nach Berlin, vorher will er noch einmal eingehender mit mir sprechen.

Schweinitz, dem ich Obiges erzählte, sagte, die Schwierigkeit wäre nur, daß der Kaiser Franz Joseph nicht durch Polen reisen oder nach Warschau kommen könne, ohne peinliche polnische Kundgebungen hervorzurufen; ihm schien das Beste, wenn Franz Joseph erst unseren Kaiser in Preußen besuchte, und dann direkt von dort mit dem Kronprinzen zu einer Auerochsenjagd vom russischen Kaiser nach Bialystok geladen würde.

Du wirst Dolgoruki ja später in Berlin sehen: ich glaube, er würde sehr empfänglich dafür sein, wenn Du mit ihm Politik au sérieux sprächest: mit Orlow steht er sich sehr gut, und wenn dieser auch, wie Giers sagt, in vier bis sechs Wochen nach Berlin kommen sollte**, würde darin kein Hindernis liegen.

Saburow ist die bête noire von Dolgoruki. Er sagte, „Es ist noch gar nicht sicher, ob Saburow nicht einfach zur Disposition gestellt wird: ich fände das am besten, dann könnte Peter Schuwalow*** Botschafter in Paris werden". Ob dies Dolgorukis eigene Idee war, oder ob der Kaiser ähnlich denkt, kann ich nicht sagen. Heute hatte Dolgoruki wieder eine lange Audienz beim Kaiser.

(gez.) Herbert

Nr. 618

## Der Legationsrat Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Petersburg, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Auszug in Abschrift

St. Petersburg, den 30. Januar 1884

pp. Heute besuchte ich Graf Adlerberg†: er ist ganz weiß geworden, hat aber noch das alte kluge und wohlwollende Auge und sieht sehr rüstig aus. Er sprach mir wirklich mit Rührung und Anhänglichkeit von seinen früheren Beziehungen zu Dir, die er bis zur Frankfurter Zeit auf Darmstadt zurückdatierte. Seine Äußerungen über die hiesigen Verhältnisse und unser gegenseitiges waren so klar und durchdacht

---

* Am 9. September 1881 hatte Alexander III. dem Deutschen Kaiser einen Besuch in Danzig abgestattet.

** Der bisherige russische Botschafter in Paris, Fürst Orlow, war zum Botschafter in Berlin ausersehen.

*** Graf Peter Schuwalow, 1874—79 Botschafter in London.

† Unter Alexander II. Minister des Kaiserlichen Hauses.

und praktisch, daß man sein Fernsein von der Leitung der hiesigen Politik nur aufrichtig bedauern kann. Von dem Kaiser sprach er mit Respekt und Anerkennung: er bedauerte, daß derselbe im Anfange seiner Regierung schlecht beraten gewesen sei; immerhin habe das aber seine Erfahrung gereift, und wenn man bedenke, unter welchen schrecklichen Verhältnissen er den Thron bestiegen hätte, so könne man an den Beginn der Regierung nicht den gewöhnlichen Maßstab anlegen. Der Kaiser sei als Monarch noch jung, er habe aber besonders in Beziehung auf die auswärtige Politik klare Ziele, und mit jedem Tage erlerne er die Kunst des Regierens besser. Was Graf Adlerberg beklagte, war, daß man der hiesigen Presse jahrelang hätte die Zügel schießen lassen und sich ihr gegenüber der autokratischen Gewalt nicht bedient hätte. „Der Kaiser kann sich heute noch dieselbe Stellung im Lande schaffen, die sein Großvater Nikolaus hatte, wenn er die nötige Energie besäße. Die Presse und einige Reden hitzköpfiger Generale sind neben Gortschakows Nullität in seinen letzten Jahren an allen unseren malentendus Schuld gewesen: ich habe nie einen Grund für die Existenz der letzteren gesehen. Von einer öffentlichen Meinung, ihrer Strömung und ihrem Einfluß bei uns zu sprechen, ist einfach lächerlich, selbst die losgelassene Presse hat bei uns keinen Einfluß, wenn man ihn nicht künstlich haben will. C'est tout au plus une centaine de criards qui font du tapage dans les journaux pour mieux les vendre.“ Als die Rede auf Ignatiew und Obrutschew kam, wollte Adlerberg auch diesen keinen Hintergrund zuerkennen: ersterer stände in der Luft, und würde zusammenbrechen, wenn der Souverän dies nur wollen würde. Letzteren erklärt er für einen Phantasten und Theoretiker, der gar nicht das Zeug zu großen Stellungen habe, und außerdem beim Kaiser keineswegs persona grata sei. (Von anderer Seite höre ich, daß Obrutschew ein tüchtiger Organisator, unermüdlicher Arbeiter, aber keineswegs Weltmann sei: nach der französischen Seite wird er hauptsächlich durch seine Frau gehetzt, die ein Verhältnis mit dem zweiten hiesigen französischen Militärattaché hat. Graf Adlerbergs eigene Meinung resümierte sich dahin, daß man Besserung von der Zeit erwarten müsse, die dem Kaiser mehr Selbständigkeit des Urteils und mehr Entschlossenheit geben würde. Ein vorzügliches Element sei Giers, der beim Kaiser bombenfest stände. Vom vorigen Kaiser sprechend, sagte er, dieser habe, ebenso wie er selbst, stets die Konsolidation Deutschlands gewünscht, weil in dessen Allianz allein das Heil für Rußland liege. Eine Allianz zwischen Rußland und Frankreich sei politisch unnatürlich, nicht nur mit der Republik, sondern sei es schon zu Zeiten des Empire's gewesen: er könne sich keinen russischen Staatsmann denken, der sie ernstlich für möglich halten könnte.

Interessant war mir, daß Graf Adlerberg betreffs des Kongresses*

* Gemeint ist der Berliner Kongreß von 1878.

sagte, Rußland könne mit dessen Resultat sehr zufrieden sein: es habe auf demselben mehr erlangt, als er von vornherein für möglich gehalten hätte, man hätte sogar für weniger dankbar sein müssen: Das wäre auch der Eindruck des vorigen Kaisers damals gewesen, und der Passus in jüngst publizierten angeblichen Memoiren von Gortschakow, daß dieser, und demnächst der Kaiser den Kongreß für ein schwarzes Blatt in Rußlands Geschichte erklärt hätten, sei einfach erlogen; seiner Ansicht nach sei mit dieser Publikation auch Gortschakow ein schlechter Dienst erwiesen worden, „grâce à votre père nous avons obtenu beaucoup plus que nous pouvions espérer". Graf Adlerberg ist wirklich sehr klug und liebenswürdig, er sprach, wie es sich so in der Konversation von selber macht, und ich habe Obiges daraus kondensiert.

Von Schuwalow höre ich, daß er in etwa sechs Wochen hier erwartet wird. pp.

## Nr. 619

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. III
Geheim

St. Petersburg, den 1. Februar 1884

Fürst Kantacuzen teilte dem Grafen Bismarck gestern abend augenscheinlich auf Veranlassung seines Onkels, des Ministers von Giers, im strengsten Vertrauen mit, daß letzterer momentan dem Sturmlaufen Saburows mehr denn je ausgesetzt sei. Saburow sende, seit er wieder in Berlin sei, unermüdlich Berichte und Promemorias ein, welche darauf hinausliefen, nachzuweisen, daß bei Erneuerung des geheimen Vertrages mit dem Artikel I Frankreich an Deutschland preisgegeben sein würde. Euere Durchlaucht warteten nur auf die Vertragserneuerung, um demnächst über Frankreich herzufallen[1]. Saburow wisse, daß Herr von Giers, der den Kaiser gewöhnlich nur einmal wöchentlich sehe, alle seine Einsendungen vorlege, und wende deshalb die ihm zu Gebote stehende Schlauheit mit der äußersten Anspannung an, um beim Kaiser Mißtrauen zu erwecken. Herr von Giers habe keinen Zweifel, daß er gegen Saburow siegreich bleiben würde; sein bestes Argument dem Kaiser gegenüber sei, daß er Euerer Durchlaucht vollständig vertraue, und daß der Angriff auf Frankreich innerhalb der letzten drei Jahre erfolgt sein würde, wenn Euere Durchlaucht ihn wirklich planten.

Herr von Giers werde dem Kaiser morgen Vortrag halten, und sei nach den letzten Vorkommnissen fest entschlossen, sich Saburows Versetzung nach Paris bestimmt zu widersetzen: letztere würde also, solange Giers am Ruder sei, nicht stattfinden.

Fürst Kantacuzen sagte, Herr von Giers lege besonders Gewicht darauf, daß Euere Durchlaucht über Saburows Intrigen genau unter-

richtet seien. Vor einigen Tagen äußerte er zu Graf Bismarck, der schlimmste Feind seines Onkels Giers sei Saburow, „le protégé du chancelier“ *; wenn ihm auch nachgewiesen wurde, daß dieser Ausdruck unzutreffend sei, so besorgt Herr von Giers vielleicht doch[2], daß Euere Durchlaucht eine günstigere Meinung von Saburow haben, als dieser verdient.

Fürst Kantacuzen versicherte, auf den Fürsten Lobanow könne Herr von Giers sich vollständig verlassen: derselbe verachte Saburow, was der Kaiser übrigens auch tue. Fürst Lobanow habe vor Giers' Ernennung auf das Ministerium für sich gerechnet, dem Kaiser aber schließlich gesagt, es sei bonnet blanc oder blanc bonnet, wen er nehme, und wenn Giers in Frage käme, sei dieser wegen seiner Geschäftserfahrung besser. Herr von Giers und Fürst Lobanow seien intim befreundet, und letzterer wäre nur bedacht, ersteren zu stützen.

Betreffs des Botschafterrevirements bemerkte Fürst Kantacuzen noch, die Pariser Botschaft sei die unwichtigste, solange Rußland mit uns so stände, wie jetzt. Dies hätte Mohrenheim ** gefühlt, der neben anderen Infirmitäten auch die der Eitelkeit besäße, und an die Königin von Dänemark geschrieben, ihm zum Verbleiben in London behülflich zu sein: auf diesem Wege sei die Kaiserin dafür interessiert worden: das mache aber jetzt nichts aus, denn der Kaiser Alexander werde Giers' bestimmter und begründeter Forderung, Saburow von Paris fernzuhalten, nicht widersprechen. v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Warum?!
[2] mit Unrecht

Nr. 620

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. IV St. Petersburg, den 1. Februar 1884
Geheim

Während der ersten Tage nach seiner Rückkehr war Herr von Giers durch Audienzen und durch den Empfang der neuen Botschafter von Frankreich und Italien sowie der anderen hier akkreditierten Diplomaten, und durch Arbeiten im Ministerium so in Anspruch genommen, daß für längere Gespräche mit mir wenig Zeit blieb.

Indessen konnte er mir doch am Mittwoch den 30. v. Mts. erzählen, er habe an dem Dienstagvortrag Seiner Majestät berichtet, daß Euere Durchlaucht keinen Wert darauf legen, die Verhandlungen in Berlin zu

* D. h. Bismarcks.
** Baron von Mohrenheim, russischer Botschafter in London; im April nach Paris versetzt.

führen*. Der Kaiser Alexander hat hiervon mit Befriedigung Kenntnis genommen und den Minister ermächtigt, mit mir zu verhandeln. Herr von Giers hat erwidert, er sei glücklich durch diesen Beweis allerhöchsten Vertrauens, bäte aber, die Ankunft des Fürsten Orlow abwarten zu dürfen; Seine Majestät ist hierauf eingegangen.

Herr von Giers verschwieg mir nicht, daß er an diese Angelegenheit nicht gern allein, sondern lieber mit Fürst Orlow herantreten möchte: „l'Empereur a des velléités" sagte er; im ganzen zweifelt er nicht, daß alles gut und schnell gehen werde; den Gang der Verhandlungen denkt er sich folgendermaßen: Verständigung mit mir, Mitteilung durch mich nach Berlin, Weitergabe von dort nach Wien, Bevollmächtigung des österreichisch-ungarischen Botschafters am hiesigen Hofe und Unterzeichnung hierselbst.

Dem Wunsche des Herrn Ministers entsprechend, begab ich mich heute schon um 11 Uhr morgens zu ihm; ich war mittlerweile durch den hohen geheimen Erlaß Nr. I vom 26. v. Mts.** instand gesetzt worden, ihm die Stellung darzulegen, welche meine hohe Regierung zu der inneren Entwickelung Frankreichs einnimmt. Rückhaltlos sprach mir Herr von Giers seine Freude über diese Mitteilung aus; dies sei genau dasjenige, was er brauche, und grade jetzt vom höchsten Werte für ihn; er verhehlte mir nicht, daß Herr von Saburow unausgesetzt bestrebt sei, den Kaiser Alexander zu überzeugen, daß durch Erneuerung des unveränderten Abkommens Frankreich uns und der Vernichtung preisgegeben werde; er — Herr von Giers — sei nun instand gesetzt, bei dem ausnahmsweise für morgen anberaumten Vortrage seinem erhabenen Souverän zu beweisen, daß Deutschland keiner Regierung, die sich in Frankreich etwa konstituieren könnte, aggressiv entgegentreten wolle, vorausgesetzt, daß dieselbe unter der Fahne des Friedens auftrete.

Der Herr Minister kam dann wieder auf die velléités zu sprechen, deren er vorgestern Erwähnung getan hatte; dieselben haben nicht ausschließlich in den Saburowschen Einflüsterungen ihren Grund; auch Herr von Nelidow trägt dazu bei, indem er den Zustand der Türkei in düsteren Farben darstellt und deren Verfall als schnell herannahend bezeichnet; die ägyptischen Gefahren werden außerdem durch Herrn Hitrowo, den Generalkonsul in Kairo, als sehr drohende geschildert; unter dem Eindruck solcher Nachrichten hat Seine Majestät gefragt, ob es nicht besser sei, das Abkommen nur für die Dauer eines Jahres zu verlängern. Diese mich überraschende Äußerung behandelte ich als eine garnicht ernst zu nehmende, sondern überließ es Herrn von Giers selbst, den Gedanken als einen vom Kaiser nur so hingeworfenen augenblicklichen Einfall zu bezeichnen. Aber ganz im Einklange hiermit stand es, als der Minister mir dann sagte, er halte es nach reiflicher Überlegung für besser, wenn der erneuerte Vertrag nicht hier, sondern analog dem jetzt

* Vgl. S. 312, 314.
** Siehe Nr. 616.

bestehenden in Berlin unterzeichnet würde; die Hauptsache sei ja doch, daß man die Verhandlungen hier führe; er leugnete nicht, daß er gern den echt russischen Namen des Fürsten Orlow unter dem Instrument sehen würde, und er hofft, grade zu diesem Zwecke den Personenwechsel* beschleunigen zu können[1].

Was nun die Versetzung des Baron Mohrenheim nach Paris betrifft, so versichert mir Herr von Giers, er habe diesen Diplomaten bei dessen Anwesenheit in Montreux überzeugt, daß er darin eine besondere Auszeichnung zu erblicken und Vorteile für sich und seine Familie zu erwarten habe. Herr von Mohrenheim sei jetzt nicht nur bereit, London mit Paris zu vertauschen, sondern er wünsche diesen Wechsel; Herr von Giers gibt sich demnach der Hoffnung hin, daß derselbe sich bald vollziehen werde; er hat Seine Majestät den Kaiser jetzt wieder daran erinnert, daß die Initiative von allerhöchstihm ausgegangen sei, daß er zuerst und ganz aus eigenem Antriebe die Bestimmung Fürst Orlows für Berlin angeregt habe.

Der Fürst wurde gestern vergeblich hier erwartet und soll heute oder morgen kommen.

Bei dem heutigen Gespräch konnte Fürst Lobanow nicht unerwähnt bleiben; Herr von Giers erschöpfte sich in Lobeserhebungen desselben und der Art, in welcher er ihm in Wien die Wege geebnet habe; er versicherte mir, daß er unbegrenztes Vertrauen in ihn setze, seine politischen Ansichten für ganz identisch mit den eigenen halte und auch von seinen Fähigkeiten eine hohe Meinung hege, wenn er auch zuweilen, wie z. B. bei den Besprechungen der beabsichtigten Kaiserbegegnung zu viel „zèle“ entwickele.

Fürst Lobanow wünsche vor Ablauf des Karnevals nach Petersburg zu kommen, lediglich um seine vielen Freunde noch hier versammelt zu finden, ehe der Hof nach Gatschina zurückgeht.

v. Schweinitz

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Auch gut

Nr. 621

## Der Legationsrat Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Petersburg, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Auszug in Abschrift

St. Petersburg, den 1. Februar 1884

Meinem letzten Briefe über die Entrevue mit Adlerberg** wollte ich noch hinzufügen, daß ich dessen Beurteilung Obrutschews mit Lignitz besprochen habe: dieser meint, daß Adlerberg irre und Obru-

* Fürst Orlow wurde an Stelle Saburows am 21. März zum Botschafter in Berlin ernannt.
** Siehe Nr. 618.

tschew unterschätze: letzterer sei einer der wenigen arbeitsamen, zielbewußten Slawen, und klüger, als man annehme: sein Schweigen und seine Bescheidenheit seien berechnete Masken. Lignitz ist überzeugt, daß Obrutschew von Frankreich bezahlt wird: die Frau Obrutschew hat Grundbesitz bei Cognac in Frankreich, und pekuniäre Transaktionen lassen sich dort unauffällig herstellen. pp.

Der Äußerung des Kaisers über „einjährige Dauer", der Schweinitz in seinem Bericht erwähnt, ist wohl nicht viel Gewicht beizulegen: der Kaiser ist wie ein bewegliches Rohr, dessen Haupt in ruhigem Wetter stets nach derselben Seite — ich meine nach uns — geneigt ist, der sich aber bei jedem Hauch, den ein sensationeller botschaftlicher Bericht hervorruft, momentan in der Richtung desselben neigt: diese Bewegung wird auf den schwachen Stab, als welchen ich Giers bezeichnen möchte, von dem schwankenden Rohr leicht mit übertragen: es ist meiner Ansicht nach aber nur augenblickliche Wirkung, der keine Bedeutung innewohnt, und wir werden solche Schwankungen wohl noch öfters erleben, ohne daß ein nachhaltiger Einfluß bemerkbar ist. Die bête noire des Kaisers ist die radikale Republik in Frankreich, und vor dieser sucht er instinktiv Anlehnung bei uns. Orlow wird nun ja hoffentlich bald kommen und dem Kaiser die französische Republik aus eigener Anschauung schildern können. (gez.) Herbert

Nr. 622

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Telegramm. Konzept

Nr. 4 Friedrichsruh, den 5. Februar 1884

**Geheim**

Bitte selbst zu dechiffrieren.

Geheimen Bericht Nr. III* erhalten. So lange ich Minister bin, wird ein Angriff Deutschlands auf Frankreich nicht stattfinden. Ich würde zurücktreten, wenn eine so unmotivierte Gewalttat befohlen würde. Saburow hat den letzten Rest meiner guten Meinung durch seine Intrigen und Angriffe auf Giers vollständig eingebüßt. Ich halte seine Ablösung für beiderseitiges Bedürfnis.

Bericht Nr. IV** gelesen. Ich werde bezüglich Ort der Verhandlungen und des Abschlusses jeden russischen Wunsch bei Seiner Majestät und in Wien befürworten. Auch die kürzere Dauer von einem Jahre ist nicht abzulehnen, würde aber in Wien wie in Petersburg selbst vielleicht zu mißtrauischen Vorbereitungen auf den Ablauf des Jahres Anlaß geben. v. Bismarck

* Siehe Nr. 619.
** Siehe Nr. 620.

Nr. 623

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Abschrift

Nr. IV                                        Friedrichsruh, den 5. Februar 1884
Geheim

Auf Ew. Exzellenz geheimen Bericht Nr. IV* bemerke ich noch in Verfolg meines Telegramms Nr. 4**, daß ich den Gedanken, die Dauer des Abkommens auf ein Jahr zu beschränken, nicht für einen glücklichen halte. Wenn Rußland darauf bestehen sollte, so wäre die Erneuerung auf ein Jahr allerdings immer noch besser, wie nichts. Aber die Sache ist nicht mehr res integra. Wäre nie ein Vertrag der Art geschlossen worden, so würde der status quo ante lange Zeit und vielleicht immer haben fortdauern können, ohne für irgendeinen Termin das Aufhören des Friedens möglicher erscheinen zu lassen, als für jeden anderen. Auch wenn eine Verlängerung überhaupt nicht zustande käme, so würde man eben annehmen können, daß einzelne Teile der Verabredung oder das ganze System gegenseitiger Gebundenheit einer der drei Mächte auf die Dauer nicht konveniere. Wenn aber die Übereinstimmung über die Gesamtheit des Inhalts fortdauert, so legt die Reduktion des Termins auf ein Jahr den Gedanken nahe, daß die friedlichen Dispositionen, welche den Vertrag ursprünglich herbeiführten, in das Schwanken geraten sind, um nicht mehr zu sagen. Findet die Verlängerung auf drei Jahre oder fünf Jahre statt, so kann sich jeder Beteiligte sagen, daß in dem Laufe dieser Periode solche Veränderungen in Personen und Situationen eintreten können, für welche die getroffenen Stipulationen nicht mehr passen würden.

Ich habe bei diesen Erwägungen nur Rußland und Österreich im Auge, nicht Deutschland; denn Deutschland hat mit den beiden anderen Kaisermächten so wenige divergierende, konkurrierende, oder Friktionen fördernde Interessen, daß wir einen solchen Vertrag auf ewig, oder doch auf Menschenalter ohne Bedenken abschließen könnten. Unser Bedürfnis ist eben nur Frieden und Verteidigung unseres status quo. Ich würde deshalb eine Verlängerung auf mehr wie ein Jahr empfehlen; die Verlängerung auf nur ein Jahr macht immer den Eindruck, als wenn man schon jetzt bestimmte Wendungen in Aussicht nähme, die den Frieden in Frage stellen könnten.

Die vorstehenden Betrachtungen verhindern indessen nicht, wie ich wiederhole, daß, wenn von Rußland ein Mehreres nicht zu erreichen wäre, auch die Verlängerung auf ein Jahr zu akzeptieren sein würde.

(gez.) v. Bismarck

---

* Siehe Nr. 620.
** Siehe Nr. 622.

## Nr. 624

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. V St. Petersburg, den 5. Februar 1884
Geheim

In meinem gehorsamsten Berichte Nr. IV* vom 1. d. Mts. hatte ich bereits die Befriedigung hervorgehoben, mit der Herr von Giers meine nach Maßgabe des hohen Erlasses Nr. I vom 26. v. Mts.** gemachte Mitteilung über Euerer Durchlaucht Stellung zu den innern französischen Zuständen entgegengenommen hatte. Fürst Kantacuzen hat nun gestern geäußert, Herr von Giers habe durch Vortrag dieser Mitteilung beim Kaiser Alexander den vortrefflichsten Eindruck erzielt: seine ganze Arbeit sei ihm dadurch erleichtert, und der Kaiser über diesen Punkt vollständig beruhigt. Fürst Kantacuzen bemerkte dabei, der Kaiser Alexander fühle mitunter eine gewisse Unsicherheit über die Politik Euerer Durchlaucht, weil deren Überlegenheit ihm imponiere, und er seinen Staatsmännern nicht die Fähigkeit, sie zu durchschauen, zutraue.

Sobald dem Kaiser in einer solchen Situation aber ein verbürgter Ausspruch Euerer Durchlaucht gemeldet würde, halte er sich nur an diesen und gebe keinem Zweifel oder Mißtrauen mehr Raum. So sei es auch in dem vorliegenden Falle gegangen. Es sei höchst bemerkenswert, welch einen unerschütterlichen Glauben in das Wort Euerer Durchlaucht der Kaiser habe; es gelte ihm mehr als die Versicherungen aller andern Politiker zusammengenommen. Die Stärke der Stellung des Herrn von Giers beruhe zum großen Teil auf der Überzeugung, daß Euere Durchlaucht diesem Minister Vertrauen beweisen, und daß Seine Majestät sicher sei, durch ihn Euerer Durchlaucht Äußerungen authentisch zu erfahren. v. Schweinitz

## Nr. 625

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 St. Petersburg, den 10. Februar 1884
Geheim

Kaiser Alexander hat Herrn von Giers mit Unterschrift ermächtigt, auf Grund meiner mit letzterem gepflogenen Verhandlungen eine Ver-

* Siehe Nr. 620.
** Siehe Nr. 616.

ständigung der Kaiserhöfe über folgende drei Punkte des geheimen Vertrags zu beantragen:

Erstens Weglassung des dritten Satzes im ersten Artikel.

Zweitens, im zweiten Artikel Ersetzung der Worte „Europäische Türkei“ durch „genannte Halbinsel“.

Drittens, Erneuerung des Vertrags auf drei Jahre.

Gleichlautend nach Friedrichsruh telegraphiert.

Schweinitz

Nr. 626

## Der Legationsrat Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Petersburg, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Auszug in Abschrift

St. Petersburg, den 12. Februar 1884

Der heutige Feldjäger hat zwar nicht viel mitzunehmen, wir schicken ihn aber doch, um Dir den schon telegraphisch gemeldeten Wortlaut der Giersschen Eröffnung, der wohl nach Wien mitgeteilt werden wird, tale quale zu übermitteln; an der einzigen Neuerung „Balkanhalbinsel“ statt „Türkei“ wird man sich in Wien wohl nicht stoßen.

So darf man die Sache wohl als abgemacht ansehen: Giers ist glücklich darüber, und der Kaiser soll auch in rosigster Laune sein; ersterer erzählte sehr drastisch, daß er, als der Kaiser auf seinen Wunsch das Skriptum paraphiert habe, sich unwillkürlich bekreuzigt hätte; der Kaiser habe zuerst etwas erstaunt gefragt: „was machst Du da?“, und als er geantwortet: „Majestät, ich danke Gott für diesen segensreichen Akt“, habe ihm der Kaiser sehr freundlich die Hand gereicht.

Gestern abend hatte ich ein großes Dîner in dem prachtvollen Hause des alten Stieglitz*, bei dem Orlow zwischen Giers und mir saß. Orlow hat den Wunsch, jetzt bald nach Berlin zu gehen, und Giers begegnet sich mit ihm darin. Von Saburow und seinem jüngsten Verhalten sprechend, meinte Orlow, es sei bei diesem im Kopfe nicht ganz richtig: Geisteskrankheiten sollen in Saburows Familie vorkommen; soviel ich gehört, sind Geschwister von ihm damit behaftet. Von anderer Seite wurde mir erzählt, Saburow hätte hier Demarschen gemacht, um seine Tanagrasammlung zu verkaufen, und zugleich geschrieben, seine Berliner Etablierung habe viel Geld gekostet und ihn pekuniär zurückgebracht. Giers hat hierin einen Wink gesehen und will dem Kaiser Alexander die Gewährung eines Geldgeschenkes an Saburow vorschlagen.

---

* Baron Ludwig von Stieglitz, Begründer und Inhaber eines bedeutenden Bank- und Handelshauses in Petersburg.

Nach dem Dîner sprach Giers noch ganz lange mit mir: er rühmte sich, daß er schon unmittelbar nach dem Krimkriege, als er Missionschef in Bukarest gewesen, für unser Zusammengehen gewirkt und seine Ansicht nie geändert habe. „Die Sache liegt auch so einfach"; — fuhr er fort — „Rußlands Interessen werden in der Hauptsache nur durch zwei Fragen berührt:

1. durch den Orient, und da ist Deutschland die einzige Macht, mit der wir niemals rivalisierende Interessen haben können. 2. durch Polen, wo wir geradezu auf Preußen angewiesen sind. Diejenigen, welche in ihrem Unverstande für eine russisch-französische Allianz schwärmen, werden sich immer an der polnischen Schwierigkeit stoßen. Das Interesse für die Polen ist in Frankreich in breiten Volksschichten zu tief eingewurzelt: Selbst der Kaiser Napoleon, der seinerseits nach dem Krimkriege intime Beziehungen zu uns zu haben wünschte und dafür hier den fruchtbarsten Boden fand, hat nicht umhin gekonnt, sich 1863 auf die polnische Seite zu stellen: um wieviel eher müssen wir dies von einer republikanischen Regierung in Frankreich erwarten, wenn wir wieder Ähnliches erleben sollten. Auf Österreich ist in der polnischen Frage für uns auch kein Verlaß, seitdem es sich die Entwickelung und Herausbildung seiner verschiedenen Nationalitäten zur Aufgabe gestellt hat: mit dieser Macht müssen wir uns überhaupt darauf beschränken, in friedlicher Nachbarschaft und Duldung zu leben; dies wird, so viel an mir liegt, immer geschehen; wirklich intim und dauernd verbündet können wir aber nur mit Deutschland sein."

Der Ton des letzten Satzes ist es, dem ich in mehr oder weniger vollen Akkorden hier fast bei allen Unterhaltungen vertraulicher Natur zuzuhören habe: Neues werde ich Dir damit nicht sagen. Die Hauptsache ist, daß der Wunsch, auch mit Österreich Frieden zu halten, beim Kaiser Alexander und seinem nächsten Berater *jetzt* ein ernsthafter und aufrichtiger ist. Auch im intimen gesellschaftlichen Verkehr begegne ich vielfach der Auffassung, daß die innere Politik und deren Handhabung weit wichtiger sei und mehr Interesse biete, als das Spielen mit Kombinationen bezüglich des Auswärtigen. In der hiesigen Presse und bei den panslawistischen Schreiern kommt dies bisher allerdings noch nicht zum Ausdruck: die Leute, die das beklagen und sich auch offen für schärfere Zügelung der Presse aussprechen, bemerken dabei gewöhnlich seufzend: wenn man den Zeitungen nicht erlaubt, innere Verhältnisse zu besprechen, so muß man ihnen etwas Latitüde nach außen lassen; sie haben sonst ihren Lesern gar zu wenig zu bieten.

Herr von Giers sagte mir, ihm sei in London ein ruhiger und etwas stumpfer Mann, wie Uexküll*, gerade jetzt erwünscht; Rußland stände sich mit England sehr gut, und von Politik wäre zwischen hier und

* Russischer Botschafter in Rom.

London kaum die Rede: um dies Verhältnis dauern zu lassen, müsse man vor allem das Wort „Zentralasien" gar nicht erwähnen; Englands Aufmerksamkeit sei momentan von dort ganz abgezogen.

(gez.) Herbert

Nr. 627

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. VIII St. Petersburg, den 19. Februar 1884
Geheim

Durch hohen geheimen Erlaß Nr. V vom 15. d. Mts. habe ich Abschrift des geheimen Berichts Nr. III des Prinzen Reuß vom 10. Februar zu erhalten die Ehre gehabt. Aus demselben entnehme ich, daß Graf Kálnoky sowohl den Charakter als auch die Stellung des Herrn von Giers unterschätzt. Diese Auffassung scheint auf Annahmen zu beruhen, welche mit der Wirklichkeit nicht ganz übereinstimmen, und zu deren Richtigstellung ich Nachstehendes ganz gehorsamst anzuführen mich beehre:

Der Gedanke, den Vertrag auf nur ein Jahr* zu verlängern, ist vom Minister des Äußern weder ausgegangen, noch von ihm mir gegenüber verfochten worden; Herr von Giers führte ihn an „als velléité de l'Empereur", hervorgerufen durch alarmierende Berichte aus Konstantinopel und Kairo.

Wenn Herr von Giers in Wien keine Verständigung über die Erneuerung des Vertrages suchte, so hatte dies seinen Grund in dem Wunsche, sich erst mit uns zu einigen, nicht aber in seiner durch Nachrichten aus St. Petersburg hervorgebrachten Nervosität.

Es scheint, daß in den ersten Gesprächen, welche der österreichisch-ungarische Minister mit dem russischen führte, auf beiden Seiten einige Befangenheit herrschte; wenigstens glaubte Herr von Giers eine solche bei Graf Kálnoky wahrzunehmen, erzeugt durch das Bewußtsein, daß seine Erklärungen an die Delegation der russischen Regierung eine Demütigung zugefügt haben; ähnlich war es, als die Rede auf Serbien kam, und Graf Kálnoky in liebenswürdiger Weise eingestand, daß man diesmal unrecht getan habe, indem man der Beschuldigung, russische Agenten hätten den serbischen Aufstand unterstützt, Glauben schenkte.

Die Saburowschen Intrigen, welche ich ziemlich genau verfolgen konnte, haben nicht die Bedeutung gehabt, welche man ihnen in Wien beimißt; ich glaube nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß der Be-

* Vgl. Nr. 620 und 623.

gleiter des russischen Ministers, Fürst Kantacuzen, welchen ich seit langer Zeit als einen reizbaren Menschen kenne, durch sein Interesse an der Stellung seines Onkels Giers und durch den Wunsch, Herrn von Saburow zu beseitigen, bewogen wurde, die von letzterem drohende Gefahr als größer zu schildern, wie dies in dem von Herrn Vlangaly* an den Minister nach Wien gerichteten Briefe geschah. Daß Herr von Giers nach zweimonatlicher Abwesenheit und in dem Gefühl, durch seinen Besuch in Wien manche russische Empfindlichkeit zu verletzen, mit noch weniger Sicherheit auftrat, wie gewöhnlich, ist erklärlich; es fehlt ihm an Aplomb, aber nicht an Überzeugungstreue. Wie schwer es für ihn ist, den geschäftlichen Verkehr mit seinem hohen Herrn frei von dessen plötzlichen Eingriffen zu halten, dafür liefert die in meinem Bericht Nr. 40 vom 18. d. Mts. erzählte Geschichte des Telegramms aus Aschabat einen neuen Beweis; in solcher Nachgiebigkeit möchte ich nicht einen Mangel an Charakter erblicken; ich finde vielmehr bei diesem Minister, mit dem ich seit acht Jahren zusammen arbeite, moralischen Mut, welchen er häufig dem Hofe und der Presse gegenüber betätigt hat.

Was nun die Stärke seiner Stellung betrifft, so beruht dieselbe freilich nicht auf eigener Kraft, persönlicher Überlegenheit oder gesellschaftlichem Prestige; sie ruht auf zwei Säulen, deren eine der Kaiser Alexander, die andere die Deutsche Regierung ist; aber gerade jetzt scheint sie besonders gefestigt zu sein. „Es ist mir gelungen", sagte Herr von Giers gestern, „die beiden Bedenken, welche man bei meinem Souverän gegen die Vertragserneuerung hervorgerufen hatte, zu beseitigen: das erste, Ihre vermeintliche Absicht, Frankreich zu zertrümmern, durch die Eröffnungen, welche Sie mir im Auftrage Ihrer Regierung gemacht haben**, das zweite, nämlich, daß Österreich sofort Bosnien annektieren würde, durch ein soeben eingelaufenes Wiener Telegramm. Ich hatte, wie Sie wissen, den Fürsten Lobanow von dem Ergebnis unserer Verhandlungen in Kenntnis gesetzt und erhielt sogleich die zustimmende Antwort des Wiener Kabinetts. In einem zweiten Telegramm hatte ich den Botschafter beauftragt, nur mündlich den Grafen Kálnoky an das Gespräch zu erinnern, in welchem sich unsere auf Erhaltung des status quo gerichteten Wünsche begegneten. Jetzt erhalte ich vom Fürsten die meine Erwartungen übertreffende Antwort, daß sich Graf Kálnoky unserer Unterhaltung nicht nur gern erinnere, sondern dieselbe in einem an Graf Wolkenstein zu richtenden Erlasse rekapitulieren werde; diese Depesche solle der Botschafter mir nicht nur vorlesen, sondern mir Abschrift davon zurücklassen; „ich habe heute", so schloß der Minister, „einen guten politischen Tag gehabt".

v. Schweinitz

---

* Direktor im russischen Ministerium des Auswärtigen.

** Siehe Nr. 616 und 624.

Nr. 628

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. XI St. Petersburg, 9. März 1884
Geheim

In Ausführung des hohen Erlasses Nr. 134 vom 2. d. Mts. ersuchte ich den russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, mir eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser Alexander zu erwirken, behufs Überreichung eines allerhöchsten Schreibens. Bei dem nächsten Vortrage in Gatschina, am Donnerstag, den 6. cr., brachte Herr von Giers diese Sache zur Sprache, und der Kaiser sagte, er wolle mich nicht durch eine Fahrt nach jenem Schlosse belästigen, sondern werde mich an seinem Geburtstage, den er in der Hauptstadt zubringen wolle, im Anitschkow-Palaste empfangen. Da ich den Herrn Minister ermächtigt hatte, in betreff der Äußerlichkeiten bei der Audienz lediglich die Wünsche Seiner Majestät maßgebend sein zu lassen, so wurde angeordnet, daß ich ganz in derselben Art eingeführt werden sollte, wie ich es beim hochseligen Kaiser gewohnt war.

Als ich heute mittags 2 Uhr im Palais erschien, fand ich zwar den Oberzeremonienmeister Fürsten Dolgoruki dort, der Kaiser ließ denselben aber ersuchen, sich zurückzuziehen; dann wurde ich vom Kammerdiener angemeldet und durch einen schmalen Gang in das geräumige, sehr geschmackvoll eingerichtete Eckzimmer des Anitschkow geführt, in welchem Alexander III., ebenso wie es sein Großvater tat, arbeitet und Vorträge empfängt.

Der Kaiser war im Überrock mit Epauletten, mit dem Georgenorden, nicht den Pour le mérite am Hals: Er fragte mich, warum ich denn mit Band und Helmbusch gekommen sei? Ich entgegnete: des Geburtstages wegen, zu welchem ich Glück wünschte; hierauf überreichte ich das allerhöchste Schreiben und entledigte mich dann des Auftrages, die Glückwünsche Euerer Durchlaucht Seiner Majestät darzubringen; der Kaiser antwortete: „Ich bitte Sie dem Fürsten meinen Dank für seine Gratulation zu übermitteln.“ Nun las mir Seine Majestät das soeben eingegangene Glückwunschtelegramm unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn vor und nötigte mich dann, meinen Helm abzulegen und ihm gegenüber in einem Lehnstuhl Platz zu nehmen.

Das Gespräch wurde nun vom Monarchen mit der Bemerkung eröffnet, daß es ihm zur hohen Befriedigung gereiche, den geheimen Vertrag erneuert zu sehen; er erwarte davon großen Nutzen für „beide Staaten“; es sei sehr erfreulich, daß auf diese Weise die Beziehungen und die Ruhe „beider Staaten“ gesichert seien. Ehe ich noch einwerfen konnte, daß es sich um drei Reiche handele, sagte Seine Majestät, von Österreich spreche er nicht, weil zwischen diesem und Ruß-

land so viele divergierende Interessen beständen. Ich erlaubte mir, zu bemerken, daß grade in bezug auf Österreich und dessen jene Interessen berührende Politik der Vertrag besonders wertvoll sei.

Statt diesen Gedanken aufzunehmen, sagte der Kaiser, er hoffe dringend, daß man das Geheimnis streng wahren werde; „Sie kennen Rußland zu genau, um nicht zu wissen, daß jede Abmachung mit Ihnen gern gesehen werden würde, daß aber das Bekanntwerden eines Abkommens mit Österreich große Unzufriedenheit zur Folge haben müßte".

Ich entgegnete, Seine Majestät könne sich versichert halten, daß wir die bis jetzt gewahrte Diskretion auch fernerhin beobachten würden. pp.

Nachdem die Audienz eine halbe Stunde gedauert hatte, entließ mich Seine Majestät mit gnädigen und sehr freundlichen Worten.

v. Schweinitz

Nr. 629

## Der Legationsrat Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Petersburg, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. XIV — St. Petersburg, den 30. März 1884
Geheim

Gestern abend nach Eingang des Feldjägers hatte ich sofort an Herrn von Giers geschrieben, daß ich versuchen würde, ihn behufs der Übergabe des Schwarzen Adlerordens und des Briefes Euerer Durchlaucht noch an demselben Tage zu Hause zu treffen.

Als ich in das Ministerium kam, wurde ich von Herrn von Giers, der sich gerade von seinen letzten Dinergästen verabschiedete, sehr freundlich empfangen: der Minister erbrach sogleich Euerer Durchlaucht Brief, dessen letzte Worte er mir in besonders befriedigtem Tone laut vorlas; er knüpfte daran die Bemerkung: „auf meine Anzeige von der Verleihung des Schwarzen Adlerordens hat Seine Majestät mir in einem sehr gnädigen Handbillet zu dieser »décoration de souverains« gratuliert"; bei meinem nächsten Vortrage werde ich dieses für mich so schmeichelhafte Schreiben des Fürsten dem Kaiser selbst vorlegen, und ich weiß im voraus, daß er mit besonderer Genugtuung davon Kenntnis nehmen wird". pp.

Nachdem mir Herr von Giers die erfolgte Vertragsunterzeichnung mit dem Hinzufügen mitgeteilt hatte, er wisse allerdings noch nicht, in welcher Form sie erfolgt sei, erzählte er, Herr von Saburow sei am Nachmittage über eine Stunde bei ihm gewesen; der frühere Botschafter sei zu Anfang verlegen und unsicher aufgetreten und habe in gezwungenem Tone gefragt, ob der Minister sehr verstimmt gegen ihn sei, „il m'a demandé si je lui en voulais". „Ich habe ihm geantwortet",

fuhr der Minister fort, „daß mir das sehr fern liege; er habe sich selbst ins Unrecht gesetzt: ich hätte nicht einen Finger aufgehoben, um ihm zu schaden, sondern ihm im Gegenteil den schönen Posten in Rom offeriert, den er ausgeschlagen habe". pp.

Als ich äußerte, Herr von Saburow habe wohl auf sein eigenmächtiges Vorgehen im vergangenen August* angespielt, wo er die Reichstädter Abmachungen in den Vordergrund schob und sich nachher selbst desavouieren mußte, sagte der Minister: „Ja, und ich habe ihm damals schon bewiesen, daß seine Idee, wir wären in unserm Vertrage nicht auf dem Fuße der Gleichheit behandelt, eine irrtümliche sei. Wir können alle zukünftigen Ereignisse weder vorhersehen noch durch Vertragsbestimmungen beeinflussen; meine Politik beschäftigt sich mit der Gegenwart und nicht mit der Zukunft, und außerdem werden wir bei einem Zusammenbruch der Türkei unsere Interessen um so besser wahrnehmen können, je intimer wir mit Deutschland stehen; dies ist das Ziel, das ich erstrebe, und zugleich richte ich meine Bemühungen darauf, Kollisionen mit Österreich-Ungarn vorzubeugen; je enger unsere Freundschaft mit Deutschland und je fester das gegenseitige Vertrauen wird, desto weniger bedürfen wir vertragsmäßiger Festsetzungen, und unsere jetzigen Abmachungen sind ja nur ein Mittel zu jenem Zweck, d. h. zur Konsolidierung des Vertrauens.

Mir persönlich widerstrebt es überdies, eine Liquidation des türkischen Reichs auf Grund der Reichstädter Basis vorzunehmen, solange letzteres noch besteht; ich würde einen derartigen Teilungstraktat für immoral halten und habe das auch meinem Kaiser gesagt. So schlecht es auch in der Türkei aussieht, so kann ich doch nur wünschen, daß der status quo möglichst lange erhalten bleibe, und meine Bemühungen darauf richten. Aus meinem 27jährigen Aufenthalt im Orient kenne ich die dortigen Verhältnisse ziemlich genau und weiß, daß die Völkerschaften desselben noch zu unentwickelt und zu unreif sind, als daß sie auf eigenen Füßen stehen könnten. Für die russische Politik würden also nur Schwierigkeiten entstehen, wenn der türkischen Herrschaft in Europa schon in kurzer Frist ein Ziel gesetzt würde".

Ich möchte hier einschalten, daß Graf Wolkenstein mir vor einigen Tagen, als ich bei ihm aß, einen von Anfang März datierten vertraulichen Bericht des Baron Calice** zu lesen gab, der die düstersten Schilderungen von dem Zustande des Sultans und seines Reichs enthielt, die ich je in einem amtlichen Aktenstück gefunden habe: ich darf annehmen, daß Euere Durchlaucht über die Berichterstattung des Baron Calice aus Wien Informationen erhalten haben. Graf Wolkenstein war entschieden sehr dadurch beeindruckt, daß sein Kollege in Konstantinopel das tür-

---

* Siehe Nr. 605.

** Österreich-ungarischer Botschafter in Konstantinopel.

kische Reich einen toten Körper nennt, dessen innerer Organismus schon in der Verwesung begriffen sei.

Die Berichte, die Herrn von Giers aus dem Orient zugehen, müssen wohl entweder optimistischer gefärbt sein, oder er glaubt nicht daran. Er schloß mit der Bemerkung, daß der Kaiser Alexander seine Auffassungen vollkommen teile, und daß er seines Herrn ganz sicher sei; „la grande force de ma position c'est la confiance que le prince de Bismarck me montre. Auch bei den letzten Verhandlungen waren unsere Interessen in den Händen des Reichskanzlers besser aufgehoben, als in meinen eigenen, denn ich bin fest überzeugt, daß wir ohne seine ausgleichende Einwirkung auf das Wiener Kabinett nicht so schnell zum Abschluß gelangt wären". pp. Graf Bismarck

Nr. 630

## Protokoll über die Verlängerung des Drei-Kaiser-Bündnisses*

Ausfertigung

Leurs Majestés
l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,
l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie,
l'Empereur de toutes les Russies
ayant résolu de prolonger de trois ans la durée du traité conclu entre Elles le 18 Juin 1881 ont nommé à cet effet:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,
le Sieur Othon, Prince de Bismarck, Son Président du Conseil des Ministres, Chancelier de l'Empire,

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie,
le Sieur Emeric, Comte Széchényi, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies,
le Sieur Nicolas, Prince Orloff, Son Aide-de-Camp Général, Général de Cavalerie, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse.

Les dits Plénipotentiaires réunis aujourd'hui au Ministère des affaires étrangères à Berlin, après avoir produit et vérifié leurs pleins-pouvoirs déclarent au nom de leurs Augustes Souverains, que Leurs Majestés sont convenus de prolonger de trois ans à partir du 18 Juin de l'année courante la durée du traité secret conclu entre Elles le 18 Juin 1881 et dont le texte se trouve annexé à ce protocole, après avoir subi les deux modifications suivantes sur lesquelles les Soussignés au nom de leurs Souverains sont tombés d'accord.

* Die österreichisch-ungarische Ausfertigung des Vertrages ist veröffentlicht bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns Bd. I, S. 35 f.

1. Le troisième alinéa du premier article, conçu en ces termes:

»Pour le cas spécial où l'une d'Elles obtiendrait de l'un de Ses deux alliés un concours plus positif, la valeur obligatoire du présent article restera dans toute sa vigueur pour la troisième«

est supprimé.

2. Dans le second alinéa du second article les mots:

»de la Turquie d'Europe«

sont remplacés par les mots:

»de la dite Péninsule«.

Les ratifications du présent Protocole seront échangées à Berlin dans l'espace de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Soussignés ont dressé le présent protocole expédié en trois exemplaires, qu'ils ont revêtus de leurs signatures et des cachets de leurs armes.

Fait à Berlin le vingt-septième jour du mois de mars mil huit cent quatre-vingt et quatre.

(L. S.) v. Bismarck (L. S.) Széchényi (L. S.) Orloff



Kapitel XIX

# Deutsch-Russische Beziehungen 1884
# Entrevue von Skiernewice



## Nr. 631*

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 136 St. Petersburg, den 20./8. Mai 1884

Ganz vertraulich

Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm hat gestern früh mit Seiner Majestät dem Kaiser Alexander und nachmittags mit Herrn von Giers Unterredungen gehabt, deren Inhalt Seine Königliche Hoheit mit mir vorher nicht besprochen hat, über welche mir aber sowohl der Kaiser als auch der Minister gegen Abend Mitteilungen gemacht haben.

Seine Majestät sagten unter anderen: „Tout ce que le Prince m'a dit, m'a énormément plû; er sieht die Dinge ganz richtig an, hat Interesse und Verständnis für alles, und ich bin von der Unterredung, welche ich mit ihm hatte, sehr befriedigt. Ich bin dem Kaiser dankbar für die Aufmerksamkeit, welche er uns durch diese ganz überraschende Sendung erwiesen hat.“ —

Herr von Giers schloß seine Mitteilungen mit den Worten: „Le Prince s'exprime bien; il entre tout à fait dans les idées du Prince de Bismarck; l'Empereur en est extrêmement content. Il doit comprendre, que notre politique actuelle est la bonne“, und fügte er hinzu, „la seule possible“.

v. Schweinitz

## Nr. 632

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 138 St. Petersburg, den 21. Mai 1884

Ganz vertraulich

Bei dem gestrigen Vortrage des Herrn von Giers hat Seine Majestät der Kaiser sehr viel über seine Unterredung mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm gesprochen und zwar ganz in demselben Sinne wie gegen mich, nur viel ausführlicher.

* Nr. 631—634 betreffen die Reise des Prinzen Wilhelm, späteren Kaisers Wilhelm II. an den Zarenhof zur Großjährigkeitserklärung des russischen Thronfolgers Nikolaus und zur Überreichung des Schwarzen Adlerordens an ihn. Prinz Wilhelm traf am 17. Mai 1884 in Petersburg ein, verließ Petersburg am 22. Mai, besuchte dann noch Moskau und kehrte am 26. Mai über Minsk und Eydtkuhnen nach Berlin zurück.

Der Minister hat daran erinnert, daß er in dem Berichte, welchen er nach seinem Besuche in Friedrichsruhe* Seiner Majestät erstattete, über die Auffassung und die Absichten Euerer Durchlaucht genau dasselbe geschrieben hat, was der Prinz jetzt sagt, oder was teilweise schon glücklich verwirklicht ist; der Kaiser hat dies zugegeben; er hat auch den, wie es scheint vom Prinzen klar dargelegten Satz, daß man zu Dreien gegen die Revolution kämpfen müsse, als richtig anerkannt; ferner hat der Kaiser dem Minister erzählt, was der Prinz über Bulgarien gesagt hat, und was vollständig, oft wörtlich mit demjenigen übereinstimmt, was Euere Durchlaucht Herrn von Giers gegenüber ausgesprochen haben. „Schließlich", sagte der Minister, „ist sehr viel von Familienangelegenheiten die Rede gewesen, welche sich natürlich meiner Beurteilung entziehen."

Seine Königliche Hoheit wohnten heute in Gatschina einem militärischen Feste bei, werden morgen die Botschafter von Österreich-Ungarn und Frankreich und den dänischen, jetzt nach Berlin versetzten Gesandten von Vind empfangen, bei Seiner Majestät dem Kaiser zu Mittag speisen und abends nach Moskau fahren.

v. Schweinitz

## Nr. 633

## Der Legationsrat in Petersburg Graf Herbert von Bismarck** an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

St. Petersburg, den 22. Mai 1884

Eben war ich bei Giers, um mich zu verabschieden, und will die 10 Minuten, die mir noch bis zum Abgang des Kuriers bleiben, benutzen, um Dir schnell einige Zeilen zu schreiben.

Giers sagte: „Wer auch immer die Idee gehabt hat[1], Prinz Wilhelm herzuschicken, der kann sich Glück wünschen, und wir können ihm nicht dankbar genug sein. Der Kaiser ist durch und durch von ihm eingenommen, er hat sich mit Liebe und hoher Anerkennung über ihn ausgesprochen. Bei meinem Vortrage kam ich gar nicht zur Geschäftserledigung, der Kaiser sprach immer von Prinz Wilhelm, ich habe ihn noch nie solange hintereinander sprechen hören, er ist sonst sehr wortkarg. Ich habe dem Kaiser gesagt, für mich wäre in allem, was Prinz Wilhelm gesagt hätte, nichts Neues, das hätte mir alles schon der Kanzler in Friedrichsruh gesagt, aber, um nicht zu rosig zu schildern, sei ich im Bewußtsein meiner Verantwortung in meinem damaligen Bericht

* Vgl. Nr. 611, Fußnote, S. 302.

** Vgl. Nr. 617, Fußnote***.

vielleicht etwas zu weit hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben: j'avais un peu baissé la note. Nun konnte nichts Besseres geschehen, als daß der Prinz grade so vertraulich mit dem Kaiser Alexander sprach, der so empfänglich für Offenheit ist, wo er einmal Vertrauen gefaßt hat — und letzteres hat er zum Prinzen in hohem Maße gewonnen. Wie tief der Eindruck seiner Worte auf den Kaiser Alexander war, sehen Sie aus Folgendem: „Vous savez que nous ne portons pas dans notre cœur l'Autriche, il y a trop de pierres d'achoppement et de différences de vues entre nous, surtout pour le polonisme et le catholicisme; l'Empereur n'a pas de sympathie pour les Autrichiens, nous nous n'arrangeons avec eux que pour des raisons politiques. Cependant l'Empereur m'a dit avant-hier »le prince Guillaume s'est très-bien exprimé, il nous faut un lien d'amitié et une entente à trois pour combattre les flots de l'anarchie.« C'est la première fois que l'Empereur a dit »à trois«, habituellement il a toujours dit »à deux« et même accentué l'entente à deux. Voilà un grand triomphe du prince Guillaume, il est arrivé dans deux jours à un point où toute notre diplomatie n'a pas pu amener l'Empereur dans six mois."

Giers war strahlend vor Vergnügen, er sagte: „Vous auriez dû entendre l'Empereur comme il parle de Votre jeune prince et de tout ce que celui-ci lui a dit au compte du prince de Bulgarie."

Ich bin **sehr** froh über dies alles, der Prinz ist ganz vorzüglich.

(gez.) Herbert

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms I.:

[1] Il faut que j'accepte le compliment! W.

Nr. 634

## Der Legationsrat in Petersburg Graf Herbert von Bismarck an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

St. Petersburg, den 24. Mai 1884

Anbei sende ich Dir eine Aufzeichnung, welche ich auf Schweinitzs Wunsch gemacht habe, weil die Äußerungen Pobedonoszews eine Erläuterung zu einem seiner letzten Berichte geben.

Pobedonoszew — der Kultusminister* ist —, war in noch viel erregterer Stimmung, als ich es in der Anlage wiedergegeben habe; ich hatte mich kaum gesetzt, als er schon anfing, gegen Österreichs religiöse Umtriebe loszudonnern. Die Erbitterung gegen das katholische Österreich ist neuerdings wieder so hervorgetreten, weil man hier gemerkt hat, daß die Österreicher bis nach der Ukraine hinein erfolg-

---

* Generalprokurator des heiligen Synods.

reiche Propaganda für das Polentum treiben. Lignitz, der diese Agitation vorsichtig, aber sorgfältig beobachtet, sagt mir, die Österreicher arbeiteten doch ganz geschickt; das Polentum, für das sie werben, ist dem Russentum überlegen. Die Gefahr, die darin bei der Attraktionskraft der ecclesia militans liegen kann, ist für Pobedonoszew und auch für Katkow das größte cauchemar.

Daß diese beiden Obskuranten hier so großen Einfluß besitzen, wird von allen halbwegs vernünftigen Leuten, selbst argen Slawophilen, beklagt. Einmal ist mir von solchen gesagt, eine sich innerhalb fremder Grenzen abspielende religiöse Frage sei doch kein Grund für einen Krieg, und dahin treibe Pobedonoszew schließlich, wissentlich oder unwissentlich; ferner aber ist man besonders unglücklich über den von diesem Paare auf finanziellem Gebiete verfolgten Weg: Katkow, der selbst sehr reich geworden ist durch seine Verbindung mit einigen reichen Moskauern, Fabrikanten und Kaufleuten, wirkt publizistisch ausschließlich im Interesse dieses kleinen egoistischen Kreises und stellt das Axiom auf, Rußland müsse alles fremde Kapital abschieben, sich davon emanzipieren. Dabei ist hier kein Kapital disponibel und die Hülfsquellen des Landes bleiben unentwickelt.

Während ich mit Pobedonoszew noch allein war, ergab es sich von selbst, daß die Rede auf den Thronfolger und seine spätere Verheiratung kam; er sprach sich dabei wieder warm für eine preußische Verbindung aus; er bemerkte, daß man Erwägungen dieser Art nicht früh genug anstellen könne. Gerade bei der jetzigen Reise der Kaiserin nach Deutschland würde ihnen wahrscheinlich schon näher getreten werden; es wäre dies jedenfalls ein Anlaß dazu, denn wegen des erforderlichen Religionswechsels müsse man sich vor der Konfirmation der in Frage kommenden Prinzessin entscheiden. Er erkundigte sich dann genau nach Alter und Namen der Töchter des Kronprinzen und meinte, mit der jüngsten würde es ja sehr gut passen. pp.

Prinz Wilhelm hat hier großen Erfolg gehabt. Schweinitz sagte mir, er habe schon viele Prinzenreisen und -besuche erlebt und mitgemacht, noch nie aber habe eine einen so tiefen Eindruck gemacht; als der vorige Kaiser von Plewna zurückkam, wären die Straßen nicht entfernt so voll und belebt gewesen wie vorgestern, wo unser Prinz mit Alexander III. im offenen [Wagen] zum Bahnhofe fuhr.

(gez.) H. Bismarck

Nr. 635

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Nr. 184
Vertraulich

Ausfertigung

Wien, den 19. Juni 1884

Graf Kálnoky hat mir gestern von einem vertraulichen Bericht gesprochen, den er aus Sofia erhalten hat, und der die äußerst gedrückte

Stimmung schildert, in welcher der Fürst Alexander von seiner europäischen Reise zurückgekommen ist[1].

Der Fürst, so schreibt Baron Biegeleben*, habe allen Mut verloren; nicht nur von russischer Seite wolle man seinen Sturz, sondern, wie er sich persönlich in Berlin habe überzeugen können, auch die Kaiserlich Deutsche Regierung ließe ihn[2] nunmehr fallen[3]; unter solchen Auspizien weiterzuarbeiten, sei unmöglich, und früher oder später werde er gezwungen sein, sich aus Bulgarien zurückzuziehen[4]. Es sei bitter für ihn gewesen, überall nichts wie hartem[5] Tadel zu begegnen, aber gefährlich für seine Stellung sei es, daß sich die Kunde hiervon, vielleicht durch russische Malice[6], auch nach Bulgarien verbreitet habe. In Bulgarien sage man sich, aus der Annäherung Deutschlands an Rußland folge, daß auch Deutschland den Fürsten aufgegeben habe. Der Glaube, daß er dort eine Stütze[7] habe, hätte bis jetzt in Bulgarien bestanden[8], und der Respekt vor Deutschland hätte seine Feinde im Lande noch einigermaßen im Zaum gehalten. Das sei nun auch vorüber, und er sähe trostlos in die Zukunft[9].

Graf Kálnoky ist nun, wie Euerer Durchlaucht bekannt, durchaus nicht der Advokat des Fürsten; er schreibt seinem unklugen Benehmen die Schuld zu, daß sich seine Stellung verschlechtert habe; auch hat er keine Gelegenheit vorübergehen lassen, und auch jüngst noch, um ihm ernste und gute Lehren zu geben. Aber der Minister möchte den Fürsten nicht fallen lassen[10] und würde durchaus nicht wünschen, daß in Bulgarien ein Personenwechsel einträte. Im Interesse Österreich-Ungarns[11] liege die möglichste Aufrechterhaltung des status quo[11] in jenen Ländern. Wer würde auf den Prinzen von Battenberg folgen, wenn dieser sich genötigt sehen sollte abzudanken[12]? Etwa ein Bulgare oder ein russischer General[13]? Er könne und dürfe als österreichischer Minister nicht wünschen, daß allmählich alle diese Länder[14] von russischen Kreaturen regiert würden. Bei der leider nicht wegzuleugnenden üblen Manier der dortigen russischen Organe würde dann ein Konflikt mit Rußland[11] nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen[11]. Er müsse hierbei auch einige Rücksicht auf Ungarn nehmen[15], welches immer mit mißtrauischen Augen alle Gefälligkeiten ansähe, die man von hier aus den Petersburger Wünschen entgegentrage.

Daß er den Fürsten durchaus nicht als ein Muster[16] darstelle, wisse ich, aber er könne ihm doch auch nicht vergessen, daß er der Versuchung, die ihm sehr nahe gelegt worden sei, widerstanden hätte[17], sich ganz an Rußland zu verkaufen. Daß er dies nicht getan, sei die Grundursache der Verstimmung des russischen Hofes gegen ihn[18], und wenn er auch sehr töricht gehandelt und nichts getan hätte, um diese Stimmung wenigstens durch die Beachtung der nötigen Formen abzu-

---

* Österreich-ungarischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Sofia.

schwächen, so müsse man andrerseits auch bedenken, wie niederträchtig er von den russischen Agenten behandelt worden sei[19].

Graf Kálnoky ist ganz mit Euerer Durchlaucht einverstanden, daß weder Deutschland noch Österreich ihre Beziehungen zu Rußland den Interessen des Fürsten Alexander opfern können[20], aber es würde ihm sehr bedenklich erscheinen[21], wenn unsere beiderseitige strenge Haltung gegen ihn fortgesetzt und zur Folge haben würde, daß er sein Amt niederlegte[22]. Er würde es daher nicht für unnütz halten, wenn man ihm wieder etwas mehr Freundlichkeit zeigen wollte[23], um seinen Mut zu beleben. In der augenblicklich schwebenden Frage habe er sich, soviel er es beurteilen könnte, verständig benommen.

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Mit Recht
2 er ist ein trouble fête, u[nd] Streber mit Heirathen
3 ja
4 gut.
5 verdienten
6 Wurst
7 ! warum? es hat ihn nicht eingesetzt, sondern Rußland, wenn er etwas Andres wie russ[ischer] Statthalter sein wollte, so hat er seine Stellung verkannt.
8 Unsinn
9 dann hätte ers
10 warum denn nicht?
11 ?
12 was geht das Oest[er]reich an?
13 vielleicht
14 aber doch Bulgarien
15 wir nicht
16 Polack!
17 das ist sein Mißgriff!
18 natürlich u[nd] berechtigt
19 et après? was macht das für Oest[er]reich u[nd] uns?
20 also
21 mir nicht
22 bon
23 durchaus nicht.

Nr. 636

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 489 Berlin, den 23. Juni 1884

Ew. pp. gefälligen Bericht vom 19. d. Mts. Nr. 184* habe ich empfangen und erlaube mir, Ew. pp. nachstehend einige Erwägungen mitzuteilen, zu denen mir derselbe Anlaß gegeben hat.

---

* Siehe Nr. 635.

Das Einverständnis der drei Kaiserhöfe beruht nach meiner Auffassung auf der Voraussetzung, daß Österreich Rußland in Bulgarien und Rußland Österreich in Bosnien und Serbien freien Spielraum läßt, und daß Serbien gleich Bosnien in der österreichischen, Bulgarien als in der russischen Interessensphäre liegend angesehen werde. Deshalb wundert mich der lebhafte Anteil, den man in Wien, sei es aus gemütlichen Regungen, sei es aus politischen Berechnungen dem Fürsten Alexander widmet. Daß der Fürst in „gedrückter Stimmung" ist, halte ich für den Frieden der drei Mächte untereinander nützlich, und ich wünschte, er bliebe darin. Mir erscheint er in dem Lichte eines Strebers und Störenfrieds, dessen von der Königin Viktoria begünstigte Heiratsbestrebungen für uns eine politische Bedrohung sind, solange er Fürst von Bulgarien ist; hört er auf, dies zu sein, so scheidet die Heiratsfrage aus der Politik und wird Familiensache; aber auch dann würde ich nur mit Sorge ein neues Tor für polnische Intrigen* sich in unserem Königlichen Hause eröffnen sehen, nachdem unsere Staatsinteressen seit dem Jahre 1840 soviel von ähnlichen Einflüssen gelitten haben. Wenn der Fürst „gezwungen ist, sich aus Bulgarien zurückzuziehen", so kann ich darin einen Schaden für das gute Einvernehmen der drei Kaiserhöfe nicht erblicken. Die Frage, ob irgend etwas für den Fürsten „bitter" ist, oder ob die Russen ihm zuviel „Malice" zeigen, liegt außerhalb des politischen Gebiets und ist Sache des persönlichen Mitgefühls und der sittlichen Entrüstung, die beide in der Politik nicht mitspielen können. Deutschland hat den Fürsten nicht eingesetzt und sich nicht mit ihm solidarisch gemacht, ihn also auch nicht „aufgegeben"; wir haben auch kein Interesse daran, ob seine Feinde in Bulgarien im Zaum gehalten werden oder nicht. Das persönliche Wohlwollen, das bei uns für jeden Deutschen und namentlich für einen bekannten Offizier unseres Heeres herrscht, kann uns nicht so weit führen, die deutsche Politik für dynastische Pläne des Hauses Battenberg einzusetzen. Ursprünglich hat Fürst Alexander das bulgarische Fürstentum nicht anders als im Sinne einer russischen Statthalterschaft übernommen; wenn er es mit anderen Absichten übernahm, so hat er sich zu früh demaskiert und mit seinem unruhigen Umhertasten nach türkischen, griechischen, russischen, bulgarisch-liberalen und englisch-dynastischen Anlehnungen sich selbst das Terrain verdorben. Ich habe ihm früher einmal den guten Rat gegeben, Fühlung mit der Pforte zu nehmen, und er war auf dem besten Wege, sie zu erreichen. Ich habe aber den Glauben an seine Zukunft verloren, sobald ich sah, daß ihm seine Ordenssache höher stand als seine Politik. Auch in diesen unberechtigten Ordensbestrebungen liegt das Symptom der Überschätzung der Stellung seines Hauses, die an sich kaum derjenigen entspricht, welche bei uns die Grafen von Hohenau oder Brandenburg be-

* Die Mutter des Fürsten Alexander, geborene Gräfin Hauke, war bekanntlich polnischen Ursprungs.

anspruchen. Der hessische Fürstentitel, mag er von Battenberg oder von Hanau sein, macht darin keinen Unterschied. Ich verstehe nicht recht, warum Graf Kálnoky eine Abneigung hat, den Fürsten fallen zu lassen, und kann das Interesse nicht erkennen, welches Österreich an der Aufrechthaltung des status quo in Bulgarien hat, wenn nicht die österreichischen Ansprüche heut über die Linie hinausgehen, die uns vorschwebte, als Österreich die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens von der russischen Entschließung abhängig machte, also anerkannte, daß Bulgarien in der Wirkungssphäre Rußlands liege*. Wenn die österreichische Politik nicht etwa ihre Ziele jetzt weiter gesteckt hat wie damals, so kann das Interesse, ob ein bulgarischer oder russischer General dort an die Spitze kommt, praktisch kein sehr großes sein. Daß „alle diese Länder von russischen Kreaturen regiert würden", wäre allerdings für Österreich unannehmbar, allein in Serbien, Bosnien, Rumänien ist dazu doch keine Aussicht; in Bulgarien habe ich aber bisher geglaubt, daß Österreich den russischen Einflüssen freien Spielraum zu lassen beabsichtige: es war dies, soviel ich mich erinnere, auch die Meinung auf dem Berliner Kongreß und die Tatsache, daß Kaiser Alexander II. in dem Prinzen, den er dort einsetzte, sich vergriffen hat, ändert darin nichts. Die Russen hätten ebensogut statt des Fürsten Alexander ein gefügigeres und sichereres Werkzeug ihrer Politik dort einsetzen und durch eine russische Kreatur Bulgarien bis heut ungestört regieren können. Die Rücksicht auf Ungarn und dessen Mißtrauen gegen Rußland würdige ich vollkommen. Wenn wir aber dem heißblütigen Egoismus ungarischer Stimmungen die Führung unserer gemeinsamen Politik überlassen wollten, so würden wir dieselbe bald in ungangbare Wege bringen. Ich möchte glauben, daß es vielmehr unsere Aufgabe ist, mäßigend und erziehend auf die auswärtigen Politiker Ungarns zu wirken. Auf dem Gebiete der inneren Politik können andere Staaten viel von den Ungarn lernen, aber auf dem der auswärtigen wird man, wie ich glaube, die Geschicke und die Leitung der habsburgischen Monarchie den Gefühls- und Stimmungseindrücken der ungarischen Volksvertretung nicht ohne Kontrolle überlassen können. Wenn der Fürst „der Versuchung, sich ganz an Rußland zu verkaufen", widerstanden hat, so möchte ich diesen Gedanken eher so ausdrücken, daß er das Vertrauen getäuscht hat, durch welches der Kaiser von Rußland für seine Kandidatur gewonnen wurde, und daß die Verstimmung des russischen Hofes gegen den Fürsten eine berechtigte ist. Ich bin weit entfernt, die Möglichkeit zu bestreiten, daß der Fürst durch russische Agenten „niederträchtig" behandelt sein kann, wir sind aber nicht die Tugendwächter der Agenten fremder Regierungen, und wenn es wirklich der Fall wäre, so würde dies noch kein zwingender Beweggrund

* Es war geschehen durch das Zusatzprotokoll zum Drei-Kaiser-Bündnis von 1881; vgl. Nr. 532.

sein, die österreichische und deutsche Politik in ein Fahrwasser zu leiten, welches sie ohne diesen Umstand vermeiden würde. Ich würde gar keine Gefahr darin sehen, wenn der Fürst sein Amt niederlegte, und habe ihm das im Gegenteil geraten, als ich die Ehre hatte, ihn bei mir zu sehen, mit der Empfehlung, die Stellung, die er dem Kaiser Alexander II. verdanke, an den Kaiser Alexander III. für möglichst hohen Preis zu verkaufen.

Ich schließe aus dem Wohlwollen, welches Graf Kálnoky nach Ew. pp. Bericht für den Fürsten hegt, daß letzterer freundliche Gesinnungen für Österreich an den Tag legt, glaube aber nicht, daß das Wiener Kabinett auf die Dauer sich auf diese Stimmung wird verlassen können; die Sympathien des Fürsten Alexander werden mit den Situationen ebenso schnell wechseln, wie sie entstehen. Dieser Herr ist für mich ein Beispiel, wie der geringe Anteil polnischen Blutes, der in ihm steckt, den größeren deutschen dominiert, welchen er seinen nicht polnischen Vorfahren verschiedener Qualität verdankt.

Ich ersuche Ew. pp., ohne Mitteilung der ganzen vorstehenden Ausführungen, in vertraulicher Weise mäßigend auf die Sympathien einzuwirken, welche die dortigen maßgebenden Kreise und Graf Kálnoky vielleicht infolge polnischer und englischer Einflüsse für den Fürsten Alexander zu hegen scheinen.

v. Bismarck

## Nr. 637

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 469 Berlin, den 17. Juni 1884
Sekret

Von dem Bericht des Grafen Wedel über die Aussprache Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph und von Ew. begleitender Mitteilung vom 10. d. Mts. Nr. 170* habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich zweifle durchaus nicht an der Möglichkeit einer Scheidelinie zwischen österreichischen und russischen Interessen im Orient und danke Ew., daß Sie dieselbe aufs Neue zur Sprache gebracht

---

* Am 10. Juni 1884 hatte Prinz Reuß mit Bericht Nr. 170 einen Bericht des Militärattachés in Wien, Oberstleutnant Grafen Wedel vom gleichen Tage über ein Gespräch mit Kaiser Franz Joseph übersandt. In dieser Unterredung hatte sich der österreichische Kaiser sehr bitter darüber beklagt, daß Rußland in einem zu Anfang des Monats zwischen Bulgarien und Serbien entstandenen Grenzkonflikt schroff für das erstere Partei ergriffen habe, während doch Serbien im Rechte sei. Ja, Kaiser Franz Joseph sprach schließlich die Befürchtung aus, daß der Moment

haben. Ich bitte, bei geeignetem Anlaß auf dieses Thema zurückzukommen und werde dasselbe den Russen gegenüber tun*. Solange es nicht gelingt, zu einer positiven Verständigung über die Zukunft zu gelangen, wird die Erhaltung des Friedens und die gemeinsame Vertretung monarchischer Institutionen immer nur als ein Provisorium erscheinen, und die Beunruhigung der Gemüter bezüglich der unsichern Zukunft Europas in allen Ländern dieselbe bleiben wie jetzt. Läßt sich überhaupt eine Grenze finden, die für jetzt in Wien und Petersburg annehmbar erscheint, so habe ich keinen wesentlichen Zweifel daran, daß es gelingen wird, Rußland zum Respektieren derselben zu bewegen. Ich fürchte nur, daß an dem ersteren Orte soviel wie an dem letztern man die Hoffnung nicht aufgibt, womöglich alles zu nehmen. Fände eine Zusammenkunft, eine Art von Kaiserkongreß, statt, so ließe sich hierüber doch vielleicht reden. pp.

v. Bismarck

Nr. 638

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. XVII St. Petersburg, den 29. Juni 1884
Geheim

Für den geheimen Erlaß Nr. 426 vom 17. d. Mts., welchem ein Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Wien, betreffend die Unterredung des Oberstleutnants Grafen Wedel mit Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph beilag**, sage ich Euerer Durchlaucht meinen ehrerbietigen Dank. Mit diesem verbinde ich die Bitte, das gegenwärtige Verhältnis der Kabinette von St. Petersburg und Wien mit derjenigen Offenheit besprechen zu dürfen, welche durch die Bedeutung des Stoffes geboten ist.

---

kommen werde, wo das russische Vorgehen im Orient, „ihn einmal an die Grenze der Nachgiebigkeit bringe“. Auch Graf Kálnoky brachte, wie Prinz Reuß in seinem Begleitbericht vom 10. Juni anführte, lebhafte Beschwerden über russische Umtriebe im Orient vor. Von einer Scheidelinie zwischen den österreichischen und russischen Interessen im Orient, die Reuß demgegenüber als Universalheilmittel empfahl, wollte Kálnoky nicht recht etwas wissen: wo könne denn die Grenze liegen, welche die Russen ernsthaft respektieren würden? Zu dem Vorschlage einer Scheidelinie bemerkte Fürst Bismarck am Rande des Reußschen Berichts: „war früher von mir angeregt, von Österreich abgelehnt“.

* Durch Erlaß vom 17. Juni (Nr. 426) wurde dem Botschafter in Petersburg von Schweinitz der Bericht Reuß' vom 10. Juni und die darauf erteilte Antwort mit der Bismarckschen Empfehlung einer Scheidelinie zwischen den österreichischen und russischen Interessen mitgeteilt.

** Vgl. Nr. 637, Fußnote *.

Das Mißtrauen, welches Kaiser Alexander gegen Österreich hegt, datiert von seiner frühesten Jugend her; damals hat man ihm gesagt, der Undank des Hauses Habsburg habe seinen Großvater* zum Tod gekränkt; später ist ihm die Geschichte des Krimkrieges in demselben Sinne vorgetragen worden; als er das Alter erreichte, in welchem man anfängt, für politische Fragen Interesse zu haben und dabei das Gefühl vorwalten zu lassen, da brachte der polnische Aufstand das russische Nationalbewußtsein zu schneller, leidenschaftlicher Entfaltung, und ähnlich wie früher unter den Türkenfreunden, so damals unter den Beschützern der Polen waren die Österreicher den Russen die Verhaßtesten.

Bald nachher starb der Zäsarewitsch**, und Großfürst Alexander wurde Thronfolger; seine Erziehung war nicht darauf angelegt gewesen; Gouverneure und Gespielen hatten ihn in der Neigung für das „rein Russische" bestärkt; zu diesem gehört nächst dem Sichgehenlassen die Nichtachtung des Fremden. Die Professoren und Staatsmänner, welche dem plötzlich in den Vordergrund tretenden jungen Prinzen Vorträge hielten, gehörten der Miljutinschen und mehr noch der Katkowschen Richtung an. Der türkische Krieg, der Berliner Kongreß und deren Folgen in den südslawischen Ländern waren nicht geeignet, die Gesinnungen, welche Alexander Alexandrowitsch gegen Österreich hegte, zu ändern.

Und dennoch zeigt Kaiser Alexander jetzt mehr Selbstüberwindung und ein richtigeres Ermessen des politisch Erreichbaren als Kaiser Franz Joseph.

Rußland hat tausend Millionen und hunderttausend Menschen geopfert und, abgesehen von Beßarabien, Batum und Kars, nichts[1] erreicht als die Befreiung Bulgariens und Ostrumeliens[2]; für Rumänien, Serbien und Montenegro Vergrößerung und Souveränität und selbst für Griechenland eine Erweiterung des Gebietes; letzteres gegen seinen Wunsch, alles andere seinen Wünschen nicht entsprechend; das Ganze erhielt durch eigene Schuld den Stempel des Mißerfolgs, dessen Rückwirkung im Inneren eine schreckliche war.

Diese Erbschaft trat der junge Kaiser an; gleichzeitig übernahm er als Vermächtnis seines Vaters die Punktationen eines Abkommens, durch welches die Annektierung Bosniens und der Herzegowina der freien Entschließung des Wiener Kabinetts überlassen wird***.

Alexander III. vollzog und verlängerte diesen Vertrag, überließ Serbien dem österreichisch-ungarischen Einfluß, enthielt sich jeder Begünstigung der Karageorgiewitsch und entfernte diejenigen Agenten,

---

* Kaiser Nicolaus I.

** Der älteste Sohn Kaiser Alexanders II., Großfürst Nicolaus, † 1865.

*** Vgl. die einschlägigen Bestimmungen des Zusatzprotokolls zum Drei-Kaiser-Bündnis von 1881, Nr. 532.

welche wie die Herren Jonin und Hitrowo* nicht geeignet schienen, die Erhaltung des status quo auf der Halbinsel zu sichern. Alles dieses geschah zu einer Zeit, wo die Versuchung nahe lag, durch Entfesselung der nationalen Leidenschaften revolutionäre Gefahren abzuwenden.

In diese Lage des russischen Selbstherrschers sich hineinzudenken, scheint dem Kaiser Franz Joseph unmöglich zu sein; staatsrechtliche Hindernisse erschweren Seiner Majestät die Annektierung der zwei Provinzen, welche der von Rußland geführte Krieg ihm zur Verfügung stellte; die vom Grafen Andrássy im Frühjahr 1879 mit der Türkei abgeschlossene Konvention** macht sie ohne Zustimmung des Sultans unausführbar. Die Folge dieser durch ungarische Staatsmänner, Zichy und Andrássy, geschaffenen Situation ist Verstimmung und Reizbarkeit, welche sich, vielleicht auch nicht ohne ungarisches Zutun, neuerdings in bedenklicher Weise gesteigert haben. pp.

Bei dieser Veranlassung möchte ich mir mit ehrerbietiger Bezugnahme auf die ersten Sätze des hohen geheimen Erlasses Nr. 426 vom 17. d. Mts. anzuführen gestatten, daß Herr von Giers am 7. Juni, unmittelbar nach Eingang der ersten Nachricht vom serbisch-bulgarischen Konflikt, zu mir sagte: „Ich glaube, daß Bulgarien einen Fehler beging, indem es vor Erschöpfung aller diplomatischen Mittel den serbischen Posten vertrieb.“ Von diesem ersten Momente an hat Herr von Giers strenge Mahnungen nach Sofia gerichtet, und wenn er sich gleichzeitig nach Wien mit der Bitte wandte, in Belgrad beschwichtigend einzuwirken, so kann hierin eine neue Anerkennung der Tatsache gefunden werden, daß Wiens Einfluß in Serbien der überwiegende ist. Daß er dies bleibe, ist für Österreich-Ungarn eine unabweisbare Notwendigkeit; damit er es aber bleiben könne, ohne erkämpft werden zu müssen, dazu halte ich für unerläßlich, daß Österreich den Russen eine gewisse Freiheit der Bewegung in Bulgarien und Ostrumelien gestatte; nachdem das Größere, nämlich die Union, im Prinzip von Österreich zugestanden wurde, ist es unnütz, über Kleineres, sei es in Philippopel, sei es in Sofia Verstimmung zu zeigen; unbillig aber wäre es, von der russischen Regierung zu verlangen, daß sie an dem Lande, wo Plewna und Schipka liegen, kein vorwiegendes Interesse betätige, vorausgesetzt, daß sie im Rahmen der Verträge bleibt. Der Unabhängigkeitssinn, welcher bei den Bewohnern Bulgariens und Rumeliens erwacht ist, und der Mangel an jenen wirtschaftlichen und geographischen Verbindungen, welche Serbien an Österreich-Ungarn fesseln, wird verhindern,

* Hitrowo und Jonin waren einander als russische diplomatische Agenten in Sofia gefolgt; ersterer wurde im Mai 1882, letzterer im März 1884 wegen Zwistigkeiten mit der bulgarischen Regierung abberufen.

** Gemeint ist die Konvention vom 21. April 1879, gedruckt in „Das Staatsarchiv“ Bd. 36, S. 292 ff. Vgl. E. v. Wertheimer, Graf Julius Andrássy Bd. III (1913), S. 270.

daß die russische Suprematie in jenen Ländern eine übermächtige und dauernde werde.

Die Scheidelinie zwischen österreichischen und russischen Interessen im Orient, an deren Möglichkeit, wie Eure Durchlaucht in Hochdero Erlaß an Prinz Reuß letzterem zustimmend sagen, nicht zu verzweifeln ist, tut dringend not; die Hoffnung, daß es gelingen werde, Rußland zum Respektieren einer solchen Linie zu bewegen, halte ich für um so berechtigter, als Rußlands südslawische Politik der letzten Jahre wirklich ziemlich korrekt gewesen ist, und die strenge Kritik, welcher sie in Wien unterzogen wird, nicht verdient hat. Schwerer als in den Balkanländern würde die Scheidelinie in Rumänien zu ziehen sein, wenn man nicht die kleine Walachei auf der einen, die Moldau auf der anderen Seite abzweigen, also etwas jetzt nicht mehr Mögliches versuchen will. In dem Donaukönigreiche wird daher ein Wettstreit Rußlands und Österreichs unvermeidlich sein; letzteres ist dabei leider im Nachteil, denn viele Wünsche sind dort auf die Bukowina und Teile Siebenbürgens, wenige[3] nur auf die Wiedererwerbung Beßarabiens gerichtet.

Jassy und Bukarest werden also Schauplätze russischer Intrigen bleiben; daß diese sich nicht gegen die Dynastie richten, dafür muß die russische Regierung sorgen, wenn sie unserem Vertrage, dessen Hauptzweck die Erhaltung des monarchischen Prinzips ist, nicht untreu werden will. —

Die Äußerungen, welche Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph am 10. d. Mts. gegen den Grafen Wedel getan hat, und die scharfe, ja leidenschaftliche Sprache der neuesten an Graf Wolkenstein gerichteten Erlasse erregen in mir die Besorgnis, daß jenes Mißtrauen gegen Österreich, von welchem Kaiser Alexander mir so viele und deutliche Beweise gibt, von dem Kaiser Franz Joseph in gleichem Grade erwidert, aber weder von Seiner Majestät selbst noch von höchstdessen Ratgebern mit demselben Erfolge bekämpft wird, wie dies bis jetzt hier geschieht.

Vielleicht bringt die für den 12. September geplante Begegnung beider Monarchen eine Milderung der neuerdings sich steigernden Gegensätze zuwege.

Viel wird davon abhängen, wer sich in der Begleitung Ihrer Majestäten befinden wird; daß Fürst Lobanow zugegen sei, halte ich für besonders wünschenswert.

v. Schweinitz

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Das war schon viel u[nd] mehr als erstrebt. es hat seinen bulgarischen Satrapen ungeschickt gewählt. Wollten sie mehr, so hätten sie Const[antinopel] besetzen müssen, als es Zeit war

[2] die Donaufestungen!!

[3] ?

## Nr. 639

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 195 — Wien, den 2. Juli 1884

Ganz vertraulich

Euerer Durchlaucht hohen Erlaß Nr. 489 vom 23. v. Mts.* habe ich am 27. durch königlichen Feldjäger zu erhalten die Ehre gehabt.

Euerer Durchlaucht hohem Auftrag gemäß habe ich dem Grafen Kálnoky nur einen Teil der darin enthaltenen Bemerkungen über den Fürsten von Bulgarien und die Erwägungen mitgeteilt, welche Hochdieselben über die verschiedenen Machtsphären auf der Balkanhalbinsel darin ausgesprochen haben.

Diese Fragen sind von uns in zwei sehr langen Unterhaltungen besprochen und diskutiert worden. Graf Kálnoky hielt sie für zu wichtig, um mir zu antworten, ohne zuvor dem Kaiser, seinem allergnädigsten Herrn, Vortrag gehalten zu haben, und kann ich nunmehr seine Äußerungen im Folgenden zusammenfassen.

Der Minister bittet, Euere Durchlaucht möchten nicht etwa glauben, wie dies aus dem hohen Erlaß hervorginge, daß er eine besondere persönliche Sympathie für den Fürsten Alexander hege, oder daß er ein politisches Wohlwollen für ihn empfände, weil er freundliche Gesinnungen für Österreich an den Tag legt[1].

Fürst Alexander sei ihm als Person vollkommen gleichgültig, er liebe sein ganzes Wesen nicht. Er begriffe ebensogut Euerer Durchlaucht Abneigung gegen ihn, wie die Verstimmung des russischen Hofes, welche er ebenfalls für berechtigt hält.

Was nun den Wert seiner politischen Freundschaft für Österreich betreffe, so sei diese nur sehr gering anzuschlagen, da man in einen Politiker, der, wie Euere Durchlaucht bemerkten, soviel herumgetastet und die verschiedensten Annäherungen versucht habe, kein Vertrauen setzen könne.

Daß Österreich-Ungarn aus Sympathie für diesen Fürsten seine Politik engagieren und sich mit Rußland in Feindschaft setzen wollte, darüber brauche er sich nicht erst auszusprechen, weil Euerer Durchlaucht seine sehr entschiedenen Ansichten über diesen Punkt von Salzburg** her und durch meine Berichte bekannt seien.

Er bäte daher dringend, das Persönliche vom Sachlichen ganz zu trennen.

Das, was der Berliner Friede geschaffen, sei nicht vollkommen, und könnten diese verschiedenen Staatswesen nur durch eine gewisse

---

* Siehe Nr. 636.

** Siehe S. 298, Fußnote **.

Stabilität einige Lebensfähigkeit erhalten und einigermaßen Sicherheit für die Nachbarn geben. Ebenso wie er es bedauert habe, daß Aleko Pascha* gewechselt worden, so müsse er wie auch der Kaiser Franz Joseph wünschen[2], daß die leider dort unterbrochene Stabilität wenigstens in Bulgarien bewahrt bliebe. Das sei der Grund, weshalb man es hier nicht für gut halte, wenn auch in Bulgarien ein Personenwechsel einträte. Wer garantiere, daß, wenn auch hier die Stabilität unterbrochen würde, nicht dann Serbien und Rumänien[3] an die Reihe kommen würden? Daß die radikalen Parteien in diesen Königreichen dahin strebten, dieser Beobachtung könne man sich leider ebensowenig verschließen, als dem Umstand, daß diese Parteien in Rußland eine Stütze fänden.

Ein Personenwechsel und die hiermit unausbleiblich zusammenhängende Beunruhigung[4] der ganzen Balkanhalbinsel könne deshalb einem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern unmöglich gleichgültig sein.

Den Satz, von welchem Euere Durchlaucht ausgehen, daß nämlich das Einverständnis der drei Kaisermächte auf der Voraussetzung beruhe, daß Österreich Rußland in Bulgarien und Rußland Österreich in Bosnien und Serbien freien Spielraum läßt, und daß Serbien gleich Bosnien in der österreichischen, Bulgarien als in der russischen Interessensphäre liegend angesehen werde, vermöge er nicht so unbedingt zu unterschreiben[5]; und zwar nicht etwa, weil Österreich heute über die Linie hinausgehen wolle, die uns damals vorgeschwebt habe[6], als Österreich die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens eventuell anerkannte, wenn sie sich par la force des choses vollziehen sollte.

Österreich stecke sich heut keine weiteren[7] Ziele als damals. Wenn es zu dieser eventuellen Vereinigung seine Zustimmung gab, so möchten sich Euere Durchlaucht daran erinnern, daß dies nicht geschah in der Idee, dort eine russische Provinz zu gründen, sondern vielmehr in der Hoffnung und Erwartung, daß durch diese Vereinigung das bulgarische Element gestärkt und gegen eine vollständige Beherrschung durch Rußland widerstandsfähiger gemacht werden würde. Bisher hätten auch alle Beobachtungen bestätigt, daß, je lebensfähiger beide Länder wurden, desto entschiedener die russischen Sympathien dort abnahmen[8].

Daß Österreich dem russischen berechtigten Einfluß in Bulgarien keine Konkurrenz machen will, das beweise die Geschichte der letzten Jahre[4]. Er halte dies auch gar nicht für möglich und habe sich deshalb immer effaziert, wenn ein Wettlauf zwischen beiden Einflüssen begonnen habe[9].

Wolle Österreich jenen, von Euerer Durchlaucht aufgestellten Satz

---

* Aleko Pascha (Fürst Alexander Vogorides aus bulgarischem Geschlecht) war von 1879 bis Mai 1884 Generalgouverneur von Ost-Rumelien.

pure unterschreiben, so hieße dies Rußland carte blanche auf der ganzen Balkanhalbinsel geben[10]. Hierdurch würde der erste Schritt zu dem großen[11] Slawenreich gemacht werden, dessen Bildung der Friede von San Stefano anstrebte, und der deshalb namentlich vom Grafen Andrássy so entschieden bekämpft wurde[12].

Der Kaiser Franz Joseph habe ihm noch heute bestätigt, daß Graf Andrássy auf dem Berliner Kongreß in dieser Frage vollkommen mit Euerer Durchlaucht einig gewesen sei. Man wollte diesen slawischen Ring, der durch San Stefano um Österreich gezogen wurde und dieses von der Türkei vollkommen trennte, nicht dulden; diese Arbeit des Kongresses würde vernichtet[13] werden mit dem Tage, wo Österreichs Einfluß aus den beiden Bulgarien verschwinden und diese zu russischen Provinzen gemacht werden würden[14]. Die ganze große Masse der slawischen Elemente auf der Balkanhalbinsel würde hierin das Signal dafür sehen, daß nunmehr die slawische Sache in Fluß käme. Diese Elemente würden sich auf dem einen Flügel auf das höchst unsichere Montenegro stützen, auf dem anderen durch Rußland begünstigt werden und sich in einem ungeheuren Halbkreis um Österreich herumziehen; diesem würde hierdurch der Besitz Bosniens erschwert, und seine vollständige Trennung von der Türkei und deren Preisgebung dadurch vollzogen werden.

Ob eine solche Perspektive für Deutschland, welches doch sehr weit vom Schuß liege, erwünscht sein würde, glaube er nicht. Denn vor noch nicht gar langer Zeit habe die deutsche Politik die Türkei als einen nicht unnützen Faktor bei einer eventuellen Verwickelung mit Rußland betrachtet[15].

Auf der anderen Seite würden aber durch dieses Wegfallen eines jeden österreichischen Einflusses in Bulgarien auch österreichische materielle[16] Interessen gefährdet. Es fehle nicht an Beispielen, daß gerade, wenn sich Österreich politisch effaziert habe, die Russen dies sofort benutzt und versucht hätten, die österreichischen Interessen, z. B. in der Eisenbahnfrage, zu beeinträchtigen. Eine solche Politik würde hier in beiden Reichshälften schwer empfunden werden und würde für ihn, den Minister, daher unmöglich sein, einzuschlagen.

Wie man sich eine Linie ziehen könnte, wo beide Interessen sich begrenzten, könne er sich nicht wohl vorstellen. Euere Durchlaucht hätten gewiß eine größere Kenntnis der Sachlage wie ein jeder andere, aber nur ein österreichischer Minister des Äußern könne wirklich wissen, was es heiße, der unmittelbare Nachbar von unentwickelten Staatswesen zu sein, die allen möglichen fremden Intrigen[17] zugänglich wären, und wo die panslawistischen Apostel ihr Wesen trieben, einerlei, ob in der russischen oder österreichischen Machtsphäre.

Dies sähe man in Serbien. In diesem Lande, welches nicht durch Abmachungen mit Rußland, sondern durch die Bemühungen der öster-

reichischen Politik und durch den Willen seines Königs in die österreichische Machtsphäre gekommen sei, hörten die russischen Machinationen nicht auf. Der letzte Konflikt liefere ein Beispiel dafür: das russische Kabinett ist sittlich entrüstet darüber, daß Serbien einen gefährlichen ausgewiesenen Wühler nicht an seinen Grenzen haben will, und als Euere Durchlaucht einen praktischen Vermittlungsvorschlag gemacht, so braucht der doch gewiß versöhnliche aber ängstliche Minister fast 14 Tage Zeit, um seinem Agenten in Belgrad klarzumachen, wie die von Deutschland vorgeschlagenen Instruktionen zu interpretieren seien. Gelänge es der radikalen Partei, den österreichisch gesinnten König dieses Landes irgendwie, etwa durch einen Pistolenschuß, im richtigen Moment zu beseitigen, so würden wir Herrn Ristitsch* mit seinem russophilen Gefolge sofort auftauchen sehen. Und das alles innerhalb der österreichischen Machtsphäre.

Rumänien liege nicht in dieser Sphäre, aber es habe genügt, daß dessen Regierung sich dem benachbarten Österreich-Ungarn zuwandte, um sofort von russischen Intrigen beunruhigt und bedroht zu werden. Das skandalöse Treiben der dortigen russischen Legationssekretäre würde Euerer Durchlaucht bekannt sein.

Diese wenigen Beispiele reichten wohl hin, um darauf hinzudeuten, wie das „freie Hand lassen" in der Interessensphäre des anderen von den Russen aufgefaßt würde.

Unter diesen Umständen bliebe nichts Anderes übrig, als gestützt auf den Boden der Verträge nebeneinander weiter zu leben, die größtmöglichste Mäßigung zu zeigen und, wie dies bisher geschehen, die Russen in Bulgarien gewähren zu lassen, soweit die Interessen anderer nicht verletzt würden. Würde sich dann die Vereinigung beider Bulgarien vollziehen, nun, so werde man ja sehen, wie sich die Sachen einrichteten. Er wiederhole es, Österreichs Ziele gingen nicht weiter, als auch in Bulgarien[18] seinen berechtigten[19] Einfluß zu wahren.

Hierauf müsse er aber halten, fuhr der Minister fort; er danke Euerer Durchlaucht, daß Sie die Rücksichten zu würdigen wüßten, welche er auf Ungarn nehmen müßte. Er müsse hier mit Verhältnissen rechnen, die er nicht gemacht habe. Die Stellung eines österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern sei keine glückliche, wie Euere Durchlaucht wüßten; er könne seine Politik nicht vor dem Parlament vertreten, sondern hänge teilweise von den beiderseitigen Ministerpräsidenten ab.

Er stimme darin ganz mit Euerer Durchlaucht überein, daß man den chauvinistischen ungarischen Stimmungen die Führung unserer gemeinsamen Politik nicht überlassen dürfte. Das tue er auch nicht, wenn es ihn auch eine mühevolle Arbeit koste.

---

* Serbischer Ministerpräsident 1876—1880, dessen Abdankung Österreich durch eine Drohnote vom 17. Oktober 1880 erzwungen hatte.

Als Beispiel führte der Minister an, daß sich Herr von Tisza mißtrauisch gezeigt hätte, als er von der Aktion der drei Kaisermächte bei dem letzten serbisch-bulgarischen Konflikt gehört habe; da würde doch schließlich nur das getan werden, was Rußland wolle, habe er gesagt[20]. Er, Graf Kálnoky, habe geantwortet, die Sache wäre nun einmal eingeleitet, er fände es gut so und könne es nicht mehr ändern.

Hieraus möchten Euere Durchlaucht entnehmen, daß er sich nicht von jedem Winde leiten lasse, der aus Pest wehe; aber in jedem Falle gegen denselben zu steuern, sei er nicht imstande; besonders nicht, wenn materielle Interessen Ungarns bedroht schienen.

Herrn von Tisza zu erziehen, sei nicht so leicht, wie Euere Durchlaucht glaubten; das hindere aber nicht, daß er nicht ablasse, mäßigend auf diesen Staatsmann einzuwirken.

Schließlich bat mich Graf Kálnoky, Euerer Durchlaucht zu sagen, daß er sehr gern bereit wäre, den Gedankenaustausch über den heut besprochenen Gegenstand fortzusetzen[21].

H. VII. P. Reuß

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 ?

2 Warum? das „stabile" sind nicht die Personen, sondern die Abgrenzung zwischen öst[er]r[eichischer] u[nd] russ[ischer] Sphäre

3 darüber ist nichts verabredet, wohl aber über Bosnien einer- u[nd] Bulg[arien] andrerseits, wenigstens wie ich glaubte, tacito consensu

4 ?

5 das ist neu für mich

6 also!

7 ??

8 gut; aber die Vereinigung ist unter dem Fürsten Alexander nicht möglich für Rußland, kaum für Serbien annehmbar, sie wird erst möglich, wenn Personenwechsel

9 dann gebe man doch de bonne grace, was doch verloren ist

10 durchaus nicht

11 je größer desto antirussischer; etwas Andres wie „Conföderation" ist aber nicht ausführbar

12 das spricht also gegen die Fusion Bulg[ariens]

13 unwahr

14 also keine Fusion mehr?

15 noch heut; aber der Fürst Alexander ist ihre Stütze nicht.

16 hic haeret!

17 darum verständigt Euch mit dem Kaiser von Rußland! u[nd] nur mit dem, nicht mit Bulgarien.

18 u[nd] der russ[ische] in Bosnien?

19 dasselbe sagt Rußland von sein[en] Umtrieben in Rumänien u[nd] Serbien

20 da sieht man wie Recht ich hatte u[nd] wohin wir mit ungarischer ausw[ärtiger] Politik kommen!

21 ich nicht

Nr. 640

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Reinschrift

Nr. 560 Varzin, den 21. Juli 1884
Vertraulich [abgegangen am 22. Juli]

Über Paris habe ich erfahren, daß die französische Regierung durch ihren Botschafter in Wien* Kenntnis von der beabsichtigten Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Rußland erhalten hat. Infolge dieses sowohl für die Sicherheit als die Verwirklichung des Projekts bedauerlichen Umstandes ist der französische Botschafter in Petersburg** bereits mit Instruktionen versehen, um nach Möglichkeit gegen die Zusammenkunft zu wirken. Mit Rücksicht auf das von Rußland mit Recht verlangte Geheimnis habe ich mich der Besprechung dieser Frage enthalten. Von Seiten derjenigen Russen, welche die Entrevue zuerst betrieben haben, ist angenommen worden, daß Kaiser Alexander von der Ausführung abgehalten werden würde, wenn das Geheimnis nicht gewahrt bliebe. Dieselben russischen Politiker hatten bei der ersten Anregung eine Begegnung der drei Kaiser im Sinn, und auch meinerseits halte ich eine solche für nützlicher, weil ich befürchte, daß die beiden anderen Kaiser, wenn sie allein sind, in dem gegenseitigen Mißtrauen und dem Mangel an persönlicher Sympathie Hindernisse der Aussprache und Annäherung finden werden, die unser allergnädigster Herr, wenn er gegenwärtig wäre, vielleicht beseitigen würde. Ich halte die Begegnung zu Zwei für den Frieden eher gefährlich als nützlich. Herrn von Giers habe ich bisher nicht darüber sondiert, ob meine und meiner persönlichen russischen Freunde Ansicht auch die seinige und die des Kaisers Alexander ist. Auch aus Euerer Durchlaucht Berichten entnehme ich bisher nicht, ob man sich in Österreich die Zusammenkunft zu Zwei oder zu Drei denkt. Der ersteren Modalität sehe ich nicht ohne Besorgnis entgegen, weil ich mich von dem Eindrucke nicht freihalten kann, daß der Kaiser Franz Joseph auf die Erhaltung des Friedens mit Rußland weniger Wert legt als wir und möglicherweise in diesem Sinne sein Benehmen einrichten kann. Außerdem ist unser Kaiser dem russischen für Danzig*** einen Besuch schuldig und würde ihn sowieso voraussichtlich machen, sobald der Kaiser Alexander sich unserer Grenze nähert; ich würde es im Interesse des Friedens für politisch geboten erachten, Seine Majestät in solchem Falle zu begleiten, um mit dem Kaiser Alexander und seinem Minister persönlich Fühlung zu behalten. Ich kann mir

* Graf Foucher de Careil.
** General Appert.
*** Die Zusammenkunft Kaiser Alexanders III. mit Kaiser Wilhelm I. in Danzig hatte am 9. September 1881 stattgefunden.

denken, daß es der russischen Politik entsprechen würde, wenn der Kaiser Alexander den beiden Monarchen nicht gleichzeitig, sondern jedem besonders begegnete; im Interesse des Friedens aber und der dafür erforderlichen guten Beziehungen zwischen Petersburg und Wien halte ich die gleichzeitige Begegnung zu Drei für zweckmäßiger. Wenn ich vorher Gelegenheit zur Besprechung mit Graf Kálnoky finde, so würde diese Frage den zunächst liegenden Gegenstand von Wichtigkeit bilden.

Wenn Ew. Durchlaucht bisher keine Gelegenheit gefunden haben, die Meinung des Grafen Kálnoky in dieser Richtung zu ermitteln, so bitte ich Sie, den Grafen darüber zu sondieren, vorläufig ohne die Zusammenkunft zu Drei, wenn sie nicht in der österreichischen Absicht liegt, zu befürworten, sondern lediglich durch die Frage, ob man sich die Entrevue à deux oder à trois denkt, und mit dem Zusatze, daß der Danziger Besuch bei dieser Gelegenheit, je nach dem Befinden des Kaisers, entweder durch Seine Majestät selbst oder durch Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen zu erwidern sein würde.

v. Bismarck

## Nr. 641

## Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 213 St. Petersburg, den 5. August 1884
Geheim

Am Donnerstage den 31. Juli begab ich mich nach Gatschina, um Herrn von Giers diejenigen Eröffnungen zu machen, mit welchen mich Euere Durchlaucht in bezug auf die bevorstehenden Kaiserreisen beauftragt hatten*; ich sagte dem russischen Minister, es sei schon längst die Absicht meines erhabenen Souveräns gewesen, den Besuch, welchen Kaiser Alexander allerhöchstihm im Jahre 1881 in Danzig abgestattet, persönlich zu erwidern; der Umstand, daß der Kaiser von Rußland jetzt in die Nähe der preußischen Grenze kommen werde, erleichtere die Ausführung jenes Wunsches, und ich sei deshalb beauftragt worden, in Erfahrung zu bringen, an welchem Orte und zu welchem Zeitpunkte dem Kaiser Alexander der ihm zugedachte Besuch genehm sein würde? Der Herr Minister gab seiner Freude über diese Mitteilung Ausdruck, sowie der Überzeugung, daß dieselbe seinem erlauchten Monarchen sehr willkommen sein werde.

Ich knüpfte hieran die Bemerkung, daß es für die Befestigung des

---

* Am 26. Juli hatte Botschafter von Schweinitz dem Fürsten Bismarck in Varzin einen Besuch abgestattet.

Friedens und des monarchischen Prinzips nur vorteilhaft sein könnte, wenn der günstige Umstand, daß auch Kaiser Franz Joseph jetzt seinen hohen Nachbarn besuchen wolle, eine Begegnung der drei Monarchen herbeiführe. Auch diese Idee fand den Beifall des russischen Ministers, welcher sich daran erinnerte, daß Euere Durchlaucht ihm in Friedrichsruh in gleichem Sinne gesprochen haben.

Wir traten nunmehr in eine ganz vertrauliche Erörterung der Frage, wann und in welcher Form meine Äußerungen zur allerhöchsten Kenntnis gebracht werden sollten; bis zum nächsten Vortrage des Ministers, am kommenden Dienstage, wünschten wir die Sache nicht zu verschieben; das Nächstliegende war wohl, daß Herr von Giers eine schriftliche Aufzeichnung nach Peterhof an den Kaiser schicke; dazu war er aber nicht geneigt, „je crains son crayon", sagte er, und ich bestand natürlicherweise nicht darauf; wir verabredeten also, der Minister solle am Sonntage, den 22. Juli/3. August, dem Namenstage der Kaiserin, bei der Gratulation in Peterhof Seiner Majestät die betreffenden Mitteilungen machen.

Ein größerer Empfang sollte bei diesem Feste nicht stattfinden; für den Abend aber war eine kleine Tanzgesellschaft in Aussicht genommen; zu dieser erhielt ich, gegen mein Erwarten, eine Einladung, und ich begab mich also Sonntag abend nach Peterhof. Beim Eintritt in den Tanzsaal, bevor die Majestäten erschienen, näherte ich mich dem Herrn Minister, welcher durch die mir noch unbekannte Nachricht, daß die Londoner Konferenz* auseinandergegangen sei, nachdenklich gesinnt zu sein schien; ich fragte, ob er schon mit dem Kaiser wegen der Entrevue gesprochen habe? Herr von Giers erwiderte, er habe bei der Sortie und nach dem Festdéjeuner mit Mühe einen Moment erhascht, um Seiner Majestät zu sagen, daß ich mit einem Auftrage an höchstdenselben aus Deutschland zurückgekehrt sei; den Inhalt jenes Auftrages habe er kurz bezeichnet, und der Kaiser sei also darauf vorbereitet, daß ich mit ihm über die Sache sprechen würde.

Als der Hof eintrat, kam Seine Majestät auf mich zu, reichte mir die Hand und erkundigte sich in huldvollster Weise nach meiner Frau, meinen Kindern und nach meinen Plänen für deren Rückkehr nach St. Petersburg, machte aber keinerlei Andeutung geschäftlicher Art; nachdem der Kaiser die anderen Botschafter und einige Damen begrüßt hatte, verließ er den Tanzsaal und begab sich in sein Spielzimmer, um es erst kurz vor dem Souper wieder zu verlassen; als er, ohne mich anzureden, bei mir vorbeiging, trat ich an ihn heran und sagte, ich möchte ihm gern eine Mitteilung machen. „Ah oui, c'est vrai," antwortete Seine Majestät, „mais à présent nous allons nous mettre à table; venez dans mon cabinet après le souper."

Als die Tafel, an welcher ich neben der Kaiserin saß, aufgehoben

---

* Vgl. Kap. XX, Nr. 680, Fußnote **.

wurde, trat der Kaiser heran, forderte mich auf, mit ihm in ein Nebenzimmer zu gehen, bot mir einen Stuhl und eine Zigarette und sagte: „Giers m'a dit que l'Empereur Guillaume veut me rendre personnellement la visite, que je lui ai faite à Danzig, j'en suis excessivement content; c'est très aimable de l'Empereur, et je lui suis excessivement reconnaissant.“ Als ich nun an meine den freundschaftlichen Gesinnungen unseres allergnädigsten Herrn entsprechenden Äußerungen die Frage wegen Zeit und Ort anknüpfte, sagte der Kaiser, ihm scheine Skiernewice wohl geeignet, denn dort sei ein Schloß, im Orte sei eine geringe Bevölkerung, man könne sich isolieren, und es bedürfe keiner besonderen, Aufsehen erregenden Vorbereitungen; allerdings sei es ziemlich weit von der Grenze, und er werde gerne, wenn Seine Majestät es wünsche, an einen uns näheren Punkt kommen.

Ich glaubte versichern zu dürfen, daß die drei bis vier Bahnstunden von Alexandrowo nach Skiernewice kein Hindernis bildeten. In betreff des Zeitpunktes bemerkte der Kaiser, er gedenke am 2. und 3. September alten Steils (14. und 15. neuen Stils) dort zu sein; diese Tage seien freilich auch vom Grafen Kálnoky dem Fürsten Lobanow als diejenigen bezeichnet worden, über welche Kaiser Franz Joseph disponieren könne, und würden für ein Zusammentreffen mit letzterem in Aussicht genommen, aber dieses werde sich ja arrangieren lassen. Ich sagte, daß die gleichzeitige Gegenwart beider Monarchen von besonderer und großer Bedeutung sein würde. Dem Kaiser schien diese Kombination im ersten Augenblicke nicht recht zu behagen; als ich aber die Gründe entwickelte, welche mir dieselbe wünschenswert erscheinen ließen, meinte Seine Majestät, daß ihm die Entrevue zu Dreien ebenso recht sei, wie aufeinanderfolgende Begegnungen mit seinen beiden erhabenen Nachbarn. „Bien,“ bemerkte der Kaiser, „cela m'est indifférent, cela m'est parfaitement indifférent.“

Euere Durchlaucht wollen in diesen anfänglich etwas kühlen Aufnahmen eines Vorschlages, welcher ebenso schmeichelhaft für die Person des russischen Kaisers, wie nützlich für dessen friedliche Politik ist, nichts anderes finden, als den Ausdruck der Alexander dem Dritten eigenen Scheu vor Situationen, welche ihm gesellschaftlichen Zwang auferlegen. Herr von Giers hatte mich darauf vorbereitet, daß der Kaiser wahrscheinlich verlegen sein würde wegen der Frage des Vortritts; ich antwortete dem Minister, daß diese Schwierigkeit leicht beseitigt werden könne, indem man sich einfach an die Vorgänge bei der Drei-Kaiser-Zusammenkunft vom Jahre 1872 hält. Der Kaiser selbst machte keine Andeutung in dieser Richtung, und als ich zu erforschen suchte, was ihm wohl am liebsten sein würde, ob unser allergnädigster Herr oder Kaiser Franz Joseph zuerst eintreffen solle und dergleichen mehr, antwortete er nur: Seine Majestät, der Kaiser Wilhelm möge selbst bestimmen. Er sprach dann nochmals mit Wärme seine Freude und seine Dankbarkeit für die Absicht unseres erlauchten Souveräns

aus und trug mir auf, zu schreiben: „qu'il en était excessivement reconnaissant.“ Er sagte unter anderem, er wisse die Gesinnung unseres Kaisers wohl zu schätzen: „que l'Empereur Guillaume regardait son amitié pour la Russie comme une chose sainte, étroitement liée à beaucoup de souvenirs précieux“. Er erinnerte sich auch wieder gern daran, daß er übereinstimmende Anschauungen beim Prinzen Wilhelm gefunden habe*.

Weiterhin fragte der Kaiser noch, ob Euere Durchlaucht Seine Majestät begleiten würden, und als ich dieses bejahte, sprach er seine lebhafte Befriedigung darüber aus. „Ich möchte wissen,“ sagte der Kaiser unter anderem, „ob Fürst Bismarck noch immer dieselbe hohe Meinung vom Grafen Andrássy hat wie früher? Er hielt ihn für einen ausgezeichneten Staatsmann.“ Ich sagte nur, daß Graf Andrássy seinen Nachfolgern manche Schwierigkeit ungelöst hinterlassen habe. Seine Majestät bemerkte: „Le Comte Kálnoky est très-bien jusqu'à présent, tout-à-fait correct,“ habe jedoch viele Hindernisse zu überwinden. In dieser Weise setzte sich das Gespräch längere Zeit fort, so daß ich passende Gelegenheit fand, zu erzählen, unser allergnädigster Kaiser und Herr werde den Kaiser Franz Joseph jetzt in Ischl sehen**, Graf Kálnoky werde Euere Durchlaucht in Varzin besuchen***, und alles bereite sich in erfreulicher Weise vor, um den heiligen Interessen der monarchischen Autorität und des Friedens zu dienen.

Euere Durchlaucht werden es, wie ich zu hoffen wage, gerechtfertigt finden, daß ich die Art und Weise, in welcher Kaiser Alexander meine Mitteilung aufnahm, bis in die kleinsten, fast kleinlich scheinenden Einzelheiten schilderte; ich möchte gern den guten Kern in der Natur dieses Monarchen kennzeichnen, und dabei darf ich die Außenseiten nicht mit Stillschweigen übergehen.

v. Schweinitz

## Nr. 642

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß, z. Z. in Ischl, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Geheim — Ischl, den 7. August 1884

Ich benutze die sichere Gelegenheit, die sich mir durch die Rückreise Seiner Majestät bietet, um Eurer Durchlaucht in Kürze über die Vorgänge hier in Ischl zu berichten.

Gleich beim ersten Zusammentreffen Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Ischl mit dem Kaiser von Österreich wurde von beiden

---

* Vgl. Nr. 633.
** Vgl. das folgende Schriftstück.
*** Vgl. Nr. 643.

Monarchen die Frage der Zusammenkunft à trois besprochen. Die Nachricht, daß dieser Gedanke auch vom Kaiser von Rußland mit Freuden aufgenommen war, fehlte noch und traf erst nachmittags nach der Tafel ein.

Der Kaiser Franz Joseph hat sich Seiner Majestät, wie auch mir gegenüber sehr erfreut über diesen Gedanken geäußert. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß er sich ein besseres Resultat von einer Zusammenkunft verspricht, bei welcher unser allergnädigster Herr anwesend sein wird, als von einem tête à tête mit dem Kaiser Alexander.

Kaiser Franz Joseph hat Seiner Majestät auf das bündigste versichert, wie ernst es ihm um die Erhaltung des Friedens mit Rußland sei, wie seine Politik weit entfernt davon sei, einen aggressiven Charakter gegen Rußland zu tragen, wie er sich in seiner orientalischen Politik keine weiteren Ziele gesteckt habe, und er keine ambitiösen Pläne verfolge, welche über den Boden des Berliner Friedens hinausgingen.

Ungeachtet des aufrichtigsten Bestrebens, den Wünschen der russischen Politik auf der Balkanhalbinsel Rechnung zu tragen und allen Kollisionen mit denselben aus dem Wege zu gehen, habe man hier leider die Erfahrung gemacht, daß Rußland auf jenem Gebiet nicht dieselbe Vorsicht befolge.

Kaiser Franz Joseph klage nicht den Kaiser Alexander an; er habe Vertrauen in dessen Loyalität und glaube, daß er, ebenso wie sein Minister, von den friedlichsten Absichten beseelt sei. Er glaube auch, daß der Kaiser von Rußland sich immer mehr und mehr entwickele, und daß ihm der Gedanke des Zusammengehens der drei Kaiserhöfe immer mehr in Fleisch und Blut übergegangen sei. Aber die große Disziplinlosigkeit der russischen Agenten im Auslande, die schädlichen Einflüsse, die sich in der nächsten Nähe dieses Monarchen geltend machten, könnten kein festes Vertrauen erwecken. Was hülfen da alle Verträge und bindende Abmachungen, wenn man sich so wenig darauf verlassen könnte, daß von der anderen Seite im Geiste derselben gehandelt würde.

Seine Majestät der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, haben dem Kaiser Franz Joseph nicht ganz unrecht geben können, da nach seinen näheren Beobachtungen das russische Treiben auf der Balkanhalbinsel nicht zu rechtfertigen sei. Allerhöchstderselbe hat aber hervorgehoben, wie das monarchische Interesse das feste Zusammenhalten der drei Kaiserhöfe unbedingt erheische, und jeder von seiner Seite hierfür Opfer werde bringen müssen, wenn es nötig sei.

Seine Majestät haben auch dem Grafen Kálnoky eine längere Audienz zu geben geruht, von welcher allerhöchstdieselben einen befriedigenden Eindruck erhalten haben. Unser allergnädigster Herr hat dem Minister in derselben Weise wie dem Kaiser von Österreich gesprochen. Wenn er auch die Klagen Österreichs für nicht ganz un-

gerechtfertigt halten konnte, so würde es doch schwer sein, dem Kaiser von Rußland zu sagen, daß er die Bestimmungen des Berliner Friedens mit Beziehung auf die Balkanländer nicht genau einhielte. Kaiser Alexander würde das gar nicht verstehen, weil er häufig in Unkenntnis über das Treiben der russischen Agenten sei, und weil bei den Russen sowieso schon der Glaube bestände, daß sie durch den Berliner Frieden schwer geschädigt worden seien. Seine Majestät hätten die Schöpfungen dieses Friedens immer als „eine Tendenz" betrachtet, Rußland von einem weiteren Vordringen nach den Meerengen abzuhalten. Es würde schwer sein, den Russen begreiflich zu machen, daß diese gegen ihre Ambition gerichtete Tendenz auch aufrechtzuerhalten sein werde.

Dagegen hat Graf Kálnoky entwickelt, wie schwierig es für die österreichische Politik sei, dem russischen Streben vollständig nachzugeben und den „Slawen-Ring" sich schließen zu lassen, welcher Österreich für alle Zeiten von der Türkei abbringen* würde. Die Aufgabe liege nach seiner Ansicht darin, einen Weg zu finden, um die legitimen Wünsche Rußlands mit Beziehung auf dessen Einfluß in beiden Bulgarien zu befriedigen, ohne dieses Abdrängen zu vollziehen.

Das an den Kaiser von Österreich gerichtete Handschreiben des Kaisers Alexander, welches die Einladung zur Zusammenkunft enthält, ist heute hier eingetroffen und vom Kaiser Franz Joseph unserem allergnädigsten Herrn sogleich vorgelegt worden.

Da der Kaiser von Rußland die Mitte des Monats September vorschlägt, so haben die beiden Monarchen sich verabredet, den 15. September als Tag der Zusammenkunft in Skiernewice festzusetzen und hiernach allerhöchstihre Dispositionen zu treffen.

H. VII. P. Reuß

## Nr. 643

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an Kaiser Wilhelm I.

Eigenhändig

Varzin, den 21. August 1884

Als Graf Kálnoky mir seinen Besuch** anmeldete, und den weiten Weg von Wien hierher nicht scheute, mußte ich annehmen, daß mir Verhandlungen von Wichtigkeit mit ihm bevorständen. Er ist aber vier Tage mit mir allein gewesen, ohne seinerseits eine Initiative mit Vorschlägen oder Wünschen zu nehmen. Mir ist der Eindruck geblieben,

---

* Mutmaßlich verschrieben für: abdrängen.
** Graf Kálnoky war vom 15.—19. August in Varzin zum Besuch des Fürsten Bismarck.

daß seine Reise den Zweck hatte, in Oest[er]reich und in der Welt überhaupt die Thatsache zur Anschauung zu bringen, daß das intime Verhältniß beider Mächte fortbesteht, und die Gewißheit zu erlangen, daß zwischen uns und Rußland keine geheimen Verabredungen bestehn, mit denen Oest[er]reich bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Polen überrascht werden könnte. Die Sorge, daß unser Verhältniß zu Rußland intimer werden könnte, wie das zu Oest[er]reich, und daß letztres sich bei der Begegnung der Monarchen neuen u[nd] für Oest[er]reich schwierigen deutsch-russischen Zumuthungen gegenüber befinden könne, hat in Wien beunruhigt. Diese Unruhe trat bei Graf Kalnoki zu Tage, so oft ich die Frage anregte, ob sich nicht eine Demarcationslinie zwischen Oest[er]reich und Rußland im Orient ermitteln ließe, durch welche der Einfluß einer jeden der beiden Mächte abgegränzt und der Rivalität beider im Balkan vor der Hand das Gefährliche benommen würde, welches sie für den Frieden unter ihnen hat. Mein öst[er]reichischer College war sichtlich beruhigt, nachdem ich ihm die Versicherung gegeben hatte, daß keine ihm unbekannte Verabredungen zwischen uns und Rußland existirten, und daß ich überzeugt wäre, Eure Majestät würden ohne Oest[er]reichs Wissen und Einvernehmen die Hand nicht dazu bieten, den Kaiser Franz Joseph dem Druck unerwarteter russisch-deutscher Vorschläge auszusetzen; meiner Ansicht nach würde die Begegnung der Majestäten nur dazu dienen, die Verträge, welche bisher zwischen Ihnen beständen, zu consolidiren, und die Consequenzen klar zu stellen, welche sich aus denselben ergeben. Daß Rußland damit umgehn sollte, Eurer Majestät und dem Kaiser Franz Josef unerwartete Vorschläge zu machen, läge weder in dem Character des Kaisers Alexander noch in den vorsichtigen und ängstlichen Gewohnheiten des Herrn von Giers. Geschähe es dennoch, so hätten unsre beiden Herrn und Ihre Minister vollkommen Zeit zur Verständigung unter einander.

Mit der Beruhigung über diesen Punkt schien das geschäftliche Bedürfniß des Grafen Kalnoki befriedigt zu sein. Die Punkte welche wir sonst noch besprachen, wurden von meiner Seite angeregt. Ich that dies in der Form, daß ich einige der Consequenzen geltend machte, welche meines Erachtens aus den schon bestehenden gegenseitigen Zusagen der drei Mächte hervorgingen. Dahin rechnete ich das stillschweigende Einverständniß darüber, daß Serbien dem öst[er]reichischen, Bulgarien aber dem russischen Einflusse vorbehalten bleibe; Rußland habe sich in der That in Serbien zurückgehalten, Oest[er]reich aber nicht in Bulgarien. Ich machte ferner geltend, daß für Oest[er]reich gewisse Grenzen in der Polenfreundlichkeit, für Rußland die Enthaltung der Einwirkung auf die öst[er]reichischen Unterthanen griechischer Confession als Consequenzen der eingegangnen Freundschaft beider Mächte anzusehn seien. Unsre Verträge verpflichteten die drei Kaisermächte schon heut, sich über die diplomatische Behandlung der orientalischen Fragen

in allen Fällen zu verständigen, bevor sie Stellung nehmen. Von diesen Fragen sei die egyptische nicht zu trennen, weil der Sultan dort wie am Balkan herrsche. Diese gegenseitige Rücksichtnahme habe auf der Londoner Conferenz zwar thatsächlich stattgefunden, aber nur in Folge jedesmaliger deutscher Vermittlung, nicht als Ergebniß der bestehenden geheimen Verträge. Es werde also wohl an der Zeit sein, diese letztern, mit dem Text in der Hand, bei der Begegnung der Monarchen durchzugehn, und sich über die Consequenzen zu verständigen, die sich aus jenen Verträgen für die heutige Situation ergäben. Hiergegen hatte Graf Kalnoki kein Bedenken; er verwahrte sich nur gegen die früher von Saburow angeregte Möglichkeit, schon jetzt bestimmte Abreden und Vertheilungen für den Fall der Eröffnung der türkischen Erbschaft zu treffen*. Hierin kann ich ihm nur beistimmen, glaube auch nicht, daß Herr von Giers sich diese Projekte Saburow's aneignet.

Bezüglich der egyptischen Frage theilt der öst[er]reichische Minister meine Meinung, daß die rechtliche Situation nach der Conferenz von London keine andre geworden ist als sie vorher war, daß das Schuldengesetz für alle Mächte nach wie vor verbindlich ist, und daß die Indemnitäten für das Bombardement von Alexandrien, wenn Egypten sie nicht zahlt, von England zu zahlen sein werden.

Ich bin sehr glücklich von allen Seiten zu hören, daß es mit Eurer Majestät Befinden gut geht. Wenn es bei den Bestimmungen verbleibt, daß die Begegnung der Majestäten am 15. September stattfindet, so bitte ich ehrfurchtsvoll um Erlaubniß, mich spätestens am 12. bei Eurer Majestät in Berlin melden und mich dem allerhöchsten Gefolge anschließen zu dürfen. Der Platz in Skierniewice wird beschränkt sein für die Zahl der höchsten Herrschaften, welche erwartet werden; ich möchte aber doch um huldreiche Erlaubniß bitten, mich wenigstens von meinem ältesten Sohne und womöglich von einem zweiten Beamten begleiten zu lassen, da das Schreibwerk vielleicht mehr wird als Einer leisten kann.

v. Bismarck

## Nr. 644

## Promemoria des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Bucher

Reinschrift

Berlin, den 5. September 1884

Die Reichstädter Abmachungen** zwischen Rußland und Österreich von 1876 enthalten Vereinbarungen für zwei Eventualitäten:

---

* Vgl. Nr. 605.
** Vgl. Bd. II, Kap. X, Nr. 233, 265 f.

den Ausbruch eines russisch-türkischen Krieges und eine in Folge dessen eintretende Auflösung des osmanischen Reichs. Österreich verpflichtete sich zu einer wohlwollenden Neutralität und erhielt dafür die russische Zustimmung zur Besetzung von Bosnien und der Herzegowina. Durch einen Additionalvertrag* wurden die Grenzen eventueller Annexionen festgesetzt, für Österreich: Bosnien und die Herzegowina, für Rußland in Europa: die beßarabische Grenze vor 1856. Beide Teile verpflichteten sich zur gegenseitigen diplomatischen Unterstützung zur Erreichung dieses Ziels gegenüber andern Mächten.

Die Abmachung von Reichstadt hat somit gegenwärtig keine praktische Bedeutung mehr[1]. Sie war transitorischer Natur und hat mit dem Friedensschluß, beziehungsweise dem Berliner Vertrag ihre Erledigung gefunden.

Der geheime Vertrag à trois von 1881 (resp. 1884) enthält im wesentlichen folgende drei Abmachungen:

1. Wohlwollende Neutralität der Mitkontrahenten für den Fall eines Krieges eines derselben mit einem vierten Staate.

2. Aufrechterhaltung der vertragsmäßig bestehenden „fermeture des détroits". Gemeinsame Schritte im Falle der Verletzung jener Bestimmungen.

3. Gegenseitige Rücksichtnahme auf die Interessensphäre der Kontrahenten auf der Balkanhalbinsel.

Da der Fall ad 1 nicht eingetreten ist, und zur Erörterung des zweiten Punktes ein Anlaß nicht vorgelegen hat, so hat bisher von den Stipulationen des geheimen Vertrages nur die sub 3 aufgeführte praktische Bedeutung gehabt pp.**

Es ist nicht zu verkennen, daß gegen die sub 1—5 aufgezählten Bestimmungen des Protokolls, welche die praktische Anwendung des Artikels II des Vertrages enthalten, sowohl russischer- als österreichischerseits mehrfach verstoßen worden ist[2].

Serbien anlangend, werden die fortgesetzten revolutionären Umtriebe daselbst seitens des Wiener Kabinetts auf Machinationen russischer Agenten, die angeblich unter Konnivenz des offiziellen russischen Vertreters in Belgrad handeln sollen, zurückgeführt. Der serbische Agitator Pasitsch hat nach österreichischen Quellen mehrfach Zusammenkünfte mit Jonin gehabt und ist von diesem mit dem der serbischen Regierung feindlichen Exmetropoliten Michael in Verbindung gesetzt worden. Wenn hierin wenig Rücksicht auf die Interessensphäre Österreichs liegt, so hat auf der andern Seite auch Graf Kálnoky vom Vertragsboden sich entfernt, wenn er (Januar d. Js.) die Ab-

---

* Vgl. Nr. 266.

** Es folgt der Wortlaut der sub. 3 aufgeführten Abmachung des Vertrages (Art. II) und eine Spezifizierung der Bestimmungen des Zusatzprotokolls 1—5. Siehe den Text des Drei-Kaiser-Bündnisses nebst Zusatzprotokoll von 1881, Kap. XIV. Nr. 532.

sicht aussprach, im Falle weiterer Umtriebe eventuell in Serbien einzurücken.

In dem serbisch-bulgarischen Konflikte ist eine endliche Verständigung unter den Kaisermächten erst infolge diesseitiger direkter Einwirkung zustande gekommen. Zu Beginn des Streites nahmen die russischen Vertreter in Sofia und Belgrad unbedingt Partei für Bulgarien, die österreichischen ebenso für Serbien, ohne Fühlung oder Verständigung untereinander zu suchen. Die Relation des österreichischen Vertreters in Sofia ist, wie Graf Kálnoky selbst anerkennen mußte, durchaus parteiisch und einseitig gefärbt, während auf der anderen Seite das Wiener Kabinett über die „schroffe Stellungnahme der russischen Regierung“ sich beschwert hat, „die sich wieder einmal von ihrem Vertreter in Sofia habe hintergehen lassen und daraufhin Serbien die einzige Schuld an dem Streite beimesse“.

In St. Petersburg hat es befremdet, daß der österreichische Botschafter in Rom* die italienische Regierung ersucht hat, an den Demarschen der drei Kaiserhöfe wegen Beilegung des serbisch-bulgarischen Konflikts teilzunehmen, während doch lediglich eine entente à trois verabredet gewesen sei.

Hinsichtlich Bulgariens besteht zwar in der Theorie Übereinstimmung unter den Mächten darin, daß, wenn es zu einer Vereinigung beider Bulgarien innerhalb der bisherigen Grenzen kommen sollte, dies weder den österreichischen noch den russischen Interessen zuwiderlaufen würde. Dessenungeachtet ist gerade hier die Haltung des russischen und des österreichischen Vertreters fast immer eine schroff entgegengesetzte gewesen; dieselben haben unter sich weder Fühlung gesucht, noch gefunden. Wenn das Wiener Kabinett darüber sich beklagt, daß die russische Regierung ihre zahlreichen Agenten, welche auf eine völlige Russifizierung des Landes hinarbeiteten und die Stellung des Fürsten zu untergraben suchten, ruhig gewähren lasse, so vergißt es dabei, daß es eine russische Interessensphäre, zu der in erster Linie Bulgarien und Ostrumelien gehört, tatsächlich schon früher anerkannt hat. Auch für den bösen Willen der bulgarischen Regierung, den das Wiener Kabinett häufig, besonders in der Frage der Eisenbahnkonvention, zu fühlen hatte, wurden die in Ministerstellungen befindlichen russischen Generale** und die denselben von St. Petersburg erteilten Instruktionen, vielleicht nicht immer mit Grund, verantwortlich gemacht. Ein Teil der Schuld an den häufigen Mißhelligkeiten in Bulgarien wird der Haltung der dortigen österreichischen Agenten, insbesondere des Baron Biegeleben zuzuschreiben sein, „welcher an einem Brennpunkte wie Sofia kein zuverlässiges Organ ist, wenn man in Öster-

* Graf E. Ludolf.

** Es handelt sich vor allem um die russischen Generäle Sobolew und Kaulbars, die im September 1883 ihre Entlassung nahmen, dann um Fürst Kantacuzen der im Januar 1884 bulgarischer Kriegsminister wurde.

reich den Frieden mit Rußland ehrlich will" (Erlaß an Prinz Reuß d. d. Varzin, den 21. Juli 1884*).

Dem im vorigen Jahre viel besprochenen Gedanken der Gründung eines Balkanbundes stand Rußland anscheinend nicht fern. Wiener Quellen, die auch anderweit Bestätigung fanden, wollten wissen, daß Herr von Nelidow im letzten Sommer bemüht war, der Pforte begreiflich zu machen, daß die Gründung eines Balkanbundes für die Türkei nützlich sei; Bulgarien und Montenegro seien für den Plan bereits gewonnen. Wenige Monate später meldeten englische und österreichische Quellen, daß General Ignatiew (während der Beurlaubung des Herrn von Giers) mit dem türkischen Botschafter in St. Petersburg** einen türkisch-russischen Allianzplan entworfen und besprochen habe, der besonders für den Fall eines Krieges mit Österreich in Kraft treten sollte.

Auch bei der Frage der Ernennung eines neuen Generalgouverneurs für Ostrumelien (April d. Js.) ging Rußland seine eigenen Wege. Es machte zunächst gegen die Wiederwahl Aleko Paschas entschiedene Opposition und unterstützte später die Kandidatur Chrestowitsch, beides ohne Einvernehmen mit Österreich. Graf Kálnoky äußerte sich damals sehr gereizt über das einseitige Vorgehn Rußlands, dem er eine vorherige Verständigung über die Frage vorgeschlagen habe.

In Rumänien erregt die agitatorische Tätigkeit des russischen Gesandtschaftspersonals seit lange nicht allein Mißstimmung in den amtlichen Kreisen Bukarests, sondern auch Mißtrauen bei der österreichischen Regierung. Die russische Gesandtschaft bildet den geselligen Vereinigungspunkt der regierungsfeindlichen Elemente des Landes und unterhält enge Verbindung mit dem Österreich feindlichen serbischen Exmetropoliten Michael. Zweck der russischen Agitation sei die Verhetzung mit Österreich und die Erschütterung der Stellung des Königs Karol. Auf Beschwerde Sturdzas antwortete der russische Gesandte Fürst Urussow, den Freunden Rußlands im Lande sei es nicht zu verargen, wenn sie mit der neuen auswärtigen Politik des Herrn Bratianu nicht sympathisierten. Auch Herr von Giers nahm seine Agenten in Schutz (wie aus dem Berichte vom 17. Juli d. Js. ersichtlich), und leugnete die tatsächliche Richtigkeit der rumänischen Beschwerdepunkte.

Faßt man die in Vorstehendem aufgeführten Wahrnehmungen und Tatsachen zusammen, so ergibt sich, daß der geheime Vertrag in denjenigen Bestimmungen nicht in Erfüllung gegangen ist, welche Rußland und Österreich eine Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Interessen in der Balkanhalbinsel und folgeweise den Vertretern beider Mächte eine vorherige Verständigung untereinander auferlegen.

---

* Siehe Nr. 640.

** Marschall Schakir Pascha.

Vorschläge darüber, wie in Zukunft dergleichen Abweichungen von dem Wortlaute und Geiste des Vertrages zu vermeiden seien, würden daher im wesentlichen auf eine schärfere Betonung oder Formulierung jener Vertragsstipulationen hinauslaufen. Es könnte etwa eine Deklaration des Artikels II des Vertrages in dem Sinne versucht werden: daß die kontrahierenden Mächte sich jede separate Einmischung und Einwirkung auf die Verhältnisse von Serbien, Bulgarien, Ostrumelien und Montenegro versagen und sich verpflichten, in jedem einzelnen Falle, der zu einer Einwirkung Anlaß bieten könnte, eine vorherige Verständigung untereinander zu suchen. Zugleich würden die Agenten in den genannten Gebieten mit einer dieser Deklaration entsprechenden Weisung zu versehen sein. pp.

Bucher

Randbemerkungen des Fürsten Bismarck:
[1] Das fragt sich
[2] ja

Nr. 645

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 254
Ganz vertraulich

Wien, den 19. September 1884

In dem Gespräch, welches Graf Kálnoky mit dem Kaiser von Rußland nach Eurer Durchlaucht Abreise in Skiernewice* gehabt, hat sich Seine Majestät u. a. über seine Besorgnis ausgesprochen, daß das jetzige englische Ministerium zu Fall kommen könnte. Rußland habe sich des Verhaltens der liberalen Regierung bisher nur zu rühmen gehabt, und wenn auch das unhöfliche Benehmen der englischen Bevollmächtigten in der letzten Konferenz** sowie die Politik des Herrn Gladstone in der ägyptischen Frage nicht zu billigen wäre, so würde er doch bedauern, wenn dieser Staatsmann einem Tory-Ministerium Platz machen müßte.

* Die Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Skiernewice fand vom 15.—17. September statt. Fürst Bismarck, Herr von Giers und Graf Kálnocky nahmen daran teil. Irgendwelche Aufzeichnungen über die in Skiernewice gepflogenen Besprechungen liegen nicht bei den Akten; zu einem Berichte des Botschafters in Rom von Keudell vom 20. September 1884, der „mit Rücksicht auf die besondere Stellung Italiens zu den Zentralmächten" um eine Instruktion über die Vorgänge in Skiernewice bat, bemerkte Fürst Bismarck: „Es haben kein[e] polit[ische] Vorgänge stattgefunden; S[eine] M[ajestät] hat den Danziger Besuch erwiedert, nachdem hier bekannt geworden, daß der K[ai]s[er] von Oest[er]r[eich] den von Rußland bei Gelegenheit von dessen Grenz-Reise besuchen werde. Nur Courtoisie u[nd] Friedensliebe".
** Gemeint ist die Londoner Konferenz; vgl. Kap. XX, Nr. 680, S. 413, Fußnote **.

Hierbei ist Kaiser Alexander indessen genötigt gewesen, anzuerkennen, daß die radikale Strömung, welche jetzt in der britischen Regierung vorherrschte, eine Gefahr für das monarchische Prinzip im allgemeinen in sich trage. Denn England sei schon fast nicht mehr zu den Monarchien zu rechnen, sei ein Wahlkönigreich.

Von hier zu Frankreich übergehend habe der Kaiser bemerkt, es sei doch bedenklich, daß dort die republikanischen Ideen so tiefe Wurzeln schlügen, weil dieselben von dort aus auch sich über die alten Kontinentalmonarchien verbreiten könnten. Es würde ihm deshalb nützlich erscheinen, wenn in Frankreich die monarchische Regierungsform wieder eingeführt werden könnte. Es schiene ihm dies nicht unmöglich. Seine Majestät haben bei dieser Wendung des Gespräches gefragt, ob Graf Kálnoky glaube, daß die Politik Deutschlands fortfahren werde, sich gegen die Wiedereinführung der Monarchie in Frankreich zu erklären; hierin läge doch ein sehr großes Hindernis für eine Restauration.

Der österreichische Herr Minister hat dem Kaiser erwidert, er glaube nicht, daß Eure Durchlaucht prinzipiell gegen eine monarchische Restauration in Frankreich seien, nur müsse man wissen und Sicherheit haben, ob das Deutsche Reich und mit ihm ganz Europa durch eine solche Änderung in der Regierungsform nicht der Gefahr ausgesetzt sein würde, den Frieden wieder bedroht zu sehen, dessen Fortbestand die republikanische Regierung Frankreichs bis jetzt nicht gefährdet habe. Eine französische Monarchie, welche die Tatsachen anerkennen und die Verträge respektieren würde, schiene ihm an und für sich akzeptabel, nur könne man nicht dafür eintreten, daß eine solche monarchische Regierung auch imstande sein würde, beim besten Willen diese Grundsätze zu befolgen.

Daß Deutschland nichts dazu tun könnte, bei einer solchen vom Kaiser Alexander gewünschten Restauration mitzuhelfen, läge wohl auf der Hand, da das Unternehmen hierdurch selbstverständlich von vornherein gefährdet sein werde.

Der Kaiser hat diese Bemerkungen des Grafen als richtig anerkannt, aber seine Sympathie für eine Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich dennoch sehr entschieden ausgesprochen.

H. VII. P. Reuß

Nr. 646

## Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 255
Vertraulich

Wien, den 19. September 1884

Der Kaiser von Österreich ist, wie mir Graf Kálnoky sagt, außerordentlich befriedigt von Skiernewice hierher zurückgekehrt.

Neben dem Eindruck, welchen die Zusammenkunft der 3 Monarchen im Sinne des europäischen Friedens auf die Welt gemacht hat, hält der österreichisch-ungarische Herr Minister es für das größte Resultat dieses Ereignisses, daß sein Kaiser durch die persönliche Aussprache mit dem Kaiser von Rußland und durch den, wenn auch nur kurzen Umgang mit ihm ein größeres Vertrauen in dessen Person, seine Gesinnungen und Absichten gewonnen hat. Es wäre dieser Umstand von unschätzbarem Wert für das weitere Zusammenleben mit diesem Nachbar. Hierdurch würde in Fragen, die ja unausbleiblich auftauchen und das Verhältnis beider Reiche zueinander berühren würden, eine Verständigung erleichtert werden.

Der Kaiser Franz Joseph hat einen guten Eindruck vom Kaiser Alexander mitgenommen; er hat bei demselben weit mehr Verständnis für politische Fragen gefunden, als er dies erwartet hatte. Ebenso hat er den aufrichtigen Wunsch zu bemerken geglaubt, mit Österreich auf gutem Fuß zu leben und dessen Interessen zu würdigen. Graf Kálnoky hat nicht mit Stillschweigen übergangen, sondern mit lebhaftem Danke anerkannt, welchen Einfluß die gleichzeitige Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers und Königs und Euerer Durchlaucht auf den guten Verlauf der Entrevue gehabt habe. In seinem Gespräche mit dem Kaiser von Rußland hat er bei ihm deutliche Spuren von den Gedanken gefunden, welche nur von Euerer Durchlaucht kommen konnten, und die sichtlich Eindruck gemacht hatten. Besonders sei es aber der ganze Ton, der auf russischer Seite zu bemerken gewesen, der auf die Österreicher einen wohltuenden Eindruck gemacht habe. Und wenn man sich auch angesichts der in Rußland leider nicht ausgeschlossenen besorglichen Aussichten bei Betrachtung dieses erfreulichen Tones immer sagen müsse, pourvu que cela dure —, so erleichtere doch diese jetzt glücklicherweise hergestellte Umgangsweise das gegenseitige Verhältnis ganz bedeutend; und dies sei ein großer Gewinst.

Von der Ministerbesprechung hat mir Graf Kálnoky Verschiedenes erzählt. Wenn auch die Frage der Begrenzung der Machtsphären beider Reiche auf der Balkanhalbinsel nicht ausdrücklich zur Besprechung gekommen sei, so sei dieselbe doch mehrfach indirekt berührt worden. Man habe von Serbien geredet, und Herr von Giers habe, wenn vielleicht auch mit Schmerzen, zugestehen müssen, daß es in der Natur der Verhältnisse liege, wenn dieses neue Königreich an Österreich-Ungarn seine Hauptanlehnung suchte und fände. Der russische Minister habe allerdings keine freundschaftlichen Gesinnungen für den König Milan an den Tag gelegt, aber andererseits erklärt, daß die Familie Karageorgewitsch niemals auf die Unterstützung der russischen Regierung rechnen könne, und der König schließlich doch vielleicht die einzig mögliche Figur für den dortigen Thron sei.

Auch an der Person des Fürsten von Bulgarien solle nicht gerührt

werden (dies hat mir auch Fürst Lobanow vertraulich auf das entschiedenste versichert), und man wolle russischerseits jene Länder mehr sich selbst überlassen und ihnen Zeit geben, sich in sich auszubilden. Daß sowohl von Euerer Durchlaucht als auch vom Grafen Kálnoky der Generalgouverneur von Ostrumelien* gelobt worden, sei dem russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten offenbar angenehm gewesen.

Graf Kálnoky hat in dem Gespräch, welches er erst nach der Abreise Euerer Durchlaucht mit dem Kaiser Alexander gehabt, ausdrücklich nochmals hervorgehoben, wie erfreulich die Einstimmigkeit der drei Kabinette darüber sei, den Status quo aufrecht zu erhalten, und hat ihm Seine Majestät auch aufs neue die Zusicherung gegeben, daß dies sein ernstlicher Wille sei; überhaupt war der österreichisch-ungarische Herr Minister ganz außerordentlich befriedigt durch dieses Gespräch. Er hatte den Kaiser Alexander, seit er ihn nicht gesehen, sehr viel entwickelter und zu seinem Vorteil verändert gefunden.

Graf Kálnoky bemerkte, daß, wenn auch unter den drei Ministern nichts Konkretes abgemacht worden, so seien doch bei der gemeinsamen Besprechung viele Kapitel berührt und mit Nutzen beredet worden, und man könne hoffen, daß von nun ab auch wirklich eine größere Einmütigkeit zwischen den befreundeten Kabinetten herrschen werde.

Ferner hat mir Graf Kálnoky mitgeteilt, was über die endgültige Beilegung des serbisch-bulgarischen Konflikts gesprochen und wie man auf Euerer Durchlaucht Wunsch darüber schlüssig geworden sei, die Prinzipienfrage über Feststellung von Grenzen an Flußläufen durch Fachgelehrte in Berlin vorgängig prüfen zu lassen. pp.

Was die Stellung der verbündeten Mächte gegenüber der Politik Englands in der ägyptischen Frage anbetreffe, so seien Euere Durchlaucht der Ansicht gewesen, daß es jetzt besser wäre, keine Schritte zu tun, aber an den von den drei Kabinetten als Basis ihrer Politik akzeptierten drei Punkten festzuhalten**.

Graf Kálnoky erzählte mir, daß Herr von Giers vor der Zusammenkunft die Besorgnis gehabt habe, es würden Vorschläge in betreff eines gemeinsamen Vorgehens gegen England gemacht werden. Dies sei weder von Euerer Durchlaucht noch von ihm geschehen, worüber der russische Minister sehr erfreut gewesen sei. Auch bei Besprechung der zentralasiatischen Verhältnisse sei nicht davon die Rede gewesen, in Persien unsererseits Stellung für die russischen und gegen die englischen Wünsche zu nehmen.

Die Frage des Herrn von Giers: qu'allons-nous faire de la Turquie, sei nicht ausdrücklich beantwortet worden. Graf Kálnoky habe darauf hingewiesen, daß die Stellung der Pforte zu der ägyptischen

---

* Gabriel Pascha Chrestowitsch, Nachfolger von Aleko Pascha seit Mai 1884.
** Siehe Kap. XX und XXI.

Frage durch die Verträge eine sehr klare sei; Euere Durchlaucht hätten indessen bemerkt, es würde weiser sein, den Sultan dies nicht allzudeutlich merken zu lassen, weil dieser Souverän daraus sofort den Schluß ziehen könnte, die drei Mächte würden für ihn und seine Rechte in Ägypten die Waffen ergreifen.

Noch wollen Euere Durchlaucht mir gestatten zu melden, daß mein russischer Kollege mir ganz glücklich über den guten Verlauf der Entrevue gesprochen hat. Kein Mißton habe sich bemerklich gemacht, und sein allergnädigster Herr sei während derselben in der besten Laune, und nachher sehr zufrieden damit gewesen, daß die Sache zustande gekommen, und er sich in direktem Kontakt mit seinem hohen Verbündeten habe befinden können.

Fürst Lobanow hob den tiefen Eindruck hervor, welchen die Erscheinung unseres allergnädigsten Herrn auf alle Anwesenden gemacht habe; die Abreise Seiner Majestät sei ein wahrhaft feierlicher Akt gewesen.

Je ne puis pas nier, setzte der Botschafter hinzu, que vis-à-vis de nos hôtes allemands les Autrichiens sont restés un peu sur le second plan. Er habe mehrmals Gelegenheit gehabt, daran zu erinnern, daß man die österreichischen Gäste nicht vergäße.

H. VII. P. Reuß

Nr. 647

## Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 245 St. Petersburg, den 23. September 1884

Herr von Giers sagt mir, er sei besonders erfreut darüber, daß die Drei-Kaiser-Begegnung auch auf die hiesigen militärischen Kreise einen günstigen Einfluß ausgeübt habe. In diesem Sinne hätten sich ihm gegenüber insbesondere die Generäle Gurko und Drenteln ausgesprochen, welche früher in Skobelewschen Ideen befangen gewesen wären. Der Minister fuhr fort: „Unser Kaiser ist nicht demonstrativ. Er ist verlegen, so verlegen, daß es ihm beispielsweise in Skiernewice unmöglich war, beim Dîner den schon auswendig gelernten Toast zu sprechen. Dafür ist der Kaiser konsequent: Was er als richtig erkannte, daran hält er fest. Der Kaiser war in zufriedenster Stimmung, als ich ihn am 17. d. Mts. verließ. Seine Verehrung und Bewunderung für Ihren allergnädigsten Herrn ist durch dieses Zusammensein noch erhöht worden. Die beiden Unterredungen, welche der Kaiser mit dem Fürsten Bismarck hatte, haben Seine Majestät über vieles beruhigt und außerordentlich befriedigt.“ Herr von Giers bemerkte noch, daß das Bildnis, welches Seine Majestät der Kaiser Alexander Euerer

Durchlaucht verehrte, ein Originalporträt sei, von einem der besten russischen Maler herrühre und dieselbe Größe habe, wie das im Beratungssaale des Reichsrats hängende Bild. Graf Woronzow-Daschkow* bat den Minister, dies noch nachträglich zu Euerer Durchlaucht Kenntnis zu bringen, damit recht ersichtlich sei, wie Seine Majestät der Kaiser Alexander Hochdenselben ein wirklich schönes Geschenk zu machen den Wunsch gehabt habe. Über Ihre Majestät die Kaiserin äußerte der Minister unter anderm, daß er allerhöchstderselben nach der Abreise der beiden Kaiser aus Skiernewice scherzend gesagt habe: „Vous voyez que ce que j'ai toujours prédit à Votre Majesté est arrivé; voilà Votre Majesté sous le charme du chancelier." Die Kaiserin habe geantwortet: „Vor zehn Jahren hätte ich dies selbst nicht für möglich gehalten; damals lag der dänisch-deutsche Krieg mir noch zu nahe. Jetzt denke ich anders, nicht mehr als Dänin, sondern als Russin. Gott sei Dank, daß nun alles in Ordnung gekommen ist."

Hinsichtlich der politischen Konsequenzen der Drei-Kaiser-Begegnung meinte der Minister, daß zwischen Rußland und Deutschland gute Beziehungen aufrecht zu erhalten nicht schwer sei, da zwischen beiden Mächten keinerlei divergierende Interessen vorhanden wären. Zwischen Rußland und Österreich existiere allerdings ein tiefgehender Antagonismus. „Là-dessus il n'y a aucune illusion à se faire. J'en sais quelque chose, j'ai vécu vingt ans en Orient." Seitdem sich jedoch die Kaiser von Österreich und Rußland persönlich ausgesprochen hätten, würde es leichter sein, etwa entstehende Differenzen durch freundliche Auseinandersetzung von Fall zu Fall beizulegen. Ähnlich drückte sich der Chef des asiatischen Departements, Herr Sinowjew, aus, welcher im Ministerium des Äußern die Katkowsche Richtung vertritt. Herr Sinowjew ließ dabei die Bemerkung fallen, daß die Verstimmung, welche während einiger Jahre in Rußland gegen Deutschland geherrscht habe, das Werk des Grafen Ignatiew und einiger anderer „Intriguants haut placés, mais moralement de bas étage" gewesen wäre, die mit ihren Umtrieben lediglich persönliche Zwecke verfolgt hätten. Er, Sinowjew, und seine Freunde hätten hierfür Beweise, die vielleicht einmal veröffentlicht werden würden. Österreich gegenüber müsse und werde Rußland, um das notwendige und wohltätige Einvernehmen zwischen den drei großen Kaiserreichen aufrecht zu erhalten, eine loyale und möglichst versöhnliche Politik verfolgen. Auch Baron Jomini sprach mir seine Freude über die Drei-Kaiser-Begegnung aus, die er als ein außerordentlich glückliches Ereignis bezeichnete, durch welches die Periode der „kleinen Mißverständnisse" definitiv überwunden sei. Mein italienischer Kollege, Graf Costa, ein in der hiesigen Gesellschaft gern gesehener Diplomat, erzählt mir, daß der Besuch der beiden erhabenen Monarchen von Deutschland und Öster-

---

* Russischer Minister des Kaiserlichen Hauses.

reich dem russischen Nationalgefühl sehr geschmeichelt habe. Er habe in den letzten Tagen öfters äußern hören, daß die Entrevue das Prestige des Kaisers Alexander in den Augen seiner Untertanen bedeutend erhöhen werde.

Von den Auslassungen der russischen Presse erscheint mir am beachtenswertesten ein Artikel des offiziösen „Warschawsky Dnjewnik". Derselbe bezeichnet das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland als ein einfaches, da keines dieser Länder dem andern im Wege stehe. Österreich-Ungarn gegenüber sei die Situation eine kompliziertere: Aber allmählich werde Rußland sich daran gewöhnen, mit dem österreichischen Einfluß auf einem Teile der Balkanhalbinsel zu rechnen, gerade so wie Österreich im Osten der Halbinsel den russischen Einfluß als berechtigt anerkennen werde. Wie mir der Redakteur des „Journal de St. Pétersbourg", Herr Horn, sagt, hat der Chef des Warschauer Preßbüros diesen Artikel nach einer längeren Unterredung geschrieben, welche General Gurko in Skiernewice mit Herrn von Giers hatte. B. von Bülow

Nr. 648

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 592
Geheim

Berlin, 29. September 1884
[abgegangen am 1. Oktober]

Aus dem zu Ew. ausschließlich persönlichen Kenntnisnahme abschriftlich beigefügten Berichte* wollen Sie ersehen, daß der Kaiser Alexander in Skiernewice noch Gelegenheit genommen hat, seine Ansichten über die für England und für Frankreich zu wünschende Regierungsart dem Grafen Kálnoky darzulegen. Als das Haupthindernis einer monarchischen Restauration in Frankreich scheint Seine Majestät die deutsche Politik bezeichnet zu haben. Er hat den Grafen gefragt, ob derselbe glaube, daß die deutsche Regierung in ihrem Widerstande gegen die Aufrichtung einer französischen Monarchie beharren werde.

Infolge dieser Mitteilung hat der Fürst Reichskanzler angeordnet, daß ein früheres Diktat zu Ew. Kenntnis gebracht werde, in welchem er sich über seine Stellung zur Frage der monarchischen Restauration in Frankreich ausspricht**. Den Inhalt dieses Schriftstücks wollen Sie bei sich darbietender Gelegenheit in der Unterhaltung mit Herrn von Giers verwerten, ohne jedoch auf die eingangs erwähnten Äußerungen des Kaisers Alexander irgendwie Bezug zu nehmen. Als

* Siehe Nr. 645.
** Siehe Nr. 676.

der Grundgedanke unsrer Politik wird hervorzuheben sein, daß wir uns unter keinen Umständen in die innern Verhältnisse Frankreichs einmischen und die Monarchie dort nicht bekämpfen werden. Falls es zu einer Restauration käme, würde sich unsre Politik Frankreich gegenüber deswegen nicht ändern.

Busch

Nr. 649

## Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 261 St. Petersburg, den 3. Oktober 1884

Ich hatte eine sichere Gelegenheit benützt, um den Kaiserlichen Konsul in Moskau zu veranlassen, sich vertraulich über den Eindruck zu äußern, welchen die Drei-Kaiser-Begegnung dort hervorgerufen habe. Herr Bartels antwortete: „Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Drei-Kaiser-Zusammenkunft den hiesigen slawophilen Kreisen keineswegs willkommen gewesen ist, da als notwendige Konsequenz zunächst die Einstellung der Agitation an der Donau und auf der Balkanhalbinsel sich ergeben dürfte... Schon die deutsch-russische Entente war den Slawophilen unangenehm. Gelegentlich der Versetzung des Fürsten Orlow nach Berlin* hieß es: «La Russie oublie sa force; wir kokettieren nur mit Deutschland, bis unsere polnischen Festungen fertig sind; das wird noch einige Jahre dauern, dann kann's losgehen»". pp.

Herr von Giers bemerkte gestern beiläufig, daß die Moskauer „Ideologen", insbesondere Herr Aksakow, fürchteten, Rußland könne in Skiernewice Österreich zu weitgehende Konzessionen gemacht haben; alle verständigen Leute sehen jedoch auch in Moskau in der Drei-Kaiser-Begegnung einen Beweis für das Ansehen, dessen sich jetzt Rußland in Europa erfreue. Ähnlich ließ sich der Minister des Innern, Graf Tolstoi, aus.

Herr Aksakow protestiert in seiner Zeitschrift „Russj" namentlich dagegen, daß Österreich sich Bosnien und die Herzegowina dauernd einverleibe, und überhaupt auf der westlichen Hälfte der Balkanhalbinsel der österreichische Einfluß prädominiere. „Österreich wird", schreibt Herr Aksakow, „die Balkanhalbinsel mit Schienen umgürten, Montenegro mit Festungen umzingeln, die Bulgaren und Serben sich ökonomisch unterwerfen, Bulgarien, Serbien und Mazedonien mit jesuitischen Missionen überschwemmen, mit seinen Erziehungsanstalten,

* Vgl. S. 318, Fußnote**.

katholischer Propaganda, endlich deutschen Kolonisten — und wo bleiben wir?“ Verständiger spricht sich Herr Katkow aus. „Eins der besten Resultate der Zusammenkunft in Skiernewice“, meint unter anderm die Moskauer Zeitung, „ist die Herstellung aufrichtiger Beziehungen zwischen Rußland und Österreich, ähnlich denjenigen, die zwischen Rußland und Deutschland existieren. Es ist wahr, daß die Herstellung solcher Beziehungen im letzteren Falle weit leichter war, weil zwischen Rußland und Deutschland nur Mißverständnisse bestanden, die durch persönliche Zufälligkeiten hervorgerufen worden waren, während zwischen Rußland und Österreich leicht reale Anlässe zu einer für beide Seiten unvorteilhaften Disharmonie entstehen können, selbst wenn es nicht zu einem offenen Zusammenstoße kommen sollte“. Ich bin weit entfernt in Abrede zu stellen, daß trotz solcher Äußerungen die größte Vorsicht Rußland gegenüber nach wie vor indiziert ist. Aber es bezeichnet immerhin einen Fortschritt, daß Herr Katkow sich derartig ausläßt. Vor wenigen Monaten war die Stimmung im Hause dieses einflußreichen Politikers noch eine derartige, daß sein Sohn, der bei der Garde à Cheval steht, als einige österreichische Diplomaten bei diesem Regimente zu einem Liebesmahl erschienen, den Speisesaal mit der lauten Bemerkung verließ: „Er setze sich nicht mit Österreichern an einen Tisch.“ Mit besonderer Wärme plädiert Herr Katkow dafür, daß Österreich mit Deutschland und Rußland gemeinsame Sache mache „in der Bekämpfung jener internationalen Banditen, die bereit sind, jeder dunklen Sache zu dienen und sich eines Asylsrechts erfreuen bei Regierungen, die entweder sinnlos oder gewissenlos sind“.

B. von Bülow



Kapitel XX

# Ansätze zu einer Deutsch-Französischen Verständigung 1878—1885



Nr. 650

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Abschrift

Varzin, 26. Januar 1878

Eurer Durchlaucht danke ich verbindlichst für Ihren Brief vom 19. d. Mts.*. Ich werde, sobald ich wieder in Berlin bin, dem Grafen St. Vallier in jeder Weise entgegenkommen, um an den Tag zu legen, daß nur die polnisch-ultramontanen Beziehungen seines Vorgängers dies früher dem französischen Botschafter gegenüber verhindert haben. — Für die Besuche der Pariser Ausstellung durch hohe Herrschaften möchte ich aber doch die Verantwortlichkeit nicht gern übernehmen; einmal würde es den Franzosen — wenigstens den Tonangebern der Aufregungen — den Eindruck machen, als hätten wir, wie ein französisches Blatt sich ausdrückte „le cauchemar des coalitions", und würben in dieser Besorgnis um gut Wetter in Frankreich: dann aber glaube ich nicht, daß der Kronprinz vor Attentaten resp. Beleidigungen bei dem besten Willen der Regierung sichergestellt werden kann. Solange kein Fall vorliegt, daß französische Richter oder Geschworene den Mord, wenn er an einem Deutschen begangen ist, für strafbar halten, muß ich auch befürchten, daß sich Franzosen finden werden, denen

* Nachdem der Konflikt zwischen dem staatsstreichlüsternen Präsidenten Mac Mahon und der französischen Volksvertretung mit der Berufung des Kabinetts Dufaure-Waddington (13. Dezember 1877), d. h. mit dem vollen Rückzug des Marschalls geendet hatte, schritt die französische Regierung von sich aus, ohne daß es eines neuen Eingreifens der deutschen Regierung bedurft hätte, zur Abberufung des klerikal-legitimistischen Botschafters Gontaut de Biron von seinem Berliner Posten. Der zu seinem Nachfolger ausersehene Graf de St. Vallier, der von seiner Tätigkeit als Commissaire extraordinaire bei dem Oberbefehlshaber der deutschen Okkupationstruppen in Nancy (vgl. Bd. I, Nr. 89) in bestem Andenken bei der deutschen Regierung stand, wurde von dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck mit aufrichtiger Genugtuung als Träger besserer Beziehungen zur französischen Republik begrüßt. Seinerseits führte sich der neue Botschafter, der am 28. Januar 1878 in Berlin eintraf, bei dem Staatssekretär von Bülow und dem Fürsten Bismarck als „Organ des Vertrauens und des Friedens" ein (vgl. dazu auch George Pagès, L'Hégémonie Allemande [1871—1904] im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I, [1919], p. 169). Schon vor seiner Ankunft hatte er bei dem Botschafter Fürsten von Hohenlohe, wie dieser am 19. Januar berichtete, im Sinne einer Besserung der deutsch-französischen Beziehungen angeregt, daß möglichst viele höchste Herrschaften aus Deutschland zur Besichtigung der Weltausstellung nach Paris kommen möchten.

Verbrechen oder Roheit gegen den deutschen Thronerben eine verdienstliche Handlung scheint. — Ich bitte indessen, für jetzt in der Zurückhaltung zu verharren, und werde erst abwarten, was St. Vallier mir sagt.

(gez.) v. Bismarck

Nr. 651

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an Kaiser Wilhelm I.

Ausfertigung

Berlin, den 4. März 1878

Der hiesige französische Botschafter hat dem Herrn Reichskanzler vor einigen Tagen mitgeteilt, daß seine Regierung, indem sie übrigens die Gründe anerkennen müsse, welche einer Beteiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung im großen entgegenstehen, doch den dringenden Wunsch hege, die Ausstellung wenigstens von seiten der deutschen Künstler durch Gemälde und Bildwerke beschickt zu sehen. Zugleich ist von dem Grafen St. Vallier hinzugefügt worden, daß für den verhofften Fall einer diesem Wunsche entsprechenden Entschließung für Deutschland ein angemessener besonders günstiger Raum in dem für Kunstwerke bestimmten Gebäude so lange als möglich werde reserviert werden.

Der Reichskanzler hat den Intentionen Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gemäß zu handeln geglaubt, indem er auf diese Anregung zunächst die geeigneten Erhebungen veranlaßte, um Allerhöchstdenselben sodann über die Möglichkeit zu einem Eingehen auf den Wunsch der französischen Regierung Vortrag halten zu können.

Ein Entgegenkommen diesem Wunsche gegenüber wird durch den Umstand erleichtert, daß bei einer auf Kunstwerke beschränkten Beteiligung Deutschlands ein großer Teil der Gründe in Wegfall kommen würde, welche in betreff des Gebietes der Gewerbe und der Industrie einer diesseitigen Beschickung der Ausstellung entgegenstanden.

In dem vorausgesetzten Falle würde die geringere Anzahl und der höhere Bildungsgrad der aus Deutschland kommenden Besucher eine größere Bürgschaft gegen deren Kollisionen mit dem französischen Publikum gewähren, auch das in Betracht kommende sachliche und nationale Interesse anderer Art und in seinen Konsequenzen minder hervortretend sein als im Falle der deutscherseits erfolgten Beschickung der Gesamtausstellung.

Es tritt hinzu, daß das gegen eine derartige Beschickung seinerzeit geltend gemachte hauptsächlichste Bedenken, welches auf die zu schnelle Aufeinanderfolge der großen Ausstellungen hinwies, im wesentlichen das Gebiet der Gewerbe und Industrie betrifft, während die Frage nach dem Nutzen einer öfteren Wiederholung internationaler Kunstausstel-

lungen in mehrfacher Beziehung eine andere Beurteilung zuläßt, und eine solche selbst jedes zweite oder dritte Jahr den Interessen der Kunst keinen Eintrag bringen würde.

In Erwägung dieser Gesichtspunkte ist Fürst Bismarck zunächst mit dem Direktor der hiesigen Akademie der Künste A. von Werner in Verbindung getreten, um schleunigst festzustellen, ob es möglich erscheine, innerhalb der dafür noch zu Gebote stehenden Frist von zwei Monaten eine Anzahl von Gemälden pp. nach Paris zu senden, welche geeignet sein würden, die neuere deutsche Kunst würdig neben den Werken anderer Nationen zu vertreten.

Als selbstverständlich ist hierbei von der Voraussetzung ausgegangen worden, daß solche Gemälde, deren Gegenstand mit den historischen und nationalen Erinnerungen des letzten Dezenniums, namentlich mit den Ereignissen des deutsch-französischen Krieges in Beziehung steht, von der Auswahl der eventuell nach Paris zu sendenden Kunstwerke ausgenommen bleiben müssen. Durch diesen Ausschluß würde allerdings manches hervorragende Werk deutscher Kunst betroffen werden. Gleichwohl erachtet der Direktor von Werner nach stattgehabter Korrespondenz mit Vertretern der Kunstakademien in Düsseldorf und München die Möglichkeit einer würdigen Vertretung Deutschlands im Gebiete der Kunst auf der Pariser Ausstellung für erreichbar.

Für den Fall nun, daß Euere Kaiserliche und Königliche Majestät ein Eingehen auf den Wunsch der französischen Regierung im allgemeinen zu billigen geruhen sollten, würde die praktische Erledigung am einfachsten ermöglicht werden, wenn Allerhöchstdieselben die Gnade hätten, zu genehmigen:

1. daß zur Deckung der aus Reichsfonds zu bestreitenden Kosten für Verpackung, Fracht, Versicherung, Installation und Dekoration usw. die Summe von 50—60000 Mark aus Allerhöchstdero Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse zur Verfügung gestellt werde, in welchem Falle die Entnahme jener Summe aus den Beständen dieses Fonds für das mit dem 1. April cr. beginnende Rechnungsjahr unbedenklich erscheint.

2. daß der Herr Reichskanzler, welcher mit Rücksicht auf seine sonstigen Obliegenheiten nicht in der Lage ist, die betreffende Geschäftsleitung persönlich zu übernehmen, den Direktor von Werner — der hierzu bereit ist — beauftragt, die Korrespondenz mit den betreffenden Künstlern und Behörden sowie mit denjenigen Privatpersonen zu führen, welche sich im Besitze solcher Gemälde befinden, deren Ausstellung in Paris im Interesse der deutschen Kunst erwünscht erscheint.

Auf diese Weise würde die Angelegenheit in den Händen der Künstlerschaft bleiben und, wie zu hoffen steht, im Interesse der internationalen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in

erwünschter und gewiß von allen Seiten der Anerkennung sicherer Weise eine zweckmäßige, praktische und würdige Durchführung finden.

Indem Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät ich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers die vorstehenden Vorschläge alleruntertänigst zu unterbreiten mir gestatte, bitte ich, in der ehrfurchtsvollen Hoffnung, daß Euere Majestät Allerhöchst Ihre gnädige und förderliche Zustimmung und Beschützung der gerade noch möglichen Ausführung des Unternehmens zuzuwenden geruhen wollen, Allerhöchstdero Entschließung durch huldreichen Randvermerk zu gegenwärtigen Berichte allergnädigst kundgeben zu wollen.

B. Bülow

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms I. am Kopf des Schriftstückes:

Ich trete der Annahme des französischen Antrags bei u[nd] bin mit den Vorbereitungen zur Ausführung desselben auch einverstanden, wenngleich ich nicht glaube, dass wir mit der französischen u[nd] belgischen Mahler-Schule concouriren können. Ich wünsche sofort eine Vorlage der Gegenstände, auf welche pp. v. Werner sein Augenmerk bereits gerichtet hat. Ich stelle alle Gemählde aus den Schlössern u[nd] aus meinem privat Besitz zur Disposition. Berlin. 4. 3. 78.

Wilhelm.

## Nr. 652

## Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Eigenhändig

Berlin, den 5. März 1878

In Erledigung des von Seiner Exzellenz erteilten Auftrages habe ich dem Grafen St. Vallier angezeigt, daß Seine Majestät geruht habe, die Beschickung der Pariser Ausstellung durch deutsche Künstler zu genehmigen und auch die Kunstwerke der Schlösser und Museen zur Verfügung zu stellen.

Der Botschafter gab seiner Freude ausführlichen Ausdruck. Hierdurch werde sein Wunsch, den Verkehr der beiden Völker intimer zu gestalten, der Erfüllung wesentlich näher gerückt. „Je ne parle pas d'alliance, parce que selon moi ce serait verfrüht" — wobei ich mich passiv verhielt.

Ich bemerkte, der Herr Reichskanzler verspreche sich, wie ich wisse, von der abzugebenden deutschen Visitenkarte eine gute Wirkung auf die Beziehungen beider Länder. Meiner persönlichen Ansicht nach sei allerdings die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß gerade die regierungsfreundlichen Pariser Blätter bei voller Würdigung der versöhnlichen Absichten der Kaiserlichen Regierung gleichzeitig, um der französischen Industrie Reklame zu machen, die Nichtbeteiligung der deutschen Industrie auf Rechnung französischer Überlegenheit setzen würden. Indessen verdienten, im Vergleich mit dem zu erstrebenden Ziele, derartige kleine Nackenschläge keine Berücksichtigung.

Der Botschafter, welcher sehr aufmerksam zugehört hatte, bestritt lebhaft die Möglichkeit der von mir erwähnten unfreundlichen Auslegung. „Was die der Regierung nicht absolut feindlichen Blätter betrifft, sagte er, je crois pouvoir dire leur leçon d'avance: sie werden schreiben, daß Deutschland ohne den 16. Mai* sich vollständig bei der Ausstellung eingefunden haben würde, etc." Graf St. Vallier sprach mit einer Sicherheit, die mich vermuten läßt, daß die Beziehungen zwischen Regierung und Presse in Frankreich auch unter dem liberalen Regime fortdauern.

Der Botschafter ging dann zu der Raumfrage über und bemerkte, der Raum lasse sich je nach Wunsch vergrößern oder mit Unterabteilungen versehen, nur bitte er, ihm die diesseitigen technischen Wünsche möglichst bald mitzuteilen.

Ich versprach, die Bestellung auszurichten; zwar nicht für territoriale, vielleicht aber für technische Unterabteilungen würden Zwischenwände nötig sein. Graf St. Vallier bestätigte, daß er nur die letztere Eventualität im Auge gehabt habe. Holstein

Nr. 653

## Der Botschafter in Paris Fürst von Hohenlohe an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 42 Paris, den 7. März 1878

Die Nachricht, daß Deutschland sich an der Weltausstellung nun ebenfalls beteiligen werde, hat hier in allen maßgebenden Kreisen den günstigsten Eindruck hervorgebracht. Ich hatte bereits die Ehre zu berichten, daß Herr Waddington, als ich ihm die bezügliche Mitteilung machte, große Befriedigung darüber an den Tag legte; nachdem ich nun während der letzten Tage mit mehreren andern politischen Persönlichkeiten über dieselbe Frage gesprochen habe, kann ich konstatieren, daß die Befriedigung des Ministers nicht nur von seinen Kollegen, sondern überhaupt von der ganzen regierungsfreundlichen Partei in vollem Maße geteilt wird. — Daß die bonapartistische und klerikale Presse sich in geringschätziger Weise über den vom Grafen St. Vallier errungenen Erfolg ausspricht, war zu erwarten; daß die Organe der radikalen Partei eine ähnliche Sprache führen wie das „Pays" und die „Défense", ist auch nicht überraschend. Die Opposition kann nur mit Mißvergnügen bemerken, daß die heutige Regierung dank den Sympathien, die ihre gemäßigte Politik im Auslande

* Anspielung auf den „Staatsstreich" des Marschalls Mac Mahon vom 16. Mai 1877.

findet, sich täglich mehr befestigt; und die boshaften Bemerkungen, welche die regierungsfeindlichen Zeitungen an die Mitteilung knüpfen, daß Deutschland sich bei der Weltausstellung beteiligen werde, sind weiter nichts, als der Ausdruck gewissermaßen neidischer, schlechter Laune. Jedermann muß erkennen, daß der deutscherseits gefaßte Beschluß Zeugnis davon ablegt, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich heute besser sind, als sie vor kurzem noch waren, und dieser Umstand befriedigt die Freunde der Regierung in demselben Maße, wie er die Gegner derselben verstimmt.

Der Marschall Mac Mahon — so teilte mir eine glaubwürdige Persönlichkeit mit — ist durch die Nachricht, daß nun auch Deutsche zur Ausstellung nach Paris kommen werden, überrascht worden. Es scheint, daß er noch immer in dem Wahne gelebt hatte, daß die Regierung, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Republik in Frankreich zu befestigen, den europäischen Großmächten, namentlich auch Deutschland, im Grunde antipathisch[1] sei. Seine Vertrauten und Ratgeber, die Herren Buffet, de St. Paul, Herzog von Broglie und andere, waren unausgesetzt bemüht geblieben, diese Meinung bei dem Marschall aufrecht zu erhalten. Nachdem nun jedoch die Deutsche Regierung dem Ministerium Dufaure-Waddington sozusagen ein Vertrauensvotum[2] gegeben hat, ist es dem Präsidenten der Republik klar geworden, daß seine Freunde ihn nicht besser über auswärtige Angelegenheiten, als über die innere Politik Frankreichs unterrichtet hatten. Die Stellung des Ministeriums Dufaure ist deshalb, im Geiste des Marschalls, durch den vom Grafen St. Vallier errungenen Erfolg nicht unbedeutend befestigt worden. —

Es ist nicht zu erwarten, daß dem Hasse gegen das siegreiche Deutschland, der ganz besonders durch die klerikale Presse geschürt und wachgehalten wird, durch die Beteiligung Deutschlands an der Ausstellung ein Ende gemacht werde[3]. Eine solche Umwandlung in dem französischen Geiste kann durch die Zeit allein hervorgebracht werden; aber zur Befestigung offizieller, freundlicher Beziehungen, die mit der Zeit hoffentlich um sich greifen und tiefer und tiefer auch in die Volksschichten dringen werden[4], dürfte kaum eine andere Maßregel mehr geeignet gewesen sein, als diejenige, die Seine Majestät der Kaiser in bezug auf Beteiligung an der Ausstellung zu genehmigen geruht haben.

C. F. v. Hohenlohe

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms I.:

[1] Mir persönlich gewiss!

[2] faute de mieux

[3] Unsere nachhinkende Betheiligung kann den Ausstellern persönlich nachtheiliger werden, u[nd] der Beurtheilung ihrer Produkte, als die allgemeine Betheiligung Deutschlands dies verursacht hätte.

[4] ist sehr zu wünschen!

Nr. 654

### Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept

Wildbad Gastein, den 28. August 1878

Ew. pp. gefälliges Schreiben vom 20. d. Mts. habe ich mit ergebenem Dank erhalten*. Ich werde gerne mit Herrn Gambetta zusammentreffen, wenn sich eine unverfängliche Gelegenheit hierfür bietet. Schon früher war eine solche vorbereitet, und nur durch meine Krankheit während der Osterzeit wurde die Ausführung des damals gehegten Planes verhindert. Noch heute aber ist es mir erwünscht, Herrn Gambetta kennenzulernen und mich mit ihm politisch zu verständigen. pp.

v. Bismarck

Nr. 655

### Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 2 Berlin, den 2. Januar 1879

Ew. Durchlaucht beehre ich mich, infolge einer mir heute gemachten Mitteilung des französischen Botschafters, wonach Frankreich wirklich beabsichtigt, demnächst gegen Tunis mit einem Ultimatum, eventuell mit einer Expedition vorzugehen und einige Punkte an der Küste zu okkupieren, einen bezüglichen Bericht des Fürsten Hohenlohe vom 20. v. Mts.** ganz ergebenst zu überreichen. Nach diesem Bericht, welcher aus hier bekannter guter Quelle stammt und den ersten Zeitungsnachrichten um eine Woche vorausging, scheint die englische Diplomatie bei der Angelegenheit eine keineswegs begütigende Rolle zu spielen, wenigstens nicht nach der in obiger Mitteilung hervortretenden Auffassung der amtlichen Pariser Kreise. Andrerseits schien mir Graf St. Vallier mehr geneigt, Intrigen der italienischen Diplomatie

---

* In einem Privatbrief an den Fürsten von Bismarck vom 20. August 1878 war der Botschafter Fürst von Hohenlohe auf die mehrfach ventilierte Frage eines Zusammentreffens zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Staatsmann Gambetta zurückgekommen und hatte um Weisungen gebeten.

Zu dem Zusammentreffen Gambettas und Bismarcks ist es nicht gekommen, auch später, 1881 nicht, als Gambetta in Deutschland weilte. Vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst II (1907) S. 318.

** In seinem Berichte vom 20. Dezember 1878 hatte Botschafter Fürst von Hohenlohe Mitteilungen über einen zwischen Frankreich und Tunis entstandenen Konflikt gemacht, bei dem der englische Vertreter Mr. Wood eine aufreizende Rolle gespielt hatte.

hinter dem Vorgehen des Bey von Tunis zu suchen und deutete an, daß Frankreich keinen eignen Erwerb in Tunis wünsche, aber den unruhigen Italienern doch rechtzeitig dort einen Riegel vorschieben möchte. B. Bülow

Nr. 656

## Der Legationssekretär Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 3. Januar 1879

Euerer Exzellenz hochgeneigtes Schreiben Nr. 2 vom [2. Januar], dessen Anlage ganz gehorsamst wieder anzuschließen ich mir erlaube, hat der Reichskanzler erhalten. Er sprach dabei die Bitte aus, Euere Exzellenz möchten mit Lord Russell über Tunis sprechen, und denselben dabei fragen, ob es gegründet sein könnte, daß der englische Konsul dort eine für Frankreich unfreundliche Rolle spiele?

Wir hätten früher geglaubt, daß die englische Politik nicht das Bedürfnis fühlte, Frankreich in Tunis zu genieren, und dem Reichskanzler wäre das erwünscht gewesen, weil irgendeine Genugtuung Frankreichs ebenso wie seine freundlichen Beziehungen zu England im Interesse des Friedens zu liegen schienen. „Ich glaube nicht,“ fuhr Fürst Bismarck fort, „daß es sehr leicht sein würde, die Franzosen in das russische Lager und zu antienglischer Politik hinüberzudrängen; wenn aber ihr durch den unglücklichen Krieg ohnehin gereiztes Nationalgefühl bei scheinbar berechtigten Reklamationen gegen eine kleine Macht wie Tunis verletzt werden sollte, so ist doch schwer zu berechnen, ob sich die bisherige friedliche und gegen England nicht unfreundliche Politik nicht in neue Wege begeben könnte.

Ich habe mit Graf St. Vallier heute über die Sache gesprochen und ihm gesagt, daß wir die französische Reklamation für eine berechtigte halten müßten, und seine Regierung dabei nach Möglichkeit diplomatisch unterstützen wollten.“ H. Bismarck

Nr. 657

## Der Legationssekretär Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow

Abschrift

Friedrichsruh, den 5. Januar 1879

Betreffs des Besuchs des Grafen St. Vallier* bemerkt der Herr Reichskanzler, daß dieser hauptsächlich von Tunis und Rumelien ge-

* Vgl. den von dem französischen Botschafter über seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh erstatteten Bericht vom 5. Januar 1879 bei

sprochen habe. Wegen Tunis hätte die französische Regierung nur sicher sein wollen, daß wir nicht irgendwelche Schwierigkeiten gegen ihr eventuelles dortiges Vorgehen erheben würden, und der Botschafter sei ganz befriedigt gewesen, als der Reichskanzler ihm gesagt, er fände die Reklamation eine durchaus berechtigte. — Graf St. Vallier hatte dann noch den Wunsch ausgesprochen, daß wir auf Italien drücken möchten, um dessen Regierung von „Torheiten" abzuhalten, worauf Fürst Bismarck erwidert hat, wir würden der italienischen Regierung bei leichtsinnigen Absichten ihrerseits, oder bei einem eventuellen Appell an uns, einfach sagen, daß wir das Vorgehen der französischen Regierung in Tunis als ein gebotenes ansehen, und daß sie unserer Ansicht nach dabei im Recht wäre. Hierauf müßten wir uns aber beschränken und würden an Graf Launay weiter nichts sagen. Der französische Botschafter ist mit dieser Antwort des Reichskanzlers ganz zufrieden gewesen und hat sich sehr zustimmend geäußert, als letzterer dann nebenher erwähnte, die Italiener könnten sich ja nach Tripolis wenden pp.

(gez.) H. Bismarck

## Nr. 658

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an die preußischen Gesandten in München, Dresden, Stuttgart und Karlsruhe*

Konzept

Nr. 16 Berlin, den 6. Februar 1879
[abgegangen am 8. Februar]

Ew. pp. beehre ich mich, beifolgend einen Bericht des Fürsten Hohenlohe vom 1. d. Mts. ergebenst zu übersenden, welcher über die Gründe des Rücktritts des Marschalls Mac Mahon ** und über die letzten Vorgänge in Paris ergänzende Mitteilungen bringt. Es ergibt sich daraus, daß der Marschall schon seit einiger Zeit seine Lage als unhaltbar erkannt und nach einem Vorwande zum Rücktritt sich umgesehen hatte.

---

Georges Pagès, L'Hégémonie Allemande (1871—1904) im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I (1919) S. 171. Nach diesem sehr instruktiven Bericht hätte Fürst Bismarck schon während des Berliner Kongresses 1878 mit dem französischen Minister des Auswärtigen Waddington, der die Republik auf dem Kongreß vertrat, über Tunis in dem Sinne gesprochen, daß es zu Frankreichs sphère d'expansion naturelle gehöre. In den Akten des Auswärtigen Amts über den Berliner Kongreß findet sich allerdings keine Bestätigung dafür, daß Fürst Bismarck schon damals Waddington auf die Besitzergreifung von Tunis hingewiesen hätte.

* Dem Abdruck ist der Erlaß an den Gesandten in Dresden Grafen von Dönhoff zugrunde gelegt.

** Am 30. Januar 1878 war Mac Mahon zurückgetreten und Jules Grévy an seiner Stelle zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Es entstand die Frage, ob der Wechsel der Präsidentschaft eine Erneuerung der Botschafter-Kreditive erforderlich mache.

Die Frage, ob die neue Regierung mit ihrer schärfer akzentuierten demokratisch-republikanischen Tendenz für Frankreich ein günstiges Ereignis ist, hat für uns insofern keine praktische Bedeutung, als wir weder das Recht noch die Absicht haben, in die inneren Schicksale fremder Staaten einzugreifen.

Während Frankreich nominell seit mehr als 8 Jahren Republik ist, ward doch bisher die republikanische Strömung durch starke Hindernisse aufgehalten. Die drei monarchischen Parteien, getrennt, sobald es auf positives Handeln ankam, waren einig in der Negative, d. h. im Widerstande gegen die Republikaner.

Ob die französische Republik, wie ihre Gegner behaupten, gerade dieser starken Beimischung hemmender, antirepublikanischer Elemente ihren bisherigen guten Ruf als ruhiges Staatswesen zu verdanken hatte und von nun ab der Welt das Beispiel innerer Zerfahrenheit geben wird, bleibt abzuwarten. Wir unsererseits haben keine Ursache, ihr ein schnelles Ende zu wünschen.

Daß die republikanische Gesinnung ansteckend auf Deutschland wirkt, läßt sich im Hinblick auf die bei den Parlamentswahlen der letzten Jahre gemachten Erfahrungen nicht behaupten, da hierbei eine Abschwächung des monarchischen Gefühls nicht bemerkbar geworden ist.

Andererseits ist nicht in Abrede zu stellen, daß das republikanische Frankreich aus Gründen, welche teils in den Anschauungen der jetzigen Machthaber, teils aber auch in den Verhältnissen liegen, uns weniger feindlich sein, den Gegnern, die wir etwa anderswo haben mögen, weniger nahestehen wird, als dies bei einer den übrigen europäischen Staatssystemen mehr analogen Regierungsform der Fall sein würde.

Es lag somit kein Anlaß für uns vor, die Stellung des neuen Präsidenten Grévy und seiner Regierung dadurch zu erschweren, daß der amtliche Verkehr entgegen dem französischerseits ausgesprochenen Wunsche bis nach Erfüllung der im Jahre 1873 erheischten Formalität der Kreditiverneuerung unterbrochen wurde. Seit jener Zeit hat Frankreich sich durch die organischen Gesetze von 1876 als Republik staatsrechtlich konstituiert, ist also in die gleiche Kategorie getreten wie die Vereinigten Staaten und die Schweiz, wo der Wechsel des Präsidenten ohne Wirkung auf die diplomatischen Beziehungen vorübergeht.

Auch war in dem vorliegenden Falle die Möglichkeit, eine Analogie zwischen Thron- und Präsidentenwechseln hinsichtlich des diplomatischen Zeremoniells herzustellen, dadurch ferner gerückt, daß von vornherein die Kreditive der Kaiserlichen Botschafter nur auf „den Herrn Präsidenten der französischen Republik" ohne Nennung des Namens desselben ausgestellt werden.

Endlich wurde in Erwägung gezogen, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und nunmehrige Conseilspräsident, Herr Waddington, uns durch seine ganze Amtsführung und die von ihm während des Berliner Kongresses, wie bei den Verhandlungen zur Aus-

führung der Berliner Verabredungen bewährten loyalen und maßhaltenden Friedensliebe, wie durch seine sehr achtbaren Charaktereigenschaften großes Vertrauen und die Überzeugung eingeflößt hat, daß unter seiner Leitung — solange dieselbe währt — die Republik sich in den Bahnen einer verständigen und konservativen Politik bewegen wird.

Unter diesen Umständen hat Seine Majestät der Kaiser zu befehlen geruht, daß von einer Erneuerung der Kreditive abzusehen sei, und demzufolge die Mitglieder der hiesigen französischen Botschaft auch in der Zeit zwischen dem Rücktritt des Marschalls Mac Mahon und der Notifikation des neuen Präsidenten als amtliche Personen zu behandeln seien.

Die hierher gelangte Notifikation hat sich beschränkt auf ein verbindliches Schreiben des Herrn Waddington an den Fürsten Hohenlohe und die vom hiesigen französischen Geschäftsträger dem Herrn Reichskanzler gemachte schriftliche Anzeige, welche beide Aktenstücke dem Wunsch freundschaftlicher Beziehungen und der Befestigung des allgemeinen Friedens Ausdruck geben.

Ew. pp. wollen gefälligst den Inhalt des vorstehenden Erlasses vertraulich und den beigefügten Bericht originaliter zur Kenntnis der dortigen Regierung bringen. B. Bülow

Nr. 659

## Der Botschafter in Paris Fürst von Hohenlohe an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Abschrift

Nr. 193 Paris, den 10. September 1879

Herr Waddington teilte mir heute mit, die französische Regierung habe die Frage in reifliche Erwägung gezogen, ob sie bei Gelegenheit der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers in Metz einen Spezialgesandten zur Begrüßung Seiner Majestät absenden solle. Sie habe die Frage aber verneinend entscheiden zu müssen geglaubt, und Herr Waddington bittet mich, die Gründe Euerer Durchlaucht darzulegen. —

Die französische Regierung verhehlt sich nicht, daß die Unterlassung der Absendung einer Spezialmission zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte[1]. Sie glaubt aber im Interesse der Erhaltung der guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern keinen anderen Entschluß fassen zu können[2]. Herr Waddington wies darauf hin, daß sich in neuerer Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten deutschfeindliche Tendenzen in der Bevölkerung der französischen Grenzdistrikte kundgegeben hätten. Die Regierung habe sich bemüht, diese Kundgebungen möglichst wenig in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen und es sei ihr

dies auch gelungen. Die Absendung eines Abgesandten zur Begrüßung Seiner Majestät nach Metz werde aber sofort von der der Regierung feindlichen Presse benützt werden[3], um die Regierung anzugreifen, und dieses Bestreben werde den Hetzereien gegen Deutschland reiche Nahrung bieten. Gerade weil der gegenwärtigen Regierung daran gelegen sei, die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu erhalten, müsse alles vermieden werden, was zu Mißstimmung und zur Trübung dieser guten Beziehungen führen könne. Herr Waddington erinnerte daran, daß die Blätter, welche in russischem Solde ständen, wie die „France" und die „Estafette", jede Gelegenheit ergriffen, gerade ihn anzugreifen, weil er dem Gedanken einer russisch-französischen Allianz sein Ohr verschließe. Diese Blätter, die durch Herrn von Girardin mit Herrn von Soubeyrun und durch diesen mit dem Duc Decazes in Verbindung ständen, und ihn, Waddington, zu stürzen suchen, würden die Gelegenheit einer Spezialmission nach Metz benützen, um den französischen Chauvinismus zu beleben und eine leidenschaftliche Kampagne gegen das Ministerium zu eröffnen. Herr Waddington versicherte, er stehe auf dem Standpunkte, den er Euerer Durchlaucht in Berlin dargelegt habe. Er halte es im Interesse Frankreichs geboten, mit England und Deutschland zu gehen, und er werde alle Zumutungen, die ihm von Rußland und von den russisch gesinnten französischen Blättern gemacht würden, zurückweisen. Aber er müsse es vermeiden, den Gegnern die Gelegenheit zu Angriffen zu bieten, die bei der leicht erregbaren Stimmung des Landes gefährlich werden könnten.

Herr Waddington legt den größten Wert darauf, daß seine Handlungsweise von Seiner Majestät dem Kaiser nicht als ein Mangel schuldiger Rücksicht aufgefaßt werde und bittet, daß die Gründe, welche ihn in der gegenwärtigen Situation leiten, von Seiner Majestät gewürdigt werden möchten[4].

Der Minister wird sich bemühen, die französische Presse abzuhalten, die Frage der Nichtabsendung einer Spezialmission nach Metz in den Bereich ihrer Diskussion zu ziehen. Er würde sehr dankbar sein, wenn die Kaiserliche Regierung, soweit möglich, auf die deutsche Presse wirken wolle, damit auch diese es unterlasse, die Frage zum Gegenstand unliebsamer Erörterungen zu machen. Graf St. Vallier ist beauftragt, sich in demselben Sinne in Berlin auszusprechen und wird in diesen Tagen an Seine Exzellenz den Herrn Staatssekretär von Bülow schreiben.

(gez.) C. F. v. Hohenlohe

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck auf einer Abschrift des Berichts:
[1] Durchaus nicht!
[2] richtig
[3] ganz meine Meinung
[4] gewiß

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

Jede französ[ische] Begrüßung S[einer] M[ajestät] in Metz wäre ein Fehler in der französ[ischen] Politik, u[nd] würde ich sie, wenn befragt, selbst wiederrathen haben.

Die Manövers von Daudet-Decaze[s], die Beziehungen von Estafette u[nd] France sind in unsrer Preße objectiv zu besprechen, damit sie öffentlich kund werden.

Nr. 660

## Der Gesandte im Auswärtigen Amt von Radowitz an den Geschäftsträger in Wien Grafen von Berchem

Konzept

Nr. 819 Berlin, den 21. November 1879

Vertraulich

Ew. pp. wissen, daß wir uns schon früher bei dem k. und k. österreichisch-ungarischen Kabinett dahin geäußert haben, wir hielten eine Erledigung der griechischen Grenzfrage im Sinne der von Minister Waddington befürworteten Vorschläge* für wünschenswert und wären unsrerseits geneigt, die französische Politik in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Nach den Meldungen aus Konstantinopel ist vorauszusetzen, daß der Moment bald eintreten werde, an dem die Mächte in Gemäßheit des Artikels XXIV des Berliner Vertrages die endgültige Erledigung der Streitfrage in die Hand nehmen müssen. Für diesen Fall hat die französische Regierung neuerdings, in ganz vertraulicher Form, das Ersuchen an uns gestellt**, daß wir, wie bisher, auch fernerhin in Übereinstimmung mit ihr uns erhalten und dazu beitragen möchten, die Frage einer für Frankreich annehmbaren Lösung entgegenzuführen. Der Herr Reichskanzler hat diese allgemeine Zusicherung bereitwillig für unseren Teil gegeben und würde es mit Befriedigung sehen, wenn auch auf seiten des österreichisch-ungarischen Kabinetts die gleiche Anschauung maßgebend bliebe. Es erscheint ihm unter den jetzigen Verhältnissen sehr erwünscht, dem französischen Ministerium, welches sich für die in Rede stehende Frage besonders engagiert hat, zu einer Genugtuung zu verhelfen, die nicht ohne Einfluß sein kann für die von uns in voller Übereinstimmung mit dem Wiener Kabinett gesuchte Befestigung der Stellung des Herrn Waddington.

Ew. pp. bitte ich ergebenst, im Auftrage des Herrn Reichskanzlers, sich gelegentlich und vertraulich in diesem Sinne dem Freiherrn von Haymerle gegenüber äußern zu wollen. I. A.

v. Radowitz

---

* In der Frage der durch den Berliner Vertrag von 1878 Griechenland zugesprochenen Grenzerweiterung war Frankreich wiederholt bei den Mächten zugunsten der griechischen Ansprüche eingetreten.

** Es war gelegentlich eines Besuchs geschehen, den der französische Botschafter Graf de St. Vallier dem Fürsten von Bismarck vom 11. bis 14. November 1879 in Varzin abstattete. Über die Unterredungen zwischen beiden liegt deutscherseits keine Aufzeichnung vor; Graf St. Valliers Bericht ist gedruckt bei C[te] de Chaudordy, La France en 1889, p. 284 ss.

Nr. 661

## Legationssekretär Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Varzin an den Gesandten im Auswärtigen Amt von Radowitz

Eigenhändig

Varzin, den 23. November 1879

Euerer Hochwohlgeboren beehre ich mich, beigehend das unter dem 20. c. hierher gesandte Promemoria über Ägypten* gehorsamst zurückzureichen, nachdem ich dem Herrn Reichskanzler darüber Vortrag gehalten habe.

Derselbe bemerkte dazu, daß er riete, auf die österreichischerseits nach dem Inhalt des P. M. vorgelegte Alternative nicht einzugehen, nachdem die Westmächte sich einmal untereinander geeinigt hätten, und die Organisierung der Befugnisse ihrer Kontrolleure bereits festgestellt wäre. Die Bedenken, welche gegen die erste Formulierung der österreichischen Vorlage beständen, wären in dem P. M. erschöpfend dargelegt. Die andern erschienen aber auch nicht recht annehmbar, einmal, weil die Westmächte sich der praktischen Durchführung nach Möglichkeit widersetzen würden, und dann, weil die Stellung einer internationalen Liquidationskommission zwischen den beiden Kontrolleuren und der ägyptischen Regierung höchst schwierig und fast undefinierbar sein würde.

Fürst Bismarck findet das englisch-französische Verlangen, in Ägypten eine bevorzugte Stellung einzunehmen, im Grunde gar nicht so ungerechtfertigt, da die genannten Länder wohl 20 mal mehr Interessen in Ägypten hätten als Österreich und Deutschland, und besonders noch über jenes Verhältnis hinaus im Vergleich mit Deutschland materiell engagiert wären.

Der Reichskanzler wünscht daher, daß wir nach Wien höflich antworten, wir wären mit der Prüfung der österreichischen Anregung beschäftigt, dabei aber zugleich den Vorschlag machen, daß wir vorziehen würden, England und Frankreich ein Mandat zum Schutze unserer Nationalen und zur Wahrnehmung unserer Interessen zu erteilen: ein

---

* In Ägypten hatte sich in Verfolg der Bestrebungen zur Sanierung der zerrütteten Finanzverwaltung des Landes und der zu diesem Zwecke eingesetzten europäischen Enquête-Kommission ein tatsächliches französisch-englisches Kondominium herausgebildet, das seinen sichtbaren Ausdruck in der Einsetzung je eines englischen und französischen Finanzkontrolleurs fand. Da bei dieser Regelung der Dinge aber die Interessen der übrigen europäischen Mächte zu kurz zu kommen drohten, so war von Österreich ein Projekt ausgearbeitet worden, wonach entweder neben den beiden westmächtlichen Kontrolleuren noch eine internationale Liquidations- und Kontrollkommission eingerichtet oder aber den beiden Kontrolleuren ein dritter aus der Reihe der übrigen nächstbeteiligten Mächte (Österreich, Deutschland, Italien) nach einem bestimmten Turnus zugesellt werden sollte. In einem dem Fürsten von Bismarck am 20. November 1879 übersandten Promemoria sprach sich der Gesandte von Radowitz gegen eine Beteiligung an dem Institut der Kontrolleure aus.

solches Mandat könnte den Westmächten natürlich nur unter der Bedingung übertragen werden, daß sie die Interessen anderer Nationalitäten nach denselben Grundsätzen und mit demselben Nachdruck vertreten wie die eigenen, und daß es sofort erlischt, sobald diese Gleichheit seitens der Westmächte verletzt wird.

Fürst Bismarck will aber nicht etwa in Wien einen Wunsch oder ein Verlangen im Sinne dieses seines Vorschlages ausgesprochen wissen, sondern bittet, letzteren dort nur mit großer Höflichkeit zur Erwägung zu stellen und die Ansicht des Wiener Kabinetts über die Möglichkeit eines Kollektivmandats der Westmächte für die übrigen Mächte zu erbitten.

Hauptsächlich wünscht der Reichskanzler hierbei Frankreich eine kleine Satisfaktion zu verschaffen, welches in der Tat ganz bedeutende Interessen in Ägypten hätte: er wünscht Frankreich höflich zu behandeln, seinen Wünschen in dieser Sache entgegenzukommen und ihm einen kleinen Erfolg zu lassen, um die jetzige französische Regierung nicht zu stürzen. Aus diesem letzten ungleich wichtigeren Gesichtspunkte könnten wir in Ägypten gern die kleinen Konzessionen machen, und dies möchte der Reichskanzler dem Baron Haymerle gegenüber als Hauptmotiv für seine Neigung zur Nachgiebigkeit in Ägypten hervorheben. Dieses Motiv würde bei dem Wiener Kabinett noch durch den Hinweis auf unsere wiederholt dort eingetretene Verwendung zugunsten der französischerseits gewünschten griechischen Grenzregulierung* zu unterstützen sein, in welcher Frage der Reichskanzler nur aus demselben Grunde immer empfohlen hätte, den Franzosen einen succès d'estime zu gewähren. Er hielte es geradezu für eine europäische Notwendigkeit, Waddington in Frankreich am Ruder zu erhalten, und würde sich sehr freuen und beruhigt fühlen, wenn Baron Haymerle diese Ansicht teilte**. Graf Bismarck

Nr. 662

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept

Nr. 165 Berlin, den 8. April 1880
[abgegangen am 9. April]

pp. Uns liegt der Gedanke fern, jemals die durch die Gleichartigkeit der monarchischen Interessen geeinten Kräfte nach irgendeiner Seite hin, etwa gegen Frankreich, angriffsweise verwerten zu wollen.

Unser Verständigungsgebiet mit Frankreich erstreckt sich von Guinea bis nach Belgien hinan und deckt alle romanischen Lande; nur

* Vgl. Nr. 660.
** Die österreich-ungarische Regierung machte sich in der Tat die deutschen „auf eine Unterstützung des gegenwärtigen französischen Kabinetts gerichteten Gesichtspunkte" zu eigen. Erlaß an den Botschafter Prinzen Reuß vom 16. Dezember 1879.

auf deutsche Eroberungen braucht Frankreich zu verzichten, um uns befreundet zu bleiben. Je weniger wir ihm Einbrüche nach Osten hin gestatten können, desto mehr sind wir — wie ja auch unsre Orientpolitik während der letzten Jahre bewiesen hat — bereit, ihm zu Entschädigungen in jeder anderen Richtung zu helfen. Nicht nur die neuerdings durch das Sahara-Eisenbahnprojekt angedeutete afrikanische Politik, betreffs welcher Ew. pp. in dem abschriftlich beigefügten Bericht aus Tanger* einige Angaben finden, sondern auch das Streben Frankreichs nach vermehrter Einflußnahme auf die übrigen romanischen Staaten verletzt kein deutsches Interesse; die Abwesenheit politischer Bedenken gestattet uns vielmehr anzuerkennen, daß das französische Volk, welches dank der stärkeren Beimischung germanischen Blutes als die kräftigste unter den romanischen Nationen dasteht, die Stellung einer zivilisatorischen Vormacht in der romanischen Welt sowohl wie außerhalb Europas beanspruchen kann. Wenn daher Frankreich die Ausbreitung seiner politischen Operationsbasis als seinen Interessen entsprechend erachtet, so kann es dafür nicht nur auf unsere Enthaltung, sondern unter Umständen sogar auf unsere Rückendeckung rechnen, sofern nur unsere Stellung in Deutschland und unser einziger Anspruch, Herren im eigenen Hause zu sein, nicht gefährdet wird.

Ew. pp. wollen diese Betrachtung in dem auf die monarchische Solidarität und deren logische Konsequenzen bezüglichen Teile als nur für Sie bestimmt ansehen, dagegen aber, anknüpfend an die durch Ihren Bericht Nr. 63 in Aussicht gestellte Ernennung des General Cialdini nach Paris, überall aussprechen, daß dieselbe, ebensowenig wie die Anlehnung Italiens an Frankreich überhaupt, für uns beunruhigend ist, wir darin vielmehr nur den natürlichen Ausdruck der romanischen Stammverwandtschaft sehen.

v. Bismarck

Nr. 663

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Ministerresidenten Weber in Tanger

Konzept

Nr. A 1 Berlin, den 9. April 1880

[abgegangen am 10. April]

Ew. pp. danke ich für den Bericht vom 27. v. Mts. über das französische Sahara-Eisenbahnprojekt** und die an dasselbe sich knüpfenden Kombinationen. Mit Befriedigung habe ich daraus ersehen, daß die französische Regierung bemüht ist, für den nationalen Tatendrang ein Feld zu suchen, wo eine Kollision mit unsern Interessen nicht vorliegt.

---

* In dem Berichte des Ministerresidenten in Tanger Weber Nr. 17 vom 27. März war ausführlich von dem Zukunftsreich eines französischen „Trans-Sahariens“ die Rede. Vgl. das folgende Schriftstück.

** Vgl. die vorhergehende Fußnote.

Auch die von Ihnen erwogene Möglichkeit einer Kollision der französischen mit den englischen Interessen ist eine äußerst entfernte, und durch den Wahlsieg des Gladstoneschen Programms in noch weitere Fernen gerückt; denn man darf annehmen, daß weder Frankreich noch England, namentlich nicht letzteres unter einer von Gladstone parlamentarisch oder ministeriell beeinflußten Regierung geneigt sein wird, wegen der hier eventuell in Frage kommenden Streitobjekte den Zuwachs von Macht und Sicherheit auf das Spiel zu setzen, welchen das englisch-französische Einvernehmen jedem der beiden Beteiligten gewährt.

Auch für Deutschland lege ich Wert auf die Fortdauer der entente zwischen den beiden Westmächten*, weil in der vorliegenden Konstellation beide voraussichtlich mehr beruhigend als erregend aufeinander wirken werden. Ich hege, wie gesagt, das Zutrauen, daß diese entente nicht gefährdet ist, und glaube, daß die beiden Mächte alle sie allein berührenden Interessefragen am leichtesten und ruhigsten ordnen werden, wenn keine dritte Macht sich an der Regelung beteiligt.

Es ist mir nicht unwahrscheinlich, daß der englische und der französische Vertreter in Tanger die Saharafrage lebhafter, weil einseitiger, auffassen als die Minister in London und Paris, welche in der Lage sind, ein Interesse gegen das andere abzuwägen. Ich hatte deshalb den Wunsch, Ihnen meine Auffassung von der Sache mitzuteilen, und sehe kein Bedenken dagegen, daß Sie die eine oder andere der vorstehenden Erwägungen als Ihre persönliche Ansicht gegenüber kollegialischen Unterstützungsgesuchen je nach Umständen und Bedürfnis verwenden.

Schließlich bitte ich Ew. pp., mich über die weitere Entwickelung der Angelegenheit auf dem laufenden zu erhalten.

v. Bismarck

Nr. 664

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Fürst von Hohenlohe an den Gesandten in Madrid Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept

Berlin, den 6. Mai 1880

Zu Euerer pp. Orientierung über unsere Stellung zu der marokkanischen Protektionsfrage und zur Richtschnur für Euerer pp. Verhalten auf der Madrider Konferenz** bemerke ich ergebenst folgendes:

* Auch gegenüber dem französischen Botschafter Grafen de St. Vallier gab Bismarck um die gleiche Zeit seinem Wunsche Ausdruck, daß die Verbindung zwischen England und Frankreich sich konsolidieren möge. Siehe den Privatbrief St. Valliers an den französischen Ministerpräsidenten de Freycinet vom 31. März 1880. Pagès, L'Hégémonie Allemande (1871—1904) im Rapport de la Commission d'Enquête sur le faits de la Guerre Vol. I (1919) S. 176.

** Vom 4. Juni 1880 ab tagte in Madrid eine internationale Konferenz über die Marokkofrage. Sie führte zu der Madrider Konvention vom 3. Juli 1880.

Der Herr Reichskanzler, zu dessen Kenntnis ich die spanischerseits ergangene Einladung gebracht habe, hat es zwar für angezeigt erachtet, daß wir gleich den übrigen Mächten dieser Einladung entsprechen, ist indessen der Meinung, daß es sich für uns empfehle, sich bei den Beratungen über jene Frage nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern vielmehr aus allgemeinen politischen Gründen auf der Konferenz Hand in Hand mit Frankreich zu gehen, das seiner benachbarten algerischen Besitzungen wegen in Marokko berechtigte Interessen zu vertreten hat.

Ich habe infolgedessen die französische Regierung vertraulich von unserer Absicht, auf der Konferenz gemeinsam mit ihr zu wirken, in Kenntnis setzen lassen. Graf St. Vallier hat mir hierauf die in Abschrift beifolgenden beiden Schriftstücke (Telegramm und Notiz*) zugehen lassen, aus welcher Euere pp. sowohl die Aufnahme, welche unsere bezügliche Mitteilung in Paris gefunden, als auch den Inhalt der Instruktionen ersehen werden, welche von Herrn von Freycinet dem Admiral Jaurès als Vertreter Frankreichs auf der Madrider Konferenz erteilt worden sind.

Euere pp. wollen es sich nunmehr unter Berücksichtigung jener Instruktionen angelegen sein lassen, sich hinsichtlich der einzelnen Beratungsgegenstände der Konferenz tunlichst im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit dem französischen Botschafter zu halten und sich auf der Konferenz im allgemeinen dem Vorgehen desselben anzuschließen, ohne dabei diejenige Zurückhaltung aufzugeben, welche die im Verhältnis zu anderen Staaten mindere Bedeutung unserer Interessen in Marokko angemessen erscheinen läßt. pp.

C. F. v. Hohenlohe

Nr. 665

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Fürst von Hohenlohe an den Gesandten in Madrid Graf zu Solms-Sonnenwalde

Konzept

Berlin, den 27. Mai 1880

Graf St. Vallier hat hier im Auftrage seiner Regierung deren Dank für die Unterstützung ausgesprochen, welche der Admiral Jaurès auf der Madrider Konferenz seitens Euerer pp. gefunden habe, und hinzugefügt, die französische Regierung gebe sich der Hoffnung hin, daß wir auch in der Frage wegen des Schutzes der einheimischen Sensale, welche für die fremden Kaufleute in Marokko unentbehrlich seien, dem französischen Standpunkt beitreten würden. Die spanische Regierung

* Das Telegramm des französischen Ministerpräsidenten Freycinet an den Grafen de St. Vallier vom 26. April gab seinem ganz besonderen Dank für die deutschen „dispositions amicales à propos de la prochaine réunion à Madrid de la Commission internationale“ Ausdruck.

sei in dieser Frage der französischen Auffassung entgegen, weil sie in Marokko politische Zwecke verfolge, während Frankreich dort nur seine beträchtlichen Handelsinteressen wahrnehmen wolle.

Der Herr Reichskanzler hat anläßlich des über diese Mitteilungen des Grafen St. Vallier erstatteten Vortrages bestimmt, daß wir bei der marokkanischen Konferenz die französische Politik in Marokko ohne Einschränkung zu unterstützen haben werden.

Euere pp. wollen sich daher sowohl im allgemeinen als auch insbesondere bei den Konferenzberatungen über die Stellung der Sensale diese Bestimmung als maßgebende Richtschnur für Ihr Verhalten dienen lassen.

Hierdurch findet auch Ihr soeben eingehender Bericht vom 20. d. Mts. — Nr. 63 — seine Erledigung.

C. F. v. Hohenlohe

Nr. 666

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Botschafter Fürst von Hohenlohe an den kommissarischen Vertreter des Botschafters in Paris von Radowitz

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Busch

Nr. 43 Berlin, den 10. Juni 1880

Mit Bezug auf Ew. pp. Schreiben vom 8*.

Wir werden die durch die Konferenz gebotene Gelegenheit gern benutzen, um Frankreich gefällig zu sein und uns allen seinen Anträgen, falls sie nicht zu weit über die Kongreßvorschläge hinausgehen, bereitwillig anschließen, deshalb auch für die Überlassung von Janina an Griechenland, wenn sie Frankreich befürwortet, stimmen.

Ew. pp. sind ermächtigt, sich in diesem Sinne dort zu äußern.

C. F. v. Hohenlohe

Nr. 667

## Aufzeichnung des Legationsrats Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 26. Mai 1881

Der französische Botschafter teilte mir mit, daß er einen Privatbrief des Herrn Barthélemy-St. Hilaire** erhalten hätte, dessen Inhalt zu

* In seinem Schreiben vom 8. Juni hatte Radowitz dargelegt, wie großes Gewicht die französische Regierung auf die fernere Unterstützung Deutschlands in der türkisch-griechischen Grenzfrage (vgl. Nr. 660) lege, die auf einer zu diesem Zweck für Mitte Juni nach Berlin einberufenen Konferenz der Botschafter beraten werden sollte. Vgl. Nr. 717, 718.

** Minister des Auswärtigen im ersten Ministerium Jules Ferry (September 1880 bis November 1881).

vertraulicher Natur sei, als daß er davon Abschrift geben könnte. Da ihm aber viel daran läge, dem Herr[n] Reichskanzler davon Kenntnis zu geben, so wolle er mir den Brief vorlesen.

Es schien mir derselbe Brief zu sein, dessen Eingang bereits in der Aufzeichnung A 3346 vom 24. d. Mts. analysiert ist. Herr Barthélemy-St. Hilaire hebt darin vor allem hervor, daß er sich durch keine Verdächtigungen und Angriffe abhalten lassen werde, seiner Anerkennung und Dankbarkeit für die ihm deutscherseits gewährte Unterstützung mündlich und schriftlich Ausdruck zu geben*.

Graf St. Vallier schaltete bei diesem Passus ein, daß der Minister weniger wegen der deutschfreundlichen Sprache seines an den Redakteur der „Deutschen Revue" gerichteten Briefes, als um dessentwillen angegriffen würde, weil er eine Zeitung in Schutz genommen hätte, welche sich gegen Gambetta ausgesprochen hat.

Des weiteren schreibt Herr Barthélemy-St. Hilaire, daß die Schwierigkeiten, welche die Pforte der französischen Regierung wegen Tunis hätte bereiten wollen, als beseitigt angesehen werden könnten. Die Unbesonnenheit und Überhebung der Pforte hätten plötzlich einer großen sagesse und Mäßigung Platz gemacht, und er könne sich dies nur durch das volle Einsetzen des großen Einflusses erklären, welchen Graf Hatzfeldt in Konstantinopel besäße: Ohne diese Hilfe würde es Herrn Tissot** nicht gelungen sein, den Sultan so rasch umzustimmen, — jetzt wäre Frankreich aber mit der Pforte im reinen, sowohl über Tunis als über Tripolis, und wäre durch die Umsicht der deutschen Politik auch von der griechischen Frage befreit (la question turco-grecque et les affaires de Tunis et de Tripolis ..... sont réglées avec la Porte — so lauteten nach meiner Erinnerung die Worte).

Der Brief konstatiert ferner, daß die schlechte Stimmung Italiens für Frankreich sehr fatal hätte werden können: nur der abweisenden Haltung Deutschlands wäre es zu verdanken, daß Italiens feindliche Haltung kein Echo in Europa gefunden hätte.

Wenn nun auch die von Frankreich in Tunis erstrebte Basis erreicht sei, so wäre aber doch der schwerste Teil der Aufgabe noch zu bewältigen. Der üble Wille des Bey würde unzählige Hindernisse und Schwierigkeiten bereiten, „c'est la cuisine intérieure de la régence que nous avons à faire."

Der Brief Barthélemy-St. Hilaires enthält sonst noch seinen Dank für das Entgegenkommen und die Rücksichtnahme, welche der Reichs-

* Das Schreiben Barthélemy-St. Hilaires bezog sich auf die Unterstützung, die die deutsche Regierung der französischen in der griechisch-türkischen Grenzfrage sowohl auf der Berliner Konferenz vom Frühsommer 1880 als in den weiteren wechselvollen Stadien dieser Angelegenheit bis zum entscheidenden Abschluß der Konvention vom 24. Mai 1881 — siehe auch Kap. XXI, Nr. 717 ff. — hatte zuteil werden lassen.

** Französischer Botschafter in Konstantinopel.

kanzler in der so delikaten und für Frankreich sehr verdrießlichen Frage der Zulassung der französischen Versicherungsanstalten im Elsaß bewiesen hätte. pp.

H. Bismarck

Nr. 668

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 234 Berlin, den 16. Juli 1881

Ew. beehre ich mich, beifolgend einen Ausschnitt aus der konservativen „St. James' Gazette" sub petitione remissionis ganz ergebenst zu übersenden. Der Herr Reichskanzler hat den Artikel, welcher die Stellung Frankreichs zu England und zu Deutschland im Hinblick auf die nordafrikanische Frage bespricht, als „sehr beherzigenswert" bezeichnet. Für den Fall, daß Ew. Gelegenheit fänden, denselben mit Herrn Barthélemy-St. Hilaire zu besprechen, bittet Fürst Bismarck Sie, der Versicherung erneuten Ausdruck zu geben, daß Frankreich, wenn wir zu ihm auch nicht in dem von der „St. James' Gazette" vermuteten Bündnisverhältnis ständen, sich doch bezüglich seiner afrikanischen Politik durchweg auf unsre freundliche und wohlwollende Nachbarschaft verlassen könne.

In Anknüpfung an diesen Auftrag bemerkte Fürst Bismarck noch, daß es vom sachlichen Gesichtspunkt der Interessen aus betrachtet ganz gut denkbar sein würde, die Frage, welche in dem blau angestrichenen Passus auf der ersten Seite des Artikels aufgeworfen wird, zu bejahen. Es gebe am Mittelmeer — wie schon in dem Erlaß vom 8. April v. Js. ausgeführt ist — ein weites Feld, auf dem wir Frankreich ganz freie Hand lassen könnten, und ihm scheine die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß die französische Politik am Ende doch zu der Einsicht gelange, wie ein befreundetes Deutsches Reich mit 45 Millionen Einwohnern nützlicher und ein stärkerer Posten unter den französischen Activis sein würde als eine Million Elsaß-Lothringer. Frankreich könne sicher sein, daß wir seiner berechtigten Expansivpolitik am Mittelmeer niemals entgegentreten würden, und es liege Grund zu der Annahme vor, daß auch Rußland sich zu derselben ebenso wie Deutschland verhalten würde. Um England brauche Frankreich unter diesen Umständen sich gar nicht zu bekümmern; dasselbe sei ohne Bundesgenossen, werde als unberechenbar und revolutionär immer isoliert bleiben und an Macht und Ansehen deshalb stetige Einbuße erleiden*.

Busch

* Als Fürst von Hohenlohe sich dieser Aufträge entledigte, bat, wie er unter dem 23. Juli berichtete, Barthélemy-St. Hilaire ihn, Bismarck den erneuten Dank der französischen Regierung für die Haltung der Kaiserlichen Regierung gegenüber

Nr. 669

## Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein.

Nr. 420 Berlin, den 15. November 1881
[abgegangen am 16. November]

Ew. gefälliger Bericht vom 3. d. Mts., den Grafen St. Vallier betreffend, hat dem Herrn Reichskanzler vorgelegen.

Die darin wiedergegebene Frage des Grafen, ob wir der französischen Regierung infolge des Eintritts Gambettas ins Kabinett unser Vertrauen entziehen und dementsprechend auch dem französischen Vertreter mit vermindertem Vertrauen begegnen werden — konnte Fürst Bismarck, wie Ew. pp. erwartet haben werden, nur verneinen. Seine Durchlaucht billigte durchaus die Erklärung Ew. pp., daß die Bildung des Ministeriums Gambetta keine Änderung unsres Wunsches, gute Beziehungen mit Frankreich zu erhalten, herbeiführen werde, und fügte hinzu, daß wir uns jedenfalls freuen würden, den Grafen St. Vallier als Botschafter zu behalten, da derselbe nicht nur bei Seiner Majestät persona grata, sondern auch ein erfahrener und mit unseren Verhältnissen vertrauter Diplomat sei. Für das Verbleiben des Grafen scheine es dem Reichskanzler ohne Einfluß zu sein, ob Herr Floquet oder eine ähnliche Persönlichkeit französischer Minister sei*.

P. Hatzfeldt

---

der Tunis-Aktion auszusprechen. Als freilich Hohenlohe im Sinne des Erlasses vom 16. Juli hervorhob, daß ein befreundetes Deutsches Reich von 45 Millionen Einwohnern ein stärkerer Posten unter den französischen Activis sein würde als eine Million Elsaß-Lothringer, beschränkte sich der französische Minister auf ein beifälliges Lächeln, „ohne zu wagen, seinen Gedanken Ausdruck zu geben".

* Graf de St. Vallier hatte dem Fürsten von Hohenlohe, laut dessen Bericht vom 3. März, gelegentlich eines Aufenthalts in Paris auseinandergesetzt, daß ihm zwar Gambettas Übernahme der Konseilpräsidentschaft an sich kein Bedenken einflöße, daß er aber nicht im Amt zu bleiben vermöge, wenn der neue Ministerpräsident Persönlichkeiten von dem Schlage Floquets in das Ministerium nehme. Bei dieser Gelegenheit versicherte Hohenlohe dem Botschafter von sich aus, daß die Bildung des französischen Ministeriums unter Gambettas Leitung keine Änderung in dem Wunsche der Deutschen Regierung herbeiführen werde, friedliche und wohlwollende Beziehungen zu Frankreich zu unterhalten: eine Auffassung, die Bismarck durch zustimmende Randbemerkungen zu Hohenlohes Bericht bekräftigte. Diese Haltung des Reichskanzlers gegenüber Gambetta ist um so bemerkenswerter, als dieser durch seine berühmte Rede in Cherbourg vom 10. August 1880, die nach dem Zugeständnis der leitenden französischen Staatsmänner danach angetan gewesen wäre, die deutsche Empfindlichkeit wachzurufen — Bericht des Geschäftsträgers in Paris von Radowitz vom 25. August 1880 —, soviel dazu beigetragen hatte, die französischen Revanchehoffnungen neu zu beleben.

## Nr. 670

## Aufzeichnung des Legationsrats Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig, unsigniert

Berlin, den 16. November 1881

Dem Fürsten Hohenlohe soll gesagt werden, daß die Zusammensetzung des neuen französischen Ministeriums und die Kundgebung Gambettas auf unsere auswärtige Politik ohne Einfluß bleiben werden, da wir das Prinzip der strengsten Unabhängigkeit Frankreichs in der Regelung seiner inneren Verhältnisse nach wie vor genau wahren wollen.

Unsere Beziehungen zu Frankreich werden die wohlwollender und friedlicher Nachbarschaft bleiben, in derselben Weise, wie sie gerade in letzter Zeit zum Ausdruck gekommen sind.

Fürst Hohenlohe kann sich bei passender Gelegenheit in diesem Sinne aussprechen.

## Nr. 671

## Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck

Reinschrift ohne Unterschrift und Datum; Präsentatum vom 22. Dezember 1881.

Ich habe die beiden türkischen Würdenträger*, jeden besonders empfangen, ihnen gegenüber aber dieselbe Sprache geführt, wie dies auch von Seiten des Grafen Hatzfeldt geschehen ist. In der allgemeinen Politik habe ich, um meinen Rat befragt, empfohlen, daß die Pforte auf das, was auch sie aufgegeben hat, definitiv verzichten möge, um ihre politische Tätigkeit der Erhaltung des noch Vorhandenen zuzuwenden. Ich habe dabei mit der Warnung begonnen, für keine Unternehmung, welche den Frieden Europas zu stören geeignet wäre, auf deutsche Unterstützung zu rechnen, auch nicht Frankreich gegenüber**. Wir wüßten nicht, ob nicht die Zeit wiederkommen könnte, wo wir von Frankreich angegriffen werden; wir seien aber fest entschlossen, unsererseits keine, auch keine anscheinend günstige Gelegenheit zu benutzen, um aggressiv gegen Frankreich aufzutreten, da wir über den gegenwärtigen Besitzstand hinaus von Frankreich nichts zu wünschen und zu erwarten hätten, als nur die Erhaltung des Friedens auf unsrer Westgrenze. Wenn daher die Pforte mit Hülfe aufständischer Bewegungen in Nordafrika Händel mit Frankreich suchen sollte, so würden wir

* Um die Mitte Dezember 1881 weilten zwei türkische Würdenträger, Ali Nizamy Pascha und Reschid Bey, in Berlin, von denen der erstere am 15., der zweite am 19. Dezember vom Fürsten von Bismarck empfangen wurde.

** Nach einem Erlaß des Fürsten von Bismarck an den Botschafter von Schweinitz in Petersburg vom 13. Januar 1882 hätte er „äußeren Anlaß“ zu der Vermutung gehabt, daß die türkischen Unterhändler hauptsächlich in der Absicht nach Berlin gekommen wären, um „sich der deutschen Mitwirkung für projektierte Feindseligkeiten gegen Frankreich zu versichern“.

dies beklagen, weil es den europäischen Frieden gefährdete, und uns jeder direkten oder indirekten Unterstützung kriegerischer Pläne der Pforte enthalten. Ich glaubte auch nicht, daß die Pforte andere Verbündete für eine den Frieden gefährdende Politik finden, vielmehr, daß sie gewagte Unternehmungen auf eigene Gefahr zu verantworten haben würde. Ich fügte hinzu, daß ich fest überzeugt sei, daß Frankreich keine Absichten auf Tripolis hege, und daß die finanzielle Last für Unterhaltung eines dortigen Heeres zum Schutz dieser türkischen Besitzung nicht nötig sei. Eventuell könnte die Pforte vielleicht von Frankreich, sei es durch englische Vermittelung, sei es direkt, bindende Verpflichtungen wegen Tripolis erlangen. pp.

Nr. 672

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept

Nr. 450 Berlin, den 16. September 1882

Der gefällige Bericht Ew. pp. vom 7. d. Mts., betreffend die Ligue des Patriotes*, hat dem Herrn Reichskanzler vorgelegen. Derselbe bittet Ew. pp., auch wenn sich eine Gelegenheit zur Besprechung der Turnvereinsaffäre mit dem französischen Minister böte, dieselbe nicht zu benutzen, da dergleichen Sachen am besten totgeschwiegen würden.

Busch

Nr. 673

## Aufzeichnung des Legationsrats Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 24. November 1882

Der Herr Reichskanzler wünscht, daß dem Fürsten Hohenlohe auf dessen gestern von hier zurückgegangenen Bericht (A 7020**) in folgendem Sinne geantwortet werde:

---

* Die geplante interne Feier eines deutschen Turnvereins hatte der Patriotenliga Ende August 1882 unter Leitung Déroulèdes Anlaß zu einer lärmenden Deutschenhetze gegeben, die, wie Botschafter Fürst Hohenlohe am 9. September berichtete, immer weitere Kreise zog. Bismarck hatte schon zu einem früheren Bericht Hohenlohes vom 31. August über jene Affaire bemerkt: „Nach Möglichkeit zu ignorieren, namentlich in der Presse". Vgl. Bismarcks analoge Äußerungen zu Hohenlohe vom 8. November 1882, Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst II (1907), S. 329.

** In einem Berichte vom 19. November 1882 hatte Botschafter Fürst von Hohenlohe Äußerungen des französischen Ministers des Auswärtigen Duclerc wiedergegeben, die in der Pointe gipfelten, daß die europäischen Mächte ein wesentliches Interesse an der Konsolidierung der Republik in Frankreich hätten.

Wenn Herr Duclerc dem Fürsten Hohenlohe gesagt hätte, er glaube, daß die Republik in Frankreich im Interesse der Mächte liege, so möchte der Botschafter Gelegenheit nehmen, darauf zu erwidern, wir wollten über diese Frage theoretisch nicht urteilen, jedenfalls aber liege die Erhaltung des Friedens im Interesse der Mächte, und die wäre mit durch die Stabilität der inneren Zustände der großen europäischen Nationen bedingt und durch Umwälzungen aller Art bedroht. Wir würden deshalb, soweit wir es könnten, ohne dem Grundsatze absoluter Enthaltung von jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder untreu zu werden, unsere Politik, soweit sie von unserem freien Willen abhinge, gern zugunsten der Erhaltung der in Frankreich bestehenden Zustände einrichten, wie wir dies seit dem Friedensschluß jederzeit getan hätten. Umwälzungen wären in keinem großen Lande möglich, ohne auf die Zustände Europas zurückzuwirken, und die Erhaltung des Bestehenden liege in unserem Interesse.

H. Bismarck

Nr. 674

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an Kaiser Wilhelm I.

Ausfertigung

Berlin, den 22. Januar 1883

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät hatten durch Allerhöchsten Randvermerk zu dem ehrfurchtsvoll wiederangeschlossenen Berichte des Fürsten Hohenlohe* Auskunft zu verlangen geruht über die Art, wie die deutsche Presse angesichts der inneren Situation Frankreichs inspiriert werden sollte.

Es ist anzunehmen, daß Fürst Hohenlohe, welcher stets eine klare Erkenntnis der Ziele und Interessen unserer Politik gezeigt hat, für die Erhaltung des Bestehenden und gegen die Einrichtung einer mehr autoritären Republik mit militärischer Spitze oder gar einer Monarchie zu wirken beabsichtigte. Inzwischen hat ihn jedoch Euerer Majestät Reichskanzler telegraphisch angewiesen, eine Parteinahme der deutschen Zeitungskorrespondenten bei der französischen Verfassungsfrage möglichst zu verhindern, da unser Wohlwollen in Frankreich immer noch zweischneidig wirkt.

P. Hatzfeldt

---

* In einem Telegramm vom 20. Januar 1883 hatte Fürst Hohenlohe eines angeblich bestehenden legitimistischen Komplotts erwähnt und im Anschluß daran bemerkt: „Ich suche darauf hinzuwirken, daß die hiesigen Korrespondenten deutscher Blätter Sachlage in einer unserer Politik angemessenen Weise besprechen.“ Dazu hatte Kaiser Wilhelm I. am Rande bemerkt: „In welcher Art?“.

## Nr. 675

## Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an den Ministerresidenten in Tanger Weber

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Postziffern Berlin, den 6. September 1883

Ew. habe ich zunächst für die interessante Mitteilung vom 25. d. Mts.* zu danken. Der Herr Reichskanzler betrachtet es als seine Aufgabe, einen deutsch-französischen Krieg wenn irgend tunlich zu verhindern, da der Krieg zwischen zwei so großen benachbarten Völkern auch für den Sieger immer eine Kalamität bilde, die ganz Europa schädigen würde. Die Kaiserliche Regierung will deshalb auch solange wie möglich alles vermeiden, was geeignet wäre, dem französischen Mißtrauen neuen Anhalt zu geben. Einen solchen Anhalt würde aber ein Abkommen mit der Familie Abd-el-Cadirs bieten, falls dessen Geheimhaltung, die nicht von uns allein abhängt, mißlänge.

Nur für den Fall, daß unser guter Wille nicht ausreichen sollte, um den Frieden zu halten, aber auch nur erst dann, werden wir bereit sein, alle Mittel anzuwenden, um auch in Afrika uns die Mitwirkung der Gegner Frankreichs zu verschaffen.

## Nr. 676

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

**Abschrift**

Nr. 625 Friedrichsruh, den 18. November 1883
Vertraulich [abgegangen am 20. November]

Ew. pp. gefälligen Bericht Nr. 322 ** vom 15. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Die vom Marquis de Vogué ausgesprochenen Wünsche sind eigentlich nicht präzis genug formuliert, um darauf bestimmte Erklärungen geben zu können. Es ist nicht er-

* Nach dem Berichte des Ministerresidenten Weber vom 25. August 1883 wäre der zweite Sohn des kurz vorher in Damaskus verstorbenen Emirs Abd-el-Cadir, Emir Muhieddin, an ihn mit dem Anerbieten herangetreten, mit Deutschland ein gegen Frankreich gerichtetes Abkommen zu treffen.

** Wie Fürst von Hohenlohe am 15. berichtete, hatte der frühere französische Botschafter in Wien Marquis de Vogué durch den österreich-ungarischen Botschafter in Paris Grafen Hoyos in Erfahrung zu bringen gesucht, wie sich die Deutsche Regierung zu den Bestrebungen der französischen Royalisten auf Wiederherstellung der Monarchie stellen würde. Marquis de Vogué erklärte dabei auf das bestimmteste, daß die Royalisten von einer Revanchepolitik absehen und den Frankfurter Vertrag mit seinen Konsequenzen anerkennen wollten.

sichtlich, was man von uns schließlich erwartet oder wünscht, um den Monarchisten in Frankreich zu helfen, und ich selbst kann mir keine bestimmte Idee darüber bilden, was wir etwa tun könnten, wenn wir die Herstellung der Monarchie in Frankreich, und namentlich einer bestimmten Nuance derselben, der Orleanistischen, für möglich hielten und lebhaft wünschten. Jede ostensible Begünstigung eines Prätendenten von deutscher Seite würde eine Waffe für dessen Gegner bilden. Wir haben seit dem Frankfurter Frieden, ich kann sagen, seit dem ersten Waffenstillstande, das Princip der Nichteinmischung auf das Strengste befolgt. Der Kaiserliche Botschafter Graf Arnim hat seiner Zeit auf eigene Hand zu Gunsten der Mac Mahon'schen royalistischen Bestrebungen davon abzuweichen versucht, aber weniger aus Staatsraison, als um damit eine auf die persönlichen Sympathien meines allergnädigsten Herrn berechnete Intrige gegen meine Stellung im Innern zu fördern. Die Natur der Argumente, deren er sich dabei Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber bedient hatte, ist natürlich nicht ohne Einfluß auf den Inhalt der Schriftstücke geblieben, durch welche ich ihm entgegentrat, und die demnächst der Öffentlichkeit übergeben wurden. Wenn ich von dem Bedürfnisse absehe, Seiner Majestät, gegenüber der von Graf Arnim akzentuierten Gefahr der französischen Republik für uns, die Gefahr einer monarchischen Restauration für unseren Frieden in's Licht zu stellen, so muß ich mir sagen, daß es den Kreis menschlicher Voraussicht überschreitet, mit Sicherheit vorher sagen zu wollen, ob die französische Republik oder ob die Monarchie, und welche Gattung derselben, dem Fortbestande des Friedens gefährlicher ist. pp.

Ich glaube, daß der Entwicklungsgang der französischen Republik den Völkern als abschreckendes Beispiel nützlich sein werde, und daß Sozialismus und Demokratie, wenn sie sich in Frankreich und England noch stärker ausprägen als bisher, dazu führen werden, die im östlichen Europa bestehenden Monarchien von den untergeordneten Interessen, welche zwischen ihnen streitig sind oder werden können, abzulenken, und sie unter einander zur Erhaltung und gemeinsamen Verteidigung des monarchischen Princips zu einigen, auf dessen Basis allein große Staaten heutzutage regiert werden können. Die lehrreiche Entwicklung ad absurdum, welche sich in Frankreich bezüglich der Republik gegenwärtig vollzieht, würde unterbrochen und für andere Völker unfruchtbar gemacht werden, wenn man sagen könnte, daß sie durch auswärtige Einflüsse gehindert worden wäre, alle ihre Konsequenzen zu ziehen. Wenn ich deshalb die fortschreitende Zersetzung des ursprünglich musterhaft organisierten französischen Staatswesens, welche mit der Republik verbunden ist, in ihrer Rückwirkung auf uns nicht nur nicht fürchte, sondern für nützlich halte, so würde mich doch weder diese meine Ansicht, noch die Befürchtung, daß ein französi-

scher König oder Kaiser leichter als die Republik Bundesgenossen gegen uns in Europa finden würde, dazu bewegen, Seiner Majestät dem Kaiser einen direkten Eingriff in die innere Entwickelung Frankreichs anzuraten; und die französischen Royalisten sind im Irrtum, wenn sie annehmen, daß unsere friedliche und wohlwollende Politik Frankreich gegenüber, so lange ich Einfluß auf dieselbe habe, sich ändern würde, wenn Frankreich wieder eine Monarchie werden sollte. Ich zweifele zwar nicht, daß ein französischer König, und noch mehr Kaiser, leichter als die Republik Bündnisse gegen uns finden würde, aber ich bin der Meinung, daß wir mit der Republik in Frankreich ebenso leicht und noch leichter, in Krieg geraten können als mit der Monarchie, weil in der Republik Leute, die keine Verantwortlichkeit und Nichts zu verlieren haben, leichter dazu kommen, das entscheidende Wort über Krieg und Frieden zu sprechen, und wenn die Republik auch weniger bündnisfähig ist, so würde sie doch vielleicht, wenn sie einmal den Krieg mit uns vom Zaune gebrochen hat, ebenso leicht wie die Monarchie tatsächlich den Beistand anderer Mächte finden, die ihrerseits durch den kriegslustigen Teil ihrer Bevölkerung gedrängt werden würden, diese gute Gelegenheit nicht unbenutzt zu lassen. Ich sehe deshalb in der Fortdauer der Republik nicht notwendig eine Friedensgarantie, wohl aber die Wahrscheinlichkeit einer fortwährend zunehmenden inneren Schwäche und also Verminderung der Kriegsfähigkeit Frankreichs und einen lehrreichen Vorgang für alle Republikaner und solche, die es werden möchten. Von dieser Auffassung bis zu dem Entschlusse, der Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich feindlich entgegenzutreten, ist aber ein weiter Weg, den unsere Politik, le cas avenant, schwerlich einschlagen würde. Ich würde es im Gegenteil, wie gesagt, für nützlich halten, dem monarchischen Frankreich gegenüber dieselbe Politik beizubehalten, die wir bisher gegen die französische Republik geübt haben: wohlwollend auf allen Gebieten, die unsere Interessen nicht berühren, und den französischen Angriff ruhig abwartend, ohne ihm zuvorzukommen. Ich würde auch dann dem Grundsatz treu bleiben, den Krieg niemals um deswillen zu beginnen, weil man annimmt, daß er so wie so unvermeidlich sei; man kann das eben nicht vorher wissen.

Unter den Orleans ist der Graf von Paris wohl der friedliebendste; der Herzog von Aumale, vermöge der Leidenschaftlichkeit seines Auftretens bei verschiedenen Gelegenheiten und der bei ihm besonders entwickelten persönlichen Eitelkeit, flößt weniger Vertrauen für die friedliebende Politik ein. Die Versicherungen, welche die Royalisten gegenwärtig für ihr zukünftiges Verhalten uns geben können, mögen aufrichtig gemeint sein, sind aber für sie selbst unter Umständen nicht haltbar, wenn sie erst am Ruder sind und sich dabei erhalten wollen. Das Königtum wird aber dem Frieden immer die Chance gewähren,

daß der König eine Stellung zu verlieren hat, die er durch die Kriegserklärung aufs Spiel setzt, während die ephemeren Existenzen, welche die Republik an's Ruder bringt, durch das Hazardspiel zwar gewinnen können, aber Nichts zu verlieren haben.

Die ganze Frage gehört für mich zu denen, für welche der Satz gilt: dans le doute abstiens-toi. Sicher bin ich nur, daß wir mit Frankreich wegen der Regierungsform, die es sich zu geben für gut findet, niemals Krieg führen werden, weder für noch gegen. pp.

(gez.) v. Bismarck

Nr. 677

## Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Hatzfeldt

Reinschrift

Berlin, den 6. Dezember 1883

Der französische Botschafter hat mich nach seiner Rückkehr aufgesucht, um dem Dank der Herren Grévy und Ferry Ausdruck zu geben für die überaus freundlichen Eröffnungen, welche Fürst Hohenlohe dort über die Stellung der Kaiserlichen zur französischen Regierung gemacht habe*. Baron Courcel bemerkte dazu wiederholt, daß er beauftragt sei, hier die gleichen Zusicherungen zu geben, und daß es ihn besonders glücklich machen würde, diesen seinen Auftrag persönlich an den Fürsten Bismarck ausrichten zu können.

Ich habe erwidert, daß ich seine Mitteilung über die unverändert freundschaftliche Gesinnung der französischen Regierung zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers bringen wolle, welchem sie gewiß zur Genugtuung gereichen würde. Ob Fürst Bismarck in der Lage sei, jetzt einen Besuch in Friedrichsruh anzunehmen, scheine mir dagegen bei seinem schwankenden Gesundheitszustand sehr zweifelhaft**.

P. Hatzfeldt

---

* Gelegentlich eines Besuchs, den Botschafter Fürst Hohenlohe Anfang November dem Präsidenten Grévy abstattete, hatte er diesem laut seines Berichts vom 6. November gesagt, „daß, wie ich mich bei meinem Aufenthalt in der Heimat zu überzeugen Gelegenheit gehabt hätte, in den Gesinnungen meiner Regierung zur französischen Republik eine Änderung nicht eingetreten sei, und daß wir nach wie vor die guten Beziehungen zur Republik zu erhalten wünschten“. Vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst II (1907), S. 345.

** Hierzu bemerkte Fürst Bismarck laut eines Schreibens des Grafen zu Rantzau an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember, „es wäre bei unserm Verhältnis zu Frankreich nicht tunlich, dem Besuche des Barons Courcel auszuweichen. Er bäte deshalb den Staatssekretär, dem Botschafter zu sagen, daß er sich sehr freuen würde, denselben hier zu sehen“.

Nr. 678

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Rom von Keudell

Konzept

Nr. 133 — Berlin, den 6. April 1884
[abgegangen am 8. April]

Herr Mancini hat, wie Ew. pp. aus der Anlage ersehen wollen, durch den Grafen Launay die Zumutung an uns stellen lassen, zu der Frage der in Marokko von Seiten Frankreichs angeblich bedrohten italienischen Interessen Stellung zu nehmen, bevor noch die italienische Regierung ihrerseits einen Schritt in dieser Richtung getan hat.

Ich bin nicht ohne berechtigte Verstimmung über diese Begehrlichkeit des Herrn Mancini und über die Art, wie dieselbe vom Grafen Launay unterstützt wird, und finde darin eine dilettantische — vertraulich würde ich sagen banausische — Unkenntnis dessen, was in der großen Politik möglich und nützlich ist. Auch tritt bei dieser Gelegenheit von neuem jener, mild ausgedrückt, Mangel an Selbstlosigkeit hervor, der die Italiener schon sooft zu dem Versuche verleitet hat, andere für italienische Zwecke ins Wasser zu schicken, ohne sich selbst einen Finger naß zu machen.

Wenn man Anliegen mit solcher Dringlichkeit betreiben will, wie das hierbei seitens der Herren Mancini und Graf Launay geschehen ist, muß man sich mit voller Berechtigung auf unzweifelhafte Rechte und Pflichten, respektive auf Tatsachen ungerechter Beeinträchtigung ersterer berufen können. Tatsächlich liegt aber bis jetzt in Marokko nichts weiter vor als die Wichtigmacherei eines französischen Gesandten polnischen Ursprungs. Selbst um eine einfache Beschwerde der italienischen bei der französischen Regierung genügend zu begründen, müßte schon mehr als das bisher Behauptete zur Änderung des status quo geschehen sein. Wenn eine solche Beschwerde, hinreichend begründet und erfolglos in Paris angebracht, bedrohliche Folgen für Italien selbst nach sich ziehen sollte, so könnte damit vielleicht für die italienische Regierung der Moment gekommen sein, um uns zu benachrichtigen.

Wir sind bereit, Italien zur Seite zu stehen, wenn es von Frankreich angegriffen oder auch nur ernstlich bedroht ist. Aber wegen vager Sorgen über nicht einmal aktuelle, sondern erst von der Zukunft gehoffte italienische Interessen in Marokko, oder im Roten Meere, oder in Tunis, oder Ägypten oder in irgendeinem anderen Weltteile Händel mit Frankreich anzufangen und Europa vor die Eventualität eines Krieges von größten Dimensionen zu stellen, das ist eine Zumutung, die man wegen der sich darin ausdrückenden Geringschätzung unserer und aller sonstigen nichtitalienischen Interessen kaum mit Gleichmut entgegennehmen kann.

Wenn endlich Graf Launay von der „grande déception“ der Italiener spricht, so erinnert mich das lebhaft an die gewohnheitsmäßige Drohung des Fürsten Gortschakow: „L'Empereur est très mécontent“, worauf ich stets erwiderte: „Et le nôtre l'est bien davantage.“

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, sich im Sinne vorstehender Bemerkungen, aber natürlich in gemilderter Form, Herrn Mancini gegenüber auszusprechen, sobald er auf die Sache im Gespräch mit Ihnen zurückkommt. v. Bismarck

Nachschrift.

Berlin, den 8. April 1884

Ich habe mich gefreut, aus der Rede des Herrn Mancini vom 5. d. Mts. zu ersehen, daß derselbe nicht nur bestrebt ist, die italienisch-französischen Beziehungen zu pflegen, sondern auch Wert darauf legt, daß das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich sich in einer Richtung fortentwickelt, welche der italienischen Regierung die Möglichkeit der Erhaltung freundschaftlichen Verkehrs mit beiden Mächten wahrt.

Es wird mir aber schwer, in diesem mit meinen eigenen Überzeugungen ganz übereinstimmenden Programm einen Platz für die Haltung zu finden, die wir nach den durch Graf Launay hier versuchten Einwirkungen Frankreich gegenüber in der marokkanischen Sache einnehmen sollen. Dieselbe würde zwar geeignet sein, die Beziehungen Italiens zu Frankreich zu schonen, aber auf Kosten unseres eigenen guten Verhältnisses zu Frankreich, welches durch unsere Einmischung in eine unreife Sache eine Trübung erleiden müßte, für welche die heutige Sachlage kein Rechtfertigungsmoment bietet.

v. Bismarck

## Nr. 679

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Rom von Keudell

Konzept

Nr. 263 Berlin, den 26. Juni 1884
Geheim

Ew. gefälliger Bericht vom 18. d. Mts. über die etwaige Rückwirkung marokkanischer Vorgänge auf die Beziehungen Italiens zu Deutschland hat mir vorgelegen.

Wie wenig begründet zurzeit die Besorgnisse des Herrn Mancini, wie berechtigt unsere kühle Auffassung der marokkanischen Frage ist, zeigt sich darin, daß die französische Flotte, deren Erscheinen das Signal für den Ausbruch der Krisis sein sollte, nach Westen abgeschwenkt hat, ohne daß man auch nur mit Sicherheit angeben kann, was sie gewollt habe.

Ich bitte Ew. pp., die Auffassung sich nochmals zu vergegenwärtigen, die ich in dem Erlaß vom 6. April d. Js.* niedergelegt habe. Wenn Italien des Bündnisses, zu dem wir uns bereitwillig herbeigelassen haben, nicht zu bedürfen glaubt und sich über die Nützlichkeit desselben so wenig klar ist, daß eine bisher jeder Realität bare Gespensterseherei auf entfernten Küsten, wo Italien kaum Verkehrs-, geschweige politische Interessen hat, einen Anlaß zum Verzicht auf unser Bündnis abgeben kann, so hat dasselbe überhaupt nicht die genügende Sicherheit für uns, um bei ernsten Eventualitäten in Berechnung gezogen zu werden. Wir können dann nur sagen, daß unser Versuch, zwischen einem römischen und einem italienischen Bündnis zu optieren, zuungunsten des letzteren ausgefallen ist. Wir haben durch das Bündnis unserm guten Willen, Italien und seine Monarchie gegen das Ausland und die Republik zu stützen, einen ehrlichen und bewußten Ausdruck gegeben, aber keineswegs unserer Hilfsbedürftigkeit.

Ew. pp. haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, daß die leiseste Ingerenz Deutschlands in die Marokkofrage eine starke Verstimmung in Frankreich hervorrufen würde. Ich gehe noch weiter, die Wahrnehmung, daß Deutschland nicht nur Metz und Straßburg behalten will, sondern auch den Franzosen die Möglichkeit mißgönnt, in überseeischen Erfolgen eine Entschädigung für die Rheingrenze zu suchen, die Wahrnehmung, daß Frankreich auf allen seinen Wegen Deutschland als Gegner findet, würde die Partei der Revanche, den Nationalhaß der Franzosen und ihre Energie uns gegenüber wesentlich kräftigen und den Ausbruch eines neuen französischen Krieges beschleunigen, wo ich dann nicht wüßte, welcher Kampfpreis uns bei eventuellem Siege vorschweben könnte. Auch siegreich würde ein solcher Krieg eine große Kalamität sein, und ich würde es nicht verantworten können, die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts zu erhöhen, um den marokkanischen Phantasien des Herrn Mancini zu entsprechen.

In einem solchen Kriege nehmen Ew. pp. an, daß auch England und Spanien uns zur Seite stehen würden. Es liegt aber keine Bürgschaft dafür vor, daß sich beide Mächte zu einem neuen französischen Kriege nicht genau ebenso wie 1870 stellen würden, wo Spanien in höherem Maße als jetzt Veranlassung hatte, an einem Kriege teilzunehmen, welcher wesentlich eine Konsequenz unserer Gefälligkeiten für Spanien war. Ich will gern annehmen, daß die ganze Kraft Italiens in solcher Eventualität im Felde erscheinen würde; es läßt sich aber nicht vorhersehen, wieviel von derselben bei der Überlegenheit der französischen Flotte zur Verteidigung der italienischen Küsten absorbiert werden würde.

Ich teile Ew. pp. diese Erwägungen nur zu Ihrer eigenen Information mit und ersuche Sie, sich Herrn Mancini gegenüber in höflicher und wohlwollender Weise jeder weiteren Erörterung dieses Themas

---

* Siehe Nr. 678.

versagen zu wollen. Wenn der italienische Minister Wünsche auf diesem Gebiete bei uns anzubringen hat, so wird es geschäftlich zweckmäßig sein, italienische Anliegen nicht durch den deutschen Botschafter in Rom, sondern durch den italienischen in Berlin zur Sprache bringen zu lassen. Auf diesem korrekteren Wege wird sich für ihn zugleich die Notwendigkeit ergeben, die wahren Umrisse seiner Begehrlichkeiten und Beschwerden genauer und geschäftsmäßiger zu präzisieren, als dies bei vertraulicher, mündlicher Besprechung möglich und üblich ist.

v. Bismarck

Nr. 680

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Hatzfeldt

Abschrift

Varzin, den 7. August 1884

Ich bitte um Bericht über die Situation der Verhandlungen wegen Regelung der westafrikanischen Verkehrsverhältnisse im Sinne der ostasiatischen*. Der jetzige Moment nach Abbruch der Londoner Konferenz** wird besonders geeignet sein, um Fürst Hohenlohe mit vertraulichen, aber doch die Verhandlung praktisch näher bringenden Eröffnungen in Paris zu beauftragen. Wenn Frankreich Bereitwilligkeit dazu zeigt, so könnten wir ihm den Vorschlag machen, gemeinsam ein Abkommen zu entwerfen, vermöge dessen die Freiheit des Handels mit

* Den Anlaß zu dem Beginn von Verhandlungen über diese Materie hatte der englisch-portugiesische Kongovertrag vom 26. Februar 1884 gegeben. Seither war zwischen der deutschen und der französischen Regierung ein Gedankenaustausch über eine gemeinsame Behandlung der Kongofrage auf der Grundlage des Prinzips freien Handelsverkehrs und der Gleichberechtigung gepflogen worden. Vgl. Aktenstücke betr. die Kongofrage. Dem Bundesrat und dem Reichstage vorgelegt im April 1885. Nr. 11, 12, 24, 25, 30, 31.

** Bekanntlich hatte das englisch-französische Kondominium in der ägyptischen Frage seit dem Jahre 1882 einer ausgesprochenen englischen Vorherrschaft Platz gemacht. Aus diesem für Frankreich höchst unbefriedigenden Zustande suchte es im Frühjahr 1884 durch eine Verständigung mit England (16. Juni) herauszukommen, die eine Erweiterung der finanziellen Vollmachten der — nicht einseitig englischen — ägyptischen Schuldenkommission und eine Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten für Anfang 1888 in Aussicht nahm. Im Anschluß an diese Verständigung war am 28. Juni in London eine Konferenz der europäischen Mächte über die Finanzlage Ägyptens zusammengetreten, in der sich aber alsbald wieder die Unvereinbarkeit der englischen und der französischen Ansprüche herausstellte, und die am 2. August von der englischen Regierung für gescheitert erklärt und abgebrochen wurde. Die französische Regierung hätte die Konferenz lieber nur vertagt gesehen, indessen war sie in diesem Punkte von den Delegierten Deutschlands, Österreichs und Rußlands, die sonst im wesentlichen den französischen Standpunkt vertraten, nicht nachdrücklich genug unterstützt worden.

den bisher unter keiner europäischen Jurisdiktion stehenden Küstenstrichen für die Teilnehmer an dem Vertrage gewährleistet wird. Sobald wir mit Frankreich über die nach Analogie Ostasiens zu formulierenden Grundsätze einig sind, können wir dann gemeinsam die anderen dabei interessierten Mächte, wie England, Holland, Spanien, Portugal, Belgien, resp. nur eine der beiden letzten, falls ihre Verständigung untereinander nicht erreichbar ist, zum Beitritt einladen und vorläufig mit denen, welche dazu geneigt sind, den Abschluß erstreben. Kann Englands Beitritt herbeigeführt werden, so wäre das erwünscht, für wahrscheinlich halte ich es kaum, glaube vielmehr, daß die exklusiven englischen Bestrebungen nach möglichster Alleinherrschaft in den außereuropäischen Meeren die anderen handeltreibenden Nationen in die Notwendigkeit setzen werden, durch Assoziation untereinander ein Gegengewicht der englischen Kolonialsuprematie herzustellen.

Fürst Hohenlohe muß diesen Gedanken in vorsichtiger Weise mit Ferry besprechen, bei welchem der Abbruch der Konferenz und die Art desselben vielleicht gegenwärtig eine Stimmung hervorgerufen haben wird, die ihn für unseren Plan empfänglich macht.

Das analoge Bedürfnis, sich englischer Übergriffe zur See zu erwehren, hat im vorigen Jahrhundert zu der Erscheinung der sogenannten „bewaffneten Neutralität" geführt, vermöge deren fast alle damaligen europäischen Staaten durch ihre Assoziation der englischen Suprematie zur See die Wage zu halten bemüht waren.

(gez.) v. Bismarck

Nr. 681

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Zt. in Varzin

Ausfertigung

Berlin, den 11. August 1884

Bei der heutigen Unterredung mit dem französischen Botschafter kam zunächst die Frage der westafrikanischen Handelsverhältnisse zur Sprache, und ich warf den Gedanken einer deutsch-französischen Verständigung hin. Baron Courcel meinte, er glaube, daß die französische Regierung zu einem Einvernehmen mit uns gern die Hand bieten werde, obschon die Frage für Frankreich ihre schwierigen Seiten habe. Abgesehen von den verschiedenartigen Ansprüchen, welche seitens anderer Staaten auf Gebiete der westafrikanischen Küste gemacht würden, glaube auch Frankreich, Anrecht zu haben auf Punkte, die es allerdings noch nicht effektiv besetzt habe. Ich erwiderte ihm, es werde sich zwischen uns nur um eine prinzipielle Abmachung bezüglich der freien Territorien handeln. Er wisse aus Erfahrung, daß wir fran-

zösischen Bestrebungen in andern Weltteilen nicht hinderlich wären. Die Ansprüche anderer Staaten würden zu prüfen sein, wenn wir uns über das Prinzip geeinigt hätten. Baron Courcel fragte dann, wie der Begriff der Handelsfreiheit zu verstehen sein würde. Ich erwiderte: als absolute Freiheit, da in den Gegenden, auf welche allein diese Abmachung sich beziehen würde, niemand berechtigt sei, die Zollhoheit auszuüben. Wir wünschten zunächst, uns mit Frankreich zu einigen, dann in zweiter Reihe noch andere Mächte in die Abmachung hineinzuziehen. Hierbei würde man in einem späteren Stadium die Frage zu erwägen haben, wie man sich zu Portugal und zur Association Internationale stellen wolle. Als zweifelhaft könne man wohl den Beitritt Englands betrachten, da das englische System darin bestehe, andere fernzuhalten, während die jetzt angestrebte Vereinbarung den Zweck verfolgen würde, der englischen Kolonialsuprematie entgegenzuarbeiten.

Baron Courcel meinte hierauf, wenn dieser Gedanke vielleicht der Anknüpfungspunkt für die zwischen uns bereits mehrfach akademisch besprochene und so wünschenswerte Gemeinsamkeit des Handelns sein solle, so liege dieselbe doch recht weit abseits, und es schiene, daß unsere erste gemeinsame Aktion nur die entfernteste Peripherie des Erdballs berühren solle.

Ich erwiderte, ich verstände, worauf er hinaus wolle, es gäbe nähere Punkte, z. B. Ägypten. Er räumte ein, daß dieser Gedanke ihm allerdings näher liege, und wir kamen nun auf die Besprechung der Konferenz zurück. Ich konstatierte hier zunächst, daß die Franzosen sich nicht beklagen könnten, da sie mit Ausnahme von Italien und der Türkei uns alle auf ihrer Seite gehabt hätten. Der grief der französischen Regierung wegen der Enthaltung der drei Botschafter bei der Abstimmung habe keine Begründung, insofern es unrichtig sei anzunehmen, daß man Frankreich absichtlich allein gelassen habe; vielmehr sei ich selbst durch diese unerwartete Enthaltung unsers Vertreters sowie der Vertreter Rußlands und Österreichs überrascht worden*. Daß man sich aber in England selbst keiner Illusion über die Stellung der andern Mächte hingegeben habe, ergebe sich schon aus der Schnelligkeit, mit der die Konferenz geschlossen worden sei. Wenn ich die Sachlage, wie sie sich heute gestaltet habe, ins Auge faßte, so käme ich zu der Ansicht, daß rechtlich nichts verändert sei, und daß der status quo, wie er vor der Einladung zur Konferenz existierte, noch heute fortbestehe. Es könne sich jetzt nur darum handeln, ob

* In der Tat hat Fürst von Bismarck es dem Botschafter Grafen Münster in einem Erlaß vom 12. August zum Vorwurf gemacht, „daß Ew. pp. den französischen Antrag in der Sitzung vom 2. August auf Vertagung der Konferenz bis zum 20. Oktober nicht nur [nicht] unterstützt, vielmehr Ihre Zustimmung von der an sich selbstverständlichen aber deshalb unnötigen Bedingung ‚si omnes‘ abhängig gemacht haben.“

man angesichts der über die Pläne der englischen Regierung bestehenden Ungewißheit dieser Meinung Ausdruck geben wolle. Das hätten aber die näher interessierten Mächte, in erster Linie Frankreich, zu erwägen. Jedenfalls gäbe es gewisse spezielle Punkte in dieser allgemeinen Frage, die alle Mächte gleich interessierten, z. B. die Frage der Indemnitäten. Es würde mir lieb sein, die Ansicht der französischen Regierung über diesen Punkt zu kennen, wegen dessen wir uns vielleicht verständigen könnten.

Nach einigem Überlegen erwiderte Baron Courcel, das käme wieder auf die frühere question des écus zurück. Diese Frage sei gewiß respektabel. Das französische Interesse erfordere aber, nach französischer Auffassung, daß man die Lage von einem höheren Gesichtspunkte aus betrachte, und zwar von dem der ganzen Zukunft Ägyptens. Wenn England sich dort ungehindert festsetzen dürfe, so werde es den Angehörigen der anderen Mächte natürlich erlauben, als Gäste Englands ebenso wie auch in London Handel zu treiben, der Löwenanteil in jeder Beziehung werde aber für England bleiben, und auf diese Frage komme es für Frankreich an.

Als nächste Erwägung dans cet ordre d'idées böte sich die der Zukunft der Schuldenkommission; was wir dafür tun wollten?

Ich erinnerte daran, daß wir ebenso wie auch Rußland unsere Forderung in der Konferenz gestellt hätten*. Ob wir heute nach dem Scheitern der Konferenz den Gedanken von neuem aufnehmen würden, das sei noch nicht erwogen, und ich könnte darüber noch nichts Bestimmtes sagen.

Baron Courcel wandte sich darauf von den Einzelfragen wieder zu der Betrachtung der allgemeinen Sachlage zurück und wies darauf hin, daß Frankreich isoliert nichts tun könne: „mais nous ne vous manquerons pas, si vous, c'est-à-dire vous et vos alliés, voulez faire quelque chose."

Ich erwiderte, er müsse doch endlich einmal einsehen, daß es sich mit unserer ganzen Situation nicht vertrüge, uns für Ägypten en avant zu setzen. Ebenso würden die anderen Mächte, welche in London moralisch auf Seite Frankreichs gestanden hätten, auch heute vermutlich Anstand nehmen, die Initiative zu ergreifen, während sie, wenn Frankreich als der Nächstinteressierte aus seiner Reserve hervorträte und bestimmte Vorschläge machte, vielleicht mit ihrer Zustimmung nicht zögern würden.

Courcel gab zu, daß Deutschland sich nicht voranstellen könne, warf aber ein: „comment voulez-vous que nous sachions sur qui nous pouvons compter et jusqu'à quel point on nous soutiendrait, le cas

---

* Deutschland und Rußland hatten gewünscht, einen Sitz in der Kommission zu erhalten. Vgl. die Fußnote zu Nr. 661, S. 16.

échéant, puisque les Puissances n'ont pas voté avec nous à Londres et qu'elles ne disent rien depuis la clôture de la Conférence?"

Ich entgegnete, mir schiene, die französische Regierung könnte gerade aus der Haltung der Mächte auf der Konferenz schließen, was die einzelnen tun würden, w e n n jemand voranginge. Scherzend fügte ich hinzu: „si j'avais été à la place de Monsieur Ferry, je sais bien ce que j'aurais fait pour m'éclairer sur les dispositions des autres Puissances." Als Courcel wiederholt fragte, was ich meinte, indem er versicherte, daß es sich nur um eine ganz vertrauliche und akademische Unterhaltung handle, sagte ich: „c'est une idée toute personnelle à moi, et quoique nous causions en toute confiance, je ne veux même pas émettre une idée dont vous pourriez tirer des conséquences quelconques, d'autant moins que le chancelier est bien loin de se douter qu'une idée pareille m'est venue à l'esprit."

Auf sein Drängen fügte ich hinzu: „eh bien, pour savoir ce que pensent les Puissances, en quittant Londres je les aurais invitées à venir se réunir chez moi à Paris pour discuter le programme français de la question égyptienne, le programme anglais n'ayant pas amené d'accord à Londres."

Baron Courcel dachte einen Augenblick nach und sagte dann wiederholt: „c'est une idée."

Mein allgemeiner Eindruck nach dieser Konversation ist: Daß wir die Franzosen zu positiven Vorschlägen und auch zu weiterem Vorgehen veranlassen können, wenn sie die Sicherheit zu haben glauben, daß sie auf unsere und unserer Alliierten Zustimmung England gegenüber rechnen können. In dieser Hinsicht würde es nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten von e n t s c h e i d e n d e r Wirkung bei ihnen sein, wenn wir ihnen, nachdem wir uns mit Österreich und Rußland darüber verständigt, sagten, daß wir und unsere Alliierten den französischen Standpunkt bezüglich Aufrechterhaltung der Schuldenkommission einnehmen und bei demnächstigen Verhandlungen, sei es gegenüber England, sei es bei dem Khedive, vertreten werden.

P. H a t z f e l d t

---

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Schluß des Schriftstücks:

Wir werden damit anfangen können, daß wir in Wien u[nd] Pet[e]r[s]b[urg] die Ansicht äußern, daß der status quo ante durch die Conferenz rechtlich nicht alterirt u[nd] die Schulden-Commission nach wie vor in Wirksamkeit steht, gleich allen andern Verträgen bezüglich Egyptens, u[nd] daß wir die Ansicht der beiden Cabinette hierüber vertraulich erbitten*

---

* Im Anschluß an diese Schlußbemerkung ließ Fürst Bismarck dem Staatssekretär Grafen von Hatzfeldt am 12. August schreiben: „Seine Durchlaucht ist mit der von Hochdenselben [dem Staatssekretär] beobachteten Haltung völlig einverstanden und bittet Sie, des Weitern nach der in margine verzeichneten Instruktion verfahren zu wollen." — Dementsprechend wurde der Pariser Botschafter am 12. instruiert.

## Nr. 682

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 62 Berlin, den 14. August 1884

pp. Baron Courcel, den ich gestern abend wegen der verhafteten französischen Offiziere sah, und der in lebhafter Weise seiner Dankbarkeit gegen Ew. Ausdruck gab, kam dann auch auf die ägyptische Frage zurück, und ich konnte nochmals konstatieren, daß unsre Enthaltung bei dem Vertagungsantrage* Herrn Ferry mißtrauisch gemacht und bei ihm den Verdacht geweckt hat, daß unsre jeweilige Annäherung nur den Zweck verfolgt de faire des niches au gouvernement anglais und Frankreich nachher wieder fallen zu lassen. Ich beschränkte mich auf die Bemerkung: de faire des niches ne serait pas digne d'un grand gouvernement.

Baron Courcel trug sich mit der Absicht, morgen auf einige Tage nach Paris zu fahren, da er fürchtet, daß Ferry zu sehr von innern Fragen in Anspruch genommen ist, um volles Verständnis für die Frage zu haben, wenn sie ihm nicht mündlich klargemacht wird.

P. Hatzfeldt

## Nr. 683

## Der Vortragende Rat im Preußischen Staatsministerium Graf Wilhelm von Bismarck, z. Z. in Varzin, an das Auswärtige Amt

Eigenhändig

Varzin, den 15. August 1884

Seine Durchlaucht bittet dem Baron Courcel das Folgende mündlich mitzuteilen:

Das Mißtrauen von Frankreich, daß wir es vorübergehend stützen und nachher sitzen lassen würden, ist erklärlich, denn die von mir seit Jahren gesuchte Annäherung an Frankreich wird allein durch das beiderseitige Mißtrauen erschwert. Keiner von uns beiden kann etwas dafür. Wir unsrerseits haben außer den geschichtlichen Reminiszenzen noch den weitern Grund zum Mißtrauen, daß in Frankreich die Kontinuität der Regierung geringer ist als bei uns. Wenn wir auch zur jetzigen Regierung volles Vertrauen fassen könnten, so ist damit nicht ausgeschlossen, daß jede, die ihr folgt, die entgegengesetzte Politik uns gegenüber einschlagen kann, ohne daß sie sich selbst untreu wird. Bei uns stellt die Monarchie eine größere Beständigkeit her, als solche für eine republikanische oder auch nur

* Vgl. S. 413, Fußnote **.

parlamentarische Majoritätsregierung möglich ist. Wir können uns deshalb immer der Befürchtung nicht entschlagen, daß Frankreich, nachdem wir im Verein mit ihm bis zum Bruche mit England oder nahe daran gelangt sein würden, infolge eines Regierungswechsels plötzlich die Situation benutzt, um sich auf Englands Seite zu stellen und uns zu isolieren. Diese Eventualität müssen wir uns vor Augen halten. Aber wenn wir beiderseits unser Mißtrauen nicht überwinden wollen, so müssen wir auch definitiv darauf verzichten, Interessen, die uns gemeinsam sind, gemeinsam geltend zu machen.

Es widerstrebt uns, eine solche Zukunft unsrer beiderseitigen Beziehungen zueinander anzunehmen, und wir können nicht glauben, daß Frankreich dauernd auf die Präponderanz der weitaus stärksten kontinentalen Seemacht verzichten will, während ihm die verhältnismäßige Stärke seiner Landmacht die Ausnutzung seiner Stärke zur See in höherm Maße erlaubt, als dies bei England der Fall ist. Frankreich kann zu einer mächtigen, vielleicht dominierenden Stellung gelangen, wenn es der maritimen Suprematie Englands gegenüber die Führung der maritimen Politik der Mächte mit Marinen zweiten Ranges erstrebt.

Gf. W. Bismarck

## Nr. 684

## Der Botschafter in Paris Fürst von Hohenlohe an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 233 Paris, den 15. August 1884

Nach Empfang des hohen Erlasses vom 12. d. Mts.*, betreffend die Gemeinsamkeit der westafrikanischen Handelsinteressen zwischen Deutschland und Frankreich, begab ich mich zu Herrn Jules Ferry, um zu erfahren, wie er den Gedanken einer deutsch-französischen Verständigung über die westafrikanischen Handelsverhältnisse aufnehme. Ich gewann bei der Unterredung den Eindruck, daß die Frage den Ministerpräsidenten lebhaft beschäftigt, und daß er ihr eine große Tragweite beilegt. Nur vermied er es, wie dies bei wichtigen Fragen in seiner Gewohnheit liegt, sofort eine bestimmte Erklärung zu geben. Er will die Sache noch nach allen Richtungen überlegen, und die Berichte des Baron Courcel genügen ihm nicht, um seinen Entschluß zur Reife zu bringen; denn er hat Baron Courcel aufgefordert, sobald als möglich hierherzukommen, um die Frage mit ihm durchzusprechen. Es ist möglich, daß der Minister in seiner zögernden Haltung durch die Ungewißheit bestimmt wird, wie sich die Verhältnisse zwischen Frankreich und England nun nach dem Scheitern der Konferenz gestalten werden; andrerseits scheint es mir, als ob Ferrys reserviertes

* Vgl. S. 417, Fußnote*.

Auftreten in dieser und in anderen Fragen mit seinen Beziehungen zu den früheren Gambettisten zusammenhänge. Wenn er auch das Mißtrauen jener Herren gegen Deutschland nicht teilt und auf einem höheren politischen Standpunkte steht, so hat er doch auf die Partei und deren engherzige Auffassung Rücksicht zu nehmen und ist in allen Fragen, welche ein Zusammengehen mit Deutschland anbahnen, ehe er sich entschließt, sorgfältig bemüht, Argumente zu sammeln, um den Einwürfen jener Partei begegnen zu können. Ist er einmal zu einem Entschlusse gelangt, so fehlt ihm nicht die Energie, denselben vor Freund und Feind zu vertreten. Hohenlohe

Nr. 685

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 66 Berlin, den 17. August 1884

Ew. beehre ich mich zu melden, daß ich heute mit Baron Courcel, der morgen reist und sich für Mittwoch bei Herrn Ferry angesagt hat, den Inhalt der auf eine deutsch-französische Verständigung bezüglichen Erlasse durchgesprochen habe.

Baron Courcel hat persönlich den lebhaften Wunsch, zu einer Annäherung beider Länder auf dem Boden der Interessengemeinschaft mitzuwirken.

Er wird, falls er bei seiner Regierung eine ähnliche Auffassung und auch den nötigen Grad von Entschlossenheit im Hinblick auf die zu gewärtigenden Parteikritiken findet, Ende dieses oder spätestens Anfang des nächsten Monats hierher zurückkehren und dann die Erlaubnis erbitten, Ew. das Ergebnis seiner Reise vorzutragen.

P. Hatzfeldt

Nr. 686

## Der Botschafter in Paris Fürst von Hohenlohe an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Paris, den 23. August 1884

Baron Courcel, der sich heute vor seiner Abreise nach Berlin bei mir verabschiedete, ist sehr befriedigt von den Ergebnissen seiner Unterredungen mit Herrn Jules Ferry. Er sagt, der Ministerpräsident sei anfangs von seinen Eröffnungen etwas betroffen gewesen, habe sich aber nach und nach mit dem Gedanken einer Verständigung mit Deutschland in den von Baron Courcel bezeichneten Punkten vertraut

gemacht und sei zu gemeinschaftlichem Handeln bereit. In betreff der westafrikanischen Angelegenheiten ist dem Ministerpräsidenten eine Verständigung mit Deutschland willkommen. Die einzelnen Punkte, in welchen noch Meinungsverschiedenheit bestehe, würden von Baron Courcel erörtert werden. Es handelt sich um einige geographische Bedenken und um die Anwendung des Prinzips der Handelsfreiheit. Auch in betreff der ägyptischen Dinge ist Herr Jules Ferry zu gemeinsamen Schritten bereit; doch möchte er in diesen Fragen, insbesondere was die Schadloshaltung der durch das Bombardement von Alexandrien Betroffenen anlangt, nicht die Initiative ergreifen. Herr Jules Ferry setzt dabei voraus, daß es sich eben nur um ein rapprochement, um gemeinsame Schritte in bestimmten Angelegenheiten, nicht um eine förmliche Allianz handele. Er, wie Baron Courcel halten Vorsicht gegenüber der leicht erregbaren öffentlichen Meinung für geboten[1]. Und wenn man die schwankende Haltung der Pariser Presse betrachtet, die heute von deutsch-französischer Allianz spricht, morgen aber wieder den schlimmsten Ton des Chauvinismus anschlägt, so begreift man die reservierte Haltung Ferrys. Ein kurzer Bericht über die Presse, den ich heute folgen lasse, liefert einige Beispiele, die das oben Gesagte erläutern.

Hohenlohe

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Richtig

Nr. 687

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Ausfertigung

Berlin, den 25. August 1884

Baron Courcel, welcher mich heute aufsuchte, leitete unsere Unterredung mit der Bemerkung ein, Herr Ferry sei stets bemüht gewesen, die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich dadurch zu fördern, daß er nach Möglichkeit jede Erwähnung derjenigen Punkte zu vermeiden gesucht habe, auf denen sich beiderseits die nationale Empfindlichkeit konzentriere. Auch jetzt sei Herr Ferry der Ansicht, daß es für die Erreichung der wünschenswerten Annäherung der beiden Nationen sich empfehle, jene Punkte mit Stillschweigen zu übergehen, um so mehr, da man konkrete Interessen finden könne, hinsichtlich welcher eine für beide Teile vorteilhafte Vereinbarung sich erreichen lasse[1]*.

* Aus den bei George Pagès, L'Hégémonie allemande im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I, (1919) p. 193 ff. veröffentlichten Berichten und Briefen Courcels ersieht man, daß er selbst der Träger einer Politik des „jamais rien pardonner, jamais rien oublier" war. Mit aller Klarheit entwickelt der französische Botschafter in einem Privatbrief an Ferry vom 3. Dezember 1884 das Pro-

Der Botschafter fügte hinzu, er habe in Paris konstatieren können, daß Ferry stärker als je sei und die Situation ganz beherrsche. Diese Stellung könne er aber nur dann sich erhalten, wenn er die nervöse Reizbarkeit der parlamentarischen Majorität schone, welche ihm in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung eine abwartende Haltung nach außen hin zur Pflicht mache. Er sei zwar deshalb keineswegs genötigt, sich von allem, was draußen vorgehe, auszuschließen, wohl aber müsse er suchen, keinen Anhalt für den Vorwurf zu geben, daß durch seine unüberlegte Initiative Frankreichs auswärtige Politik noch weiter engagiert worden sei.

Nach dieser Einleitung ging Baron Courcel auf die einzelnen konkreten Punkte über.

Die beiderseitige Gewährleistung der Handelsfreiheit, sowie die Gewährung derselben an dritte nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit werde sich auf die ganze Küstenstrecke vom Äquator bis zur Grenze der Kapkolonie nicht füglich ausdehnen lassen*, weil man da mit allerlei Ansprüchen in Konflikt kommen würde; auch die eigenen Beziehungen Frankreichs zum Gabungebiet könnten dann leicht noch erörtert werden[2].

Deshalb würde Herr Ferry folgendes vorschlagen:

1. Unsere Formulierung anzunehmen pour le Congo et ses accessoires, weil dort Frankreich über unzweifelhafte Rechtstitel verfügen könne auf Grund eines alten Vertrags mit Portugal und auch infolge der neuesten französisch-portugiesischen Verhandlungen.

---

gramm, das er vom Anfang seiner Berliner Botschaftertätigkeit verfolgt habe: „Je crois qu'en fait de démembrements subis, une nation à moins de courir avec indifférence au devant du sort de la Pologne, ne doit jamais rien pardonner, jamais rien oublier. Je n'ai pas dit un mot au Chancelier d'Allemagne qui pût l'encourager dans une pareille illusion à notre égard. Je tiens dans un sentiment que vous réspecterez, à bien marquer les limites que je n'ai pas franchies et que votre patriotisme ne me demandera j'amais de franchir. Pacifier le présent, réserver l'avenir, tel est le programme que j'ai toujours eu devant les yeux, depuis qu'il a été question, entre la France et l'Allemagne, de substituer le calcul des intérêts réciproques à la vanité et aux dangers de provocations bruyantes, aussi peu sincères d'un côté que de l'autre. Dès le début de nos pourparlers, j'ai spécifié, avec le comte de Hatzfeldt, et avec le chancelier lui-même, qu'il ne serait jamais question entre nous d'Alsace ni de Lorraine, qu'il y avait là un domaine réservé pour les uns comme pour les autres, où il devait nous être interdit de pénétrer, parceque nous ne pourrions jamais nous y rencontrer en bon accord."

* Auch Fürst von Bismarck hatte in einem Diktat vom 15. August sich für eine Beschränkung ausgesprochen: „Ich glaube den französischen Wünschen entgegenzukommen, wenn ich nicht die ganze afrikanische Westküste dem Vertrage unterwerfen will. Im Senegalgebiet z. B. wird Frankreich gern freie Hand behalten wollen, und als wesentlicher Zweck unsrer Vereinbarung die Verhinderung einer weitern Ausdehnung der Kapkolonie und eines Schließens des Kongogebietes durch England oder andre ins Auge zu fassen sein".

2. Pour toute la côte occidentale s'entendre sur le principe de l'effectivité des occupations[3].

Comme procédure pour les deux points précédents on croit utile, après entente entre nous deux, d'en arriver à une conférence européenne[4] (Etats Unis d'Amérique compris).

3. Die französische Regierung würde es dann auch für angezeigt halten, sich über die Freiheit der Schiffahrt auf dem Niger zu verständigen, wo sonst die Errichtung englischer Barrièren in naher Zukunft zu befürchten sei[5].

Wie wünschenswert es auch für uns sei, uns gegen solche Übergriffe der Engländer[6] zu schützen, erläuterte Baron Courcel an dem Beispiel: sur la Côte d'Or les Anglais occupent deux points extrêmes entre lesquels ils n'admettent pas l'occupation par un tiers. La France a cependant occupé depuis plus de vingt ans quelques points dans cet espace libre et l'Angleterre vient de nous rappeler par un acte sa manière de voir à ce sujet. A Paris on est sur le point de rejeter cette prétention de l'Angleterre[7]. La même chose peut arriver à l'Allemagne.

Nach der westafrikanischen Frage kam Baron Courcel auf Ägypten und sagte ungefähr folgendes:

Tout en restant dans la position expectante motivée par l'opinion, on pourrait dans l'ordre d'idées des intérêts concrets trouver un certain nombre de points pour lesquels la France unirait son action à celle de l'Europe, notamment à celle de l'Allemagne.

1⁰ Indemnités d'Alexandrie*,

2⁰ Question sanitaire[8]**,

3⁰ Commission de la dette.

La France est prête à appuyer l'introduction d'un commissaire allemand (et si vous le désirez, russe) et à s'entendre avec l'Allemagne sur le maintien et l'extension de la Commission.

4⁰ Canal de Suez[9]: Police comme une proposée par l'Allemagne il y a deux ans, ou bien prendre au mot les Anglais pour la liberté du Canal. (Dépêche de Lord Granville du 3 Janvier 1883.)

Mein Eindruck ist, daß Jules Ferry zwar aus parlamentarischen Rücksichten nicht den Vorwurf, eine große Aktion eingeleitet zu haben, auf sich laden möchte, daß er trotzdem aber sehr bereit ist, die dargebotene Hand zu ergreifen und in den erwähnten Punkten mit uns und unseren Alliierten zu gehen, sobald er sicher ist, bei uns Anlehnung zu finden.

---

* Vgl. Nr. 686.

** Auf der Londoner Konferenz über Ägypten hatte der deutsche Vertreter, Botschafter Graf Münster, wiederholt eine Diskussion über die Reform des ägyptischen Gesundheitswesens verlangt; der englische Staatssekretär des Auswärtigen aber hatte die Erörterung jedesmal zu verhindern gewußt.

Baron Courcel sieht Euerer Durchlaucht Weisung entgegen, wann er sich in Varzin einfinden darf.

P. Hatzfeldt

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Ja.
[2] richtig
[3] ja
[4] ja
[5] gut
[6] das trifft auch Popo
[7] gut
[8] Oest[er]reich
[9] facta ungleicher Behandlung*

Nr. 688

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch

Diktat, niedergeschrieben vom Grafen Wilhelm von Bismarck

Varzin, den 30. August 1884

Der erste Gegenstand meiner Besprechung mit Baron Courcel am 27. d. Mts. war Ägypten. In dieser Frage vertrat der Botschafter die Politik der Zurückhaltung und des Abwartens. Das französische Kabinett hat offenbar keine Neigung und kein hinreichendes Vertrauen zu den deutsch-französischen Beziehungen, um der Gefahr eines Bruchs mit England durch antienglische Stellungnahme in der ägyptischen Frage näher zu treten. Es fürchtet die Zahl seiner Gegner im Lande zu vermehren, wenn es eine Politik einschlägt, die den Frieden mit Deutschland zur unbedingten Voraussetzung hätte. Doch waren wir einig darüber, daß der vertragsmäßige Rechtszustand nach Abbruch der Konferenz genau derselbe ist wie vor Berufung derselben, „qu'il n'y avait qu'une conférence ratée de plus", und daß die commission de la dette publique in gleicher Berechtigung zweifellos fortbesteht. Mit einer Vervollständigung der letztren durch ein deutsches und ein russisches Mitglied würde Frankreich einverstanden und auch bereit sein, an einer Pression auf die ägyptische Regierung wegen Zahlung der Indemnitäten teilzunehmen, im Falle der Fruchtlosigkeit einer solchen aber für eine Forderung der Indemnitäten von England wenigstens die Initiative nicht nehmen wollen. Ich bemerkte dazu, daß unsere Quote eine zu geringe sei, um dies unsrerseits zu tun. Baron Courcel nahm an, daß Österreich zu den Meistinteressierten gehörte, und wir dessen Schritte eventuell unterstützen würden.

Mit Rücksicht auf die deutsche Anregung der Gesundheitsfrage

---

* Siehe das folgende Schriftstück Nr. 688.

in der Konferenz in London glaubte Baron Courcel*, daß wir dieselbe von neuem aufnehmen würden, und stellte dann französische Mitwirkung dafür in Aussicht. Ich erwiderte, daß wir einstweilen auf der Konferenz das Maß von Initiative, welches unsere Interessen uns auferlegten, geleistet hätten und den Beruf, weiteres zu tun, mehr bei den von der Cholera bereits heimgesuchten Ländern, wie Frankreich und Italien, voraussetzten. Baron Courcel klagte besonders darüber, daß der vorwiegende englische Einfluß im Suezkanal dazu gemißbraucht werde, rivalisierende Handelsunternehmungen zu hemmen, indem die englischen Schiffe stets ohne Schwierigkeit reine Gesundheitspässe erlangten, die der andern Nationen aber durch die lokalen Gesundheitsbehörden willkürlich hingehalten würden. Ich fragte ihn, ob Tatsachen ungleicher Behandlung der Art sich beweisen ließen; er wußte dies nicht, und wir verabredeten, durch unsere Agenten darauf zu vigilieren und uns gegenseitig Mitteilung zu machen, wenn etwas vorkäme.

Entgegenkommender war Baron Courcel in westafrikanischen Dingen, und ich habe mit ihm in betreff dieser den nachfolgenden Operationsplan verabredet:

Wir werden durch Fürst Hohenlohe eine Mitteilung an die französische Regierung dahin richten, daß unser jüngstes Vorgehen an jenen Küsten uns in nähere Berührung und Nachbarschaft mit den dortigen französischen Kolonien und Ansiedlungen gebracht hat, und daß wir das Bedürfnis empfinden, uns über die zukünftige Gestaltung dieser Beziehungen zunächst mit Frankreich und dann mit den andern beteiligten Mächten zu verständigen und dabei auch namentlich zu den belgischen Unternehmungen am Kongo und zu den Resultaten der Unternehmungen von Brazza und Stanley Stellung zu nehmen. Wenn die Expedition des Generalkonsuls Nachtigal in irgendwelchen Punkten jener Küsten den Besitz und die Politik Frankreichs berühren sollte, so würde die Verständigung hierüber und die Zurückziehung aller mit dem Besitzstande Frankreichs unverträglichen Maßregeln unsre nächste Aufgabe bilden.

Die Instruktionen des Herrn Nachtigal konnten bei der Unbekanntschaft der neuesten Besitzverhältnisse an jenen Küsten nur allgemeiner Natur sein, und es liegt keineswegs in unserer Absicht, mit den Rechten und Interessen befreundeter Nationen, namentlich Frankreichs in Rivalität zu treten. Ich bin darauf gefaßt, daß die schriftlichen Berichte Nachtigals, wenn sie endlich eingehn, mehrere Punkte enthalten werden, bei welchen wir die von ihm erhobenen Ansprüche einfach zurückzuziehn haben. Es wird dies keinen Gegenstand einer Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Regierungen bilden. Frankreich hat bei Gaboun einen zusammenhängenden Küstenstrich im Besitz und beabsichtigt, von demselben aus den Ogowe aufwärts und einen Nebenfluß des Kongo abwärts Verbindung mit dem Kongo oberhalb der

* Vgl. S. 423, Fußnote*.

Wasserfälle zu gewinnen. Den belgischen Kongounternehmungen steht Frankreich wohlwollend gegenüber und beabsichtigt, die durch Brazza okkupierten Positionen am rechten Kongoufer in die künftigen Staatenbildungen einzuwerfen. Zwischen Brazza und Stanley ist vorläufiges Einvernehmen hierüber hergestellt. Für diese Mitgift verlangt Frankreich in dem ganzen Gebiete des künftigen Kongostaats volle Handelsfreiheit und das bekannte Vorkaufsrecht und würde bereit sein, sich mit uns dahin zu verständigen, daß Deutschland ebenfalls diese Handelsfreiheit für immer, auch für den Fall des Vorkaufsrechts zugesichert werde.

Weitere Gegenstände unserer Verständigung würden nach unserer Besprechung die freie Schiffahrt auf dem Kongo und dem Niger bilden, den Prinzipien entsprechend, welche auf dem Wiener Kongreß für internationale Ströme und später für die Donau zur Annahme kamen; ferner die Formen, in welchen neue Okkupationen an den afrikanischen und eventuell auch an andern Küsten überhaupt mit dem Anspruch auf Anerkennung durch andre Mächte würden vorgenommen werden können. Ein derartiger Anspruch soll sich nach unserer beiderseitigen Auffassung durch ein Dekret aus der Ferne oder selbst durch einen vorübergehenden Akt der Besitzergreifung ohne spätere Besiedlung nicht begründen lassen.

Ich habe mich mit Baron Courcel dahin geeinigt, daß die Kaiserliche Regierung zunächst in Paris eine Eröffnung über ihre Bereitwilligkeit macht, sich mit Frankreich über vorstehende Grundsätze zu einigen, und daß beide Regierungen, nachdem sie sich geeinigt haben, die übrigen beteiligten Regierungen, namentlich Spanien, Portugal, England, Holland, Belgien, Österreich, Italien und die Vereinigten Staaten zu einer Konferenz behufs Beitritt zu unserer Verständigung einladen. Als Ort der Zusammenkunft habe ich Paris, der Baron Courcel dagegen Berlin vorgeschlagen.

Ich bitte, die Instruktion hiernach für Fürst Hohenlohe zu entwerfen und mir den Entwurf einzusenden. Wenn sich, wie nach meiner Meinung der Fall sein wird, herausstellt, daß der Vorschlag von Berlin als Ort der Konferenz ernstlich gemeint ist, so würde ich denselben akzeptieren und bei Seiner Majestät dem Kaiser die Einladung der Konferenz nach Berlin befürworten*. v. Bismarck

* Gemäß diesen Direktiven Bismarcks wurde der Geschäftsträger Freiherr von Rotenhan in Paris unter dem 5. September instruiert. Es erfolgte nun ein offizieller Notenaustausch zwischen Berlin und Paris und auf Grund dessen die Einladung der europäischen Mächte (exkl. der Schweiz) und Amerikas zur westafrikanischen (Kongo-)Konferenz in Berlin. Die Kongokonferenz tagte hier vom 15. November 1884 bis 26. Februar 1885 und endete mit der Annahme der General-Akte vom 26. Februar. Die zwischen den Mächten ausgetauschten Noten, sowie die Konferenzprotokolle sind gedruckt in Farbbüchern der verschiedenen Staaten, zusammengefaßt in „Das Staatsarchiv“, Bd. 45 (1866), S. 1 ff., und können hier übergangen werden.

## Nr. 689

## Aufzeichnung des Gesandten im Haag Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Königstein i. Taunus

Eigenhändig

Königstein, den 7. September 1884

pp. Unsere Konversation ging dann sehr bald auf das politische Gebiet über, und als ich Herrn Barrère* sagte, Courcels Reise nach Varzin sei meiner Ansicht nach sehr nützlich gewesen und würde auch hoffentlich noch heilbringende Folgen tragen, fiel er mir ins Wort: „Sie glauben nicht, wieviel Gutes unsere gegenseitige Annäherung schon gewirkt hat Bei meiner Rückkehr von der Londoner Konferenz konnte ich bereits einen Umschlag wahrnehmen, und derselbe ist innerhalb des letzten Monates dank der wohlwollenden Haltung Ihrer Regierung und der freundlichen Sprache der deutschen Presse noch viel bedeutender geworden. Je ne dirais pas qu'il n'y a plus d'inimitié, car pour arriver là il nous faut encore un peu plus de temps, mais il n'y a plus de méfiance chez nous, et c'est déjà un énorme avantage."

Ich bemerkte hier, daß letztere Empfindung, i. e. die Abwesenheit von Mißtrauen, auch vollständig begründet wäre: die französische Regierung hätte schon längst aus unserer officiellen Sprache und aus den Tatsachen gewußt, daß wir ihr nicht nur freie Bahn in allen anderen Weltteilen lassen, sondern ihre Unternehmungen auch mit den besten Wünschen begleiteten. Wenn diese Überzeugung sich nun auch in der öffentlichen Meinung Frankreichs Bahn bräche, so sei das sehr erfreulich und eine Bestätigung der Richtigkeit unserer Politik. Barrère erwiderte, es würde freilich noch eine ziemlich lange Zeit dauern, bis die Erinnerung an 1870 eine nur historische würde und keine Empfindlichkeiten mehr nachriefe: es brauche aber nur Geduld angewandt zu werden, um dahin zu gelangen. Sehr glücklich sei es, daß unsere Frankreichs Kolonialbestrebungen begünstigende Politik jahrelang vorgearbeitet habe, um die gemeinschaftliche Basis zu schaffen, auf der wir uns jetzt gefunden hätten, wenn dieselbe auch einstweilen noch auf Westafrika und China beschränkt sei. Die Annäherung Frankreichs und Deutschlands, welche so ermöglicht und weiterer Ausbildung fähig wäre, sei nicht nur das beste für die beiden Länder, sondern für die gesamte Welt und deren Entwickelung. Man müsse doch auch an spätere Generationen denken, und an die Tatsache, daß das stärkste Bündnis auf der Welt das deutsch-französische sein würde; sei dies einmal etabliert, so habe niemand sonst etwas zu sagen. pp.

H. Bismarck

---

* Der französische Gesandte in Kairo Barrère, der am 6. September dem Grafen Herbert Bismarck einen Besuch in Königstein abstattete.

Nr. 690

## Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von Rotenhan an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 246 Paris, den 17. September 1884

Der Kriegsminister General Campenon gab gestern den von den Manövern zurückkehrenden fremden Offizieren ein Abschiedsdiner. Nach demselben nahm er den Chef der deutschen Mission, Generallieutenant von Heuduck, welchem ich diese Mitteilungen verdanke, beiseite und sprach sich gegenüber demselben, zwar noch unter dem Einfluß des guten Diners, aber doch offenbar in beabsichtigter und vorbereiteter Weise über die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland etwa folgendermaßen aus:

Er beklagte zuvörderst die schwierige Stellung der französischen Regierung gegenüber den parlamentarischen Machinationen, welche jedes erfolgreiche Handeln verhinderten. Dies zeige sich namentlich bei der von der Regierung gewünschten Annäherung an Deutschland. Was uns hier noch trennt, fuhr er fort, sind die Ereignisse des letzten Krieges, und wir wissen nicht, wie sich das begleichen läßt.

Auf die Entgegnung des Generals von Heuduck, daß eine deutsch-französische Allianz sich nur bei rückhaltloser Anerkennung des Frankfurter Friedens denken lasse, erwiderte der Kriegsminister lebhaft: Das ist es, was ich alle Tage meinen Kollegen sage. Man soll sich nicht mehr schwächlich mit der Vergangenheit beschäftigen, man muß mit der Gegenwart rechnen. Wenn diese Allianz zustande käme, Frankreich würde mit einem Schlag seine frühere Stellung in der Welt wieder einnehmen. Frankreich und Deutschland vereint würden die Welt beherrschen. Ich nähre diese Ansicht seit Jahren und habe sie auch dem Kaiser Napoleon mitgeteilt, aber er hat mich nicht hören wollen.

Allerdings gehört aber Energie dazu, um das französische parlamentarische System zu überwinden, und man fürchtet sich hier.

Als das Gespräch sodann auf die Zuverlässigkeit der Truppe kam, sagte der Kriegsminister: Meiner Bataillone glaube ich sicher zu sein. Frankreich wird immer hinter demjenigen marschieren, welcher die größte Energie zeigt. Rotenhan

Nr. 691

## Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Hatzfeldt

Reinschrift

Berlin, den 22. September 1884

Baron Courcel hat heute einen Erlaß aus Paris über die ägyptische Frage erhalten. Es heißt darin:

„L'art. 38 de la loi de liquidation et surtout le décret du 2 mai 1876 qui institue la caisse de la dette, confère aux commissaires le droit de poursuivre l'administration financière devant les tribunaux, lorsque les droits de la caisse sont méconnus. Le Gouvernement français compte user de cette prérogative[1], et il fait appel au même effet aux deux autres Puissances représentées dans la Commission, l'Autriche et l'Italie[2]."

Es heißt im Anschluß hieran: die französische Regierung glaube, daß dieses Mittel nicht ausreichen werde, um die ägyptische Regierung auf dem Wege, den sie auf den Rat Englands eingeschlagen, aufzuhalten, wenn nicht sämtliche Signatarmächte das Auftreten der Kommission bei der ägyptischen Regierung energisch unterstützen[3]. Die französische Regierung sondiert deshalb jetzt schon bei allen Signatärmächten (mit Ausnahme von England), ob sie zu einer Kollektivdemarche in Kairo bereit sind[4].

Indem der französische Botschafter mir diese Mitteilung machte, fügte er hinzu, daß nach der Auffassung seiner Regierung „les circonstances nous offrent un nouveau terrain légal et circonscrit, où l'entente entre la France et l'Allemagne peut se faire sur des intérêts communs[5]."

Aus den vertraulichen Äußerungen des französischen Botschafters, die offenbar aus dem ihm heute zugegangenen Erlaß geschöpft sind, geht hervor, daß die französische Regierung an dem für die ägyptische Regierung ungünstigen Erkenntnis der Gerichte nicht zweifelt und es deshalb für opportun hält, schon jetzt den Fall ins Auge zu fassen, daß von ägyptisch-englischer Seite der Ausführung der Urteile Hindernisse in den Weg gelegt werden. Für diesen Fall, den die Mächte schwerlich akzeptieren könnten, hält Frankreich es für wünschenswert, sich mit uns vorher zu verständigen, und würde auf dem eingeschlagenen Wege weiter gehen, wenn es sicher[6] wäre, dafür bei uns moralische und politische Anlehnung zu finden.

Falls Euere Durchlaucht es für angezeigt halten, der gegenwärtigen, wie ich glaube, aufrichtig gemeinten Annäherung Frankreichs Folge zu geben, würde sich die von der französischen Regierung gewünschte Verständigung dadurch einleiten lassen, daß wir zunächst der vorgeschlagenen Kollektivdemarche in Kairo zustimmen und unseren Einfluß in diesem Sinne bei den übrigen Signatärmächten, namentlich bei Italien und der Pforte, geltend machen[7]. Wir hätten hiernach, wenn trotz dieser Kollektivdemarche die Wirksamkeit der Gerichte dennoch gehemmt würde, gemeinschaftlich mit Frankreich der Ansicht Ausdruck zu geben, daß die durch die Verträge garantierte Freiheit der Gerichte aufrechterhalten werden müsse.

Vielleicht würde es sich empfehlen, bei dieser Gelegenheit auch den Rat zu wiederholen, welcher den Franzosen schon mehrmals andeutungsweise gegeben worden ist: Eine Konferenz für die Regelung

der ägyptischen Frage nach Paris zu berufen[8]*. Es scheint mir bei den Schwierigkeiten, mit welchen die Engländer zu kämpfen haben, keineswegs ausgeschlossen, daß auch ihnen angesichts der Einigkeit der Mächte, dieser Ausweg aus den vorhandenen Komplikationen als der wenigst bedenkliche schließlich erwünscht sein wird.

P. Hatzfeldt

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Mit Recht
[2] Wien m[it]th[eilen] u[nd] Gleiches befürworten, damit Glaube an Verträge nicht in Vergessenheit geräth.
[3] zu thun und zu befürworten
[4] meo voto ja
[5] ja
[6] ja
[7] bei Italien lieber noch nicht, aber bei Pforte, Oest[er]reich, Rußland.
[8] gut.

Nr. 692

## Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Hatzfeldt

Reinschrift

Berlin, den 24. September 1884

Die ägyptischen Angelegenheiten habe ich heute mit Baron Courcel nach Maßgabe der Marginalien Euerer Durchlaucht auf dem Promemoria vom 22. d. Mts.** besprochen.

Baron Courcel ist erfreut über die Übereinstimmung unserer Auffassung mit der französischen, und sieht in der Tatsache, daß wir die französischerseits gewünschte Kollektivdemarche in Kairo bei den Signatärmächten befürworten wollen, mit lebhaftem Danke einen Beweis freundschaftlichen Entgegenkommens und die Basis weiterer Entente. Er wird in diesem Sinne nach Paris berichten.

Der Botschafter beabsichtigt alsbald nach Ankunft seiner Instruktionen in betreff Westafrikas nach Paris abzureisen. Er scheint anzunehmen, daß Ferry die ägyptischen Verhältnisse mit dem Grafen Herbert Bismarck seinerzeit besprechen wird, und möchte offenbar bei dieser Unterredung zugegen sein.

Hinsichtlich unserer Unterstützung der französischen Demarchen bei den Signatärmächten hielt Baron Courcel es für wünschenswert, daß wir neben den Instruktionen, welche wir an unsere Vertreter in Wien, Petersburg und Konstantinopel zu richten beabsichtigen (und welche inzwischen abgegangen sind), auch unsere Missionen bei den übrigen Mächten[1], welche dem Liquidationsgesetz seinerzeit zu-

---

* Vgl. S. 417.
** Vgl. Nr. 691.

gestimmt, von unserer Stellung zur Sache informierten. Da mir dieser Wunsch in Übereinstimmung mit den Direktiven Euerer Durchlaucht zu stehen schien, habe ich die Erfüllung zugestanden[2]. pp.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Welche sind das?
[2] gut

Nr. 693

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Gesandten Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Paris*

Telegramm. Konzept von der Hand des Grafen Wilhelm von Bismarck

Nr. 2 Friedrichsruh, den 5. Oktober 1884

Für Graf Herbert Bismarck. Pariser Bericht Nr. 258 erhalten**. Sage Ferry folgendes:

Wir haben mit Frankreich das gleiche Interesse, daß Bruch mit England und namentlich Krieg verhütet und die ägyptische Frage friedlich gelöst werde. Ein französisch-englischer Krieg würde für uns, auch wenn wir unbeteiligt blieben, eine ähnliche Kalamität sein, wie ein russisch-österreichischer; Ferry möge uns vertrauen, daß wir ehrlich bemüht sind, ihn zu verhüten und die ägyptische Frage friedlich zu lösen.

v. Bismarck

Nr. 3 Friedrichsruh, den 6. Oktober 1884

Schluß von gestrigem Telegramm Nr. 2:

Letzteres werde möglich sein, ohne auf Beobachtung der Verträge und auf Wahrnehmung der europäischen Interessen am Suezkanal zu verzichten.

v. Bismarck

Nr. 694

## Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Paris**, an den Reichskanzler von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Ausfertigung

Paris, den 6. Oktober 1884

Nachdem ich heute morgen die Fragen, über welche wir uns mit Frankreich auf die gleiche Basis gestellt haben, noch mit Baron Courcel

* Graf Herbert von Bismarck, am 15. Juli 1884 zum Gesandten im Haag ernannt, reiste von London, wo er erster Sekretär der Botschaft gewesen war, über Paris nach dem Haag. In Paris sollte er mit den Leitern der französischen Politik über die deutsch-französische Verständigung Rücksprache nehmen.

** Nach dem Bericht des Geschäftsträgers in Paris Freiherrn von Rotenhan Nr. 258 vom 3. Oktober 1884 verlautete in Paris, daß Ministerpräsident Ferry sich von dem geheimen Wunsche Bismarcks überzeugt halte, Frankreich durch einen Kampf mit England für eine Reihe von Jahren geschwächt zu sehen.

durchgesprochen hatte, wurde ich nachmittags von Herrn Ferry auf dem Ministerium empfangen. Nach Austausch der ersten höflichen Redensarten sagte ich Herrn Ferry, wie es uns zur großen Genugtuung gereiche, mit Frankreich gemeinschaftliche politische Ziele in verschiedenen Richtungen zu verfolgen, und daß dieses erfreuliche Resultat vor allem der Tatsache zuzuschreiben sei, daß in Frankreich seit Jahr und Tag unter seiner Leitung sich eine selbstbewußte und starke Regierung mit bestimmten politischen Zielen herausgebildet habe. Ich sagte ihm: „On considère chez nous la république comme définitivement établie en France depuis que Votre Excellence est au pouvoir.“ Dies war Herrn Ferry entschieden sehr angenehm zu hören. Er entgegnete: „Wir wissen sehr gut, daß die deutsche Regierung uns nie die geringste Schwierigkeit in der Einrichtung und Befestigung unserer Staatsform gemacht hat und sind dafür dankbar. Ich glaube, wir haben die schlimmsten Zeiten hinter uns, und ich sehe mit Ruhe den Wahlen entgegen. Die einzigen Feinde von einiger Bedeutung, mit denen wir noch zu rechnen haben, sind die Radikalen; deren ganze Kraft liegt aber in der Negation, in der opposition quand même, und in Verdächtigungen der am Ruder befindlichen Staatsmänner. Unsere Stärke beruht auf dem ordnungsliebenden und mit bon sens begabten Mittelstande und vor allem auf den Bauern. Wir haben 6 Millionen Eigentümer in Frankreich, und diese bilden das beste Bollwerk gegen radikale Umsturzbestrebungen“. pp.

Der Minister Ferry ging dann auf die auswärtige Politik Englands über, der er große Unbeständigkeit und Ungeschicklichkeit vorwarf. Er sprach zuerst über die westafrikanischen Fragen, und ich teilte ihm dabei den Inhalt des Telegramms Nr. 98* von gestern mit. Herr Ferry äußerte sein volles Einverständnis mit demselben und sagte, er hoffe, wir würden zu einem günstigen Resultate kommen. Damit würde der ganzen Welt ein ungeheurer Dienst geleistet werden. Er sprach von den belgischen Unternehmungen. pp.

„Was unsere direkten Abmachungen mit Deutschland in Westafrika betrifft“ [fuhr Mr. Ferry fort], „so behalten wir die besser einer späteren Zeit, etwa nach Erledigung der Konferenz, vor. Der Dr. Nachtigal ist vielleicht mangels ausreichender Information etwas zu weit gegangen. So z. B. in Malimba, wo wir schon ältere Verträge haben. Nach den Eröffnungen der deutschen Regierung, die ich mit Dank entgegengenommen habe, wird es ja aber ein leichtes sein, uns dort à l'amiable auseinanderzusetzen.“

Ich ging hier auf die andere Seite Afrikas über und sagte Herrn Ferry, wie auch wir erfreut darüber wären, „que les circonstances nous offraient un nouveau terrain légal et circonscrit où notre entente pouvait

* Telegramm 98 vom 5. Oktober an die Botschaft in Paris betraf die mit dem Botschafter de Courcel verabredete Absendung der Einladungen zu der Kongokonferenz in Berlin.

se faire sur des intérêts communs". Herr Ferry erwiderte, er sähe die einzige Möglichkeit, Englands Ansprüche und Übergriffe in Ägypten zu beseitigen, in einem festen Zusammenhalten der Kontinentalmächte. Die Anrufung der internationalen Tribunale habe den Engländern schon einen heilsamen Schrecken eingejagt. Es sei überraschend, wie weich und mielleux die englische Regierung seit den letzten Tagen auftrete. Sie verfolge aber wiederum ein doppeltes Spiel. Er wisse genau, daß sie die großen Finanziers, vor allem die Rothschilds, ameutiere und ihnen zu verstehen gebe, daß die ägyptischen Papiere wertlos werden und die Bondholders alles verlieren würden, wenn die englische Regierung zu Extremitäten getrieben würde. Er wisse dies auch aus Äußerungen des Herrn von Bleichröder, welcher ja sozusagen ein Agent des Hauses Rothschild sei. Die Finanziers seien auch schon wirklich besorgt gemacht und suchten die französische Regierung zum Einlenken England gegenüber zu bewegen. Ich bemerkte, daß nach früheren Äußerungen englischer Minister, welche auch Herrn Barrère gegenüber, wie dieser mir kürzlich erzählt, gemacht worden seien, die Möglichkeit in London erwogen würde, die internationalen Tribunale einfach gewaltsam aufzuheben, wenn letztere, wie sie rechtlich nicht anders könnten, die ägyptische Regierung zur Zahlung verurteilen würden. Herr Ferry war durch diese Mitteilung geradezu verblüfft. Er rief aus: „Ah, mais ceci serait très sérieux!" Das wäre ein Schlag ins Gesicht für uns, den wir keinesfalls hinnehmen dürfen: unmöglich ist bei den Engländern schließlich nichts, wenn man sich ihre bisherige Politik vergegenwärtigt, die stets von einem Extrem ins andere fällt, bald über die Maßen schwach und bald unerhört brüsk ist, als ob die stärkste Macht der Welt dahinter stände:

Sollten sie sich zu solchen rücksichtslosen Gewalttaten hinreißen lassen, so würden sie ihre Stellung Europa gegenüber wesentlich verschlechtern." Ich gab dies zu und bemerkte, ich hätte auch zu Lord Hartington* so gesprochen, und ihm gesagt, die orientalischen Verträge seien ein solidarisches Ganze; finge England an, einseitig Teile desselben außer Kraft zu setzen, so könnten die andern Mächte dem Beispiel folgen. England würde außerdem alles Vertrauen verlieren: durch einen solchen Vorgang, der ja Fortsetzungen haben könne, Verträge einfach zu brechen, wenn sie unbequem werden, würde die ganze internationale Basis der heutigen Staaten gewissermaßen als in Frage gestellt erscheinen.

Trotzdem müsse man aber auf einen derartigen coup de tête Englands gefaßt sein. Herr Ferry bestritt dies nicht, war aber durch diese Idee sichtlich beunruhigt. „Was denkt Ihre Regierung denn demnächst betreffs Ägyptens zu tun?" fragte er. „Wir wünschen," erwiderte ich, „nur die Fühlung mit Ihnen zu behalten und alle etwaigen Schritte gemeinschaftlich zu vereinbaren."

---

* Staatssekretär des Krieges im Kabinett Gladstone.

Mr. Ferry schaltete ein, „das heißt in Gemeinschaft mit den Kaisermächten“. Dies erklärte ich für selbstverständlich, da wir uns von den verbündeten Kaisern niemals trennten, und als Herr Ferry erklärte, er sei sich über seine Politik bezüglich Ägyptens sehr klar, sie fuße einfach darauf, daß man das internationale Prinzip dem egoistischen englischen entgegensetzen müsse, fügte ich hinzu: „Rußland hat den festen Willen, mit uns zu gehen, es hegt nur den Wunsch, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen, nämlich bei der kontinentalen Entente das Kabinett von Gladstone zu konservieren. Hierin begegnet es sich ganz mit unsern Wünschen: wir halten es in unserem Interesse ebenso für erforderlich, Mr. Gladstone zu halten.“ Herr Ferry begrüßte diese Eröffnung mit einem wirklichen Aufatmen, als ob plötzlich ein Alp von seiner Brust genommen würde; ein schneller Ausdruck tiefer Befriedigung glitt über seine Züge, er unterbrach mich mit großer Lebhaftigkeit, schlug einen viel leichteren Ton an und sagte: „Sicherlich, dies ist für alle Beteiligten von größtem Werte; ich freue mich sehr, dies von Ihnen zu hören, denn Mr. Gladstone ist der einzige englische Minister, der die englische Zusage der Evakuierung Ägyptens ernstlich nimmt, und den wir nur beim Wort zu halten brauchen.“

„Es ist mir sehr lieb,“ bemerkte ich, „daß wir dieses Thema berührt haben, denn ich weiß, daß Ihnen von vielen Seiten gepredigt wird, die deutsche Politik ginge nur darauf aus, Gladstone zu stürzen. Dies ist ganz falsch; der Reichskanzler ist sogar der Ansicht, daß, abgesehen von England selbst, alle übrigen Mächte in ihrem eigenen Interesse nichts sehnlicher wünschen müssen, als Mr. Gladstone im Amte zu erhalten.“

Herr Ferry lachte zu dieser Bemerkung herzlich und pflichtete ihrer Richtigkeit vollkommen bei. Ich fuhr fort: „Sie haben Ihre Juni-Abmachung* vielleicht unter dem durch Lord Hartingtons damals hier getanen Äußerungen hervorgerufenen Eindruck abgeschlossen, daß Mr. Gladstones Stellung erschüttert sei. England dürfte es heute bereuen, dieselbe damals nicht akzeptiert zu haben.“ Herr Ferry gestand zu, daß jene französischen Konzessionen sehr groß gewesen wären, und daß er darüber in Frankreich scharf angegriffen worden sei. „Mais il s'agit maintenant de montrer les dents aux Anglais: ils sont en somme beaucoup trop pratiques et remplis de bon sens pour ne pas abandonner une position aussitôt qu'ils l'ont reconnue comme intenable. Une de leurs bonnes qualités est, qu'ils savent faire leur deuil d'une position perdue d'assez bonne grâce: pour arriver là il ne faut que la fermeté et l'accord des autres puissances.“

Ich pflichtete dem bei und sagte Mr. Ferry, da die beste Garantie

---

* Gemeint sind die Unterhandlungen zwischen England und Frankreich über die Vorbedingungen und Grundlagen für die Londoner Ägypten-Konferenz, die am 16. Juni zum Abschluß gediehen, freilich einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz nicht zu sichern vermochten. Vgl. S. 413, Fußnote **.

für die Befestigung unseres Einvernehmens volle Offenheit sei, so hätten Euere Durchlaucht gewünscht, daß ich ihm rund heraus sage und darlege, wie unsere Bemühungen nur darauf gerichtet seien, einen Bruch zwischen Frankreich und England zu vermeiden. Ich sprach mich genau nach Anleitung der Friedrichsruher Telegramme Nr. 2 und 3 von gestern* aus und Herr Ferry hörte mir mit gespanntem Ohr zu. „Bitte, sagen Sie dem Fürsten Bismarck" — so erklärte er mit großem Ernst —, „daß ich mich nie durch die Ausstreuungen, als wollten Sie einen französisch-englischen Krieg herbeiführen, habe beeindrucken lassen, der Reichskanzler ist ein viel zu guter und praktischer Politiker, um solche verhängnisvollen Pläne, deren Realisierung sich schließlich seiner Macht und seinem Einfluß entziehen würde, zu verfolgen. Ich weiß außerdem, da ich seit der Tunisaffäre schon im Kabinett sitze, daß Fürst Bismarck uns stets ehrlich und wohlwollend behandelt hat, und ich habe auch jetzt das vollste Vertrauen in die deutsche Politik.

Immerhin nehme ich diese offene Erklärung des Reichskanzlers mit großem Danke an. Ich selbst bin in keiner Weise à double fond, das widerstrebt meinem ganzen Charakter, und da Fürst Bismarck der Inbegriff der Geradheit in der Politik ist, so können wir gegenseitig vollauf einander vertrauen". pp.

Baron Courcel hatte mir am Morgen gesagt, das einzige Mittel, England aus Ägypten hinauszumanövrieren, würde in den Erweiterungen der Befugnisse der Schuldenkommission liegen, nachdem Deutschland und Rußland beigetreten sein würden, so daß in ihr die eigentliche Regierungsgewalt Ägyptens läge. England würde dann mit seiner einen Stimme ganz zurückgedrängt. Zugleich müsse der Sultan uns irgendeinen energischen albanesischen General liefern, der als Kriegsminister scharfe Ordnung hielte: ein solcher würde dies leicht mit 1000 Mann Cirkassiern und Albanesen können. Dann sei es ziemlich einerlei, ob Tewfik oder eine andere Nachtmütze den Khedivetitel führe. Ich sprach in diesem Sinne zu Herrn Ferry, der die Voranschiebung des Sultans und den europäischen Aufsichtsrat ganz nach seinem Geschmack zu finden schien. „Anarchie wurde in Ägypten ja erst möglich," sagte er, „nachdem vor drei Jahren die Cirkassier aus der ägyptischen Armee beseitigt wurden. Wir haben 1882 den großen Fehler begangen, daß wir die Beseitigung der Anarchie nicht gemeinschaftlich mit England unternahmen: Das ist nun aber vorbei und kein Wort mehr darüber zu verlieren. Das Kondominat, welches auch Gefahren in sich schloß, ist auf immer beseitigt. Für uns allein wollen wir Ägypten nicht haben, wir dürfen es aber ebensowenig England lassen und müssen es europäisieren."

---

* Siehe Nr. 693. Im gleichen Sinne hatte sich Graf Herbert Bismarck auch am 5. Oktober gegenüber dem englischen Staatsmann Dilke ausgelassen: einen englisch-französischen Krieg könne niemand wünschen, Deutschland am allerwenigsten. Vgl. Kap. XXI, Nr. 755.

Herr Ferry hatte mich, wie auch früher Baron Courcel, gleich anfangs gefragt, ob ich Mr. Gladstone oder Mr. Granville gesehen hätte. Ich konnte dies verneinen, indem ich erwähnte, daß ich nur mit Lord Hartington auf der Jagd in Schottland zusammengetroffen wäre. Diesem schob ich die mir von Dilke gemachte Äußerung zu, daß England ohne eine zweite Konferenz aus seinen Schwierigkeiten nicht herauskommen könnte, und bemerkte dabei, daß Dilke sich zu Barrère gleichmäßig geäußert hätte. Sollte die französische Regierung es für angemessen halten, eine solche Konferenz nach Paris zu berufen, so würde sie dabei auf unsere Mitwirkung rechnen können.

Dieser Gedanke schien Herrn Ferry nicht sympathisch zu sein; er sagte: „Eine Konferenz, deren unmittelbares Ergebnis nicht die Evakuierung Ägyptens durch England ist, kann uns nichts helfen, sie würde uns sogar in eine noch schiefere Stellung bringen. Wenn nun auch Lord Hartington, wie ich aus den Zeitungen sehe, in einer Wahlrede vor zwei Tagen wiederholt hat, England behielte nur die Räumung im Auge, so glaube ich doch nicht daran.

Jetzt würde es in einer solchen Forderung eine tiefe Demütigung erblicken, die Pille würde ihm zu bitter sein. Es muß noch viel weicher werden, sich die Stirn erst an der Mauer der europäischen Unmöglichkeit wund gerannt haben, und das Wasser muß ihm bis an den Hals stehen. Dann wird die englische Regierung sich der europäischen Pression, die sie des Parlaments wegen immer braucht, als letztes Auskunftsmittel bedienen wollen.“

Ich erklärte sofort, daß uns an einer neuen Konferenz gar nichts läge; den Zeitpunkt für eine solche zu bestimmen, würde meine Regierung gewiß ausschließlich Herrn Ferry überlassen; es habe mir nur daran gelegen, ihn wissen zu lassen, daß er auf uns zählen könne, wenn er den Moment dafür gekommen erachte, ob dies nun in Wochen oder Monaten sei. Herr Ferry dankte mir für diese Äußerung und fügte hinzu: „Bitte sagen Sie dem Fürsten Bismarck, er kann sich darauf verlassen, daß ich auch nicht den geringsten Schritt in der ägyptischen Sache unternehmen würde, ohne mich mit ihm vorher ins Einvernehmen zu setzen.“

Ich bemerke noch, daß Baron Courcel die schließliche Lösung der Frage ohne eine Konferenz für undenkbar hielt; er begründete dies: „Den Mächten gegenüber könnten wir in betreff der Zinsreduktion, wenn sie unumgänglich ist, von unserem auf der Juli-Konferenz eingenommenen Standpunkt abgehen; England allein können wir nach seinem anmaßenden Auftreten auf jener Konferenz aber keinerlei Konzessionen machen.“

Zum Schluß erwähnte Herr Ferry noch Chinas und äußerte neben seiner Befriedigung über die gelungene Besetzung Kelungs: „Es wäre mir recht wünschenswert, die chinesische Sache zum Abschluß zu

bringen. Die Chinesen haben mehr Land als Geld und finden sich vielleicht eher mit unserer Festsetzung auf Formosa ab, wo wir unsere Position einstweilen als Pfand behalten."

Ich bemerkte, daß die chinesische Sache ja Frankreich allein anginge, Herr Ferry wisse aber, daß wir nichts tun würden, um Frankreich zu kontrariieren, und daß wir uns nur auf seinen Wunsch zur Verfügung stellen würden, wenn er glaube, uns zur Beilegung des Konfliktes benutzen zu können." Herr Ferry erwiderte mit einigen verbindlichen Worten für unsere korrekte Haltung.

Baron Courcel hatte ihm wahrscheinlich gemeldet, was er auch mir gesagt hatte, daß seine vertrauliche Unterredung in Berlin mit Li Fung Pao zwar kein unmittelbares Resultat gehabt, daß sie aber auf den chinesischen Gesandten doch Eindruck gemacht hätte und daß er noch Gutes davon hoffe.

Als ich mich von Herrn Ferry, bei dem ich über eine gute Stunde gewesen war, empfahl, dankte ich ihm für die Ehre seines Empfanges und für das Vertrauen, welches er mir bewiesen hatte. „Comment donc," erwiderte er mit großer Freundlichkeit, „c'est moi qui vous suis très reconnaissant pour les déclarations si importantes et si satisfaisantes que vous avez bien voulu me faire et je vous prie d'en remercier le Chancelier, en lui présentant mes meilleurs compliments."

Ich war heute zum Diner von dem Direktor des Finanzministeriums Mr. Pallain, der auch die aus dem „Journal des Débats" bekannten Gebrüder G. und F. Charmes entboten hatte, geladen. Die Herren bewiesen mir ganz außerordentliche Zuvorkommenheit, und Herr Pallain, der ein großer Freund Gambettas war und sehr intim mit Ferry steht, fragte mich: „Eh bien, est-ce que votre conversation a été satisfaisante?"

Ich bejahte und gab ihm ein kurzes Resumé des Obigen, welches er mit freudigen Beifall und mit der Bemerkung aufnahm: „Savez-vous ce qui a dû faire la plus grande impression sur Mr. Ferry? C'est le passage sur Mr. Gladstone."

„Comme vous connaissez bien votre président du Conseil," erwiderte ich.

Die Herren sprachen sich sämtlich sehr energisch für die frankodeutsche Entente aus und bemerkten, sie hätten nicht geglaubt, als sie mich vor 18 Monaten gesehen, daß in so kurzer Zeit so bedeutende Fortschritte in dieser heilsamen Richtung gemacht werden würden: „Il faut qu'enfin ce cauchemar pour la France et pour l'Allemagne finisse," rief Herr Charmes aus; „nous sommes sur le meilleur chemin", fügte Herr Pallain hinzu: „d'abord la détente doit se faire et puis l'entente ne manquera pas de s'établir."

Graf Bismarck

Nr. 695

## Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Paris, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Paris, den 7. Oktober 1884

Baron Courcel besuchte mich heute morgen wieder und sagte, er habe mir nur mitteilen wollen, daß Herr Ferry von unserer gestrigen Unterredung sehr angenehm impressioniert sei: der Minister habe sich zu ihm in dem Sinne ausgesprochen, und wenn ich den gleichen Eindruck mitnehme, so sei meine Herkunft wirklich von großem Wert gewesen: „il m'a dit que votre façon de parler lui avait été très — sympathique, et que vos communications l'avaient satisfait au plus haut degré!"

Ich erwiderte, daß dieser Eindruck durchaus gegenseitig sei, und daß ich ihn bäte, Herrn Ferry noch einmal meinen Dank für seine liebenswürdige Aufnahme auszusprechen.

Baron Courcel fragte mich dann noch über einige Einzelheiten, z. B. wie Ferry die Idee einer Konferenz Nr. 2 aufgenommen hätte; auf meine Erwiderung sagte er: „Die Konferenz wird also der schließliche Ausweg sein: wir können dann den Engländern auch Konzessionen machen: il faut leur bâtir un pont d'or, pour leur rendre possible l'évacuation sans humiliation, et comme nous leur aiderons seulement à exécuter leur propre promesse, ils devront encore nous être reconnaissant si nous les débarrassons de ce fardeau que l'Egypte est pour eux."

Sehr interessierte Baron Courcel, daß Ferry mir gesagt hatte, er wolle in Zukunft keinen Schritt in der ägyptischen Frage tun, ohne sich mit Euerer Durchlaucht zu konzertieren. „Das hat er mir noch nicht gesagt, das ist aber sehr bedeutsam, voilà donc l'entente établie et je m'en réjouis de tout cœur. Sie sprachen gestern von dem Mißtrauen, das hier gegen Deutschlands Pläne immer noch herrsche. Ferry ist demselben ja kaum mehr selbst unterworfen gewesen, die Versicherungen, die Sie ihm direkt vom Reichskanzler geben konnten, haben ihn aber doch sehr angenehm berührt und sein Vertrauen voll bestärkt."

„Jenes Mißtrauen wurde hauptsächlich durch dasjenige Stadium der deutschen Politik großgezogen, in welchem Sie uns auf unsere Anfragen wegen Ihrer Haltung bezüglich Ägyptens immer antworteten, Sie wären nicht direkt interessiert, wir möchten uns nur mit England einigen[1]. Dies erweckte bei uns die Vermutung, Sie wollten sich die Hände frei halten und behielten uns unangenehme Überraschungen vor. Nun aber, nachdem unser letzter sehr entgegenkommender Versuch, uns mit England à deux zu verständigen, auf der Konferenz elend gescheitert ist, müssen wir Anlehnung bei Europa suchen. Das Mißtrauen ist nun durch unsere gegenseitige Zusage, alle ägyptischen Demarchen vorher zu konzertieren, von selbst beseitigt und kann auch nicht wieder auf-

kommen, wenn Sie uns nicht wieder schweigend an England allein verweisen."

„Die englische Regierung wird es jetzt bitter bereuen, daß sie die Waddingtonsche Abmachung* nicht akzeptiert hat, denn so günstige Bedingungen bekommt sie niemals wieder." H. Bismarck

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Damals hatten wir noch mehr Vertrauen zu Englands Weisheit.

Nr. 696

## Aufzeichnung über eine Unterredung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck mit dem französischen Botschafter Baron de Courcel

Unsignierte Reinschrift

Berlin, den 4. Januar 1885

Der Herr Reichskanzler hat den französischen Botschafter heute empfangen, der ihm vertraulich mitteilte, Herr Ferry habe die Absicht, den Mächten die folgenden Vorschläge bezüglich Ägyptens zu unterbreiten**:

1. Es soll eine Enquête über den Zustand der finanziellen Hülfsquellen Ägyptens stattfinden, um dadurch eine sachgemäße Unterlage zur Beurteilung der Frage zu gewinnen, ob die Einkünfte des Landes wirklich so schlechte sind, wie englischerseits behauptet wird. Es sei gerade ein Haupthindernis der Verständigung bisher gewesen, daß man hierüber unaufhörlich in Meinungsverschiedenheit sich befunden.

Je nach dem Ergebnis der Enquête würden dann die Fragen zu entscheiden sein: ob sich die Bondholder etwa eine Zinsreduktion gefallen lassen müßten, ob der Besteuerungsmodus zu ändern, ob eine weitere Heranziehung der Ausländer zu den direkten Steuern zu beschließen sei, endlich wie es mit den Kosten der englischen Okkupation gehalten werden solle.

Wenn die Okkupation ein europäisches Bedürfnis sei, so könne man nichts dagegen sagen, wenn Ägypten die Kosten tragen solle; wenn sie aber nur im Bedürfnis eines einzelnen Staates liege, so müsse dieser für die Kosten aufkommen.

* Vom Juni 1884.

** Am 29. November 1884 hatte die englische Regierung, ohne daß es zu einer zweiten Konferenz über die Ägyptische Frage gekommen war, den Mächten neue Vorschläge über die Neuordnung der finanziellen Verhältnisse Ägyptens unterbreitet. Wie aus einem Erlasse des Fürsten von Bismarck an die Pariser Botschaft vom 13. Dezember erhellt, neigte man in Paris zu dem Verdacht, daß Deutschland bei den englischen Vorschlägen die Hand im Spiele gehabt habe. Tatsächlich aber hatte England seine Vorschläge in Berlin nicht einmal angekündigt. Dagegen legte die französische Regierung Wert darauf, sich vor ihren am 8. Januar 1885 eingereichten Gegenvorschlägen des deutschen Einverständnisses zu vergewissern.

2. An Stelle der im englischen Memorandum vorgeschlagenen englischen Garantie der ägyptischen Anleihe soll eine internationale (seitens sämtlicher Großmächte) treten, — (ähnlich wie dies seinerzeit bezüglich Griechenlands und neuerlich zur Herstellung der Donaustraße geschehen).

3. Wenn diese beiden Fragen (1 und 2) erledigt seien, werde sich das Bedürfnis einer Konferenz geltend machen. Diese werde sich, nach Ansicht des Herrn Ferry, namentlich auch damit zu beschäftigen haben, wie die Freiheit und Sicherheit des Suezkanals in Kriegszeiten zu gewährleisten sei. Vielleicht könne man dem Kanal die Rechte der offenen See geben und die Baulichkeiten an demselben gegen Beschädignug seitens der Kriegführenden vertragsmäßig schützen (Inviolabilité du canal).

Der Herr Reichskanzler hat die Frage des Baron Courcel, ob er persönlich mit diesem Programm einverstanden sei, bejaht. Er sei persönlich mit den Vorschlägen, die ihm als logische Konsequenz der Situation erschienen, einverstanden, und würde auch bei Seiner Majestät die Billigung des Programms befürworten; für die Beteiligung an der internationalen Anleihegarantie müßten wir zwar verfassungsmäßig die Zustimmung des Parlaments haben; da er aber gegen die Idee an sich nichts einzuwenden hätte, so würde er den Versuch machen, die Genehmigung zu erlangen.

Seine Durchlaucht fragte darauf Baron Courcel, wie Frankreich sich dazu stellen würde, wenn die Pforte zur Wiederherstellung der Ordnung in Ägypten einschreiten würde. Der französische Botschafter erwiderte, vor drei Jahren wäre die französische Regierung gegen eine solche Lösung der ägyptischen Frage gewesen; heute aber würde sie bereit sein, darauf hinzuwirken.

Baron Courcel schloß mit der Bemerkung, Herr Ferry werde erfreut sein über die günstige Aufnahme, die sein Programm bei dem Herrn Reichskanzler gefunden*.

Nr. 697

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept von der Hand des Gesandten im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Nr. 41 Berlin, den 24. Januar 1885

pp. Als Baron Courcel im Herbst von Paris zurückkam, brachte er den Eindruck mit, daß er in seinem Entgegenkommen für uns weiter

* Auch mit dem definitiven Entwurf der französischen Antwort auf das englische Memorandum vom 29. November 1884, der der deutschen Regierung am 10. Januar 1885 durch Botschafter de Courcel vorgelegt wurde, erklärte sich Fürst Bismarck bereitwilligst einverstanden. Wie ein Erlaß an die Botschafter in Petersburg

gegangen sei, als für seine Regierung tunlich sei. Er fand sich damals genötigt, eine etwas reserviertere Haltung in westafrikanischen Dingen anzunehmen, und sagte mir dabei, die Anwandlung von Mißtrauen und Unsicherheit der französischen Stimmung, welche seine Instruktionen beeinflußt hätte, würde gänzlich schwinden, wenn wir Frankreichs Bestrebungen in der ägyptischen Frage unterstützen und dazu mitwirken wollten, daß die Kontrolle eine europäische würde: Dies sei die Frage, von der die ganze Zukunft unserer gegenseitigen Beziehungen abhängen würde.

Mit Rücksicht auf diese Eröffnung Baron Courcels ist es vom größten Interesse für uns, festzustellen, ob die vom französischen Botschafter für volles Vertrauen gestellte Bedingung nunmehr von seiner Regierung als erfüllt angesehn wird, und ich habe deshalb sofort nach Abgang der letzten Instruktion an Graf Münster* am 16. d. Mts. nach dem Eindruck gefragt, den unsere Haltung in der ägyptischen Angelegenheit in Paris hervorgerufen hätte.

Zu meinem Bedauern habe ich ersehen, daß Ew. am 20. cr. bei Abfassung Ihres Berichtes Nr. 15 noch nicht im Besitze meiner Mitteilung vom 16. gewesen sind und daß letztere, obschon am 14. von mir entworfen, erst vorgestern hier zum Abgange gebracht worden ist.

Mittlerweile werden Ew. dieselbe erhalten haben, und ich sehe Ihrer demnächstigen Berichterstattung mit Interesse entgegen.

Unser weiteres Verhalten wird wesentlich davon abhängen, auf welches Maß von Vertrauen und Sicherheit im Festhalten der heutigen Richtung der französischen Politik wir rechnen dürfen. pp.

v. Bismarck

Nr. 698

## Der Botschafter in Paris Fürst von Hohenlohe an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 18 Paris, den 27. Januar 1885

Nach Empfang des hohen Erlasses vom 24. d. Mts. Nr. 41** begab ich mich zu Herrn Ferry, indem ich den mir erteilten Auftrag benutzte,

---

und Wien vom 10. Januar aussprach, fand er die französischen Vorschläge zweckmäßig und hielt es für nützlich, „Frankreich keine Schwierigkeit zu bereiten, sondern Entgegenkommen zu beweisen, damit es nicht durch Ablehnung entmutigt werde". Dieselbe Haltung behielt Fürst Bismarck in den weiteren Stadien der Verhandlungen bis zur Unterzeichnung der ägyptischen Finanzkonvention vom 17. März 1885 bei.

* Botschafter Graf Münster war am 14. Januar instruiert worden, sich dem englischen Kabinett gegenüber sehr nachdrücklich im Sinne der französischen Gegenvorschläge vom 8. Januar zu äußern.

** Siehe Nr. 697.

dem Ministerpräsidenten die an Graf Münster gerichtete Instruktion zur Beantwortung der englischen Vorschläge vorzulesen. Herr Ferry hatte die Abschrift der Instruktion schon durch Baron Courcel erhalten, bat aber, ihm die mitgebrachte Abschrift zu lassen, was ich denn auch getan habe. Der Ministerpräsident sprach seine volle Anerkennung über das Schriftstück aus, hob dessen entschiedene Fassung hervor und bemerkte, wie er dies auch dem Baron Courcel telegraphisch gesagt haben will, daß es vor allem der energischen Sprache Euerer Durchlaucht zu danken sei, wenn die englische Regierung auf die gemeinsamen Vorschläge der Mächte eingegangen sei* pp. Die Unterredung führte nun im natürlichen Verlaufe zu den Fragen, welche der Erlaß Nr. 41 berührt. Ich hielt mich nach dessen Fassung nicht für befugt, Herrn Ferry durch Vorlesung der betreffenden Stelle zu einer offiziellen Äußerung zu veranlassen; vielmehr glaubte ich, nur den Inhalt des Erlasses verwerten zu sollen, indem ich auf die erwähnten Äußerungen des Baron Courcel Bezug nahm, gegen welche Herr Ferry keine Einwendungen machte, und daran gesprächsweise die Frage knüpfte, ob die französische Regierung die Bedingung, welche der Botschafter für volles Vertrauen gestellt habe, nunmehr als erfüllt ansehe. Herr Ferry antwortete, wie dies seine Gewohnheit ist, nicht direkt, sondern bemerkte, daß in der Tat, als Baron Courcel nach Berlin zurückgekehrt sei, eine gewisse Beunruhigung der öffentlichen Meinung Frankreichs über die Annäherung an Deutschland bestanden, daß dieselbe sich aber jetzt gelegt habe, und daß nun in dieser Beziehung ein „apaisement“ eingetreten sei, was höchstens dann wieder gestört werden könne, wenn die deutsche Presse die Annäherung Frankreichs an Deutschland in einer Weise akzentuiere, aus der die französische Opposition und ihre Presse Angriffe gegen die Regierung herleiten könne. Die in diesen Äußerungen zutage tretende Besorgnis erklärt sich durch die Beziehungen Ferrys zu der ehemaligen gambettistischen Partei, der gegenüber er sich angelegen sein läßt, die ungeminderte Freiheit der Entschließungen Frankreichs zu betonen. Er erklärte aber dann bestimmt, er sei nach wie vor entschlossen, die bisherige Politik zu verfolgen, und es werde ihm dies durch die loyale, unausgesetzt freundschaftliche Haltung der Kaiserlichen Regierung wesentlich erleichtert. Darin lag die affirmative Beantwortung der gestellten Frage. Seine Antwort war um so wärmer und entschiedener, als ich nicht unterlassen hatte, darauf hinzudeuten, daß unser weiteres Verhalten durch das Festhalten Frankreichs an der bisherigen Richtung seiner Politik bestimmt werden würde. Ich glaube, daß Herr Ferry aufrichtig ist, weil er Einsicht genug besitzt, um zu erkennen, daß zurzeit diese Politik für Frank-

* Die englische Antwort vom 21. Januar auf die französischen Gegenvorschläge hatte zwei der hauptsächlichsten französischen Forderungen akzeptiert, nämlich die europäische Garantie einer Anleihe von 9 Millionen und eine Verständigung über die Freiheit der Suezkanal-Schiffahrt.

reich die allein praktische und vorteilhafte ist. Geben ja seine Gegner, die ihn seiner deutschen Sympathien wegen angreifen, in Privatgesprächen selbst offen zu, daß sie keinen andern Weg einschlagen würden, wenn sie ans Ruder kämen. Herr Ferry wird also, das geht nicht nur aus seinen Äußerungen, sondern auch aus der ganzen Situation hervor, so bald keinen Grund haben, von der heutigen Richtung seiner Politik abzuweichen. Sein Vertrauen in die Absichten Euerer Durchlaucht ist unerschüttert, und er ist weit entfernt von dem hier landläufigen Mißtrauen, das den Franzosen gewöhnlichen Schlages überall hinterlistige Pläne und Fallen der deutschen Politik wittern läßt*; auch hat er Selbständigkeit und Entschlossenheit genug, sich durch die Angriffe der Oppositionspresse nicht beirren zu lassen.

Hohenlohe

Nr. 699

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Gesandten in Peking von Brandt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 3 Berlin, den 30. März 1885

Der Herr Reichskanzler besorgt, daß die letzten militärischen Ereignisse in Tonkin** die französische Regierung zwingen werden, das

* Vgl. dazu die bei George Pagès, L'Hégémonie allemande (1871—1914) im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I, p. 193 ff. abgedruckten Berichte und Briefe des französischen Botschafters de Courcel. Sie beweisen, wie tief mindestens bei dem amtlichen französischen Vertreter in Berlin das Mißtrauen gegenüber Bismarcks weitgehendem Entgegenkommen wurzelte, und wie fest man französischerseits daran hielt, das gegenseitige „rapprochement" nicht über eine „entente particulière" hinauswachsen zu lassen.

** Im Verlauf des französischen Feldzugs gegen China wegen Tonkins hatte sich die militärische Position der Franzosen gegen Ausgang des Winters verschlechtert; vom 24. bis 27. März erlitten sie empfindliche Niederlagen bei Langson. Der französischen Regierung wäre unter diesen Umständen ein deutscher Druck auf China in der Richtung des Friedens erwünscht gewesen; ein Telegramm des französischen Ministerpräsidenten an den Botschafter de Courcel vom 29. März, das nachher im französischen Gelbbuch über den Feldzug (Affaires de Chine et du Tonkin 1884—1885 Nr. 197) veröffentlicht wurde und in der Sitzung der französischen Deputiertenkammer vom 24. Dezember zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Clémenceau und Ferry Veranlassung gab, besagte: „Si l'Allemagne donnait à la Chine un conseil autorisé, nos affaires pourraient se régler rapidement. Sous cette forme, le concours de l'Allemagne nous serait précieux — et n'aurait rien que de conforme aux intérêts allemands et aux vues du chancelier qui doivent être pacifiques en Chine comme en France". Die deutsche Regierung hielt es, in vollem Einvernehmen mit dem französischen Botschafter, für das Gegebene, die französischerseits gewünschte Einwirkung auf China in eine möglichst vorsichtige Form zu kleiden. Bismarck hatte schon bei einem früheren Versuch Chinas, eine deutsche Intervention herbeizuführen — Mitte September 1884 — ein direktes Vorgehen abgelehnt. „Wir stehn in zu kitzlichen Beziehungen

Nationalgefühl mit Aufbietung aller Mittel durch irgendeinen großen Erfolg (vielleicht sogar die Eroberung von Peking) zu befriedigen, daß daher dieser für die europäischen Handelsinteressen schon jetzt so schädliche Krieg sich ins Unbestimmte verlängern kann. Teilt nicht auch die chinesische Regierung diese Besorgnis? Drahtantwort.

P. Hatzfeldt

Nr. 700

## Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Hatzfeldt

Reinschrift

Berlin, den 31. März 1885

Euerer Durchlaucht Bestimmung gemäß habe ich gestern mit dem chinesischen Gesandten gesprochen, und die Unterhaltung damit eingeleitet, es schiene mir nach den neuesten Ereignissen kaum zweifelhaft, daß die Franzosen kein Opfer scheuen würden, um diese Scharte auszuwetzen, und ich hätte eine gewisse Sorge, daß, wenn der Krieg große Proportionen annehme, der europäische Handel noch mehr leiden würde als bisher. Was er davon hielte?

Er beschränkte sich zunächst auf die Versicherung, die chinesische Regierung werde unter allen Umständen für die Sicherheit der Deutschen Sorge tragen. Im weiteren Verlaufe des Gespräches versuchte er hartnäckig, mich zu der Äußerung zu bringen, daß wir den Abschluß des Friedens wünschten, oder wenigstens, daß wir Ratschläge in bezug auf irgendwelche einzelne Differenzpunkte geben wollten. Er fügte hinzu, Krieg, selbst ein glücklicher Krieg, sei immer ein Unglück.

Ich erwiderte ihm, diese allgemeine Empfindung könnte ich persönlich nur teilen, lehnte aber entschieden ab, einen Wunsch oder Rat auszusprechen, bezog mich vielmehr wiederholt darauf, daß ich schon seinem Vorgänger gesagt hätte, wir könnten uns wegen unseres eigenartigen Verhältnisses zu Frankreich nicht einmischen. Gesprächsweise bemerkte ich dabei, wir würden uns selbst dann nicht rühren können, wenn die Franzosen mit 100000 Mann auf Peking marschierten.

Mein Eindruck aus der Konversation ist, daß er dringend gewünscht hätte, seiner Regierung irgendeine Äußerung berichten zu können, die wie ein Wunsch oder Rat im Sinne des Friedens ausgesehen hätte.

---

mit Frankreich, um uns darauf einlassen zu können", bemerkte er am Rande einer Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen von Hatzfeldt vom 13. September. Aber bereitwillig gab Bismarck seine Einwilligung dazu, daß der französische Botschafter de Courcel sich im Hause Hatzfeldts mit dem chinesischen Gesandten Li-Fong-Pao zu einer ersten Erörterung von Friedensmöglichkeiten traf. Vgl. das erwähnte französische Gelbbuch Affaires de Chine et du Tonkin 1884–1885 Nr. 92, 94, 95, 98.

Euerer Durchlaucht Ermächtigung entsprechend, habe ich heute dem Baron Courcel vertraulich den Inhalt der Unterredung mitgeteilt und besonders hervorgehoben, innerhalb welcher scharf gezogenen Grenzen ich mich dabei gehalten habe.

Er war für die Anregung, namentlich auch für die vorsichtige Sprache, sehr dankbar, glaubt, daß dieselbe ihre Wirkung in China nicht verfehlen, und daß sie auch in Frankreich mit der Zeit dazu beitragen werde, die öffentliche Meinung über unsere Gesinnungen aufzuklären.

Nach Paris will Baron Courcel erst dann über die Sache berichten, wenn er weiß, wer zum Nachfolger des Herrn Jules Ferry* ernannt ist.

P. Hatzfeldt

Nr. 701

## Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Hatzfeldt

Reinschrift

Berlin, den 3. April 1885

Der chinesische Gesandte hat mich gestern aufgesucht, um mir zu sagen, er habe aus Peking die telegraphische Anzeige bekommen, daß man seine Meldung über die Unterhaltung mit mir erhalten habe und ihm in den nächsten Tagen positive Instruktionen zugehen lassen werde.

Ich habe erwidert, daß ich seinen Mitteilungen mit Interesse entgegensähe.

Mit Baron Courcel, dem ich den Inhalt dieser Unterhaltung vertraulich mitteilte, habe ich den Fall besprochen, wo der chinesische Vertreter Eröffnungen mit Bezug auf den Frieden mir zu machen hätte. Ich würde auf seinen Wunsch dann antworten, daß die chinesische Regierung gut tun werde, sich mit ihren Vorschlägen direkt an das Pariser Kabinett zu wenden, daß ich aber, wenn es gewünscht werde, auch bereit sei, diese Mitteilungen vertraulich zur Kenntnis des hiesigen französischen Botschafters zu bringen, und die beiden Diplomaten miteinander in Verbindung zu setzen.

P. Hatzfeldt

Nr. 702

## Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept

Nr. 228 — Berlin, den 25. Mai 1885
[abgegangen am 26. Mai]

Nach Besprechung mit Baron Courcel habe ich den Eindruck, daß wir die Festigkeit der französischen Regierung England gegenüber nicht

* Am 30. März war das Ministerium Ferry über der Tonkinfrage gestürzt; es folgte Anfang April das Kabinett Brisson, in dem Freycinet das Auswärtige übernahm.

überschätzen dürfen. Baron Courcel selbst hatte davon noch mehr wie seine Regierung; von dieser ist so viel Tapferkeit auch nicht immer zu verlangen, da sie ihrer Majorität nicht Herr ist und namentlich nicht, wenn sie mit uns verbündet erscheint.

Wir können uns aber nicht mit England auf die Gefahr hin, daß Frankreich sich dann mit England vertrüge, mehr wie nötig brouillieren. Wir dürfen allerdings Frankreich nicht im Stiche lassen, soweit es selbst den Mut hat, vorzugehen; indessen die Spitze zu nehmen und abzuwarten, ob Frankreich folgt, ist auch nicht unsere Aufgabe. Wenn wir für Frankreich die Kastanien aus dem Feuer holen sollen, so vertröstet mich Baron Courcel dabei auf den günstigen Eindruck, den das auf die öffentliche Meinung Frankreichs hervorrufen und der sich in Zukunft für uns bezahlt machen würde. Geradeso lag die Sache, wie Frankreich in der Kongoangelegenheit unsere Verabredungen in Nachgibigkeit für England modifiziert hatte, wo damals Baron Courcel mir sagte, daß alles auf die spätere ägyptische Verhandlung ankäme; in dieser sei Frankreich gezwungen, fest gegen England vorzugehen und auszuhalten, und wenn wir dann Frankreich unterstützten, so könnten wir sicher auf dessen Dankbarkeit und Freundschaft zählen*.

Ich habe aber den Eindruck, daß in der ägyptischen Frage nicht minder wie in der Kongofrage Frankreich nicht den Mut haben wird, einem festen englischen Widerstande gegenüber selbst fest zu bleiben, und daß die Furcht vor den Revanchebewegungen und der Ausbeutung derselben durch die jeweilige Opposition jede Regierung hindern wird, feste Anlehnung an uns zu nehmen. Eine vorübergehende ist deshalb von uns noch nicht zu verschmähen, aber wir können keine politischen Häuser darauf bauen; das Mißtrauen gegen uns wird im entscheidenden Augenblick immer noch größer sein als der Ärger über England. Aus diesem Grunde müssen wir uns fortgesetzt enthalten, die Spitze gegen England zu nehmen und französischer zu sein als die Franzosen, und ich möchte auch dem österreichischen Vertreter bei seinen Neigungen, zu vermitteln, weder ab- noch zureden. Ich frage einstweilen in Wien an, was man dort darüber denkt. Wir müssen uns stets gegenwärtig halten, daß wir in Ägypten selbst nur ein geringes Interesse haben, wohl aber ein großes an der Frage, wie wir in Europa zu Frankreich und zu England stehen. Wir dürfen uns keine von beiden Mächten ohne Not verfeinden und weder ihre Intimität anbahnen helfen, noch die Verstimmung zwischen ihnen bis zum Kriege zwischen beiden fördern. Daß wir von einer der beiden Seemächte Beistand zu erwarten haben, wenn wir mit der anderen in Krieg geraten sollten, darauf dürfen wir, wie ich glaube, niemals rechnen.

Als Folge dieser Betrachtungen sehe ich vorsichtige Zurückhaltung an, und wenn Frankreich geneigt ist, sich mit einem kleinen, aber posi-

---

* Vgl. Nr. 697, S. 441.

tiven Ergebnis der Konferenz* zu begnügen, so dürfen wir das nicht hindern, wenn wir nicht in den Verdacht friedenstörender Berechnungen fallen wollen**.

Ew. pp. bitte ich, Herrn von Derenthall im Sinne des vorstehenden Erlasses instruieren zu wollen.

v. Bismarck

Nr. 703

## Aufzeichnung des ersten Delegierten zur Suezkanalkonferenz in Paris von Derenthall

Reinschrift, vom Botschafter Fürsten von Hohenlohe mit Bericht vom 28. Mai (Nr. 140) nach Berlin gesandt

Paris, den 26. Mai 1885

Résumé zweier Unterredungen mit Herrn Barrère***

Die mündliche Berichterstattung des Baron Courcel bei seiner letzten Anwesenheit in Paris scheint hier den Eindruck hinterlassen zu haben, daß die Transaktionsideen Herrn de Freycinets in der Frage der Überwachungskommission † in Berlin Befremden erregt[1] und das Vertrauen in die Ständigkeit der französischen Politik erschüttert haben. Herr Barrère, der sich hierüber kürzlich mit gewohnter Offenheit zu mir aussprach, knüpfte daran einige Bemerkungen allgemeiner politischer Natur, die ich, wie folgt, zu resümieren mir erlaube.

Mein französischer Kollege wiederholte zunächst seine früheren Versicherungen, daß es ein Irrtum sein würde, wenn man aus einzelnen Symptomen, die sich aus persönlichen Eigenschaften Herrn de Freycinets — seinem Mangel an politischem Scharfblick und einer gewissen Charakterschwäche — erklärten, Schlüsse auf eine veränderte Richtung der französischen Politik oder gar auf Annäherungsbestrebungen an England ziehen wollte. Herr de Freycinet sei entschlossen, die aus-

* Gemeint ist die in Paris tagende Suezkanal-Kommission, der als erster deutscher Vertreter der Generalkonsul in Kairo von Derenthall angehörte.

** Man sieht aus diesem Bismarckschen Erlaß, daß der Reichskanzler, obwohl sich ihm nach dem Sturze Ferrys immer mehr Zweifel über die Möglichkeit aufdrängten, auf Grund gemeinsamer Interessen und gemeinsamen Zusammenhaltens gegen England zu einer dauerhaften Verständigung mit Frankreich zu kommen, noch keineswegs daran dachte, das Steuer seiner Politik vollständig herumzuwerfen, wie das der französische Botschafter de Courcel aus einer Unterredung mit dem Kanzler vom 28. Mai schließen wollte. S. dessen Bericht vom 28. Mai 1885 bei G. Pagés, L'Hégémonie allemand (1871—1904) im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre Vol. I (1919), p. 202 ff.

*** Barrère, der französische Gesandte in Ägypten, vertrat Frankreich auf der in Paris tagenden Suezkanalkonferenz.

† Anfänglich hatte bei den Beratungen der Suezkanal-Konferenz Frankreich die Einsetzung einer eigenen Kommission verlangt, die über die Freiheit der Schiffahrt durch den Kanal wachen sollte. Während aber der französische Kommissar Barrère an dieser Einrichtung trotz des englischen Widerspruchs festhalten wollte, neigte der französische Ministerpräsident Freycinet zur Nachgiebigkeit gegen England.

wärtige Politik Herrn Ferrys fortzusetzen und habe auch gar nicht die Macht, etwas anderes zu wollen, weil diese Politik, welche die Unterhaltung vertrauensvoller Beziehungen zu Deutschland in sich schließe, von allen urteilsfähigen Staatsmännern der gemäßigt republikanischen Partei gebilligt werde. So lägen die Dinge im gegenwärtigen Augenblick. An Versuchungen, in Zukunft andere Wege einzuschlagen, werde es aber keinem französischen Kabinette fehlen. Ein Krieg zwischen England und Rußland wegen Afghanistans sei, seiner Überzeugung nach, nur eine Zeitfrage. Wenn England einen solchen jetzt um jeden Preis zu vermeiden suche, so geschehe das im Bewußtsein seiner völligen Isolierung und vielleicht nicht zum geringsten Teil aus Besorgnis vor der Haltung Frankreichs. Die englische Politik der nächsten Jahre werde daher voraussichtlich durch das Bestreben gekennzeichnet sein, aus dieser Isolierung herauszutreten. Es könne dies durch eine Anlehnung an Deutschland geschehen. Indessen sei Deutschland als festländische Militärmacht weniger in der Lage, England für die Eventualität eines Krieges mit Rußland zu nützen oder zu schaden, als Frankreich in seiner Stellung als Seemacht ersten Ranges, die schon durch eine mehr oder minder übelwollende Neutralität ein starkes Gewicht in die Wageschale werfen könne pp. Die größere Wahrscheinlichkeit spreche daher für englische Verständigungsversuche mit Frankreich[2]. Wünsche England eine solche Verständigung, so müsse es Frankreich in der ägyptischen Frage entgegenkommen, ohne daß die französische Regierung in dieser Richtung besondere Anstrengungen zu machen brauche. Mit den Differenzen über Ägypten aber verschwinde der Hauptkeim zur Zwietracht zwischen beiden Ländern, und Frankreich werde hinterher völlig frei in seinen Entschlüssen sein. Nach seiner persönlichen Überzeugung sei die Zukunft seines Landes und der Friede Europas am besten durch eine dauernde[3] Annäherung Frankreichs an Deutschland verbürgt. Sein sehnlicher Wunsch sei daher, daß Deutschland nicht durch Zeichen des Mißtrauens[4] seinerseits das immer noch vorhandene Mißtrauen in Frankreich bestärken und eintretendenfalls den französischen Machthabern die Wahl erschweren möchte. Er sagte dies in weniger direkten Worten. Es war aber der unzweideutige Sinn seiner Ausführungen.

In einer zweiten Unterredung erzählte mir Herr Barrère, Baron Courcel glaube beobachtet zu haben, daß Sir Edward Malet alle möglichen Anstrengungen mache[5], „pour ramener le Cabinet de Berlin à une plus juste appréciation de la situation". Als ich dazwischenwarf, es würde dies, wenn es richtig wäre, in seinen in unserm letzten Gespräch entwickelten Gedankengang passen, bejahte er dies und fügte lachend hinzu: „et en même temps ils (les Anglais) font ici tous les efforts possibles pour nous détacher de Vous."

Derenthall

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Nein [2] ja [3] gewiß, aber die Dauer! [4] ist nicht [5] nein!

Nr. 704

## Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept

Nr. 247
Vertraulich

Berlin, den 4. Juni 1885

Ew. Bericht Nr. 140 vom 28. v. Mts. nebst der Aufzeichnung des Herrn von Derenthall über seine Unterredungen mit Herrn Barrère* habe ich erhalten.

Herr Barrère meint, daß die Transaktionsidee des Herrn von Freycinet in der Überwachungsfrage bei uns Befremden erregt habe. Dies ist nicht der Fall. Wenn sich die französische Regierung jetzt mit geringeren Kautelen begnügen will, als sie anfänglich für die Sicherheit des Kanalverkehrs erforderlich hielt, so werden wir dem nicht hindernd in den Weg treten. Herr von Derenthall hat, wie Sie wissen, die Weisung erhalten, der Freycinetschen Redaktion eventuell zuzustimmen, wenn ein bezüglicher Antrag in der Plenarsitzung eingebracht wird, und derselbe die Billigung der befreundeten Mächte findet. Herrn Barrères Besorgnis, daß wir „durch Zeichen des Mißtrauens das Mißtrauen in Frankreich bestärken“ könnten, ist daher unbegründet. Wenn wir uns auch nicht verhehlen, daß eine dauernde Annäherung Frankreichs an Deutschland, wie Herr Barrère sie angeblich erstrebt, aus Gründen der inneren französischen Politik kaum zu erhoffen ist, so werden wir deshalb eine vorübergehende doch gern akzeptieren, wenn wir auch, wie in Erlaß vom 25. v. Mts.** des näheren ausgeführt ist, „keine politischen Häuser darauf bauen können“. Ich bin mit Herrn Barrère der Ansicht, daß England im Falle eines Kriegs mit Rußland mehr Wert darauf legen würde, mit Frankreich sich zu verständigen als mit Deutschland, und glaube, daß Frankreich unter Umständen den englischen Anerbietungen nicht widerstehen wird.

Wenn Baron Courcel, wie Herr Barrère sagt, beobachtet haben will, daß seitens des hiesigen englischen Botschafters „alle möglichen“ Annäherungsversuche gemacht werden, so weiß ich nicht, auf welche Tatsachen diese Annahme sich stützt.

Der Herr Reichskanzler hat allerdings mit Lord Rosebery gelegentlich seines Besuches*** auch die Verhältnisse in Ägypten besprochen und ihm dabei gesagt, es sei eine Verleumdung, daß wir Frankreich und England verhetzen wollten. Der Fehler der Situation sei nur

---

* Siehe Nr. 703.
** Siehe Nr. 702.
*** Lord Rosebery hatte vom 22. bis 26. Mai 1885 zum Besuche des Fürsten von Bismarck in Berlin geweilt.

der, daß die Engländer entweder nicht wüßten, was sie wollten, oder es nicht aussprächen. Unser Bestreben sei stets auf Verständigung zwischen beiden Staaten gerichtet, sei aber unfruchtbar, solange die englische Politik nicht feststehe. Wenn die Engländer in Ägypten zu bleiben beabsichtigten, so sollten sie dies den Franzosen offen mitteilen und ihnen einen Kaufpreis anbieten. Wollten sie dagegen das Land verlassen, so würden sie, damit nach ihrem Abzuge nicht Anarchie einträte, über die Ordnung und Befestigung der Zustände irgendwelche Vorschläge machen und über diese Verständigung suchen müssen. England sei kaum imstande, das Land mit eigenen Kräften zu halten; englische Truppen hätten sie so viele nicht übrig, ägyptische unter englischen Offizieren schlügen sich erfahrungsmäßig schlecht, unter muhamedanischen gut. Französische wolle England dort nicht, italienische werde Frankreich nicht leiden. Nur mit türkischen Streitkräften werde es möglich sein, wenn man dem Sultan Geld schaffte. Der Herr Reichskanzler käme daher auf sein altes Rezept zurück, daß Frankreich und England sich verständigen, für das Ergebnis ihrer Verständigung die Zustimmung der drei Kaiserhöfe suchen und demnächst gemeinsam unter finanzieller Erbietung dem Sultan ihre Vorschläge machen möchten, die alsdann alle Aussicht auf Annahme haben würden.

Ew. beehre ich mich, Vorstehendes zu Ihrer persönlichen Information mitzuteilen. Auch bitte ich Herrn von Derenthall entsprechend instruieren zu wollen. P. Hatzfeldt

Nr. 705

## Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 24. Juni 1885

Baron Courcel sprach heute mit mir über das Ergebnis der Suezkanalkommission in Paris. Herr von Freycinet sei sehr dankbar für die loyale Unterstützung, welche die französischen Delegierten bei ihren deutschen Kollegen in den Kommissionssitzungen gefunden hätten, und der Minister freue sich, daß das Zusammengehn der drei Kaiserhöfe mit Frankreich sich durch alle Phasen der Verhandlungen bewährt und seine Früchte getragen habe. Jetzt müsse man zunächst abwarten, wie sich das neue englische Kabinett zu dem Vertragsentwurf und besonders zur Frage der Überwachung des Kanals stellen werde[1]. pp.

H. Bismarck

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Richtig

Nr. 706

## Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 26. August 1885

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Fürsten Hohenlohe zu antworten, der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"* habe nur den friedlichen Zweck gehabt, auf die bevorstehenden französischen Wahlen im friedlichen Sinne einzuwirken. Die guten Beziehungen der letzten beiden Jahre hätten weniger die Wirkung gehabt, uns Wohlwollen zu erwerben, als diejenige, die turbulenten Minoritäten à la Déroulède zu ermutigen in dem Glauben, daß wir jede antideutsche Demonstration und friedenstörende Rede ruhig hinnehmen würden, und daß man daher ohne Rücksicht auf uns die corde sensible der Revanche bei den Wahlen ausbeuten könne. Auf diese Weise könnten, ohne daß man den Krieg will, Majoritäten für Parlaments- und Präsidentenwahlen entstehen, die auf das Kriegsgeschrei hin gewählt sind. Wir aber, weil wir den Frieden wünschten, wünschten auch nach Möglichkeit friedliebende Wahlen, und weil der Herr Reichskanzler glaubte, daß die Mehrheit der nicht-Pariser Franzosen ebenfalls den Frieden wünschte, so wäre der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nur ein Schachzug gegen die Hetzpolitik der kriegerischen Pariser Minoritäten und gegen die mißbräuchliche Ausbeutung der Revanchephrasen bei den Wahlen. Die jetzige französische Regierung sei in keiner Weise mit dem Artikel gemeint, sondern er wäre nur ein Appell an die Stimmung der Nation und an die friedliebende Mehrheit der Wähler.

C. Rantzau

---

* Die für Anfang Oktober 1885 bevorstehenden Neuwahlen zur französischen Deputiertenkammer hatten ein Aufflackern des Revanchegeistes in Frankreich herbeigeführt. Selbst ein so gemäßigtes Blatt wie der „Temps" hatte gegen Ausgang Juli einem Artikel über die Dislokation des französischen Heeres Aufnahme gewährt, der im Hinblick auf kommende Ereignisse die Verlegung weiterer Kavallerieregimenter an die deutsche Grenze verlangte, obwohl die dort garnisonierenden Kavallerieregimenter, welche den Deutschen gleich am ersten Mobilmachungstag entgegengestellt werden konnten, diesen schon damals numerisch überlegen waren. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" nahm am 3. August den „Temps"-Artikel zum Anlaß, um auf die zunehmende chauvinistische Agitation in Frankreich hinzuweisen und zu konstatieren, daß die deutschen Bestrebungen, die guten Beziehungen zu Frankreich zu pflegen und eine Politik der Versöhnung anzubahnen, bisher kein Glück gehabt hätten. Über den starken Eindruck dieses offiziösen Artikels in Frankreich berichtete Botschafter Fürst von Hohenlohe am 7. und 16. August. Danach hätte auch der französische Ministerpräsident Freycinet den „Temps"-Artikel mißbilligt.

## Nr. 707

### Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Paris Fürsten von Hohenlohe

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 416 Berlin, den 21. September 1885
[abgegangen am 22. September]

Die Beunruhigung, mit welcher nach Ew. Bericht Nr. 236 vom 14. cr. die große Masse der französischen Bevölkerung einem deutsch-spanischen Kriege* entgegensieht, hält der Herr Reichskanzler für berechtigt. Der Eindruck, welchen die spanische Episode bei ihrem ersten Erscheinen auf die Franzosen aller Parteien machte, hat uns gezeigt, daß letztere, so uneinig sie sonst sein mögen, doch in der Absicht, die erste günstige Gelegenheit zum Bruch mit Deutschland zu benutzen, alle einig sind. Fünfzehn Jahr freundlichen Entgegenkommens auf jedem Gebiete der Politik mit alleiniger Ausnahme des Elsaß, haben hierin eine Wandlung oder Ermäßigung nicht bewirken können. Das Mißtrauen, womit die französische Bevölkerung unser langjähriges Entgegenkommen aufgenommen hat, ihre nicht bloß im geheimen günstige Haltung gegenüber dem Treiben der Patriotenliga, der Terrorismus, den letztere durch ihre zum Teil aus öffentlichen Fonds subventionierten Preßorgane auf die öffentliche Meinung ausübt, die Fortdauer agitatorischer Einwirkungen auf die Bevölkerung der Reichslande, das sind Momente, die wir nicht unberücksichtigt lassen können, und die uns die Notwendigkeit nahelegen würden, beim Ausbruch eines deutsch-spanischen Krieges auf die Sicherung der westlichen Reichsgrenze Bedacht zu nehmen. Unsre Rüstungen würden dann französische Gegenmaßregeln hervorrufen, und durch die Wechselwirkung der allmählichen Steigerung von Rüstung und Stimmung kann es schließlich dahin kommen, daß Frankreich von innen heraus in die Aktion gedrängt wird.

Es ist wahrscheinlich, daß eine Erwägung dieser Art diejenigen Franzosen, welche überhaupt den Frieden wollen, auch hinsichtlich der deutsch-spanischen Frage in friedlichem Sinne beeinflussen wird. Ew. wollen Ihre Sprache bei sich bietenden Anlässen dementsprechend einrichten, aber niemals ohne hinzuzufügen, daß wir fortfahren werden, unsrerseits den Frieden und die gute Nachbarschaft zu pflegen, daß aber das Vertrauen, daß dieses auch von französischer Seite dauernd der Fall sein werde, für uns schwer festzuhalten sei**.

v. Bismarck

---

* Die Besetzung der Karolineninseln durch Deutschland im August 1885 hatte zu einer scharfen Spannung zwischen Deutschland und Spanien geführt. Die Erörterungen über die Eventualität eines Krieges zwischen beiden Mächten führten in Frankreich zu einem abermaligen Aufflackern des Revanchefeuers.

** Einen neuen Beweis für den trotz allem Skeptizismus fortdauernden Wunsch der Deutschen Regierung, sich mit Frankreich zu verständigen, liefern die Ver-

Nr. 708

## Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 25. September 1885

Der französische Botschafter sagte mir, er sei von Herrn von Freycinet beauftragt, Euerer Durchlaucht dessen lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß die deutsche Presse Zweifel an der Loyalität des Verhaltens[1] Frankreichs in dem deutsch-spanischen Konflikte geäußert hätte.

Herr von Freycinet könne versichern, daß die französische Regierung sich von Anfang an in dieser Frage ganz korrekt benommen[2] und auch unserm Wunsch, das Schiedsgericht in Madrid zu empfehlen, sofort entsprochen hätte. Die deutschfeindlichen Artikel in der französischen Presse seien lediglich auf ultramontane und spanische Einflüsse aller Schattierungen zurückzuführen. Die spanischen Preßverbindungen reichten weiter nach Frankreich hinein, als man hier wahrscheinlich wüßte, und die französische Regierung habe deren Treiben mit großem Mißvergnügen zugesehen. Für Frankreich sei es eine sehr wichtige Frage, daß in Spanien die Ruhe und eine geordnete Regierung erhalten blieben, denn bei den vielen Beziehungen der beiden Länder würde Frankreich wesentlich in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn in Spanien Bürgerkrieg oder Anarchie herrschen sollte.

Baron Courcel bemerkte bei dieser Gelegenheit, Herr von Freycinet habe überhaupt den dringenden Wunsch, uns davon zu überzeugen, daß Frankreich nichts mehr am Herzen läge, als die guten Beziehungen, wie sie im vorigen Sommer und Herbst angebahnt wären, zu erhalten und zu pflegen.

Bei der Übernahme des Ministeriums im Frühjahr habe Herr von Freycinet mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, und er beklage es lebhaft, daß diese die Veranlassung geworden wären, bei uns Zweifel an seiner Haltung zu erwecken. Er habe deshalb Baron Courcel jetzt ausdrücklich beauftragt, Euerer Durchlaucht zu sagen, daß

---

handlungen über die Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären an der Westküste von Afrika und in der Südsee, die zu der Unterzeichnung des bekannten Protokolls vom 24. Dezember 1885 führten. Siehe dasselbe u. a. in „Das Staatsarchiv“ Bd. 46 (1886), S. 243 ff.

Auch bei dem Wechsel in der Besetzung des Botschafterpostens in Paris — Mitte Oktober 1885 wurde der zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannte Fürst von Hohenlohe durch den bisherigen Botschafter in London Grafen Münster ersetzt — fanden die Wünsche Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks, die guten Beziehungen zu Frankreich zu erhalten, lebhaften Ausdruck.

die damals bestehenden Unklarheiten in der französischen Politik jetzt beseitigt wären, und daß er entschlossen sei, die Politik im Sinne seines Vorgängers weiterzuführen.

H. Bismarck

---

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopfe des Schriftstücks:
Ich möchte B[aro]n Courcel morgen sehen.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Der „Regirung" schwerlich
[2] gewiß; aber alle Parteien









Date Due

| | | | |
|---|---|---|---|
| JAN 24 1974 | | | |
| JAN 12 1974 | | | |
| FEB 8 1974 | | | |
| FEB 11 1974 | | | |

